

Alpen. Nov. 27/94 G. S.

Beiträge zur Statistik

des

Herzogthums Braunschweig.

Herausgegeben

vom

statistischen Bureau des Herzogl. Staatsministeriums.

Heft XI.

1894.

UB Braunschweig 84



10108-793-5

Beiträge zur Statistik

des

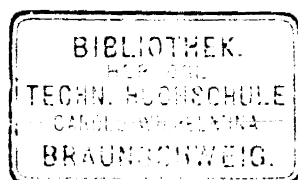
Herzogthums Braunschweig.

Herausgegeben

vom

statistischen Bureau des Herzogl. Staatsministeriums.

Heft XI.



1894.

Druck von Joh. Heinr. Meyer in Braunschweig.

Inhalts-Verzeichniss.

Seite

1. Die Braunschweigische Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt in ihrer gesetzlichen und finanziellen geschichtlichen Entwicklung. Bearbeitet vom Finanzrath Dr. F. W. R. Zimmermann, Vorstand des statistischen Bureaus Herzogl. Staatsministeriums.

Einleitung	1
I. Die geschichtliche und finanzielle Entwicklung bis zum Jahre 1876	2
1. Vorboten und erste Anfänge	2
2. Die erste Errichtung der Wittwen- und Waisencasse im Jahre 1743	3
3. Die Neuordnung vom Jahre 1775 und Weiterentwicklung bis zur Westfälischen Zeit	4
4. Die Westfälische Zeit	7
5. Von der Westfälischen Zeit bis zu der Neuordnung vom Jahre 1837	9
6. Die Neuordnung vom Jahre 1837 und die Weiterentwicklung bis zum Jahre 1876.	11
Tabelle 1: Finanzielle Entwicklung der Gandersheimer Abtei-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse und der Helmstedter Universitäts-Wittwencassen innerhalb der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt	17
Tabelle 2: Vergleichung der Ausgaben für die aus der Zeit vor 1837 stammenden Wittwenpensionen mit den Einnahmen aus dem übernommenen Capitalbestand etc. bzw. durch Aufgebrauch dieses Capitalbestandes.	17
Tabelle 3: Durch den Capitalbestand ungedeckte Ausgabe für Wittwen aus der Zeit vor 1837 in den Jahren 1857 bis 1876	18
Tabelle 4: Abnahme der im Jahre 1837 schon vorhandenen Wittwen und Waisen	19
Tabelle 5: Zunahme der nach dem Jahre 1837 hinzugekommenen Wittwen und Waisen	19
Tabelle 6: Zahl der Beamten nach einzelnen Kategorien	20
II. Die Regelung vom Jahre 1876 und der jetzige gesetzliche Zustand	25
III. Die statistische Erhebung vom Jahre 1889	27
Tabelle 7	31
Tabelle 8	32
IV. Die finanziellen Ergebnisse der Anstalt seit 1876	32
1. Die Begründung und die Resultate der neuen Anstaltsstatistik	32
a. Das Gesamtergebniss für die Anstalt im Allgemeinen	33
Tabelle 9: Staatszuschuss zur Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt	34
b. Die Resultate für die einzelnen ausgeschiedenen Beamtenkategorien.	36
α. Die Civilstaatsbeamten	36
aa. Civilstaatsbeamte, deren staatliche Functionen in Wegfall gekommen sind	36
bb. Die Postbeamten	36
cc. Die übrigen Civilstaatsbeamten	37
dd. Die Civilstaatsbeamten überhaupt	38
β. Die Hofbeamten	38
γ. Die landschaftlichen Beamten	39
δ. Die städtischen Beamten	39
ε. Die Bürger- und Landschullehrer	40
ζ. Die Prediger	41
η. Das Polizeimilitair	42
θ. Die Eisenbahnbeamten	42
ι. Das Militair	43
κ. Die Communion- und Hüttenbeamten	44
λ. Die Procentverhältnisse der Tabelle VI	44

	Seite
Tabelle 10: Ab- und Zugang der pensionsberechtigten Wittwen und Waisen	47
Tabelle 11: Abgang der Wittwen, welche vor 1838 als solche schon Pension bezogen, und der Waisen der Helmstedter Universitäts- Wittwencassen	48
c. Die Wirkung der für die einzelnen ausgeschiedenen Beamtenkategorien ermittelten Resultate auf die bezüglichlichen Resultate für die Gesamtanstalt	48
2. Der derzeitige Stand der Anstalt und die Ursachen desselben; Schlussbetrachtung	50
Tabelle 12: Zahlenmässige Darstellung der finanziellen Wirkung, welche die im Jahre 1869 vorgenommene Vereinigung der beiden militairischen Wittwencassen für die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt gehabt hat	51
Tabelle 13	52
Anlagen und Tabellen	1*
Anlage A: Fragebogen A, Verhältnisse der Bezugsberechtigten betreffend	2*
Anlage B: Fragebogen B, die beitragspflichtigen pensionirten Beamten betreffend	3*
Anlage C: Nachweisung des Zu- und Abgangs an Wittwen, sowie an Waisen-Familien bei der Beamten-Wittwen- und Waisen- Versorgungsanstalt in den Jahren 1876—1889 incl.	4*
Anlage D: Nachweisung der in den Jahren 1848 bis incl. 1889 aus Herzoglicher Haupt-Finanz-Casse gezahlten Gehalte und Wohnungsgeldzuschüsse. Zusammengestellt nach den Etats für die einzelnen Finanzjahre	6*
Tabelle I: Die Einnahme und Ausgabe der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt in den Jahren 1837 bis 1876	8*
Tabelle II: Das Vermögen der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt in den Jahren 1837 bis 1876	9*
Tabelle III: Die Interessenten und Pensionaire der Anstalt, sowie Berechnung verschiedener Verhältnisszahlen	10*
Tabelle IV: A. Einnahme	12*
Tabelle V: B. Ausgabe	14*
Tabelle VI: C. Procentverhältnisse innerhalb der Einnahme und Ausgabe und beider zu einander	16*
Tabelle VII: D. Theilnehmer und Pensionaire	18*
Tabelle VIII: E. Allgemeine Vermögensverhältnisse und Sonstiges	20*

2. Die Ergebnisse der Ermittlung über die von den Bewohnern des Herzogthums Braunschweig in den Jahren 1887, 1888 und 1889 aufgebrachten directen Steuern. Bearbeitet vom Finanzrath Dr. F. W. R. Zimmermann, Vorstand des statistischen Bureaus Herzogl. Staatsministeriums.

I.	65
II.	65
III.	68
Tabelle 1: Gemeindesteuererhebung in den Landgemeinden	69
IV.	69
V.	69
Tabelle 2: Die Steuern vom Grundbesitz im Verhältniss zur Grundfläche	70
VI.	71
VII.	72
Tabelle 3: Reihenfolge der einzelnen Bezirke nach der Höhe der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Grundsteuer	73
VIII.	74
Tabelle 4: Reihenfolge der einzelnen Bezirke nach der Höhe der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Steuer vom Einkommen der Person und dem Gewerbe	76
IX.	76
X.	77
XI.	78
XII.	79
XIII.	80
Tabelle: Uebersicht über die gesammte directe steuerliche Belastung des Herzogthums im Durchschnitt der Jahre 1888/89	82

3. Die Gast- und Schankwirthschaften und die Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus im Herzogthum Braunschweig. Bearbeitet vom Finanzrath Dr. F. W. R. Zimmermann, Vorstand des statistischen Bureaus Herzogl. Staatsministeriums.

Einleitung	89
I. Uebersicht der Gast- und Schankwirthschaften, sowie der Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus im Herzogthum Braunschweig am 1. Januar der Jahre 1879 und 1893	90
Tabelle I	106
II. Vertheilung der Gast- und Schankwirthschaften, sowie der Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus auf die nach den Einwohnerzahlen gebildeten Ortschaftsclassen	96
Tabelle II	108
1. Die Gast- und Schankwirthschaften	96
Tabelle 1: Die Gesamtzahl der Gast- und Schankwirthschaften auf die nach der Wirthschaftszahl gebildeten Ortschaften vertheilt	99
2. Die Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus	100
Tabelle 2: Die Gesamtzahl der Branntweinkleinhandlungen auf die nach der Branntweinkleinhandlungszahl gebildeten Ortschaften vertheilt	102
III. Ergebniss und allgemeine Schlussbetrachtung	102

4. Die Ergebnisse der ausserordentlichen Viehzählung vom 1. December 1893 im Herzogthum Braunschweig. Bearbeitet vom Finanzrath Dr. F. W. R. Zimmermann, Vorstand des statistischen Bureaus Herzogl. Staatsministeriums.

Einleitung	117
Ergebnisse	118
I. Die Ergebnisse nach den politischen Bezirken	118
Tabelle I: Der Rindvieh- und Schweinebestand nach den Zählungen vom 1. December 1892 und 1. December 1893, sowie die Zu- bzw. Abnahme desselben für die Amtsgerichtsbezirke mit specieller Aussonderung der Städte.	124
II. Die Ergebnisse nach den Abschätzungsbezirken	120
Tabelle II: Der Rindvieh- und Schweinebestand nach den Zählungen vom 1. December 1892 und 1. December 1893, sowie die Zu- bzw. Abnahme desselben für die sechs Schätzungsbezirke	126
III. Endergebniss und Schlussbetrachtung	120
Nachtrag	127



**Die Braunschweigische Beamten-Wittwen- und Waisen-
Versorgungsanstalt in ihrer gesetzlichen und finanziellen
geschichtlichen Entwicklung.**

Bearbeitet

vom

Finanzrath Dr. F. W. R. Zimmermann,

Vorstand des statistischen Bureaus Herzoglichen Staatsministeriums.

Einleitung.

Eine Beamten-Wittwen- und Waisenversorgung, wie sie jetzt durchweg als eine nothwendige Ergänzung der im Wesentlichen nur die augenblicklichen regelmässigen Bedürfnisse berücksichtigenden, »eine eigene ausgiebige Fürsorge für Hinterbliebene aber nicht ermöglichenden« Bemessung der Beamtengehälter anerkannt wird, hat sich erst im Laufe der letzten Jahrhunderte herausgebildet. Das Steigen der einzelnen Aufgaben des Staates und die intensivere Ausbildung dieser Aufgaben selbst erforderte mit Nothwendigkeit eine immer grössere Zahl von Kräften, welche ausschliesslich dem Staate zu dienen und dessen Aufgaben zu erfüllen hatten. Mit diesem Anwachsen des Beamtenthums trat dann wiederum auch das Bedürfniss nach einer Fürsorge für die Hinterbliebenen desselben und nach einer staatlichen Regelung dieser in einem entsprechend höheren Maasse hervor. Ursprünglich mochte diesem Bedürfniss durch besondere Gnadenbewilligungen des Landesherrn oder einzelne Unterstützungen aus den Fürstlichen Cassen vollauf genügt sein und eine feste Regelung nicht erforderlich scheinen. Die stark wachsende Zahl der höheren und niederen Beamten bedingte hier aber eine Aenderung. Diese Aenderung, welche durch eine entsprechende staatsseitige Regelung erfolgte, vollzog sich selbstredend nicht auf einmal, sondern stufenweise und allmähig. Namentlich auch in den Braunschweigischen Landen zeigte sich diese Entwicklung erst nach und nach und im Einzelnen mannigfach getrennt, bis sie schliesslich zur Ausbildung der jetzigen Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt führte, welche nicht nur die eigentlichen Staatsbeamten in ihrer Gesamtheit, sondern auch noch eine Reihe anderer Beamtenkategorien mehr oder weniger gleichmässig umfasst. Die Einwirkungen und Folgen dieser allmähigen Ausbildung treten aber naturgemäss in der jetzigen Gestaltung noch hervor und machen sich namentlich auch in den finanziellen Resultaten der Anstalt geltend. Eine eingehendere Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Braunschweigischen Wittwen- und Waisenversorgung, wie sie im Nachstehenden versucht werden soll, wird sonach immerhin für die Beurtheilung der jetzigen Verhältnisse der Braunschweigischen Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt von einiger Bedeutung sein. Auf Grund der geschichtlichen Entwickelung

wird sodann die jetzige Ordnung und Lage der Braunschweigischen Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt näher geschildert werden. Die jetzigen Verhältnisse der fraglichen Anstalt sollen namentlich an der Hand statistischer Uebersichten beobachtet werden, welche aus den Anstaltsrechnungen vom Jahre 1875 bis 1889 neu aufgestellt worden sind. Desgleichen wird auch die im Jahre 1889 stattgehabte statistische Erhebung berücksichtigt werden, welche vornehmlich den Zweck hatte, eine zahlenmässige Vergleichung der Erfolge der Einführung der reichsgesetzlichen Wittwen- und Waisenversorgungsgrundsätze gegenüber den Resultaten der jetzigen Braunschweigischen Gesetzgebung zu ermöglichen.

Ursprünglich war übrigens die vorliegende Arbeit auf einer etwas breiteren Unterlage ausgeführt worden; einmal waren nämlich in dem geschichtlichen Theile derselben (Abschnitt I.) die jetzt nur unter ihrer Ueberschrift aufgeführten Gesetze, Verordnungen etc. in ihren wesentlichen Vorschriften zur Darstellung gebracht und ferner hatten die wissenschaftlichen Begutachtungen, welche über den ganzen Stand und die finanzielle Lage der Anstalt zu den verschiedenen Zeiten erstattet worden waren, eine nähere Betrachtung erfahren. Dadurch war allerdings der Umfang der ganzen Arbeit ein verhältnissmässig starker geworden und es musste zweifelhaft erscheinen, ob eine Veröffentlichung derselben in den Beiträgen zur Statistik des Herzogthums Braunschweig in dieser Ausführlichkeit angezeigt sei. Auf Anordnung Herzoglichen Staatsministeriums wurden deshalb jene breiteren geschichtlichen Ausführungen und die speciellen Erörterungen über die bezüglich der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt erstatteten Gutachten als für die Allgemeinheit weniger Interesse bietend gestrichen und es sind jetzt eben nur die Gesetze, Verordnungen, Höchsten Rescripte etc., welche sich auf die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgung beziehen und die einzelnen Begutachtungen über den Stand der Anstalt kurz berührt; die Darstellung der statistischen Erhebung vom Jahre 1879 und die Resultate der neuen Anstaltsstatistik sind unverändert gelassen, da sie ja das Wesentlichste und für die Folge Bedeutungsvollste der Arbeit bieten.

I.

Die geschichtliche und finanzielle Entwicklung bis zum Jahre 1876.

1. Vorboten und erste Anfänge.

Die ersten Vorboten einer geregelteren und allgemeineren staatlichen Fürsorge für die Hinterbliebenen der Staatsdiener bilden das sog. Sterbe- und Gnadenquartal und die regelmässigen Unterstützungen der Staatsdienerwitwen. Wir können beide schon Ausgang des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts nachweisen, doch wird der ursprüngliche Anfang noch früher liegen. Die Auszahlung der Gehalte der Beamten erfolgte derzeit durchweg vierteljährlich und wurde der Anspruch auf den Vierteljahrsgehalt am ersten Tage des Vierteljahres erworben: je nach der Zeit, zu welcher der Tod des Beamten erfolgte, konnten die Hinterbliebenen noch einen ein- oder zweimonatigen Gehalt geniessen oder nicht. Neben dieses sich als rechtlichen Anspruch charakterisirendes Sterbequartal trat aber noch das Gnadenquartal; hier wurde den Hinterbliebenen der volle Gehalt des verstorbenen Beamten für ein weiteres Quartal nach Ablauf des Sterbequartals ausbezahlt. Das Gnadenquartal beruht aber stets auf einer besonderen Verwilligung für den einzelnen Fall und hing lediglich von dem Willen des Landesfürsten ab; es führt daher auch seinen Namen, welcher an sich ja schon die Idee eines rechtlichen Anspruchs ausschliesst. Im günstigsten Falle erhielten hiernach die Hinterbliebenen noch 5 Monate den Beamtengehalt ihres Ernährers ausbezahlt, es war dies immer nur eine sehr zeitweise kurze Zuwendung und konnte bei einer wirklich vorhandenen Nothlage nur eine augenblickliche, nicht eine dauernde Abhülfe schaffen. Dauernd, d. h. für Lebenszeit bezw. einen bestimmten Lebensabschnitt bewilligt, waren dagegen, wenigstens wohl regelmässig, die Unterstützungen des Landesherrn aus der Fürstlichen oder der Fürstlichen Cammercasse, welche auch schon mitunter als Pensionen bezeichnet werden. Diese Unterstützungen oder Pensionen waren aber auf ein bestimmtes Maass beschränkt, es wurden dafür regelmässig gewisse Summen ausgeworfen, aber wenn diese auch an sich namentlich zeitweise recht beträchtlich gewesen sein mögen, so konnten sie doch mit der stets steigenden Zahl der einzelnen Nothfälle nicht in entsprechendem Maasse wachsen und daher auch eine genügende Abhülfe nicht bieten. So muss einerseits dahingestellt bleiben, ob die wirklich bewilligte Unterstützung oder Pension ihrer Höhe nach stets ausgiebig genug, um dem wirklichen Mangel abzuhelpen, gewesen ist; andererseits ist aber wohl zu beachten, dass diese Unterstützungen und Pensionen ausschliesslich Gnadenbewilligungen waren, dass ein rechtlicher Anspruch auf dieselben in gleicher Weise, wie beim Gnadenquartal, auch hier nicht

bestand, dass mithin auch nur ein Theil und wohl der kleinere Theil der Beamtenhinterbliebenen die Wohlthat derselben zu geniessen in die Lage kam. Weder Sterbe- und Gnadenquartal, noch Unterstützung und Pension waren daher geeignet, dem vorhandenen Bedürfniss zu genügen.

Landesfürstliche Rescripte vom 15. Februar 1740, 20. Juni 1750, 4. November 1776 und 1. September 1779; Landesfürstliche Verordnung vom 9. Februar 1778.

Neben den Vorbehandelten für die sämmtlichen Staatsbeamten bestehenden Einrichtungen verdienen hier noch gewissermaassen als Vorboten einer geregelten Beamten-Witwen- und Waisenversorgung hervorgehoben zu werden: die Fürsorge für die Wittwen der Kirchendiener und der Professoren der Universität Helmstedt.

Für die Wittwen der Prediger sorgt schon in verhältnissmässig eingehender Weise die »Erneuerte Kirchenordnung« des Herzogs Anton Ulrich vom 1. Mai 1709. Sie sichert denselben nicht nur zunächst ein Gnadenquartal, sondern sogar ein Gnadenhalbjahr und zwar nicht als eine nur eventuelle besondere Gnadenbewilligung im einzelnen Fall, sondern als einen rechtlichen Anspruch, welcher sämmtlichen Predigerwitwen ohne Weiteres zusteht. Durch die generelle Anordnung, dass überall Pfarrwittwenenthümer gebildet und entsprechend ausgestattet werden sollten, wird aber daneben den Predigerwitwen auch eine dauernde Einnahme geschaffen. In erster Linie wird für die Wohnung der Wittwen Sorge getragen; ferner wird denselben aber auch ein Antheil an den Gemeindennutzungen, sowie Ländereien, Garten, Wiesen oder Acker zu selbstständiger Nutzung überwiesen. Die Vorschriften der »Erneuerten Kirchenordnung« wurden sodann später durch verschiedene Consistorial-Ausschreiben und Verordnungen weiter ausgebildet und ergänzt, auch wurden sie in entsprechend beschränkter Weise auch auf die Wittwen der Organisten, Opferleute und Schullehrer ausgedehnt. Eine allgemeine Gleichmässigkeit bezüglich der Höhe der Wittwenbezüge oder bezüglich der zur Feststellung derselben in Anwendung zu bringenden Grundsätze bestand danach allerdings nicht; die einzelnen Pfarrwittwenenthümer etc. waren je nach den Vermögensverhältnissen und den Gemeinheitsgütern der sie begründenden Gemeinden durchweg verschieden dotirt, auch die Ungleichmässigkeit der Ausstattung der Pfarren war auf diese Verschiedenheit nicht ohne Einfluss; immerhin war die Fürsorge für die Wittwen der Kirchendiener schon früh eine verhältnissmässig entwickelte und wird auch wenigstens für die Mehrzahl der Fälle eine ausgiebig gewesen sein.

Die Universität Helmstedt hat schon in der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts unter Landesherrlicher Bestätigung einen besonderen Wittwen- und Waisen-Fonds für die an ihr lehrenden Professore gestiftet, das sog. *Peculium viduarum et orphanorum*. Der Fonds hatte sich allmählig immer mehr herangebildet theils durch besondere Zuwendungen des Landesfürsten, theils durch Ueberweisungen aus dem Universitätsvermögen bzw. den Universitäts-einkünften, theils auch durch Legate etc. der Professoren. Er stand unter einer besonderen Verwaltung, welche der der übrigen Universitäts-cassen im Wesentlichen entsprach. Von den Einkünften desselben wurden alljährlich drei Vierteltheile unter die Wittwen und Waisen der Professoren vertheilt, das letzte Viertel aber nach Abzug der unbedeutenden Verwaltungskosten und Nebenausgaben zum Fonds selbst geschlagen, so dass auch hierdurch noch ein stetes Anwachsen des Fonds bewirkt werden musste. Die Bezüge, welche den Wittwen und Waisen aus dem *Peculium* gewährt wurden, waren somit ihrer Höhe nach wechselnde, sie wurden bestimmt einmal durch die Höhe der jedesmaligen Jahreseinnahme, welche in Folge der besonderen Natur einzelner Einnahmequellen eine schwankende war, und ferner die jedesmalige Zahl der Wittwen und Waisen, welche sich in die Jahreseinkünfte nach Verhältniss zu theilen hatten. Zunächst werden die Wittwen- und Waisengelder des *Peculium* eben nicht sehr bedeutende gewesen sein, aber schon Anfang des 18. Jahrhunderts mehrten sich die Einnahmequellen des *Peculium* in verhältnissmässig reichem Maasse, so dass meist die Wittwen- und Waisenversorgung desselben eine entsprechend ausgiebige gewesen sein wird. Bemerkt werden soll hier übrigens noch, dass die Wittwen und Waisen der Professoren der Universität Helmstedt schon nach dem vom Herzog Heinrich Julius unter dem 23. Februar 1592 ertheilten Privilegium eine halbjährige Besoldung als Gnadenbesoldung erhielten.

Erneuerte Kirchenordnung des Herzogs Anton Ulrich vom 1. Mai 1709, Kapitel XVI und XVII. *Peculium*: Stiftungsurkunden vom 13. December 1645, 26. Juni und 11. November 1647, 19. October 1650 und 31. Juli 1652; Instruction vom 29. December 1728.

2. Die erste Errichtung der Wittwen- und Waisencasse im Jahre 1743.

Als begründend für die Wittwen- und Waisencasse ist die Landesfürstliche Verordnung vom 27. Juni 1743 anzusehen. Die Verordnung selbst ist allerdings dem von ihr verfolgten Zweck gegenüber recht dürftig und unvollständig; sie ordnet im wesentlichen nur an, dass von den Besoldungen der Civil- und Kriegsbedienten zwei Procent innebehalten und auf Wittwen und Waisen verwandt werden sollten. Durch dieselbe wird daher eine einheitliche allgemeine Wittwen- und Waisencasse noch nicht begründet, es werden vielmehr die vorgeschriebenen Abzüge bei den einzelnen Fürstlichen Cassen etc., aus welchen die Besoldungen bestritten werden, gemacht und in gleicher Weise aus denselben auch die Wittwen- und Waisengelder je für die betr. Beamtenkategorie gezahlt;

dabei fand allerdings eine Trennung und gesonderte Verrechnung der Gehaltsabzüge und Wittwenpensionen von den übrigen Einnahmen und Ausgaben der Cassen statt, sodass also gewissermaassen eine ganze Anzahl von Wittwencassen gebildet war. Immerhin muss aber die Verordnung von 1743 als die Grundlage und der Ausgang der jetzigen Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt angesehen werden, da bei der demnächstigen Reorganisation im Jahre 1775 die durch die Verordnung von 1743 begründeten Wittwencassen zu der allgemeinen noch jetzt bestehenden Wittwencasse vereinigt wurden und mit ihren sämtlichen Rechten und Verpflichtungen in der allgemeinen Casse aufgingen. Durch übereinstimmende Ausführungsverfügungen an die einzelnen Cassen ist allerdings zunächst eine Gleichmässigkeit der Sachbehandlung eingeführt, im Laufe der Zeit wurde diese aber durch die Selbstständigkeit und Eigenmächtigkeit der einzelnen Cassen, welche unter sich über die nähere Behandlung nicht weiter verhandelten, immer geringer und machte sich ihr Fehlen als Uebelstand mehr und mehr bemerkbar, und zwar um so stärker als weitere Verordnungen oder generelle Verfügungen wegen der Wittwencasse nicht erlassen wurden. Die ganzen Verhältnisse drängten sonach schon abgesehen von der finanziellen Lage auf eine gründliche Reorganisation und eine einheitliche gleichmässige Gestaltung des Wittwencassenwesens hin.

Bei Erlass der Verordnung vom 27. Juni 1743 sind die muthmaasslichen finanziellen Erfolge derselben zweifellos einer näheren Prüfung unterworfen; die Verhandlungen darüber waren nicht aufzufinden und werden wahrscheinlich verloren gegangen sein. Aus späteren Verhandlungen und Acten ist jedoch Einiges noch ersichtlich. Es war sofort in Aussicht genommen und durch entsprechende Vorschriften sichergestellt, dass in den Anfangsjahren von den die Ausgaben natürlich weit übersteigenden Einnahmen ein Capitalvermögen für die Wittwencassen gebildet werde, durch dessen Zinsertragniss demnächst die späteren grösseren Pensionsanforderungen neben den Besoldungsabzügen gedeckt werden könnten. Ob auf den Satz von 2 Procent, welcher für die Besoldungsabzüge angenommen, besondere Berechnungen etc. geführt, kann nicht nachgewiesen werden. Bei der Neuheit der ganzen Sache und dem Mangel irgend welcher Erfahrung und jeglichen Anhalts könnten die Berechnungen und Schlüsse auch wohl nur von zweifelhaftem Werth gewesen sein. Dass sich aber nach Verlauf von 30 Jahren der finanzielle Erfolg der neuen Einrichtung als ein ungünstiger erwies, könnte doch nur zum geringeren Theil den ungenügenden Berechnungen schuldgegeben werden, der Hauptgrund dafür ist immerhin in der mangelhaften Verwaltung zu suchen: die Vorschriften zur Capitalansammlung in den Anfangsjahren sind nicht streng durchgeführt worden, die Besoldungsabzüge sind vielfach unterblieben, es sind Wittwenpensionen verwilligt an Personen, denen ein Anspruch darauf nicht zukam, weil entsprechende Besoldungsabzüge nicht erhoben waren, die nothwendige Gleichmässigkeit der Sachbehandlung fand nicht statt, zum Theil allerdings weil eine genaue Regelung fehlte. Unter diesen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, wenn in der Mitte der siebenziger Jahre die finanzielle Lage der Wittwencassen

eine missliche wurde. Von sieben getrennt bestehenden einzelnen Wittwencassen war im Jahre 1772 bei einer und zwar der hauptsächlichsten, der Fürstlichen Cammercasse, bereits die Ausgabe grösser als die Einnahme, bei den anderen überwog allerdings noch die Einnahme und sogar in einer Weise, dass das Gesamtergebnis sämtlicher Cassen immer noch mit einem Plus abschloss; es liess sich jedoch schon rechnungsmässig nachweisen, dass unter der Beobachtung des bisherigen Verfahrens und unter der Annahme einer noch stetigen Zunahme der Wittwen schon im Jahre 1776 eine Zusammenfassung der Resultate sämtlicher Cassen ein Deficit aufweisen würde. Und so verlangten denn auch die finanziellen Verhältnisse der Wittwencassen dringend eine Neugestaltung derselben, welche sodann im Jahre 1775 vorgenommen wurde.

Zum Schluss dieses Abschnitts sind endlich noch einige in denselben Zeitraum fallende Erscheinungen zu betrachten, welche allerdings mit der Wittwencassen-Verordnung von 1743 nicht in directer Verbindung stehen, aber doch gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen. Zunächst ist hier hervorzuheben die Wittwen- und Waisencasse für die Bedienten der Abtei Gandersheim. Dieselbe wurde im Jahre 1768 von der Aebtissin Theresia Nathalia gestiftet (Stiftungsurkunde vom 4. Juni 1768) und traf lediglich für die Wittwen und Waisen der Beamten und Officianten der Abtei Gandersheim Fürsorge. Die Stifterin überwies der Wittwencasse sofort ein Capital, dessen Zinsen zur Leistung der jährlichen Pensionen verwandt werden sollten; daneben werden aber von den Beamten, für welche die Stiftung geschehen, zweiprocentige Besoldungsabzüge erhoben. Die Pensionen wurden später je nach dem Grade der verschiedenen Beamten und einer genau geregelten Abstufung festgesetzt. Die Casse entwickelte sich unter regelmässiger Erfüllung ihrer Verpflichtungen finanziell sehr günstig weiter, sodass ihr Capitalbesitz stetig zunahm. Nicht so günstig entwickelte sich die ferner hier anzuführende Wittwen- und Waisencasse für die Bedienten und Arbeiter bei der Spiegelhütte zu Grünenplan und der Glashütte zu Schorborn — beides derzeit herrschaftliche Werke —, welche 1769 errichtet wurde. Dieselbe war eine Privatanstalt, welche Landesfürstlich genehmigt war; sie stand aber unter herrschaftlicher Aufsicht und erhielt auch herrschaftliche pecuniäre Unterstützung. Da die Wittwencasse aber auf Grund unrichtiger Berechnungen in nicht haltbarer Weise construiert war, so kam sie bald finanziell in Verfall und es zeigte sich schon früh unter den Interessenten der Wunsch nach Aufhebung. Nachdem vergeblich versucht, eine Besserung durch Herabsetzung der Wittwenpensionen herbeizuführen, erfolgte die Auflösung im Jahre 1792. Eine ähnliche Wittwen- und Waisencasse wurde auch schon 1766 bei der Fürstlichen echten Porzellanfabrik Fürstenberg für die Beamten und Arbeiter derselben errichtet: dieselbe hielt sich eine längere Zeit und war noch 1775 in lebensfähigem Zustande, scheint aber später dasselbe Schicksal wie die Grünenplaner Casse gehabt zu haben. Im Jahre 1749 wurde dann auch eine der Civil-Bedienten-Wittwencasse entsprechende Einrichtung einer allgemeinen Pfarr-Wittwencasse beabsichtigt und einleitende Schritte dazu gethan. Der Plan wurde jedoch nicht verwirklicht. Dahingegen wird in diese Zeit

die Gründung einer grossen Zahl der Inspections-Prediger-Wittwencassen zu setzen sein. Endlich ist noch anzuführen, dass in diese Periode, zum Theil auch allerdings noch in die folgende die Bildung der grösseren sogenannten Todtencassen fällt; ihrem Zweck nach sind diese wohl zunächst mit dem Gnadenquartal zu vergleichen, sie wollen die augenblickliche Noth, in welche eine Familie durch den Tod des Ernährers leicht geräth, mildern, und namentlich, zum Theil auch wohl ausschliesslich, die Kosten des Begräbnisses verschaffen. An der Gründung derselben waren vielfach gerade Beamte betheiligt und ebenso finden sich solche später auch zahlreich unter den Theilnehmern, weshalb eine Erwähnung derselben hier wohl berechtigt erscheint.

3. Die Neuordnung vom Jahre 1775 und die Weiterentwicklung bis zur Westfälischen Zeit.

Um die immer stärker hervortretenden Missstände der bisherigen Wittwencassen zu beseitigen, wurde durch die verhältnissmässig eingehende Landesfürstliche Verordnung vom 30. März 1775 eine vollständige Neuorganisation vorgenommen. Zunächst wurde eine einheitliche Anstalt geschaffen, bei der die Trennung in einzelne Cassen wegfiel. Das Theilnehmervverhältniss wurde fest geregelt; ausgeschlossen wurden die Militär-Bedienten, die aus der Landrentereicasse besoldeten Bedienten, die Kirchen- und Schuldienner und die Stadtbedienten. Die Einnahme der Anstalt wurde erhöht; die regelmässigen Besoldungsabzüge betrugen jetzt 3 % anstatt der früheren 2 %; ausserdem wurde von neuen Besoldungen und Besoldungszulagen der Betrag der ersten zwei Monate ganz abgezogen; die Capitalien sollen mit 5 % eventuell aus Fürstlichen Cassen verzinst werden; endlich wird auch ein jährlicher Zuschuss aus den Fürstlichen Cassen festgesetzt. Die sämtlichen an der Anstalt theilnehmenden Fürstlichen Bedienten werden in 9 Classen eingetheilt und für jede einzelne Classe eine bestimmte Wittwenpension ausgeworfen. Sodann werden eingehende Bestimmungen getroffen über den Bezug der Wittwenpension seitens der Wittwen wie seitens der Kinder unter Anordnung von Verlustfällen etc.; es wird Arrest- und Executionsfreiheit der Pensionen verfügt; das Verfahren bei Erhebung der Wittwen- und Waisengelder geregelt etc. Die Verwaltung der Anstalt wird speciell geordnet und einer besonderen Deputation anvertraut. Auch Uebergangsvorschriften, namentlich bezüglich des Verhältnisses der bisherigen Wittwen werden getroffen. Auf diese Weise wurden die Verhältnisse der Wittwencasse fest, und im Wesentlichen sachgemäss geordnet und den früher zu Tage getretenen Missständen im Ganzen wirksam vorgebeugt. Die Verordnung von 1775 enthält der von 1743 gegenüber einen wesentlichen Fortschritt, man hatte die bisher gemachten Erfahrungen benutzt und auf Grund derselben eine eingehende principielle Regelung getroffen. Die Heranziehung sämtlicher Beamten, wie sie allerdings schon in der ersten Verordnung beabsichtigt, wird jetzt streng durchgeführt, in die Auszahlung der Wittwenpensionen wird eine feste Ordnung gebracht, die finanzielle Lage der Casse wird im erhöhtem Maasse sicher gestellt. In der Folgezeit ist dann eine Reihe weiterer

Verordnungen und Landesfürstlicher Rescripte erlassen, durch welche die Wittwencasse theils weiter ausgebildet und entwickelt, theils aber auch in ihrem Bestande nicht unbedenklich gefährdet wurde. Die Zahl der Theilnehmer wurde verschiedentlich vermehrt, indem von den zunächst ausgeschiedenen noch einzelne Beamtenclassen zugelassen wurden, so namentlich die Kirchen- und Schuldiener, welche bei den Stiftern und Klöstern oder von den Städten ihre Besoldung bezogen — diese allerdings mit einer besonderen Classification der Wittwenpensionen — die Magistratspersonen und Stadtbedienten, die Justizbeamten und sonstigen Gerichtspersonen. Es wird die regelmässige Innebehaltung der Gehaltsabzüge, der dauernden wie der einmaligen, wiederholt eingeschärft und strengstens anbefohlen, auch im einzelnen nach verschiedener Richtung näher bestimmt. Auch manche sonstige Einzelschriften der Verordnung werden näher erläutert, ergänzt oder auch abgeändert. Gegen diese Vorschriften sind im Allgemeinen Bedenken nicht zu erheben, anders verhält es sich aber mit denjenigen, welche ferner bezüglich der finanziellen Basis der Casse getroffen wurden. An die Fürstlichen Cassen wurden derzeit starke Anforderungen gestellt und war der Stand derselben kein gerade glänzender. Der der Wittwencasse zugesicherte jährliche Zuschuss aus der Fürstlichen Casse wurde daher schon einige Jahre nach der erteilten Zusage wieder zurückgezogen. Der Zinsfuss der bei Fürstlicher Cammercasse belegten Capitale der Wittwencasse — dieselbe besass fast ausschliesslich solche — war in der Verordnung auf 5 % festgesetzt, wurde aber auch sehr bald zunächst auf 4 % und dann auf 3 % ermässigt. Da ausserdem noch einige der Wittwencasse finanziell ungünstige Vorschriften allerdings von mehr untergeordneter Bedeutung getroffen wurden, so kann es nicht Wunder nehmen, wenn schon um das Jahr 1795 sich wiederum Klagen über den misslichen Stand der Casse geltend machen. 1796 wurde deshalb eine Aenderung geplant; dieselbe kam jedoch nicht sofort zur Ausführung, da Zweifel über die Art und Weise derselben vorhanden; bei den Wirren der folgenden Jahre unterblieb sie dann überhaupt.

Landesfürstliches Rescript vom 8. Juni 1775; Instruction vom 8. Juni 1775; Landesfürstliches Rescript vom 25. September 1775; Landesfürstliche Declaration vom 20. November 1777; Landesfürstliche Rescripte vom 24. Februar 1777, 26. August 1776, 21. Mai 1778, 19. April 1796 und 15. April 1797; Landesfürstliche Rescripte vom 18. September 1775, 15. Juni 1792, 21. August 1792 und 4. November 1798. Landesfürstliche Rescripte vom 20. Juli 1790, 23. Juli 1803 und 31. October 1805. Landesfürstliches Rescript vom 13. April 1778; Landesfürstliches Rescript vom 4. Mai 1779; Landesfürstliches Rescript vom 24. Mai 1780.

Die Verordnung vom 30. März 1775 verfolgte als Hauptzweck, die finanziellen Verhältnisse der Civilbedienten-Wittwen- und Waisencasse nach Möglichkeit für die Dauer sicher zu stellen und hat nach dieser Richtung verhältnissmässig weitgehende Neuerungen geschaffen. Vor Erlass derselben wurden die verschiedenen Verhältnisse nach allen Seiten hin erörtert und geprüft und eingehende

Berechnungen auf Grund der seit 1743 gesammelten Erfahrungen angestellt. Die Richtigkeit dieser vorausgesetzt, musste danach die finanzielle Lage der Anstalt als eine gesicherte erscheinen. Man hatte auf Grund von Ermittlungen, welche so sorgfältig und eingehend, als die derzeitige Entwicklung es erlaubte, angestellt waren, festgestellt die Zahl der Theilnehmer und die Vertheilung derselben auf die einzelnen zu bildenden Classen, die Zahl der vorhandenen Wittwen und den jährlichen Ab- und Zugang derselben, die Höhe der Gesamtbesoldung und danach die Summe der jährlichen Abzüge, die Höhe der Wittwenpension und das Anwachsen derselben etc. Bei den mit diesem Material angestellten Berechnungen scheint man redlich bemüht gewesen zu sein, sich streng an die Wirklichkeit zu halten und Zahlenannahmen lediglich zu dem Zweck die nothwendige Entwicklung der Anstalt in einem günstigen Lichte erscheinen zu lassen, zu vermeiden. Unter der Voraussetzung eines Gleichbleibens der Höhe der Gehalte sowohl wie der Höhe der Wittwenpensionen sollte danach nach Ablauf von etwa 40 Jahren der Beharrungsstand für die Anstalt erreicht sein; diese würde dann über einen bedeutenden Capitalbesitz (300 000 Thlr.) verfügen und ständig einen nicht unerheblichen Ueberschuss der Einnahme über die Ausgabe aufweisen, welcher sodann weitere Verbesserungen ermöglichen würde. Im Allgemeinen scheinen die Voraussetzungen, auf welchen die Verordnung von 1775 bzw. die Erwartung eines günstigen finanziellen Resultats derselben basirt wurden, so unrichtig nicht gewesen zu sein, wenn sie auch wohl in einzelnen Punkten, so namentlich bezüglich der Höhe der nothwendigen Pensionszahlungen doch noch zu niedrige Schätzungen aufweisen. Die nachfolgenden factischen Ergebnisse lassen immerhin mit ziemlicher Sicherheit darauf schliessen, dass bei unveränderter Sachlage d. h. ohne das spätere willkürliche und den Grundsätzen der Verordnung von 1775 zuwiderlaufende Eingreifen in die finanziellen Verhältnisse der Anstalt die Lage derselben sich als eine finanziell gesicherte, wenn auch vielleicht nicht so günstige als zunächst angenommen, gestaltet haben würde. In Wirklichkeit haben sich nun allerdings die Verhältnisse der Anstalt nicht so zufriedenstellend entwickelt, vielmehr machten sich schon gegen Ende des Jahrhunderts in Verbindung mit einem Streben nach Erhöhung der den Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Sätzen der untersten Pensionsclassen wiederum Bedenken bezüglich der Sicherheit der finanziellen Basis der Anstalt geltend. Bis zur westfälischen Fremdherrschaft haben sich allerdings die Ausgaben und Einnahmen der Anstalt immer noch gedeckt, aber schon verhältnissmässig früh mussten fast die gesammten Einnahmen zu den laufenden Ausgaben verwandt werden, eine Capitalbildung, wie sie zunächst vorausgesetzt war, konnte mithin nicht bzw. nur in sehr beschränktem Maasse stattfinden; der Capitalbestand der Anstalt hatte sich demgemäss in den in Frage kommenden 30 Jahren verhältnissmässig nur unbedeutend vermehrt, während er sich nach den 1775 angestellten Berechnungen innerhalb 40 Jahren mehr als vervierfachen sollte. Bei Fortdauer regulärer Verhältnisse und Nichteintritt der Westfälischen Fremdherrschaft würde aber voraussichtlich auch bald die Ausgabe die Einnahme überstiegen und die Anstalt wie vor

1775 ein Deficit zu erwarten gehabt haben. Die Vermehrung des Theilnehmerkreises der Anstalt durch Zulassung eines Theils der Kirchen- und Schuldieners, der Magistratspersonen und Stadtbedienten, der Justizbeamten etc. ist jedenfalls nicht ohne Einfluss auf die minder günstige Gestaltung der Cassenverhältnisse gewesen, gross wird dieser Einfluss immerhin aber nicht gewesen sein können, wenn auch bald nach Erlass der bezüglichen Declaration die Classificirung der Kirchen- und Schuldieners den übrigen Beamten gegenüber als zu hoch bezeichnet wurde; wesentlich wird bei der verhältnissmässig nicht hohen Zahl der neu aufgenommenen Personen der eventuelle Nachtheil der Wittwencasse nicht hervorgetreten sein. Ganz anders müssen aber die oben bezeichneten Einnahme-Verkürzungen, die Zurückziehung des Zuschusses aus Fürstlicher Cammercasse, die Herabsetzung des Zinsfusses der Wittwencassen-Capitalien, die Uebertragung der Wittwencassen-Beamtenbesoldungen auf die Casse, die Mehrbelastung mit voller Zahlung der alten Pensionen, die Verringerung des Antheils von dem Abzug von neuen Besoldungen und Besoldungszulagen etc. gewirkt haben. Dieselben an sich lassen ja einen Rückschluss auf die derzeitige Lage der Wittwenversorgungsanstalt zu, dieselbe muss eine recht günstige gewesen sein, denn sonst würde man nicht auf den Gedanken gekommen sein, die Einnahmequellen, auf welche man die ganze Anstalt erst vor Kurzem nach reiflicher Ueberlegung basirt hatte, in so weitgehender Weise zu verkürzen. Der Wegfall an Einnahme und die Mehrbelastung mit Ausgaben, welche die Anstalt durch die qu. Verfügungen getroffen, betrug mehr als ein Viertel der bisherigen Gesamteinnahmen, es war mithin eine Differenz von über 25 %. Dass dadurch alle Berechnungen über die Resultate der Anstalt hinfällig werden mussten, dass namentlich unter solchen Umständen die vorausgesetzte Capitalbildung wesentlich beschränkt werden und bald ganz hinwegfallen musste, liegt wohl so auf der Hand, dass es eines weiteren Beweises nicht bedarf. Die späteren ungünstigen Verhältnisse der Civilbedienten-Wittwen- und Waisencasse sind somit wesentlich und fast ausschliesslich auf die oben hervorgehobenen Verfügungen zurückzuführen, durch welche zu Gunsten der Fürstlichen Cammercasse für die Wittwencasse die Einnahmen vermindert und die Ausgaben vermehrt wurden. In Bezug auf die Wittwencasse documentiren diese Verfügungen eine kurzsichtige nur den Augenblick berücksichtigende Finanzpolitik, welche übersieht, dass der derzeitige günstige Cassenstand eigentlich nur ein scheinbarer war, dass die Gesamtverpflichtung der Casse sich erst allmählig entwickelt und nach Ablauf geraumer Zeit in Erscheinung tritt und dass für die Erfüllung späterer Verpflichtungen schon in der Anfangszeit durch entsprechendes Zurücklegen und Capitalbildung Sorge getragen werden muss. Um den höheren Geldanforderungen der Cammercasse, welche ja allerdings recht drückende gewesen sein mögen, besser genügen zu können, werden der augenblicklich mit Geldmitteln gut ausgestatteten Wittwencasse diese verkürzt, weil ihre unmittelbare Verwendung derzeit noch nicht nothwendig war. Ohne Rücksicht auf die Folgen, welche nicht ausbleiben konnten, raubte man damit aber der Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt

die ihr erst kürzlich gegebene sichere finanzielle Grundlage. Ende des Jahrhunderts machte sich schon das Bedenkliche des fraglichen Verfahrens bemerkbar, die dagegen angeregten Abhelfemaassregeln kamen in Folge der unruhigen Zeiten nicht zur Ausführung. Die Wittwencasse hielt sich zwar bis zur Westfälischen Zeit noch so hin, ja nach dem Durchschnitt ungefähr der letzten 10 Jahre zeigte sie immer noch einen Ueberschuss der Einnahme über die Ausgabe, derselbe war aber nur ein sehr unbedeutender und wäre nicht nur bei der geringsten ausserordentlichen Belastung der Casse, sondern auch bei der noch fortschreitenden Entwicklung derselben leicht in das Gegentheil umgewandelt worden. Mit ziemlicher Sicherheit wird man annehmen können, dass ohne Dazwischentreten der westfälischen Fremdherrschaft die Wittwencasse wiederum zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen ausser Stande gewesen sein würde, falls nicht wie 1775 eine Neuorganisation solches verhindert haben würde.

Die schon in den vorigen Abschnitten berührten, neben der Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse bestehenden Wittwenversorgungsanstalten haben sich durchweg in diesem Zeitabschnitt günstig weiter entwickelt. Das Peculium viduarum et orphanorum der Universität Helmstedt vermehrte das Stiftungsvermögen regelmässig von Jahr zu Jahr, wie es die Organisation desselben mit sich brachte. Die andauernde Geldverlegenheit der Regierung brachte ihm zwar auch einen Nachtheil, indem die ihm gehörige Apotheke zum Vortheil der Regierung verkauft wurde; auf die Apotheke wurde allerdings zu Gunsten des Peculium ein den bisherigen Einkünften aus derselben entsprechender Erbzins gelegt, so dass zunächst eine Minderung der Einnahmen nicht eintrat und sich der factische Schaden nicht bemerklich machte. In den Grundsätzen welche bislang für die Verwaltung des Peculium maassgebend gewesen waren, trat eine Veränderung nicht ein; die zunächst getroffene Anordnung, dass den Professoren in gleicher Weise wie den Civil-Bedienten Gehaltsabzüge gemacht und solche dem Peculium überwiesen werden sollten, wurde sofort wieder aufgehoben. Da das Peculium jedoch nur für die Hinterbliebenen der ordentlichen Professoren und in geringerem Umfange für die der ausserordentlichen Professoren sorgte, die übrigen Universitäts-Bedienten aber gänzlich ausschloss, so machte sich das Bedürfniss nach einer Ergänzung fühlbar; eine entsprechende Erweiterung des Peculium wurde aber als unzulässig befunden und so blieb nichts übrig, als die Bildung einer neuen Wittwencasse ins Auge zu fassen. Nach mannigfachen Bemühungen trat so Anfang der neunziger Jahre die neue Helmstedter Universitäts-Wittwencasse ins Leben. Dieselbe ist eine reine Privatanstalt, welche die Landesfürstliche Genehmigung erhalten. Wenn sie auch ausschliesslich für die sämtlichen Angehörigen der Universität Helmstedt errichtet ist, so hängt sie doch mit der Universität an sich nicht zusammen, die Universitätsverwaltung ist ohne Einfluss auf dieselbe. Die Verhältnisse der Casse werden durch ein eingehendes Statut geregelt. Durch Zahlung bestimmter Beiträge wird das Theilnahme-recht und damit auch der Anspruch auf eine angemessene Wittwenpension erworben. Um der Casse eine sichere Grundlage zu geben, soll zunächst nicht die ganze Jahres-

einnahme als Wittwenpension vertheilt, sondern ein Theil derselben zur Capitalbildung benutzt werden. Alles dieses sowie die Verwaltung etc. ist im Einzelnen in dem Wittwencassenstatut näher geordnet. Die ganze Regelung der Casse kann nur als eine sachgemässe und gründliche anerkannt werden. Der ersten Entwicklung der Casse kam ein Legat der Herzogin Philippine Charlotte sehr zu statten; um dasselbe stritten sich zunächst das Peculium und die neue Universitäts-Wittwencasse, schlossen aber dann darüber einen Vergleich, nach welchem der neuen Wittwencasse der Haupttheil, eine nicht unbeträchtliche Summe, zufiel. Die finanziellen Verhältnisse der neuen Casse waren daher von Anfang an günstige. Auch die Gandersheimer Abtei-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse erfreute sich einer finanziell gut fortschreitenden Entwicklung. Sie kam ihren Verpflichtungen pünktlich nach und konnte die festgesetzten Wittwen- und Waisengelder stets auszahlen, ja sie hatte regelmässig noch einen Ueberschuss, welcher zum Capital geschlagen wurde, so dass sich ihr Capitalvermögen in der Zeit verhältnissmässig stark vermehrte. Die durch den Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Februar 1803 erfolgte Aufhebung des Stiftes Gandersheim blieb zunächst ganz ohne allen Einfluss, da zu Folge besonderer Uebereinkunft mit dem Herzog Carl Wilhelm Ferdinand das Stift für die Lebenszeit der letzten Aebtissin Auguste Dorothee Herzogin zu Braunschweig in seinem Bestande belassen bleiben sollte. Die vortheilhafte finanzielle Lage der Wittwencasse ermöglichte es noch ganz am Schluss dieses Zeitabschnitts eine allgemeine Erhöhung der Wittwenpensionen eintreten zu lassen. Da die Landschaftlichen Beamten nach der Landesfürstlichen Verordnung vom 13. März 1775 in die allgemeine Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse nicht aufgenommen waren, so blieb die für dieselbe seit 1743 schon vorhandene Wittwencasse unberührt bestehen, ohne dass eine besondere weitere Regelung derselben erfolgte. Näheres war übrigens bezüglich dieser Casse nicht festzustellen, doch kann die Fortentwicklung derselben keine ungünstige gewesen sein, da sie später mit verhältnissmässig ansehnlichem Capitalvermögen auftritt. In gleicher Weise wie die Landschaftlichen Beamten waren die Militärbedienten und die aus der Fürstlichen Kriegscasse besoldeten Civilbedienten von der allgemeinen Wittwencasse ausgeschlossen, auch für sie blieb daher die bisherige Casse als Fürstliche Militär-Wittwencasse neben der Civilbedienten-Wittwencasse bestehen und entwickelte sich selbstständig weiter; auch sie sammelte nicht unbeträchtliche Capitalien an. — Die Prediger-Wittwencassen blieben immer in beschränktem Umfange, sie erhielten sich auch ferner, doch war ihre Bedeutung wohl nicht sehr hervorragender Art, da ja für die Wittwen der Prediger so wie so durch die Pfarrwittwenhäuser schon Vorsorge, wenn auch nur mehr oder weniger ausreichende getroffen war. Für die Organisten und Opferleute in der Stadt Braunschweig wurden gegen Ende der Periode zwei Wittwen- und Waisencassen neu errichtet, welche dauernden Bestand erhielten und eine verhältnissmässig gute Versorgung für die Angehörigen ihrer Theilnehmer boten.

4. Die Westfälische Zeit.

In die im Vorstehenden dargestellte allgemein vortheilhafte Entwicklung nicht nur der Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse sondern auch der übrigen für einen kleineren Kreis bestimmten Wittwenanstalten griff dann die Westfälische Fremdherrschaft mehr oder weniger störend ein. Am stärksten hatte darunter der Natur der Sache nach die Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse zu leiden, denn ihr wurde mit der radicalen Aenderung der staatlichen Einrichtungen ihre wesentliche Grundlage entzogen. Zunächst scheint sich die neue Regierung um die Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse überhaupt nicht gekümmert zu haben. Die bisher für dieselbe bestellte Deputation führte die Geschäfte weiter, so weit sich dieses eben ermöglichen liess; welche Schwierigkeiten ihr dabei entgegentraten, zeigt eine Eingabe, welche sie schon im Jahre 1808 an den König von Westfalen richtete, um dem Nothstande der Casse abzuheffen; die Zinsen von den Capitalien der Casse seien seit 1½ Jahren nicht gezahlt, die Abzüge von den Gehalten würden, da die früheren Cassen geschlossen, nicht gemacht, neue Bediente seien zur Casse nicht beigetreten, die wenigen Ersparnisse seien zur Bezahlung der fälligen Wittwenpensionen verwandt und doch hätte diese Zahlung nicht vollständig geschehen können. In Folge dessen ordnete die westfälische Regierung an, dass die Casse fortbestehen und durch die »zur Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse verordnete Deputation« unter dem Präfecten verwaltet werden solle. Gleichzeitig wird bekannt gemacht, dass alle früheren Theilnehmer der Casse, welche ihren Wittwen eine Pension sichern wollten, von dem vormaligen Gehalt, es mag erhoben sein und werden oder nicht, nicht allein die rückständigen Beiträge, sondern auch die currenten Beiträge zu 3 % jedes Vierteljahr an die Wittwencasse berichtigen sollten; unter diesen Bedingungen können auch die ausser Landes gegangenen Beamten Theilnehmer der Anstalt bleiben. Im Uebrigen wurde an der ganzen Organisation der Wittwencasse eine Aenderung nicht getroffen und scheint überhaupt regierungsseitig nicht eben weiter in die Cassenverwaltung eingegriffen zu sein. Trotz der officiellen Anerkennung durch die Regierung blieben die Verhältnisse der Wittwencasse fortgesetzt schwierige. Die Theilnahme an der Casse war jetzt eine freiwillige, alle diejenigen, welche kein Interesse an derselben hatten, theiligten sich daher nicht mehr; die Beiträge wurden jetzt nicht mehr vom Gehalt abgezogen und von den betr. herrschaftlichen etc. Cassen innebehalten, sondern mussten von den Theilnehmern eingesandt werden, dadurch entstanden nicht nur grosse Weiterungen und Unregelmässigkeiten in der Zahlung, sondern auch geradezu Verluste: das Vermögen der Anstalt war mit Ausnahme eines kleinen Postens der Fürstlichen Cammercasse anvertraut worden und wurde von dieser verzinst, jetzt war die Cammercasse einfach aufgehoben und die Verpflichtungen derselben wurden nur theilweise oder garnicht erfüllt, die Verzinsung des Wittwencassencapitals geschah zwar anfangs noch in beschränktem Umfang, unterblieb schliesslich aber ganz; dazu kam noch, dass die Anstalt überhaupt als eine für die Zukunft abgeschlossene anzusehen war, die neuen Beamten der west-

fälischen Regierung traten derselben nicht bei, da anderweit für dieselben gesorgt war, nur für die bisherigen Theilnehmer bezw. einen Theil derselben bestand die Casse fort; dadurch wurden die Einnahmen der Casse beschränkt, nicht aber in gleicher Weise die Verpflichtung zu Ausgaben, die Wittwenpensionen blieben dieselben, ja sie nahmen im Verhältniss zu den Einnahmen stärker zu. Unter diesen Umständen war es bald unmöglich den Verpflichtungen der Casse in vollem Maasse nachzukommen; es wurden daher zunächst Abschlagszahlungen auf die Wittwenpensionen geleistet, da man hoffte die Zinszahlungen würden wieder aufgenommen werden; später wurden statt dessen dann Dividenden eingeführt, welche nach dem Verhältnisse der wirklich reinen Einnahme der Casse zu dem Gesamtbetrage der statutenmässigen Pensionen überhaupt und zu dem Antheile, welchen jede Wittwe an diesem Gesamtbetrage hat, für jede Wittwe besonders halbjährlich bestimmt werden. Der Rückstand an Wittwen- und Waisenspensionen, welcher auf diese Weise entstand, wurde später (bis zum 31. December 1813) auf 33 713 Thlr. berechnet. In der westfälischen Zeit wurde mit der Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse die Militär-Wittwencasse wiederum factisch vereinigt; wie sich diese Vereinigung vollzogen, ob auf Grund einer speciellen Verfügung der Regierung oder nur durch Uebereinstimmung der theilgenommenen früheren Braunschweigischen Verwaltungsorgane, war nicht näher festzustellen. Die Militär-Wittwencasse ist in derselben Weise weiter verwaltet, wie die Civil-Bedienten-Wittwencasse, die Fonds der beiden Anstalten, welche ja allerdings wegen der mangelnden Verzinsung augenblicklich nur eine untergeordnete Bedeutung hatten, wurden getrennt gehalten: die jährlichen Einnahmen wurden jedoch gemeinsam verwandt und wird später als Grund der Vereinigung angeführt, dass beide Cassen auf diese Weise sich gegenseitig hätten aushelfen können. Die Landschaftliche Wittwencasse ist während der Fremdherrschaft gleichfalls fortgeführt worden und scheint wegen ihrer geringeren Bedeutung weitere Beachtung nicht gefunden zu haben; irgend welche besonderen Vorkommnisse bezüglich derselben sind nicht hervorzuheben; die Verzinsung ihrer Capitale unterblieb in gleicher Weise wie bei den übrigen Cassen.

Das Peculium viduarum et orphanorum und die neue Helmstedter Universitäts-Wittwen- und Waisencasse überdauerten auch beide die westfälische Zeit. Als durch das westfälische Decret vom 10. December 1809 die Universität Helmstedt aufgehoben wurde, blieben beide Wittwenanstalten derselben unverändert bestehen und wussten auch beide ihr Vermögen ungeschmälert zu erhalten. Das Peculium viduarum et orphanorum verlor allerdings einen Theil seiner Einnahmen, so die Branntwein- und Tabaks-Accise und die sonstigen Einnahmen aus dem Universitäts-Weinkeller; diese fielen mit Aufhebung der Universität hinweg; es behielt aber sein Capitalvermögen und den Erbenzins von der früheren Universitäts-Apotheke. Die jährlich zu vertheilenden Wittwengelder wurden dadurch allerdings geringer; während 1809 noch 931 Thlr. verwandt werden konnten, betrug die Summe 1810 nur noch 786 Thlr.; beide Male wurden 28½ Portionen an 15 Personen vertheilt, sodass das erstere Jahr die Portion sich

auf 32 Thlr., das letztere nur auf 27 Thlr. stellte. Immerhin waren diese Verhältnisse noch recht günstige zu nennen, um so mehr, als mit Aufhebung der Universität der Kreis der Berechtigten seinen Abschluss erreicht hatte. Nicht so vorthellhaft war die Lage der neuen Helmstedter Universitäts-Wittwencasse. Von Anfang an reines Privat-Institut wurde dieselbe nach Aufhebung der Universität Helmstedt zwischen den bisherigen Theilnehmern fortgeführt; die Zahl dieser minderte sich jedoch verhältnissmässig schnell, sie betrug 1809 noch 24, fiel dann aber jedes Jahr bis 1818 auf 15. Dementsprechend veränderten sich natürlich auch die Jahresbeiträge. Noch weit erheblicher war der Ausfall bei den Einnahmen aus dem Capitalvermögen. Ein Theil dieses Vermögens war bei der Landschaft belegt und da die Landschaftlichen Zinszahlungen während der Westfälischen Zeit fortfielen, so mangelte hier jeglicher Ertrag; ausserdem entstanden allerdings ausserhalb eines Zusammenhangs mit den Zeitverhältnissen Differenzen bezüglich eines ausgeliehenen grösseren Privatcapitals, sodass auch hierfür die Zinszahlung längere Zeit aufhörte. Trotzdem wurden derzeit nicht unbedeutende Pensionen zum Gesamtbetrage zwischen 500 und 600 Thlr. jährlich gezahlt; dieses wurde aber nur dadurch ermöglicht, dass einmal gegen die Vorschrift der Statuten schon vom Jahre 1810 an die gesammte Jahreseinnahme zur Vertheilung gebracht und ferner ein nicht unerheblicher Vorschuss auf die vorläufig nicht zur Vereinnahmung gekommenen Zinserträge geleistet wurde, welcher sich noch bis in die nachwestfälische Zeit hinzog. Die Verwaltung der Casse wurde nicht mehr durch ein aus mehreren Personen bestehendes Curatorium, sondern durch eine einzelne Person, den Tribunalrichter Günther, mit einem Rechnungsführer geleitet.

In ähnlicher Weise wie die vorbehandelten Cassen bestand auch die Gandersheimer Abtei-Bedienten-Wittwencasse fort. Die Theilnehmerzahl nahm allerdings auch ab, namentlich nachdem im Jahre 1812 das Stift wirklich aufgehoben war; während 1806 noch 27 Theilnehmer vorhanden waren, weist das Jahr 1813 nur noch 15 auf, die Ursache hierfür ist aber wohl nicht so sehr in der Fremdherrschaft als in den sonstigen Verhältnissen, der Aufhebung des Stifts, zu suchen. Die Beitragszahlungen erfolgten regelmässig. Zu Anfang der Westfälischen Zeit war bei den Theilnehmern durch Circular angefragt, ob sie ihre Theilnahme fortsetzen wollten, die Casse solle ihrem bisherigen Zweck weiter dienen und von der bisherigen Abtei-Administration verwaltet werden; der Erfolg war eben unverändertes Bestehenbleiben der Casse. Das Capitalvermögen der Casse war schon 1807 zum grössten Theil nach Cassel zu Händen des Intendanten des Königl. Hauses überführt worden, aus welchem Grunde war nicht festzustellen; in Folge dessen konnte aber die Zinserhebung nicht realisirt werden; die Capitale selbst wurden übrigens später zurückerstattet, sodass der Casse in dieser Hinsicht ein Nachtheil nicht erwuchs. Trotz der zum grossen Theil ausfallenden Zinszahlung konnte aber die Abtei-Wittwencasse ihren Verpflichtungen bezüglich der Pensionszahlung nachkommen, da sie vorher mit einem sehr grossen Cassenvorrathe gearbeitet hatte, welcher nun zur Verwendung stand; es wurden jährlich etwa 250 Thlr. Pension

an 8—10 Personen gezahlt. Der Capitalbestand der Casse wird 1814 auf ca. 13 800 Thlr. angegeben, daneben ein Zinsrückstand von 1750 Thlr. Im Jahre 1810 wurde übrigens nochmals von der Generaldirection der Kron-domainen (Direction-general des Domaines de la Couronne) zu Cassel eine Erhebung über die Casse angestellt, welche aber wieder mit Fortbestehenlassen der Casse schliesst; schon derzeit wurde wegen Aufhebung der Abtei-Bedienten-Wittwencasse und Vereinigung derselben mit der Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse verhandelt, die Verhandlungen führten aber zunächst zu keinem weiteren Resultat und blieben dann ruhen.

Die übrigen Wittwencassen, welche zu dem Staat in keiner oder nur in einer entfernten Beziehung standen, wie die Prediger-Inspections-Wittwencassen, die allgemeine Prediger-Wittwencasse, die Wittwen- und Waisencassen für die Organisten und Opferleute in der Stadt Braunschweig etc. wurden durch die Fremdherrschaft noch weniger berührt und bestanden durchweg während derselben unverändert fort.

5. Von der Westfälischen Zeit bis zu der Neuordnung vom Jahre 1837.

Als nach Beseitigung der Westfälischen Fremdherrschaft die rechtmässige Regierung wieder eintrat, griff sie im Allgemeinen auf die vor der Invasion bestandenen Einrichtungen zurück und so ordnet auch sofort ein Befehl des Herzogs Friedrich Wilhelm an, dass die Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse wiederum in ihrem früheren Umfange ins Leben treten solle; die wieder eingesetzte Fürstliche Cammer wird beauftragt Vorschläge wegen der dieserhalb zu treffenden Anordnungen zu machen. Factisch wurde dann die Wittwencasse sofort wieder nach Maassgabe der Verordnung von 1775 verwaltet, die Gehaltsabzüge wurden schon im Jahre 1814 gemacht; die eingehendere rechtliche Regelung erfolgte jedoch erst im Jahre 1819. Inzwischen war noch verfügt worden, dass die in der Westfälischen Zeit rückständig gebliebenen Wittwengehalte nachgezahlt werden sollten und war zu diesem Zweck ein grösseres Capital aus der Fürstlichen Generalcasse zur Verfügung gestellt, dessen Rückerstattung jedoch aus der Wittwencasse vorbehalten blieb. Die rechtliche Regelung von 1819 liess die Landesfürstliche Verordnung vom 30. März 1775 in früherer Weise bestehen; die Militär-Wittwencasse wurde von der Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse wiederum abgetrennt; die Wittwenpensionen, deren Betrag schon vor der Westfälischen Zeit mit dem veränderten Werthe des Geldes nicht mehr in Einklang stand, wurden allgemein erhöht, dabei behielt man die frühere Classeneintheilung, obwohl schon Bedenken gegen dieselbe geltend gemacht wurden, doch bei und vergrösserte nur die einzelnen Sätze derselben; die Erhöhung fand aber nicht nur bei der allgemeinen Classification, sondern auch bei der der Geistlichen, Kirchen- und Schuldiener und städtischen Beamten statt; dass der eventuelle Anspruch der Kinder auf Pension in bisheriger Weise bestehen bleiben solle, wurde ausdrücklich anerkannt; ein höherer regelmässiger Zuschuss aus Fürstlicher Cammercasse wird der Wittwencasse be-

willigt, wohingegen die extraordinären Wittwenpensionen, welche neben der Pension der Wittwencasse aus Fürstlicher Cammercasse in einzelnen Fällen im Gnadenwege verwilligt waren, gänzlich in Wegfall kommen sollten; der aus der Generalcasse zur Deckung der Wittwenpensionsrückstände der Westfälischen Zeit geleistete Vorschuss wird, soweit er noch nicht erstattet ist, niedergeschlagen. So bestand dann mit der vorbezeichneten Modification die Verordnung von 1775 weiter bis zu der im Jahre 1837 erfolgten Neuordnung; wesentliche Aenderungen erlitt sie bis dahin nicht, wenn sie auch im Einzelnen verschiedentlich ergänzt und erweitert wurde. Besonders hervorzuheben ist hier die Aufnahme verschiedener Beamtenkategorien, welche jedesmal durch specielles Rescript erfolgte; so wurden zunächst die städtischen Beamten im weitesten Umfange zugelassen, eine Vorschrift, welche wegen ihrer zu grossen Allgemeinheit sich später in ihren finanziellen Folgen zu Ungunsten der Wittwencasse gestaltete; dann wurden zum grösseren Theil mit besonderen Bedingungen bezüglich der ersten Verpflichtungen speciell aufgenommen die Steuer- und Accisebeamten, die Gymnasiallehrer, die Lehrer der Bürgerschulen, die Mitglieder des Herzoglichen Orchesters etc.; fast regelmässige Bedingung bei den Neuaufnahmen war Nachzahlung der Beiträge von der Anstellung an oder doch für eine bestimmte Zahl Jahre. Auch wegen der nur auf Kündigung angestellten Beamten wird eine besondere Vorschrift getroffen. Die Einstellung der einzelnen Beamten in die verschiedenen Wittwenpensionsclassen wird verschiedenen Aenderungen unterzogen, die neu aufgenommenen Beamten bezw. die neu creirten Beamten werden entsprechend einrangirt. Den hauptsächlichsten Vorgang in diesem Zeitabschnitt bildet die Vereinigung der verschiedenen kleineren Wittwencassen mit der allgemeinen Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse, welche allmählig auf Grund längerer Sonderverhandlungen erfolgte. Zuerst im Jahre 1822 wurde die Landschaftliche Wittwencasse angeschlossen; hier geschah die Vereinigung ohne weitere besondere Bestimmungen; die bisherigen Theilnehmer der Landschaftlichen Wittwencasse wurden nach den für die Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse geltenden Grundsätzen Theilnehmer dieser; die Fonds beider Cassen flossen zusammen. Die Vereinigung der Gandersheimer Abtei-Bedienten-Wittwencasse mit der Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse, welche schon in der Westfälischen Zeit angeregt war, wurde im Jahre 1829 verfügt und ausgeführt; die nur geringe Zahl der Theilnehmer und der Pensionäre der Casse zahlte den Beitrag und empfing die Pension nach den früheren Grundsätzen; der Capitalbestand ging auf die Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse über. Die Vereinigung des Peculium viduarum et orphanorum der Universität Helmstedt wurde gleichfalls im Jahre 1829 verfügt, aber factisch erst 1831 ins Werk gesetzt; dabei wurde die Höhe der Portion etwas über den Durchschnitt der letzten Jahre ein für alle mal festgesetzt und danach zahlte die Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse, welcher das Vermögen des Peculium überwiesen wurde, die Wittwen- und Waisen-Pensionen des Peculium aus. Da die neue Helmstedter Universitäts-Wittwencasse ein reines Privat-Institut war, so bedurfte es, um hier die fragliche Veränderung

herbeizuführen, der Zustimmung sämmtlicher Betheiligten; nach längeren Verhandlungen wurde diese endlich im Jahre 1837 erreicht und damit auch die Verschmelzung der neuen Helmstedter Universitäts-Wittwencasse mit der Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse zu Stande gebracht; den Interessenten wurden hier wohl die günstigsten Bedingungen zugestanden; die Wittwen- und Waisenspensionen wurden für die einzelnen speciellen Fälle in festen Summen bestimmt und dabei verhältnissmässig recht gut bemessen; die Beiträge der übrigens nur noch wenigen Theilnehmer hören mit der Vereinigung gänzlich auf. Für die Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse waren diese Vereinigungen zweifellos von nicht zu unterschätzender Bedeutung; der Kreis der Theilnehmer wurde dadurch ja allerdings nicht sehr vergrössert, denn die verschmolzenen Cassen zählten selbst nur noch wenige Interessenten; der Capitalbestand der Casse erhielt dagegen einen hohen Zuwachs; zunächst hatte dafür die Casse der verhältnissmässig hoch festgesetzten Pensionen wegen auch eine höhere Ausgabe, diese musste sich aber mit der Zeit naturgemäss verringern und war der Vortheil der Casse unverkennbar.

Die Verwaltung der Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse wurde zunächst ganz der Fürstlichen Cammer übertragen, welche auch die Aufsicht über die übrigen Wittwencassen hatte. Bei Verbindung mit der Landschaftlichen Wittwencasse wird für die Verwaltung der vereinigten Casse eine besonders zusammengesetzte Deputation bestimmt, welche unmittelbar dem Staatsministerium unterstellt ist. Bei Bildung des Herzoglichen Finanz-Collegiums wird diesem die Verwaltung der Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse übertragen. Die von der Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse nunmehr wiederum abgetrennte Militär-Wittwencasse wurde durch ein besonderes Reglement eingehend neu geordnet. Die Bestimmungen desselben schlossen sich im Wesentlichen an die im Jahre 1775 und jetzt für die Civil-Bedienten-Wittwencasse getroffenen Vorschriften an. An Stelle der bislang nur erhobenen zweiprocentigen Abzüge traten dieselben Abzüge wie bei jener Casse. Die Wittwenpension wurde in Classen nach dem Range der Theilnehmer bestimmt; die früheren Sätze derselben wurden nicht unwesentlich erhöht, und war diese Erhöhung namentlich in den mittleren Classen verhältnissmässig bedeutender als die gleicherzeit für die Civil-Bedienten-Wittwencasse eingeführte. Bezüglich des Bezuges der Wittwenpension, des Uebergangs derselben auf die ehelichen Kinder etc. sind nähere Vorschriften gegeben. Die Verwaltung und Oberaufsicht über die Casse steht der Militärbehörde zu. In dem das Reglement genehmigenden höchsten Rescript war der Militär-Wittwencasse, wenn sie durch unvorhergesehene Fälle ihren Verpflichtungen nachzukommen ausser Stande sein sollte, ein Zuschuss aus Herrschaftlichen Cassen in Aussicht gestellt. Bis zu Anfang der dreissiger Jahre bestand die Militär-Wittwencasse in geregelten Verhältnissen, dann trat aber andauernd ein Deficit hervor, für dessen Deckung entsprechende Mittel aus der Staatscasse verwilligt werden mussten. Veranlassung dieses bei gleichbleibenden Verhältnissen eine Besserung nicht erhoffen lassenden Zustandes war wohl im Wesentlichen die zu hohe Festsetzung der Wittwenpensionen; eine Aenderung konnte nur durch

Umgestaltung der Casse herbeigeführt werden, wie sie in der nächsten Periode erfolgte.

Landesfürstliches Rescript vom 2. Mai 1814; Höchstes Rescript vom 29. Juli 1814; Höchstes Rescript vom 7. Juni 1816; Landesfürstliches Rescript vom 10. Mai 1817; Landesfürstliches Rescript vom 9. März und 26. März 1819; Landesfürstliche Rescripte vom 29. August, 3. October, 4. October, 19. November 1820, 16. Mai, 3. September 1822, 13. April 1823, 14. April, 25. April 1828, 16. December 1830 und 13. Januar 1832. Landtagsabschied vom 13. Juni 1823 (Verordnung vom 11. Juli 1823 No. 18) Artikel 23; Höchstes Rescript vom 27. April 1824. Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 27. Februar 1829. Landesfürstliches Rescript vom 9. März 1819; Landtagsabschied vom 13. Juni 1823, Artikel 34. Rescript Herzogl. Staatsministeriums vom 20. Februar 1829. Rescripte Herzogl. Staatsministeriums vom 3. Mai 1837 und 25. December 1838. Reglement für die Herzogl. Militär-Wittwencasse vom 12. Juni 1819; Höchstes Rescript vom 29. Juni 1819.

Die finanziellen Verhältnisse der Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse in dieser Periode weichen von denen der früheren Zeitabschnitte namentlich insofern vortheilhaft ab, als sie bis zu Ende durchweg günstige bleiben und nicht wie früher schon an sich eine Neugestaltung der Casse bedingen. Es ist dies im Wesentlichen auch wohl eine Folge davon, dass in dieser Periode die für die Wittwencasse gegebenen Vorschriften nach jeder Richtung hin streng beobachtet und durchgeführt sind und namentlich keine nachträglichen Verkürzungen der einmal zugewiesenen Einnahmen der Casse stattgefunden haben. Durch die grössere innere Ausbildung der ganzen Verwaltung wurde naturgemäss auch eine grössere Regelmässigkeit in der Heranziehung zu den Cassenbeiträgen überhaupt wie in der Heranziehung zu den gesetzmässig festgesetzten Beiträgen herbeigeführt, es konnte sich Niemand der Theilnahme an der Casse entziehen und Jeder musste die Beiträge in der gesetzlichen Höhe leisten. Der der Wittwencasse ausgesetzte Staatszuschuss wurde regelmässig in dem vorgeschriebenen Maasse gezahlt. Die Verzinsung der der Casse zustehenden Capitale fand in ordnungsmässiger Weise statt und wurde nicht willkürlich herabgesetzt. Auf diese Weise schritt auch die Capitalansammlung der Casse immer noch fort, bis zu Ende der Periode. Wenn auch um das Jahr 1830 zunächst einige Bedenken bezüglich der vortheilhaften Weiterentwicklung sich geltend machten, so sind dieselben als begründet nicht anzusehen. Die aus der Casse zu zahlenden Pensionen nahmen allerdings von Jahr zu Jahr zu, ebenso und fast im gleichen Verhältniss stiegen aber auch die Beiträge der Theilnehmer. Als zweifellos wird anzunehmen sein, dass die Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse in der Weise, wie sie in diesem Zeitabschnitt bestand, durchaus lebensfähig war und ohne eine finanzielle Krisis würde haben fortbestehen können. Die im Jahre 1819 erfolgte allgemeine Erhöhung der Wittwenpensionen vermochte die Casse nach den in fast zwanzigjährigem Zeitraume gemachten Erfahrungen durchaus zu tragen. Jede durch die sich ändernden Zeitverhältnisse gebotene Erhöhung der Beamtengehälter im All-

gemeinen konnte für die Casse nur günstig sein, denn sie bewirkte nur ein Steigen der Beiträge, da aber 1819 das Classensystem für Bestimmungen der Wittwenpensionen beibehalten war, so trat in den Pensionen keine Veränderung ein, sie wurden nicht ohne Weiteres in gleicher Weise erhöht, wie solches der Fall gewesen sein würde, wenn die Pension in einem Procentverhältniss zu den Beiträgen würde festgesetzt gewesen sein. Mochte nun dieser Umstand für die finanziellen Verhältnisse der Wittwencasse auch unbedingt von Vortheil sein, so war er doch für die ganze Wirksamkeit der Casse und für die Erfüllung des derselben gesetzten Zwecks auf die Dauer ein nothwendiger Weise zu beseitigendes Hemmniss. Das frühere Verhältniss zwischen Gehalt und Wittwenpension war nicht mehr dasselbe, hatte sich vielmehr zu Ungunsten der letzteren verschoben; die Wittwenpensionen konnten in ihrer unverändert gebliebenen Höhe nicht mehr als vollkommen ausreichende angesehen werden, namentlich in den unteren Classen, und es machte sich daher das Bedürfniss einer Erhöhung namentlich dieser in stets erhöhtem Maasse geltend. Bei näherer Prüfung überzeugte man sich auch immer mehr von den grossen Willkürlichkeiten und Ungerechtigkeiten des bisher für Festsetzung der Höhe der Wittwenpension angewandten Classensystems, und drängte für eine vorzunehmende Reform gleichzeitig auch auf Beseitigung dieses hin, welche sodann im Gesetze von 1837 erfolgte.

6. Die Neuordnung vom Jahre 1837 und die Weiterentwicklung bis zum Jahre 1876.

»Da die Statuten der Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse einer zeitgemässen Abänderung und Ergänzung bedürfen« (Eingangsworte des Gesetzes), so wurden die Verhältnisse der Casse durch das Gesetz No. 31 vom 18. Juli 1837, die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt betr., einer Neuordnung unterzogen. In gleicher Weise wie bei den früheren Neuregelungen wird auch jetzt nicht etwa eine neue Anstalt gebildet, sondern es wird die bestehende Casse beibehalten und nur in den für dieselben anzuwendenden Grundsätzen eine Aenderung herbeigeführt. Die hauptsächlichste Aenderung betrifft gerade die Festsetzung der Wittwen- und Waisenpensionen; dieselbe erfolgt nicht mehr nach dem bisherigen Classificationssystem, dessen Mängel ja im Vorstehenden schon Erwähnung gefunden, sie geschieht jetzt vielmehr nach Procenten von demjenigen Einkommen, von welchem das verstorbene Mitglied zu der Anstalt Beiträge geleistet hat, ein Princip, welches der Gerechtigkeit und Billigkeit wohl am meisten entsprechen möchte. Dabei wurde jedoch nach obenhin die Pensionshöhe durch einen in fester Summe bestimmten Maximalsatz abgegrenzt, da man diesen unter allen Umständen für eine Wittwenpension als ausreichend erachten zu müssen glaubte. Eine Unterscheidung verschiedener Theilnehmerkategorien wie früher fand jetzt nicht mehr statt. Die Beiträge der Theilnehmer, welche bislang nur von dem eigentlichen Gehalte erhoben waren, sollen jetzt auch von den mit einem Amte regelmässig verbundenen Emolumenten geleistet werden. Sodann ist eine allerdings niedrige Minimalsumme des Gehaltes fest-

gesetzt, welche Jeder beziehen muss, um Theilnehmer der Anstalt zu werden; durch diese Bestimmung soll erreicht werden, dass an der Anstalt nur wirkliche Beamte theilhaftig sind, nicht aber solche, welche ihrer ganzen Stellung und Besoldung nach nur als Tagelöhner anzusehen sind; zu der letzteren Art gehörte namentlich ein Theil der städtischen Theilnehmer, welche in der letzten Periode als solche aufgenommen waren und die Casse unverhältnissmässig belastet hatten. Ein regelmässiger Staatszuschuss wird in der bisherigen Höhe nunmehr gesetzlich normirt und auf den vereinigten Kloster- und Studienfonds gelegt; ausserdem wurde noch ein ausserordentlicher Staatszuschuss aus Herzoglicher Haupt-Finanz-Casse für den Fall vorgeschrieben, dass die regelmässigen Einkünfte der Casse zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen nicht ausreichen sollten und auch nach Aufgebrauch des Capitalvermögens bis auf eine bestimmte Summe die Erhöhung der Beiträge der Mitglieder um 1% ohne Erfolg geblieben sein würde: durch diese Gewährleistung gab der Staat der Anstalt eine völlig gesicherte Basis, wie sie in gleicher Weise früher nicht vorhanden gewesen war. Abgesehen von diesen hauptsächlichsten grundsätzlichen Neuregelungen wurden die sonstigen Bestimmungen in dem Gesetze durchweg sorgfältiger abgefasst und näher präcisirt, wobei natürlich die meist durch Landesfürstliche Rescripte getroffenen Abänderungen und Ergänzungen der Verordnung vom 30. März 1775 entsprechende Berücksichtigung fanden und auch verschiedene minder bedeutende Neuordnungen eingeführt wurden. So wurde die Theilnahme an der Anstalt näher festgestellt; die Auszahlung der Pensionen wurde eingehend geordnet, dabei ist namentlich der Uebergang der Pension von der Wittve auf deren Kinder und die Vertheilung derselben unter diese, sowie die Theilung der Pension bei Vorhandensein von Kindern aus früheren Ehen näher, zum Theil neu bestimmt; die Zahlung der Beiträge der Theilnehmer ist eingehender geregelt, von welchem Einkommen, von wann, bis wann sie zahlen etc.; endlich sind auch genauere Uebergangsvorschriften gegeben.

Das Gesetz vom 18. Juli 1837 wurde dann in der Folgezeit in mannigfacher Beziehung gesetzlich ergänzt und erweitert. So sind im Jahre 1848 die sämtlichen Bürger- und Landschullehrer neu und im Jahre 1853 die Prediger in erweitertem Umfange zur Theilnahme an der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt zugelassen; die eigenthümlichen Besoldungs- und sonstigen Verhältnisse beider Kategorien verlangten eine Reihe besonderer Vorschriften bezüglich derselben; diese Vorschriften sind jedoch in einer Weise getroffen worden, dass die allgemeinen Grundsätze der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt überall gewahrt geblieben sind und somit die Gleichmässigkeit in der Anstalt soweit als möglich erhalten worden ist. Im Jahre 1858 wurden die finanziellen Grundlagen der Anstalt wesentlich verstärkt und eine erhöhte Verpflichtung des Staats für dieselbe anerkannt; das gesammte Capitalvermögen soll stets erhalten bleiben, die Mitglieder von der Verpflichtung zu ausserordentlichen Beiträgen befreit sein und der Staat für einen etwaigen Fehlbetrag zur Deckung der Anstaltsverpflichtungen sofort eintreten. Ferner wurde im Jahre 1869 die Vereinigung der Officiers- und Unterofficiers-

Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalten mit der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt gesetzlich verfügt; diese Vereinigung erfolgte wegen der Unvereinbarkeit der beiden Militär-Versorgungsanstalten mit den für die Bundesarmee bestehenden Vorschriften über die Versorgung der Wittwen und Waisen verstorbener Militärpersonen. Die beiden Anstalten mussten deshalb für neue Theilnehmer geschlossen werden, die bisherigen Interessenten wurden Theilnehmer der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt, doch blieben dabei ihre Rechte und Pflichten unverändert, letztere wurden nach wie vor nach den Vorschriften der Militär-Versorgungsanstalten bestimmt. Die Fonds der beiden militärischen Anstalten gingen auf die Beamten-Wittwencasse über, welche dafür sämtliche Verbindlichkeiten der ersteren zu erfüllen hat. Die bisher den Militär-Wittwencassen angehörigen Officiere und Mannschaften des Herzoglichen Polizei-Militärs werden nunmehr gleich den übrigen Theilnehmern zur Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt berechtigt und verpflichtet. Am umfassendsten greift ein Gesetz vom Jahre 1873 ein. Dasselbe erhöht allgemein die Wittwenpension von 16 auf 24 % des beitragspflichtigen Einkommens und lässt gleichzeitig die bisherige Maximalgrenze von 500 Thlr. für die Wittwenpension hinwegfallen. Dafür werden aber auch die regelmässigen Beiträge der Theilnehmer um $\frac{1}{2}$ % gesteigert, sodass sie jetzt $3\frac{1}{2}$ % des Einkommens betragen. Beide vorbezeichnete Anordnungen finden auch auf die Bürger- und Landschullehrer, die Prediger und die Interessenten der Militär-Wittwencasse Anwendung; für die Interessenten der Unterofficiers-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt wird unter Beibehaltung der früheren Beiträge nur die Wittwenpension erhöht. Der bisherige regelmässige Staatszuschuss wird erheblich vermehrt. In diesem Gesetze wird schon eine allgemeine gesetzliche Neuordnung der Verhältnisse der Anstalt in Aussicht gestellt. Durch ein Gesetz von 1874 endlich wird noch vorgeschrieben, dass bei Festsetzung der einmaligen und der regelmässigen Beiträge und der Pensionen der Wittwen für die Staatsbeamten der diesen kurz vorher gewährte Wohnungsgeldzuschuss mit in Rechnung gezogen werden solle, und zwar derjenige Wohnungsgeldzuschuss, welcher den Beamten nach ihrem Gehalte in den Orten 2. Classe zustehen würde; Beamte mit Dienstwohnung etc. sind den übrigen Beamten gleich zu behandeln. Durch diese vielfachen gesetzlichen Abänderungen des ursprünglichen Gesetzes von 1837 war wiederum ein verhältnissmässig verwickelter Zustand geschaffen worden, welcher zu allerlei Zweifeln und Unklarheiten Veranlassung geben musste. Um diesem Mangel abzuhelpen, erfolgte sodann in dem Gesetz von 1876 eine neue allgemeine Ordnung der Verhältnisse der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt.

Gesetz vom 9. September 1848 No. 42, die Aufnahme der Bürger- und Landschullehrer in die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt betr. Gesetz vom 6. Juli 1853 No. 43, die Theilnahme der Prediger an der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt betr. Gesetz vom 31. März 1858 No. 19, die Abänderung des Gesetzes vom 8. Juli 1837 über die Beamten-Wittwen- und Waisen-Ver-

sorgungsanstalt betr. — Neues Reglement für die Militär-Wittwencasse vom 12. December 1839. Gesetz vom 13. April 1849 No. 15, über die Errichtung einer Unterofficier-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt. Gesetz vom 4. April 1864 No. 17, die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Gesetzes vom 13. April 1849 No. 15, über die Errichtung einer Unterofficiers-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt betr. Gesetz vom 21. März 1868 No. 31, die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Gesetzes vom 13. April 1849 No. 15, über die Errichtung einer Unterofficier-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt betr. Ministerial-Rescripte vom 13. December 1867 und 16. Januar 1868, Schliessung der Militär-Wittwencasse etc. betr. Gesetz vom 20. December 1869 No. 92, die Vereinigung der Officiers- und Unterofficiers-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalten mit der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt betr. Gesetz vom 18. April 1873 No. 22, die Abänderung verschiedener Bestimmungen der Gesetze No. 31 vom 18. Juli 1837, No. 42 vom 9. September 1848, No. 15 vom 13. April 1849, No. 43 vom 6. Juli 1853, No. 19 vom 31. März 1858, No. 17 vom 8. April 1864 und No. 92 vom 20. December 1869, sowie des neuen Reglements für die Militär-Wittwencasse vom 12. December 1839 betr. Gesetz vom 14. September 1874 No. 48, die Beiträge der Beamten vom Wohnungsgeldzuschuss zur Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt betr.

Die finanziellen Verhältnisse und die Entwicklung der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt in den Jahren 1837 bis 1876 weisen die angefügten Tabellen I bis III nach, welche schon früher im Herzoglichen Finanz-Büreau ausgearbeitet sind und die einzigen regelmässigen statistischen Nachweisungen über die Wittwencasse bildeten. Die einzelnen Rubriken derselben beruhen wesentlich auf den Angaben des Oberbauraths Scheffler; das Material derselben ist bezüglich der ersten Jahre nachträglich ermittelt, es bildet die Grundlage für die später näher zu erwähnenden Gutachten des Oberbauraths Scheffler. Zur besseren Uebersicht bezw. Vervollständigung habe ich das bisher immer in einer Tabelle gegebene Material in drei Tabellen zerlegt, für die letzten Jahre der Periode die Geldwerthe auf Thaler umgerechnet, die Gesamtsumme in Thaler beigefügt und am Ende jeder Tabelle ausser den bereits früher berechneten Gesamtsummen und Jahresdurchschnitten die Gesamtsumme und den Jahresdurchschnitt für die ganze vierzigjährige Periode gegeben. Die erste Tabelle führt die Einnahmen und die Ausgaben im Einzelnen an. Die Haupteinnahme bilden natürlich die regelmässigen Beiträge; dieselben weisen eine ganz erhebliche Steigerung in dem vierzigjährigen Zeitraume auf, von 18085 Thlr. im Jahre 1837 auf 83696 Thlr. im Jahre 1876; diese Steigerung ist theils auf die Vermehrung der Theilnehmerzahl, theils auf die durchgängig stattgehabte Erhöhung der Gehalte, theils auf die im Jahre 1873 vorgenommene Heraufsetzung der Beiträge von 3 auf $3\frac{1}{2}$ % zurückzuführen; ein näheres Eingehen hierauf wird an dieser Stelle nicht erforderlich sein, es soll nur noch hervorgehoben werden, dass die

Hauptzunahme erst gegen das Ende der Periode sich geltend macht. Die Zwölftel, die zweite Einnahmequelle der Casse, schwanken bezüglich ihrer Höhe innerhalb der einzelnen Jahre sehr, wie dieses ja in der Natur der Sache begründet ist; im Ganzen steigen auch sie erheblich und in ähnlichem Verhältniss wie die regelmässigen Beiträge, da ja die beiden ersten Gründe für die Steigung der Beiträge nothwendig auch hier ihre Wirkung ausüben müssen; im Durchschnitt belaufen sie sich ziemlich gleichmässig für die drei herausgehobenen Zeitabschnitte auf etwas mehr als den sechsten Theil der regelmässigen Beiträge (15 %, 15 %, 16 %). Die dritte Einnahmequelle bildet der Staatszuschuss, welcher nach Maassgabe der gesetzlichen Vorschriften regelmässig und zwar bis zum Jahre 1848 in der Höhe von 4000 Thlr., von 1849 bis 1857 in der Höhe von 4500 Thlr., von 1858 bis 1872 in der Höhe von 8000 Thlr. und von 1873 bis 1876 in der Höhe von 13 000 Thlr. gewährt worden ist; die Gesamtsumme des Staatszuschusses steht etwa der Summe der Zwölftel gleich und macht mithin auch den sechsten Theil der regelmässigen und den siebenten Theil aller Beiträge der Theilnehmer aus; dasselbe Verhältniss des Staatszuschusses zu den regelmässigen Beiträgen wie der Gesamtdurchschnitt zeigen auch die ersten und die letzten Jahre des Zeitraumes, innerhalb dieses weicht dasselbe nach beiden Seiten hin ab. Die folgende Einnahmequelle umfasst: Erbenzins, Pachtgeld, Agio-Gewinn, Cours-Differenz und sonstige Einnahmen, und zeigt namentlich im Anfang stark wechselnde Beträge; die wesentlichen regelmässigen Einnahmen bilden hier zunächst das Pachtgeld von dem sog. Dralle'schen Hause in Königsutter und der Erbenzins von der früheren Universitäts-Apotheke zu Helmstedt, beide aus dem Peculium viduarum et orphanorum der Universität Helmstedt herrührend; nach Verkauf des Dralle'schen Hauses, welcher im Jahre 1839 zum Preise von 3000 Thlr. stattfand, blieb als ständige Einnahme nur der Erbenzins über, welcher in den letzten Jahren die einzige Einnahme dieser Rubrik ausmacht. Als letzte der Einnahmen kommen dann noch die Capitalzinsen; die Höhe derselben wächst ohne Unterbrechung von Jahr zu Jahr, von 5765 Thlr. im Jahre 1837 auf 32 052 Thlr. im Jahre 1876; dieses Wachsen ist fast ausschliesslich durch die Vermehrung des Capitalvermögens der Anstalt bedingt, welche unten noch näher erörtert werden wird; hier sei nur bemerkt, dass unter den einzelnen Einnahmequellen die Capitalzinsen verhältnissmässig am stärksten zugenommen haben, sie haben sich in dem fraglichen Zeitraum fast versechsfacht. Die Gesamteinnahme der Anstalt ist in den vierzig Jahren von 31 900 Thlr. auf 138 014 Thlr., also um über 100 000 Thlr. gestiegen; in Folge des Einflusses der dem Zufall mehr unterliegenden Einnahmequellen (Zwölftel, sonstige Einnahmen) ist dieses Steigen kein regelmässiges, es findet vielmehr für einzelne Jahre auch wohl ein Rückgang gegen die früheren statt. Die Hauptausgabe bilden die Wittwenpensionen, welche von 28 215 Thlr. auf 135 375 Thlr. sich erhöht haben; im Ganzen haben sie etwas stärker zugenommen als die regelmässigen Beiträge, doch ist der Unterschied nicht sehr bedeutend; insofern weicht ihr Zunehmen aber von dem der Beiträge ab, als es ein ungleich regelmässigeres ist, es erfolgt mit einer gewissen

Gleichmässigkeit von Jahr zu Jahr, anfangs durchweg langsamer, seit etwa Mitte der fünfziger Jahre verstärkt und in den letzten Jahren abermals in erheblicherem Maasse: nur zweimal zeigt sich das sprungweise Fortschreiten wie bei den Beiträgen im Jahre 1869 und 1873/4, im ersten Fall veranlasst durch das Hinzukommen der Wittwen der vereinigten Militär-Wittwencassen, im zweiten Fall durch die allgemeine Erhöhung der Wittwenpensionen. Die Waisenspensionen bieten nicht dasselbe Bild der Gleichmässigkeit wie die Wittwenpensionen; im Allgemeinen nahmen sie zwar auch zu und hebt sich auch die Pensionserhöhung von 1873 scharf ab, innerhalb der einzelnen Jahre wechseln sie aber doch nicht unbedeutend und beweisen damit, dass sie doch in stärkerem Maasse dem Zufall unterliegen; in ihrer Gesamthöhe machen sie etwa 6 % der Wittwenpensionen aus, in den letzten Jahren treten sie den Wittwenpensionen gegenüber mehr zurück, denn in den drei unterschiedenen Zeiträumen von 29, 35 und 40 Jahr zeigt sich eine Abnahme des Procentsatzes; derselbe ist im ersten Zeitraum (29 Jahr) 6,7 %, im zweiten (35 Jahr) 6,5 % und im dritten (40 Jahr) nur 6,1 %. In der folgenden Rubrik sind die Wittwen- und Waisenspensionen in eine Summe zusammengefasst, da die Zahlen lediglich durch die beiden vorbehandelten Posten bedingt sind, geben sie zu weiteren Bemerkungen keine Veranlassung. Unter den »Administrationskosten, Coursdifferenzen und sonstigen Ausgaben« sind in der Hauptsache nur die Administrationskosten verrechnet: sie sind aber nur bis zum Jahre 1857 einschliesslich mit 600 Thlr. jährlich der Staatscasse vergütet worden, von da an sind sie erlassen worden; 1875 sind 9054 Thlr., welche bei Erwerb von Werthpapieren an Stelle ausgeloofter zugezahlt sind, hier verrechnet worden. Die Gesamtausgabe gleicht unter diesen Umständen wesentlich der Gesamtsumme der Wittwen- und Waisenspensionen, sie ist von 30 247 Thlr. auf 142 030 Thlr. gestiegen. In der letzten Rubrik endlich ist für jedes Jahr die Differenz zwischen Einnahme und Ausgabe angegeben worden; bis zum Jahre 1874 einschliesslich findet sich hier ein Einnahme-Plus, für die Jahre 1875 und 1876 verkehrt sich dieses in ein Minus, wenn auch von nicht bedeutender Höhe; in den ersten Jahren ist das Einnahme-Plus, welches übrigens innerhalb der einzelnen Jahre stellenweise ein wechselndes ist, im Allgemeinen niedriger als in den späteren, erst im Jahre 1854 wird die Höhe von 10 000 Thlr. erreicht, mit dem Jahre 1868 sodann dauernd die Höhe von 20 000 Thlr., das Maximum zeigen die Jahre 1871 und 1873 mit 34 567 Thlr. und 30 398 Thlr.; das Jahr 1874 weist noch ein Plus von 21 883 Thlr. auf, das Jahr 1875 schliesst dagegen mit einem Minus von 6369 Thlr., das Jahr 1876 mit einem Minus von 4016 Thlr. ab, beide Minus werden allerdings durch eine ausserordentliche Ausgabeverrechnung vom Jahre 1875 zu 9054 Thlr. fast ganz ausgeglichen; in den ersten 29 Jahren stellt sich das Plus durchschnittlich auf 10 556 Thlr. jährlich, in den ersten 35 Jahren auf 12 599 Thlr. und in den ganzen 40 Jahren auf 12 741 Thlr.

In der zweiten Tabelle ist das Vermögen der Wittwencasse dargestellt worden, und zwar ist angeführt zunächst das verzinsliche Capitalvermögen nach seinem Nominalwerthe, sodann eine Specification dieses verzins-

lichen Capitalvermögens nach Gold, Conventionsmünze, Courant, ferner den Werth des verzinslichen Capitalvermögens in Courant, der Cassenvorrath bezw. Cassenvorschuss, das Gesamtvermögen, d. i. der Werth des Capitalvermögens mit dem Cassenvorrath bezw. Cassenvorschuss, die jährliche Zu- bezw. Abnahme dieses Gesamtvermögens und endlich der Zinsfuss, zu welchem das Vermögen genutzt wird, bestimmt nach dem verzinslichen Capital aus dem Zinsenertrage des folgenden Jahres. Die Tabelle lässt demnach den Bestand etc. des Vermögens der Anstalt und die Zu- und Abnahme desselben für die einzelnen Jahre nach allen Seiten hin erkennen; hier ist namentlich die Vermehrung des Capitalvermögens und der Zinsfuss, zu welchem dasselbe verwerthet ist, näher ins Auge zu fassen. Der Nominalwerth des Capitalvermögens hat sich in den 40 Jahren von 185 067 Thlr. auf 878 585 Thlr. gesteigert, mithin insgesamt um 693 518 Thlr., er hat sich fast verfünffacht. Darin sind allerdings enthalten 21 400 Thlr., welche im Jahre 1839 als das Vermögen der neuen Helmstedter Universitäts-Wittwencasse der Anstalt zugewachsen sind, 3000 Thlr., welche für den Verkauf des vormals Dralle'schen Hauses zu Königslutter, aus dem Helmstedter Peculium herrührend, erzielt wurden, 5000 Thlr., welche mit Rücksicht auf die Aufnahme der Schullehrer im Jahre 1848 aus dem Kloster- und Studienfonds zum Vermögen der Anstalt gezahlt, und endlich 102 350 Thlr., welche in Folge der Vereinigung der beiden militärischen Wittwencassen als das Vermögen dieser im Jahre 1869 zugeflossen sind. Sieht man von diesen Summen ab, so bleibt immerhin noch eine Zunahme des Nominalwerthes von 562 468 Thlr., welche einer Vervierfachung des ursprünglichen Vermögens reichlich entsprechen würde. Nach der Rubrik »Jährliche Zu- bezw. Abnahme des Vermögens« stellen sich diese Zahlen allerdings etwas niedriger; abzüglich der nur für das Jahr 1876 constatirten Abnahme beträgt hier die Zunahme nur 673 098 Thlr., rechnet man davon die oben hervorgehobene ausserordentliche Capitalzunahme, zu welcher hier ausserdem noch der Cassenvorrath der vereinigten militärischen Wittwencassen mit 2275 Thlr. kommen würde, ab, so bleiben 538 773 Thlr.; der Nominalwerth des Capitalvermögens ist sonach mit geringeren Aufwendungen, als er anzeigt, erworben worden. Das Capitalvermögen der Anstalt ist von Jahr zu Jahr gestiegen, auch in den beiden letzten Jahren, obwohl diese mit einem Deficit abschliessen; die Steigung muss sich natürlich eng an das in der vorigen Tabelle gegebene Einnahmeplus anschliessen, sie ist daher in den ersten Jahren geringer, nimmt in den mittleren stärker zu und zeigt sich am bedeutendsten in den letzten Jahren des Zeitabschnittes, abgesehen allerdings von den beiden Schlussjahren; dieses weisen auch die Durchschnittszahlen für die besonders ausgeschiedenen Zeiträume aus. Der Zinsfuss, zu welchem das Capitalvermögen der Anstalt genutzt wird, hat sich innerhalb des fraglichen Zeitraumes auch erhöht, was schon daraus hervorgeht, dass sich der Zinsertrag, wie oben hervorgehoben, fast versechsfacht hat, während das Capitalvermögen nicht ganz verfünffacht ist; 1837 bis 1850 ist der Zinsfuss zwischen 3,3 und 3,4 %, 1851 bis 1857 zwischen 3,4 und 3,5 %, 1858 bis 1863 zwischen 3,5 und 3,6 % und sodann zwischen 3,6 und 3,7 %,

in einzelnen Jahren 3,7 % überschreitend; als durchschnittliche Nutzung muss man 3,5 und 3,6 % annehmen.

In der dritten Tabelle endlich sind die Interessenten und die Pensionäre der Anstalt, sowie eine Berechnung verschiedener Verhältnisszahlen gegeben. Als Zahl der Theilnehmer der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt ist für das Jahr 1837 1750 angegeben, für 1838 und die folgenden Jahre 2000; da nun das Gesetz von 1837 erst mit dem 1. August des Jahres in Kraft trat, durch dasselbe aber verhältnissmässig weit gehende und umfangreiche Vorarbeiten bedingt waren, so kann man die Zahl von 1837 nicht wohl als Anfangszahl annehmen, sondern erst die von 1838, um so mehr, als in den fraglichen Jahren eine dem nicht unbedeutenden Unterschiede entsprechende Neuorganisation eines Verwaltungszweiges nicht stattgefunden hat. Die Anfangszahl der Theilnehmer ist mithin auf 2000 zu setzen, was auch den bei Erlass des Gesetzes von 1837 gemachten Annahmen entspricht. Diese Anfangszahl ist dann im Laufe der vierzig Jahre auf 4010 gestiegen, sie hat sich also fast genau verdoppelt. Eine derartige starke Zunahme der Theilnehmer kann selbstredend nicht auf regelmässigen Verhältnissen beruhen, sondern setzt besondere ausserordentliche Umstände voraus; dies zeigt sich auch schon darin, dass die Zunahme nicht allmählig, sondern meist sprungweise in grossen Zahlen erfolgt ist. Im Einzelnen ist die Zunahme auf folgende Veranlassungen zurückzuführen, welche nach der Zeitfolge angegeben werden sollen. In den Jahren 1841 und 1842 steigt die Theilnehmerzahl um 250, es sind dieses wesentlich die Beamten der derzeit eröffneten und in Betrieb gesetzten ersten Staatseisenbahn. Eine weitere Zunahme um 200 sehen wir im Jahre 1844, sie wurde herbeigeführt durch eine entsprechende Vermehrung der Zollbeamten, welche der Eintritt des Herzogthums in den Zollverein nothwendig machte; demnächst mit der weiteren Ausbildung und Entwicklung des Zollvereins wurden diese Beamten übrigens zum grössten Theile wieder überflüssig, sie wurden daher zunächst meist in den Ruhestand versetzt, aber dann nach und nach in anderen entsprechenden Beamtenstellen verwandt; dieser Zuwachs ist sonach wesentlich nur ein vorübergehender, was sich allerdings in den Theilnehmerzahlen selbst nicht weiter geltend macht; wäre dieser vorübergehende Zuwachs nicht gewesen, so würde die Steigung in den späteren Jahren namentlich die allmähliche in der Zeit von 1855 bis 1865 eine stärkere gewesen sein; für die bleibende Zunahme sind mithin die hierfür anzugebenden Ursachen mit maassgebend. Als eine Folge der durch das Gesetz vom 9. September 1848 geschehenen allgemeinen Aufnahme der Bürger- und Landschullehrer ist der Zuwachs von 350 Theilnehmern im Jahre 1848 anzusehen. In den Jahren 1851 bis 1853 steigt die Zahl nach und nach um 90, dieses ist wiederum wesentlich auf Vermehrung der Zahl der Eisenbahnbeamten zu setzen, zum Theil wohl auch auf Vermehrung der Lehrer. Nach dem Gesetze vom 6. Juli 1853 kommen sodann die Prediger hinzu, zunächst im Jahre 1854 120, sodann aber in den folgenden Jahren noch eine weitere Anzahl. Demnächst findet in der Zeit von 1855 bis 1865 ein Anwachsen von etwa 200 Theilnehmern statt; hierunter sind in erster Linie Eisenbahn- und Postbeamte begriffen, ferner aber auch Prediger und

Schullehrer; die Zahl der Eisenbahn- und Postbeamten betrug 1855 314, 1865 aber 594, sie ist mithin allein um 280 also um 80 mehr, als die Gesamtzunahme betrug, gestiegen; dass diese Mehrzunahme ebenso wie die Vermehrung der Prediger und Schullehrer nicht sichtbar hervortritt, ist durch den gleichzeitigen Wiederwegfall der im Jahre 1844 angestellten Zollbeamten zu erklären, wie schon oben angedeutet. Im Jahre 1866 kommen wieder 210 Theilnehmer und im Jahre 1867 und 1868 ca. 100 neu hinzu, diese entfallen theils auf Post und Eisenbahn, theils auf Prediger und Lehrer, theils auch auf Hofbeamte. Das Jahr 1869 bringt demnächst einen Zuwachs von 400 Mitgliedern, es sind dieses die Interessenten der Officier- und Unterofficier-Wittwencasse, erstere anfangs 134, letztere 301 Mitglieder umfassend. Die Interessenten der Militär-Wittwencassen machten jedoch vielfach sofort von dem ihnen vorbehaltenen Rechte des Austritts Gebrauch und ist darauf zurückzuführen, dass die Gesamtzahl der Wittwen-Versorgungsanstaltsmitglieder nur unter dem Satz der Gesamtinteressenten beider Cassen zugenommen hat. Gleichweise ist durch diesen Umstand auch die Abnahme der Wittwencassenmitglieder begründet, welche die folgenden Jahre 1870—1872 etwa in der Zahl von 80 aufweisen; mitgewirkt hat dabei aber auch der Rückgang der Eisenbahnbeamten nach dem im Jahre 1870 erfolgten Verkauf der bislang staatlichen Eisenbahnen. Das Jahr 1873 weist dann wieder eine Zunahme von ca. 200 Interessenten auf, hierbei ist eine ganze Reihe verschiedener Beamtenkategorien betheiligt, so haben zugenommen die Postbeamten, die Schullehrer, namentlich die Bürgerschullehrer, die Prediger (diese besonders durch die im Gesetz von 1873 enthaltene anderweite Bestimmung der Höhe der Bezüge für ein unzulängliches Wittwenhum), die Lehrer an den Gymnasien, die Steuerbeamten, hinzugekommen sind ferner Docenten an der technischen Hochschule. Die letzten Jahre 1873—1876 zeigen endlich eine geringe Abnahme um ca. 30 Personen; bestimmend dafür war der Rückgang der Interessenten der Militär-Wittwencassen und der Eisenbahnbeamten, welcher an sich eine grössere Zahl als die soeben angegebene ausmacht, aber durch die Zunahme der Postbeamten, auch der Lehrer und Prediger im Endresultat entsprechend ausgeglichen wird. In der vorstehenden näheren Nachweisung der Zunahme der Interessenten der Beamten-, Wittwen- und Waisenversorgungsanstalt konnten leider genaue zahlenmässige Angaben nicht gegeben werden, da in der bislang geführten Statistik eine Unterscheidung der Interessenten nach einzelnen Beamtenkategorien nicht gemacht war; die angeführten Erklärungen sind auch mehr als allgemeine aufzufassen und haben für eine in den Zahlen der Tabelle hervortretende Zunahme eines speciellen Jahres oft auch noch andere geringere Ursachen mitgewirkt, auch hat sich eine für ein bestimmtes Jahr angegebene Vermehrung einer Beamtenkategorie oft über mehrere Jahre erstreckt, ist aber in den Tabellenzahlen erst für das betreffende Jahr scharf abgegrenzt hervorgetreten und daher als gerade für dieses Jahr allein maassgebend hervorgehoben.

Eine zweite Rubrik der Tabelle giebt uns die Zahl der Wittwen an. Auch diese hat sich in dem ganzen Zeitraume fast genau verdoppelt. Wenn nun auch in dem

Gesamtergebnisse sich diese Uebereinstimmung mit dem Fortschreiten der Interessentenzahl zeigt, so ist doch die Entwicklung der Zunahme hier eine ganz wesentlich andere. Es fehlt das scharf abgezeichnete sprunghafte Zunehmen von einem Jahr zum andern, wofür ja schon oben die naturgemässe Ursache angegeben ist. Die Wittwenzahl nimmt vielmehr von Jahr zu Jahr constant zu, innerhalb der einzelnen Jahre ist diese Zunahme allerdings eine wechselnde, wie ja schon in der Natur der Sache liegt, sie bleibt bald unter 10, bald übersteigt sie diese Zahl, erreicht 20, auch 30 bis gegen 40, dann kommen aber auch wieder einzelne Jahre wie 1839, 1842, 1848, 1857, 1862 mit einer allerdings durchweg unbedeutenden Abnahme vor; die abnorm starke Zunahme im Jahre 1869 hat ihren besonderen Grund in der Vereinigung mit den Militär-Wittwencassen und der Uebnahme der Wittwen dieser. Innerhalb des Zeitraums hebt sich auch ein wesentlicher Unterschied in der Zunahme nicht ab, nur wird man hervorheben können, dass sich gegen Ende der Periode die Zunahme etwas stärker als vorher zeigt, hier meist gegen oder über 30 für das Jahr ausmachend. Die beiden nächsten Rubriken befassen sich mit den Waisen und geben einmal die Zahl der Familien- und ferner die Kopffzahl derselben. Die Zahl der Waisenfamilien hat sich fast versechsfacht, die Kopffzahl der Waisen annähernd verfünffacht. Die Zunahme selbst vertheilt sich auch hier mit mehr oder weniger Regelmässigkeit auf den ganzen Zeitraum, gegen das Ende tritt sie etwas schärfer hervor. Demnächst ist der Betrag der versicherten Wittwen- und Waisenpensionen angegeben, die Zahlen correspondiren mit denen der Beiträge und geben daher hier zu keinen weiteren Bemerkungen Veranlassung. Ferner ist in der Tabelle berechnet, wie viel Wittwen, wie viel von der jährlichen Gesamt-Einnahme an Beiträgen, an sonstigen Einnahmen und überhaupt, und wie viel von der Gesamt-Ausgabe an Pensionen, an sonstigen Ausgaben und überhaupt auf 1000 Theilnehmer entfallen. Die auf 1000 theilnehmende Beamte kommende Wittwenzahl differirt, wenn wir das Anfangsjahr 1837 mit 324 ausser Betracht lassen, zwischen 226 im Jahre 1848 und 294 im Jahre 1841; die ganz ersten Jahre des Zeitraumes weisen verhältnissmässig die höchsten Zahlen auf; dann tritt ein schnelles Fallen ein, bis im Jahre 1841 die niedrigste Zahl erreicht ist, von da ab wieder ein Steigen, welches, übrigens auch unter zeitweisem Rückgang, zunächst allmähig, gegen Ende der Periode aber in einem stärkeren Tempo auftritt; letzteres zeigt sich auch darin, dass die Durchschnittszahlen für die ersten 29 und für die ersten 35 Jahre gleich sind, während die Zahl für den ganzen vierzigjährigen Zeitraum um 2 höher ist. Die auf 1000 Beamte entfallende Summe des jährlichen Einkommens an Beiträgen weist in den ersten Jahren bis etwa gegen 1860 hin keine sehr erhebliche Verschiedenheit auf, sie wechselt etwa zwischen 11 und 13000 Thlr., von Anfang der sechziger Jahre aber beginnt ein ziemlich constantes Steigen, welches sich dann mit dem Jahre 1873 in Folge der Erhöhung des Satzes der Beiträge von 3 auf $3\frac{1}{2}\%$ erheblich verstärkt; in den Durchschnittszahlen für die drei zusammengefassten Zeiträume tritt dieses auch hervor, für die ersten 29 Jahre ist die Beitragssumme 12947 Thlr.,

für die ersten 35 Jahre 13454 Thlr. und für die gesammten 40 Jahre 14597 Thlr. Bei den sonstigen Einnahmen, unter welchen ja die Zinsen aus den angesammelten Capitalen den ganz überwiegenden Ausschlag geben, zeigt sich im Allgemeinen ein ähnliches Verhältniss; die ersten Jahre kein wesentlicher Unterschied, dann Steigen. Ende der fünfziger Jahre aber mehr schroff und nicht so allmählig wie bei den Beiträgen, gegen den Schluss der Periode endlich verstärktes Steigen; die Durchschnittszahlen für die drei Zeitabschnitte wachsen von 6482 Thlr. auf 6851 Thlr. und auf 7339 Thlr. Die Gesamteinnahme bildet dementsprechend das gleiche Bild, die Durchschnittszahl bis 1865 ist 19429 Thlr., bis 1871 erhebt sie sich auf 20306 Thlr., bis 1876 auf 21936 Thlr. Auch die Höhe der auf 1000 Mitglieder entfallenden Pensionen differirt in den ersten 20 Jahren nur in unbedeutenderem Maasse; mit dem Jahre 1858 beginnt eine allmähliche Steigung, welche dann mit dem Jahre 1873, der Erhöhung der Wittwenpensionen, eine schroffe wird; die Durchschnittszahlen steigen von 15445 Thlr. auf 15961 Thlr. und 17645 Thlr. Die sonstigen Ausgaben der Wittwencasse sind ja nur ganz unbedeutende und schlagen gar nicht zu Buche. Die Gesamtausgabe weist daher auch ganz das gleiche Verhältniss auf, wie die Pensionen. Zum Schluss ist in der Tabelle noch angegeben, wie viel an Wittwenpension auf 100 Thlr. der laufenden Beiträge ausgezahlt worden ist; die Differenz unter den einzelnen Jahren ist hier durchweg eine geringere, als bei den vorigen Rubriken, die Wittwenpensionen übersteigen die Beiträge regelmässig etwa um ein Drittel, die Zahlen schwanken zwischen 130 und 140 Thlr.; nur für die letzten 4 Jahre, von 1873 an, zeigt sich eine Steigung, welche in dem letzten Jahre die Höhe von 169,7 Thlr. erreicht.

Hervorzuheben sind hier sodann noch die verschiedenen Gutachten von Sachverständigen über die Verhältnisse der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt, welche in dieser Periode erstattet wurden und welche stets auf den Gang der bezüglichen oben berührten Gesetzgebung von Einfluss waren; ein näheres Eingehen auf diese an sich nicht uninteressanten Gutachten ist allerdings als zu weit führend ausgeschlossen. Zunächst gab 1856 der Schulrath Uhde zu Braunschweig ein eingehendes, mit grossem Fleiss und Gründlichkeit ausgearbeitetes Gutachten über die Anstalt ab und kam darin zu dem Schlusse, dass die Anstalt schon seit 1837 mit einem Deficit arbeite und mit Rücksicht darauf weit grösserer Einnahmequellen bedürfe, wenn sie lebensfähig bleiben solle. Dem Uhde'schen Gutachten trat 1857 der Baurath Scheffler entgegen und stellte unter Abänderung einzelner mehr auf Schätzung und Ansicht beruhender Momente die ganze Sachlage wesentlich günstiger dar. Beide Sachverständige hatten aber insofern einen schwierigen Stand, als ihnen ein genügendes thatsächliches Material über die Entwicklung der Anstalt, irgend welche statistische Daten über die Mitglieder, die Wittwen etc. nicht zur Verfügung stand und sie deshalb in vielen Beziehungen auf unsicheren Grundlagen arbeiten mussten. Dieses gilt übrigens in der Hauptsache auch noch für die nachfolgenden Begutachtungen sowohl in dieser wie in der folgenden Periode und es erklärt sich daraus auch die Thatsache, dass eigentlich

sämmtliche Gutachten von den Thatsachen selbst so zu sagen überholt worden sind, dass fast regelmässig sich die Verhältnisse der Anstalt in der Folge in anderer theils direct entgegengesetzter Weise gestalteten, als nach den Gutachten und deren Folgerungen anzunehmen war. 1866 fand eine Begutachtung seitens des Herzoglichen Finanz-Collegiums und seitens des Bauraths Scheffler statt, um den vom Staat der Anstalt zu leistenden Zuschuss anderweitig festzustellen. Sodann erstattete der Baurath Scheffler vor Erlass des Gesetzes vom 10. April 1873 nochmals ein eingehendes Gutachten, welches die Verhältnisse der Anstalt in sehr günstigem Lichte zeigte. Endlich hat der Baurath Scheffler sich noch im Jahre 1881 und 1888 gutachtlich über die Anstalt geäussert, wie wir hier gleich vorweg bemerken wollen, um damit die Begutachtungen in Eins vollständig aufzuführen.

Nunmehr bleibt uns endlich nur noch übrig, die allgemeine finanzielle Lage und die Entwicklung der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt, wie wir sie unter Berücksichtigung ihrer Geschichte und der sie betroffenen Umbildungen auffassen, kurz darzulegen; manches ist ja in dieser Richtung auch schon in dem Vorstehenden enthalten und wird dann ein Verweisen darauf genügen. Wir wollen hier zunächst ins Auge fassen, welche Verpflichtungen die im Jahre 1837 zuerst gesetzlich festgelegte Anstalt aus der früheren Zeit übernommen und ob zur Erfüllung derselben besondere Aufwendungen erforderlich waren. Wie oben näher dargestellt, war gegen Ende der vorigen Periode die Vereinigung der Gandersheimer Abtei-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse, das Peculium viduarum et orphanorum der Universität Helmstedt und der neuen Helmstedter Universitäts-Wittwencasse mit der Beamten-Wittwen- und Waisenversorgungsanstalt verfügt worden, eine Vereinigung, deren Ausführung sich zum Theil bis in die gegenwärtige Periode hinzog und deren finanzielle Wirkung jedenfalls erst in dieser Periode sich zeigen konnte. Diese Wirkung ist wohl eine über Erwarten günstige gewesen, bezüglich der einzelnen vereinigten Cassen wird sie, wie aus den oben gegebenen Vereinigungsumständen mit Nothwendigkeit zu folgern, noch Verschiedenheiten gezeigt haben, welche sich aber aus den Rechnungen nur mit unverhältnissmässigen Weiterungen und auch nicht mit voller Genauigkeit nachweisen lassen würden und deshalb hier nicht weiter berücksichtigt werden sollen. Die gemeinsame Wirkung der Vereinigung der vorbezeichneten drei Cassen ist in der nachstehenden Tabelle 1 kurz gekennzeichnet; in derselben ist die Einnahme aus dem früheren Vermögen dieser Anstalten, welche sich aus den Zinsen der bei der Vereinigung überwiesenen Capitalbestände, dem Erbenzins der Helmstedter früheren Universitäts-Apotheke und der Pacht aus dem Dralle'schen Hause in Königs-luter, später Zins aus dem Verkaufspreis desselben, zusammensetzt, die Ausgabe an Wittwen- und Waisenpensionen für die Interessenten der Cassen und die Differenz zwischen beiden Summen für die Zeit von 1831 bis 1845 gegeben; das erste Jahr kommt die Gandersheimer Casse ganz, das Peculium nur für die Hälfte in Rechnung, die Jahre 1832 — 1838 umfassen nur die Gandersheimer Abteicasse und das Peculium, die übrigen Jahre dann alle drei Anstalten.

Tabelle 1.

Finanzielle Entwicklung der Gandersheimer Abtei-Bedienten-Wittwen- und Waisencasse und der Helmstedter Universitäts-Wittwencassen innerhalb der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt.

Jahr.	Einnahme aus den Vermögen der Anstalten. Thlr.	Ausgabe an Wittwen- und Waisen-pension. Thlr.	Die Einnahme übersteigt die Ausgabe um Thlr.	Bemerkungen.
1.	2.	3.	4.	5.
1831	1398	441	957	Gandersheimer Wittwencasse und Peculium für einen Theil des Jahres
1832	2074	1096	978	
1833	2074	1521	553	
1834	2074	1600	474	
1835	2074	1600	474	Gandersheimer Wittwencasse und Peculium.
1836	2074	1600	474	
1837	2074	1600	474	
1838	2074	1600	474	
1839	2820	1960	860	Alle drei Anstalten.
1840	2820	1961	859	
1841	2820	1887	933	
1842	2820	1788	1032	
1843	2820	1848	972	
1844	2820	2091	729	
1845	2820	1896	924	

Die Tabelle zeigt, dass die Einnahmen aus dem überwiesenen Vermögen etc. stets höher gewesen sind, als die Ausgaben, welche zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtung der Wittwen- und Waisenpensionszahlung zu leisten waren. Ich habe die Tabelle nur bis zum Jahre 1845 fortgesetzt, weil mit dem Jahre 1844 der Höhepunkt der Ausgaben erreicht ist und sich diese von da an regelmässig vermindern; da die Einnahmen der Natur der Sache nach sich stets auf gleicher Höhe halten, so muss also der Ueberschuss mit dem Sinken der Ausgaben stets ein höherer werden. Eine Inanspruchnahme des Capitals ist unter diesen Umständen niemals eingetreten. Den finanziellen Erfolg, welchen die Vereinigung der drei Cassen für die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt gehabt hat, kann man mithin kurz dahin ausdrücken, dass der Anstalt ein Capitalwerth von rund 80 000 Thlr. — einschliesslich des Verkaufspreises des Dralle'schen Hauses und des mit dem fünfundzwanzigfachen capitalisirten Werthes der Helmstedter Apotheke — überwiesen ist, von dessen Einkünften zwar zunächst der grössere, später aber ein immer geringer werdender Theil in einer bestimmten Weise zu verwenden ist, so dass mit der Zeit die Gesamtsumme dieser Einkünfte ganz zur Benutzung für die Zwecke der Anstalt disponibel wird. Hervorzuheben ist hierbei noch, dass eine wenn auch verhältnissmässig geringe Zahlung für die vereinigten Cassen noch jetzt zu leisten ist.

Fasst man sodann die nach dem Gesetz von 1837 gebildete Anstalt mit Rücksicht auf die zum Theil nicht unwesentlich veränderten Bedingungen als eine neue Gesellschaft auf — eine Auffassung, welcher aber in Uebereinstimmung mit den obigen Ausführungen nur bis zu einem

bestimmten Grade Bedeutung beigelegt werden kann — so wird man die Fortzahlung der Pensionen an die im Jahre 1837 bereits vorhandenen Wittwen und Waisen als eine Verpflichtung, welche die neue Gesellschaft aus der Vorzeit übernommen hat, anzusehen haben; dieser Verpflichtung würde als entsprechender Vorthail die Ueberweisung des aus früherer Zeit stammenden Capitalbestandes gegenüberstehen und liesse sich durch eine Vergleichung beider feststellen, ob und in welcher Weise die aus früherer Zeit stammende Verpflichtung der neuen Gesellschaft zum Vorthail oder zum Nachtheil gewesen. Vermöge der in den Anstaltsrechnungen durchgeführten Sonderung der gezahlten Wittwen- und Waisenpensionen aus der Zeit vor und nach 1837 war auch die Anstellung einer derartigen Vergleichung und die Berechnung eines bezüglichen Erfolgs ohne grössere Umstände zu ermöglichen und ist in der nachfolgenden Tabelle 2 gegeben.

Tabelle 2.

Vergleichung der Ausgaben für die aus der Zeit vor 1837 stammenden Wittwenpensionen mit den Einnahmen aus dem übernommenen Capitalbestand etc. bzw. durch Aufgebrauch dieses Capitalbestandes.

Jahr.	Capital-bestand. Thlr.	Einnahme an Zinsen, Erben-zins etc. Thlr.	Ausgabe an Wittwen- und Waisen-pension. Thlr.	Ausgabe-Ueber-schuss. Thlr.	Bemerkungen.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1838	239 624	8275	28 068	19 793	Unter den Einnahmen ist der Verkaufspreis des Dralle'schen Hauses in Königs-lutter mit enthalten.
1839	219 831	12713	26 329	13 616	
1840	206 215	8527	25 758	17 231	
1841	188 984	8245	24 229	15 984	
1842	173 000	7625	22 957	15 332	
1843	157 668	7297	21 812	14 515	
1844	129 061	6158	20 741	14 583	
1845	114 478	5583	19 252	13 669	
1846	100 809	5298	18 325	13 027	
1847	87 782	5033	17 120	12 087	
1848	75 695	4250	15 915	11 665	Dem Capitalbestand ist der capitalisirte Erbenzins zuge-rechnet.
1849	64 030	4445	14 777	10 332	
1850	53 698	4200	13 417	9 217	
1851	44 481	3483	12 523	9 040	
1852	35 441	2879	11 700	8 821	
1853	26 620	2441	10 921	8 480	
1854	18 140	2189	9 743	7 554	
1855	10 586	1679	9 202	7 523	
1856	10 763	1417	8 450	7 033	
1857	3 730	1130	7 783	6 653	
1858	— 2 923	—	7 237	10 160	

In der Rubrik 2 der Tabelle ist der zu Anfang jeden Jahres vorhandene Capitalbestand angegeben; da die Ausgabe hier regelmässig grösser ist als die Einnahme, so muss sich der Capitalbestand von Jahr zu Jahr verringern, weil ein Theil desselben zur Bestreitung der regelmässigen Ausgaben benutzt werden muss: die Gesamtsumme der

Einnahmen in Rubrik 3 wird von der Gesamtsumme der Ausgaben in Rubrik 4 abgezogen, und ergibt sich daraus der Ausgabeüberschuss in Rubrik 5; dieser Ausgabeüberschuss wird von dem bezüglichen Jahrescapitalbestand abgezogen und bildet der Rest den Capitalbestand des folgenden Jahres. Die ganze Berechnung ist für die sämtlichen vor 1837 vorhandenen Wittwen und Waisen gemacht, also auch für die der Gandersheimer Abtei-Wittwencasse und der beiden Helmstedter Universitäts-Wittwencassen, so dass der vorher aus der Vereinigung dieser nachgewiesene Vortheil in seinem vollen Umfange schon hier mit in Rechnung gezogen und den früheren Verpflichtungen zu Gute gekommen ist, was an sich nur als berechtigt anzusehen sein wird. Als Anfangscapitalbestand sind die gesammten bis zum Jahre 1838 von der Anstalt angesammelten Capitale einschliesslich der Capitale der vorbezeichneten drei Cassen und des vorhandenen Cassenvorraths in Ansatz gebracht; dass zu dieser Capitalansammlung auch die aus der alten in die neue Anstalt übergehenden Mitglieder einen nicht unerheblichen Theil beigetragen haben, ist dabei ausser Rücksicht gelassen. Als Einnahme sind eingestellt einmal die dreieinhalbprocentigen Zinsen von dem zu Anfang jeden Jahres vorhandenen Capitalbestande, ferner die jedes Jahr durch die Statistik nachgewiesenen sämtlichen Einnahmen an Erbenzins, Pachtgeld etc. (Tabelle I Rubrik 5), und endlich jedes Jahr 1000 Thlr. von dem der Anstalt zugebilligten Staatszuschuss; das letztere ist geschehen, weil doch der Staatszuschuss vielleicht auch mit Rücksicht auf die früheren Verpflichtungen mitbewilligt ist und weil bei der vorstehenden Berechnung alles, was zur Herabdrückung der früheren Verpflichtungen dienen konnte, thunlichst berücksichtigt werden sollte; im Jahre 1856 ist der mit dem fünfundzwanzigfachen capitalisirte Erbenzins der Helmstedter Universitäts-Apotheke dem Capitalbestande zugerechnet und fällt damit dann die Einnahme an Erbenzins, Pachtgeld etc. fort. Als Ausgabe sind lediglich die wirklich in jedem Jahr gezahlten Wittwen- und Waisenpensionen angesetzt, natürlich einschliesslich derer der drei vereinigten Cassen. Das Resultat, welches uns die Tabelle zeigt, stellt sich nun trotzdem, dass alle Ansätze so weit wie möglich in der Richtung einer Herabdrückung der früheren Verpflichtung gemacht worden sind, nicht gerade als ein günstiges dar. Das bis 1838 angesammelte Capitalvermögen ist im Jahre 1857 bis auf den letzten Rest verbraucht, obwohl die Ansprüche auf Wittwenpension noch fort dauern; in den Jahren bis 1876 sind noch die nachfolgenden Beträge an Wittwenpension gezahlt worden:

Siehe nebenstehende Tabelle 3.

Das im Jahre 1838 vorhandene Vermögen der Anstalt reichte also nicht hin, die alten Verpflichtungen zu erfüllen, der Ausgabeüberschuss war für den Capitalbestand ein zu grosser und tilgte diesen vorzeitig, so dass die Anforderungen für eine Reihe von Jahren aus den älteren Mitteln nicht mehr zu decken waren. Die 1837 gebildete Gesellschaft hat mithin nicht nur den früheren Capitalbestand durch ihre Einnahmen bezw. ihren Einnahmeüberschuss voll erworben, sondern auch noch das durch ältere Mittel in den späteren Jahren nicht zu Deckende entrichtet; die Gesamtsumme des letzteren

Tabelle 3.

Durch den Capitalbestand ungedeckte Ausgabe für Wittwen aus der Zeit vor 1837 in den Jahren 1857 bis 1876.

Jahr.	Ausgabe.	Jahr.	Ausgabe.	Jahr.	Ausgabe.
	Thlr.		Thlr.		Thlr.
1.	2.	1.	2.	1.	2.
1857	2923	1864	4947	1871	2719
1858	7237	1865	4434	1872	2187
1859	6633	1866	3966	1873	2228
1860	6220	1867	3611	1874	2385
1861	6008	1868	3367	1875	2250
1862	5677	1869	3256	1876	2078
1863	5428	1870	2968	1857—1876	80522

stellt sich, wenn man nur die einfachen Jahresbeträge ohne Rücksicht auf Verzinsung etc. rechnet, auf rund 80000 Thlr. Wenn also im Jahre 1837 die Anstalt ganz neu gegründet wäre, so würde im Jahre 1876 das von ihr angesammelte Capital — unter Berücksichtigung der Verzinsung der für die früheren Mitglieder gemachten Verausgaben — etwa 120000—150000 Thlr. grösser sein, als es jetzt ist. Lässt sich diese Thatsache an sich auch nicht in Abrede stellen, so ist doch das ungünstige Resultat mit einem gewissen Vorbehalt, wie schon oben hervorgehoben, zu betrachten. Wenn auch die Anstalt durch das Gesetz von 1837 in ihren Bedingungen wesentlich geändert ist, so ist doch die frühere Anstalt lediglich fortgesetzt worden und nicht eine neue gebildet. Die Anstalt war aber 1837 noch nicht im Beharrungszustande, sondern noch in den Entwicklungsjahren, in welchen noch eine Capitalbildung stattfinden musste; sie konnte daher den erforderlichen Capitalbestand noch gar nicht haben, würde diesen aber aller Voraussetzung nach erreicht haben, da sie ja thatsächlich derzeit in ziemlich starkem Maasse Capital ansammelte. Das oben bezüglich der günstigen Entwicklung der Anstalt in der vorigen Periode Gesagte wird daher durch das jetzige Resultat keineswegs in Frage gestellt oder aufgehoben. Mir ist das Resultat aber in einer anderen Beziehung von besonderer Wichtigkeit. In den Verhandlungen und den Gutachten über die Anstalt ist stets von dem Capitalvermögen derselben die Rede und oft in einer Weise, dass es den Anschein gewinnen könnte, dieses Vermögen sei ganz oder zum Theil der Anstalt besonders überwiesen oder von Alters her vorhanden. Durch die obige Zusammenstellung und ihr Resultat wird aber das Irrige einer derartigen eventuellen Annahme in unzweideutigster Weise klargestellt; sie weist eben nach, dass die Capitalbildung, wenn auch die Capitale selbst unverändert dieselben bleiben, sich doch innerlich immer von Neuem vollzieht, dass somit die augenblicklichen Interessenten stets zu derselben in vollem Maasse beigetragen haben und dass nicht von Alters her Capitalvermögen auf die Anstalt übertragen ist. Anders zu betrachten sind nur diejenigen Capitalien, welche der Anstalt in Folge der Vereinigung und Einverleibung anderer Classen, so der drei oben behandelten Classen in der vorigen Periode und der Militär-Wittwencassen in dieser Periode zugeflossen sind; diese sind, sofern sie, wie für die drei ersten Classen

vorher nachgewiesen, durch die auf ihnen liegenden Verpflichtungen nicht selbst verzehrt werden, als ein von aussen kommender Gewinn der Anstalt anzusehen. Dieser Umstand ist allerdings auch bei der Betrachtung des Resultats der gegebenen Zusammenstellung mit zu berücksichtigen; das von aussen her zugehende Capital der drei vereinigten Cassen von ca. 80000 Thlr. ist in dem für die älteren Wittwen aufgebrauchten Capitalbestande mit inbegriffen, die frühere eigentliche Capitalansammlung d. h. die durch die Interessenten selbst aufgebrauchte verringert sich daher noch um eine verhältnissmässig nicht unbedeutende Summe. Unter diesen Umständen hat es immer eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass die Capitalbildung vor 1837

Tabelle 4.

Abnahme
der im Jahre 1837 schon vorhandenen Wittwen und Waisen.

Jahr.	Wittwen.	Waisen.	Jahr.	Wittwen.
1.	2.	3.	1.	2.
1838	524	29	1858	119
1839	478	25	1859	109
1840	461	24	1860	102
1841	440	17	1861	96
1842	408	15	1862	86
1843	386	14	1863	78
1844	360	13	1864	73
1845	340	10	1865	60
1846	318	6	1866	57
1847	302	6	1867	51
1848	277	6	1868	46
1849	256	3	1869	41
1850	234	3	1870	38
1851	213	2	1871	30
1852	200	2	1872	26
1853	192	2	1873	24
1854	180	—	1874	19
1855	164	—	1875	18
1856	146	—	1876	15
1857	129	—		

Beide Tabellen sind nicht ohne Interesse. Die erste zeigt uns, wie langsam sich die Abnahme der zu einem gewissen Zeitpunkt vorhandenen Wittwen vollzieht, mit wie langen Zeiträumen man hier stets rechnen muss; nach 20 Jahren ist noch fast ein Viertel der betr. Wittwen vorhanden, nach etwa 40 Jahren immerhin noch 3%. Die Tabelle weist ferner den grossen Unterschied zwischen der Abnahme der Wittwen und der Waisen nach und bekräftigt, dass es unzulässig sei, den augenblicklichen Werth der erst später zu zahlenden Waisens pensionen in einem Procentsatz des Werths bezüglich Wittwenpensionen nach dem Verhältniss der für beide gemachten Jahresaufwendungen festzustellen. Die zweite Tabelle lässt die ungemein schnelle Zunahme der Wittwen und Waisen in dieser Periode ersehen, sie muss diese Zunahme deutlicher zeigen, da ja die alten Wittwen, welche in den Zahlen der statistischen Zusammenstellungen mit enthalten sind, hier fehlen. Sie weist aber auch ferner

doch nicht in ganz ausreichender Weise erfolgt ist, ein sicherer Nachweis dafür ist aber noch nicht gegeben und ist überhaupt nicht zu geben, da ja die Anstalt den Beharrungszustand noch nicht erreicht hatte.

Bei der Materialsammlung für die letzten beiden Tabellen habe ich gleichzeitig die Zahl der Wittwen und Waisen mit berücksichtigt und füge das Ermittelte hier gewissermaassen als Anhang in zwei Tabellen zu, deren eine die Abnahme der im Jahre 1837 bereits vorhandenen Wittwen und Waisen darstellt, während die andere die Zunahme der erst nach 1837 hinzugekommenen Wittwen und Waisen zeigt.

Tabelle 5.

Zunahme
der nach dem Jahre 1837 hinzugekommenen Wittwen und Waisen.

Jahr.	Wittwen.	Waisen.	Jahr.	Wittwen.	Waisen.
1.	2.	3.	1.	2.	3.
1838	34	3	1858	627	127
1839	74	23	1859	661	124
1840	99	23	1860	676	134
1841	152	35	1861	682	130
1842	176	50	1862	692	118
1843	197	59	1863	717	148
1844	252	67	1864	736	152
1845	279	79	1865	763	170
1846	307	84	1866	793	158
1847	332	79	1867	822	163
1848	349	81	1868	837	169
1849	377	75	1869	933	173
1850	455	95	1870	957	166
1851	492	114	1871	969	188
1852	464	117	1872	1007	184
1853	489	126	1873	1036	178
1854	515	128	1874	1050	179
1855	541	130	1875	1080	194
1856	571	128	1876	1118	200
1857	586	123			

nach, wie grosse Verschiedenheit zwischen der Zunahme der einzelnen Jahre herrscht; ohne eine erkennbare Ursache ist sie in einem Jahre sehr gering, in dem anderen besonders stark. Die Zunahme ist in den Anfangsjahren gleich besonders stark, weil die Anstalt im Ganzen keine neu gebildete ist, sondern sich bereits in der Entwicklung befindet.

Nach dieser mehr der Statistik angehörenden Abschweifung kommen wir wieder auf das jetzt zu Behandelnde zurück und werden uns nunmehr mit der Entwicklung der Anstalt in der laufenden Periode zu beschäftigen haben. In erster Linie wird hier die Ausdehnung der Anstalt, welche durch die Zahl ihrer Mitglieder dargestellt wird, zu betrachten sein. Die Theilnehmerzahl hat sich in der vorliegenden Periode annähernd verdoppelt, wie schon oben näher gezeigt; dieser Umstand muss natürlich für die Anstalt von ganz besonders maassgebender Bedeutung gewesen sein. Dabei ist namentlich zu beachten, wie auch schon früher hervorgehoben, dass die Anstalt

von vornherein für einen ganz bestimmten Kreis, welcher durch feste Grenzen äusserlich bestimmt ist und welcher in sich sehr erhebliche Veränderungen nicht erwarten lässt, ihrem Zweck und ihrer Einrichtung nach dienen soll; es handelt sich hier nicht um eine Anstalt, welcher unter Erfüllung bestimmter Bedingungen Jeder beizutreten berechtigt ist. Eine Anstalt der letzten Art wird regelmässig in ihrer ganzen Anlage schon auf eine beliebig grosse Mitgliederzahl zugeschnitten werden, bei ihr bedeutet die Zunahme der Mitgliederzahl im Wesentlichen nur eine Ausdehnung des regelmässigen Geschäftsbetriebes und wird an sich lediglich als ein günstiges Symptom für die Anstalt aufzufassen sein. Die Vermehrung der Mitgliederzahl in der Ausdehnung und in der Weise wie sie in der laufenden Periode stattgehabt hat, bedeutet aber bei unserer Anstalt nicht nur eine Erweiterung des Ge-

schaftsbetriebes, sondern eine wesentliche Aenderung in den Grundlagen der Anstalt; der ursprüngliche Kreis der Anstalt wird erweitert, dadurch für die Anstalt eine ganz neue Basis geschaffen und gleichzeitig in den Entwicklungsgang ganz wesentlich eingegriffen. Eine zahlenmässige Darstellung des Einflusses der Mitglieder Vermehrung, so weit sie überhaupt möglich, lässt sich immer nur bei einer streng durchgeführten Scheidung der Mitglieder nach einzelnen Beamtenkategorien geben, wie sie leider die Anstaltsstatistik für diese Periode nicht bietet. Für die vorliegende allgemeine Betrachtung habe ich in der nachstehenden Tabelle die Mitglieder in gleicher Weise wie für die neue Anstaltsstatistik nach Beamtenkategorien für das Anfangs- und die beiden Endjahre und zwei dazwischen liegende Jahre gesondert.

Tabelle 6.

Zahl der Beamten nach einzelnen Kategorien.

No.	Beamtenkategorie.	1838	1850	1860	1875	1876	Bemerkungen.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
1	Civilstaatsdiener {	Ueberhaupt	1520	1793	1676	1862	1899
2		Postbeamte	65	96	145	235	242
3		Beamte, deren staatliche Functionen nicht mehr vorhanden	11	4	1	29	29
4		Ueberhaupt ausser 2 und 3	1444	1693	1530	1598	1628
5	Hofbeamte	204	202	190	224	226	In den ersten drei Rubriken sind hier nur die Ganderseheimer Abtei-Beidienten gezählt.
6	Landschaftliche Beamte	3	3	3	4	4	
7	Städtische Beamte	106	99	82	105	113	
8	Bürger- und Landschullehrer	83	508	570	655	655	
9	Prediger	27	31	139	238	234	
10	Polizeimilitair	—	—	—	122	129	
11	Eisenbahnbeamte	4	126	330	524	500	
12	Militair	—	—	—	133	133	
13	Communion- und Hüttenbeamte	53	38	38	23	23	
14	Ueberhaupt	2000	2800	3028	3890	3916	

Den allgemeinen Einfluss auf den Entwicklungsgang der Anstalt wird uns diese Tabelle schon zur Genüge klar machen. Die Vermehrung der Mitgliederzahl ist danach im Wesentlichen bewirkt durch das Neuhinzukommen bezw. starke Anwachsen der Postbeamten, der Bürger- und Landschullehrer, der Prediger, der Eisenbahnbeamten und des Militairs und Polizeimilitairs, welches wiederum theilweis durch besonderes Aufnahmegesetz, theilweis durch Neuschaffung oder hervorragende Ausbildung des bezüglichen Faches veranlasst worden ist. Alle diese Beamtenklassen können doch unmöglich mit den übrigen Kategorien, den übrigen Civilbeamten, welche anfangs durch die Steuerbeamten, später durch Gymnasiallehrer, Lehrer der technischen Hochschule etc. verhältnissmässig geringe Veränderungen zeigen, den Hofbeamten und den städtischen Beamten, welche fast unverändert geblieben, auf eine Stufe gestellt werden. Die einzelnen gesonderten Beamtenkategorien hat man gewissermaassen als kleine Anstalten für sich in der grossen einheitlichen Anstalt aufzufassen, welche zwar ungesondert in letzterer enthalten sind, aber doch auf die Gestaltung der gemeinsamen Verhältnisse

im Endresultat einen wesentlichen Einfluss ausüben. Die Civilbeamten ohne die ausgeschiedenen Classen, die Hofbeamten, die städtischen Beamten sind in der laufenden Periode im Wesentlichen unverändert geblieben, sie haben sich daher den normalen Verhältnissen entsprechend ständig weiter entwickelt und müssen auch in gleicher Weise die kleinen Anstalten, als welche sie aufzufassen sind, fortgeschritten sein, wie solches bei Gründung der ganzen Anstalt vorausgesetzt war. Sie sind daher dem Endziel, dem Beharrungszustande, immer näher gerückt, haben denselben vielleicht schon erreicht, um so mehr, als auch die vorige Periode ziemlich gleiche Verhältnisse zeigte und die Entwicklung wenigstens zum grössten Theil bis in diese zurückzudatiren ist. Von den anderen Classen dagegen sind einige plötzlich durch einen Schritt hinzugekommen, sie bilden daher in sich je eine kleine neue Anstalt, welche sich erst im Laufe der Zeit in gleicher Weise, wie die ursprüngliche Anstalt, entwickeln muss; über einen wie langen Zeitraum sich eine derartige Entwicklung hinzieht, haben uns erst die unmittelbar vorher behandelten beiden Tabellen gezeigt. Einzelne der stark zunehmenden Classen

haben sich wiederum in sich vermehrt, hier greifen dieselben Folgen Platz, bezüglich der Vermehrung ist hier wieder eine kleine neu gebildete Anstalt vorhanden, welche der Entwicklung zustrebt; ja hier wird die Sache noch durch einen näher zu berührenden Umstand verschärft, die neu hinzukommenden Beamten sind meist jüngere und bewirken gleichzeitig auch eine Veränderung im Durchschnittsalter der Theilnehmer. Die Wirkung dieser kleinen Anstalten auf die grosse Gesamtanstalt muss natürlich um so bedeutender sein, je nachdem das Verhältniss, in welchem die Zahl der Mitglieder der kleinen Anstalten zu der der Gesamtanstalt steht, wächst. Bei unserer Anstalt beträgt jetzt die auf die kleinen Anstalten entfallende Theilnehmerzahl fast die Hälfte der Gesamttheilnehmer. Nimmt man für den danach etwas über die Hälfte ausmachenden Stamm der Gesellschaft eine bestimmte Entwicklungsstufe an, so befindet sich die andere Hälfte der Gesellschaft auf einem vollständig anderen mehr oder weniger weit zurückliegenden Entwicklungsabschnitt und ist noch dazu wiederum unter sich mehrfach gegliedert, verschiedene Entwicklungsstufen einnehmend. Demgemäss muss auch ihr Einfluss auf die Anstalt im Ganzen ein sehr wesentlicher sein, dieselbe muss von dem Beharrungszustande noch weit entfernt sein, als sonst nach der Zeit des Bestehens der Anstalt angenommen werden könnte; da ein so grosser Theil der Anstalt sich nothwendiger Weise noch in der Entwicklung, ja wohl noch in der ersten Entwicklung befinden muss, so wird man, wenn auch der Stamm der Anstalt den Beharrungszustand schon erreicht haben sollte, für die Gesamtanstalt immer nur den Entwicklungszustand annehmen können. Dieses Verhältniss ist aber namentlich auch bei Verwerthung der Resultate der Anstaltsstatistik nicht ausser Acht zu lassen. Die bisherige Statistik bezieht sich nur auf die Anstalt in ihrer Gesamtheit ohne die kleinen Anstalten in derselben zu berücksichtigen. In vielen Beziehungen ist aber aus den gegebenen Gesamtzahlen ein richtiger Schluss auf die Lage der Anstalt nur schwer oder auch gar nicht zu entnehmen, die Gesamtzahlen setzen sich ja aus einer Summe von einzelnen Zahlen zusammen, welche sich zwar immer auf das gleiche Verhältniss beziehen, aber dadurch, dass sich dieses Verhältniss bei ihnen in ganz verschiedenen Entwicklungsstufen befindet, innerlich doch ganz verschieden sind; die Gesamtzahlen sind dadurch wesentlich dem Zufall unterworfen und können in Folge der Verschiedenartigkeit der Zahlen, aus welchen sie zusammengesetzt sind, keineswegs ohne Weiteres nach jeder Richtung hin ein zutreffendes Bild geben. Ein Beispiel hierfür bietet die in dem letzten Scheffler'schen Gutachten auf Grund der Gesamtzahlen erfolgte Annahme des Vorhandenseins eines relativen Beharrungszustandes, deren Unhaltbarkeit wohl zweifellos durch das Vorgehende nachgewiesen worden ist.

Ein zweiter Punkt von Bedeutung ist die starke Zunahme der Beiträge, welche zum Theil eine Folge der Vermehrung der Mitgliederzahl ist, zu einem nicht unwesentlichen Theil aber auch durch die in dieser Periode stattgehabten mehr oder weniger allgemeinen und bedeutenden Gehaltsaufbesserungen bewirkt wurde. Das auf den beiden verschiedenen Ursachen beruhende Steigen der Beiträge

hat einen gemeinsamen Einfluss auf die Grundlage der Anstalt, es verschiebt das ursprüngliche Verhältniss zwischen den Beiträgen und dem Staatszuschusse, sofern letzterer, wie hier der Fall, in einer festen Summe ausgeworfen ist; diesem Umstande ist aber bei den verschiedenen gesetzlichen Regelungen durch eine entsprechende Erhöhung des Staatszuschusses Rechnung getragen. Der Staatszuschuss betrug zu Anfang der Periode ein Sechstel der Beiträge und ist durch die verschiedenen Erhöhungen bis ans Ende durchweg auf dieser Höhe gehalten, wie schon oben näher ausgeführt. Bezüglich der zweiten Ursache der Beitragsvermehrung ist aber noch ein Besonderes hervorzuheben. Die allgemeinen Gehaltsaufbesserungen sind keineswegs mit den Gehaltszulagen auf eine Stufe zu stellen und etwa als diese letztere im Grossen aufzufassen. Auf die Gehaltszulagen ist von vornherein bei Begründung der Anstalt Rücksicht genommen, sie vollziehen sich in dem gewöhnlichen Rahmen derselben; die Gehaltsaufbesserungen dagegen enthalten eine Erweiterung der Anstalt selbst nach dieser Richtung hin und stehen insofern auch der Zunahme der Mitgliederzahl durch Aufnahme neuer Kategorien gleich. Denn es ist zweifellos doch als eine Erweiterung der Anstalt anzusehen, wenn dieselben Theilnehmerkategorien, welche bisher mit einem Gehaltssatz von 100 bis 500 Thlr. an der Anstalt theilhaftig gewesen, nunmehr mit dem Satz von 200 bis 1000 Thlr. theilnehmen. Dabei ist aber noch eins zu beachten. Die Gehaltsaufbesserungen sind stets auf einen Schlag für eine ganze Beamtenkategorie erfolgt, ohne dass etwa auf die Zeit der Anstellung und die Dauer des geleisteten Dienstes dabei irgend welche Rücksicht genommen wäre. Der Beitrag und gleichzeitig der Anspruch auf Pension für die Wittwe hat sich daher ganz gleichmässig und in demselben Augenblick für sämtliche betroffene Mitglieder erhöht, für diejenigen, welche der Anstalt schon lange angehört haben, ebenso wie für diejenigen, welche derselben erst kürzlich beigetreten sind, oder in die Anstalt in dem Augenblick der Aufbesserung aufgenommen werden. Nur für die letzten, die der Anstalt im Augenblick der Aufbesserung oder später Beitretenden, ist das Verhältniss ein normales, gerechtes: sie steuern von Anfang an nach den neuen sich von 200 bis 1000 abstufenden Gehaltssätzen bei und erwerben einen dementsprechenden Anspruch auf Wittwenpension. Die Uebrigen erwerben zwar ganz den gleichen Anspruch nach den höheren Gehaltssätzen, sie haben aber nur eine Zeit lang die entsprechenden Beiträge geleistet, nämlich für die Zeit von der Gehaltsaufbesserung bis zum wirklichen Eintritt der Wittwenpension; für die Zeit von ihrer Anstellung bis zu der Gehaltsaufbesserung haben sie dagegen nur die Beiträge nach den niedrigen Gehaltssätzen von 100 bis 500 gezahlt. Die Anstalt ist dabei zweifellos geschädigt, sie muss unter allen Umständen die Wittwenpensionen nach den neuen Gehaltssätzen zahlen, hat aber von den zur Zeit der Aufbesserung gerade vorhandenen Mitgliedern in der Vergangenheit nur die dem früheren niedrigeren Gehalt entsprechenden Beiträge erhalten. Dass diese Schädigung gar nicht so unbedeutend ist, wird ein Beispiel zeigen. Im Augenblick der Gehaltsaufbesserung hat ein Beamter 30 Jahre gedient und je 5 Jahre in den sechs sich um

je 100 Thlr. abstufenden Gehaltsclassen von 500—1000 Thlr. gestanden, welche jetzt um je 100 Thlr. erhöht sind; er hat in Wirklichkeit in den 30 Jahren 675 Thlr. an regelmässigen Wittwencassenbeiträgen entrichtet, hätte aber unter Zugrundelegung der neuen Gehaltssätze 765 Thlr. zahlen müssen, er hat demnach über 13 % zu wenig beigetragen; nimmt man aber an, dass die einzelnen Gehaltsclassen je um 300 Thlr. erhöht seien — eine Erhöhung, wie sie in der That vorgekommen, wenn auch nicht auf einmal, so doch nach und nach, was aber bezüglich des hier in Frage kommenden Erfolges einen Unterschied nicht ausmacht —, so hätten die Beiträge statt 675 Thlr. 945 Thlr. betragen müssen, sie sind also um 40 % zurückgeblieben. Bedenkt man endlich, dass Gehaltsaufbesserungen wohl bezüglich sämtlicher Mitgliederclassen stattgefunden, dass eine jede Aufbesserung durchweg jedes Mitglied der Classe berührt hat, und dass die Aufbesserungen an sich nach und nach eine ganz erhebliche Höhe erreicht haben, so wird man die Bedeutung dieses Nachtheils der Anstalt keineswegs gering anschlagen können. Schliesslich ist betreffs der Gehaltsaufbesserungen noch auf einen Umstand aufmerksam zu machen, welcher namentlich für Beurtheilung der Zahlen der Statistik ins Gewicht fällt. Eine Gehaltsaufbesserung macht sich bei den Beiträgen der Mitglieder sofort geltend, diese erhöhen sich von einem ganz bestimmten Zeitpunkte an und hebt sich solche Erhöhung in den Gesamtzahlen der Beiträge unter normalen Verhältnissen gegenüber den Vorjahren deutlich ab. Anders verhält es sich aber bezüglich der Wittwenpensionen. Hier werden nur die in jedem Jahre hinzukommenden Wittwenpensionen nach den neuen Sätzen festgestellt, die Hauptzahl der Pensionen (die zur Zeit der Aufbesserung vorhandenen) bleibt nach den alten Sätzen bestehen und wird auch noch eine ganze Reihe von Jahren die überwiegende sein. Der Einfluss der Gehaltsaufbesserungen auf die Wittwenpensionen tritt demnach ganz allmählig hervor und braucht zu seiner vollen Entwicklung eine lange Reihe von Jahren. In der Gesamtsumme der Wittwenpensionen macht sich daher die Gehaltsaufbesserung nicht wie bei den Beiträgen sofort im vollen Umfange geltend, es tritt vielmehr nur ein geringeres aber dafür anhaltendes Steigen ein, welches erst nach einer langen Reihe von Jahren seinen Endpunkt erreicht. Die Gehaltsaufbesserungen der laufenden Periode, welche sich noch dazu in der Hauptsache auf die letzten Jahre derselben concentrirten, konnten bei Schluss derselben auf Wittwenpension ihre volle Wirkung längst nicht ausgeübt haben, diese musste sich nothwendig noch weit über die nachfolgende Zeit ausdehnen. Man konnte wohl mit ziemlicher Sicherheit annehmen, dass die Gesamtsumme der Wittwenpensionen noch für die Folge ein entsprechendes Steigen aufweisen würde.

Ein ferneres wichtiges Moment für die finanzielle Entwicklung der Anstalt ist die in dieser Periode stattgehabte Vereinigung der beiden Militär-Wittwencassen mit derselben. Die eigentliche Wirkung dieser erst in den letzten Jahren der Periode erfolgten Vereinigung zeigt sich aber erst in dem folgenden Zeitraume und wird dort näher behandelt werden; hier sei nur vorweg bemerkt, dass dieselbe für die Beamten-Wittwen- und Waisen-Ver-

sorgungsanstalt keine günstige gewesen und letzterer nicht unerhebliche Verpflichtungen ohne entsprechende Gegenleistung aufgebürdet hat, ein Umstand, der übrigens zum Theil auch schon in der laufenden Periode hervorgetreten ist, wie die unten gegebene Tabelle 12 näher nachweist. Uebrigens wird nicht zu verkennen sein, dass sich ein solcher ungünstiger Einfluss der Officier-Wittwencasse, welcher das später hervortretende Gesamtergebnis wesentlich wohl allein zuzuschreiben ist, schon zur Zeit der Vereinigung vorhersehen liess. Die Officier-Wittwencasse hatte, wie oben näher ausgeführt, lange Jahre hindurch zur Deckung ihrer regelmässigen Ausgaben eines meist verhältnissmässig erheblichen Zuschusses aus der Staatscasse bedurft und war nur einige Jahre vor der Vereinigung mit ihren gewöhnlichen Einnahmen ausgekommen, aus welchem Umstande man derzeit schloss, dass das erforderliche Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe nunmehr dauernd erreicht sei. Dabei hatte man aber einmal übersehen, dass ein Beharrungszustand für die Casse, welche mannigfachen Aenderungen unterzogen war und auch in ihrer Mitgliederzahl nicht unbedeutend gewechselt hatte, kaum eingetreten sein konnte und ferner den für die finanzielle Weiterentwicklung höchst wichtigen Umstand, dass die Casse für neue Mitglieder geschlossen war und dass es den alten frei stand ohne Weiteres aus der Casse auszuschneiden. Der fehlende Beharrungszustand liess ein weiteres Anwachsen der zu zahlenden Wittwenpensionen voraussehen, zur Erfüllung dieser steigenden Verpflichtung waren aber um so weniger Mittel vorhanden, als schon seit geraumer Zeit seit Zahlung der ausserordentlichen Staatszuschüsse eine Capitalisirung nicht mehr stattgefunden hatte. Daneben kann aber auch der Schluss der Casse und die Möglichkeit des freien Austritts aus derselben nicht hoch genug in Anschlag gebracht werden. Der Casse fehlt in Folge dessen die erforderliche Grundlage, sie ergänzt sich nicht regelmässig von Neuem, wie dieses bei der Errichtung derselben vorgesehen; es werden in derselben ausserdem nur diejenigen verbleiben, für welche der demnächstige Erwerb einer Wittwenpension von Interesse ist, sobald dieses Interesse wegfällt, wird der Austritt erfolgen; aus der Gesamtsumme der Beiträge wird daher demnächst Wittwenpension erwachsen. Gerade für die nächste Folge musste sich dieses in einer die Anstalt stark belastenden Weise geltend machen und auch bei der stets einen längeren Zeitraum umfassenden Entwicklung der bezüglichen Anstaltsverhältnisse über eine Reihe von Jahren ausdehnen. Von vornherein konnte es daher nur sehr zweifelhaft erscheinen, ob die angesammelten Capitalien der Casse zur Erfüllung aller dieser erhöhten Verpflichtungen auf die Dauer ausreichend sein würden.

Das zuletzt Ausgeführte findet auch im Wesentlichen bezüglich eines weiteren Umstandes Anwendung, welcher in dieser Periode hervorgetreten ist und als von besonderer finanzieller Wirkung hervorgehoben zu werden verdient. Es ist dieses die Veränderung in der Stellung der Eisenbahnbeamten, welche in Folge des im Jahre 1870 stattgehabten Verkaufs der sämtlichen bisher staatlichen Eisenbahnen des Landes an eine Privatgesellschaft eintrat. Den bisher staatlichen, nunmehr in den Privatdienst über-

gehenden Eisenbahnbeamten wurde ihre bisherige Stellung und die daraus entspringenden Rechte nach Thunlichkeit gewahrt und daher blieben sie ganz in der früheren Weise Theilnehmer der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt. Selbstredend bezog sich diese Vergünstigung nur auf diejenigen Eisenbahnbeamten, welche zur Zeit des Verkaufs im Staatsdienste gestanden und aus diesem in den Privatdienst übergingen, nicht etwa auch auf die später freiwillig in den Dienst der Braunschweigischen Eisenbahngesellschaft tretenden Beamten. Die — um in dem oben gebrauchten Bilde fortzufahren — innerhalb der grossen Anstalt bestehende kleine Anstalt der Eisenbahnbeamten war daher factisch in derselben Weise wie die Militär-Wittwencassen geschlossen, neue Mitglieder konnte sie nicht mehr erwerben, wurde aber für die alten bis zur Auflösung fortgeführt. Sie ist daher nach dieser Richtung hin in derselben Stellung wie die Militär-Wittwencassen und muss auch auf die finanzielle Entwicklung einen ähnlichen Einfluss ausüben. Dazu kommt dann noch, dass die kleine Anstalt der Eisenbahnbeamten sich erst in der laufenden Periode gebildet und zu verhältnissmässiger Bedeutung emporgeschwungen hatte; sie umfasste 1869 622 Interessenten aber nur 60 Wittwen; sie ist zweifellos noch vollständig in den Entwicklungsjahren, ja noch in dem ersten Theil derselben; eine Capitalbildung kann für dieselbe noch nicht in ausreichender Weise stattgefunden haben, was sich zahlenmässig leider nicht nachweisen lässt; aber trotzdem nicht zu bestreiten sein wird; unter diesen Umständen werden die Mittel der kleinen Anstalt zweifellos nicht ausreichen, die derselben obliegenden und noch entstehenden Verpflichtungen zu erfüllen und wird die so frühzeitige Auflösung der kleinen Anstalt für die grosse Gesamtanstalt nothwendiger Weise mit mehr oder weniger erheblichen Opfern verbunden sein. In umfassenderem Maasse hervortreten konnte diese Wirkung aber auch erst in der folgenden Periode und wird daher dort noch näher zu erörtern sein.

Schliesslich haben wir noch das für die finanzielle Lage der Anstalt wichtigste Ereigniss in der Periode, die Erhöhung der Wittwenpensionen vom Jahre 1873 zu betrachten. Diese Erhöhung, welche durch das Scheffler'sche Gutachten von 1872 veranlasst wurde, hat im Wesentlichen auf Grund falscher Voraussetzungen stattgefunden, was wohl hauptsächlich dadurch möglich wurde, dass dem Oberbaurath Scheffler ein genügend eingehendes Material über die Anstalt nicht vorgelegen hat. Es ist jetzt die Bedeutung der Erhöhung an sich näher ins Auge zu fassen, die Wirkung derselben hat sich ja auch in dieser Periode noch nicht zeigen können. Hierbei ist wiederum ein Zweifaches zu unterscheiden, die Erhöhung der bereits vorhandenen Wittwen- und Waisenpensionen und die Erhöhung der erst in der Zukunft entstehenden. Die Erhöhung der bereits zahlbaren Wittwenpensionen begründet für die Anstalt eine Verpflichtung, der gegenüber ihr ein entsprechendes Aequivalent der Vereinnahmung nicht zugewiesen ist. Der Grund, dass man der Anstalt eine derartige Verpflichtung ohne weitere Entschädigung auferlegen zu können glaubte, lag eben in der nicht zutreffenden Annahme eines Beharrungszustandes und der daraus gezogenen Folgerung der Zwecklosigkeit

weiterer Capitalansammlung und der Zulässigkeit des ganzen Verbrauchs der Jahreseinnahme. Bei der Hinfälligkeit dieser Voraussetzungen steht aber die Verpflichtung ganz in der Luft; die früheren Theilnehmer, deren Wittwen jetzt die erhöhte Pension beziehen, haben nur Beiträge für die früheren geringeren geleistet, der frühere Staatszuschuss war gleicherweise nur dementsprechend bemessen, ein ausserordentlicher Zuschuss ist 1873 mit Rücksicht auf diese Verpflichtung nicht verwilligt worden: der Anstalt ist mithin die Verpflichtung ohne irgend welche Deckung zugewiesen und letztere ist nur in der allgemeinen Bestimmung zu sehen, dass der Staat gesetzlich für ein eventuelles Deficit der Anstalt aufzukommen hat. Dabei ist die finanzielle Bedeutung dieser Erhöhung keineswegs gering anzuschlagen, wenn ihr auch 1873 wenig Beachtung geschenkt ist. Die Gesamtsumme der Wittwen- und Waisenpensionen belief sich im Jahre 1872 auf 78 557 Thlr., eine Erhöhung dieser Summe um die Hälfte stellt sich auf 39 278 Thlr.; berücksichtigt man den Ausfall der Wittwen des ersten Jahres, so würden doch im ersten Jahre nach der Erhöhung immerhin rund 38 000 Thlr. oder 114 000 M. mehr an die vorhandenen Wittwen ausgezahlt sein. Durch die Abnahme der Wittwen würde sich diese Summe von Jahr zu Jahr verringern und wird sich diese Verringerung etwa analog der in der oben gegebenen Tabelle 2, Rubrik 4, vollziehen. Nimmt man dementsprechend an, dass die Abnahme sich etwa auf 60 Jahre vertheilt und dass sie in den ersten Jahren eine verhältnissmässig stärkere ist, so würde sich die der Anstalt auferlegte Verpflichtung zahlenmässig etwa in folgender Weise ausdrücken lassen; es würde ausserordentlich zu zahlen sein in den Jahren

1874 und 1875	je 100 000 bis 110 000 M.
1876 bis 1878	» 90 000 » 100 000 »
1879 » 1881	» 80 000 » 90 000 »
1882 » 1885	» 70 000 » 80 000 »
1886 » 1890	» 60 000 » 70 000 »
1891 » 1895	» 50 000 » 60 000 »
1896 » 1901	» 40 000 » 50 000 »
1902 » 1908	» 30 000 » 40 000 »
1909 » 1915	» 20 000 » 30 000 »
1916 » 1923	» 10 000 » 20 000 »
1924 » 1933	» bis 10 000 M.

Wenn nun auch die vorgenannten Zahlen nur als ungefähre nach Muthmaassung gegriffene anzusehen sind und vielleicht auch im Einzelnen zu hoch eingesetzt sein können, so werden sie doch im Allgemeinen, wie ja auch die unten gegebene Tabelle für den bis jetzt abgelaufenen Zeitraum nachweist, der Wirklichkeit immerhin entsprechen und jedenfalls klarlegen, dass die Erhöhung der bereits zahlbaren Wittwenpensionen ohne entsprechendes Einnahme-Aequivalent für die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt eine, wenn auch vorübergehende, so doch ganz wesentliche und durch einen verhältnissmässig langen Zeitraum sich hinziehende Belastung bedeutet.

Was sodann die Erhöhung der Pension für die in der Folgezeit hinzukommenden Wittwen und Waisen betrifft, so ist diese ja nicht in gleicher Weise ohne Einnahmevermehrung vorgenommen, es sind die Beiträge von 3 % auf 3½ %, der Staatszuschuss von 8 000 Thlr. auf 13 000 Thlr.

erhöht. Bezüglich der im Augenblicke der Pensionserhöhung der Anstalt angehörnden Mitglieder stellt sich zunächst das Verhältniss analog dem bei den Gehaltsaufbesserungen. Die sämtlichen Mitglieder erwerben für ihre Hinterbliebenen einen erhöhten Pensionsanspruch, leisten aber erst vom Augenblicke des Erwerbs an die dementsprechenden Beiträge, für die Vergangenheit haben sie alle zu wenig beigetragen, sie hätten insgesamt ein Sechstel mehr, als sie überhaupt von Anfang an gezahlt haben, an Beiträgen leisten müssen. Die Anstalt hat also auch hier wieder von vornherein eine nicht unerhebliche Einbusse zu leiden. Ungleich wesentlicher ist aber die Bedeutung des Umstandes, dass die Pensionserhöhung zwar unter einer Erhöhung der Einnahmen der Anstalt, aber mit Rücksicht auf die oben hervorgehobene irrige Annahme eines Beharrungszustandes unter einer der Ausgabevermehrung keineswegs entsprechenden, einer anerkanntermaassen viel niedrigeren angenommen ist. Die Erhöhung der Wittwenpension bedingt eine Ausgabe, welche um die Hälfte stärker ist, als die bisherige; dahinter bleibt die Einnahmevermehrung wesentlich zurück. Von der Gesamteinnahme bildeten 1872 die regelmässigen Beiträge ungefähr $\frac{11}{20}$, die Zwölftel $\frac{2}{20}$, der Staatszuschuss $\frac{2}{20}$ und die Zinseneinnahme $\frac{5}{20}$; die Beiträge werden nun um ein Sechstel ihres bisherigen Betrages, also um $\frac{2}{20}$ der Gesamteinnahme erhöht, der Staatszuschuss um $\frac{5}{8}$ seiner früheren Höhe bzw. $\frac{5}{80}$ der Gesamteinnahme; die letztere steigt daher insgesamt nur um $\frac{13}{80}$ also um nicht ganz $\frac{1}{6}$ gegenüber der Ausgabevermehrung von $\frac{1}{2}$. Die hierdurch gegebene dauernde Belastung der Anstalt hat natürlich einen Umfang, gegen welchen die früher berührten nur vorübergehenden wesentlich zurücktreten. Die Bedeutung der in dieser Weise vorgenommenen Pensionserhöhung braucht wohl nicht näher hervorgehoben zu werden, zahlenmässig zeigt sie sich ja erst in der nächsten Periode, wenn man nicht schon das Deficit der Jahre 1875 und 1876 auf ihre Rechnung schreiben muss.

Ueberblicken wir nun nochmals das Vorstehende und fassen die Gesamtergebnisse kurz zusammen, so tritt uns die Entwicklung und der Stand der Anstalt folgendermaassen entgegen. Die äussere Fortbildung und Entwicklung der Anstalt in der laufenden Periode kann nach Lage der Sache im Allgemeinen nur als eine günstige angesehen werden. Wenn auch die von ihr im Jahr 1837 aus der Vorzeit übernommenen Verpflichtungen etwas grösser gewesen sein mögen, als die derzeit auf sie übergegangenen Berechtigungen, so hat sie doch diese Belastung zu tragen vermocht, ohne dass sie dadurch während der in Frage stehenden Periode in der Erfüllung ihrer sonstigen Verpflichtungen irgendwie beschränkt worden wäre und aller Wahrscheinlichkeit nach würde dieser Zustand unter unveränderten Verhältnissen auch der gleiche geblieben sein. Den Beharrungszustand für die Gesamtanstalt in dieser Periode zu erreichen, war nicht möglich wegen der verschiedentlich und in verschiedener Weise vorgekommenen Ausdehnung des Kreises der Anstalt durch Aufnahme neuer Klassen von Mitgliedern; dabei ist nicht ausgeschlossen, dass für den eigentlichen Stamm der Anstalt, d. h. die derselben von Anfang an im Wesentlichen unverändert angehörnden Beamtenklassen, der Beharrungs-

zustand bereits ganz oder doch nahezu eingetreten ist. Folge des noch in den Entwicklungsjahren Verharrens ist einmal eine fortgesetzte Zunahme der Zahl der Wittwen und ferner ein stetiges Steigen der Einnahmen und der Ausgaben. Bezüglich der Letzteren muss das Verhältniss um so mehr an sich als ein normales angesehen werden, als durchweg bis zum Jahre 1872 hin das Steigen der Einnahmen ein höheres ist, als das der Ausgaben, worauf allerdings nicht nur das ständige Anwachsen der Zinseneinnahme, sondern zum Theil auch die Zunahme der Beiträge in Folge von Gehaltsaufbesserungen von Einfluss gewesen ist. Unter diesen Umständen musste der zur Capitalbildung zu benutzende Ueberschuss von Jahr zu Jahr der Höhe nach fortschreiten, die für das Gedeihen der Anstalt nothwendige Capitalansammlung vollzog sich demnach stetig und in der ganzen Periode bis 1872 fast durchweg mit jedem Jahr in zunehmendem Maasse. Man konnte daher nach Lage der Sache sehr wohl annehmen, dass die Anstalt ein erhöhtes Steigen der Ausgaben, wie es bis zur Erreichung des Beharrungszustandes zuversichtlich noch eintreten musste, sehr wohl zu tragen im Stande sein würde. Dann kommt aber eine Reihe von Umständen in Betracht, welche eine besondere ausserordentliche Belastung der Anstalt im Gefolge hatten. Da sind zuerst die wiederholten und bedeutenden Gehaltsaufbesserungen, welche jedesmal den augenblicklichen dadurch betroffenen Mitgliedern einen ihrer Gesamtbeitragsleistung nicht entsprechenden Anspruch auf Wittwenpensionen verschafften und ferner, soweit nicht eine stärkere Erhöhung des Staatszuschusses damit Hand in Hand ging, ein Verschieben des richtigen früheren Verhältnisses zwischen den einzelnen Einnahmequellen zum Nachtheil der Anstalt veranlassten. Ferner gehört hierher die Vereinigung der Officiers-Wittwencasse, welche bei der Unzulänglichkeit ihrer eigenen Mittel nothwendig die der Anstalt in Anspruch nehmen musste. Demnächst erforderte auch der Schluss der Anstalt für die der Zahl nach verhältnissmässig bedeutende Classe der Eisenbahnbeamten nothwendiger Weise grössere Opfer. Dazu kommt dann die Erhöhung der Pensionen für die bereits vorhandenen Wittwen und Waisen, welche 1873 ohne Zuweisung einer entsprechenden Einnahmevermehrung erfolgte. Wenn die durch diese Umstände herbeigeführte ausserordentliche finanzielle Belastung der Anstalt an sich auch nur eine vorübergehende — wobei allerdings zu beachten, dass »vorübergehend« hier durchweg einen Zeitraum von über fünfzig Jahren umfasst — war, so musste sie doch zunächst von ganz hervorragender Bedeutung sein, zweifellos wurde dadurch der gedeihlichen Fortentwicklung der Anstalt ein starkes Hemmniss bereitet. Zu alledem tritt endlich durch die Erhöhung der sämtlichen noch entstehenden Wittwenpensionen ohne Zubilligung eines entsprechenden Aequivalents eine dauernde Belastung hinzu. Die Wirkung dieser Belastung ist schon an sich eine ganz erhebliche — die Ausgaben der Anstalt werden um die Hälfte vermehrt —, sie wird aber dadurch noch wesentlich verstärkt, dass an sich schon ein Steigen der Pensionsausgaben wegen der Fortdauer der Entwicklungsjahre und wegen der bezüglich der Pensionen erst nach und nach hervortretenden Wirkung der Gehaltsaufbesserungen der Beamten zu erwarten stand. Der Zeitpunkt für die

ohne entsprechendes Aequivalent erfolgende Erhöhung der Wittwenpensionen war daher mit Rücksicht auf die allgemeine finanzielle Lage der Anstalt nicht gerade günstig gewählt. Man mag es immerhin für möglich erachten, dass die Anstalt die zuerst bezeichneten ausserordentlichen Belastungen ohne Gefährdung ihres Zweckes überwunden, oder dass sie ohne diese besonderen Belastungen die Erhöhungen der Wittwenpensionen allein zu tragen vermocht; dass aber das Zusammentreffen beider und noch dazu das gleichzeitige Zusammentreffen beider während ihrer Hauptwirkung für die Anstalt ein Ueberwiegen der Ausgaben über die Einnahmen und damit ein den gesetzlichen Bestimmungen gemäss vom Staate zu deckendes Deficit für eine mehr oder weniger längere Reihe von Jahren herbeiführen würde, war immerhin vorauszusetzen. Die bisher zur Capitalansammlung verwandten Ueberschüsse sollten ja fortan schon nach den Scheffler'schen Berechnungen zur Bestreitung der durch die Pensionserhöhung vermehrten Ausgaben dienen, und sie mussten der Natur der Sache nach hiervon zum wesentlichen Theil oder ganz in

Anspruch genommen werden, ja sie reichten eventuell dazu nicht einmal aus. Für die oben erwähnten gerade in der nächsten Folgezeit sich scharf geltend machenden ausserordentlichen Belastungen, sowie für das durch die Entwicklung der Anstalt an sich bedingte Steigen der Pensionszahlungen konnten daher genügende Mittel nicht mehr vorhanden sein und musste das Hervortreten eines Deficits mit einer gewissen Nothwendigkeit über kurz oder lang erfolgen. Schon in den Jahren 1875 und 1876 zeigt sich dieses, in der nachfolgenden Periode wird es sich in noch weit stärkerem Maasse offenbaren. Die ursprünglich und die Hauptzeit hindurch günstige Entwicklung der finanziellen Lage der Anstalt wird sonach in den letzten Jahren der Periode durch ein gesetzliches Eingreifen, welches eben diese günstige Entwicklung überschätzt und die Verpflichtungen der Anstalt dementsprechend in zu starkem Maasse erhöht, und durch verschiedene sonstige ausserordentliche Belastungen der Anstalt wesentlich geändert und in das Gegentheil verkehrt. Die Betrachtung der Folgezeit wird dieses noch näher bekräftigen.

II.

Die Regelung vom Jahre 1876 und der jetzige gesetzliche Zustand.

Nachdem, wie oben näher geschildert, im Laufe der vorigen Periode die Verhältnisse der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt durch eine Reihe von Gesetzen berührt und geändert worden war, erschien es zur Vermeidung von Zweifeln und Widersprüchen im Einzelnen nothwendig, der Anstalt wiederum eine einheitliche gesetzliche Grundlage zu geben. Dieses geschah in dem Gesetz vom 22. März 1876 No. 30, die Verhältnisse der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt betr., welches die jetzt noch gültige gesetzliche Norm für die Anstalt bildet. Der Hauptzweck des Gesetzes war sonach mehr ein redactioneller, es sollten die in einer grösseren Anzahl von Gesetzen zerstreuten Bestimmungen über die Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt zu einem in sich abgeschlossenen einheitlichen Ganzen zusammengeschmolzen werden. Daneben ist jedoch auch eine Reihe von Aenderungen, meist allerdings untergeordneter Bedeutung, vorgenommen. Die wesentlichste dieser Aenderungen betrifft den Staatszuschuss zu den Ausgaben der Anstalt; derselbe ist nicht mehr wie früher dauernd oder für einen längeren Zeitraum gesetzlich festgelegt, sondern ganz von dem Fall des Bedürfnisses abhängig gemacht und wird durch den Staatshaushalts-Etat der betreffenden Finanzperiode aus der Herzoglichen Haupt-Finanz-Casse verwilligt. Der Anstalt ist auf diese Weise die früher vorhandene Möglichkeit, auch den Staatszuschuss zur Capitalansammlung zu benutzen, genommen, denn sie erhält jetzt eben den Staatszuschuss nur und insoweit, als die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Da der Staat stets für sie einzutreten verpflichtet ist, ist sie ja natürlich auf diese Weise ebenso

sicher gestellt, als früher; für den Staat ist aber die Verpflichtung erheblich verschoben, er kann möglicherweise in der Zukunft weit bedeutendere Zuschüsse leisten müssen. Die Anstalt ist noch in den Entwicklungsjahren und müsste bis zum Beharrungszustande noch Capital ansammeln, um später mit gleichen Mitteln alle ihre Verpflichtungen bestreiten zu können; jede Hemmung in der Capitalansammlung hat nothwendig zur Folge, dass für die Deckung der späteren erhöhten Anforderungen geringere Summen vorhanden sind und damit wächst wiederum der vom Staat zu zahlende Zuschuss. Wir werden weiter unten bei Erörterung der finanziellen Verhältnisse der Anstalt auf diese Bestimmung des Gesetzes noch zurückkommen haben. Im Weiteren ist das Verhältniss der nur auf Kündigung angestellten Beamten zur Anstalt für den Fall, dass von der Kündigung Gebrauch gemacht wird, in billigerer, der Sachlage und dem Interesse der Beamten mehr entsprechender Weise neu geregelt worden. Sodann ist die Höhe der Wittwenpension für den Fall, dass ein Pensionirter noch später ein anderes beitragspflichtiges mit Gehalt verbundenes Amt übertragen erhalten hat, anderweit festgesetzt, sowie der Bezug der Wittwenpension nach allen Orten des Deutschen Reichs zugelassen. Endlich sind die Interessenten der früheren Militär-Wittwen-Casse den übrigen Mitgliedern auch insofern gleichgestellt, als sie nach ihrer Pensionirung nur vom Ruhegehalte, und nicht wie bisher vom früheren Gehalte, beizutragen haben; auch ist diesen Interessenten nach oder bei dem Uebertritt in den Dienst eines anderen deutschen Staates der Wiedereintritt oder das Verbleiben in der Anstalt gestattet. Ab-

gesehen von diesen Aenderungen hat das Gesetz eine andere Gestaltung namentlich eine erhebliche Ausdehnung bekommen, da alle die für die einzelnen aufgenommenen Beamtenkategorien speciell getroffenen Vorschriften demselben einzuverleiben waren.

Wenn nun auch die gesetzliche Regelung vom Jahre 1876 in dem seitdem verstrichenen Zeitraume eine Aenderung durch ein direct und ausschliesslich sich auf die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt beziehendes Gesetz nicht erfahren hat, so ist doch in die Verhältnisse der Anstalt sowohl durch die anderweitige Braunschweigische Gesetzgebung wie auch durch Reichsgesetzgebung nicht unerheblich eingegriffen. Zunächst wird hier das Braunschweigische Gesetz vom 15. April 1889 zu nennen sein, durch welches für die Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche eine eigene Landes-Pfarrwittwen-Versorgungs-Anstalt errichtet wird. Das Bedürfniss, die Versorgungsverhältnisse der Prediger-Wittwen und Waisen sachgemässer und ausreichender zu gestalten, hatte sich, wie aus dem früher Ausgeführten zur Genüge hervorgeht, schon seit geraumer Zeit geltend gemacht, Landesregierung und Ständeversammlung hatten es, allerdings regelmässig unter dem Anerkennen der Schwierigkeit einer befriedigenden Lösung, wiederholt hervorgehoben und Abhülfe ins Auge gefasst. Nachdem man sich klar geworden, dass nur mit einer durchgreifenden Aenderung der gewünschte volle Erfolg zu erreichen, ging man daran, eine eigene Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt ins Leben zu rufen; damit ist dann die Theilnahme der Prediger an der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt abgeschlossen. Diejenigen Prediger, welche bisher Theilnehmer der letzteren Anstalt gewesen, traten aber nicht sofort mit einem Schlage zu der neuen Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt über, sondern erst allmählig bei ihrer etwaigen Versetzung auf eine andere Pfarrstelle. Für die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt entsteht mithin ein eine längere Reihe von Jahren dauernder Uebergangszustand, in welchem die Zahl der ihr angehörenden Prediger fortgesetzt abnimmt bis zum gänzlichen Verschwinden derselben. Dementsprechend hat sie auch nicht nur die bereits zahlbaren Pensionen für die Prediger-Wittwen und Waisen für die Folge fortzuentrichten, sondern muss auch für diejenigen Wittwen- und Waisenpensionen, welche durch den Tod eines als ihr Theilnehmer

versterbenden Predigers neu entstehen, aufkommen. Dieses Verhältniss wird natürlich namentlich für die nächste Zeit für die Anstalt von nicht unerheblicher finanzieller Bedeutung sein, worauf unten noch näher einzugehen ist. Aehnlich wie bezüglich der Prediger ist auch für die Postbeamten, welche ja neben ihrer Eigenschaft als Landesbeamte auch die als mittelbare Reichsbeamte haben, eine Aenderung durch die Reichsgesetzgebung über die Wittwenpensionsverhältnisse der Reichsbeamten herbeigeführt. Für dieselben hört zunächst der bisherige Zwang der Angehörigkeit zur Braunschweigischen Landesanstalt allgemein auf und erhalten die bisherigen Theilnehmer, sofern sie Reichs-Wittwen- und Waisengeldbeiträge leisten, das Recht, aus der Anstalt auszuseiden. Bei Aufhebung der anfangs vom Reich geforderten Wittwen- und Waisengeldbeiträge wird die Theilnahme an der Landesanstalt im Wesentlichen auf ein bestimmtes Maass, welches nicht mehr überschritten werden kann, beschränkt. Für die Postbeamten ist daher die Anstalt ebenmässig factisch als geschlossen anzusehen, auch sie werden allmählig aus der Theilnehmerzahl der Anstalt verschwinden. An sich weniger wirkungsvoll haben sich die zum Theil auf der gleichen Gesetzgebung beruhenden Veränderungen für die früheren Interessenten der Militär-Wittwencasse gestaltet, da diese Cassen ja schon vorher ihren Abschluss gefunden hatten. Die reichsgesetzliche Vorschrift, dass die Landes-Militär-Wittwencassen neue Mitglieder nicht mehr aufnehmen dürfen, war sonach hier ohne Belang; es erzielte nur die weitere Bestimmung eine Wirkung, dass eine Erhöhung der bei der Landes-Militär-Wittwencasse versicherten Pensionen derjenigen Mitglieder, welche Reichs-Wittwen- und Waisengeldbeiträge zu entrichten haben, nicht ferner zulässig sein soll. In der mit dem Königreich Preussen dicht vorher abgeschlossenen Militär-Convention war übrigens den in Folge dessen in Preussische Dienste übertretenden Officiern etc., welche Mitglieder der Braunschweigischen Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt waren, ihr ferneres Theilnahmerecht gewahrt worden. Schliesslich muss hier noch bemerkt werden, dass in den Verhandlungen der Landesversammlung die Verhältnisse der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt wiederholt behandelt wurden, wozu namentlich die sich stets erhöhenden Zuschüsse der Staatskasse zu den Ausgaben der Anstalt eine fortgesetzte Veranlassung gaben.

III.

Die statistische Erhebung vom Jahre 1889.

In den Verhandlungen der Landesversammlung war wiederholt in Antrag gebracht worden, verschiedene Einzelbestimmungen des Reichsgesetzes vom 20. April 1881, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Reichsbeamten der Civilverwaltung, in die Braunschweigische bezügliche Gesetzgebung einzufügen; es handelte sich dabei einmal um den § 5 No. 4 und 5, nach welchem die Verpflichtung zur Entrichtung von Wittwen- und Waisengeldbeiträgen erlischt: für den Beamten, welcher weder verheirathet ist, noch unverheirathete eheliche oder durch nachfolgende Ehe legitimirte Kinder unter 18 Jahren besitzt, mit dem Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand, für den pensionirten Beamten mit dem Ablauf desjenigen Monats, in welchem die vorbezeichnete Voraussetzung zutrifft, dann um den § 12, welcher das Wittwengeld für diejenigen Wittwen, welche mehr als 15 Jahre jünger sind als der verstorbene Beamte, für jedes angefangene Jahr des Altersunterschiedes über 15 bis einschliesslich 25 Jahr um $\frac{1}{20}$ kürzt, um § 13, Absatz 1, nach welchem eine Wittve keinen Anspruch auf Wittwengeld haben soll, wenn die Ehe mit dem verstorbenen Beamten innerhalb dreier Monate vor seinem Ableben geschlossen und die Eheschliessung zu dem Zweck erfolgt ist, um der Wittve den Bezug des Wittwengeldes zu verschaffen, und endlich um § 13, Absatz 2, welcher der Wittve und den hinterbliebenen Kindern eines pensionirten Beamten aus solchen Ehen, welche erst nach der Versetzung des Beamten in den Ruhestand geschlossen sind, gleichfalls den Anspruch auf Wittwen- und Waisengeld entzieht. Vor definitiver Beschlussfassung über diese Anträge hielt Herzogliches Staatsministerium es für erforderlich, zunächst eine thatsächliche Grundlage für die Beurtheilung der Tragweite der fraglichen gesetzlichen Vorschriften durch eine statistische Erhebung zu schaffen, und dehnte dann den Kreis und Zweck dieser Erhebung, welche doch an sich schon eine weitergehende, nur durch specielle Anfrage zu erreichende Klarstellung über die einzelnen Verhältnisse der vorhandenen Bezugsberechtigten der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt und den an dieser theilnehmenden pensionirten Beamten erforderte, noch weiter aus, um eventuell auch für eine durchgreifende gesetzliche Aenderung einen gleichen Anhalt zu haben. Die Urerhebung sollte danach so eingerichtet werden, dass auf Grund des von ihr beschafften Materials eine vollständige Vergleichung der Bezüge, welche jetzt die Wittwen- und Waisen der Braunschweigischen Anstalt nach Maassgabe der bestehenden Gesetzgebung haben, mit denjenigen, welche sie unter Zugrundelegung der Grundsätze des Reichsge-

setzes vom 20. April 1881 haben würden, möglich sein würde. Diesem Zweck entsprechend wurden für Beschaffung des Urmaterials im statistischen Bureau des Herzoglichen Staatsministeriums die in Anlage A und B beigefügten beiden Fragebogen entworfen und vom Staatsministerium genehmigt, der eine die Verhältnisse der Bezugsberechtigten betreffend mit zehn Fragen, der andere die beitragspflichtigen pensionirten Beamten betreffend mit fünf Fragen. Die Formulare der beiden Bogen wurden zuerst vermitteltst Ministerial-Rescripts vom 4. Mai 1889 dem Herzoglichen Finanz-Collegium mitgetheilt, um auf Grund der bezüglichen Etats, Verzeichnisse und Acten desselben diejenigen Persönlichkeiten, auf welche sich die Erhebung zu erstrecken haben würde, festzustellen und die Namen derselben je in einem Bogen einzutragen; gleichzeitig hat Herzogliches Finanz-Collegium auch die letzte Frage des Fragebogens der Bezugsberechtigten über das letzte pensionsfähige Einkommen bzw. die Pension des verstorbenen Ehemannes oder Vaters der Bezugsberechtigten durchweg auf Grund seiner Acten beantworten lassen. So vorbereitet wurden die Fragebogen durch Ministerial-Rescript vom 16. Juli 1889 den Herzoglichen Kreisdirectionen bzw. der Herzoglichen Polizeidirection Braunschweig zur Besorgung der weiteren und vollständigen Ausfüllung und demnächstigen Einsendung an das statistische Bureau überwiesen, ohne dass denselben bezüglich der Ausfüllung selbst weitere Vorschriften gemacht wären. Die letztere ist sodann durchweg durch die Unterbeamten der genannten Landesverwaltungsbehörden, sowie durch die Gemeindebehörden auf Grund von Nachfragen bei den in Frage kommenden Bezugsberechtigten bzw. Pensionären geschehen. Die fertig ausgefüllten Fragebogen gingen im Monat September 1889 beim statistischen Bureau wieder ein, die Gesamtzahl belief sich auf 2085, 1373 Bogen über die Bezugsberechtigten und 712 Bogen über die Pensionäre. Schon bei oberflächlicher Betrachtung zeigte sich jedoch, dass das auf diese Weise gewonnene Urmaterial nur ein recht mangel- und lückenhaftes war, mit welchem sich ein durchweg genaues zahlenmässiges Bild nicht darstellen lassen werde; noch mehr trat dieses bei der weiteren Bearbeitung hervor. Die genauen Angaben, welche die Fragebogen zur Ermöglichung der beabsichtigten Berechnungen fordern mussten, waren von den Bezugsberechtigten nicht zu erbringen gewesen; namentlich hatte gerade die wichtigste Frage über den Tag der Anstellung des in Betracht kommenden Beamten ganz besondere Schwierigkeiten geboten und war meist ungenügend beantwortet worden. Den Bezugsberechtigten, der Natur der Sache

nach meist Wittwen in höheren Jahren, fehlte vielfach schon die Kenntniss von den ersten amtlichen Stellen der verstorbenen Beamten, ebenso natürlich das genaue Anfangsdatum derselben; noch mehr Schwierigkeit hatte für sie ferner die Entscheidung der Frage, welches Amt dann als die eigentliche erste Anstellung anzusehen sei; namentlich trat dieses bei den Subalternbeamten hervor, wo in der Mehrzahl der Fälle noch die Anrechnung der Militärdienstzeit hinzukam und Verschiedenheit in den Angaben und Ungenauigkeiten veranlasste. Eine Einbesserung bezw. Nachtragung des Anstellungsdatums ist sodann aus den Acten des Herzoglichen Staatsministeriums hauptsächlich den Personalacten der einzelnen Beamten versucht worden; dieselbe war aber nur mit Schwierigkeiten und unter Aufwendung grösserer Arbeit zu bewerkstelligen und gelang auch nur für den kleineren Theil der in Frage kommenden Beamten; die Acten speciell für die Subalternbeamten waren nur noch theilweise vorhanden, für die Bürger- und Landschullehrer, die städtischen Beamten, die Militär-Theilnehmer etc. konnten ja schon ohnehin die Ministerialacten die erforderlichen Daten wegen der fehlenden Mitwirkung des Herzoglichen Staatsministeriums bei der Anstellung nicht enthalten. Neben der Frage nach der Anstellung waren aber auch andere Fragen häufig nicht mit der erforderlichen Vollständigkeit beantwortet worden. Als ein einer weiteren Betrachtung zu Grunde zu legendes brauchbares Material blieben sonach trotz der thunlichsten Vervollständigung von den 1373 Bogen über die Bezugsberechtigten nur insgesamt 750 also etwas über die Hälfte übrig. Es muss hierbei aber ausdrücklich hervorgehoben werden, dass diese 750 Bogen keineswegs auf Grund einer Auswahl aus dem Gesamtmateriale ausgeschieden sind; es handelt sich vielmehr dabei nur um diejenigen, für welche sich eine vollständige Beantwortung der Fragen hat ermöglichen lassen. Factisch sind allerdings gerade gewisse Beamtenkategorien besonders betroffen worden; so hat eine grössere Zahl von Wittwen solcher Subalternbeamten, welche meist aus dem Unterofficierstande hervorgehen, wie z. B. Steueraufseher, Polizeisergeanten, Gerichtsunterbediente, Bahnschaffner etc. unberücksichtigt bleiben müssen, weil die gesammte Dienstzeit dieser Beamten nicht genau zu ermitteln war; in den Fragebogen war vielfach lediglich die Anstellung im Civildienste angegeben, obwohl die Militärdienstzeit mit hätte in Anrechnung gebracht werden müssen, welcher Mangel sich aus den Ministerialacten etc. nur in einzelnen Fällen ergänzen liess. Gerade dieser Umstand ist aber von nicht zu übersehenden Folgen begleitet; es fehlen in dem zu benutzenden Material vorzugsweise die Wittwen der geringer besoldeten Beamten; bei einer Berechnung der Durchschnittsbezüge werden sich mithin Beträge ergeben, welche den wirklichen gegenüber zu hoch gegriffen sind. Mit Rücksicht auf die Eigenart ihrer in Frage kommenden Verhältnisse, welche sich mit dem vorhandenen Materiale gleichfalls zahlenmässig nicht näher feststellen liess, sind ferner durchweg nicht mit aufgenommen die Wittwen von Geistlichen, welche nur von einem Theil ihres Einkommens zu der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt Beiträge geleistet haben, ausserdem gleichfalls die Wittwen von Physicis, Officieren und Unterofficieren etc. Die so-

eben erörterten Mängel, welche sich bei den Fragebogen über die Verhältnisse der Bezugsberechtigten gezeigt haben, sind nun nicht auch bei den Fragebogen über die pensionirten Beamten hervorgetreten. Hier waren einmal die Fragen einfacher und leichter zu beantworten, ihre Zahl geringer; ausserdem bürgte die Persönlichkeit der Auskunftgebenden — der Beamte selbst, nicht deren Wittwen etc. — für eine bessere Ausfüllung. Diese Fragebogen haben daher auch sämmtlich benutzt werden können, ohne oder nur mit geringer Vervollständigung.

Das vorhandene brauchbare Material ist sodann einer weiteren Bearbeitung unterzogen worden. Es ist auf Grund desselben eine vergleichende Uebersicht bezüglich der Bezüge der Wittwen und Waisen der mit Namen aufgeführten 750 verstorbenen Braunschweigischen Staatsbeamten etc. zusammengestellt und in dieser zunächst der Betrag der Wittwenpension und des Waisengeldes nach der derzeitigen Braunschweigischen Landesgesetzgebung in einer Summe aufgeführt, also dasjenige, was jetzt die Braunschweigische Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt factisch leistet; daneben ist dann berechnet, was die Wittwen- und Waisen der Betreffenden unter Zugrundelegung der bezüglichlichen reichsgesetzlichen Vorschriften, der Reichsgesetze vom 20. April 1881 und vom 21. April 1886, zu beziehen haben würden, und zwar unter Trennung der Wittwenpension und des Waisengeldes in doppelter Weise, nämlich, da das Reichsgesetz das Wittwen- und Waisengeld vollständig auf den eventuellen Ruhegehalt des verstorbenen Beamten basirt und nach diesem berechnet, dementsprechend einmal unter Zugrundelegung eines ganz nach reichsgesetzlichen Bestimmungen berechneten Ruhegehaltes, und ferner unter Zugrundelegung des nach der Braunschweigischen Gesetzgebung festgestellten Ruhegehaltes.

Die Wittwen und Waisen der in Betracht genommenen 750 Beamten beziehen danach nach den jetzt gültigen Braunschweigischen Bestimmungen insgesamt die Summe von 451 744 M. an Pension, nach den reichsgesetzlichen Vorschriften bei Zugrundelegung der Reichspension 343 409 M. (darunter 17 703 M. Waisengeld) also 108 335 M. weniger, und nach den reichsgesetzlichen Vorschriften bei Zugrundelegung der Braunschweigischen Pension 418 599 M. (darunter 23 852 M. Waisengeld) also nur 33 145 M. weniger. Die letzte der drei Zahlen wird im Folgenden nicht weiter berücksichtigt werden, da es sich ja doch im vorliegenden Falle wesentlich oder lediglich um eine Vergleichung der Braunschweigischen und der eventuellen Reichsleistungen handelt, die letzteren doch aber nur da klar zu Tage treten, wo auch die reichsgesetzlichen Vorschriften über die Pensionirung zu Grunde gelegt sind; aus einer Vergleichung der letzten beiden Zahlen würde sich nur folgern lassen, dass die Braunschweigischen Pensionsgrundsätze günstiger als die des Reiches sind, wobei aber wiederum ein demnächst bezüglich der zweiten Zahl hervorzuhebender Umstand (günstigere Dienstzeitberechnung des Reiches) nicht ausser Acht zu lassen ist. In Betreff der beiden ersten Zahlen, welche im Folgenden kurz als Braunschweigische und als Reichspension bezeichnet werden sollen, ist immer bei weiteren Schlussfolgerungen im Auge zu behalten, dass sie nur aus einem unvollständigen Ma-

terial entstanden und wesentlich durch Berechnungen ergänzt werden müssen.

Die Braunschweigische Pension beläuft sich für die 750 betrachteten Fälle auf insgesamt 451 744 M., es kommen mithin davon auf jeden einzelnen im Durchschnitt 602,32 M.; rechnet man die 14 Fälle mit zusammen 2017 M. Pension, in welchen es sich nur um Waisen handelt, ab, so stellt sich für die übrigen 736 Bezugsberechtigten sogar eine Durchschnittspension von 611,04 M. heraus. Oben ist schon hervorgehoben, dass das Material der Erhebung sich wesentlich nur für die höheren Pensionen habe vervollständigen lassen; dieses beweist die nachstehende Vergleichung mit den vollen Zahlen des Jahres 1887 näher. Im Jahre 1887 war die Gesamtzahl der Bezugsberechtigten einschliesslich der Waisen 1405, der Gesamtbezug derselben 623 147 M.; auf jeden Bezugsberechtigten entfallen mithin durchschnittlich 443,50 M. gegenüber den 602,32 M. oben; lässt man die Waisen mit ihren Bezügen, nämlich 70 mit 13 262 M., fort, so verbleiben 1335 Bezugsberechtigte mit 609 835 M., der Durchschnitt für jede bezugsberechtigte Wittwe beträgt dann 457 M. gegenüber den obigen 611,04 M.; die Differenz ist mithin eine nicht unbedeutende. Da die Braunschweigische Wittwenpension 24 % des pensionsfähigen Dienst Einkommens der Beamten ausmacht, so ist dieses pensionsfähige Dienst Einkommen bei den verstorbenen Ehemännern etc. der 750 Wittwen etc. gewesen $\frac{451\,744 \cdot 100}{24} = 1\,882\,266 \text{ M.};$

dabei sind allerdings die wenigen Fälle, in welchen es sich um Waisen handelt, nicht besonders berücksichtigt; die dadurch begründete Differenz schlägt aber nicht zu Buche.

Die Reichspension würde für die 750 Bezugsberechtigten insgesamt 343 409 M. betragen, für den Einzelnen im Durchschnitt ohne specielle Berücksichtigung der Waisen 457,88 M., sie ist sonach insgesamt um 108 355 M., für den Einzelnen um 144,44 M. geringer und macht nur 76 % der Braunschweigischen Pension aus. Hierbei ist aber noch, wie oben schon angedeutet, ein wichtiger Umstand in Rechnung zu bringen. Aus dem vorhandenen Erhebungsmateriale liess sich nur die erste Anstellung der verstorbenen Beamten feststellen und ist daher auch nach dieser die der Berechnung des Wittwen- und Waisengeldes wiederum zu Grunde zu legende reichsgesetzliche Pension berechnet worden; nun werden aber die Dienstjahre für die Reichspension nicht wie für die Braunschweigische Pension von der ersten Anstellung, sondern schon von der ersten Beidigung auf den Dienst an gezählt; hierdurch stellt sich aber nach Reichsrecht die Dienstzeit regelmässig länger, unter Umständen erheblich länger und ist dieser Unterschied bei Ermittlung der vorgedachten Zahlen noch nicht berücksichtigt. Wegen der dafür erforderlichen zu speciellen Prüfung der Verhältnisse der in Frage kommenden Beamten liess sich dieser Unterschied durch die Erhebung nicht klarlegen, durch Berechnung ist derselbe jedoch wenigstens annähernd festzustellen. Nimmt man an, dass nach der reichsrechtlichen Berechnungsweise im Durchschnitt nur eine um drei Jahre längere Dienstzeit in Ansatz zu bringen sein würde und sieht von den wohl selteneren Fällen ab, in welchen ein Wachsen in der Pension deshalb, weil der verstorbene Ehegatte das 40. Dienstjahr

bereits vollendet und das Pensionsmaximum von $\frac{45}{60}$ erreicht hatte, nicht mehr möglich sein würde, so müsste das pensionsfähige Dienst Einkommen der Beamten, nach welchem das Wittwen- und Waisengeld festzustellen, um $\frac{3}{60}$ (für jedes Dienstjahr um $\frac{1}{60}$), das Wittwen- und Waisengeld selbst aber um $\frac{1}{3}$ dieses Pensionszuwachses, also um $\frac{1}{3}$ von $\frac{3}{60}$ oder um $\frac{1}{60}$ des pensionsfähigen Dienst Einkommens wachsen. Benutzt man zu der ferneren Berechnung den schon oben festgestellten Betrag des gesamten pensionsfähigen Dienst Einkommens der 750 verstorbenen Beamten nach den Braunschweigischen Pensionsgrundsätzen zu 1 882 266 M., so würde der in Rechnung zu ziehende Zuwachs des Wittwen- und Waisengeldes den sechzigsten Theil dieser Summe oder rund 31 371 M. betragen; dementsprechend würde das Wittwen- und Waisengeld nach Reichsrecht, die Reichspension auf 474 780 M. insgesamt oder 499,71 M. im Durchschnitt für den Einzelnen steigen.

Betrachtet man die Sätze der Braunschweigischen Pension und die der Reichspension im Einzelnen, wie sie durch die Erhebung für jeden Fall festgestellt sind, und vergleicht dieselben mit einander, so ergibt sich hierbei für die Unterschiede im Einzelnen kein festes Princip, abgesehen von einigen durch ganz bestimmte entgegengesetzte Gesetzschriften bedingten Verschiedenheiten. Nach Maassgabe des obigen Gesamtergebnisses muss ja die Braunschweigische Pension auch für die Einzelnen im Allgemeinen höher sein, als die Reichspension. Dieses Höhersein ist aber ebensowenig ein gleichmässiges wie ein ohne Ausnahme durchgängiges; nur in 596 Fällen von den 750 überragt die Braunschweigische Pension die Reichspension, in 154 ist dagegen die letztere höher. Dabei ist der Unterschied nach beiden Seiten hin oft ein verhältnissmässig bedeutender; aber ebenso wie die Braunschweigische Pension die Reichspension in Einzelfällen stark übertrifft, übertrifft auch die letztere wieder die erstere in gleich hohem Maasse, wenn auch natürlich nicht in so vielen Fällen. Die relative Höhe der Pension ist hierbei ganz ohne Einfluss; der Unterschied zwischen Braunschweigischer und Reichspension zeigt sich sowohl bei hohen wie bei niedrigen Pensionen; eine hohe Braunschweigische Pension wird nach den reichsgesetzlichen Grundsätzen ebenso verringert, wie auch eine niedrige, und andererseits werden sowohl hohe wie niedrige Braunschweigische Pensionen durch die bezüglichen Reichspensionen übertroffen. Die Verschiedenheit wird auch nicht durch den Umstand, ob Waisengeld mitzubeziehen ist oder nicht, veranlasst; auch in den Fällen, in welchen gleichzeitig Waisengeld in Frage kommt, ist nach demselben Verhältniss bald die Braunschweigische, bald die Reichspension die höhere. In einer grossen Zahl von Fällen ist der Unterschied nur ein geringer, in vielen ist er aber auch ein verhältnissmässig bedeutender; auch nach dieser Seite zeigt sich kein durchgängiger Einfluss der relativen Höhe der Pension, nur eben in sofern als nach der Braunschweigischen Gesetzgebung kein Maximalsatz für die Höhe der Pension überhaupt festgesetzt ist, wie nach den Reichsgesetzen. Nach Reichsrecht ist die äusserste Maximalgrenze für Wittwengeld 1600 M., welcher Betrag nur durch Hinzukommen von Waisengeld bis zur Höhe der even-

tuellen Pension des verstorbenen Beamten überschritten werden kann; die Reichspension beträgt dementsprechend nur in 4 Fällen mehr als 1600 M., das Maximum darunter ist 1920 M.; in einem dieser Fälle kommt neben dem Waisengeld das höchste Wittwengeld mit 1600 M. zur Berechnung, ausserdem findet sich dieses höchste Wittwengeld allein noch 9 mal; insgesamt in 73 Fällen steigt die Reichspension über 1000 M. Die Braunschweigische Pension ohne die durchgreifende Höhegrenze des Reichsgesetzes steigt bis zu 3326 M., ohne dass dabei Waisengeld mit in Rechnung käme, und hat diesen Satz einmal; das höchste Reichswittwengeld von 1600 M. wird insgesamt in 20 Fällen von der Braunschweigischen Pension übertroffen, 10 davon stehen über 2000 M.; die Nichtfixirung des Pensionsmaximums übt sonach auf verhältnissmässig wenig Fälle einen Einfluss aus; über 1000 M. erhebt sich die Braunschweigische Pension 104 mal. In gleicher Weise wie die Maximalgrenze ist auch die Minimalgrenze des Wittwengeldes reichsgesetzlich fixirt, nämlich auf 160 M., die Braunschweigische Gesetzgebung kennt auch diese Fixirung nicht. Bei der Reichspension zeigt sich das Minimum von 160 M. in 126 Fällen; unter 200 M. bleibt dieselbe einschliesslich der vorgedachten Fälle also insgesamt 187 mal, unter 500 M. 516 mal. Die Braunschweigische Pension erreicht das reichsgesetzliche Minimum in 26 Fällen nicht, hält sich insgesamt in 64 Fällen unter 200 M. und in 406 Fällen unter 500 M. Aus dem Vorstehenden erhellt, dass die Verschiedenheit der Braunschweigischen und der Reichspensionssätze im Einzelnen wesentlich nur auf dem verschiedenen Grundprincip, welches beide für die Pensionsfestsetzung haben, beruht, und dass daneben nur die im Reichsgesetz gegebene Fixirung der Maximal- und der Minimalgrenze der Pension von einigem Einfluss sich zeigt.

Nunmehr würde die Wirkung der reichsgesetzlichen Einzelvorschriften, deren Einfügung in die Braunschweigische Gesetzgebung von der Landesversammlung in Antrag gebracht worden war, näher ins Auge zu fassen sein. Hier kommt zunächst der § 12 des Reichsgesetzes vom 20. April 1881 in Frage, nach welchem denjenigen Wittwen, welche mehr als 15 Jahre jünger als der verstorbene Beamte sind, das Wittwengeld für jedes angefangene Jahr des Altersunterschiedes über 15 bis einschliesslich 25 Jahre um $\frac{1}{20}$ gekürzt werden soll. Durch diese Bestimmung werden von den 750 behandelten Fällen 128 berührt und zwar haben für dieselben bei der Berechnung der Reichspension insgesamt 23 305 M. abgesetzt werden müssen, so dass also die dadurch herbeigeführte Minderung des Wittwengeldes 25,4 % beträgt. Noch grösser wird die Wirkung, wenn man die qu. Vorschrift bei der Braunschweigischen Pension in Anwendung bringt, die dadurch veranlassten Abzüge würden sodann auf 28 308 M. steigen. Ferner gehört hierher der Absatz 1 des § 13 des angeführten Reichsgesetzes; derselbe schliesst die Wittwen von einem Ansprüche auf Wittwengeld aus, wenn die Ehe mit dem verstorbenen Beamten innerhalb dreier Monate vor seinem Ableben geschlossen und die Eheschliessung zu dem Zwecke erfolgt ist, um der Wittwe den Bezug des Wittwengeldes zu verschaffen. Die finanzielle Wirkung dieser Gesetzesanordnung wird niemals eine irgend wie bedeu-

tende sein können, da die Eheschliessungen, welche betroffen werden immer nur sehr selten sein werden. Unter den 750 Bezugsberechtigten, auf welche sich die Erhebung erstreckte, waren nur 3, deren Ehegatten innerhalb dreier Monate nach der Eheschliessung verstorben sind; ob bei denselben oder einem Theil derselben die zweite Voraussetzung des Reichsgesetzes, Eheschliessung lediglich zum Zwecke der Sicherung des Wittwengeldes, vorhanden, erschien unwahrscheinlich, hat aber nicht genau festgestellt werden können; die drei in Frage kommenden Wittwen beziehen eine Braunschweigische Pension von 1584 M.; der Wegfall derselben könnte daher einen finanziellen Ausschlag nicht geben. Endlich haben nach § 13 Abs. 2 des fr. Reichsgesetzes keinen Anspruch auf Wittwen- und Waisengeld die Wittve und die hinterbliebenen Kinder eines pensionirten Beamten aus solcher Ehe, welche erst nach Versetzung des Beamten in den Ruhestand geschlossen ist. Die dadurch herbeigeführte Minderung an dem Gesamtbetrage des Wittwen- und Waisengeldes ist wiederum etwas erheblicher; von den 750 Bezugsberechtigten werden 15 dadurch betroffen; an Reichspension würden dieselben 5746 M. beziehen, an Braunschweigischer beziehen sie factisch 5940 M.

Hieran reiht sich sachgemäss die Betrachtung eines weiteren Unterschiedes zwischen der Braunschweigischen und der Reichs-Pensionsgesetzgebung, welcher, an sich von keiner grossen weder principiellen noch finanziellen Bedeutung, doch zahlenmässig mit nachgewiesen ist, obwohl ein Antrag der Landesversammlung in Bezug auf ihn nicht vorlag. Derselbe betrifft die allerdings an sich ja schon nach verschiedenen Grundsätzen geregelten Waisenpensionen; das Reichsgesetz gewährt sein Waisengeld nur bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, das Braunschweigische seine nur eventuell eintretende Pension bis zum vollendeten 20. Lebensjahre. In der Reichspension macht der Umstand, dass zwei Lebensjahre weniger gerechnet werden, insgesamt bei den 6 in Frage kommenden Fällen einen Ausfall von 605 M. aus, für die Braunschweigische Pension würde derselbe dagegen 1228 M. betragen, gross ist daher die Bedeutung des fraglichen Unterschiedes nicht.

Endlich ist noch die finanzielle Wirkung der Bestimmung des § 5 des Reichsgesetzes unter 4 und 5 näher klaggestellt, nach welcher die pensionirten Beamten, sofern oder sobald sie weder verheirathet sind, noch unverheirathete eheliche oder durch nachfolgende Ehe legitimirte Kinder unter 18 Jahren besitzen, von der Verpflichtung zur Entrichtung der Wittwen- und Waisengeldbeiträge befreit sind. Um nach dieser Richtung das Material für die erforderlichen Feststellungen zu schaffen, war die Ausfüllung des zweiten Fragebogens über die pensionirten Beamten angeordnet worden. Wie schon oben hervorgehoben, ist in dieser Beziehung das durch die Erhebung gelieferte Urmaterial ohne die sonst hervorgetretenen Mängel geblieben und hat mithin ein vollständiges Resultat liefern können. Danach steuern zu der Braunschweigischen Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt zur Zeit der Erhebung insgesamt 712 pensionirte Beamte bei, dieselben bilden von den zu Ende des Jahres 1888 überhaupt beitragspflichtigen Theilnehmern 16,8 %. Von den 712 pensionirten Beamten fallen wiederum 200 unter die oben bezeichnete gesetzliche Vorschrift, würden mithin

nach Maassgabe dieser von den Beiträgen zur Anstalt frei sein; diese 200 eventuell nicht mehr beitragspflichtigen pensionirten Beamten bilden 28,1 % der jetzt theilnehmenden Pensionäre und 4,7 % der sämtlichen beitragspflichtigen Theilnehmer. Die von den 200 Pensionären bislang gezahlten Beiträge belaufen sich nach dem Erhebungsergebnis auf rund 12 960 M. Für die Anstalt würde daher die Wirkung der fraglichen Gesetzesvorschrift die sein, dass 200 Theilnehmer mit 12 960 M. Beiträgen in Wegfall kommen würden, und zwar Theilnehmer, denen gegenüber die Anstalt höchstwahrscheinlich niemals irgend welche Verpflichtungen zu erfüllen haben würde.

Nachdem nunmehr alle bezüglichlichen Einzelfragen erörtert, soll noch das Gesamtergebnis einer Vergleichung der Braunschweigischen Pension mit der Reichspension näher betrachtet werden, so weit solches auf Grund des Erhebungsmaterials und des Vorstehenden zu ermöglichen ist. Hierbei handelt es sich um ein zweifaches, nämlich einmal um die Leistungen der Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt an die Wittwen und Waisen und ferner um die Leistungen der berechtigten und verpflichteten Theilnehmer an die Anstalt.

Was zunächst die Leistungen an die Wittwen und Waisen anlangt, so sind dieselben für die 750 Bezugsberechtigten der Erhebung nach Braunschweigischer Pension 451 744 M., nach Reichspension 343 409 M. Berücksichtigt man nun aber den schon oben berührten Umstand, dass die Reichsbeamtenpension von einem früheren Zeitpunkt als in der Erhebung angenommen beginnt und rechnet auf diese Verfrühung im Durchschnitt nur 3 Jahre — ein Zeitabschnitt, welcher nach Lage der Sache keineswegs als ein zu grosser, wohl eher als ein zu kurzer angesehen werden kann, — so steigt die Reichspension auf 374 780 M. und die Differenz zwischen ihr und der Braunschweigischen Pension vermindert sich von 108 335 M. auf 76 964 M. Diese 76 964 M. repräsentiren aber nur den Betrag der Braunschweigischen Mehrleistung für die 750 berücksichtigten Bezugsberechtigten; der Gesamtbetrag der Leistungen der Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt war aber für das Jahr 1887 auf 623 147 M. festgestellt; diese Zahl stimmt ebenso wie die in den unten noch zu gebenden Tabellen aufgeführten Zahlen der einzelnen Beamtenkategorien nicht ganz mit denen der späteren Statistik überein, sie waren innerhalb des Jahres ausgezogen und beruhen nicht auf den Rechnungen, wie die Zahlen der Statistik; der Unterschied ist aber unbedeutend und auf das Resultat ohne Einfluss. Die Gesamtmehrleistung der Anstalt wird man also durch Ausziehung der Gleichung $\frac{451744}{623147} = \frac{76964}{X}$ erreichen und würde sie

danach 106 162 M. betragen. Diese Braunschweigische Gesamtmehrleistung vertheilt sich auf die einzelnen an der Anstalt theilnehmenden Beamtenkategorien nach Maassgabe ihres Antheils, wie die nachstehende Tabelle ausweist:

(Siehe nebenstehende Tabelle 7.)

Die gesammte Mehrleistung nach Braunschweigischem Grundsatz würde sich aber nicht unerheblich verringern, wenn die von der Landesversammlung beantragte Einführung der fraglichen reichsgesetzlichen Einzelvorschriften stattfände; der Erfolg lässt sich mit dem Erhebungsmaterial

Tabelle 7.

Lf. No.	Beamtenkategorie.	Zahl der Beamten.	Beiträge			Verhältnissmässiger Antheil an der Braunschweigischen Mehrleistung.
			Regelmässige.	Gehaltszwölftel.	Insgesamt.	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1	Staatsbeamte	2012	157459	20761	178220	56314
2	Hofbeamte	260	14374	1895	16269	5141
3	Bürgerschullehrer	473	34337	4528	38865	12283
4	Landschullehrer . .	470	23995	3164	27159	8582
5	Prediger	217	21586	2847	24433	7721
6	Postbeamte	193	9260	1221	10481	3311
7	Eisenbahnbeamte . .	334	19361	2553	21914	6925
8	Städtische Beamte	164	10842	1430	12272	3876
9	Militairpensionäre	64	4539	598	5137	1624
10	Active Officiere . .	12	1638	216	1854	586
11	Directe Einzahler	45	3835	505	4340	1371

zahlenmässig nachweisen. Nach den obigen Ausführungen belaufen sich die Abzüge am Wittwengelde, welche wegen grösseren Altersunterschiedes nach § 12 des Reichsgesetzes zu machen sein würden für die 750 Bezugsberechtigten unter Zugrundelegung der Braunschweigischen Verhältnisse auf 28 308 M.; rechnet man danach mit der vorher benutzten Gleichung ebenmässig den Gesamtabzug für die sämtlichen Bezugsberechtigten aus, so erhält man die Summe von 39 065 M. Der nach § 13 Absatz 1 des Gesetzes vorgeschriebene Fortfall der Pension für diejenigen Wittwen, welche drei Monate vor dem Tode des theilhabenden Beamten lediglich zur Sicherung des Wittwengeldes geheirathet haben, soll ausser Ansatz bleiben, da es sich doch hier lediglich um Ausnahmefälle, welche eine allgemeine Durchschnittswirkung nicht haben können, handelt. Es ist aber dann noch in Gemässheit des § 13 Abs. 2 des Reichsgesetzes diejenige Pension abzurechnen, welche Wittwen und Kindern aus einer erst nach erfolgter Pensionirung geschlossenen Ehe gezahlt wird; für die 750 Fälle der Erhebung belief sich der in Frage stehende Abzug bei sonstiger Braunschweigischer Grundlage auf 5940 M., der Gesamtabzug würde in gleicher Weise wie oben berechnet auf 8197 M. steigen. Von der gesammten Mehrleistung zu 106 162 M. würden sonach 39 065 M. plus 8197 M. oder im Ganzen 47 262 M. abziehen sein, so dass nur noch ein Rest von 58 900 M. übrig bliebe. Würden also die fraglichen Reichsvorschriften der Braunschweigischen Gesetzgebung eingefügt, so würde das Mehr der Braunschweigischen Leistungen gegenüber den Reichsleistungen insgesamt jährlich 58 900 M. betragen. Dabei ist aber immer noch zu berücksichtigen, dass bei der Berechnung der der Wittwenpension zu Grunde zu legenden Beamtenpensionen nach Reichsrecht der Zeitunterschied der ersten Anstellung und der ersten Vereidigung im Durchschnitt auf nur drei Jahre willkürlich angenommen ist und dass dieser Zeitunterschied voraussichtlich meist ein grösserer sein wird; jedes Jahr im Durchschnitt mehr würde aber die Braunschweigische Mehrleistung um 1441 M. verringern, so dass eine Ausgleichung schon

stattfinden müsste, wenn man den fraglichen Zeitunterschied statt zu 3 zu 7 Jahren annehmen würde.

Demgegenüber sind noch die Leistungen zu berücksichtigen, welche die Theilnehmer zu machen haben, um ihren Hinterbliebenen die Vortheile der Anstalt zu sichern. Nach Braunschweigischem Gesetz haben die Beamten einmal ein Zwölftel ihres Einkommens und jährlich $3\frac{1}{2}\%$ dieses Einkommens als Beiträge zu leisten, nach Reichsrecht sind sie jetzt von jeder Beitragszahlung frei, früher betrug dieselbe lediglich 3% des Einkommens. Der ganze Betrag der Braunschweigischen Beiträge ist sonach jetzt als eine Mehrleistung der Beamten anzusehen, welche das Braunschweigische Recht dem Reichsrecht gegenüber fordert. Die Braunschweigischen Beamten haben aber nach dem Stande vom Jahre 1887 an jährlichen Beiträgen 296821 M. und an einmaligen Gehaltszwölfteln 39150 M. gezahlt; die Gesamtmehrleistung würde daher auf 335971 M. zu rechnen sein. Stellt man diese Mehrleistung der Beamten zu 335971 M. der obigen Mehrleistung der Braunschweigischen Anstalt mit 106162 M. gegenüber, so überträgt doch die Mehrleistung der Beamten um 229809 M., also ganz bedeutend. Diese 229809 M. würden die reine Mehrleistung der Theilnehmer nach der Braunschweigischen Gesetzgebung ausmachen. Die Vertheilung dieser reinen Mehrleistung auf die einzelnen Beamtenkategorien giebt die nebenstehende Tabelle an; der Antheil der activen und pensionirten Staatsbeamten beläuft sich danach auf 121925 M.

Zieht man schliesslich noch die von der Landesversammlung in Antrag gebrachte Aenderung der Braunschweigischen Gesetzgebung nach den Grundsätzen des Reichsgesetzes in Betracht, so steigt die Mehrleistung der Theilnehmer noch um etwas. Da die Beiträge derjenigen Pensionaire, welche ledig oder verwittwet und ohne Kinder

Tabelle 8.

Lfd. No.	Beamtenkategorie.	Zahl der Beamten.	Antheil an der jetzigen Mehrleistung an Beiträgen.	Antheil an der Mehrleistung von Beiträgen unter Berücksichtigung der beantragten Aenderungen.
1.	2.	3.	4.	5.
1	Staatsbeamte	2012	121 925	140 101
2	Hofbeamte	260	11 128	12 789
3	Bürgerschullehrer . .	473	26 584	30 552
4	Landschullehrer . . .	470	18 577	21 350
5	Prediger	217	16 712	19 207
6	Postbeamte	193	7 169	8 239
7	Eisenbahnbeamte . . .	334	14 989	17 227
8	Städtische Beamte . .	164	8 394	9 647
9	Militairpensionaire . .	64	3 514	4 038
10	Active Officiere . . .	12	1 268	1 457
11	Directe Einzahler . .	45	2 969	3 412

unter 18 Jahren sind, danach in Wegfall kommen, so verringert sich die Gesamtsumme der Beiträge zunächst nach Maassgabe des Obigen um 12960 M., stellt sich also auf 323011 M.; dahingegen beträgt aber auch, wie oben ausgeführt, die Mehrleistung der Anstalt nur 58900 M., die Differenz beider Summen und damit die reine Mehrleistung der Theilnehmer unter der angenommenen Voraussetzung würde daher 264111 M. ausmachen. Auch diese Summe ist in der Rubrik 5 obiger Tabelle auf die einzelnen Beamtenkategorien nach dem Verhältniss ihrer Gesamtbeiträge ertheilt worden; die activen und pensionirten Staatsbeamten sind daran mit 140101 M. theilhaftig.

IV.

Die finanziellen Ergebnisse der Anstalt seit 1876.

Die Erörterung der finanziellen Ergebnisse der Beamten- Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt seit dem Jahre 1876 soll in der Weise geschehen, dass zunächst die neue Anstaltsstatistik begründet und in ihren einzelnen Resultaten betrachtet wird, wobei die Resultate, welche sich auf die ganze Anstalt beziehen, und diejenigen, welche sich auf die einzelnen Beamtenkategorien beziehen, speciell ausgeschieden und getrennt behandelt werden sollen, und dass sich daran sodann eine Schlussbetrachtung über den demgemäss anzunehmenden Stand der ganzen Anstalt unter Berücksichtigung der einzelnen Umstände, welche für die Herbeiführung desselben maassgebend gewesen sind, anschliesst.

1. Die Begründung und die Resultate der neuen Anstaltsstatistik.

Wie die vorstehenden Ausführungen zur Genüge ersehen lassen, ist es gerade das Eigenthümliche der Braunschweigischen Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt, dass ihr Mitgliederkreis kein einheitlicher und in sich fest zusammenhängender ist, sondern dass er sich aus einer Reihe einzelner Beamtenkategorien zusammensetzt, welche an sich schon in mancher Beziehung Verschiedenheiten bieten und ausserdem noch durch ihr nicht gleichzeitiges Hinzutreten zu der Anstalt in ihrem Verhältniss zu dieser sich wiederum besonders unterscheiden und einen

verschiedenartigen Einfluss auf das Gesamtergebniss der Anstalt ausüben. Diese einzelnen Beamtenkategorien je mit ihren Eigenthümlichkeiten und auf einer verschiedenen Stufe der Entwicklung in ihrem Verhältniss zur Anstalt sind oben als gewissermassen kleine Sonderanstalten innerhalb der grossen gemeinsamen Anstalt bezeichnet worden, welche unter sich nach mancher Richtung hin auseinandergehen und je nach dem Zeitpunkt, in welchem sie entstanden, d. h. die Beamtenkategorie in die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt aufgenommen wurde, verschiedene Entwicklungsverhältnisse zeigen müssen und zeigen. Diese Unterschiede der sogenannten kleinen Anstalten im Einzelnen, welche für das Gesamtergebniss der grossen Anstalt und die Beurtheilung desselben von bestimmendem Einfluss sein müssen, waren in der bisherigen Anstaltsstatistik gar nicht berücksichtigt, ja sie waren bisher überhaupt nicht näher ins Auge gefasst und irgendwie zahlenmässig festgestellt worden, weshalb sie auch der Oberbaurath Scheffler in seinem Gutachten nur im Allgemeinen erwähnen konnte. Diesem Mangel habe ich in der jetzigen Anstaltsstatistik, deren Resultate in den Tabellen IV bis VIII angefügt sind, abzuhefen versucht, indem ich die bisher nur in einer Summe gegebenen Daten über die Beiträge, die Wittwen und Wittwenpensionen, die Mitglieder und die Pensionäre jetzt nach den einzelnen Beamtenkategorien getrennt habe, so dass aus dem vorhandenen Material für jede einzelne Kategorie eine Berechnung und Feststellung der besonderen Verhältnisse derselben angenommen werden kann. Bei Unterscheidung der einzelnen Theilnehmerkategorien habe ich mich wesentlich an die durch das Gesetz von 1876 schon gegebene Unterscheidung gehalten, nur in einzelnen Punkten davon abweichend, theils aus Zweckmässigkeitsgründen, theils weil besondere Verhältnisse zu berücksichtigen waren; so sind bei den Civilstaatsbeamten einmal mit Rücksicht auf ihre jetzige eigenthümliche Stellung zur Anstalt die Postbeamten speciell ausgeschieden und ebenso diejenigen Beamten, deren Aemter in Folge von Veränderungen im Staatsorganismus bezw. in den staatlichen Einrichtungen überhaupt in Wegfall gekommen sind; die städtischen Beamten sind in eine Rubrik aufgenommen und nicht wie im Gesetz in solche, die auf Lebenszeit, und solche, die nicht auf Lebenszeit angestellt sind, geschieden, weil dieser Unterschied aus den Rechnungen nicht zu ersehen und derselbe an sich auch von keiner Bedeutung ist; zu den Communionbeamten sind die sonstigen Hüttenbeamten hinzugesetzt, und zwar lediglich aus dem praktischen Grunde, dass eine bezügliche Unterscheidung aus den Rechnungen nicht mit Sicherheit zu treffen war. Die Statistik in der neuen Form ist sodann aus den Rechnungen der Anstalt nachträglich bis zum Jahr 1875 zurück aufgestellt und lässt sonach die Entwicklung seit dem Gesetz von 1876 vollständig ersehen. Die dementsprechend jetzt vorliegende Statistik steht ihrem äusseren Kreise nach der früheren Statistik gleich und bezieht sich wesentlich nur auf die Finanzverhältnisse der Anstalt; voraussichtlich vom Anfang nächsten Finanzjahres an soll aber daneben noch eine weitere Statistik über Einzelverhältnisse der Mitglieder und Wittwen, den Abgang und Zugang, Alter, Verheirathung derselben etc. eingeführt und begonnen werden,

theilweis wird dabei auch eine Ausscheidung der verschiedenen Mitgliederkategorien gleichfalls stattfinden müssen: zweifelhaft wird es allerdings immerhin bleiben, ob das hierdurch erzielte Material von grösserem Werth sein wird und ob darauf allgemeine Schlüsse und Berechnungen sich aufbauen lassen, die Mitgliederzahl, welche in Betracht kommt, ist doch eine verhältnissmässig geringe und es wird sich immerhin fragen, ob eine genügende Ausgleichung durch die Menge der Einzelfälle stattfinden wird oder ob nicht ein oder mehrere Einzelfälle, welche nach ein oder der andern Richtung hin die äusserste Grenze erreichen, immer noch von ausschlaggebender Wirkung auf das Gesamtergebniss bleiben und dieses sonach stets vom Zufall abhängig machen werden.

Die nachfolgende nähere Betrachtung der Resultate soll sich nicht nur einfach an die einzelnen Tabellen der Statistik anschliessen, sondern ich will zunächst die Rubriken, welche sich auf das Gesamtergebniss der Anstalt beziehen, im Allgemeinen und zwar hier nach der Ordnung der Tabellen erörtern; sodann sollen die einzelnen Beamtenkategorien und zwar je in ihren sämtlichen Verhältnissen in Eins, mithin die innerhalb der grossen Anstalt ausgeschiedenen kleinen Anstalten in sich, ins Auge gefasst werden; die specielle Einwirkung der letzteren Resultate auf das Gesamtergebniss der Anstalt wird in dem Schlussabschnitt mit betrachtet werden.

a. Das Gesamtergebniss für die Anstalt im Allgemeinen.

Bezüglich der Einnahmen (Tabelle IV) kommt hier zunächst die Gesamtsumme der Beiträge (Rubrik 41—43) in Betracht. Die regelmässigen Beiträge haben sich in dem dreizehnjährigen in Frage kommenden Zeitraume von 251 087 M. im Jahre 1876 auf 302 782 M. im Jahre 1889 gesteigert; im Allgemeinen vertheilt sich dieses Steigen ziemlich gleichmässig auf die einzelnen Jahre des Zeitraums, es zeigen sich aber auch grössere Sprünge wie von 1882 zu 1883; die Ursache dieser Zunahme der Beiträge, welche ja allerdings hinter der der vorigen Periode nicht unerheblich zurücksteht, ist dieses Mal hauptsächlich in den verschiedenen Gehaltserhöhungen, welche den einzelnen Mitgliederkategorien zu verschiedenen Zeiten zu Theil geworden, zu suchen; zum geringeren Theil liegt sie auch in der verhältnissmässig unbedeutenden Erhöhung der Mitgliederzahl. Diese beiden Ursachen wirken gleichfalls auf die Höhe der Gehaltswölfel ein; auch diese nimmt zu, aber nicht in ganz gleicher Weise wie die der regelmässigen Beiträge, sondern mehr sprungweise und in schrofferen Absätzen, der unregelmässigen Natur des fraglichen Einnahmepostens entsprechend; die höchsten Zahlen weisen die Jahre 1879, 1887 und 1889 auf. Die Zinsen aus dem Vermögen der Anstalt (Rubrik 44) sind noch um ein Geringes gestiegen; da eine weitere Capitalbildung in der laufenden Periode nicht stattgehabt hat, so ist dieses Steigen lediglich auf günstige Veränderungen in der Belegung des Anstaltsvermögens in Folge von Ausloosungen etc. zurückzuführen. Die sonstigen Einnahmen an Erbenzinsen, Pachtgeldern etc. (Rubrik 45) bleiben ziemlich regelmässig dieselben, es wird darunter, wie schon in der letzten Zeit der vorigen Periode, eigentlich nur noch der Erbenzins von der früheren Helmstedter Universitätsapothek ver-

einnahmt, nur zwei Jahre, 1881 und 1888, zeigen ausserdem noch eine unbedeutende sonstige Einnahme. Den grössten Wechsel unter den Einnahmen der Anstalt weist aber der Staatszuschuss auf, namentlich in den Zahlen, wie sie die Rubrik 46 der Tabelle IV auf Grund der Rechnungen nach den wirklichen Vereinnahmungen des Zuschusses in den einzelnen Jahren giebt. Da seit 1876 gesetzmässig der Staat lediglich den Ueberschuss der regelmässigen jährlichen Ausgabe über die Einnahme zu decken hat, so müssten die Zahlen des jährlichen Staatszuschusses ein deutliches Bild über den Bedarf der Anstalt, das Fortschreiten oder Zurückgehen desselben für die einzelnen Jahre geben. Dieses zeigen uns nun aber die Zahlen der Tabelle nicht und hat dieses seinen Grund in dem Verfahren, welches bei Bewilligung des Staatszuschusses bis in die Finanzperiode vom 1. April 1890/92 eingeschlagen ist. Es ist nämlich durch den ordentlichen Staatshaushalts-Etat jedesmal eine bestimmte Summe für die Anstalt als Zuschuss des Staats ausgeworfen und zwar bis 1878 einschliesslich jährlich 39 000 M., von 1879 bis 1887 60 000 M. und 1888 und 1889 100 000 M., sowie für das erste Vierteljahr 1890 dementsprechend 25 000 M. Diese Summen waren aber schon vom Jahr 1878 an zur Deckung des ganzen Bedarfs nicht ausreichend und musste jährlich von Herzoglicher Haupt-Finanz-Casse der Anstalt ein weiterer Vorschuss geleistet werden; letzterer wurde dann für eine Reihe von Jahren zusammen und zwar bis 1887 durch die Etats der ausserordentlichen Ausgaben der Finanzperioden 1882/84, 1885/87 und 1888/89 nachträglich verwilligt. für die Jahre 1888 und 1889 ist er 1892 gedeckt. Es erklären sich hieraus die besonders hohen

Tabelle 9.

Staatszuschuss zur Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt.

Jahr.	Gesamter erforderlich ge- wordener Staats- zuschuss	Von dem Staatszuschuss ist bewilligt.		Staatshaushaltsetat der ausserordent- lichen Bewilligung.	Bemerkungen.
		regel- mässig.	ausser- ordentlich.		
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1876	44 192	39 000	5 192	1882/84	Etat 1882/84 153 000 M. Etat 1885/87 17 190 M.
1877	74 769	39 000	35 769	1882/84	
1878	88 521	39 000	49 521	1882/84	
1879	89 436	60 000	29 436	1882/84	
1880	110 272	60 000	50 272	1882/84 u. 85/87	
1881	128 022	60 000	68 022	1885/87	Etat 1885/87 ins- gesamt ausser- ordentlich ver- wandt 326 792 M.
1882	134 802	60 000	74 802	1885/87	
1883	132 420	60 000	72 420	1885/87	
1884	154 358	60 000	94 358	1885/87	
1885	167 245	60 000	107 245	1888/89	
1886	183 907	60 000	123 907	1888/89	Etat 1888/89 des- gleichen 360 991 M.
1887	189 839	60 000	129 839	1888/89	
1888	210 981	100 000	110 981	1892	
1889	214 489	100 000	114 490		
1890	54 399	25 000	29 399		
I. Quartal.					
1890/91	250 523	212 000	38 523		Nach vorläufiger Feststellung.

Zahlen des Staatszuschusses in den Jahren 1882, 1885, 1886 und 1888. Um aber ein richtiges Bild über den für jedes einzelne Jahr erforderlich gewordenen Staatszuschuss zu geben, ist in der vorstehenden Tabelle 9 für jedes Jahr der eigentliche Bedarf angegeben und dabei gleichzeitig der ordentliche und der ausserordentliche Zuschuss getrennt.

Die Zahlen der Tabelle zeigen uns, dass der zur Deckung der Ausgaben der Anstalt erforderliche Staatszuschuss von Jahr zu Jahr, mit alleiniger Ausnahme des Jahres 1883, stets gewachsen ist, und zwar in einem ganz besonders starken Maasse, wie es zu dem Steigen der sonstigen Einnahmen namentlich der Beiträge der Theilnehmer in keinem Verhältniss steht; der Staatszuschuss hat sich bis 1889 annähernd verfünffacht. Dieses starke Wachsen des Staatszuschusses beweist, dass auch der derzeitige regelmässige Bedarf der Anstalt in ganz besonderer Weise gewachsen ist und dass das Verhältniss der vorigen Periode, in welcher die Zunahme der Ausgabe mit der der Einnahme fortdauernd correspondirte, jetzt nicht mehr stattfindet; die Gründe dafür werden unten näher zu betrachten sein. — Bei der Summe sämmtlicher Einnahmen (Rubrik 47) findet naturgemäss das gleiche Verhältniss, wie beim Staatszuschuss statt, die Zahlen geben uns an sich nur Aufschluss über die rechnungsmässig in jedem einzelnen Jahre stattgehabte Einnahme und heben sich darin vermöge der ausserordentlichen Bewilligungen des Staatszuschusses einzelne Jahre besonders heraus.

Aus der Tabelle V würden hier die Rubriken 2 (Wittwenpensionen), 3 (Waisenpensionen), 19 (Wittwen- und Waisenpensionen in einer Summe), 20 (Administrationskosten, Coursdifferenzen und sonstige Ausgaben) und 21 (Gesammtausgabe) zu betrachten sein. Die Höhe der Wittwenpension schreitet stetig und zwar in weit erheblicherer Weise, als wir solches in der vorigen Periode beobachteten, fort; innerhalb der einzelnen Jahre wechselt dieses Fortschreiten zwischen 9000 und 25 000 M., meist beträgt es um 20 000 M.; der Durchschnitt desselben ist 18 000 M.; irgend eine allmälige Veränderung in dem Fortschreiten ist in der Periode nicht zu bemerken, das Verhältniss ist von Anfang bis Ende das gleiche. Ein eigentümliches Bild bieten uns die Waisenpensionen; in der vorigen Periode waren dieselben ebenso wie die Wittwenpensionen und ziemlich gleichmässig mit diesen gestiegen und sollte man an sich annehmen, dass dieses Verhältniss sich in der jetzigen Periode beim Fehlen jeden inneren Grundes für eine Abweichung fortgesetzt hätte; aber trotz des jetzt weit stärkeren Steigens der Wittwenpensionen tritt bezüglich der Waisenpension gerade das Entgegengesetzte ein; bis zum Jahr 1877 nahmen dieselben noch zu, von da an fallen sie aber fortgesetzt, wenn auch in einzelnen Jahren ein Stillstand oder geringes Fortschreiten wieder eintritt, und weisen in dem Endjahr den niedrigsten Satz auf; es ist dieses den gewöhnlichen Berechnungen gerade entgegengesetzte Verhältniss wiederum ein schlagender Beweis, wie sehr gerade die Waisenpensionen von Zufälligkeiten abhängig sind, und wie gross der Einfluss des Zufalls bei dem verhältnissmässig beschränkten Theilnehmerkreise der Anstalt ist. Die Gesamtsumme der Wittwen- und Waisenpensionen entspricht bei dem unver-

hältnissmässigen Vorwiegen der Wittwenpensionen wesentlich dem Verhältniss dieser, nur ist das Steigen derselben in Folge des Einflusses der Abnahme der Waisenpensionen um etwas abgeschwächt. Die sonstigen Ausgaben treten nur in den letzten Jahren mit unbedeutenden Summen auf und können irgend welchen Einfluss nicht ausüben, so dass auch die Gesamtausgabe der einzelnen Jahre in der Hauptsache den Summen der Wittwenpension entspricht.

Die Tabelle VI wird, soweit sie Allgemeines enthält, mit Tabelle VIII zugleich behandelt werden. Aus der Tabelle VII sind sodann hier die Gesamtzahlen der Theilnehmer, der Wittwen und der Waisen (Rubriken 2, 16, 17, 18 und 34) hervorzuheben. Die Theilnehmerzahl hat sich insgesamt um etwa zweieinhalb Hundert vermehrt, diese Zunahme kann aber nicht einer einzelnen besonderen Ursache zugeschrieben werden, sondern sie ist vielmehr das Resultat einer Reihe von verschiedenen Veränderungen in den einzelnen Beamtenkategorien, wie sie die unten näher zu erörternden Rubriken 3 bis 15 der Tabelle im Einzelnen ausweisen; so haben stark abgenommen die Postbeamten, die Eisenbahnbeamten und die Militairs, insgesamt in noch stärkerem Maasse dagegen zugenommen die Civilstaatsbeamten, die städtischen Beamten und die Bürger- und Landschullehrer. Die Gesamtzahl der Wittwen ist von 1140 auf 1392 also um 252 oder 22% gestiegen, die Zahl der Waisenfamilien und auch der Waisen nach Köpfen hat sich dagegen fast auf die Hälfte vermindert, von 120 bzw. 200 auf 64 bzw. 103, in dem Steigen der Wittwenpensionen und dem Sinken der Waisenpensionen fand sich dieses Verhältniss schon ausgedrückt; die Gesamtzahl der Wittwen- und der Waisenfamilien hat sich von 1340 auf 1495 also um 155 erhöht.

Die Tabelle VIII ist fast in ihrem ganzen Umfange hier zu betrachten, sie enthält wesentlich Daten der früheren Anstaltsstatistik. Zunächst ist das verzinsliche Vermögen der Anstalt in Rubrik 3—5 behandelt; da eine Capitalansammlung in der laufenden Periode nicht mehr stattgefunden, so bieten diese Rubriken nicht mehr das Interesse wie früher, in der Hauptsache können sie nur jedes Jahr dieselben Zahlen aufweisen, die geringen Unterschiede sind auf Gewinn durch Ausloosungen etc. zurückzuführen; der Gesamtwert des Vermögens der Anstalt ist dadurch etwa um 40000 M. gestiegen; der Zinsfuss beläuft sich im Durchschnitt auf etwas über 3,6%. Die Rubriken 6 bis 9 geben sodann über die Gesamtvermögensverhältnisse Aufschluss, auch sie haben für diese Periode an innerer Bedeutung verloren und zeigen noch dadurch, dass der Staatszuschuss, wie oben näher ausgeführt, getrennt als regelmässiger und als ausserordentlicher bewilligt wurde und dass für den letzteren zunächst immer nur ein Vorschuss aus der Staatscasse geleistet wurde, ein ganz besonderes nur unter Berücksichtigung dieses Umstandes zu verstehendes Bild, welches an sich auch nur dem jeweiligen äusseren, nicht dem eigentlich inneren Zustand der Anstalt entspricht. Der demnächst in Rubrik 10 gegebene Betrag der versicherten Wittwen- und Waisenpensionen muss naturgemäss dasselbe Verhältniss wie die regelmässigen Beiträge aufweisen, da er ja das 6 $\frac{2}{7}$ fache dieser aus-

macht; er steigt von 1706393 M. auf 2076219 M., also um etwa 22%. Sodann ist in den Rubriken 11 bis 17 die Wittwenzahl und die Einnahme und Ausgabe im Verhältniss zu der Zahl der Theilnehmer gesetzt; anstatt des früher angewandten Verhältnisses zu 1000 ist jetzt das zu 100 gewählt, namentlich weil bei der Markwährung die Zahlen der Einnahme und Ausgabe an sich schon höhere wurden und auf diese Weise besser zu übersehen sind. Die auf 100 Theilnehmer entfallende Zahl der Wittwen ist von 28,4 auf 33,6 gestiegen, die Steigung ist in den ersten Jahren stärker als in den letzten, da schon mit dem Jahr 1885 die Zahl 33,4 erreicht ist; im Ganzen ist dieses ein von dem Verhältniss der vorigen Periode stark abweichender Wechsel. Die Beitragssumme, welche auf 100 Theilnehmer entfällt, zeigt gleichfalls entschieden eine steigende Tendenz, wenn auch eine Reihe von einzelnen Jahren ihrem Vorjahr gegenüber eine nicht unbedeutendere Abnahme aufweisen, sie wächst von 6930 M. im Anfangsjahr auf 8333 M. im Endjahr, welche Jahre allerdings je das Minimum und das Maximum repräsentiren. Unter den sonstigen Einnahmen, welche die Rubrik 13 zusammenfasst, macht sich wiederum der Einfluss der besonderen Bewilligung des Staatszuschusses durch das starke Hervortreten einzelner Jahre geltend und dasselbe findet auch bei der Einnahme überhaupt in Rubrik 14 statt: sowohl die auf 100 Theilnehmer kommende Summe sonstiger Einnahmen, wie auch die der Einnahmen überhaupt sind in einem nicht unbedeutenden Anwachsen begriffen, welches aber für die einzelnen Jahre durch den Staatszuschuss verschoben wird. Die auf 100 Theilnehmer entfallende Ausgabe an Pensionen, welche bei dem gänzlichen Zurücktreten der sonstigen Ausgaben mit der Summe der Gesamtausgabe vollkommen übereinstimmt, betrug im Jahre 1876 10626 M. und ist dann von Jahr zu Jahr mit ziemlicher Regelmässigkeit gestiegen bis 1888 auf 15873 M.; das Jahr 1889 weicht hiervon ab, indem es um allerdings nur 21 M. zurückgeht, dieses hat aber seinen besonderen Grund in der unverhältnissmässig starken Zunahme der Mitgliederzahl in diesem Jahre: die Steigung an sich hat sich mit einer ziemlichen Schnelligkeit vollzogen, sie beträgt in den 12 Jahren 5247 M. oder etwas über 49%, ein Umstand der an sich zweifellos ganz besondere Beachtung verdient. In der Tabelle ist endlich noch (Rubrik 18) berechnet, wie viel an Pension auf 100 M. der laufenden Beiträge gezahlt ist; Tabelle VI Rubrik 43 enthält dieselbe Berechnung, nur dass anstatt der laufenden Beiträge die gesammte Beitragsleistung einschliesslich der Zwölftel zu Grunde gelegt ist; die Zahlen beider kommen natürlich im Wesentlichen auf dasselbe Resultat, nur sind die letzteren selbstredend durchweg etwas niedriger und macht sich bei ihnen auch in Etwas der wechselnde Charakter der Zwölftel geltend; auf 100 M. der laufenden Beiträge erhöhen sich die Pensionen von 169,7 M. auf 216,9 M. auf 100 M. der Gesamtbeiträge von 153,3 M. auf 190,2 M. In Tabelle VI Rubrik 57 ist noch umgekehrt berechnet, zu wie viel Procent die Wittwen- und Waisenpension durch Beiträge gedeckt wird, wobei wiederum die gesammte Beitragsleistung berücksichtigt worden ist; der Procentsatz sinkt von Jahr zu Jahr mit nur zwei unbedeutenden Ausnahmen 1879, und 1889, von 65,2 auf 52,0.

b. Die Resultate für die einzelnen ausgeschiedenen Beamtenkategorien.

Die Sachbehandlung dieses Abschnittes soll in der Weise geschehen, dass zunächst diejenigen Resultate für die einzelnen ausgeschiedenen Beamtenkategorien, welche für den Entwicklungsstand der betreffenden Kategorien wesentlich bestimmend und beweisend sind, — und als solche werden die Ergebnisse in den Rubriken 2—40 der Tabelle IV, 4—18 der Tabelle V, 3—15, 19—33 und 35—47 der Tabelle VII und endlich 19—30 der Tabelle VIII betrachtet, — für jede einzelne Beamtenkategorie in sich ins Auge gefasst werden, und dass dann die mehr allgemeinen Resultate, welche ausserdem für die einzelnen Beamtenklassen berechnet sind — es gehören hieher die Rubriken 2—42 und 44—56 der Tabelle VI — wiederum in Eins erörtert werden.

z. Die Civilstaatsbeamten.

Unter den Civilstaatsbeamten sind nochmals einige Classen speciell ausgeschieden, so einmal diejenigen Beamten, deren staatliche Function in Folge eingetretener Veränderungen in dem Staatsorganismus fortgefallen ist, und ferner die Postbeamten, welche als mittelbare Reichsbeamte eine Sonderstellung einnehmen; diesen beiden Classen sind die übrigen Civilbeamten gegenübergestellt und ist sodann noch das Gesamtergebniss für die Civilbeamten gegeben.

aa. Civilstaatsbeamte, deren staatliche Functionen in Wegfall gekommen sind.

Zu den Civilstaatsbeamten, deren staatliche Functionen in Folge eingetretener Veränderungen in der staatlichen Organisation fortgefallen sind, gehören namentlich die ehemaligen Münzbeamten. (Münzwardein, Münzgraveur, Stempelsetzer, Münzbote), die Chausseegeld- und Brückengelderheber, die Thorvisitatoren, Thoreinnehmer, Thorcontrolleure, die Landchirurgen, die Holzverwalter, die Mühlenschreiber etc. Als Theilnehmer der Anstalt kommt von diesen Beamten nur noch eine sehr geringe Zahl und zwar ausschliesslich unter den Pensionären vor; innerhalb der Periode ist diese Zahl von 29 auf 7 zurückgegangen und steht zu erwarten, dass die fragl. Beamtenklasse bald ganz verschwinden wird. Die Beitragsleistung ist ganz minimal, sie ist 1889 auf 235 M. herabgesunken. Die Wittwen- und Waisenzahl überwiegt die Theilnehmerzahl ganz erheblich, sie ist anfangs der Periode noch etwas gestiegen und hat 1878 mit 46 den Höhepunkt erreicht, seitdem ist sie ziemlich schnell gefallen und beträgt 1889 nur noch die Hälfte der höchsten Zahl 23. Die Höhe der Pensionen entspricht diesem Verhältniss nicht ganz, sie stellt sich 1878 auf 10 436 M., 1889 auf 6175 M., sie ist mithin nicht so stark gesunken wie die Wittwenzahl. Die gezahlten Wittwenpensionen übertreffen die Beiträge, natürlich in erheblichem Maasse, der Gesamtüberschuss derselben beträgt in den 10 Jahren 1877/86 84 225 M.; gegenüber dem an sich geringen Umfange der fr. Beamtenklasse muss dieser Ueberschuss als ein verhältnissmässig bedeutender angesehen werden und schlägt er immerhin an sich doch auch in Etwas mit zu Buche, das Erforderniss des hohen Staatszuschusses wird durch ihn, wenn auch nur zu einem geringen Theile mit erklärt. Der Ueberschuss

ist übrigens jetzt bereits stark im Sinken begriffen, wird aber doch in einer Höhe von einigen Tausend Mark noch eine Reihe von Jahren muthmaasslich fort dauern können. Das Endresultat für die hier in Frage stehende Anstalt lässt sich dementsprechend dahin zusammenfassen, dass die Anstalt an sich nur von geringerer Bedeutung ist und dass sie ihrer gänzlichen Auflösung mit starken Schritten entgegengeht, dass zunächst voraussichtlich bald die Theilnehmer und Beiträge ganz wegfallen werden, während die Wittwen und die Wittwenpensionen noch längere Zeit dauern werden, dass aber endlich die Zahlungen, welche für die Anstalt zu leisten sein werden, niemals erheblich sein, die Summe von 5—6000 M. jährlich auch in der nächsten Zeit nicht übersteigen und voraussichtlich stetig mehr unter diesem Betrag sinken werden.

bb. Die Postbeamten.

Die für das Herzogthum vom Landesherrn ernannten Postbeamten sind mittelbare Reichsbeamte, sie sind aber gleichzeitig ihrer Ernennung nach Braunschweigische Civilstaatsdiener und sind in ihrem Verhältniss zur Braunschweigischen Beamten- Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt stets als solche angesehen und behandelt. Bis zum Erlass der Reichsgesetzgebung über die Wittwen- und Waisenversorgung waren daher die sämtlichen Postbeamten Theilnehmer der Braunschweigischen Anstalt. Es ist deshalb für den Anfang dieser Periode noch ein Steigen der Zahl dieser Beamten zu verzeichnen von 242 auf 272 im Jahre 1880; von da an beginnt dann aber das Sinken, welches einmal dadurch veranlasst ist, dass an Stelle der regelmässig jährlich durch den Tod pp. wegfallenden Beamten neue Beamte nicht wieder eintreten — seit 1881 ist kein Postbeamter mehr Mitglied der Anstalt geworden — und sodann ferner auch durch indirecten Austritt bisheriger Mitglieder, welcher reichsgesetzlich für zulässig erklärt worden und zweimal nach dem Reichsgesetz von 1881, und nach dem von 1888 erfolgte und zwar das erste Mal von 10 Mitgliedern, das zweite Mal von 44; in Folge dieser Umstände ist die Mitgliederzahl jetzt auf 148 heruntergegangen. In Folge der Abnahme der Mitgliederzahl sind auch die Beiträge, welche bei Beginn der Periode eine steigende Tendenz hatten, um fast die Hälfte herabgesunken von 15 851 M. auf 8817 M. Die Wittwenzahl hat dagegen bis zum vorletzten Jahr stark zugenommen von 50 bis auf 101; dieses ist aber vollkommen naturgemäss; die Postbeamten waren im Laufe der vorigen Periode sehr vermehrt und in Folge dessen dem Beharrungszustand weiter ent-rückt, zu Anfang dieser Periode war die Wittwenzahl verhältnissmässig gering, eine grössere Zunahme derselben musste erwartet werden; im Verhältniss zu der Zahl der Theilnehmer ist die Wittwenzahl ja allerdings jetzt sehr gross, auf 100 Theilnehmer kommen über 60 Wittwen, dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Wittwenzahl jetzt und auch noch für eine weitere Folgezeit der früheren höheren Theilnehmerzahl bis zu einem gewissen Grade entsprechen muss. Im letzten Jahre hat die Wittwenzahl um etwas abgenommen; ob darin schon der Beginn eines stetigen Sinkens derselben zu sehen ist, oder ob es sich

nur um eine durch zufällige Ereignisse hervorgerufene Erscheinung handelt, muss dahingestellt bleiben, doch möchte ich das Erstere für das Wahrscheinlichste halten; jedenfalls wird man nach Lage der Sache mit Rücksicht auf die erreichte Höhe der Entwicklung und die frühere bezügliche Gesamtmitgliederzahl annehmen dürfen, dass eine erhebliche Zunahme der Wittwenzahl nicht mehr stattfinden, sondern bald eine dauernde Abnahme, wenn auch eine langsam fortschreitende, eintreten wird. Die Wittwenpensionen sind noch etwas stärker als die Wittwenzahl, und bis zum Endjahr in die Höhe gegangen von 12 726 M. auf 33 669 M.; annähernd wird damit allerdings wohl nach Maassgabe des soeben bezüglich der Wittwenzahl Gesagten das Maximum erreicht sein, obwohl in Folge der Gehaltsaufbesserungen die zukommenden Pensionen regelmässig höher sein werden als die wegfallenden. In dem Anfangsjahr 1876 haben die Beiträge noch die Wittwenpensionen überragt, ein Verhältniss, welches im Vorjahr in noch stärkerem Maasse und voraussichtlich auch während der ganzen Vorzeit der Fall gewesen ist; es ist dieses ein Zeichen dafür, wie weit die kleine Anstalt der Postbeamten noch vom Beharrungszustande entfernt gewesen; mit dem Jahre 1877 werden die Pensionen höher als die Beiträge und zwar in einem von Jahr zu Jahr verhältnissmässig schnell zunehmenden Maasse, so dass 1889 das Ueberwiegen der Pensionen sich schon auf 24 852 M. stellt; voraussichtlich wird das Ueberwiegen der Pensionen in dieser Höhe noch eine Zeit lang anhalten, ja es wird sich nach Lage der Sache wohl noch etwas steigern. Für die kleine Anstalt der Postbeamten würden wir demnach das Endresultat folgendermaassen zusammenzufassen haben: die Anstalt ist als eine factisch geschlossene anzusehen; die factische Schliessung derselben ist zu einem Zeitpunkte erfolgt, welcher von dem des Beharrungszustandes noch ziemlich weit entfernt lag; in Folge dessen sind die jetzt für die Anstalt zu bringenden Opfer verhältnissmässig hohe, das Maximum der Wittwenzahl ist möglicherweise ganz, wahrscheinlich wenigstens annähernd erreicht, trotzdem ist aber ein weiteres, wenn auch voraussichtlich nicht erhebliches Steigen der Wittwenpension wegen des dabei hervortretenden Einflusses der Gehaltsaufbesserungen nicht ausgeschlossen, jedenfalls aber längeres Beharren auf der jetzigen Höhe zu erwarten; die Anstalt wird demnach in der nächsten Folgezeit zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten einen Zuschuss von 25—30 000 M. jährlich nothwendig haben.

cc. Die übrigen Civilstaatsbeamten.

Die übrigen Civilstaatsbeamten bilden den eigentlichen Ausgangspunkt und Kern der Anstalt und stehen an Umfang und Bedeutung den übrigen Kategorien weit voran, fast die Hälfte der Anstalt umfassend. Die Theilnehmerzahl dieser Classe schwankt die Hauptzeit der Periode um 1600 herum, gegen das Ende derselben ist eine stärkere Zunahme, so dass die Zahl 1800 fast erreicht wird; der letztere Umstand ist durch die Vermehrung der Steueraufseher-Stellen begründet. Schon in der vorigen Periode hat diese Classe fast dieselbe Theilnehmerstärke 1439 gehabt, wie in der Hauptzeit dieser Periode, wie Tabelle 6 No. 4 aufweist, die Zunahme gegen den Anfang dieser

Periode beträgt nur etwa 200, ja auch gegen die Zahl vor 1838 wird keine erhebliche Abweichung zu verzeichnen sein. Bezüglich der Theilnehmerzahl würde daher diese Classe abgesehen von der letzten Zunahme durch Vermehrung der Steueraufseher den Beharrungszustand annähernd erreicht haben, die letzte Vermehrung rückt diesen Zeitpunkt ja allerdings wiederum weiter hinaus, obwohl sich dieser Einfluss in den nächsten Jahren wohl noch nicht sichtbar machen wird. Die annähernde Erreichung des Beharrungszustandes zeigt sich auch in verhältnissmässiger Constanz der Wittwenzahl; in den ersten Jahren scheint noch eine Steigung derselben beobachtet werden zu müssen, dann wechselt sie aber immer etwa in den Grenzen von 670 und 690; auf 100 Theilnehmer kommen demnach 40 bis 43 Pensionsfälle, eine Zahl, welche also ungefähr als die des Beharrungszustandes angenommen werden muss; wenn für das Jahr 1889 die fragliche Verhältnisszahl auf 38,3% herabsinkt, so ist dieses die Folge eines ausserordentlichen Umstandes, der Vermehrung der Steueraufseher und des dadurch veranlassten Wechsels der Theilnehmerzahl. Wenn nun aber auch bezüglich der Theilnehmer- und der Wittwenzahl eine Annäherung an den Beharrungszustand constatirt werden kann, so ist dieses doch keineswegs bezüglich der Beiträge und der Pensionen der Fall. Die laufenden Beiträge haben sich von 128 573 M. auf 150 772 M. erhöht; da von der letzteren Summe nicht ganz 5000 M. auf die Vermehrung der Steueraufseher kommen, so beträgt die sonstige Zunahme über 17 000 M. und diese ist wesentlich den in dieser Periode wiederum vorgekommenen Gehaltsaufbesserungen zuzuschreiben, wie dieses auch die in einzelnen Jahren besonders hohen Summen der Zwölftel anzeigen; die Gesamtsumme der Beiträge ist von 142 176 M. auf 176 304 M. gestiegen. Wenn auch bei den Beiträgen der Einfluss der Gehaltsaufbesserungen sich sofort im vollen Umfange geltend macht, so tritt er doch bezüglich der Wittwenpensionen erst ganz allmählig in Erscheinung und schiebt so den Zeitpunkt des Beharrungszustandes in grössere Ferne hinaus. Die im Laufe dieser Periode bewilligten Gehaltsaufbesserungen werden auf die Höhe der Wittwenpensionen verhältnissmässig weniger eingewirkt haben, hauptsächlich tritt eben jetzt noch die Wirkung der Gehaltsaufbesserungen der vorigen Periode, welche an sich erhebliche waren und meist erst gegen das Ende der Periode erfolgten, hervor. Der Einfluss der Gehaltsaufbesserungen auf die Höhe der Wittwenpensionen ist aber ein ganz bedeutender, denn trotz der fast gleichbleibenden Zahl der Pensionsfälle haben die Wittwenpensionen von Jahr zu Jahr ohne Ausnahme in erheblicher Weise zugenommen, sie sind in den 13 Jahren von 237 557 M. auf 348 178 M. gestiegen, die Gesamtzunahme beträgt danach 110 621 M. oder 46,3%, auf das einzelne Jahr kommen davon durchschnittlich 8509 M. Das Steigen der Wittwenpensionen ist demnach ungleich grösser als das der Beiträge, dieses drückt sich auch in den Summen aus, welche jährlich über die Beiträge hinaus auf die Wittwenpensionen verwandt werden mussten; von 95 381 M. haben sich diese auf 171 874 M. erhöht und nach Lage der Sache ist mit ziemlicher Gewissheit anzunehmen, dass sich hier der Einfluss der Gehaltsaufbesserungen in einem weiteren Anwachsen dieser Summe für die nächstfolgende Zeit zeigen

wird. Dementsprechend stellt sich das Endresultat hier so: in Folge der schon längere Zeit hindurch ohne wesentliche Veränderungen bestehenden Mitgliederzahl konnte man für die Hauptzeit der Periode den Beharrungszustand bezüglich der Wittwenzahl als vorhanden oder doch nahe bevorstehend annehmen, durch die am Ende der Periode vorgenommene Vermehrung der Steueraufseher ist hierin wieder eine Veränderung eingetreten und der Beharrungszustand auch in dieser Richtung weiter hinausgerückt; als dem Beharrungszustand ziemlich entsprechend wird man das Verhältniss von 40 bis 43 Pensionsfällen auf 100 Theilnehmer betrachten können; die regelmässige Durchschnittshöhe der Beiträge hat auch in dieser Periode wiederum durch Gehaltsaufbesserungen eine Veränderung erlitten und dadurch den hier an sich wesentlich entfernteren Beharrungszustand noch mehr hinausgeschoben; die Gehaltsaufbesserungen dieser Periode und mehr noch diejenigen der vorigen Periode äussern ihren Einfluss in einem ganz erheblichen Steigen der Wittwenpensionen und kann nach Lage der Sache diese Wirkung derselben noch nicht erschöpft sein, so dass mit verhältnissmässiger Sicherheit auf ein weiteres Steigen der Wittwenpensionen für die Folgezeit zu rechnen sein wird; wenn schon die Summe, um welche die Pensionen die Beiträge überschreiten, in der laufenden Periode ziemlich regelmässig jährlich zugenommen hat, so wird sich diese Zunahme voraussichtlich noch eine Reihe von Jahren fortsetzen und mithin der Zuschuss, welchen die hier in Frage stehende kleine Anstalt erfordert, jedenfalls nicht unter die bisherige Höhe von 170—180 000 M. pro Jahr sinken, sondern diese Summe zunächst fortgesetzt in sich steigerndem Maasse überschreiten.

dd. Die Civilstaatsbeamten überhaupt.

Die drei vorigen Classen sind dann als Civilstaatsbeamte überhaupt in Eins zusammengefasst, wobei sich allerdings in den Resultaten vorwiegend der Einfluss der letzten Classe geltend macht, nicht nur nach Maassgabe deren bedeutend grösseren Umfangs, sondern auch weil die beiden anderen Classen nach entgegengesetzten Seiten abweichen und sich daher theilweis aufheben. Die Resultate selbst bieten auch nicht das Interesse wie bei den vorigen Classen, da sie sich ja nur aus den Resultaten dieser zusammensetzen und insofern einen selbstständigen Werth nicht haben; sie sollen im Nachstehenden nur kurz angeführt werden. Die Theilnehmerzahl des Anfangsjahres (1899) und des Endjahres (1935) unterscheidet sich nur wenig, doch macht sich für die Zwischenzeit das Abnehmen der Postbeamten und die Vermehrung der Steueraufseher sehr wohl bemerkbar. Die Wittwenzahl, anfangs 746, stieg bis 1881 auf 805 und bewegt sich von da an etwa um 800 herum; die auf je 100 Theilnehmer entfallende Wittwenzahl ist seit dem Jahre 1885 durchweg etwas höher als die bei der Classe der »übrigen Civilstaatsbeamten«, es zeigt sich darin der Einfluss der anderen beiden Classen und können deshalb die bezüglichen Gesammtzahlen nicht als an sich normale angesehen werden. Die Beiträge und in gleicher Weise die Wittwenpensionen nehmen beide von Anfang bis Ende der Periode zu, die ersteren aber geringer, die letzteren stärker als die der

»übrigen Civilstaatsbeamten«, wiederum veranlasst durch die Wirkung der beiden anderen Classen. Die Folge des letzteren Umstandes ist naturgemäss wieder, dass die Summe, um welche die Beiträge durch die Pensionen übertroffen werden, eine stärkere Steigung aufweist, von 101 866 M. im Jahre 1876 auf 202 666 M. im Jahre 1889, also fast genau eine Verdoppelung.

β. Die Hofbeamten.

Die Hofbeamten haben der Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt gleichfalls von Anfang an angehört. Sie haben in ihrer Zahl während der jetzigen sowohl wie während der vorigen Periode nur geringere Veränderungen erlitten; in der vorigen Periode erheben sie sich von 204 auf 226, jetzt von 226 auf 255, insgesamt also in den 52 Jahren eine Zunahme von 25%, ungefähr der Gesammt-Zunahme der »übrigen Civilbeamten« unter Berücksichtigung der Vermehrung der Steueraufseher entsprechend. Hinsichtlich der Wittwenzahl würden demnach die Hofbeamten dem Beharrungszustande in ähnlicher Weise gegenüberstehen wie die »übrigen Civilbeamten«, eher noch etwas entfernter von demselben, da ihre Zunahme gerade in den letzten Jahren eine verhältnissmässig stärkere gewesen ist. Die ermittelten Wittwenzahlen geben allerdings ein etwas anderes Resultat, sie scheiden die Periode gewissermaassen in zwei Hälften, in der ersten bis 1883 wechselt die Zahl um 65 herum, in der zweiten zwischen 71 und 75; man scheint demnach eine Zunahme constatiren zu müssen; dabei ist aber zu bemerken, dass bei einer so geringen Gesammtzahl eine Ausgleichung der verschiedenen zufälligen Einwirkungen nicht stattfinden kann und dass daher auch bei erreichtem Beharrungszustande ein grösseres Schwanken der an sich geringeren Zahlen stattfinden kann und wird. Ganz besonders abweichend gegen die »übrigen Civilbeamten« sind die berechneten Verhältnisszahlen der auf 100 Theilnehmer entfallenden Wittwen, sie sind durchweg weit niedriger und bewegen sich zwischen 26,3 und 33,2, bleiben mithin um etwa 10 zurück; ob es sich hierbei lediglich um eine zeitweise zufällige Erscheinung handelt oder ob ein innerer Grund in den Verhältnissen selbst liegt und daher der fragliche Unterschied dauernd sein wird, muss dahingestellt bleiben, die bisherige Erfahrung ist zu kurz um daraus sichere Schlüsse ziehen zu können; ist das erstere der Fall, so wird man auf ein weiteres starkes Anwachsen der Wittwenzahl rechnen müssen. Die gesammten Beiträge sind von 12155 M. auf 15 596 M. gestiegen, die laufenden von 10 735 M. auf 14 877 M., also um etwa 38%; dieses Steigen ist nicht allein durch die Beamtenvermehrung, sondern auch durch Gehaltsaufbesserungen veranlasst, es zeigt sich hauptsächlich erst in den letzteren Jahren, so dass also die Einwirkung der Gehaltserhöhungen auf die Wittwenpensionen erst in sehr geringem Grade stattgefunden haben kann. Trotzdem sind auch hier die Wittwenpensionen in noch weit erheblicherem Maasse in die Höhe gegangen von 19 319 M. auf 31 537 M., um 63%; es muss dieses neben der Zunahme der Wittwenzahl wiederum hauptsächlich den Gehaltsaufbesserungen der vorigen Periode zugeschrieben werden. Der Ueberschuss der Wittwenpensionen über die Beiträge ist von

7164 auf 15 941 M. (im Endjahre, im Jahre 1887 sogar 16242 M.) angewachsen, also noch stärker als bei den Civilstaatsbeamten überhaupt; in den einzelnen Jahren sind hier ebenso wie bei den Beiträgen die Summen weit wechselndere als bei den früheren Kategorien beobachtet. Wir kommen demnach zu folgendem Endresultat: die kleine Anstalt der Hofbeamten ist durch die stattgehabte Vermehrung ihrer Theilnehmer dem Beharrungsstande wieder ferner gerückt, als sie sonst nach der Länge der Zeit ihrer Angehörigkeit zur grossen Anstalt sein würde, nach letzterer müsste für die Hauptmasse der Mitglieder der Beharrungszustand annähernd erreicht sein; ob die jetzige Wittwenzahl als normale angesehen werden kann, lässt sich nicht mit Sicherheit bestimmen, wäre sie es, so würden die auf 100 Theilnehmer kommenden Pensionsfälle erheblich niedriger sein als bei den Civilstaatsbeamten und sich um die Zahl 30 drehen; bezüglich der zu leistenden Zahlungen liegt der Beharrungszustand noch verhältnissmässig weit zurück, da am Ende der laufenden Periode wiederum Gehaltsaufbesserungen stattgefunden haben und die Aufbesserungen der vorigen Periode noch fort wirken; die Wittwenpensionen werden in Zukunft voraussichtlich in Anbetracht der Wirkung der Gehaltsaufbesserungen noch steigen, ganz bedeutend muss dieses Steigen aber werden, wenn die jetzige Wittwenzahl als eine normale sich nicht herausstellen sollte; der an sich schon erheblichere Ueberschuss der Pensionen über die Beiträge wird demgemäss in der nächsten Zeit zunehmen und ist es als wahrscheinlich zu betrachten, dass die Anstalt einen danach sich bemessenden Zuschuss von gegen 20 000 M. jährlich erfordern wird, ob dieser Zuschuss dann auf 30 000 M. und eventuell darüber steigen wird, hängt davon ab, ob sich das jetzige Verhältniss der Wittwenzahl als ein dauerndes herausstellt oder nicht.

γ. Die landschaftlichen Beamten.

Die landschaftlichen Beamten, welche früher so zahlreich waren, dass für sie eine eigene Wittwencasse gebildet war, sind jetzt auf einige wenige Personen zusammengeschmolzen und sind hier nur getrennt aufgeführt, weil sie gesetzlich ihrer Stellung und ihrem Charakter nach eine besondere Kategorie bilden. Bei einer Mitgliederzahl von 4 kann natürlich von irgend welchen allgemein gültigen Erscheinungsformen nicht die Rede sein. Die Beiträge stellen sich zuletzt auf etwa 400 M. jährlich, beim Vorhandensein einer Wittwe, wie solches jetzt der Fall, stellt sich für die Casse ein Deficit von 11—1200 M. heraus. Die ganzen Verhältnisse der Anstalt sind naturgemäss rein vom Zufall abhängig, denn jedes einzelne Ereigniss ist bei der Geringfügigkeit der in Frage kommenden Gesamtzahlen von ausschlaggebender Wirkung.

δ. Die städtischen Beamten.

Die kleine Anstalt der städtischen Beamten gehört mit zu den ältesten, da ja die städtischen Beamten schon 1777 als Theilnehmer der grossen Anstalt aufgenommen wurden; wie oben angeführt wurde vor 1837 über ein zu grosses Anwachsen der städtischen Theilnehmer, welche zum Theil als eigentliche Beamte ihrer ganzen Stellung und Gehaltsbezuges nach nicht angesehen werden konnten, geklagt; in der vorigen Periode blieb die Zahl der

städtischen Beamten im Wesentlichen unverändert dieselbe, dahingegen hat in der gegenwärtigen Periode eine so starke Zunahme derselben, wie bei keiner anderen Kategorie stattgefunden von 113 auf 176, also um etwa 56% o. Der zu Anfang der Periode vielleicht schon vorhandene oder doch nahe bevorstehende Beharrungszustand ist demnach jetzt wiederum noch weiter hinausgerückt, als bei den anderen älteren Kategorien. Die Zahl der Wittwen zeigt einen ganz besonderen Wechsel; seit 1876 fällt sie im Grossen und Ganzen bis 1885 hin, in welchem Jahre sie mit 24 am niedrigsten steht; von da an ist sie regelmässig gestiegen bis auf 45 im Jahre 1889; wenn man die gesammte Wittwenzahl nur auf die zu Anfang der Periode vorhandene und etwa 100 ausmachende Theilnehmerzahl beziehen wollte, so würde in der Hauptzeit der Periode diese Zahl immer noch verhältnissmässig niedrig stehen, sie würde zwar in der grösseren Zahl der Jahre die bezügliche Verhältnisszahl bei den Hofbeamten übertreffen, aber hinter der bei den übrigen Civilstaatsbeamten weit zurückbleiben. Die auf 100 der wirklichen Theilnehmer entfallende Wittwenzahl ist naturgemäss noch weit geringer, sie muss ja aber auf alle Fälle noch steigen, da die erst in der laufenden Periode eingetretene bedeutende Theilnehmervermehrung erst nach und nach ihren Einfluss ausüben wird; das jetzige Verhältniss kann sonach als ein abgeschlossenes, normales nicht angesehen werden; von 1885 an ist auch die bezügliche Verhältnisszahl bereits von 16,2 auf 25,6 in die Höhe gegangen. Die gesammten Beiträge sind von 7029 M. auf 14 008 M., die laufenden Beiträge von 6204 M. auf 11 698 M. angewachsen, haben sich mithin beide annähernd verdoppelt; dieses entspricht kaum der procentualen Vermehrung der Beamtenzahl, es ist dabei aber zu beachten, dass die Beamtenvermehrung hauptsächlich in den niederen geringer bezahlten Stellen stattgefunden hat und dass daher die Zunahme der Beiträge zum Theil auch mit durch in Wirklichkeit vorgekommenen Gehaltsaufbesserungen, welche allerdings nicht den Umfang wie bei den Civilstaatsdienern gehabt haben können, veranlasst worden ist. Fast in demselben Verhältniss wie die Zahl der Wittwen schwankt auch die Höhe der Wittwenpensionen, das Minimum beträgt 10 669 M., das Maximum im Jahre 1889 14 883 M.; während die Jahre 1881 und 1882 z. B. höhere Summen aufweisen, stehen dann wieder die Jahre 1884 und 1885 besonders niedrig; die durchschnittliche Höhe der einzelnen Wittwenpensionen ist zwar in den einzelnen Jahren wohl eine verschiedene, aber keineswegs eine regelmässig sich erhöhende, wie wir solches bei den vorigen Kategorien hauptsächlich als Folge der Gehaltsaufbesserungen gesehen haben. Das Verhältniss zwischen den Beiträgen und den Pensionen ist hier auch abweichend, schon dadurch, dass man nicht ohne Weiteres von einem Ueberschuss der Pensionen über die Beiträge reden kann, denn in den Jahren 1880, 1885 und 1887 sind die Beiträge um mehrere hundert Mark höher als die Wittwenpensionen, in den übrigen Jahren sind allerdings die letzteren überragend und zwar bis 4063 M. im Jahre 1877; abgesehen vom Jahre 1880 zeigt gerade die letzte Hälfte der Periode die geringsten Ueberschüsse, für die beiden Endjahre ist dabei aber wieder eine Steigerung zu be-

obachten. Als Endresultat muss man Folgendes hinstellen: die kleine Anstalt ist in Folge der starken Vermehrung ihrer Mitgliederzahl weiter als die bisher beobachteten Anstalten vom Beharrungszustande entfernt, welcher zu Anfang der Periode vollständig oder doch annähernd erreicht war; die Zahlen für die einzelnen Verhältnisse zeigen stärkere Abweichungen, weil bei dem geringen Umfang der Anstalt eine Ausgleichung nicht möglich ist und jedes einzelne vom Zufall abhängige Ereigniss schon einen sichtbaren Einfluss ausüben muss, eine allgemeinere Bedeutung darf daher den Zahlen nicht beigemessen werden; nach Lage der Sache steht für die Folgezeit eine Steigerung der Wittwenpensionen mit Sicherheit zu erwarten, einmal wegen der Zunahme der Mitgliederzahl und sodann wegen der allerdings nur in geringerem Umfange erfolgten Gehaltsaufbesserungen; nach Maassgabe des bisherigen Schwankens der bezüglichen Zahlen kann diese Steigerung im Verhältniss zu den Zahlen der letzten Jahre eine recht bedeutende werden; der Ueberschuss der Pensionen über die Beiträge wird für die Folgezeit voraussichtlich ein dauernder bleiben und sich dabei nicht unwesentlich erhöhen; den bisherigen Höhepunkt von 4063 M. kann er vielleicht bald wieder erreichen und sich dann aber eventuell noch um die jetzige Gesamthöhe der Pensionen zu 12—14 000 M. oder darüber steigern, so dass er möglicherweise die Summe von 20 000 M. pro Jahr erreichen wird, letzteres würde aber wahrscheinlich erst nach einer Reihe von Jahren der Fall sein, für die nächsten Jahre wird man nur mit einem eventuellen Ueberschusse von etwa 5000 M. zu rechnen haben.

e. Die Bürger- und Landschullehrer.

Die kleine Anstalt der Bürger- und Landschullehrer, welche übrigens nächst der der Civilstaatsbeamten weitaus den grössten Umfang unter den ausgeschiedenen kleinen Anstalten besitzt, existirt der Hauptsache nach erst seit 1848; es gehörten zwar früher schon Bürgerschullehrer und vereinzelte Landschullehrer der grossen Anstalt an, ihre Zahl (1838/39) verschwindet aber schon gegenüber der im Jahre 1848 hinzugekommenen (392) und tritt noch mehr zurück durch die fortgesetzte und umfassende Vermehrung der Theilnehmer der kleinen Anstalt, deren Zahl im Jahre 1889 das Doppelte der Gesamtzahl vom Jahre 1848 ausmacht. In der laufenden Periode haben sich die Theilnehmer bedeutend stärker als in der vorigen vermehrt, ihre Zahl ist von 655 auf 967 also um 312 oder etwa 42% gestiegen. Bei dieser fortgesetzten Veränderung in der Mitgliederzahl kann natürlich auch von einer Annäherung an den Beharrungszustand in keiner Weise die Rede sein und wenn in der einfachen Wittwenzahl in dieser Periode ein ziemlich constantes Schwanken um etwa 190 herum — das Minimum beträgt 181, das Maximum 200 — zu beobachten ist, so wird man dieses nur als einen rein zufälligen Umstand und nicht etwa als constante Wittwensumme für die Anfangsmitgliederzahl ansehen können. Die auf 100 Mitglieder kommende Wittwenzahl hat in Folge der Theilnehmerzunahme abgenommen, sie steht in den letzten Jahren auf 20,0 bis 20,6 und ist sonach an sich eine sehr niedrige, wie es aber auch vollkommen der Lage der Sache, dem weiten Entferntsein vom

Beharrungszustande, entspricht. Die Gesamtsumme der Beiträge ist von 38 108 M. auf 68 640 M. gestiegen, dabei sind der starken Zunahme der Mitglieder gemäss die Zwölftel hier ganz besonders hoch, während sie sonst regelmässig um ein Zehntel der laufenden Beiträge ausmachen, stellen sie sich hier zwischen ein Siebentel und ein Sechstel; die laufenden Beiträge nehmen ohne Ausnahme von Jahr zu Jahr nicht unerheblich zu, insgesamt von 33 173 M. auf 59 516 M., um über 76%; dass demgemäss die procentuale Zunahme der Beiträge sich noch erheblich höher zeigt, als die der Mitglieder, ist wiederum eine Folge der Gehaltsaufbesserungen, welche sowohl in der laufenden wie namentlich auch in der vorigen Periode in sehr umfangreichem Maasse stattgefunden haben; auch in dieser Richtung ist sonach der Beharrungszustand in weitere Ferne gerückt worden. Die Wittwenpensionen erhöhen sich von 40 347 M. auf 60 052 M., mithin etwa um die Hälfte ihres Anfangsbetrages; da die Wittvenzahl verhältnissmässig constant geblieben, so ist diese Erhöhung wesentlich den Gehaltsaufbesserungen namentlich der vorigen Periode zuzuschreiben; die Wittwenpensionen müssen aber noch erheblich weiter steigen, je mehr man sich dem Beharrungszustande nähert, dabei wirken sowohl die Mitgliedervermehrungen wie die Gehaltsaufbesserungen mit. Während in dem Endjahre der vorigen Periode die Beiträge noch höher waren, als die gezahlten Wittwenpensionen, tritt in den Anfangsjahren dieser Periode von 1876 bis 1883 einschliesslich das umgekehrte Verhältniss hervor, die Pensionen übertreffen die Beiträge, von 1884 an überragen aber wieder die Beiträge die Wittwenpensionen und zwar im Allgemeinen — das Jahr 1887 mit seinem exorbitanten Beitragsüberschuss steht vereinzelt da und hat durch die Gehaltsaufbesserungen des Gesetzes No. 18 vom 29. März 1886 und die in Folge dessen besonders hohen Zwölftelbeiträge diese Sonderstellung — in zunehmendem Maasse; es ist dieses ein ferneres Zeichen dafür, dass eben der Beharrungszustand noch weit entfernt liegt. Danach bildet Folgendes das Endresultat: der Beharrungszustand liegt für die kleine Anstalt der Bürger- und Landschullehrer nach jeder Richtung hin noch in sehr weiter Ferne; muss es schon fraglich erscheinen, ob für die im Jahre 1848 vorhandene eigentliche Anfangsmitgliederzahl in dem inzwischen verstrichenen Zeitraume die Erreichung desselben überhaupt möglich gewesen, so ist weiter durch die ganz hervorragende fortgesetzte Vermehrung der Mitgliederzahl ein stetes Wieder- und Weiterabkommen von demselben ausser Frage gestellt; die bislang in dieser Periode ziemlich constante Wittwenzahl muss demnach in der Folgezeit noch erheblich zunehmen; die Höhe der Pensionen wird aber nicht nur dementsprechend steigen, sondern in noch stärkerem Maasse, da auf sie einestheils die Gehaltsaufbesserungen der vorigen Periode, deren Einfluss noch nicht erschöpft sein kann, andernteils aber die bedeutenden Gehaltsaufbesserungen der laufenden Periode einwirken werden; das jetzt in dem letzten Theil der Periode vorhandene Verhältniss, dass die Beiträge höher sind als die gezahlten Pensionen, kann nach Lage der Sache nicht lange mehr Bestand haben und wird sich bald in das Gegentheil umkehren, ob dieser Wechsel schnell und schroff sich voll-

ziehen wird, ist natürlich nicht mit Sicherheit zu bestimmen, doch möchte ich solches mit Rücksicht auf die sonst gemachten Erfahrungen fast als wahrscheinlich annehmen; mit der Zeit wird dann aber der Zuschuss, welchen die Anstalt erfordern wird, ein immer höherer werden, wobei nicht ausser Acht zu lassen ist, dass die in Frage stehende Anstalt nächst der der Civilstaatsbeamten an Umfang weit-aus die bedeutendste ist; wollte man das voraussichtliche Endresultat ungefähr veranschlagen, so könnte man nach Lage der Sache vielleicht annehmen, dass die jetzige Pensionssumme sich veranderthalbfachen, mithin um rund 90 000 M. auf 150 000 M. anwachsen und dass dann ein Jahreszuschuss von 80—90 000 M. erforderlich werden werde, ein Resultat, welches sich aber langsam heranbilden wird und erst nach Jahrzehnten zu erwarten steht.

5. Die Prediger.

Bei den Predigern fand ein Gleiches statt wie bei den Bürger- und Landschullehrern, es war zunächst ein kleiner Theil derselben (1838 27, 1850 31) in die grosse Anstalt aufgenommen und dann folgte im Jahre 1854 eine all-gemeinere Aufnahme, zu Folge welcher noch 124 Prediger Theilnehmer wurden. So zählte bis 1873 die kleine Anstalt der Prediger um 154 Mitglieder; 1873 wurde aber das unzureichende Pfarrwittwen-thum nach Maassgabe der vor-genommenen Pensionserhöhung erweitert und stieg dadurch die Theilnehmerzahl auf etwa 230—240; sie hat sich dann in dieser Höhe auch während der laufenden Periode er-halten, im Anfangsjahr derselben 234, im Endjahr 245 aus-machend. Der seit der Hauptaufnahme der Prediger ab-gelaufene Zeitraum muss an sich doch wohl zur Erreichung des Beharrungszustandes für den Hauptstamm der Anstalt als zu kurz angesehen werden, dann ist durch die Theil-nehmervermehrung vom Jahre 1873, welche unter Zugrunde-legung der Mitgliederzahl des Endjahres über 59 % beträgt, dieser Zeitpunkt noch wesentlich weiter in die Ferne ge-rückt. Im Jahre 1889 ist endlich mit dem am 1. August dieses Jahres erfolgenden Inslebens-treten der neuen Landes-Pfarrwittwen-Versorgungsanstalt die kleine Anstalt der Prediger für neue Theilnehmer geschlossen worden, die im gedachten Zeitpunkte vorhandenen Mitglieder der Anstalt bleiben dieses, scheiden aber bei jeder Versetzung auf eine andere Pfarrstelle aus. Folge der letzteren Bestimmung muss sein, dass die Mitgliederzahl der in der Auflösung begriffenen kleinen Anstalt der Prediger in der Folgezeit verhältnissmässig schneller abnehmen wird, da auf dieselbe nicht nur der regelmässige Abgang durch Tod, sondern auch der Abgang durch Versetzung auf eine andere Pfarr-stelle von Wirkung sein wird; in der Mitgliederzahl des Jahres 1889 tritt die Schliessung der Anstalt noch nicht hervor, im Jahr 1890, wie hier vorweg bemerkt werden soll, zeigt sich aber schon die raschere Abnahme, indem in diesem Jahre insgesamt 27 Mitglieder und zwar 8 durch Tod pp. und 19 durch Versetzung auf eine andere Pfarr-stelle weggefallen sind, während der durchschnittliche Ab-gang seit 1876, welcher an sich schon verhältnissmässig hoch gewesen, sich auf nur 7 beläuft. Die Zahl der Wittwen ist in der Periode fortdauernd von 54 auf 98 gestiegen; ebenso wie diese Steigung an sich eine sehr erhebliche ist, muss auch die Gesamtzahl als eine verhältnissmässig

bedeutende angesehen werden; auf 100 Theilnehmer kommen zunächst 20,6 dann steigt der Satz allmählig bis auf 40,0, damit annähernd das Verhältniss bei den »übrigen Civil-staatsbeamten« erreichend; dabei ist aber noch zu berück-sichtigen, dass die starke Mitglieder-Vermehrung vom Jahre 1873 ihren Einfluss noch nicht voll ausgeübt haben kann und dass demnach noch ein weiteres Wachsen der Wittwen-zahl zu erwarten stände; die hervorragend hohe Wittwen-zahl bei den Predigern ist aber auch wohl mit auf die besonderen Theilnehmerverhältnisse derselben, bei welchen dem Zufall ein noch erheblicherer Einfluss gegeben ist, zurückzuführen; in Folge der Schliessung der Anstalt wird voraussichtlich höchstens noch einige Jahre eine ge-ringere Zunahme der Wittwen sich zeigen, dann wird ihre Zahl vielleicht nach einer kleinen Stillstandsperiode all-mählig abnehmen, allerdings jedenfalls in wesentlich lang-sameren Tempo als die Mitgliederzahl. Die Gesamt-beiträge haben sich von 17 775 M. auf 26 733 M., die laufenden Beiträge von 15 366 M. auf 24 063 M. erhöht; da die Mitgliederzahl ziemlich unverändert geblieben ist, so ist dieser Umstand in der Hauptsache darauf zurückzu-führen, dass bei den vorgekommenen Neuabschätzungen der Pfarreinkommen sich dieses höher als früher heraus-gestellt hat; es hat dieses an sich dieselbe Wirkung wie die Gehaltsaufbesserungen und ist daher auch hier mit diesem Factor zu rechnen. Die erheblichste Steigung, und zwar eine Steigung, wie sie bei den übrigen Kate-gorien nicht annähernd beobachtet worden, weisen aber die Wittwenpensionen auf, welche im Jahre 1876 17 536 M. im Jahre 1889 dagegen 46 292 M. betrugen; diese Steigung von 164 % übertrifft das Anwachsen der Wittwenzahl zu 82 % also noch um ein ganz Bedeutendes; für dasselbe muss daher namentlich die Höherabschätzung des Pfarreinkommens, welche in der vorigen Periode nach Lage der Sache noch mehr stattgehabt haben wird wie in der jetzigen, von Einfluss gewesen sein, obwohl auch hier ein Theil mit auf die schon oben berührten beson-deren Theilnahmeverhältnisse der Prediger zu schieben sein wird; in der Folgezeit werden aber aller Wahr-scheinlichkeit nach die Pensionen noch wachsen, wenn auch die Wittwenzahl bereits abzunehmen anfängt, denn in Folge der Höherabschätzungen des Pfarreinkommens werden die hinzukommenden Pensionen durchweg höher sein als die wegfallenden und sonach auch bei geringerer Zahl die letz-teren überragen können. Im ersten Jahre der Periode waren die Beiträge noch höher als die Pensionen, dann aber tritt das umgekehrte Verhältniss ein, welches sich gegen den Schluss der Periode mit einzelnen Abweichungen immer mehr steigert, 1889 betragen die Pensionen 19 559 M. mehr als die Beiträge; diese Summe wird sich voraus-sichtlich noch eine Reihe von Jahren steigern, denn die Beiträge werden schnell sinken, die Pensionen aber noch zunehmen oder mindestens eine Zeit lang auf ihrer jetzigen Höhe bleiben. Wir erhalten demnach folgendes End-resultat: die kleine Anstalt der Prediger ist im Endjahre der Periode noch verhältnissmässig weit vom Beharrungs-zustande geschlossen worden; ein derartiges Schliessen muss nothwendig für die Gesamtanstalt grössere Opfer bedingen, da die kleine Anstalt die zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen nothwendigen Kapitalien noch nicht an-

gesammelt haben konnte; da die vorhandenen Theilnehmer auch bei Versetzung auf eine andere Pfarrstelle ausscheiden, so wird die Mitgliederzahl und dementsprechend die Summe der Beiträge um so schneller abnehmen, dagegen wird die Wittwenzahl vielleicht zunächst noch etwas steigen, jedenfalls aber eine Zeit lang den jetzigen Stand annähernd beibehalten, daneben werden aber die Wittwenpensionen in Folge der Höherabschätzungen der Pfarreinkommen aller Wahrscheinlichkeit nach noch weitere Jahre hindurch zunehmen; der Zuschuss, welchen die sich auflösende Anstalt für die nächste Zeit bedürfen wird, wird sich dementsprechend wohl unter allen Umständen nicht unerheblich erhöhen, der jetzige Zuschuss stellt sich gegen 20 000 M., dass die doppelte Summe erreicht wird, dass sie in verhältnissmässig kurzer Zeit erreicht wird, ist nach Lage der Sache durchaus nicht als unwahrscheinlich anzunehmen, wenn man das rapide Wachsen der Pensionen in der laufenden Periode berücksichtigt.

7. Das Polizeimilitär.

Die kleine Anstalt des Polizeimilitärs besteht etwa dieselbe Zeit wie die der Bürger- und Landschullehrer, zur Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt gehört sie ja allerdings erst seit dem Jahre 1869, aber vorher waren die Mannschaften des Polizeimilitärs — die Officiere können ihrer verschwindenden Anzahl wegen ausser Betracht gelassen werden — Mitglieder der im Jahre 1849 begründeten Unterofficiers - Wittwen- und Waisen - Versorgungsanstalt und muss man daher von der Errichtung der letzteren Anstalt das Alter der in Frage stehenden Anstalt datiren. Die Mitgliederzahl wird sich seitdem nicht wesentlich verändert haben, in der laufenden Periode schwankt sie um 125 herum. Die Wittwenzahl hat sich in dieser Periode fast genau verdoppelt, 1876 20, 1889 39 ausmachend, es entspricht dieses der naturgemässen Entwicklung der Anstalt, welche sich jetzt dem Beharrungszustande mehr nähert. Die auf 100 Theilnehmer kommende Wittwenzahl ist von 15,6 auf 31,2 gestiegen; sie scheint verhältnissmässig schon ziemlich hoch zu sein, da man immerhin auch den Umstand berücksichtigen muss, dass ein mehr oder weniger grosser Theil der Mannschaften des Polizeimilitärs nach Absolvirung einer gewissen Dienstzeit in andere Militärämterstellen einzurücken pflegt und für diesen also der eventuelle Pensionsfall in einer anderen kleinen Anstalt eintritt. Die Beiträge haben auch hier zugenommen und zwar die gesammten von 5683 M. auf 7403 M., die laufenden von 4585 M. auf 6131 M.; bei der gleichbleibenden Mitgliederzahl ist diese Zunahme, welche für die laufenden Beiträge 34% ausmacht, in der Hauptsache wiederum den Gehaltsaufbesserungen zuzuschreiben. Die Gehaltsaufbesserungen, welche übrigens auch in der vorigen Periode sogar in noch erheblicherem Maasse stattgefunden haben, äussern ihren Einfluss auch auf die Höhe der Wittwenpensionen, diese ist nämlich von 2137 M. auf 7568 M. gestiegen, also um 254%, da die Wittwenzahl sich nur verdoppelt hat, so bleibt also hier für die Gehaltsaufbesserungen ein ganz erheblicher Antheil. Bei der bedeutenden Zunahme der Wittwenpensionen, welche übrigens wesentlich in die letzten Jahre fällt, ist natürlich auch der Ueberschuss dieser über die Beiträge jetzt ein verhältnissmässig bedeutender geworden; im An-

fangsjahr der Periode waren die Beiträge noch höher als die Pensionen, in den darauf folgenden Jahren überragen die letzteren in wechselnder Höhe, von dem Jahre 1884 an steigt dieses Ueberragen aber verhältnissmässig schnell auf 19559 M. im Jahr 1889; nach Lage der Sache wird voraussichtlich ebensowohl ein Steigen der Wittwenpensionen, wie ein Steigen des Ueberschusses derselben über die Beiträge noch stattfinden müssen, denn die Gehaltsaufbesserungen namentlich der laufenden Periode können noch nicht die volle Wirkung ausgeübt haben. Das Endresultat lässt sich sonach folgendermaassen zusammenfassen: die kleine Anstalt des Polizeimilitärs geht in Anbetracht der verhältnissmässig längeren Constanz ihrer Mitgliederzahl dem Beharrungszustande bezüglich der Wittwenzahl stark entgegen und ist demselben möglicherweise am Ende der Periode schon nahe, eine Zunahme der Wittwen, wenn auch vielleicht keine erhebliche, ist aber doch wohl noch zu erwarten; auf die Wittwenpensionen muss sich aber noch der Einfluss der in den beiden letzten Perioden erfolgten namhaften Gehaltsaufbesserungen geltend machen, bezüglich derselben liegt der Beharrungszustand demnach wohl erheblich weiter zurück; für die Folgezeit ist deshalb ein weiteres Steigen der Wittwenpensionen mit Sicherheit anzunehmen und wird damit auch der Zuschuss, welchen die kleine Anstalt fordert, wachsen, jetzt hat der letztere eine Höhe von ungefähr 20 000 M. erreicht, aller Wahrscheinlichkeit nach wird er diese Höhe in den nächsten Jahren überschreiten und kann sich möglicherweise bis gegen 30 000 M. aufschwingen.

8. Die Eisenbahnbeamten.

Schon oben ist näher ausgeführt worden, wie die Eisenbahnbeamten in der vorigen Periode zuerst entstanden sind und sich dann verhältnissmässig schnell zu einer bedeutenden Anzahl emporgeschwungen haben und wie die kleine Anstalt derselben dann plötzlich im Jahre 1870 durch den Verkauf der bislang staatlichen Eisenbahnen an eine Privatgesellschaft zur Schliessung gekommen. In der Zeit von 1838 bis 1870 war die Zahl der Eisenbahnbeamten auf 614 einschliesslich der Pensionäre herangewachsen, bis 1876 hatte sich diese Zahl bereits auf 500 vermindert und ist bis zum Jahre 1889 auf 363 gefallen; die jährliche Abnahme beträgt nach dem Gesamtdurchschnitt 13, nach dem Durchschnitt für die laufende Periode 11, es würden mithin noch 30 bis 40 Jahre bis zum Verschwinden sämtlicher Theilnehmer vergehen können. Trotz des schnellen Abnehmens der Mitgliederzahl ist die Zahl der Wittwen bis zum Jahre 1881 fortgesetzt gestiegen, von 1876 bis dahin von 130 auf 162, in den folgenden Jahren bleibt sie durchweg ein wenig unter der letzteren Summe, um dann aber im Jahre 1889 dieselbe wieder mit 176 verhältnissmässig stärker zu überschreiten; es ist dieses eben die Folge davon, dass bei dem fortgesetzten Anwachsen der Mitgliederzahl der Beharrungszustand noch lange nicht erreicht sein konnte, die Anstalt vielmehr bei ihrer Schliessung im Wesentlichen als noch in den ersten Entwicklungsjahren befindlich angesehen werden musste; man sieht daraus gleichzeitig, wie lange Jahre bei einer geschlossenen Anstalt die Wittwenzahl noch zunehmen kann, nachdem die Mitgliederzahl schon im starken Abnehmen begriffen

ist. Die Zahl der auf 100 Theilnehmer kommenden Wittwen muss bei der Abnahme der Theilnehmer und der Zunahme der Wittwen natürlich fortgesetzt gestiegen sein, sie ist aber unter diesen Verhältnissen als eine an sich normale nicht anzusehen; im Endjahre kommen über 48 Wittwen auf 100 Theilnehmer. Die Beiträge sind mit der Mitgliederzahl natürlich auch gesunken, insgesamt von 28483 M. auf 20878 M., die laufenden allein von 27777 M. auf 20137 M.; da sich die Mitgliederzahl um über 27 %, die Summe der laufenden Beiträge aber nur um nicht ganz 21 % vermehrt hat, so sind auch hier Gehaltszulagen und Gehaltsaufbesserungen mit von Einfluss gewesen. Bezüglich der Wittenpensionen zeigt das Endjahr mit 64204 M. einen ganz erheblichen Unterschied gegen das Anfangsjahr mit nur 28540 M., also eine Zunahme von 132 %; wenn nun diese Zunahme schon im Ganzen der der Wittwenzahl von 36 % nicht entspricht, so schliesst sie sich ebensowenig an die Zunahme der Wittwen innerhalb der einzelnen Jahre an, sie ist nämlich in der ersten Hälfte der Periode, in welcher gerade die Zunahme der Wittwen stattgefunden hat, verhältnissmässig geringer und nimmt in den letzten Jahren einen weit stärkeren Aufschwung; es ist dieses auf Gehaltsaufbesserungen der vorigen und dieser Periode zurückzuführen, deren Wirkung sich danach erheblicher erweist als die Zunahme der Wittwen. Bei dieser Lage der Sache ist natürlich der Ueberschuss der Pensionen über die Beiträge schnell und stetig gewachsen; im Anfangsjahre der Periode betrug er nur 57 M., stand also eigentlich gleich Null, im Endjahre macht er 43326 M. aus; ob in dieser Summe der Höhepunkt schon erreicht sein wird, lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen; die Wittwenpensionen können immerhin noch zunehmen, eine solche Zunahme erscheint sogar nicht unwahrscheinlich, die Beiträge gehen naturgemäss zurück, damit würde eine Steigung des Ueberschusses schon gegeben sein. Das Endresultat ist danach Folgendes: die im Jahre 1870 noch sehr fern vom Beharrungszustande geschlossene kleine Anstalt der Eisenbahnbeamten ist in ihrer Mitgliederzahl bereits stark zurückgegangen, für die nächste Zeit ist eine jährliche Abnahme von etwa 10—15 zu erwarten, welche Zahl sich aber immerhin durch eine Reihe von Zufälligkeiten anders stellen kann, ganz verschwinden werden die Theilnehmer voraussichtlich in 30—40 Jahren; die Beiträge werden dementsprechend auch geringer werden, aber nicht ganz in dem Verhältniss, weil die noch vorhandenen Mitglieder auch für die ihnen später verliehenen Gehaltszulagen beitragen dürfen und müssen; für die Wittwenzahl wird der Höhepunkt annähernd erreicht sein, doch ist auch hier ein weiteres Steigen unter Berücksichtigung der Verhältnisse in der laufenden Periode nicht ausgeschlossen; auf die Pensionen werden ausser der Wittwenzahl auch die Gehaltsaufbesserungen und die Gehaltszulagen von Einfluss sein, wenn sie jetzt auch schon eine beträchtliche Höhe erreicht haben, so ist doch für die nächste Zeit eine Zunahme derselben eher wie eine Abnahme zu vermuthen; der jetzige Zuschuss der Casse von rund 43000 M. wird daher für die nächste Folgezeit mit ziemlicher Sicherheit noch als erforderlich anzunehmen sein, voraussichtlich wird er sogar anfangs noch überschritten werden und auf 50000 M. oder darüber kommen können.

1. Das Militär.

Die kleine Anstalt, welche das Militär bildet, ist, wie oben schon näher ausgeführt, in der vorigen Periode bereits als geschlossene mit der grossen Anstalt vereinigt worden. Eigentlich enthält sie zwei Anstalten, die sogenannte Officiers-Wittwencasse und die Unterofficiers-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt; beide sind hier in Eins zusammengezogen, obwohl die Lage beider nach den obigen Ausführungen eine wesentlich verschiedene war und der grossen Anstalt durch die letztere ein Vorthail, durch die erstere aber eine erhebliche Belastung zu Theil wurde; die Zusammenfassung ist aber trotzdem der grösseren Einfachheit wegen geschehen, und weil die Daten für die beiden früheren Cassen jetzt zusammengezogen waren und sich nicht mit voller Sicherheit auseinanderhalten liessen; auch scheint es mit Rücksicht auf die gleichzeitige und gleichförmige Vereinigung unbedenklich, wenn der durch die eine Casse herbeigeführte Vorthail auf den durch die andere veranlassten Nachtheil in Anrechnung gebracht wird. Die im Jahre 1869 ausschliesslich des Polizeimilitärs noch 322 betragende Mitgliederzahl war schon bis zum Anfang der laufenden Periode auf 133 zurückgegangen, 1889 ist sie auf 64 gefallen; dabei ist zu beachten, dass den Mitgliedern dieser kleinen Anstalt der Austritt gesetzlich freisteht und dass demnach jeder, welcher kein Interesse mehr an der Anstalt hat, sofort ausscheiden wird; durchschnittlich sind in der letzten Periode 5 Mitglieder jährlich fortgefallen und wenn sich dieses Sinken jetzt in Anbetracht der geringeren Gesamtzahl etwas verlangsamten wird, so ist doch anzunehmen, dass binnen 20—30 Jahren die Theilnehmer ganz oder bis auf vereinzelte verschwunden sein werden. Die Wittwenzahl ist jetzt entschieden schon im Abnehmen begriffen, bis 1880 dreht sie sich etwa um 70, von da an ist sie aber allmähig auf 51 herabgesunken; für die Folgezeit steht ein weiteres Sinken zu erwarten, wenn es auch sehr wohl möglich ist, dass für einzelne Jahre wiederum eine geringe Zunahme hervortritt. Die auf 100 Theilnehmer entfallende Wittwenzahl war schon zu Anfang der Periode ganz besonders hoch und ist noch fortgesetzt gestiegen, sie entspricht den besonderen Verhältnissen der Anstalt und ist für die Anstalten mit normalen Verhältnissen nicht weiter zu verwerthen. Die Beiträge der Mitglieder sind von 9383 M. auf 5634 M. herabgegangen, Zwölftel sind in den letzten Jahren überhaupt nicht mehr, in den übrigen theilweise von sehr unbedeutendem Betrage gezahlt; 1876 betrugen die laufenden Beiträge 9309 M., so dass diese also um etwa 392 gefallen sind, mithin geringer als die Mitgliederzahl, hier wohl lediglich eine Folge der erfolgten Gehaltserhöhungen; hervorzuheben ist hier noch, dass die Mehrzahl der Mitglieder aus Pensionirten besteht, welche Beiträge von einem niedrigeren Satze als er bei der Pensionsberechnung zu Grunde gelegt wird, leisten, und dass daher die Summe der später noch entstehenden Pensionen grösser sein wird, als an sich nach der Höhe der zu zahlenden Beiträge anzunehmen wäre. Die Wittwenpensionen lassen trotz der Verminderung der Wittwenzahl ein eigentliches Sinken noch nicht erkennen, sie bewegen sich zwischen 35 und 41000 M., bald steigend, bald fallend hin und her; dass das an sich zu erwartende Sinken der Höhe der Wittwenpensionen

noch nicht eingetreten ist, hat einmal seinen Grund in den Gehaltsaufbesserungen der vorigen Periode, sodann aber auch wesentlich mit darin, dass die geringer besoldeten Interessenten der früheren Unterofficier-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt, welche später durchweg als Militäranwärter in andere Beamtenkategorien übergetreten sind, fast ganz hinweggefallen sind, und dass auch von den Mitgliedern der Officier-Wittwencasse wesentlich nur die besser besoldeten geblieben sind; bei jetzt eintretenden Pensionsfällen sind daher regelmässig hohe Beträge zu zahlen, während die hinwegfallenden erheblich geringer sind, da die früheren Pensionen sich mehr auf sämtliche Gehaltsabstufungen vertheilten; eine wesentliche Abnahme der Pensionen wird daher auch für die Folgezeit noch nicht zu erwarten sein. Der Ueberschuss der Pensionen über die Beiträge ist auch in der Periode ziemlich gleich geblieben, er wechselt um 30 000 M. herum und wird voraussichtlich diese Höhe noch einige Zeit beibehalten. Demnach wird als Endresultat Folgendes zu betrachten sein: bei der kleinen Anstalt des Militärs machen sich die Folgen der Schliessung schon stärker geltend als bei den übrigen geschlossenen Anstalten, es zeigt sich hier nicht nur in der Mitgliederzahl und der Höhe der Beiträge, sondern auch bereits in der Wittwenzahl eine Abnahme und gleichzeitig ist das Verhältniss der Wittwen zu der Theilnehmerzahl ein ganz abnorm hohes geworden; bis zum gänzlichen oder wesentlichen Verschwinden der Mitglieder wird immerhin noch ein Zeitraum von 20—30 Jahren vergehen können, das Verschwinden der Wittwen und damit das gänzliche Aufhören der Anstalt wird nicht vor etwa 50 Jahren zu erwarten sein, selbst wenn man berücksichtigt, dass jetzt schon die sämtlichen Theilnehmer mindestens im mittleren Alter sind; wenn die Wittwenpensionen bislang sich noch auf ihrer Höhe erhalten haben, so hat dieses in den Gehaltsaufbesserungen der vorigen Periode und in dem Ausscheiden der geringer besoldeten Mitglieder seine besondere Veranlassung; die letzten beiden Umstände werden ihre Wirkung aber auch noch ferner ausüben und voraussichtlich eine Abnahme der Wittwenpensionen noch einige Zeit hinausschieben; der Zuschuss, welchen die kleine Anstalt erfordert, wird unter diesen Umständen wahrscheinlich zunächst noch unverändert auf der bisherigen Höhe von etwa 30 000 M. bleiben und erst dann allmählig später schneller sinken.

z. Die Communion- und Hüttenbeamten.

Die Communion-Unterharz'schen Beamten sind ebenso wie die Landschaftlichen Beamten hier nur deshalb speciell ausgeschieden, weil sie das Gesetz besonders classificirt; es sind mit ihnen die sonstigen Hüttenbeamten vereinigt worden, weil aus den Rechnungen sich nicht immer mit Sicherheit namentlich bei den Wittwen feststellen liess, ob ein Hüttenbeamter zu den Communion-Unterharz'schen Beamten gehörte oder nicht; nach dem gegen Ende der vorigen Periode erfolgten Verkauf der staatlichen Hüttenwerke im Harz verschwinden die Hüttenbeamten auch immer mehr und sind jetzt nur noch einige wenige vorhanden; die sämtlichen Daten der ausgeschiedenen kleinen Anstalt beziehen sich auf einen so geringen Mitgliederkreis, dass allgemeine Schlussfolgerungen daraus wegen der gänz-

lich mangelnden Ausgleichung der nothwendig eintretenden Zufälligkeiten nicht gezogen werden können, es sollen deshalb hier nur die Ergebnisse im Allgemeinen kurz berührt werden. Die Mitgliederzahl ist in dieser Periode von 23 auf 11 herabgesunken, eine Abnahme, welche sich aus der vorigen Periode noch fortsetzt. Die Wittwenzahl wechselt um 10 herum, sie entspricht der früheren grösseren Mitgliederzahl, wie auch die Verhältnisszahl der auf 100 Theilnehmer entfallenden Wittwen ausweist, welche schliesslich auf 100 steigt. Die Beiträge haben sich von 1265 M. auf 700 M. vermindert, die Wittwenpensionen sind dagegen von 4580 M. auf 6313 M. gestiegen, es kann hierbei eine Gehaltsaufbesserung mitgewirkt haben, es kann aber auch lediglich der Zufall entscheidend gewesen sein, dass an Stelle weggefallener Wittwen mit niedrigen Bezügen Wittwen mit hohen Bezügen zugetreten sind. Der Zuschuss, welchen die kleine Anstalt erfordert, ist von 3315 M. auf 5613 M. gestiegen; nach Lage der Sache wird er sich voraussichtlich zunächst einige Zeit annähernd auf dieser Höhe halten, wobei auch ein geringes Steigen nicht ausgeschlossen ist; dann wird er allmählig abnehmen.

λ. Die Procentverhältnisse der Tabelle VI.

In der Tabelle VI sind verschiedene Procentverhältnisse auch für die einzelnen speciell ausgeschiedenen Beamtenkategorien berechnet, deren Betrachtung hier zweckmässiger in Eins erfolgt. Zunächst ist der procentuale Antheil der einzelnen Beamtenkategorien an der gesammten Beitragseinnahme für die Jahre von 1875 bis 1889 gegeben worden, es ist dieses gewissermaassen das Verhältniss der activen Bethheiligung der einzelnen Beamtenkategorien an der Anstalt und die Veränderung desselben innerhalb der Periode, auf welche naturgemäss die verschiedenen Entwicklungsstadien der einzelnen soeben betrachteten kleinen Anstalten von Einfluss sein müssen. Den Kern der Gesamt-Anstalt bilden, wie schon oben hervorgehoben, die »übrigen Civilbeamten«, sie zeigen hier auch ein ziemlich constantes Verhältniss und sind durchweg etwa um die Hälfte an der Beitragsleistung theilhaftig; in ähnlicher Weise constant ist das Bethheilungsverhältniss auch bei den Hofbeamten, beide Classen sind aber auch an sich schon am meisten abgeschlossen und dem Beharrungszustande am nächsten. Bei der Gesamtheit der Civilbeamten fällt der Antheil an den Beiträgen etwas, es macht sich dabei der Einfluss der Postbeamten und der Beamten, deren staatliche Function in Wegfall gekommen ist, geltend. Bei denjenigen Beamtenkategorien, für welche die Theilnahme an der Anstalt geschlossen ist und demnächst ganz in Wegfall kommt, muss natürlich der active Antheil an der Anstalt abnehmen, es sind dieses ausser den eben schon genannten Postbeamten und Civilstaatsbeamten, deren staatliche Functionen in Wegfall gekommen, die Eisenbahnbeamten, das Militär, und zum Theil auch die Communion- und Hüttenbeamten, endlich wenn auch erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1889 die Prediger; bei den ersteren zeigt sich auch die Abnahme des Antheils an der Beitragszahlung ziemlich stetig und während der ganzen Periode von Jahr zu Jahr fortschreitend; bei den Predigern ist im letzten Jahre auch bereits eine geringe Abnahme sichtbar, während für die anderen Jahre der Periode eine Zu-

nahme constatirt werden muss. Bei den im Laufe der Periode noch verhältnissmässig stark gewachsenen Beamtenkategorien der städtischen Beamten und der Bürger- und Landschullehrer findet sich gleicherweise auch ein Wachsen in dem Antheil an den Beiträgen. Für das Polizeimilitär bewegt sich der Antheil wesentlich um eine Durchschnittszahl herum. Ueberblickt man das Gesamtergebniss für die ganze Periode, so macht sich dementsprechend doch eine nicht unerhebliche Verschiebung für die Antheile der einzelnen Beamtenkategorien an den Beiträgen bemerkbar: etwa gleich bleiben in ihrem Antheil die übrigen Civilstaatsbeamten (1876 51,15, 1889 51,50) die Hofbeamten (1876 4,37, 1889 4,52), die Landschaftlichen Beamten (1876 0,22, 1889 0,12) und das Polizeimilitär (1876 2,04, 1889 2,14), abnehmen die Civilstaatsbeamten überhaupt (1876 56,64, 1889 53,67), die Postbeamten (1876 5,22 1889 2,55), die Civilstaatsbeamten, deren staatliche Functionen in Wegfall gekommen sind, (1876 0,27 1889 0,07), die Eisenbahnbeamten (1876 10,25, 1889 6,05), das Militär (1876 3,38 1889 1,63) und die Communion- und Hüttenbeamten (1876 0,46, 1889 0,20), dagegen nehmen erheblich zu die städtischen Beamten (1876 2,53, 1889 4,05) und die Bürger- und Landschullehrer (1876 13,71 1889 19,87), die Prediger endlich haben obschon ihr Antheil im letzten Jahre schon gefallen, im Ganzen gleichfalls noch zugenommen (1876 6,40, 1889 7,74).

Demnächst ist der procentuale Antheil der einzelnen Beamtenkategorien an der gesammten Pensionsausgabe berechnet, und ist damit im Gegensatz zu dem vorher behandelten Verhältniss der passive Antheil der einzelnen kleinen Anstalten an der grossen Gesamtanstalt und die Veränderung desselben innerhalb der Periode ausgedrückt. Die Verschiedenheit der Entwicklungsstadien, in welchen sich die einzelnen Beamtenkategorien bzw. die durch sie gebildeten kleinen Anstalten befinden, tritt namentlich auch in den Abweichungen, welche die hier ermittelten Verhältnisszahlen gegenüber den vorher behandelten zeigen, hervor. Der Hauptkern der Anstalt, die übrigen Civilbeamten, deren procentualer Antheil bei der activen Betheiligung in der Periode im Wesentlichen derselbe geblieben, weisen bei der passiven Betheiligung ein geringes Sinken auf, es ist dies die Folge von dem bedeutenden Anwachsen der Wittwenpensionen bei einzelnen anderen Kategorien, da ein in den Verhältnissen der kleinen Anstalt selbst liegender Grund dafür nicht vorhanden; der Antheil der Postbeamten an den Pensionen hat verhältnissmässig stark zugenommen, während der der Civilstaatsbeamten, deren staatliche Functionen in Wegfall gekommen sind, gesunken ist, die ersteren hatten eben bei Beginn der Periode den Höhepunkt ihrer Verpflichtungen noch nicht erreicht, was bei den letzteren bereits der Fall war; durch die Ausgleichung der Verhältnisse nach Maassgabe des eben Gesagten bleibt der Antheil der Civilstaatsbeamten überhaupt im Anfangs- und im Endjahre ohne wesentlichen Unterschied, innerhalb der Periode tritt aber doch ein gewisses Steigen und später ein etwas stärkeres Fallen desselben hervor. Die Hofbeamten, die städtischen Beamten und die Bürger- und Landschullehrer bleiben in ihrem passiven Antheil an der Anstalt ziemlich constant, die letzteren beiden, weil sich ihre Veränderung in der activen Betheiligung durch Mitgliedervermehrung noch nicht voll geltend

machen konnte und der Beharrungszustand noch weiter zurückliegt. Die Landschaftlichen Beamten traten erst im Jahre 1881 mit einer Wittwenpension ein, die Communion- und Hüttenbeamten drehen sich ohne grosse Unterschiede um eine Durchschnittszahl; der Antheil beider ist bei der minimalen Bedeutung ihrer beiden kleinen Anstalten nur ein ganz untergeordneter. Wenig erheblicher ist der des Polizeimilitärs, welcher übrigens verhältnissmässig stark zugenommen hat, der Entwicklung dieser Anstalt entsprechend. Am bedeutendsten ist die Zunahme bei den Predigern und den Eisenbahnbeamten, beide hatten den Höhepunkt ihrer Verpflichtungen noch nicht erreicht, streben demselben aber stark zu. Der Antheil des Militärs wird von Jahr zu Jahr ein niedrigerer, weil die Ausgabesumme dieser Anstalt innerhalb der Periode durchweg gleich blieb und von der sonstigen allgemeinen Erhöhung nicht berührt wurde. Die Verschiebung der Antheilsverhältnisse der einzelnen Kategorien ist hier dementsprechend nicht ganz so stark, wie bei der activen Betheiligung; ziemlich unverändert bleibt der passive Antheil bei den Civilstaatsbeamten überhaupt (1876 60,85, 1889 59,07) den Hofbeamten (1876 4,53, 1889 4,80), den Landschaftlichen Beamten (1876 0,00 1889 0,24), den städtischen Beamten (1876 2,57, 1889 2,27), den Bürger- und Landschullehrern (1876 9,47 1889 9,14) und den Communion- und Hüttenbeamten (1876 1,08 1889 0,96); eine mehr oder weniger starke Abnahme des passiven Antheils zeigen die Civilstaatsbeamten, deren staatliche Functionen in Wegfall gekommen sind, (1876 2,11 1889 0,94), die übrigen Civilstaatsbeamten (1876 55,75, 1889 53,00), und das Militär (1876 8,72, 1889 5,35); eine Zunahme endlich findet sich bei den Postbeamten (1876 2,99, 1889 5,13), den Predigern (1876 4,12, 1889 7,05), dem Polizeimilitär (1876 0,50, 1889 1,15) und den Eisenbahnbeamten (1876 6,70, 1889 9,77).

In den beiden letzten Abschnitten der Tabelle ist das procentuale Verhältniss der Beiträge der einzelnen Beamtenkategorien zu den Pensionen derselben, und das procentuale Verhältniss der Pensionen zu den Beiträgen der einzelnen Kategorien angeführt, es ist mithin berechnet, wie viel an Pension auf 100 M. Beiträge und wie viel an Beiträgen auf 100 M. Pension innerhalb der kleinen Anstalten entfällt. Die beiden Abschnitte müssen sich der Natur der Sache nach vollständig entsprechen und können die in ihnen gegebenen Resultate für die einzelnen Anstalten nur ein an sich gleichmässiges und auf gleichen Ursachen beruhendes Bild bieten. Beide Berechnungen sind hier nur gegeben, um Vergleichen mit ähnlichen Verhältnissen eventuell zu erleichtern, bezüglich welcher bald die eine bald die andere der Berechnungen angewandt ist. Einer näheren Betrachtung soll hier, um Wiederholungen zu vermeiden, nur die eine Berechnung unterzogen werden und zwar die zweite, welche die auf 100 M. Pension entfallenden Beiträge angibt, mithin, anders ausgedrückt, nachweist, wie viel Procent der Pension durch die Beiträge gedeckt werden. Schon oben ist hervorgehoben, dass für die Gesamtanstalt im Allgemeinen der Procentsatz, zu welchem die Pensionen aus den Beiträgen bestritten werden können, im Laufe der Periode ziemlich stetig und verhältnissmässig nicht unbedeutend gesunken ist; diese Erscheinung wiederholt sich auch bei der grossen Mehrzahl der

speciell ausgeschiedenen kleinen Anstalten, nur vereinzelt zeigt sich ein entgegengesetztes Resultat; das Sinken des fragl. Procentsatzes ist aber doch bei den einzelnen Anstalten wiederum ein sehr verschiedenes, nach der einen oder anderen Seite von dem Durchschnittsverhältniss wesentlich abweichendes. Die Civilbeamten überhaupt stehen durchweg niedriger in ihrem bezüglichen Procentsatz als die Gesamtanstalt; berücksichtigt man allein das Anfangs- und das Endjahr, so ist die Abnahme ihres Procentsatzes der des Durchschnittsprocentsatzes gleich, innerhalb des ganzen Zeitraums vertheilt sich diese Abnahme nicht so gleichmässig, sie ist zeitweise ungleich stärker und wird auch durch vorübergehendes Steigen unterbrochen. Nicht ganz so gross ist die Abnahme des Procentsatzes der »übrigen Civilstaatsbeamten«, aber das Wechselnde und die Unterbrechung durch zeitweises Steigen findet hier in analoger Weise wenn auch nicht innerhalb so weiter Grenzen statt, in der Abnahme des Procentsatzes der Deckung der Pensionen durch die Beiträge, wie sie bei den »übrigen Civilstaatsbeamten« sich zeigt, haben wir wohl ausschliesslich den Einfluss der Gehaltsaufbesserungen zu sehen, durch welche ja nothwendiger Weise die Wittwenpensionen in einem erhöhten Maasse wie die Beiträge wachsen müssen; da nach den obigen Ausführungen dieser Einfluss der Gehaltsaufbesserungen noch nicht zur vollen Wirkung gekommen sein kann, so ist für die Folge auch noch eine weitere Abnahme des fragl. Procentsatzes zu erwarten. Die kleine Anstalt der Postbeamten zeigt schon ein wesentlich abweichendes Bild; im Anfangsjahre werden die Pensionen noch mehr als voll aus den Beiträgen gedeckt, dann sinkt aber der Procentsatz, bis zu welchem diese Deckung möglich, stetig und schnell bis weit unter die Höhe des Satzes der Civilbeamten überhaupt herab, es ist dieses die nothwendige Folge des Schliessens und des danach verhältnissmässig sehr raschen Sinkens der kleinen Anstalt der Postbeamten, verstärkend wirken dabei aber auch noch die stattgehabten Gehaltsaufbesserungen mit. Bei den Beamten, deren staatliche Funktionen in Wegfall gekommen sind, ist der Procentsatz, zu welchem die Pensionen aus den Beiträgen bestritten werden, schon zu Anfang der Periode nur ein ganz minimaler, in der Periode nimmt er dann stetig noch ab; es entspricht dieses dem Entwicklungsstand der bezüglichen kleinen Anstalt, bei welcher die active Bethheiligung bald ganz ganz verschwinden und nur noch die passive in Gestalt von Wittwenpensionen übrig bleiben wird. Das Verhältniss der Hofbeamten steht wiederum dem der übrigen Civilbeamten, mit denen dieselben ja auch sonst in manchen Beziehungen gleich sind, näher, doch zeigt sich bei ihnen der in Frage stehende Procentsatz im Anfangsjahr höher und im Endjahr niedriger und sind auch die Unterschiede innerhalb der einzelnen Jahre, welche sich hier in gleicher Weise zeigen, schroffere, indem einerseits die Höhe des Anfangsjahrs noch verhältnissmässig erheblich überschritten, andererseits aber auch der niedrigste Stand des Endjahrs noch unterboten wird; die Abnahme an sich ist wie bei den übrigen Civilstaatsbeamten den Gehaltsaufbesserungen, die grössere Schwankung innerhalb der einzelnen Jahre wohl wesentlich zufälligen Umständen zuzuschreiben. Die landeschaftlichen Beamten können wir ganz ausser Betracht lassen, bei ihrer geringen Mitgliederzahl kann ihr Verhält-

niss nur als ein lediglich auf dem Zufall beruhendes angesehen werden. Bei den städtischen Beamten ist der Procentsatz im Anfangsjahre nicht einmal ganz so hoch als der der Gesamtanstalt, dann steigt er rapide auf über 100, um in den nächsten Jahren wiederum wenn auch nicht ganz so stark zu fallen, darauf wieder auf über 100 zu steigen und annähernd auf dieser Höhe sich zu halten; das Schwanken des Procentsatzes über und unter 100 beruht wohl mehr auf zufälligen Erscheinungen, welche bei der ihrer Mitgliederzahl nach unbedeutenden kleinen Anstalt von grösserer Wirkung sind, die sich durch dieses Schwanken hindurchziehende allgemeine Zunahme des Procentsatzes ist aber die natürliche Folge der in dieser Periode stattgehabten starken Vermehrung der Mitgliederzahl und der damit nothwendig grösseren Entfernung vom Beharrungszustande. Nicht so schwankend ist das Verhältniss der Bürger- und Landschullehrer; der Procentsatz steht hier von Anfang an schon sehr hoch, nimmt dann aber nur mit einem nicht sehr bedeutenden Rückschlag noch fortgesetzt, selbst nachdem er die 100 überschritten, zu, nur in den beiden letzten Jahren fällt er wieder etwas ab, immer aber noch verhältnissmässig weit über 100 bleibend; wie wir oben gesehen, ist die kleine Anstalt der Bürger- und Landschullehrer dem Beharrungszustande noch wenig nahe gekommen, bezw. demselben durch Vermehrung ihrer Mitglieder, wie sie ja auch noch in der laufenden Periode in hohem Maasse stattgefunden hat, wieder ent-rückt worden, dieses Verhältniss findet hier in der Höhe und der Zunahme des Procentsatzes seinen naturgemässen Ausdruck. Bei den Predigern tritt dann wiederum eine allmälige aber ziemlich starke Abnahme des Procentsatzes hervor, welche nur in der Mitte der Periode durch ein nochmaliges nicht unbedeutendes Steigen unterbrochen wird, im Endresultate ist der Procentsatz aber doch bis fast auf die Hälfte seiner Anfangshöhe heruntergegangen, dem durchschnittlichen Entwicklungsgange; wie er bei der kleinen Anstalt nach Maassgabe der Zeit ihres Bestehens und der stattgehabten Erweiterung ihres Mitgliederkreises anzunehmen war, entspricht dieser Procentsatz allerdings nicht ganz, er ist den berührten Verhältnissen nach als zu hoch anzusehen, es ist dabei aber zu bedenken, dass auf die kleine Anstalt der Prediger der Zufall nicht nur wegen ihrer geringen Mitgliederzahl, sondern auch wegen der besonderen Bethetheilungsverhältnisse eine wesentlich erhöhte Wirkung ausüben kann. Das Polizeimilitär weist zunächst einen sehr hohen 200 noch überschreitenden Procentsatz auf, in den ersten Jahren schwankt er etwas auf dieser Höhe hin und her, nimmt dann aber regelmässig ab, kommt jedoch erst in den beiden letzten Jahren etwas unter 100; den besonderen beim Polizeimilitär obwaltenden Verhältnissen, zu Folge welcher ein späterer Uebertritt in einen andern den Militäranwärtern vorbehaltenen Civildienstposten nicht nur möglich ist, sondern auch verhältnissmässig häufig stattfinden wird, muss es immer entsprechen, wenn hier der behandelte Procentsatz sich höher hält, als bei den übrigen Kategorien, hieraus erklärt sich der durchweg hohe Satz, in der allmäligen Abnahme desselben sehen wir die Wirkung der stattgehabten regelmässigen Weiterentwicklung der kleinen Anstalt. Die Abnahme des Procentsatzes, welche die kleine Anstalt der

Eisenbahnbeamten aufweist, ist ähnlich wie bei den Postbeamten, nur nicht ganz so stark; im Anfangsjahr ist der Procentsatz dicht an 100, dann sinkt er von Jahr zu Jahr regelmässig bis zum Schluss auf etwas unter ein Drittel der Anfangshöhe herab; es ist dieses ebenso wie bei den Postbeamten die Folge der Schliessung der Anstalt, da aber das Verschwinden der Mitglieder sich hier nicht so schroff, sondern mehr allmähig vollzieht, so ist auch die Abnahme des Procentsatzes der Deckung der Pension durch Beiträge eine allmähigere. Für die gleichfalls geschlossene Anstalt des Militärs liegt der erste Haupteffect der Schliessung, welcher sich durch ein zahlreiches Ausscheiden von Mitgliedern geltend gemacht hat, ausserhalb der jetzigen Periode, innerhalb welcher die weiteren Folgen der Schliessung nur in einer mehr allmähigen Wirkung auftreten; der schon zu Anfang der Periode verhältnissmässig sehr niedrig stehende Procentsatz des hier behandelten Verhältnisses ist eben dadurch veranlasst, dass die Schliessung der Anstalt hier in ihren Folgen schon weiter vorgerückt ist; das sich dann während der Periode allerdings mit einigen kleinen Unterbrechungen fortgesetzt zeigende Abnehmen des Procentsatzes entspricht dem durch die Schliessung herbeigeführten allmähigen Fortschreiten der gänzlichen Auflösung entgegen. Bei der kleinen Anstalt der Communion- und Hüttenbeamten ist der Procentsatz auch ein sehr niedriger, ziemlich dem der Militärs gleich, und zeigt innerhalb der Periode verhältnissmässig starke und plötzliche Schwankungen, nimmt aber doch im Ganzen nicht unerheblich ab; die starken Schwankungen erklären sich aus der besonders geringen Mitgliederzahl der kleinen Anstalt, die geringe Höhe und die Abnahme des Procentsatzes aus dem Umstande, dass es sich hier theilweis, soweit die Hüttenbeamten in Betracht kommen, auch gewissermassen um eine geschlossene Anstalt handelt. Aus dieser Betrachtung der einzelnen ausgeschiedenen kleinen Anstalten geht zur Genüge hervor, wie verschiedene und weitgehende Abweichungen dieselben von dem für die Gesamtanstalt ermittelten durchschnittlichen Procentsatze, zu welchem die Pensionen durch die Beiträge gedeckt werden, und von den bezüglich dieses innerhalb der Periode hervorgetretenen Veränderungen aufweisen; zum Schluss wird uns eine Vergleichung des Anfangsjahres mit dem Endjahre dieses noch weiter bestätigen und gleichzeitig die Gesamtverschiebung im Einzelnen näher darlegen. Der allgemeinen Veränderung des Procentsatzes der Deckung der Pensionen durch Beiträge (1876 65,2 %, 1889 52,6 %) ungefähr gleich stellt sich das Verhältniss bei den Civilstaatsbeamten überhaupt (1876 60,7 %, 1889 47,8 %) bei den übrigen Civilstaatsbeamten (1876 59,8 %, 1889 50,6 %) und den Hofbeamten (1876 62,9 %, 1889 49,5 %); eine Abnahme von einem weit über den Durchschnitt stehenden Procentsatz zu einem weit unter demselben zeigen die Postbeamten (1876 114,0 %, 1889 26,2 %) und die Eisenbahnbeamten (1876 99,8 %, 1889 32,5 %); eine Abnahme von einem schon sehr niedrigen Anfangsprocentsatz macht sich bei den Civilstaatsbeamten, deren staatliche Functionen in Wegfall gekommen sind, (1876 8,1 %, 1889 3,8 %), bei dem Militär (1876 25,2 %, 1889 16,0 %) und bei den Communion- und Hüttenbeamten (1876 27,8 %, 1889 11,1 %), be-

merkbar, bei dem Polizeimilitär tritt eine Abnahme von einem sehr hohen zu einem immer noch hohen Procentsatz (1876 265,9 %, 1889 97,8 %) bei, bei den Predigern eine solche von einem hohen auf einen mittleren (1876 101,4 %, 1889 57,7 %) hervor; eine Zunahme bezüglich des fragl. Procentsatzes findet sich endlich bei den Landschaftlichen Beamten (1876 0,0 %, 1889 25,6 %), bei den städtischen Beamten (1876 64,2, 1889 94,1 %) und bei den Bürger- und Landschullehrern (1876 94,4 %, 1889 114,3 %).

Anhangsweise soll hier noch Einiges über den Abgang und Zugang der Wittwen und Waisen in den einzelnen Jahren nachgeholt werden. Ein Zeichen für das Erreichen des Beharrungszustandes müsste es ja sein, wenn sich hier Abgang und Zugang im Wesentlichen decken würden. Wie wenig dieses in der vorigen Periode der Fall gewesen, weist für die Gesamtanstalt ungetrennt die nachstehende Tabelle 10 nach, welche die Jahre von 1850 bis 1876 betrifft.

Tabelle 10.

Ab- und Zugang der pensionsberechtigten Wittwen und Waisen.

Jahr	Wittwen				Waisen			
	Abgang	Zugang	Netto		Abgang	Zugang	Netto	
			Abgang	Zugang			Abgang	Zugang
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
1850	53	71	—	18	—	—	—	—
1851	37	62	—	25	—	—	—	—
1852	25	37	—	12	—	—	—	—
1853	31	47	—	16	—	—	—	—
1854	33	45	—	12	—	—	—	—
1855	45	61	—	16	—	—	—	—
1856	50	58	—	8	—	—	—	—
1857	38	34	4	—	10	7	3	—
1858	42	64	—	22	—	7	—	7
1859	33	59	—	26	9	7	2	—
1860	44	45	—	1	9	12	—	3
1861	39	40	—	1	4	7	—	3
1862	41	55	—	14	12	8	4	—
1863	34	53	—	19	7	6	1	—
1864	33	45	—	12	5	8	—	3
1865	41	51	—	10	6	8	—	2
1866	40	67	—	27	16	13	3	—
1867	31	57	—	26	13	10	3	—
1868	46	45	1	—	14	10	4	—
1869	52	71	—	19	14	7	7	—
1870	62	71	—	9	29	11	18	—
1871	46	66	—	20	16	18	—	2
1872	49	79	—	30	14	5	9	—
1873	67	81	—	14	11	12	—	1
1874	55	75	—	20	16	11	5	—
1875	54	86	—	32	8	16	—	8
1876	48	91	—	43	9	17	—	8

Innerhalb der einzelnen Jahre sind die Zahlen beider des Abgangs und des Zugangs ihrer Höhe nach vielfach sehr verschieden; in dem Minimaljahre (1852) sind 25 Wittwen abgegangen, in dem Maximaljahre (1873) 67, der Zugang differirt zwischen 35 (1857) und 91 (1876). Im All-

gemeinen zeigt sich aber trotz dieses Wechsels ein Steigen der Zahlen nach dem Schluss der Periode zu, namentlich für den Zugang tritt dieses hervor. Die Entfernung vom Beharrungszustande drückt sich in dem fast ausnahmslosen Ueberwiegen des Zugangs über den Abgang und in einem geringen Steigen dieses Ueberwiegens gegen das Ende der Periode hin aus. Bei den Waisen — es sind hier die Waisenfamilien in Betracht gezogen — zeigen sich die Zahlen des Ab- und Zugangs noch viel wechselnder, auch überwiegt hier bald der Zugang den Abgang, bald der letztere den ersteren. — Für die laufende Periode ist sodann in der Anlage C der Zugang und Abgang der Wittwen und Waisen (Waisenfamilien) getrennt für die einzelnen speziell ausgeschiedenen Beamtenkategorien mit Ausnahme der Beamten, deren staatliche Functionen in Wegfall gekommen und der Communion- und Hüttenbeamten, welche sämmtlich unter den Staatsbeamten mit begriffen sind, angeführt und treten hier gemäss der verschiedenen Entwicklung der einzelnen kleinen Anstalten der fraglichen Beamtenkategorien manche Abweichungen zu Tage. Bei den Staatsbeamten näherten sich die Zahlen des Zu- und Abgangs schon einem gewissen Ausgleich, es überwiegt bald der Zugang, bald der Abgang und ist die Differenz namentlich in den letzten Jahren meist nicht erheblich, im Ganzen ist ja allerdings der Zugang noch etwas vorherrschend, doch ist dieses in der Hauptsache auf den Einfluss der ersten Jahre zurückzuführen. Die Postbeamten weichen davon wesentlich ab, hier ist der Zugang noch durchweg höher als der Abgang, und zwar meistens sogar verhältnissmässig bedeutend; die kleine Anstalt der Postbeamten hat eben immer dem Beharrungszustande noch ziemlich fern gestanden. Den Staatsbeamten wiederum ähnlich stehen die Hofbeamten, welche ja auch dem Beharrungszustande mit am nächsten gekommen sind; das Verhältniss zwischen Zu- und Abgang ist ein wechselndes, theils ist der Zugang stärker, theils der Abgang; im Ganzen überwiegt der Zugang noch etwas, hier ist dieses aber wesentlich durch die Zahlen der mittleren Jahre veranlasst. Die Landschaftlichen Beamten haben überhaupt nur eine Wittwe und zwar im Zugang zu verzeichnen. Bei den städtischen Beamten ist bald der Zugang bald der Abgang überwiegend, im Ganzen ist der Zugang etwas stärker; ihr Verhältniss entspricht fast ganz dem der Hofbeamten, die Zunahme der Mitgliederzahl, welche erst innerhalb dieser Periode für die kleine Anstalt eingetreten ist, hat sich hier also noch nicht geltend gemacht. Die Bürger und Landschullehrer waren stets dem Beharrungszustande entfernter und dieses tritt auch hier zu Tage, nur mit wenig Ausnahmen überragt der Zugang den Abgang, auch scheint in den Zahlen des Zugangs gegen Ende der Periode hin sich ein Steigen bemerkbar zu machen. Bei den Predigern ist dieses letztere Steigen nicht zu constatiren, dafür ist aber das Ueberwiegen des Zugangs über den Abgang noch regelmässiger. Bei dem Polizeimilitär tritt der Zugang noch stärker hervor als bei den eben behandelten Kategorien, der Abgang ist verhältnissmässig untergeordnet, entsprechend der sich noch im Anfang befindlichen Entwicklung der kleinen Anstalt. Die kleine Anstalt der Eisenbahnbeamten ist ähnlich wie die der Postbeamten fern vom Beharrungszustande ge-

schlossen worden, sie zeigt auch hier dasselbe Bild, der Zugang überragt noch immer ausnahmslos den Abgang und zwar in verhältnissmässig starker Weise. Beim Militär endlich hat die Schliessung der bezüglichlichen kleinen Anstalt schon am meisten gewirkt, hier herrscht der Abgang vor, nur ausnahmsweise ist in einzelnen Jahren der Zugang überwiegend; nur hier ist im Ganzen auch der Abgang stärker als der Zugang. In einem Schlussabsatz sind dann noch einmal die Resultate für die Gesamtanstalt zusammengefasst, welche natürlich wesentlich ein Ueberwiegen des Zugangs der Wittwen aufweisen. In der letzten Zusammenfassung sind übrigens nicht berücksichtigt diejenigen Wittwen, welche schon vor dem Gesetz von 1837 vorhanden waren, und die nur noch übrig gebliebenen Waisen der Helmstedter Universitäts-Wittwencassen; über den allmäligen Wegfall dieser innerhalb der laufenden Periode giebt im Anschluss an die obige Tabelle die nachstehende Tabelle 11 Aufschluss.

Tabelle 11.

Abgang der Wittwen, welche vor 1838 als solche schon Pension bezogen, und der Waisen der Helmstedter Universitäts-Wittwencassen:

Jahr	Wittwen vor 1838				Waisen der Helmstedter Universitäts-Wittwen-Cassen
	Staatsdiener	Postbeamte	Hofbeamte	Lehrer	
1	2	3	4	5	6
1876	—	2	—	—	1
1877	3	—	—	—	—
1878	1	—	—	—	—
1879	1	—	—	—	—
1880	—	—	—	—	1
1881	2	—	—	—	—
1882	—	—	1	—	—
1883	—	—	—	1	—
1884	—	—	—	—	—
1885	—	—	—	—	1
1886	1	—	—	—	—
1887	—	—	—	—	—
1888	—	—	—	—	—
1889	—	—	—	—	1

Nach Ablauf des Jahres 1889 waren dann noch 3 Wittwen, welche schon vor 1838 als solche Pension bezogen hatten, und 2 Waisen der Helmstedter Universitäts-Wittwencassen am Leben.

c. Die Wirkung der für die einzelnen ausgeschiedenen Beamtenkategorien ermittelten Resultate auf die bezüglichlichen Resultate für die Gesamtanstalt.

Nachdem nunmehr im Vorstehenden die durch die neue Anstaltsstatistik für die einzelnen ausgeschiedenen Beamtenkategorien ermittelten Resultate des Näheren betrachtet sind, soll in diesem Abschnitt noch kurz erörtert werden, welche Wirkung diese Resultate auf die im ersten Abschnitt gegebenen Resultate für die Gesamtanstalt gehabt haben müssen; es werden damit die einzelnen besonderen Ursachen nachgewiesen, welche auf das Endresultat bestimmend gewirkt und die Zahlen desselben herbeigeführt haben. Zunächst kommt dabei die Mitgliederzahl der Gesamtanstalt in Frage. Nach Lage der Sache kann diese Ge-

sammtmitgliederzahl unter keinen Umständen als einheitliche, in sich normale betrachtet werden. In derselben sind alle die Mitglieder der rechtlich oder factisch geschlossenen kleinen Anstalten enthalten, so die Postbeamten, die Civilstaatsdiener, deren staatliche Funktionen in Wegfall gekommen (wozu auch die Hüttenbeamten im Wesentlichen zu zählen), die Eisenbahnbeamten, die Militärs, von 1889 an würden sodann auch die Prediger hier noch einzureihen sein; alle diese Beamtenkategorien sind in der Anstalt nicht mehr vollständig als Ganzes vertreten, sondern nur zu einem mehr oder weniger verschwindendem Theil, welcher im Wesentlichen oder in einem mit der Zeit stets fortschreitenden Verhältniss nur die älteren Beamten und diejenigen, welche noch ein unbedingtes Interesse an der Anstalt haben, umfasst; es fehlt also hier die regelmässige und für die Anstaltsverhältnisse bedingende Abstufung und Mischung von jüngeren und älteren Beamten, von solchen im activen Dienst und pensionirten, von verheiratheten und unverheiratheten. Bei einer Anstalt wie die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt, welche für einen bestimmten Mitgliederkreis begründet ist und sich aus demselben stets wieder ergänzt, muss aber vorausgesetzt werden, dass jene vorbezeichnete Abstufung und Mischung stets vorhanden ist, auf ihr beruhen die Berechnungen über den Erfolg der Anstalt, sie sind maassgebend für eine normale Entwicklung. So lange also noch Mitglieder der oben aufgeführten Beamtenkategorien vorhanden sind, kann die Mitgliederzahl als eine regelmässige, normale nicht angesehen werden, sie darf nicht bei irgend welchen Berechnungen über den allgemeinen Stand der Anstalt und die einzelnen Verhältnisse derselben benutzt werden, denn ihre Höhe ist nicht durch die regelmässige Entwicklung der Anstalt, sondern durch von aussen her geschehene schroffe Eingriffe in diese bedingt, sie ist auch für die einzelnen Jahre eine rein zufällige und wechselt von Jahr zu Jahr, da ja die fraglichen Beamtenkategorien immer mehr abnehmen. Normal und für allgemeinere Berechnungen zu benutzen, wird die Mitgliederzahl erst wieder, wenn die sämmtlichen Theilnehmer der geschlossenen kleinen Anstalten verschwunden sein werden; wenn die jetzigen Verhältnisse bis dahin keine Aenderung erleiden, wird sich die Zahl dann auf etwa 3300 stellen, also wesentlich von der jetzigen (4144) abweichen. In etwas wird das regelmässige Verhältniss der Mitgliederzahl auch verschoben durch die starke Vermehrung der städtischen Beamten und der Bürger- und Landschullehrer, welche in dieser Periode stattgehabt hat, weil bei derartigen Beamtenvermehrungen durchweg zunächst nur jüngere Beamte hinzukommen und erst mit der Zeit die nothwendige Ausgleichung stattfindet; die hierdurch begründete Wirkung ist aber ungleich geringer. Da die Beiträge stets unmittelbar von der Zahl und der Zusammensetzung der Mitglieder abhängig sind, so kommen für sie auch die für die Mitgliederzahl berührten Umstände in Frage und wenn diese auch hier in entgegengesetzter Richtung wirken und sich zum Theil aufheben, so kann doch auch die jetzige Höhe der Beitragssumme nicht als eine normale angesehen werden. Nach dem oben Gesagten sind die Mitglieder der geschlossenen Anstalten durchweg ältere, sie zahlen mithin auch höhere Beiträge nach ihren höheren Gehalten, es wird dadurch also nothwendig eine

Erhöhung der Beitragssumme über das regelmässige Maass hinaus herbeigeführt. Andererseits wirkt aber wieder entgegengesetzt die verhältnissmässig grössere Zahl der Pensionirten unter diesen Beamten und hiermit übereinstimmend die Vermehrung der städtischen Beamten und der Bürger- und Landschullehrer, durch welche die Zahl der jüngeren Beamten zunächst über den Durchschnitt hinaus gesteigert ist; beide Umstände führen wieder eine Verminderung der Beitragssumme herbei, können aber die Wirkung der erst berührten Erhöhung nur zum Theil aufheben, da ihre Bedeutung zweifellos geringer ist. Demgemäss entspricht die Gesamtbeitragssumme zur Zeit den regelmässigen Verhältnissen nicht, für die jetzige Zahl der Mitglieder ist sie zu hoch und würde in gleicher Weise der auf den einzelnen Theilnehmer kommende Durchschnittsbeitrag, welcher aus ihr und der Mitgliederzahl berechnet wurde, bezw. der ebenso berechnete Durchschnittsgehalt als zu hoch anzusehen sein und nicht etwaigen weiteren Berechnungen über die Entwicklung und den Fortgang der Anstalt zu Grunde gelegt werden können. Uebrigens werden in der Folgezeit die Beiträge in gleicher Weise zurückgehen wie die Mitgliederzahl, ja sogar in noch etwas verstärkterem Maasse, da die Beitragsleistung der wegfallenden Kategorien z. Z. über der Durchschnittshöhe steht. Die Gesamtwittwenzahl kann noch weniger wie die Mitgliederzahl als eine regelmässige hingestellt werden; auf sie wirkt neben den vorher berührten schroffen Eingriffen, welche in der Schliessung der Anstalt für gewisse Kategorien liegen, noch die Verschiedenheit der Entwicklungsstadien bei den einzelnen Beamtenkategorien ein, die Wirkung beider wird allerdings auch, wenigstens von einem gewissen Zeitpunkt ab, eine entgegengesetzte sein müssen. Bei den geschlossenen kleinen Anstalten, in welchen sich die Mitgliederzahl unverhältnissmässig schnell vermindert hat, kann die Wittwenzahl der Mitgliederzahl nicht mehr in normaler Weise entsprechen, sie muss grösser sein als bei regelmässiger Sachlage und dieses Grössersein wird noch auf die Dauer verstärkt, je nachdem die geschlossene Anstalt dem Beharrungszustande weiter oder näher stand. In Folge des schon mehrfach hervorgehobenen Umstandes, dass sich alle Veränderungen der Anstaltsbedingungen in den activen Betheilungsverhältnissen (Mitgliederzahl, Beitragshöhe) weit schneller geltend machen, als in den passiven (Wittwenzahl, Wittwenpensionshöhe) ist also hier, wo die Schliessung der Anstalten durchweg mehr oder weniger weit vom Beharrungszustande erfolgt ist, ein weiteres Steigen der Wittwenzahl noch eine Reihe von Jahren nach der Schliessung der Anstalten und trotz des rapiden Fallens der Mitgliederzahl derselben zu beobachten gewesen: ein Sinken der Wittwenzahl hat sich mit Sicherheit bislang nur für das Militär herausgestellt. Das naturgemässe Verhältniss der Wittwenzahl zur Mitgliederzahl ist dadurch für das Gesamtergebniss bedeutend verschoben und wird dieses auch noch für lange Zeit sein. Die Gesamtwittwenzahl müsste dementsprechend, wenn sich im Uebrigen kein weiterer ausserordentlicher Einfluss auf das Gesamtergebniss geltend machen würde, der Mitgliederzahl gegenüber nicht unerheblich zu hoch stehen, ein Verhältniss, welches sich voraussichtlich in der Folge zunächst noch verstärken würde. Nun kommt aber noch die Wirkung des zweiten

vorhin berührten Umstandes in Frage, der Verschiedenheit der Entwicklungsstadien, in welchen sich die einzelnen Beamtenkategorien befinden. Dem Beharrungszustande nahe und deshalb bezüglich der Wittwenzahl verhältnissmässig constant ist aber nur die kleine Anstalt der »übrigen Civilstaatsbeamten« und vielleicht die der Hofbeamten, alle übrigen nicht geschlossenen kleinen Anstalten sind von dem Beharrungszustande mehr oder weniger weit entfernt. Die Wittwenzahl derselben konnte sich daher bisher noch nicht voll entfalten, sie muss in der Folgezeit noch wachsen und ist daher jetzt im Verhältniss zur Mitgliederzahl zu gering. Da dieses Verhältniss für ein Viertel bis ein Drittel der ganzen Anstalt zutrifft, so muss seine Wirkung auch als eine entsprechend grosse angesehen werden, genau zahlenmässig lässt sie sich natürlich nicht feststellen. Nach der ganzen Sachlage möchte ich aber doch annehmen, dass z. Zt. die Wirkung des letzteren Umstandes immerhin noch eine grössere ist, als die des zuerst berührten, dass also die erste Wirkung auf Erhöhung der normalen Wittwenzahl durch die zweite auf Herabdrückung derselben nicht nur aufgehoben, sondern auch noch übertroffen wird, dass endlich daher die jetzige Gesamtwittwenzahl im Verhältniss zu der Mitgliederzahl noch eine zu niedrige ist. Eines ist hierbei noch besonders zu beachten, es ist leicht die Möglichkeit gegeben, dass die entgegengesetzte Wirkung der beiden behandelten Umstände sich gerade dahin äussert, eine gewisse Constanz der Wittwenzahl auch für längere Jahre herbeizuführen, in derselben Weise wie vor 1873 andere verschiedenartige Verhältnisse eine gleiche Constanz herbeigeführt hatten; man muss sich dann nur davor hüten, aus dieser durch ganz besondere, zufällige Umstände veranlassten Constanz auf das Vorhandensein eines Beharrungszustandes zu schliessen, wie solches in dem Scheffler'schen Gutachten von 1873 geschehen. Auch auf die Höhe der Wittwenpensionen haben verschiedenartige Ursachen eingewirkt um sie theilweis auch nach entgegengesetzten Richtungen hin vom regelmässigen Standpunkte zu entfernen. Hauptsächlich wirkt auf diese Höhe natürlich die Zahl der Wittwen ein, ist die letztere Zahl eine zu niedrige, so muss auch die Höhe der ersteren zu gering sein und umgekehrt; dieselben Ursachen sind dafür maassgebend. Die Schliessung einzelner kleiner Anstalten und die verschiedenartige Entfernung anderer vom Beharrungszustande müssen auch hier ihre Wirkung äussern; beide Umstände sind ja allerdings insofern noch verschieden, als der letztere in der regelmässigen Entwicklung der Anstalt begründet ist, während der andere auf einem mehr willkürlichen Eingreifen in diese Entwicklung beruht. Wenn nun im Vorstehenden bezüglich der Wittwenzahl ausgeführt worden, dass sie im Verhältniss zur Mitgliederzahl durch die entgegengesetzte Wirkung der in Frage stehenden Umstände noch eine zu niedrige sein möchte, so bezieht sich dieses naturgemäss auf die regelmässige volle Entwicklung, welche ja erst mit dem Beharrungszustande gegeben ist, nicht auf den augenblicklichen Entwicklungsstandpunkt, dessen bestimmtes Stadium mit Sicherheit ja überhaupt nicht nachzuweisen ist. Dementsprechend wird auch die jetzige Höhe der Wittwenpension der Höhe des Beharrungszustandes gegenüber noch zu niedrig stehen, sie wird mit Rücksicht auf die voraussichtlich noch eintretende Vermehrung der

Wittwenzahl noch etwas steigen, wenn auch die Wittwen der geschlossenen Anstalten schon in Wegfall gekommen sind; es beruht dieses ja allerdings wesentlich auf Vermuthung und wird auch das Steigen ein erhebliches keinesfalls sein. Sodann muss auf die Höhe der Wittwenpensionen auch der schon oben bei den Beiträgen hervorgehobene Umstand von Einfluss sein, dass in den geschlossenen kleinen Anstalten jetzt im Wesentlichen nur noch die Mitglieder mit den höheren Besoldungssätzen vorhanden sind, während die mit den noch niedrigen Sätzen nicht mehr in Frage kommen; die hinzukommenden Pensionen werden daher durchweg hohe sein, während die wegfallenden sich auf alle Abstufungen der Besoldungssätze mehr oder weniger gleichmässig vertheilen; dadurch wird naturgemäss die Durchschnittssumme der Pensionen wesentlich erhöht. Endlich kommen hier noch in Frage die Gehaltsaufbesserungen, welche für die Mehrzahl der einzelnen Beamtenkategorien, wenn auch in verschiedener Weise sowohl in der vorigen wie in dieser Periode eingetreten sind; ihr Einfluss wird unten noch näher behandelt werden, hier ist nur im Allgemeinen hervorzuheben, dass eben die in verschiedenem Umfange und zu verschiedenen Zeiten erfolgten Gehaltsaufbesserungen der einzelnen Beamtenkategorien ihren Einfluss auf die Wittwenpensionen bislang noch nicht voll entfaltet haben, dass derselbe jetzt gerade erst in der Entwicklung begriffen ist und dass daher die jetzige Gesamtsumme der Wittwenpensionen in dieser Richtung auf noch in der Umbildung begriffenen Verhältnissen beruht. Die jetzt zahlbaren Wittwenpensionen sind zum Theil noch vor den Gehaltsaufbesserungen, zum Theil nach den ersten, zum Theil nach den letzten Gehaltsaufbesserungen festgestellt worden und sind dementsprechend verschieden hohe; diese verschiedene Höhe muss sich aber dahin äussern, dass die Gesamtsumme jetzt zu niedrig gebildet ist, im Verhältniss zu der jetzigen Höhe der Beiträge müsste dementsprechend diese Gesamtsumme eine höhere sein. Die jetzige Gesamtsumme der Wittwenpensionen darf daher unmittelbar zu weiteren Schlussfolgerungen und Berechnungen nicht benutzt werden, man darf weder die Durchschnittshöhe der einzelnen Wittwenpension aus ihr ziehen, noch sie in Verhältniss zu den Beiträgen der Mitglieder setzen, in beiden Fällen würde man keine Zahlen gewinnen, welche als regelmässige und allgemein gültige angesehen werden könnten. Aus allem diesem wird aber, wie ich glaube, zur Genüge meine frühere Behauptung bestätigt, dass eine Zugrundelegung der für die gesammte Anstalt ermittelten Zahlen über die activen und passiven Theilnehmerverhältnisse pp. bei Berechnung und Schlüssen über den ganzen finanziellen Stand der Anstalt, wie sie in den Gutachten über die Anstalt bislang regelmässig geschehen, nothwendig zu falschen Resultaten führen müsse.

2. Der derzeitige Stand der Anstalt und die Ursachen desselben; Schlussbetrachtung.

Wesentlich bestimmend für den jetzigen Stand der Anstalt und charakteristisch für die ganze Entwicklung der Verhältnisse derselben in der jetzigen Periode ist eine aus den vorbehandelten statistischen Ergebnissen in überzeugender Klarheit zu Tage tretende Erscheinung, nämlich

das ungemein starke Anwachsen der Ausgaben für Wittwen- und Waisenpensionen, welches das frühere Verhältniss zu den regelmässigen Einnahmen vollständig umgestossen hat. Auch in der vorigen Periode hatten wir ja eine ganz erhebliche Zunahme der Wittwenpensionen zu beobachten, aber mit derselben ging eine gleiche, zum Theil noch grössere Zunahme der regelmässigen Einnahmequellen Hand in Hand, so dass fortgesetzt von Jahr zu Jahr noch ein nicht unbedeutender Ueberschuss zur Kapitalansammlung benutzt werden konnte. Nach den Ausgabe- und Einnahmeverhältnissen in der jetzigen Periode hätte aber von einer Fortsetzung der Kapitalbildung selbst dann keine Rede sein können, wenn die im Gesetz von 1876 getroffene Aenderung in der Bestimmung über den Staatszuschuss auch eine weitere Kapitalbildung bei Zahlung eines Staatszuschusses nicht principiell ausgeschlossen hätte. Dadurch dass die zuletzt angezogene Gesetzesvorschrift den Staat stets und allerdings auch ausschliesslich verpflichtet, in jedem Jahr denjenigen Theil der Ausgaben, welcher durch die regelmässigen Einnahmen aus den Nutzungen des Anstaltsvermögens und den Beiträgen der Theilnehmer nicht gedeckt wird, zuzuschüssen, ist ja die Entstehung eines Deficits für die Anstalt absolut ausgeschlossen; das ungemeine Anwachsen der Wittwenpensionen findet seinen zahlenmässigen Ausdruck in dem gleichfalls stetig und stark zunehmenden Wachsen des Staatszuschusses, wie solches die Tabelle 9 uns in seiner eigentlichen Form vor Augen führt. In diesem Steigen des Staatszuschusses verkörpert sich wiederum jene HAUPTerscheinung des Wachsens der Wittwenpensionen; mit ihrer Darlegung und der Untersuchung der darauf wirkenden Ursachen wird auch der jetzige Stand der Anstalt geschildert.

Wenn wir nun jenen Ursachen nachgehen wollen, so müssen wir zunächst den Erfolg einiger specieller Verpflichtungen der Anstalt aus der vorigen Periode betrachten, deren Wirkung derzeit noch nicht mit Sicherheit zu berechnen war, jetzt aber im Wesentlichen bereits zu Tage getreten ist. Dahin gehört in erster Linie die Vereinigung der Militär-Wittwencassen mit unserer Anstalt. Bei dieser Vereinigung im Jahre 1869 hatte man angenommen, dass aus derselben der Beamten-, Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt Opfer überhaupt oder doch in irgend wie bedeutenderem Umfange nicht erwachsen würden; schon nach den Resultaten der vorigen Periode musste die Richtigkeit dieser Annahme als zweifelhaft erscheinen; wie wenig sie den Verhältnissen entsprach, lässt sich jetzt zahlenmässig nachweisen und geht zum Theil schon aus dem oben bezüglich der kleinen Anstalt des Militärs Gesagten hervor. In gleicher Weise und aus gleichen Gründen wie dort sollen auch hier die beiden vereinigten Militär-Wittwencassen in Eins zusammengefasst werden, obwohl der ungünstige finanzielle Erfolg wohl ausschliesslich der sog. Officier-Wittwencasse zuzuschreiben und bezüglich der Unterofficier-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt das Gegentheil anzunehmen sein wird. Die nachstehende Tabelle 12 veranschaulicht uns die Wirkung der Vereinigung der beiden Militär-Wittwencassen zahlenmässig. In der Rubrik 2 ist der zu Anfang jeden Jahres vorhandene Capitalbestand angegeben; als Anfangscapital ist das vorhandene Capitalvermögen der beiden vereinigten militärischen Wittwen-

cassen und der überwiesene Cassenvorrath derselben auf 100 Thlr. bez. M. abgerundet in Rechnung gestellt; für jedes folgende Jahr ist das Einnahme-Plus bzw. -Minus des Vorjahres dem Capitalbestande desselben zugerechnet oder von demselben abgezogen. Die Rubriken 3—5 enthalten die Einnahmen; die Zinsen sind für jedes Jahr nach dem ganzen Anfangscapitalbestande desselben (Rubrik 2) berechnet und ist dabei eine Verzinsung von 3,6 ⁰/₁₀₀ wie sie der durchschnittlichen Verwerthung der Capitalien der Beamten- Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt und auch des von den Militärcassen überwiesenen Vermögens entspricht, angenommen worden; in den Beiträgen (Rubrik 4) sind sowohl die regelmässigen Beiträge, wie die einmaligen Zwölftel, welche übrigens in den beiden letzten Jahren nicht mehr vorkommen, enthalten. Die in Rubrik 6 gegebene Ausgabe umfasst ausschliesslich die gezahlten Wittwen- und Waisenpensionen.

Tabelle 12.

Zahlenmässige Darstellung der finanziellen Wirkung, welche die im Jahr 1869 vorgenommene Vereinigung der beiden militärischen Wittwencassen für die Beamten - Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt gehabt hat.

Jahr	Capital- bestand, (An- fang des Jahres)	Einnahme			Ausgabe (Gezahlte Pensionen)	Ein- nahme- Plus oder Minus
		Zinsen	Bei- träge	Insge- sammt		
1	2	3	4	5	6	7
	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.
1869	104 600	3 766	4 843	8 609	7 123	+ 1 486
1870	106 000	3 806	4 219	8 025	7 630	+ 395
1871	106 400	3 830	4 042	7 872	8 232	— 360
1872	106 000	3 816	3 931	7 747	8 662	— 915
1873	105 100	3 784	3 505	7 289	10 107	— 2 818
1874	102 300	3 683	3 531	7 214	10 138	— 2 924
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1875	297 900	10 724	10 081	20 805	38 658	— 17 853
1876	280 100	10 084	9 383	19 467	37 170	— 17 703
1877	262 400	9 446	9 377	18 823	39 232	— 20 409
1878	242 000	8 712	9 552	18 264	38 921	— 20 657
1879	221 300	7 967	8 616	16 583	37 966	— 21 383
1880	199 900	7 196	8 928	16 124	39 053	— 22 929
1881	177 000	6 372	8 366	14 738	37 661	— 22 923
1882	154 000	5 544	7 980	13 524	41 060	— 27 536
1883	126 500	4 554	7 716	12 270	37 385	— 25 115
1884	101 400	3 650	7 481	11 131	35 578	— 24 447
1885	77 000	2 772	7 243	10 015	35 026	— 25 011
1886	52 000	1 852	6 859	8 711	37 383	— 28 672
1887	23 300	839	6 445	7 284	37 437	— 30 153
1888	(— 6 853)	—	6 175	6 175	37 390	— 31 215
1889	(— 38 068)	—	5 634	5 634	35 131	— 29 497

Vom Jahre 1871 sind demnach die regelmässigen Einnahmen zur Bestreitung der Ausgabe nicht mehr ausreichend gewesen und es hätte mithin der Capitalbestand angegriffen werden müssen; unter fortgesetztem Steigen des Ausgabe-Ueberschusses würde im Jahre 1887 das gesammte Capitalvermögen der Militärcassen verbraucht worden sein. Factisch ist ja der von den Militärcassen überwiesene Capitalbestand, auf welchen sich das gesetzliche Verbot der Verringerung in gleicher Weise, wie auf die übrigen Capitalien der Anstalt bezieht, nicht angegriffen worden, sondern es ist das Deficit jeden Jahres

durch den Staatszuschuss gedeckt: insofern und insoweit hat mithin der Staatszuschuss doch zur Capitalisirung gedient, denn erst dadurch ist das fragl. Capitalvermögen regelrecht für die übrige Anstalt erworben worden; die Höhe der hierzu aufgewandten Summen beläuft sich also auf etwa 320 000 M. Vom Jahre 1888 ab ist der gesamte Ueberschuss der Pensionen über die Beiträge durch Staatszuschuss zu decken, derselbe belief sich in den letzten Jahren auf etwa 30 000 M. und wird sich nach dem oben Ausgeführten voraussichtlich noch einige Jahre in dieser Höhe oder doch annähernd in derselben halten. Wie finanziell ungünstig die Vereinigung der Militär-Wittwencassen mit der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt war, geht hieraus aber zur Genüge hervor; 320 000 M. von dem bis zum Jahre 1887 geleisteten ausserordentlichen Staatszuschusse sind zunächst dieser Vereinigung zur Last zu schreiben, also zwischen einem Drittel und der Hälfte des gesamten bis zum Jahre 1888 gedeckten ausserordentlichen Staatszuschusses von 840 783 M.; vom Jahre 1888 an sind dann jährlich 30 000 M. aus der gleichen Ursache zu verwenden.

Ein zweiter an sich noch in der vorigen Periode liegender Umstand, dessen fortgesetzte finanzielle Bedeutung sich aber erst in dieser zeigen konnte, ist der, dass im Jahre 1873 auch die bereits zahlbaren Wittwen- und Waisenpensionen von 16 auf 24 % des beitragspflichtigen Einkommens erhöht wurden, und dass der Anstalt die Verpflichtung zu dieser erhöhten Leistung ohne irgend welches Aequivalent auferlegt worden ist. Schon oben ist die muthmaassliche Wirkung, welche dieser gesetzliche Eingriff in die Verhältnisse der Anstalt haben würde, erörtert worden, jetzt lässt sich schon aus den bislang gemachten Erfahrungen übersehen, wie bedeutend die finanzielle Wirkung, welche bei Erlass der fragl. Gesetzesvorschrift kaum erwähnt wurde, factisch sich herausgestellt hat. In der nachstehenden Tabelle 13 ist diese finanzielle Wirkung bis zum Jahre 1889 einschliesslich zahlenmässig nachgewiesen worden. Mit dem 1. Juli 1873 trat die Pensionserhöhung von 16 auf 24 % ein; in der Rubrik 2 ist zunächst die Gesamtpensionssumme für diejenigen Wittwen und Waisen, welche schon vor dem 1. Juli 1873 eine Pension von 16 % bezogen haben und deren Pension nunmehr auf 24 % erhöht worden ist, nach dem neuen 24 procentigen Satze angegeben; die Rubrik 3 enthält sodann das Plus dieses Betrages gegenüber der früheren Pensionshöhe, also die mit dem 1. Juli 1873 eingetretene Vermehrung der Pensionssumme; die Rubrik 4 weist den Gesamtbetrag der Pensionen derjenigen Wittwen und Waisen, welche innerhalb des Jahres verstorben oder sonst weggefallen sind, wiederum zu dem 24 procentigen Satze nach und in Rubrik 5 ist übereinstimmend mit Rubrik 3 das Plus dieses Betrages gegenüber der früheren Pensionshöhe berechnet; in der Rubrik 6 ist endlich die der Anstalt durch das Gesetz von 1873 auferlegte factische Mehrleistung an Wittwen- und Waisenpension für jedes Jahr in der Weise festgestellt worden, dass von der sich zu Anfang jeden Jahres ergebenden Gesamtmehrleistung (Rubrik 3) die Hälfte des Betrages der Mehrleistung für die in dem Jahre weggefallenen Wittwen pp. (Rubrik 5) in Absatz gebracht ist, da als Durchschnitt wohl anzunehmen, dass die in dem

Jahre weggefallenen Wittwen die Hälfte ihrer Bezüge noch erhalten haben werden; für das Jahr 1873 hat bei der letzteren Berechnung natürlich nur die Hälfte des in Rubrik 3 gegebenen Betrages in Ansatz gebracht werden können, da die höhere Pension nur für ein halbes Jahr zur Zahlung gekommen ist; die in Rubrik 2 angeführte Summe ergibt sich für die nachfolgenden Jahre stets dadurch, dass von der bezüglichen Summe des Vorjahres der Betrag der Rubrik 4 des Vorjahres abgezogen wird.

Tabelle 13.

Jahr	Betrag der bereits vor dem 1. Juli 1873 zahlbaren Pensionen nach dem neuen Satze (24%) zu Anfang des Jahres	Plus dieses Betrages (Col. 2) gegenüber dem früheren Satze (zu 16%)	Gesamtbetrag der im Jahre fortgefallenen Pensionen zu nunmehr 24% (Col. 2)	Plus dieses Gesamtbetrages (Col. 4) gegenüber dem früheren Pensionssatze von 16%	Factische Mehrzahlung in Folge des Gesetzes von 1873 an Pensionen (16% : 24%)
	M.	M.	M.	M.	M.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1873 (1. Juli)	369 482	123 160	4 158	1 386	60 887
1874	361 166	120 389	15 174	5 058	117 860
1875	345 992	115 331	19 168	6 356	112 153
1876	326 824	108 941	14 921	4 974	106 454
1877	311 903	103 968	14 290	4 763	101 587
1878	297 613	99 204	12 417	4 139	97 135
1879	285 196	95 065	12 892	4 297	92 916
1880	272 304	90 768	9 452	3 151	89 093
1881	262 852	87 617	14 951	4 984	85 125
1882	247 901	82 634	13 508	4 503	80 383
1883	234 393	78 131	19 028	6 343	74 959
1884	215 365	71 788	18 395	6 132	68 722
1885	196 970	65 657	15 048	5 016	63 149
1886	181 922	60 641	15 814	5 272	58 005
1887	166 108	55 369	8 250	2 750	53 994
1888	157 858	52 619	10 803	3 601	50 818
1889	147 055	49 018	12 292	4 097	46 969

Die Zahlen der Tabelle lassen ohne Weiteres erkennen, wie bedeutend doch die Mehrleistungen bislang gewesen sind, welche der Anstalt durch die Erhöhung der bereits zahlbaren Pensionen erwachsen sind; sie zeigen, dass es sich dabei immerhin um Beträge handelt, welche an sich einer Anstalt von dem Umfang der unserigen nicht ohne Gewährung einer entsprechenden zur Deckung zu verwendenden neuen Einnahmequelle auferlegt werden können, und dass es mithin nicht Wunder nehmen kann, wenn der hier schliesslich die Deckung bildende Staat besonders stark in Anspruch genommen worden ist. Die fragl. Mehrleistung ist allmähig von ca. 120 000 M. auf ca. 47 000 herabgesunken und wird sich für die Folgezeit in ähnlicher Weise von Jahr zu Jahr weiter verringern; insgesamt beträgt dieselbe für die bis 1889 einschliesslich abgelaufenen 16½ Jahre 1360 209 M., gewiss doch eine nicht nur an sich sondern auch in Verhältniss zu den ganzen Ausgabebeträgen der Anstalt recht erhebliche Summe; rechnet man alles dasjenige, was der Staat in der Zeit bis 1889 über den früheren Satz von 39 000 M. jährlich der Anstalt geleistet hat, und zählt noch die Summen hinzu, welche für die Jahre 1888 und 1889 noch nicht

factisch als Zuschuss verrechnet, sondern erst vorgeschossen waren, so erhält man die Summe von 1377 254 M., welche den obigen Betrag also nur um wenig übersteigt; der ganze erhebliche Zuschuss, welchen der Staat über den seit 1873 üblichen Satz geleistet hat, ist also lediglich zur Deckung dieser der Anstalt vom Staat ohne Aequivalent auferlegten Verpflichtung nothwendig gewesen. Hierdurch wird natürlich die Zweckmässigkeit und Nothwendigkeit der fragl. Gesetzesvorschrift, welche die Erhöhung der Pension auch für die bereits vorhandenen Wittwen aussprach, in keiner Weise berührt; durch die veränderten Preisverhältnisse der nothwendigsten Lebensbedürfnisse hatten sich die derzeitigen Pensionssätze als zu niedrig und nicht mehr angemessen erwiesen, unter der Preisveränderung hätten aber die vorhandenen Wittwen ebenso wie die noch hinzukommenden leiden müssen und erschien es daher nicht nur billig, sondern auch nothwendig auch für sie die Pensionserhöhung zu bewilligen, wie solches ja auch geschehen, ohne dass sich nur das leiseste Bedenken dagegen erhoben hätte. Die Mehrleistung an Wittwenpension, welche dadurch entstand, musste allein der Staat tragen nach Maassgabe seiner allgemein anerkannten Verpflichtung für die nächsten Hinterbliebenen seiner Beamten zu sorgen, nur für die nicht dem Staate angehörigen Beamten hätte allenfalls eine Heranziehung der sie besoldenden Organe in Frage kommen können, welche aber nicht weiter angeregt worden ist. Wenn aber der Staat die Deckung dieser Mehrleistung in erster Linie der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt ohne Weiteres und ohne ihr sonst ein Aequivalent zu bieten, auferlegt, so kann er dabei nur von dem Gedanken ausgegangen sein, dass die fragliche Anstalt doch wesentlich Staatsanstalt sei und dass er durch seine gesetzliche Verpflichtung für die Ausgaben der Anstalt aufzukommen immer auch seine hier in Frage stehende Verpflichtung der Anstalt gegenüber erfüllen werde. Wesentlich und nicht ausser Acht zu lassen ist aber dabei der Umstand, dass uns die Zahlen der oben gegebenen Tabelle nachweisen, zu welchem Betrage die erhöhten Staatszuschüsse, welche formell auf Grund der Deficitdeckungsverpflichtung des Staats geleistet sind, ihren wirklichen Grund in der Erhöhung der bereits zahlbaren Pensionen gehabt haben und wie dieselben mithin factisch fast ausschliesslich zur Erfüllung der Verpflichtung geleistet sind, welche der Staat der Anstalt gegenüber dadurch übernommen hat, dass er ihr die an sich ihm obliegende Zahlung der erhöhten Wittwenpensionen ohne weiteres Aequivalent auferlegt hat. Unter diesem Gesichtspunkte gewinnen die bisher gezahlten hohen Staatszuschüsse eine wesentlich andere Bedeutung.

Ein weiterer hier zu beachtender Grund für die derzeitige erhebliche Zunahme des Staatszuschusses, welcher theils der vorigen Periode, theils aber auch dieser angehört, ist die rechtliche oder factische Schliessung der Anstalt für verschiedene Beamtenkategorien. Für die Interessenten der früheren Militär-Wittwencassen ist ja diese Schliessung auch erfolgt, da aber oben der ganze Einfluss der Militär-Wittwencassen schon besonders behandelt ist, so können sie hier ausser Acht gelassen werden; ebenso sollen die Civilstaatsbeamten, deren staatliche Functionen

in Fortfall gekommen sind, und die Hüttenbeamten, welche an sich auch hierher gehören würden, ihrer untergeordneten Bedeutung wegen unberücksichtigt bleiben; es würde sich demnach noch um die Eisenbahnbeamten, die Postbeamten und die Prediger handeln. Diese drei kleinen Anstalten haben das gemeinsam, dass ihre Schliessung zu einem Zeitpunkt erfolgt ist, in welchem sie von dem Beharrungszustande noch verhältnissmässig weit entfernt waren. Es kann daher denselben nach Lage der Sache gar nicht möglich gewesen sein, in der Capitalansammlung so weit vorgeschritten zu sein, als sie nach dem Gesichtspunkte der Versicherungsanstalt mussten, um ihre Verpflichtungen nach der Schliessung voll decken zu können. Wir haben oben schon erörtert, wie das Princip der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt als Versicherungsanstalt wesentlich darauf beruht, dass in einer Reihe von Jahren durch die nothwendigen Ueberschüsse der Einnahmen ein Capital angesammelt werde, aus dessen Erträgen neben den sonstigen Einnahmen die dauernden Verpflichtungen im Beharrungszustande bestritten würden, und das nach Auflösung der Anstalt in gleicher Weise mit verwandt würde; der Ablauf einer gewissen längeren Zeit ist daher stets als eine der Grundbedingungen für die Existenzfrage der grossen wie auch der kleinen Anstalten innerhalb derselben anzusehen; erfolgt eine Auflösung der Anstalt vor Ablauf dieses Zeitraums, so muss sich nothwendig ein Deficit der Anstalt herausstellen, bezw. es muss der Staat, welcher ja doch für das Ganze aufzukommen hat, verhältnissmässig grössere Opfer bringen. Bezüglich dieser Opfer lässt sich, abgesehen davon, dass sie in dem erhöhten Staatszuschüsse zu Tage treten, leider nur ihre principielle Nothwendigkeit nachweisen, genau zahlenmässig berechnen, wie solches bezüglich der Militär-Wittwencassen geschehen, lassen sie sich nicht, weil in früherer Zeit die Ausscheidung der einzelnen speciellen Kategorien nicht gemacht worden war. Die besonderen Aufwendungen, welche durch die Schliessung der Anstalt für die fraglichen Beamtenkategorien veranlasst worden, sind ihrer Natur nach ja nur vorübergehende, sie ziehen sich aber immerhin durch einen längeren Zeitraum hindurch, da ja die Entwicklung und Abwicklung aller derartigen Verhältnisse bei der Anstalt an sich von längerer Dauer ist. Diese Aufwendungen werden von vornherein gleich erheblicher, weil die von den fraglichen kleinen Anstalten angesammelten Capitalien einen untrennbaren Theil des Gesamtvermögens der Anstalt bilden und deshalb nach specieller Gesetzesvorschrift nicht angegriffen werden dürfen. Wir befinden uns jetzt gerade in einer Periode, in welcher diese Aufwendungen eine grosse Ausdehnung angenommen, den Höhepunkt aber aller Voraussicht nach noch nicht erreicht haben. Oben bei Betrachtung der statistischen Resultate für die einzelnen ausgeschiedenen Beamtenkategorien haben wir schon gesehen, in wie erheblichem Maasse der Ueberschuss der Pensionen über die Beiträge bei den fraglichen Kategorien angewachsen ist. er betrug im Jahre 1889 bei den Eisenbahnbeamten 43 326 M., bei den Postbeamten 24 852 M. und bei den Predigern 19 559 M., also insgesamt 87 737 M. und nach Lage der Sache ist anzunehmen, dass dieser Ueberschuss noch bis gegen 100 oder 120 000 M. steigt. Dieser Ueberschuss

ist also an sich ein sehr hoher, doch kann man sich darüber auch nicht wundern, wenn man die Bedeutung der drei fraglichen Beamtenkategorien berücksichtigt; auf dem Höhepunkte war die Zahl der Eisenbahnbeamten 614, der Postbeamten 272 und der Prediger 246, es handelt sich also insgesamt um 1132 Mitglieder, also um über ein Viertel der nur bis gegen 4200 gestiegenen höchsten Mitgliederzahl. Dass der Ueberschuss der Pensionen über die Beiträge oder mit anderen Worten der für die geschlossenen kleinen Anstalten erforderliche Staatszuschuss derzeit eine solche Höhe erreicht hat, ist aber wesentlich durch die vom Staat vorgenommene Schliessung der kleinen Anstalten vor Erreichung des Beharrungszustandes bewirkt worden. Der Staat hatte natürlich für die Schliessung seine guten und zwingenden Gründe, welche aber an sich vollständig ausserhalb des Rahmens der Beamten-Wittwen- und Waisenversorgungsanstalt lagen und zu dieser in durchaus keiner Beziehung standen; als Urheber der Schliessung muss er aber auch selbstredend für die Folgen derselben eintreten, es ist dieses eine Verpflichtung, der er sich unter keinen Umständen entziehen kann. Wenn also durch den bedeutenden Ueberschuss der Pensionen über die Beiträge bei den fraglichen geschlossenen kleinen Anstalten der erforderliche Staatszuschuss jetzt ganz besonders erhöht wird, so kommt der Staat mit der Zahlung dieses erhöhten Zuschusses aber nur seiner obenbezeichneten besonderen Verpflichtung nach; der erhöhte Staatszuschuss, soweit er hier in Frage kommt, hat also an sich einen ganz anderen Charakter als die frühere lediglich zur Unterstützung der humanitären Zwecke der Anstalt gewährte Beihilfe, er beruht auf einer speciellen Verpflichtung des Staats gegenüber der Anstalt aus ganz bestimmter Handlung des Staats, welche dieser vorzunehmen genöthigt war aus Gründen, welche zu der Anstalt in irgend welcher Beziehung nicht standen.

Gleichfalls sowohl der vorigen wie dieser Periode gehört dann eine fernere Ursache für das Steigen der Wittwenpensionen und damit des Staatszuschusses an, welche an Bedeutung wohl die erste Stelle einnimmt; es bilden diese die Gehaltsaufbesserungen, welche durchweg in allen Beamtenkategorien stattgefunden haben, und welche wir schon oft zu erwähnen Gelegenheit hatten. Lediglich eine besondere Art der Gehaltsaufbesserungen bilden die den Staatsdienern seit 1874 gewährten Wohnungsgeldzuschüsse, welche daher als solche nicht weiter behandelt zu werden brauchen. Um für die wiederholt berührte Bedeutung und den Umfang der Gehaltsaufbesserungen einen zahlenmässigen Anhalt zu geben, habe ich für die einzelnen Jahre von 1848 aus den Staatshaushalts-Etats bzw. den Special-Etats dazu die dort für Gehalte und später auch Wohnungsgeldzuschüsse ausgeworfenen Sätze für eine Reihe einzelner Beamtenkategorien ausziehen lassen und in einer Zusammenstellung als Anlage D. beigefügt. Es sind dabei wesentlich nur diejenigen Staatsbeamtenkategorien berücksichtigt, deren Gehaltssätze in den fragl. Etats während des ganzen Zeitraums nach gleichen Grundsätzen und in gleichem Umfange ausgeworfen sind und ohne Weiteres aus den Etats zu ersehen waren; wenn nun trotzdem auch auf die gegebenen Zahlen einzelne Verschiebungen in den Altersverhältnissen der Beamten oder auch geringere Ver-

änderungen in der Zahl derselben mit eingewirkt haben, so verschwindet dieses im Allgemeinen doch gegenüber dem Einfluss, welchen die Gehaltsaufbesserungen auf die Steigung der für Gehalte ausgeworfenen Summen seit 1848 ausgeübt haben. Nach der Zusammenstellung haben die für Gehalte pp. bei den einzelnen Beamtenkategorien ausgeworfenen Sätze procentual von 1848 bis 1889 in folgender Weise zugenommen: beim Staatsministerium um 115 %, beim Landes-Haupt-Archiv um 82 %, bei den Legationen um 158 %, beim Landtag um 214 %, bei der Justiz um 141 %, beim Finanz-Collegium um 90 %, bei den Cassenbeamten um 218 %, beim Steuercolleg um 76 %, bei der Baudirection um 73 %, bei den Bauofficianten pp. um 179 %, bei den Kreisdirectionen um 300 %, bei den Medicinalanstalten, dem Ober-Sanitäts-Collegium und den Physikaten um 133 %, bei der Landes-Oekonomie-Commission um 51 % und endlich bei der Polizeidirection Braunschweig um 419 %; bei Berechnung dieser Verhältnisszahlen ist durchweg der Unterschied zwischen dem Anfangs- und dem Endjahr zu Grunde gelegt, nur in einzelnen Fällen, wo die Zahlen dieser Jahre von den sonstigen Durchschnittszahlen zu sehr abweichen, ist das nächstliegende dem Durchschnitt mehr entsprechende Jahr in Ansatz gebracht worden. Der Wohnungsgeldzuschuss ist für das Endjahr stets mitgerechnet worden. Bei den Kreisdirectionen, der Polizeidirection Braunschweig und der Herzoglichen Landes-Oekonomie-Commission ist die besonders hohe procentuale Zu- bzw. Abnahme der Gehalte wesentlich mit in den stattgehabten Veränderungen in den Beamtenverhältnissen begründet, rechnet man hierauf auch bei den übrigen Kategorien etwas ab und berücksichtigt ferner den steten Wechsel in den jeweiligen Alters- und damit auch Besoldungsverhältnissen der Beamten, so bleibt im Durchschnitt wohl immerhin noch eine Steigerung der Gehalte pp. von 75 bis 100 % als durch die Gehaltsaufbesserungen verursacht, übrig. Der Zeit nach fallen die Gehaltsaufbesserungen hauptsächlich auf das Ende der fünfziger, in den Anfang der sechziger und in den Anfang und das Ende der siebziger Jahre. Einen weiteren zahlenmässigen Anhalt für die grosse Bedeutung der Gehaltsaufbesserungen bieten uns die gesetzlichen Vorschriften über die Gehaltsverhältnisse der Bürger- und Landschullehrer. Nach dem Gesetz über die Gemeindeschulen vom 8. December 1851 Nr. 53 soll der Minimalgehalt je nach der Seelenzahl des Orts der Anstellung neben freier Wohnung 120 Thlr. oder 150 Thlr. betragen, nach dem letzten die Normalgehaltsverhältnisse regelnden Gesetz Nr. 18 vom 29. März 1886 ist der Gehalt für die Bürgerschullehrer von 1050 Mk. bis 1950 Mk. neben freier Wohnung oder Miethentschädigung von 120—180 Mk. abgestuft, die Landschullehrer sollen ausser der freien Wohnung in Gemeinden bis 400 Seelen bei der Anstellung mindestens 900 Mk., nach 10 Jahren mindestens 1150 Mk., in Gemeinden bis 550 Seelen mindestens 1300 Mk., bis 700 Seelen mindestens 1450 Mk., in Gemeinden über 700 Seelen mindestens 1600 Mk. Gehalt beziehen. Die Gehaltsaufbesserung ist hier also noch eine ungleich höhere als bei den Staatsdienern; dieselbe vertheilt sich auf die Jahre 1867, 1873 und 1886. Bei den übrigen Beamtenkategorien wird die Gehaltsaufbesserung etwa ähnlich wie bei den Staats-

dienern gewesen sein, wenn auch vielleicht theilweis etwas geringer. Dass die Gehaltsaufbesserungen an sich bedeutend gewesen sind, werden die vorstehenden Angaben nachgewiesen haben, dass aber ihre Wirkung auf die Verhältnisse der Beamten-Wittwen und Waisen-Versorgungsanstalt gleicherweise eine hervorragende sein musste, liegt in der Natur der Sache. Irgend wie zahlenmässig darstellen lässt sich nun leider diese Wirkung nicht; wir können zwar principiell als zweifellos aufstellen, dass jede Erweiterung des beitragspflichtigen Einkommens die Wittwenpensionen in dem gleichen Procentsatze, wie die Beiträge erhöhen muss, dass mithin eine Verdoppelung dieses Einkommens die Beiträge in gleicher Weise wie die Wittwenpensionen verdoppeln wird; nun aber lässt uns unser vorhandenes Material im Stich, wir sind nicht im Stande mit Sicherheit zu berechnen, wie viel Wittwenpension auf die Beiträge des ursprünglichen Einkommens entfallen sein würde, die nothwendige Grundlage für die Berechnung der Wirkung der jetzigen Veränderung fehlt uns somit, um diese zu erlangen, müssten wir die Zahlen eines vollständigen Beharrungszustandes haben, die Anstalt hat aber diesen niemals erreicht, oder ihm auch nur so nahe gestanden, dass durch rechnungsmässige Ergänzung eine Feststellung der muthmaasslichen Zahlen möglich gewesen wäre; durch die steten Veränderungen sowohl in der Mitgliederzahl, wie aber auch in dem hier berührten Einkommen der Mitglieder wurde der Beharrungszustand immer mehr hinausgerückt; in den bisherigen speciellen Sachverständigengutachten sind ja allerdings bezügliche Berechnungen angestellt worden, es haben sich aber die Resultate derselben stets als unzutreffend herausgestellt und mussten dieses auch nothwendiger Weise, da diesen Berechnungen neben gewissen durch die Erfahrungen bei ähnlichen Versicherungsgesellschaften gewonnenen Verhältnisszahlen, deren Anwendbarkeit immerhin zulässig erscheinen kann, auch diejenigen Daten zu Grunde gelegt werden, welche auf den bisherigen Erfahrungen der Anstalt selbst beruhten und durch die einheitliche Statistik derselben gegeben würden, welche aber für allgemeine Berechnungen und Folgerungen nicht zu gebrauchen waren, weil sie nur das zufällige Resultat widerstreitender und in sich fortgesetzt veränderter Verhältnisse waren. Unter diesen Umständen soll daher gänzlich darauf verzichtet werden, den Einfluss der Gehaltsaufbesserungen auf die Wittwenpensionen auch nur nach seiner muthmaasslichen Gestaltung zahlenmässig festzustellen, nur der principiellen Wirkung sollen noch einige Worte gewidmet werden. Schon oben ist die Verschiedenheit bezüglich des Eintritts der Wirkung hervorgehoben, welche die Gehaltsaufbesserungen auf die Beiträge und auf die Wittwenpensionen ausüben; während in der Summe der Beiträge der Einfluss der Gehaltsaufbesserungen sofort durch eine entsprechende Erhöhung zu Tage tritt, wird dieser Einfluss bei den Wittwenpensionen erst nach und nach in einer allmäligen Steigerung derselben sichtbar; die allmälige Steigerung muss sich aber nothwendig nach den ganzen sich nur in langer Dauer entwickelnden Verhältnissen der Anstalt auf grösseren Zeitraum vertheilen, sie ist erst vollendet und damit die volle Wirkung der Gehaltsaufbesserungen erreicht, wenn die letzte derjenigen Wittwen

in Wegfall gekommen ist, deren Pension vor Inkrafttreten der letzten Gehaltsaufbesserung festgestellt wurde; hierüber kann aber nach Lage der Sache immerhin ein Zeitraum von fünfzig Jahren vergehen. Wenn also die letzten Gehaltserhöhungen in den Anfang der achtziger Jahre fallen, so würde erst um das Jahr 1930 ihre volle Wirkung zu Tage getreten sein; dieser Zeitraum ist aber ein so langer, dass man wohl mit Sicherheit annehmen kann, es werde innerhalb desselben wiederum eine oder mehrere Veränderungen in den Gehaltsverhältnissen eintreten, factisch ist ja auch schon eine solche Veränderung durch die im Jahre 1890 stattgehabte theilweise Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse geschehen; dementsprechend wird es kaum zu erwarten sein, dass für die Anstalt ein wirklicher Beharrungszustand entstehen wird, jede Veränderung in den Verhältnissen wirkt zu lange Zeit hinaus, um nicht noch während der Entwicklungszeit ihrer Wirkung neuen Veränderungen Platz zu machen: hierzu tragen gerade die Veränderungen in den Gehaltsverhältnissen durch Gehaltsaufbesserungen pp. bei und in gleicher Weise auch die Veränderungen in der Mitgliederzahl der Theilnehmer. Wenn nun aber die Wirkung der Gehaltsaufbesserungen sich auch auf einen längeren Zeitraum vertheilt, so ist die Wirkung innerhalb dieses keineswegs eine gleichmässige, sie ist vielmehr im Anfangsjahr am stärksten und nimmt von da von Jahr zu Jahr bis zum gänzlichen Verschwinden allmäligen ab, ein analoges Bild dafür bieten etwa die Tabellen 2 und 13; es liegt dieses ja in der Natur der Sache, denn von den vor der Gehaltsaufbesserung schon vorhandenen Wittwen werden mit jedem Jahre weniger in Wegfall kommen. In der laufenden Periode muss, da die Gehaltsaufbesserungen in letzter Zeit verhältnissmässig dicht aufeinander gefolgt sind, ihre Wirkung eine besonders starke sein; es kommen neben einander zur Geltung Gehaltsaufbesserungen aus der Periode selbst, also in den Anfangsjahren, aus den allerletzten Jahren der vorigen, also den Anfangsjahren noch sehr nahe und aus dem letzten Jahrzehnt der vorigen Periode, auch den Anfangsjahren noch nicht sehr fern. Naturgemäss ist daher jetzt gerade der Einfluss der Gehaltsaufbesserungen auf die Erhöhung der Wittwenpensionen ein sehr starker, er muss aber, sofern nicht neue Gehaltsaufbesserungen eine weitere Verstärkung bringen, von Jahr zu Jahr abnehmen d. h. die Erhöhung der Wittwenpensionen an sich dauert noch fort, aber sie wird an sich mit jedem Jahre geringer. Haben wir bis jetzt wesentlich die Wirkung der Gehaltsaufbesserungen auf die Wittwenpensionen betrachtet, so haben wir nunmehr noch ihren Einfluss auf die finanziellen Gesamtverhältnisse der Anstalt ins Auge zu fassen. Dieser Einfluss zeigt sich in einer Vermehrung der Ausgaben ohne gleichzeitige entsprechende Vermehrung der Einnahmen und zwar in doppelter Weise. Schon oben ist hervorgehoben, dass für die z. Zt. der Gehaltsaufbesserung vorhandenen Mitglieder der Anstalt eine Erhöhung des eventuellen Anspruchs auf Wittwenpension eintritt, für welchen sie bisher entsprechende Beiträge nicht geleistet haben, und dass mithin die Anstalt um diese zu wenig geleisteten Beiträge, deren Betrag im Ganzen bei der Bedeutung der Gehaltsaufbesserungen und der grösseren Zahl derselben nicht zu unterschätzen sein wird, geschädigt

wird. Ferner werden durch die Gehaltsaufbesserungen allgemein die Wittwenpensionen erhöht, also die Gesamtausgaben, von den Einnahmen werden dabei aber an sich nur die Beiträge in dem gleichen Verhältniss erhöht, nicht aber die übrigen Einnahmequellen. Durch jede Gehaltsaufbesserung wird mithin das ursprüngliche Verhältniss der Einnahmen zu den Ausgaben zu Ungunsten der Anstalt verschoben, um daher die ganze Grundlage der Anstalt unverändert zu erhalten, hätten bei allen Gehaltserhöhungen auch die neben den Beiträgen vorhandenen Einnahmequellen der Anstalt noch entsprechend vermehrt werden müssen und ausser dieser dauernden Vermehrung hätte wegen des erst berührten Nachtheils der Anstalt jedesmal noch eine entsprechende Capitalentschädigung gezahlt werden sollen. Bei keiner Gehaltsaufbesserung ist aber Derartiges geschehen, es steht daher nicht zu verwundern, wenn jetzt in dem besonders hohen Staatszuschuss die Folgen dieses Verfahrens sich geltend machen. Nun sind ja aber die Gehaltsaufbesserungen zum wesentlichen Theil durch den Staat selbst angeordnet worden, die Mehrbelastung der Wittwenanstalt beruht also auf einer Handlung und Verfügung des Staats und hätte folgerichtig doch wohl auch der Staat eine eventuelle Entschädigung der Anstalt in erster Linie zu tragen gehabt, wie er sie ja jetzt auch factisch in dem hohen Staatszuschusse trägt. Wie der Staat diese ihm aus den Gehaltsaufbesserungen der Anstalt gegenüber entstehenden Verpflichtungen erfüllt, ob er der Anstalt sofort eine entsprechende Erhöhung der Einnahmequellen durch verstärkten regelmässigen Staatszuschuss, Kapitalüberweisung pp. schafft, oder ob er seine Verpflichtung lediglich auf seine allgemeine Pflicht zur Deckung des Deficits der Anstalt übernimmt, kann für die Anstalt an sich gleichgültig sein. Da nun aber der Staat den letztgenannten Weg gewählt hat, so ist der jetzige hohe Staatszuschuss auch aus diesem Gesichtspunkte anzusehen. der Staat kommt durch denselben der Anstalt gegenüber eben seinen Verpflichtungen aus den Gehaltsaufbesserungen nach. Sofern und soweit also der derzeitige hohe Staatszuschuss in den Gehaltsaufbesserungen begründet ist — und das macht nach dem Obigen einen ganz beträchtlichen Theil desselben aus — zahlt der Staat mithin wiederum Etwas aus einer an sich ausserhalb der Anstalt beruhenden Verpflichtung, er leistet nicht etwa der Anstalt ein besonderes Beneficium damit.

Anschliessend an die Gehaltsaufbesserungen soll noch ein weiteres mehr der vorigen als dieser Periode angehörendes aber in beiden wirkendes Moment betrachtet werden, nämlich die Zunahme der Pensionirten, und zwar nicht nur die Zunahme der Pensionirten an sich, sondern auch im Verhältniss zu der sonstigen Mitgliederzahl. Da der pensionirte Beamte Beiträge nur von seiner Pension entrichtet, die Wittwenpension eventuell nach dem letzten Gehalt berechnet wird, welchen er im activen Dienst bezogen, und welcher also stets mehr oder weniger höher sein wird als die Pension, so erwächst der Anstalt naturgemäss aus jeder Zunahme der Pensionäre ein Nachtheil. Der Oberbaurath Scheffler, welcher in seinem letzten Gutachten eine Zusammenstellung über die Zunahme der Zahl der Pensionäre von 1840 bis 1887 giebt, schlägt den Nachtheil der Anstalt aus dieser Zunahme verhältnissmässig

hoch an; woher die angeführten Zahlen entnommen, ist nicht angegeben und habe ich weder die Richtigkeit derselben feststellen können, noch ob sie für jedes der einzelnen Jahre nach demselben Princip ausgezogen sind oder nicht. Um einen genaueren Ueberblick über die Bedeutung des Anwachsens der Pensionen zu gewinnen, habe ich in der über die Gehaltsaufbesserungen gegebenen Anlage D auch die Beiträge der Civilpensionen für die einzelnen Jahre aus den Staatshaushaltsetats ausziehen lassen und scheint danach diese Bedeutung immerhin nennenswerth, aber doch nicht so hervorragend als angenommen zu sein. Im Jahre 1848 stellt sich die Summe der Civilpensionen auf 207 100 M., steigt aber schon im folgenden Jahre auf 234 000 M., nach einigem Beharren auf ungefähr dieser Höhe fällt sie Anfang der sechziger Jahre auf unter 200 000 M., um 1864 und 1865 auf über 300 000 M. zu steigen, Anfang der siebenziger Jahre erhebt sie sich dann auf über 400 000 M. und Ende derselben auf über 500 000 M., demnächst 1883 und 1884 auf über 600 000 M., von da an sinkt sie wieder etwas, 1889 583 900 M. ausmachend. Vergleicht man anstatt des besonders niedrig stehenden ersten Jahres das einem längeren Durchschnitt mehr entsprechende zweite Jahr mit dem Endjahre, so beträgt die Zunahme der Civilpensionen etwa 149 %, ein Satz, welcher etwa im Durchschnitt der procentualen Zunahme der Gehalte bei den übrigen in Anlage D geschiedenen Beamtenkategorien steht. Wenn man nun berücksichtigt, dass die Gehaltsaufbesserungen in gleicher Weise obwohl langsamer auf die Erhöhung der Beamtenpensionen wie auf die der Gehalte selbst haben wirken müssen, so bleibt die Zunahme der Civilpensionen an sich von weniger Bedeutung. Ob aber diese Bedeutung etwas grösser oder geringer gewesen ist, bleibt sachlich verhältnissmässig gleichgültig; so viel steht entschieden fest, dass eine Zunahme der Pensionäre und der Pensionen stattgefunden hat und dass diese Zunahme auch mit eine Ursache für den jetzigen besonders hohen Staatszuschuss gewesen ist. Aber auch diese Ursache hat das mit den vorbehandelten überein, dass sie an sich nicht durch die Verhältnisse der Anstalt selbst veranlasst ist. Die Zunahme der Pensionäre und damit der Pensionen war für den Staat durch besondere Umstände nothwendig geworden, er hat sie in seinem alleinigen Interesse herbeigeführt, er muss daher auch allein für die Folgen derselben eintreten und kann es nur vollkommen gerechtfertigt erscheinen, wenn er diese Folgen der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt gegenüber in dem entsprechend erhöhten Staatszuschuss trägt. Dieser Staatszuschuss, soweit er eben auf der Zunahme der Pensionen beruht, hat demgemäss aber wiederum nur den Charakter der Erfüllung einer besonderen Verpflichtung, nicht den einer Liberalität, einer Unterstützung der Anstaltszwecke.

Die sämmtlichen vorbehandelten Umstände, welche auf eine Erhöhung der Ausgaben der Anstalt hingewirkt und damit zugleich den derzeitigen hohen Staatszuschuss veranlasst haben, weisen das Gemeinsame auf, dass sie an sich entweder ganz ausserhalb der Anstalt, oder doch ausserhalb der regelmässigen Entwicklungssphäre derselben stehen und daher nur indirect oder als etwas von aussen her kommendes Besonderes auf die Verhältnisse der An-

stalt eingewirkt haben, dass sie sämmtlich vom Staat veranlasst, auf einer besonderen Verfügung desselben beruhen und daher der Staat auch für die durch sie herbeigeführten Folgen verantwortlich erscheint, und dass der Staat der ihm bezüglich ihrer der Anstalt gegenüber obliegenden Verpflichtung nicht in jedem einzelnen Fall in specieller Weise nachgekommen, sondern seine bezügliche Verpflichtung lediglich in Erfüllung seiner allgemeinen gesetzlichen Pflicht zur Deckung des Anstaltsbudgets eingelöst hat. Alle diejenigen Zahlungen, welche der Staat in Folge der vorbehandelten Umstände an die Anstalt geleistet hat, sind daher nicht als ein eigentlicher Zuschuss des Staats, welcher der Anstalt wegen ihres humanitären Zwecks geleistet ist, aufzufassen; der Staat erfüllt durch dieselben nur eine Verpflichtung, welche er der Anstalt gegenüber durch eine besondere Handlung übernommen hat. Dass die Summen, welche aus diesen Umständen zur Zahlung gelangen mussten, sehr grosse waren, geht schon aus dem Vorstehenden hervor; einzelne derselben sind genau zahlenmässig nachgewiesen, andere lassen sich wenigstens ungefähr veranschlagen, so dass man ein allgemeines Resultat, welches allerdings der strengen Genauigkeit entbehrt, welches aber doch einen annähernd der Wirklichkeit entsprechenden Ueberblick gewährt, zahlenmässig darzustellen im Stande ist. Der gesammte Zuschuss, welcher der Anstalt vom Staat seit 1876 einschliesslich geleistet ist, der regelmässige und der ausserordentliche beträgt unter Hinzurechnung des rechnungsmässig erst später gedeckten Deficits aus den Jahren 1888 und 1889 1 923 254 M. Demgegenüber stehen die Ausgaben, welche durch die vorbehandelten Umstände veranlasst sind, in folgender Höhe: für die Militär-Wittwencassen sind nach Obigem bislang 67 565 M. gezahlt worden; der Mehrbetrag an Wittwenpension, welcher durch die Erhöhung der Pension für die Wittwen aus der Zeit vor 1873 entstanden, stellt sich auf 1 360 199 M.; für die weit vor dem Beharrungszustande geschlossenen kleinen Anstalten der Postbeamten, der Civilstaatsdiener, deren staatliche Functionen in Wegfall gekommen, und der Eisenbahnbeamten haben die über die Beiträge geleisteten Mehrausgaben seit 1876 insgesamt 461 580 M. betragen, zwei Drittheile dieser Summe wird man aber gut als in Folge der Schliessung der Anstalten gezahlt rechnen können, denn bei den kleinen Anstalten der Postbeamten und der Eisenbahnbeamten überragten zu Anfang der Periode die Beiträge noch die Pensionen und würden dieses bei regelrechter Fortentwicklung nach Maassgabe der Entwicklungsstufe dieser Anstalten noch längere Zeit hindurch gethan haben, es würden dementsprechend wegen der Schliessung 307 720 M. in Ansatz zu bringen sein; am wenigsten gut lässt sich der Einfluss der Gehaltsaufbesserungen und der Zunahme der Pensionen zahlenmässig ausdrücken, durch die Gehaltsaufbesserungen ist wie oben nachgewiesen das beitragspflichtige Einkommen und damit der schliessliche Betrag der Wittwenpensionen annähernd verdoppelt worden, sämmtliche Einnahmequellen und mithin auch der Staatszuschuss hätte danach verdoppelt werden müssen, und zwar sofort bei Eintritt der Gehaltserhöhung, nun wird man, glaube ich, keineswegs zu hoch greifen, wenn man für die Berechnung des fraglichen Einflusses den Staatszuschuss von 1873 zu Grunde legt und

annimmt, dass dieser zur Höhe von 24 000 M. in jeder der 14 Jahre seit 1876 wegen der Gehaltsaufbesserungen noch ausserordentlich hätte beigesteuert werden müssen, rechnet man für die Zunahme der Pensionen noch die Summe von rund 1000 M. hinzu, so kommt man auf einen Gesamtbetrag von 360 000 M.; insgesamt würden sich daher die fraglichen Ausgaben auf 2 095 484 M. stellen. Danach übertreffen also die aus den fraglichen Handlungen des Staats für die Anstalt nothwendig gewordenen Ausgaben den gesammten seit 1876 bis 1889 gezahlten bzw. noch zu zahlenden Staatszuschuss noch um 172 230 M.; das bedeutet in anderer Ausdrucksweise: wenn die fraglichen staatlichen Einwirkungen auf die Anstalt nicht stattgefunden haben würden, so hätte diese ohne alle staatliche Beihülfe aus ihren eigenen Mitteln ihre Verbindlichkeiten erfüllen können und würde dabei ihr Capitalvermögen noch um 172 230 M. vermehrt haben; da ihr aber doch unter diesen Umständen immer der frühere Staatszuschuss in der Höhe vor 1873 gesichert gewesen wäre, so muss man diesen für die 14 Jahre mit 336 000 M. noch der Capitalvermehrung hinzurechnen, so dass sich diese danach auf rund 500 000 M. stellt, wobei die inzwischen stattgehabte Verzinsung noch ausser Betracht gelassen ist. Nach diesen Resultaten stellt sich nicht allein der bisherige hohe Staatszuschuss, welcher das Characteristicum der jetzigen Periode bildet, in einem ganz anderen Lichte dar, sondern es wird auch das ganze Verhältniss der finanziellen Betheiligung des Staats an der Anstalt, wie man es an sich nach oberflächlicher Betrachtung der Sachlage annehmen musste, in das Gegentheil verkehrt. Nicht der Staat hat besonders viel für die Anstalt, sondern die Anstalt hat noch etwas für den Staat geleistet, durch die für den Staat übernommenen Verpflichtungen ist der Anstalt trotz der hohen Staatszuschüsse noch ein Nachtheil von rund 500 000 M. in der laufenden Periode erwachsen.

Das vorstehende Gesamtergebniss ist noch von besonderem Interesse bei Betrachtung eines weiteren Umstandes, welcher für das Anwachsen der Summe der Wittwenpensionen von wesentlichem Einfluss gewesen ist, welcher aber seine Begründung in der Entwicklung der Anstalt selbst hatte und dieselbe nicht nur von aussen her traf, es ist dieses die allgemeine Erhöhung der Wittwenpensionsbeträge durch das Gesetz von 1873. Diese allgemeine Erhöhung des Wittwenpensionsgesetzes stellt sich aber, wie dies aus den früheren Ausführungen hervorgeht, ganz anders dar als die damit gleichzeitig verbundene Erhöhung der bereits zahlbaren Wittwenpensionen; während die letztere lediglich eine allerdings durch die Umstände gebotene und vollkommen zu billigende Liberalität gegen eine vorhandene Anzahl bestimmter Personen enthält, stellt sich die erstere als eine Aenderung in den Grundprincipien der Anstalt selbst dar. Wenn man hier bei Betrachtung des bezüglichen Einflusses auf die Anstalt abgekürzt nur von einer Erhöhung des Wittwenpensionssatzes redet, so ist dieses an sich zu einseitig und unvollständig, zu verstehen ist darunter nicht nur die Erhöhung des Wittwenpensionssatzes selbst, sondern auch die gleichzeitig zur Deckung der dadurch veranlassten Ausgabevermehrung der Anstalt zur Verfügung gestellte Einnahmevermehrung, beides zusammen bildet ein Ganzes, dessen Wirkung hier näher ins

Augen zu fassen ist. Diese Wirkung konnte sich, obwohl das ändernde Ereigniss selbst der vorigen Periode angehört, doch der Natur der Sache nach erst in der jetzigen zeigen. Das äussere Inerscheintreten dieser Wirksamkeit ist aber soweit es die Wittwenpensionen angeht, wesentlich dadurch verwischt worden, dass gleichzeitig dieselbe Erhöhung für die bereits zahlbaren Wittwenpensionen stattgefunden hat, sonst hätte sich eben in den Ausgaben die Erhöhung des Pensionssatzes ebenso allmählig geltend machen müssen, wie die Gehaltsaufbesserungen. Ausserdem hat ja aber auch die Erhöhung des Pensionssatzes auf alle die eben behandelten Ausnahmeumstände mit eingewirkt und deren Einfluss entsprechend verstärkt. Zahlenmässig daher den reinen Einfluss der Erhöhung des Pensionssatzes direct nachzuweisen wird bei dieser Sachlage unmöglich sein, oder man müsste doch unter so viel mehr oder weniger unsicheren Voraussetzungen rechnen, dass das Resultat immer ein zweifelhaftes und werthloses bleiben dürfte. Hier tritt aber gerade das vorher ermittelte Gesamtergebniss helfend ein. Nach demselben hätte bei Nichtvorhandensein der berührten ausserordentlichen Verhältnisse die Anstalt ihre Verpflichtungen voll erfüllen und unter Gewährung des früheren Staatszuschusses ausserdem noch ihr Capitalvermögen um 500 000 M. vermehren können, bei Gewährung des von 24 000 M. auf 39 000 M. erhöhten Staatszuschusses sogar um 755 000 M. Die Anstalt hätte mithin an sich die Erhöhung des Pensionssatzes im Gesamtergebniss für den ganzen Zeitraum bislang zu ertragen vermocht und dabei sogar noch Ueberschuss zur Capitalbildung gehabt. Dabei ist aber das Hauptgewicht auf die Worte im Gesamtergebniss für den ganzen Zeitraum zu legen. Die Wirkung der vorher behandelten besonderen Umstände ist für den ganzen Zeitraum in Eins, nicht für die einzelnen Jahre berechnet worden, selbstredend war die Wirkung innerhalb des Zeitraums für die einzelnen Jahre eine verschiedene und zwar in der Weise, dass sie in den Anfangsjahren der Periode, namentlich in Folge des Einflusses der zunächst am stärksten auftretenden Erhöhung der bereits zahlbaren Wittwenpensionen, stärker als in den späteren war. Berechnet man die Wirkung dieser besonderen Umstände ganz nach den obigen Grundsätzen für das letzte Jahr 1889, so erhält man für die Militär-Wittwencassen einen Aufwand von rund 30 000 M., für die Erhöhung der vor 1873 zahlbaren Wittwenpensionen einen solchen von rund 47 000 M., für die geschlossenen Anstalten 49 412 M. und für die Gehaltsaufbesserungen und Zunahme der Pensionen 25 000 M., insgesamt also einen Aufwand von 151 412 M., die vom Staate im Ganzen zu deckende Mehrausgabe stellt sich aber auf 210 981 M., ist daher um 59 569 M. höher. Dieser Mehrbetrag des Staatszuschusses von 59 569 M. ist aber auf Rechnung der Erhöhung des Pensionssatzes zu schreiben, davon ab gehen allerdings noch 39 000 M. als der regelmässige 1873 in Aussicht gestellte Staatszuschuss, welcher bislang nicht mit berücksichtigt worden ist, das eigentliche aus der Erhöhung des Pensionssatzes sich regelnde Deficit der Anstalt würde danach für das Jahr 1889 etwa rund 20 000 M. betragen. In gleicher Weise würde sich aber auch schon für das Vorjahr oder die Vorjahre ein mehr oder weniger geringeres auf derselben Ursache beruhendes Deficit nachweisen lassen, und

man wird dementsprechend annehmen können, dass um die Jahre 1886/1887 die Anstalt unter den obwaltenden Verhältnissen die ihr durch Erhöhung des Pensionssatzes gewordene Mehrbelastung ohne eine grössere Inanspruchnahme des Staats nicht mehr zu tragen im Stande gewesen ist; würde natürlich die oben bezeichnete bei Wegfall der besonderen Umstände mögliche Capitalisirung stattgefunden haben, so würde dieser Zeitpunkt noch einige Jahre hinausgerückt, immer aber doch eingetreten sein. Dieser Erfolg war ja nun allerdings mit Sicherheit vorauszusehen; die Erhöhung des Pensionssatzes war 1873 unter der Annahme eingeführt, dass die Anstalt bereits einen gewissen Beharrungszustand erreicht habe, alle Berechnungen, welche bezüglich der finanziellen Wirkung der fraglichen Erhöhung angestellt waren, beruhten auf dieser Annahme, da dieselbe aber keineswegs richtig war, wie oben schon ausgeführt, und durch die Erscheinungen der laufenden Periode noch mehr bestätigt wurde, so mussten die Berechnungen hinfällig werden und damit war allerdings für die Anstalt die Aussicht auf eine verhältnissmässig starke regelmässige Unterbilanz gegeben. Die Ausgaben waren um die Hälfte ihres bisherigen Betrages in die Höhe gesetzt, dagegen war die Einnahmevermehrung, welche lediglich in Erhöhung der laufenden Beiträge um ein Sechstel und des Staatszuschusses um etwas mehr als die Hälfte bestand, verhältnissmässig unbedeutend, weil man ja die eingeführte Mehrausgabe wesentlich aus dem als disponibel angenommenen Zinsertrage decken wollte. Mit dem Wegfall der letzteren Möglichkeit war also eine dauernde Mehrbelastung der Anstalt, welcher entsprechende Einnahmequellen nicht gegenüberstanden, vorhanden. Gegen das Ende der behandelten Periode hat sich ja der Erfolg hiervon bereits in einem Deficit geltend gemacht, welches durch erhöhten Staatszuschuss zu decken ist. Dieses Deficit und damit das Erfordernis eines erhöhten Staatszuschusses muss in der Folgezeit der Natur der Sache nach noch fortgesetzt steigen. Dieses Steigen wird sich äusserlich allerdings wohl nur in einer Anzahl der nächsten Jahre zeigen, dann fällt es mit dem Sinken der Anforderungen aus den obigen besonderen Umständen zusammen und wird dadurch mehr verwischt werden. Die Gesamtwirkung wird aber immerhin die sein, dass wegen der ohne entsprechende sonstige Einnahmevermehrung eingeführten Erhöhung des Pensionssatzes dauernd ein wesentlich höherer Staatszuschuss wie der regelmässige unmittelbar nach 1873 zur Deckung des Mehrbetrages der Anstaltsausgaben erforderlich sein wird. Diese dauernde Mehrbelastung hat der Staat kraft ausdrücklicher Gesetzesvorschrift zu tragen und erscheint es auch den Umständen nach vollkommen berechtigt und angemessen, dass er sie trägt. Bei Einführung des erhöhten Pensionssatzes im Jahr 1873 hatte man ja allerdings nicht geglaubt, dass dadurch eine wesentliche Erhöhung des Staatszuschusses über die derzeit gewährte hinaus erforderlich gemacht werden würde. Aber selbst wenn man die Verhältnisse derzeit in einem weniger günstigen, der Wirklichkeit aber mehr entsprechenden Lichte angesehen haben würde, würde man doch unter allen Umständen die Pensionssätze haben erhöhen müssen, dieses war durch die veränderte Preislage aller nothwendigsten Lebensbedürfnisse dringend geboten und würden anderenfalls die Pen-

sionen ihren Zweck, die Gewährung einer wirklichen Hülfe und Unterstützung, nicht mehr haben erfüllen können. Um den Wittwenpensionen ihren Charakter als wirkliche Pensionen zu erhalten, hätte der Staat die Erhöhung der Pensionssätze vornehmen müssen und würde sie auch sicher vorgenommen haben. Dabei hätte höchstens in Frage kommen können, ob der Staat nicht seine Beamten zu einer erhöhten Beitragsleistung hätte heranziehen wollen. Aber auch dieses würde, wie ich glaube, kaum geschehen und würde eventuell für den Staat selbst an sich indifferent geblieben sein. Zunächst muss in dieser Hinsicht geltend gemacht werden, dass eine Beitragsleistung von 3 % des Einkommens bei derartigen staatlichen Wittwenanstalten eigentlich als das regelmässige bezeichnet werden kann und eine höhere Heranziehung der Beamten sich wohl nur ausnahmsweise findet. In den früheren Verhandlungen ist auch stets sowohl seitens der Landesregierung wie seitens der Landesversammlung anerkannt worden, dass dieser Satz nach beiden Seiten hin der Billigkeit am meisten entsprechend sei; in dem Gesetz von 1837 war ja die Zulässigkeit einer vorübergehenden Beitragserhöhung auf 4 % für ausserordentliche Nothfälle vorgesehen, diese Bestimmung ist aber später ausdrücklich wieder beseitigt worden, weil aus der vorübergehenden Erhöhung leicht eine dauernde werden könnte und weil Regierung und Landesversammlung nur eine dreiprocentige Beitragsleistung für billig erachteten; im Jahr 1873 hat man dann mit Rücksicht auf die erhebliche Erhöhung des Wittwenpensionssatzes auch die Beiträge auf $3\frac{1}{2}$ % in die Höhe gesetzt, wesentlich weiter würde man aber doch wohl kaum gegangen sein, da man sonst mit den früher als billig und gerecht anerkannten Grundsätzen völlig hätte brechen müssen; vielleicht hätte noch eine weitere Erhöhung auf 4 % stattgefunden, damit würde aber immerhin dem Staat nur ein kleiner Theil der ihm jetzt obliegenden Last genommen sein; nur eine wesentliche Erhöhung des Beitragssatzes hätte für den Staat eine nennenswerthe Erleichterung schaffen können, diese halte ich aber der ganzen Sachlage nach für ausgeschlossen. Dann ist die Sache aber auch noch von einer anderen Seite zu betrachten. Derselbe Grund, welcher die Erhöhung des Wittwenpensionssatzes nothwendig machte, die Preissteigerung sämmtlicher nothwendiger Lebensbedürfnisse müsste natürlich gleichzeitig auch bezüglich der Beamtengehälter wirken, in den oben behandelten Gehaltsaufbesserungen tritt dieses zu Tage. Bei Festsetzung und Ausmessung dieser Gehaltsaufbesserungen musste aber immer auf die Höhe der Wittwencassenbeiträge als einer Last, welcher sich kein Beamter entziehen kann, Rücksicht genommen werden. Factisch kann man doch denjenigen Theil des Gehaltes, welcher als Wittwencassenbeitrag zurückbehalten wird, nicht zu dem wirklichen Einkommen des Beamten rechnen; wenn für den Beamten normalstatmässig ein Gehalt von 100 ausgeworfen ist, so erhält er in Wirklichkeit doch nur $96\frac{1}{2}$; diese $96\frac{1}{2}$ bilden sein eigentliches Einkommen, von dem er alle Lebensbedürfnisse für sich und seine Familie zu bestreiten hat, für die einzelnen verschiedenenartigen Beamten muss der Gehalt so bemessen werden, dass sie so oft (x) mal $96\frac{1}{2}$ erhalten, um mit diesen $x \times 96\frac{1}{2}$ je nach ihrer Vorbildung und Stellung

ihre Lebensbedürfnisse in angemessener und standesgemässer Weise befriedigen zu können; dieses gerade als ausreichend anerkannte Einkommen — und mehr kann doch principiell nicht verwilligt werden und wird auch nicht verwilligt — muss natürlich immer gewährt werden wenn auch die Wittwencassenbeiträge höher gesetzt werden; wird also der Wittwencassenbeitrag auf 6 % erhöht, so beträgt das eigentliche Einkommen nur 94, diese 94 müssen dann, um das als angemessen erkannte Einkommen zu gewähren, um so viel (y) mal mehr gewährt werden, dass $94 \times (x + y)$ gleich $96\frac{1}{2} \times x$ sein würde; kurz das, was durch die Erhöhung des Wittwencassenbeitrages auf der einen Seite genommen wird, muss bei den Gehaltsaufbesserungen auf der anderen Seite wieder zugelegt werden. Für den Staat würde sich unter diesen Umständen ein Vortheil aus der Erhöhung der Beiträge nicht herausstellen, was er an Zuschuss zur Wittwenanstalt spart, würde er für Gehälter mehr verwenden müssen; ja bei der Erhöhung würde er insofern sogar noch einen Nachtheil leiden, als die dadurch bedingten höheren Gehälter auch wieder höhere Wittwenpensionen zur Folge haben würden, und die Zahlung dieser doch wieder dem Staate zur Last fallen müsste. Bezüglich des letzt erörterten Punktes ist aber noch zu bemerken, dass ein nicht unerheblicher Theil der Mitglieder der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt nicht zu den Staatsdienern gehört und dass deshalb bezüglich ihrer die vorstehenden Ausführungen nicht ohne Weiteres Anwendung finden können, weil der Staat hier nicht mit in gleicher Weise in Frage kommt. Es handelt sich hierbei aber doch immer um die Interessen solcher Cassen und Gemeinheiten, welche der Staat sonst auch unterstützt oder zu unterstützen geneigt sein wird, auch ist zum Theil eine indirecte Betheiligung des Staats in der That begründet, und da die Staatsdiener und die ihnen vollkommen gleich zu stellenden Beamten doch immer die Hauptmasse der Theilnehmer der Anstalt bilden, so wird dem vorherführten Umstande eine ausschlaggebende Bedeutung keineswegs beizulegen sein. Nach dieser ganzen Sachlage glaube ich daher meine obige Behauptung mit Recht haben aufstellen zu können, dass nämlich eine wesentliche Erhöhung der Beiträge von Seiten des Staats unter keinen Umständen vorgenommen sein würde, auch wenn man von vornherein die durch Erhöhung des Pensionssatzes erforderlichen grösseren Aufwendungen des Staats richtiger übersehen hätte. Die dadurch gegebenen dauernden grösseren Aufwendungen für die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt entsprechen aber durchaus der ganzen Entwicklung des Beamten-Wittwen-Versorgungswesens. Dieses zeigt sich noch näher in der sich nunmehr anschliessenden Betrachtung über die materielle Stellung des Staats zur Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt und den Einfluss der durch das Gesetz von 1876 herbeigeführten Veränderung in dieser Stellung.

Die Stellung des Staats zur Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt wird in materieller Richtung bedingt durch die gesetzliche Vorschrift über die finanzielle Betheiligung des Staats an der Anstalt. Wie schon oben näher ausgeführt enthält aber hier gerade das Gesetz von 1876 eine Aenderung; an Stelle des früheren regelmässigen

festen Jahreszuschusses und der daneben erst in zweiter Linie zur Geltung kommenden Verpflichtung des Staats zur Deckung eines eventuellen Deficits der Anstalt verwilligt das Gesetz von 1876 nur einen jährlichen Zuschuss, welcher der Anstalt im Falle des Bedürfnisses durch den Staatshaushalts-Etat der betreffenden Finanzperiode aus der Herzoglichen Haupt-Finanzcasse verwilligt werden wird. Berücksichtigt man zunächst lediglich den Charakter der Anstalt als Versicherungsanstalt, so ist die neue Vorschrift nicht ohne Bedenken, da sie immerhin eine gewisse Schwächung der Anstalt als solche enthält und in die Grundprincipien derselben nicht unwesentlich eingreift. Die Anstalt ist, wie stets hervorgehoben, in der Hauptsache darauf gegründet, dass durch die die Ausgaben zunächst nothwendig übersteigenden Einnahmen sich eine Capitalbildung vollziehe und dass aus den Erträgen der angesammelten Capitalien die höheren Ausgaben des Beharrungszustandes gedeckt würden; daneben bestand aber stets als regelmässige feste Einnahme der Anstalt der jährliche gesetzliche Zuschuss des Staats, derselbe trug stets mit zur Capitalansammlung bei. Jetzt kann dieses letztere nicht mehr geschehen; so lange die Anstalt Capital ansammeln kann, so lange also die Einnahmen derselben aus den sonstigen Einnahmequellen grösser sind, als die Ausgaben, wird ein Staatszuschuss nicht mehr gezahlt, derselbe tritt eben nur ein, insofern und insoweit die Ausgaben der Anstalt höher sind, als die sonstigen Einnahmen. Genügende Sicherheit an sich wird ja der Anstalt durch die allgemeine Verpflichtung des Staats, an deren Realisirung nicht zu zweifeln ist, immer geboten, aber dadurch, dass eben die Möglichkeit der Capitalbildung nicht unwesentlich (denn die fragl. Vorschrift ist vor Erreichung eines Beharrungszustandes getroffen) verkürzt wird, wird aber die Anstalt in ein grösseres Abhängigkeitsverhältniss vom Staat gebracht und ihr die Erlangung einer in sich begründeten Selbstständigkeit erschwert. In Wirklichkeit hat ja nun die fragl. Gesetzesänderung einen praktischen Erfolg bislang nicht gehabt, da seit 1876 eine Capitalansammlung der Anstalt nicht mehr möglich war. Hätte aber z. B. der Staat die Anstalt wegen der oben behandelten besonderen Eingriffe in ihre Verhältnisse in anderer Weise entschädigt, so würde sich schon eine wesentliche praktische Folge gezeigt haben; dann würde, wie oben nachgewiesen, der Anstalt noch mindestens 12 Jahre eine Capitalansammlung möglich gewesen sein, gleichzeitig würde sie aber den von 1876 39 000 M. jährlich betragenden regelmässigen Staatszuschuss verloren haben; gegen früher wäre danach die Capitalbildung um etwa 100 000 M. geringer gewesen, gewiss eine nicht zu übersehende Folge der neuen Bestimmung. Nun ist die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt aber nicht nur eine Versicherungsanstalt, sondern sie ist gleichzeitig ein Staatsinstitut, vermittelt dessen der Staat gewisse ihm obliegende Verpflichtungen erfüllt. Diese letztere Eigenschaft ist aber im Laufe der Zeit immer mehr und mehr ausgebildet worden. Wir haben in dem oben gegebenen geschichtlichen Entwicklungsgange gesehen, wie die Anstalt zunächst (1748) als Versicherungsanstalt entstanden ist, die Betheiligung des Staates beschränkte sich allein darauf, dass er die Ein-

richtung der Anstalt selbst in die Hand genommen und die Verwaltung durch seine Organe besorgen lässt; dann (1775) fängt er schon an die Anstalt direct finanziell zu unterstützen, indem er ihr einen regelmässigen Jahreszuschuss aus Staatsmitteln gewährt; wenige Jahre darauf (um 1785) benutzt er allerdings die anerkannte Zugehörigkeit der Anstalt zum Staat, um zur Erleichterung seiner derzeitigen finanziellen Nothlage die Einnahmen der aufblühenden Anstalt in rücksichtsloser Weise zu beschneiden; nachdem später die Anstalt in der westfälischen Zeit durch das derzeitige Fehlen des Anschlusses an den Staat eigentlich bankrott geworden, trat der Staat nach Wiederherstellung der rechtmässigen Herrschaft sofort für sie ein, deckte aus eigenen Mitteln die nicht unerheblich aufgesummten Verpflichtungen der Anstalt und billigte ihr wie früher einen regelmässigen jährlichen Zuschuss wiederum zu; bei der neuen gesetzlichen Regelung von 1837 wurde schon eine allgemeine Garantie des Staats für die Anstalt ausgesprochen, welche allerdings nur unter gewissen Bedingungen in letzter Linie eintreten sollte; dann (1858) fielen auch diese Bedingungen hinweg, der Staat leistete der Anstalt einen bestimmten Jahreszuschuss und haftete für das Uebereinstimmen der Einnahmen mit den Ausgaben unbedingt und ohne weitere Voraussetzung. In dieser Entwicklung bedeutet nun die Gesetzesänderung von 1876 wiederum einen Fortschritt. Der Staat verknüpft dadurch die Anstalt noch näher mit sich, er übernimmt das ganze Risiko der kürzlich mit der Anstalt vorgenommenen Veränderungen, er sieht eine Steigerung der Anforderungen für die Anstalt als möglich voraus, aber er hält es für ein Staatsinstitut nicht erforderlich durch weitere Capitalansammlung schon jetzt für die Erfüllung demnächstiger Verpflichtungen, welche ihm ja ohne dieses stets möglich sein wird, zu sorgen, eben so wenig wie er bezüglich anderer seiner Verpflichtungen, deren Zunehmen in der Zukunft zu erwarten steht, eine Ansammlung von Capital vornimmt, behuf deren späterer Deckung. Der Zuschuss zur Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt wird sodann jetzt nicht mehr durch Gesetz für eine längere Reihe von Jahren bestimmt, sondern er wird gleich den übrigen Staatsausgaben für jede Finanzperiode einfach durch den Staatshaushalts-Etat festgesetzt, darin liegt aber auch an sich schon ein weiteres Anerkennen der Anstalt als Staatsinstitut. Ein solches ist aber ferner noch darin zu sehen, dass der Staat jene oben behandelten, für die Anstalt zweifellos mit finanziellen Opfern verbundenen Eingriffe in die Anstaltsverhältnisse gemacht hat, ohne der Anstalt selbst dabei irgend wie zu gedenken. Dieses war doch nur möglich, weil man den Gesichtspunkt der Versicherungsanstalt im Wesentlichen aufgegeben und weil man die Anstalt lediglich als ein Staatsinstitut zur Erfüllung staatlicher Verpflichtungen betrachtete, für dessen steigende Ausgabenlast auch lediglich der Staat aufzukommen habe. So hat sich dann bei der Anstalt der Fortschritt von einer reinen Versicherungsanstalt zu einem vollständigen Staatsinstitut immer mehr vollzogen. Stillschweigend ging damit parallel ein immer weiteres Anerkennen der Verpflichtung des Staats die Fürsorge für die Hinterbliebenen seiner Beamten zu übernehmen, eine Verpflichtung wie sie jetzt von Theorie und Praxis

wohl allgemein als zu Recht bestehend anerkannt ist und wie sie durch die ganzen Beamtenbesoldungsgrundsätze bedingt ist, welche eben die Beamtenbesoldung so festsetzen und nach Lage der Sache festsetzen müssen, dass der Beamte damit wohl sich und seine Familie erhalten, aber nicht durch genügende Ersparungen auch für seine Hinterbliebenen Sorge tragen kann. Um diese Entwicklung endgültig abzuschliessen, fehlt eben nur noch der letzte Schritt, die Aufhebung der Beiträge der Theilnehmer. Mit dieser wird der Staat die Verpflichtung zur Fürsorge für die Hinterbliebenen seiner Beamten voll und ganz übernehmen, er wird sie in gleicher Weise wie die Zahlung der Pensionen der Beamten tragen, bezüglich welcher ja eine ähnliche Entwicklung stattgefunden hat. Dass dieser Abschluss über kurz oder lang eintreten muss und wird, kann wohl kaum einem Zweifel unterliegen, seitens der Herzoglichen Landesregierung ist ja auch in den ständischen Verhandlungen bereits darauf hingedeutet. Die ganze Zeitströmung drängt auch entschieden darauf hin; das Königreich Bayern erhebt schon seit Anfang dieses Jahrhunderts von seinen Beamten keine Wittwencassenbeiträge mehr, das Deutsche Reich und das Königreich Preussen sind Ende der achtziger Jahre mit der Aufhebung der Beiträge vorgegangen, das Königreich Sachsen und eine Reihe anderer Deutscher Staaten sind in gleicher Weise gefolgt, so dass jetzt schon eine Erhebung der Beiträge eigentlich ein ausnahmsweiser Zustand ist; dieser Fortentwicklung nachzugeben, wird man sich demnach kaum entziehen können. Finanziell ist die Sache für den Staat ja verhältnissmässig indifferent, denn immer wie wir oben gesehen haben, stehen Wittwencassenbeiträge und Gehaltsaufbesserungen in einer gewissen Wechselwirkung, werden erstere erhoben, so müssen sich die letzteren verhältnissmässig höher stellen, fallen sie weg, so kann bezüglich der letzteren eine entsprechende Beschränkung eintreten. Principiell muss man es doch jedenfalls für richtiger halten, wenn die äusserliche Gehaltszumessung auch der wirklichen Auszahlung des Gehalts entspricht, wenn dem Beamten, welchem ein Gehalt von 100 Mk. festgesetzt ist, diese 100 Mk. auch wirklich ausgezahlt werden und nicht wie jetzt nur $96\frac{1}{2}$. Praktische Gründe sprechen nun aber auch stark für eine thunlichste Aufgabe des Versicherungsanstaltscharakters und Umwandlung in ein reines Staatsinstitut. Wie die ganze Entwicklungsgeschichte der Beamten-Wittwen- und Waisenversorgungsanstalt ausweist, sind die grundlegenden Verhältnisse der Anstalt, die Theilnehmerzahl und die Besoldungshöhe der Beamten einem steten und verhältnissmässig bedeutenden Wechsel unterworfen gewesen und ist nach Lage der Sache nicht anzunehmen, dass hierin für die Zukunft eine Veränderung eintreten wird; jeder einzelne Wechsel in den Verhältnissen bedarf aber wie schon mehrfach hervorgehoben, eines langen Zeitraums, um sich in seinen Wirkungen voll geltend zu machen, so dass während dieses Zeitraumes immer schon wieder neue Wechsel hinzugekommen sind und ein Stillstand der Verhältnisse eigentlich fortdauernd ausgeschlossen ist. In Folge dessen ist einmal die Wirkung jeder einzelnen Veränderung der Verhältnisse aus den Anstaltsergebnissen nicht genau zu übersehen und daher nicht festzustellen, wie die Grund-

lagen der Anstalt zur Balancirung der Einnahme und Ausgabe wegen der fraglichen Veränderung oder ähnlicher umzugestalten sind; ferner wird aber auch vermöge des fortgesetzten Wechsels ein völliger Beharrungszustand für die Anstalt so gut wie ausgeschlossen sein: diese beiden Umstände stimmen aber wenig zu dem Charakter einer Versicherungsanstalt, bezw. sind für eine solche als ein wesentlicher Nachtheil anzusehen, sie bedingen an sich schon für die Anstalt die Nothwendigkeit als Staatsinstitut. Um nun aber wieder speciell auf die Aufhebung der Beiträge den Schlusspunkt des Uebergangs der Anstalt in ein reines Staatsinstitut zurückzukommen, so würde der Staat selbst solche wohl nur für die ihn direct angehenden Beamten einführen wollen und auch wohl nur einzuführen Veranlassung haben, und danach könnte vielleicht der Umstand, dass die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt ausser den Staatsdienern noch andere Beamtenkategorien umfasst, für die Erreichung des bezeichneten Endziels als ein Hinderniss angesehen werden. Dieses wird aber in der That bei näherer Betrachtung sich nicht als so bedeutend herausstellen, dass man deshalb auf das Endziel verzichten müsste. Man würde allerdings die äussere Form der Anstalt wohl beibehalten müssen, factisch würde sich diese Anstalt aber, wie eigentlich auch schon jetzt, nur als eine abgesondert geführte Staatscasse darstellen; rein von Zweckmässigkeitserwägungen müsste es abhängen, ob man die Beiträge auch ferner für sämtliche Mitglieder feststellen will oder nicht; im ersteren Fall müsste dann die auf die Staatsdiener entfallende Summe der Beiträge neben dem sonstigen Zuschuss aus der Staatscasse zugezahlt werden, andernfalls könnte auch lediglich ein Gesammtzuschuss unter Zugrundelegung der Gesamthöhe der Gehalte festgestellt geleistet werden; die übrigen Mitglieder hätten die Beiträge wie bisher weiter zu leisten, es müssten aber bezüglich ihrer gesetzliche Vorschriften getroffen werden über die Modalitäten, unter welchen es den sie besoldenden Cassen und Corporationen möglich sein solle, für sie die Beiträge ebenso wie der Staat für seine Beamten zu leisten; hätten sich einzelne oder sämtliche Cassen zur Uebernahme der Beiträge für ihre Beamten entschlossen, so könnte vielleicht auch hier die Berechnung der einzelnen Beiträge fortfallen und die Zahlung einer nach der Gesamthöhe der gezahlten Gehalte festzusetzenden Pauschalsumme angeordnet werden. Praktische Schwierigkeiten könnten sich hieraus wohl unter keinen Umständen herausstellen, ja eventuell würde sogar eine Vereinfachung der Einnahmeverrechnung herbeigeführt werden. Es würde demnach im Wesentlichen nur ein etwas eingehender gesetzgeberischer Act durch die Vereinigung der verschiedenen Mitgliederclassen in der Anstalt bedingt werden; bei dem Mangel sonstiger sachlicher Hindernisse wird man sich dadurch doch keinen Augenblick abhalten lassen, einen für nothwendig erachteten Schritt zu thun. Und so werden wir mit Sicherheit annehmen dürfen, dass das Beamtenwittwenversorgungswesen auch im Herzogthum Braunschweig in derselben Weise, wie schon in dem Haupttheil von Deutschland zum Abschluss gelangen werde, dass unter Aufhebung der Beamtenbeiträge der Staat die Verpflichtung für die hinterbliebenen Wittwen und Waisen

seiner Beamten Sorge zu tragen, voll und ganz übernimmt.

Als allgemeines Endresultat für die jetzige und zukünftige finanzielle Lage der ganzen Anstalt wird nach Maassgabe der Erörterungen festzustellen sein, dass die jetzigen hohen Ausgaben der Anstalt nicht allein in ihrer regelmässigen Entwicklung, sondern zum grossen Theil auch auf besonderen Umständen beruhen, deren Wirkung theils eine dauernde, theils aber nur eine vorübergehende ist, theils ihren Höhepunkt bereits erreicht hat, theils demselben mehr oder weniger nahe gekommen ist, dass die Ausgaben dementsprechend noch eine nicht näher vorherzusagende Anzahl von Jahren steigen bezw. auf ihrer erreichten Höhe stehen bleiben werden, dass aber dann wiederum ein Sinken der Ausgaben zu erwarten steht,

allerdings nur ein Sinken, welches dem von Anfang dieser Periode an beobachteten Steigen keineswegs etwa im vollen Umfange entsprechen wird, dass mithin die Ausgaben — und damit der erforderliche Staatszuschuss — auch dauernd nicht unbedeutende bleiben und auf den Anfangsstandpunkt der Periode nicht wieder zurückgehen werden. Mehr als dieses allgemeine Resultat wird sich mit Sicherheit, glaube ich, niemals feststellen lassen; bezüglich der Einzelheiten ist ja der voraussichtliche Erfolg, wie auch oben bei Betrachtung der Verhältnisse für die einzelnen ausgeschiedenen Beamtenkategorien geschehen, etwas eingehender festzulegen und weiter vorausszusehen, für die ganze Anstalt wird solches aber vermöge der verschiedenartigen, zahlenmässig nicht näher nachzuweisenden und sich entgegenwirkenden Einflüsse nicht möglich sein.

Anlagen und Tabellen.

Statistische Erhebung
bezüglich der
Braunschweigischen Beamten-
Wittwen- und Waisen-Versorgungs-
anstalt. 1889.

Fragebogen A.**Verhältnisse**

der

Bezugsberechtigten

betreffend.

Kreis:

Gemeinde:

Ausgefüllt durch:

1.	Namen der bezugsberechtigten Wittwe, bezw. der bezugsberechtigten Waisen. *)	
2.	Geburtstag der unter No. 1 bezeichneten Person, bezw. Personen. *)	
3.	Kinder der bezugsberechtigten Wittwe aus ihrer Ehe, bezw. Kinder aus früherer Ehe des Mannes, und deren Geburtstag. *)	
4.	Namen und Stand des verstorbenen Ehemannes bezw. Vaters.	
5.	Geburtstag desselben.	
6.	Tag der Eheschliessung desselben.	
7.	Tag der Anstellung desselben.	
8.	Tag der Pensionirung desselben. **)	
9.	Tag des Todes desselben.	
10.	a. Letztes pensionsfähiges Einkommen desselben. ***) b. Höhe der von demselben bezogenen Pension. **)	a. b.

*) In der Rubrik 1 sind die Namen mehrerer bezugsberechtigten Waisen einzeln unter fortlaufender Nummer aufzuführen; in der Rubrik 2 sind die Geburtstage derselben in gleicher Weise und unter denselben Nummern anzugeben. Ebenso ist bei Ausfüllung der Rubrik 3 zu verfahren.

**) Die Rubrik 8 und die Rubrik 10b ist nur für diejenigen Ehemänner bezw. Väter auszufüllen, welche wirklich in Pension getreten und also als Pensionaire gestorben sind.

***) Wo es sich um wirklich in Pension getretene Beamte handelt, ist die Ausfüllung der Rubrik 10a nicht erforderlich.

Zu Rubrik 2—9: Es ist stets Angabe des Tages, Monats und Jahres erforderlich.

Statistische Erhebung

bezüglich der

Braunschweigischen Beamten-

Wittwen- und Waisen-Versorgungs-
anstalt. 1889.**Fragebogen B.**

Kreis:

Gemeinde:

Ausgefüllt durch:

Die beitragspflichtigen

pensionirten Beamten

betreffend.

1.	Namen und Stand des beitragspflichtigen pensionirten Beamten.	
2.	Familienstand desselben. (Ob ledig, verheirathet, verwittwet, geschieden?)	
3.	Besitzt derselbe unverheirathete eheliche oder durch nachfolgende Ehe legitimirte Kinder unter 18 Jahren?	
4.	Tag der Pensionirung desselben.	
5.	Tag der Eheschliessung desselben.	

Bemerkungen:

- a. Ist der Beamte ledig, so ist die Ausfüllung der weiteren Rubriken nicht erforderlich.
- b. Hat der Beamte mehrfach geheirathet, so ist solches nur in der Rubrik 5 anzugeben.
- c. Die Frage der Rubrik 3 ist lediglich mit ja oder nein zu beantworten; nur bei mehrfacher Verheirathung sind etwa vorhandene Kinder nach den einzelnen Ehen zu scheiden (etwa in folgender Weise: Ja, 0 aus erster Ehe. 2 aus zweiter Ehe. 0 aus dritter Ehe).

Jahr	Staatsbeamten -								Postbeamten -								Hofbeamten -							
	Wittwen				Waisen - Familien				Wittwen				Waisen - Familien				Wittwen				Waisen - Familien			
			comp.				comp.				comp.				comp.				comp.				comp.	
	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.
1876	48	28	20	.	8	5	3	.	6	1	5	.	1	.	1	.	3	1	2
1877	41	27	14	.	4	4	.	.	8	2	6	.	.	1	.	1	5	5
1878	26	19	7	.	4	6	.	2	5	3	2	.	4	1	3	.	2	.	2
1879	39	28	11	.	3	5	.	2	4	.	4	2	5	.	3	.	1	.	1
1880	37	19	18	.	3	7	.	4	6	4	2	.	3	.	3	.	5	2	3
1881	35	36	.	1	1	7	.	6	9	1	8	2	5	.	3	1	.	1	.
1882	24	33	.	9	4	3	1	.	4	2	2	.	.	1	.	1	7	6	1	.	1	.	1	.
1883	24	34	.	10	2	4	.	2	5	4	1	.	2	1	1	.	8	5	3	.	.	2	.	2
1884	36	33	3	.	5	7	.	2	6	4	2	.	.	1	.	1	8	6	2	.	2	2	.	.
1885	49	44	5	.	2	3	.	1	4	2	2	.	2	.	2	.	6	1	5
1886	26	39	.	13	4	4	.	.	7	1	6	.	1	2	.	1	6	4	2	.	3	.	3	.
1887	30	22	8	.	2	4	.	2	9	.	9	.	2	1	1	.	3	5	.	2	1	1	.	.
1888	40	36	4	.	4	5	.	1	3	2	1	2	3	.	1
1889	39	42	.	3	1	4	.	3	4	1	3	.	.	1	.	1	5	5
Summa	494	440	90	36	47	68	4	25	80	27	53	.	15	9	11	5	64	53	20	9	5	9	2	6
	440	—	36	—	—	47	—	4	27	—	—	—	9	—	5	—	53	—	9	—	—	5	—	2
	—	.	—	.	.	—	.	—	—	.	—	.	—	.	—	.	—	.	—	.	.	—	.	—
	54	.	54	.	.	21	.	21	53	.	53	.	6	.	6	.	11	.	11	.	.	4	.	4

Landschaftliche Beamten -								Städtische Beamten -								Bürger- und Landschullehrer -							
Wittwen				Waisen - Familien				Wittwen				Waisen - Familien				Wittwen				Waisen - Familien			
		comp.				comp.				comp.				comp.				comp.				comp.	
Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang
26.	27.	28.	29.	30.	31.	32.	33.	34.	35.	36.	37.	38.	39.	40.	41.	42.	43.	44.	45.	46.	47.	48.	49.
.	4	2	2	.	1	1	.	.	11	8	3	.	3	2	1	.
.	3	4	.	1	11	9	2
.	4	3	1	9	8	1	.	1	4	.	3
.	1	2	.	1	11	6	5	.	3	.	3	.
.	2	2	.	.	.	1	.	1	13	6	7	.	2	2	.	.
1	.	1	4	4	.	.	3	1	2	.	8	5	3	.	2	.	2	.
.	3	2	1	.	.	3	.	3	6	7	.	1	.	1	.	1
.	3	.	3	8	7	1	.	.	1	.	1
.	1	3	.	2	3	5	.	2	.	3	.	3
.	4	2	2	.	.	1	.	1	12	8	4	.	2	3	.	1
.	1	.	1	10	13	.	3	.	1	.	1
.	4	1	3	.	.	.	1	.	13	13	.	.	2	1	1	.
.	1	.	1	14	12	2	.	.	1	.	1
.	2	1	1	.	.	1	.	.	16	12	4	.	1	4	.	3
1	.	1	36	27	14	5	6	7	4	5	145	119	32	6	16	23	7	14
.	27	—	5	—	—	6	—	4	119	—	6	—	—	16	—	7
.	—	—
1	.	1	9	.	9	.	.	1	.	1	26	.	26	.	.	7	.	7

Jahr	Prediger -								Polizei-Militair (Gensdarmerie-Corps)-								Eisenbahnbeamten -							
	Wittwen				Waisen - Familien				Wittwen				Waisen - Familien				Wittwen				Waisen - Familien			
	Zu- gang	Ab- gang	comp.		Zu- gang	Ab- gang	comp.		Zu- gang	Ab- gang	comp.		Zu- gang	Ab- gang	comp.		Zu- gang	Ab- gang	comp.		Zu- gang	Ab- gang	comp.	
			Zu- gang	Ab- gang			Zu- gang	Ab- gang			Zu- gang	Ab- gang			Zu- gang	Ab- gang			Zu- gang	Ab- gang			Zu- gang	Ab- gang
1.	50.	51.	52.	53.	54.	55.	56.	57.	58.	59.	60.	61.	62.	63.	64.	65.	66.	67.	68.	69.	70.	71.	72.	73.
1876	6	2	4	.	1	1	.	.	2	1	1	9	2	7	.	2	.	2	.
1877	3	2	1	1	1	8	4	4	.	1	1	.	.
1878	11	3	8	.	.	1	.	1	.	1	.	1	.	1	.	1	2	2	.	1	.	1	.	
1879	7	1	6	1	1	9	5	4	.	2	1	1	.
1880	4	2	2	12	4	8	.	2	3	.	1
1881	8	6	2	.	.	2	.	2	2	.	2	10	3	7	.	2	2	.	.
1882	5	8	.	3	4	.	4	8	5	3	.	1	3	.	2
1883	10	2	8	14	5	9	.	.	3	.	3
1884	6	2	4	3	.	3	.	1	1	.	.	10	6	4	.	.	4	.	4
1885	7	4	3	2	.	2	.	1	.	1	.	10	4	4	.	.	4	.	.
1886	7	4	3	2	2	.	.	1	1	.	.	10	4	6	.	2	1	1	.
1887	10	4	6	.	.	1	.	1	2	.	2	8	3	5	.	2	2	.	.
1888	3	1	2	.	1	.	1	.	1	1	.	.	1	.	1	.	7	6	1	.	1	1	.	.
1889	7	4	3	.	.	1	.	1	7	.	7	.	.	1	.	1	10	2	8	.	2	2	.	.
Summa	94	45	52	3	2	6	1	5	27	7	21	1	4	4	2	2	11	.	11	.	3	8	.	5
	45	—	3	—	—	2	—	1	7	—	1	—	4	—	2	—	51	—	—	—	—	21	—	16
	—	.	—	.	.	—	.	—	—	.	—	.	—	.	—	—	—	.	.	.	—	.	—	5
	49	.	49	.	.	4	.	4	20	.	20	77	.	77	.	.	10	.	10

M i l i t a i r -								S u m m a t o t .							
Wittwen				Waisen - Familien				Wittwen				Waisen - Familien			
		comp.				comp.				comp.				comp.	
Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang
74.	75.	76.	77.	78.	79.	80.	81.	82.	83.	84.	85.	86.	87.	88.	89.
2	3	.	1	1	.	1	.	91	48	44	1	17	9	8	.
2	2	.	.	1	1	.	.	82	56	27	1	6	7	.	1
1	3	.	2	.	2	.	2	60	42	21	3	10	15	4	9
5	5	.	.	2	.	2	.	79	53	30	4	10	7	6	3
4	2	2	.	.	2	.	2	83	41	42	.	10	15	3	8
.	1	.	1	.	1	.	1	79	61	23	5	9	13	5	9
2	3	.	1	63	66	11	14	6	11	2	7
1	7	.	6	.	2	.	2	73	64	25	16	4	13	1	10
2	2	.	.	.	2	.	2	75	61	18	4	8	20	.	12
2	3	.	1	1	.	1	.	96	68	29	1	10	8	5	3
7	4	3	73	71	19	17	8	13	.	5
2	3	.	1	80	54	29	3	9	9	3	3
2	1	1	.	.	1	.	1	76	58	19	1	8	9	2	3
3	2	1	94	67	30	3	6	19	1	14
35	41	7	13	5	11	4	10	1104	810	367	73	121	168	40	87
—	35	—	7	—	5	—	4	810	—	73	—	—	121	—	40
.	6	.	6	.	6	.	6	294	.	294	.	.	47	.	47

Jahr	Staats-Ministerium		Landes-Haupt-Archiv		Legation		Landtag		Justiz		Finanz-Collegium						Steuer-Collegium	
	Gehalte		Wohnungsgeldzuschüsse		Gehalte		Wohnungsgeldzuschüsse		Gehalte		Finanz-Colleg		normal-etatsmässige Cassenbeamte		nicht normal-etatsmässige Cassenbeamte		Gehalte	
	fl.	sch.	fl.	sch.	fl.	sch.	fl.	sch.	fl.	sch.	fl.	sch.	fl.	sch.	fl.	sch.	fl.	sch.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.
1848	69 777	.	4 386	.	4 500	.	4 302	.	332 163	.	85 020	.	41 694	.			3600	.
1849	44 577	.	4 386	.	4 500	.	4 302	.	328 557	.	81 618	.	39 735	.			3600	.
1850	52 057	.	4 386	.	4 500	.	4 302	.	326 523	.	80 193	.	39 726	.			3600	.
1851	52 357	.	4 386	.	4 500	.	4 302	.	344 043	.	81 693	.	40 221	.			3600	.
1852	52 650	.	4 386	.	4 500	.	5 202	.	378 320	.	79 491	.	43 341	.			3600	.
1853	50 850	.	4 386	.	4 500	.	5 352	.	380 910	.	83 491	.	42 531	.			3600	.
1854	52 050	.	4 386	.	4 500	.	5 352	.	380 264	.	86 811	.	42 111	.			3600	.
1855	52 050	.	4 836	.	4 500	.	5 502	.	379 506	.	88 761	.	43 191	.			3600	.
1856	55 200	.	4 836	.	4 500	.	6 000	.	405 183	.	86 724	.	45 081	.			3900	.
1857	53 850	.	4 836	.	4 500	.	6 000	.	404 811	.	87 099	.	45 510	.			3900	.
1858	53 850	.	4 350	.	4 500	.	6 000	.	408 771	.	85 749	.	45 510	.			3000	.
1859	64 200	.	4 350	.	4 500	.	6 300	.	425 559	.	91 749	.	49 155	.			3300	.
1860	64 650	.	4 350	.	4 500	.	6 300	.	425 097	.	94 899	.	48 105	.			3300	.
1861	66 450	.	5 100	.	5 400	.	6 300	.	429 282	.	96 399	.	48 315	.			3300	.
1862	65 100	.	6 195	.	5 400	.	6 300	.	439 875	.	103 149	.	49 440	.			3600	.
1863	67 500	.	6 600	.	5 400	.	6 300	.	445 815	.	101 499	.	49 020	.			3600	.
1864	68 625	.	6 900	.	5 400	.	6 300	.	452 190	.	103 194	.	48 990	.			3600	.
1865	72 600	.	7 800	.	5 400	.	7 575	.	502 965	.	102 075	.	55 440	.			3900	.
1866	73 125	.	7 800	.	5 400	.	7 650	.	501 993	.	101 925	.	52 560	.			3900	.
1867	73 575	.	8 400	.	5 400	.	7 950	.	508 674	.	102 225	.	51 150	.			4200	.
1868	74 025	.	8 400	.	12 000	.	7 950	.	510 000	.	104 025	.	49 350	.			4500	.
1869	74 925	.	8 400	.	12 000	.	7 950	.	506 400	.	104 175	.	52 650	.			3600	.
1870	75 375	.	9 000	.	12 000	.	7 950	.	507 474	.	103 425	.	50 700	.			3900	.
1871	71 475	.	9 000	.	12 000	.	8 025	.	510 100	.	102 150	.	97 170	.	6 900	.	3900	.
1872	81 075	.	10 200	.	13 500	.	9 375	.	585 400	.	116 550	.	98 370	.	6 900	.	4500	.
1873	80 925	.	10 800	.	13 500	.	9 750	.	607 875	.	116 475	.	99 720	.	6 480	.	4410	.
1874	88 500	6360	10 800	660	13 500	600	9 750	240	625 170	38 985	118 950	12 360	98 850	7320	7 200	885	4800	.
1875	91 800	6630	11 100	720	13 500	600	9 300	330	716 500	43 800	137 500	13 380	118 500	8190	8 400	1560	5100	.
1876	94 650	6810	11 400	720	13 500	600	9 400	330	726 000	44 910	135 200	13 470	118 000	8040	8 400	1560	5100	.
1877	92 600	6810	11 700	780	13 500	600	9 100	330	721 400	44 550	137 300	13 620	122 720	8520	8 400	1560	5100	.
1878	94 800	6810	11 700	600	13 500	600	9 100	330	725 400	44 600	137 900	13 770	122 200	8700	8 400	1560	5850	.
1879	96 250	6960	11 400	780	13 500	600	9 100	330	732 700	44 310	137 250	13 770	123 500	8700	8 400	1560	5850	.
1880	96 300	6960	6 000	420	13 500	600	9 450	330	719 000	46 680	140 000	13 860	123 700	8700	8 100	1560	5850	.
1881	97 000	6960	6 000	420	13 500	600	9 450	330	725 200	45 120	139 600	14 100	122 900	8600	10 800	2160	5850	.
1882	95 000	6240	6 750	420	13 500	600	9 450	330	739 600	45 300	140 800	14 040	121 900	8600	10 500	2160	5850	.
1883	99 900	6480	6 750	420	13 500	600	9 450	330	739 700	45 700	142 300	14 190	121 800	8430	11 600	2400	6150	.
1884	91 300	6150	6 750	420	13 500	600	8 100	330	749 200	45 810	140 600	14 100	119 200	8550	11 500	2340	6350	.
1885	93 150	6270	7 500	420	13 500	600	9 450	330	757 400	46 410	135 900	13 620	122 300	8670	12 000	2340	6350	.
1886	93 300	6180	7 500	420	8 000	600	9 500	330	761 200	47 310	146 600	14 490	119 700	8670	11 250	2220	6350	.
1887	93 900	6180	7 500	420	8 000	600	9 600	330	771 300	48 350	147 600	14 490	116 800	8400	11 200	2220	6350	.
1888	106 900	7440	9 000	570	10 800	840	10 270	330	772 610	48 660	143 450	14 280	116 780	8370	11 400	2280	6350	.
1889	104 100	7050	5 700	420	10 800	840	10 270	330	769 610	48 660	146 900	14 760	113 180	8040	9 450	1920	6350	.

Zoll- und Steuer- Direction		Bau- Direction				Gens- darmerie- Corps		Kreis- Directionen		Medicinal-Anstalten				Landes- Oekonomie- Commission		Polizei Braun- schweig		Civil- Pen- sionen	
		Bau- Direction		Bau- Officianten und Chausseegeld- Erheber						Ober- Sanitäts- Collegium		Physicate							
Gehalte	Wohnungs- geldzuschüsse	Gehalte	Wohnungs- geldzuschüsse	Gehalte	Wohnungs- geldzuschüsse	Gehalte	Wohnungs- geldzuschüsse	Gehalte	Wohnungs- geldzuschüsse	Gehalte	Wohnungs- geldzuschüsse	Gehalte	Wohnungs- geldzuschüsse	Gehalte	Wohnungs- geldzuschüsse	Gehalte	Wohnungs- geldzuschüsse		
№	№	№	№	№	№	№	№	№	№	№	№	№	№	№	№	№	№	№	
20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.	30.	31.	32.	33.	34.	35.	36.	37.	38.	
Mit		31 950	.	77 676	.	.	.	40 716	.	4086	.	9 618	.	35 868	.	27 885	.	207 100	
Packhof		29 400	.	79 557	.	.	.	39 516	.	4086	.	10 431	.	35 868	.	27 309	.	234 000	
u. s. w.		29 400	.	79 032	.	.	.	37 116	.	4086	.	10 521	.	35 868	.	27 459	.	232 500	
zusammen		27 150	.	76 341	.	.	.	50 457	.	4086	.	10 521	.	36 303	.	25 341	.	234 600	
		30 000	.	76 173	.	.	.	66 189	.	4086	.	10 654	.	39 603	.	25 632	.	234 000	
		30 525	.	79 251	.	.	.	69 201	.	4086	.	10 543	.	40 503	.	25 632	.	240 000	
7017	.	30 675	.	79 287	.	.	.	70 101	.	3846	.	10 561	.	41 478	.	27 054	.	246 000	
7017	.	30 675	.	86 787	.	.	.	72 078	.	3000	.	10 614	.	41 478	.	25 614	.	228 000	
7617	.	33 525	.	91 587	.	.	.	81 078	.	3270	.	10 758	.	41 613	.	26 442	.	231 000	
7617	.	32 925	.	89 022	.	.	.	83 478	.	3810	.	10 758	.	42 363	.	26 742	.	224 700	
3300	.	34 725	.	90 441	.	.	.	79 578	.	3810	.	10 758	.	44 163	.	27 492	.	216 000	
3600	.	36 750	.	97 215	.	.	.	82 434	.	3960	.	11 658	.	46 413	.	27 942	.	210 000	
3600	.	39 150	.	95 343	.	.	.	82 362	.	3960	.	11 652	.	48 200	.	27 942	.	204 000	
3600	.	39 600	.	95 586	.	.	.	84 012	.	3960	.	11 496	.	42 300	.	28 392	.	195 000	
3600	.	34 275	.	98 616	.	.	.	91 362	.	3960	.	11 856	.	43 950	.	29 850	.	195 000	
3600	.	34 875	.	99 489	.	.	.	92 037	.	3300	.	11 856	.	45 600	.	31 200	.	195 000	
3600	.	35 025	.	101 814	.	.	.	92 112	.	3450	.	11 388	.	44 475	.	35 475	.	197 100	
4500	.	38 775	.	109 059	.	.	.	101 262	.	3450	.	11 388	.	47 925	.	41 475	.	271 900	
4500	.	38 700	.	110 061	.	.	.	102 612	.	3450	.	11 223	.	45 825	.	43 950	.	301 300	
4500	.	41 550	.	113 541	.	.	.	109 737	.	4350	.	11 223	.	48 900	.	44 100	.	324 000	
4500	.	42 450	.	113 301	.	.	.	110 037	.	4350	.	11 373	.	49 500	.	45 375	.	319 500	
4500	.	38 850	.	115 071	.	.	.	108 762	.	4950	.	11 067	.	51 000	.	50 175	.	329 700	
4500	.	38 850	.	116 000	.	.	.	109 500	.	4950	.	11 300	.	44 850	.	53 300	.	315 000	
4500	.	38 850	.	117 000	.	.	.	108 000	.	4650	.	10 800	.	48 200	.	54 000	.	324 000	
5100	.	46 800	.	140 616	.	88 570	.	140 500	.	4755	.	14 500	.	57 000	.	61 650	.	375 000	
4500	.	42 150	.	170 780	.	93 090	.	126 300	.	4755	.	14 500	.	58 950	.	75 750	.	377 500	
5100	450	43 125	4470	159 690	12 465	93 090	9 405	126 762	7530	5055	150	15 000	.	59 175	8340	78 525	8 910	426 100	
5400	450	48 700	4830	188 800	14 500	99 800	9 390	136 500	7750	6400	150	18 700	.	68 500	9810	89 800	8 850	440 800	
5400	450	48 700	4920	194 000	14 700	99 700	9 390	140 900	7950	6400	150	18 700	.	69 450	9930	106 400	10 770	452 100	
5400	450	50 320	5160	194 000	14 700	99 500	9 390	146 000	8010	6400	150	18 600	.	61 600	9030	108 900	10 830	497 270	
4800	450	44 300	4410	197 400	14 900	100 620	9 465	143 900	7950	5800	150	18 400	.	57 500	8070	107 900	10 740	514 900	
4800	450	45 150	4410	197 600	14 900	98 820	9 315	145 800	8220	5800	150	18 400	.	52 800	7620	109 900	9 480	511 600	
4800	450	43 100	4230	196 700	14 800	98 880	9 220	154 500	8490	5800	150	18 210	.	53 300	7470	112 650	10 170	593 400	
4800	450	43 400	4230	196 700	14 900	99 700	9 240	159 000	8970	5800	150	18 210	.	54 900	7800	118 600	10 470	583 100	
7200	450	42 300	4140	196 700	14 700	99 700	9 300	160 700	9060	5800	150	18 210	.	53 900	7560	120 200	10 470	578 100	
7800	690	43 050	4230	197 800	14 800	114 600	8 800	163 200	9400	5800	150	18 150	.	52 500	7170	121 600	10 470	619 200	
5400	450	40 650	3990	195 700	14 650	120 000	9 600	161 700	9450	5800	150	23 400	.	53 700	7320	122 500	10 290	637 600	
7800	690	42 200	3990	199 100	14 800	127 300	10 200	166 300	9750	5800	300	23 850	.	51 300	6900	122 400	10 000	588 500	
8100	690	42 900	3400	199 800	14 800	128 700	10 110	160 600	9270	5800	450	23 700	.	50 600	6810	130 500	11 160	576 900	
8100	690	44 000	4140	201 200	14 900	127 800	10 200	157 200	9450	5800	450	23 700	.	49 900	6480	133 500	12 480	581 400	
8400	780	45 100	4290	201 800	14 900	127 800	10 200	160 600	9720	5800	450	24 500	.	50 800	6540	133 300	12 840	577 900	
8400	780	45 970	4380	202 100	14 900	125 400	9 945	153 590	9450	6400	390	25 100	.	48 200	6210	131 950	12 960	583 900	

8* Tab. I. Die Einnahme und Ausgabe der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt in den Jahren 1837 bis 1876.

Jahr	Einnahme der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt						Es sind gezahlt			Admini- strations- kosten, Cours- differen- zen und sonstige Ausgaben	Gesamt- Ausgabe	Einnahme Plus resp. Minus
	Laufende Beiträge à 3 % resp. vom 1. Juli 1873 an à 3½ %	1/12 des jährlichen Einkommens bei Gehalts- zulagen und neuen Anstellungen	Zuschuss	Erbzins, Pacht- geld, Agogewinn, Coursdifferenz u. sonstige Einnahm.	Capital- Zinsen	Ueberhaupt Einnahme	an Wittwen- Pensionen	an Waisen- Pensionen	zusammen an Wittwen- und Waisen- Pensionen			
	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.			
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.
1837	18 085	3 415	4 000	635	5 765	31 900	28 215	1 432½	29 647½	600	30 247½	1 652½
1838	24 125	8 370	4 000	695	6 580	43 770	27 740	1 501⅞	29 241⅞	600	29 841⅞	13 928⅞
1839	23 315	2 740	4 000	4 020	7 015	41 090	28 820	1 870⅞	30 690⅞	600	31 290⅞	9 799⅞
1840	23 465	2 695	4 000	310	8 030	38 500	29 705	1 849⅔	31 554⅔	600	32 154⅔	6 345⅓
1841	23 470	1 970	4 000	630	8 430	38 500	31 170	1 871⅞	33 041⅞	600	33 641⅞	4 858⅞
1842	24 250	4 860	4 000	570	8 410	42 090	31 630	2 088½	33 718½	600	34 318½	7 771½
1843	24 740	3 250	4 000	780	8 650	41 420	32 300	2 636⅓	34 936⅓	600	35 536⅓	5 883⅓
1844	25 785	4 630	4 000	640	9 095	44 150	33 160	2 683½	35 843½	600	36 443½	7 706½
1845	26 160	3 790	4 000	575	9 270	43 795	33 815	2 569½	36 384½	600	36 984½	6 810½
1846	26 640	1 970	4 000	770	9 350	42 730	33 970	2 982¼	36 952¼	600	37 552¼	5 177¾
1847	27 240	4 040	4 000	970	9 745	45 995	34 925	2 617⅔	37 542⅔	600	38 142⅔	7 852⅔
1848	28 020	3 445	4 000	600	10 020	46 085	35 535	2 512⅞	38 047⅞	600	38 647⅞	7 437⅞
1849	29 880	2 000	4 500	1 205	10 320	47 905	36 210	2 442⅞	38 652⅞	600	39 252⅞	8 652⅞
1850	29 750	3 415	4 500	1 320	10 720	49 705	36 510	2 692⅞	39 202⅞	600	39 802⅞	9 902⅞
1851	30 280	3 670	4 500	925	10 965	50 340	38 320	3 217⅞	41 537⅞	600	42 137⅞	8 202⅞
1852	30 610	3 530	4 500	640	11 460	50 740	38 850	3 147⅞	41 997⅞	600	42 597⅞	8 142⅞
1853	31 110	3 420	4 500	650	11 610	51 290	39 600	3 167⅞	42 767⅞	600	43 367⅞	7 922⅞
1854	31 630	6 340	4 500	555	11 840	54 865	40 130	2 993⅓	43 123⅓	600	43 723⅓	11 141⅔
1855	33 051	6 660	4 500	308	12 074	56 593	40 831	3 433	44 264	600	44 864	11 729
1856	33 428	4 345	4 500	308	12 571	55 152	42 754	2 741	45 495	600	46 095	9 057
1857	34 000	4 000	4 500	598	12 892	55 990	42 700	2 700	45 400	600	46 000	9 990
1858	35 312	6 724	8 000	454	13 872	64 362	44 660	2 704	47 364	.	47 364	16 998
1859	35 936	4 471	8 000	488	14 550	63 445	46 899	2 890	49 789	.	49 789	13 656
1860	36 228	3 393	8 000	2 783	15 124	65 528	47 986	2 924	50 910	.	50 910	14 618
1861	36 816	5 183	8 000	1 908	15 719	67 626	48 424	3 045	51 469	.	51 469	16 157
1862	38 023	6 004	8 000	1 372	16 193	69 592	50 511	3 216	53 727	.	53 727	15 865
1863	38 864	4 962	8 000	1 642	16 733	70 201	51 863	2 789	54 652	.	54 652	15 549
1864	40 765	13 000	8 000	1 388	17 227	80 380	52 980	3 000	55 980	.	55 980	24 400
1865	43 556	6 210	8 000	395	18 150	76 311	54 455	2 933	57 388	.	57 388	18 923
1866	44 480	6 349	8 000	308	19 203	78 340	56 860	3 305	60 165	.	60 165	18 175
1867	45 672	6 751	8 000	308	19 920	80 651	58 636	3 603	62 239	.	62 239	18 412
1868	47 386	8 431	8 000	308	20 663	84 788	60 363	3 694	64 057	.	64 057	20 731
1869	52 755	6 963	8 000	2 584	25 108	95 410	67 274	3 964	71 238	.	71 238	24 172
1870	53 091	4 562	8 000	308	26 352	92 313	69 892	3 652	73 544	.	73 544	18 769
1871	56 976	17 528	8 000	308	27 612	110 424	71 850	4 007	75 857	.	75 857	34 567
1872	58 052	10 580	8 000	308	28 383	105 323	74 490	4 067	78 557	.	78 557	26 766
1873	68 651	21 512	13 000	308	29 969	133 440	98 252	4 790	103 042	.	103 042	30 398
1874	83 800	23 337	13 000	308	30 894	151 339	123 253	6 203	129 456	.	129 456	21 883
1875	82 950	10 016	13 000	310	31 686	137 962	129 194	6 083	135 277	9 054	144 331	— 6 369
1876	83 696	8 939	13 000	327	32 052	138 014	135 375	6 655	142 030	.	142 030	— 4 016
Sa.	1 562 043	257 470	260 500	33 819	624 222	2 738 054	2 080 107	126 676	2 206 783	21 654	2 228 437	520 002 — 10 385
Summa der 29 Jahre von 1837 bis incl. 1865:												
	884 534	132 502	152 500	28 134	332 380	1 530 050	1 134 668	76 653	1 211 321	(12 600)	1 223 921	306 129
Durchschnitt für 1 Jahr:												
	30 501	4 569	5 259	970	11 461	52 760	39 126	2 643	41 769	(435)	42 204	+ 10 556
Summa der 35 Jahre von 1837 bis incl. 1871:												
	1 184 894	183 086	200 500	32 258	471 238	2 071 976	1 519 543	98 878	1 618 421	(12 600)	1 631 021	440 955
Durchschnitt für 1 Jahr:												
	33 854	5 231	5 729	922	13 464	59 200	43 416	2 825	46 241	(360)	46 601	+ 12 599
Summa der 40 Jahre von 1837 bis incl. 1876:												
	1 562 043	257 470	260 500	33 819	624 222	2 738 054	2 080 107	126 676	2 206 783	(21 654)	2 228 437	520 002 — 10 385 509 617
Durchschnitt für 1 Jahr:												
	39 051	6 437	6 513	845	15 606	68 452	52 003	3 167	55 170	(541)	55 711	+ 12 741

Das Vermögen der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs- anstalt in den Jahren 1837 bis 1876. Tab. II. 9*

Jahr	Am Schlusse des Jahres betrug das verzinssliche Capital- Vermögen nach seinem Nominal- werthe	Specification dieses verzinsslichen Capital-Vermögens			Werth des verzinsslichen Capital- Vermögens in Courant	Cassen-Vorrath resp. Vorschuss	Gesamt- Vermögen	Jährliche Zunahme resp. Abnahme des Vermögens	Zinsfuß, bestimmt nach dem verzinsslichen Capitale aus dem Zinsen- ertrage des folgenden Jahres
		Gold	Conventions- Münze	Courant					
		Thlr.	Thlr.	Thlr.					
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
1837	185 067	68 020	94 347	22 700	195 850	8 380	204 230	?	3,36
1838	200 870	67 970	18 650	114 250	209 544	8 830	218 374	14 144	3,35
1839	214 190*	75 570	32 535	127 785	245 862	5 860	251 722	11 648	3,27
	21 700								
	235 890							33 348	
1840	242 720	78 470	19 000	145 250	252 664	5 030	257 694	5 972	3,33
1841	249 020	77 170	18 700	153 150	258 799	2 510	261 309	3 615	3,25
1842	251 020	76 670	18 700	155 650	260 739	8 150	268 889	7 580	3,32
1843	261 570	72 220	17 700	171 650	270 728	3 550	274 278	5 389	3,36
1844	269 070	71 720	17 700	179 650	278 168	3 460	281 628	7 350	3,33
1845	276 070	71 720	17 700	186 650	285 168	2 880	288 048	6 420	3,28
1846	280 070	71 720	17 700	190 650	289 168	3 680	292 848	4 800	3,37
1847	287 020	70 720	17 700	198 600	295 998	4 470	300 468	7 620	3,38
1848	296 070*	70 720	17 700	212 650	310 048	2 860	312 908	7 440	3,33
	5 000								
	301 070							12 440	
1849	307 570	69 720	17 700	220 150	316 428	5 040	321 468	8 560	3,38
1850	315 070	68 220	17 700	229 150	323 748	7 360	331 108	9 640	3,38
1851	327 070	68 220	17 700	241 150	335 748	3 560	339 308	8 200	3,41
1852	332 070	67 220	17 700	247 150	340 628	6 800	347 428	8 120	3,41
1853	341 070	66 220	17 700	257 150	349 508	5 800	355 308	7 880	3,38
1854	343 870	65 100	17 620	261 150	352 000	14 000	366 000	10 692	3,43
1855	358 370	67 100	17 620	273 650	367 000	12 000	379 000	13 000	3,42
1856	365 370	69 100	17 620	278 650	374 000	15 000	389 000	10 000	3,44
1857	377 920	68 200	17 620	304 100	397 220	942	398 171	9 171	3,49
1858	411 620	100	17 620	393 900	412 119	3 050	415 169	16 998	3,53
1859	422 636	.	17 420	405 216	423 120	3 705	428 825	13 656	3,57
1860	441 636	.	17 420	424 216	442 120	1 323	443 443	14 618	3,56
1861	456 636	.	17 420	439 216	457 120	2 481	459 601	16 158	3,54
1862	470 136	.	17 420	452 716	470 620	4 845	475 465	15 864	3,56
1863	485 636	.	17 420	468 216	486 120	4 895	491 015	15 550	3,54
1864	504 136	.	17 420	486 716	504 620	10 797	515 417	24 402	3,60
1865	529 736	.	17 020	512 716	530 209	4 131	534 340	18 923	3,62
1866	545 236	.	17 020	528 216	545 709	6 973	552 682	18 342	3,65
1867	560 716	.	17 020	543 716	561 189	11 047	572 236	19 554	3,68
1868	578 236	.	17 020	561 216	578 709	15 667	594 376	22 140	4,34
1869	716 586**	.	17 020	699 566	717 059**	5 772	722 831	128 455	3,68
1870	738 586	.	17 020	721 566	739 059	4 146	743 205	20 374	3,68
1871	766 586	.	17 020	749 566	767 059	13 866	780 925	37 720	3,70
1872	798 086	.	17 020	781 066	798 559	10 396	808 955	28 030	3,76
1873	834 586	.	17 020	817 566	835 059	10 889	845 948	36 993	3,70
1874	866 586	.	17 020	849 566	867 059	8 655	875 714	29 766	3,65
1875	877 585	.	17 020	860 565	878 059	2 287	880 346	4 632	3,65
1876	878 585	.	17 020	861 565	879 059	1 731	877 328	3 018	3,67
Sa.	676 116	.
								3 018	
Summa der 29 Jahre von 1837 bis incl. 1865								330 110	
Durchschnitt für 1 Jahr								11 383	
Summa der 35 Jahre von 1837 bis incl. 1871								576 695	
Durchschnitt für 1 Jahr								16 477	
Summa der 40 Jahre von 1837 bis incl. 1876								673 098	
Durchschnitt für 1 Jahr								16 828	

Jahr	A n z a h l				Betrag der versicherten Wittwen- und Waisen- pensionen (5 ¹ / ₈ resp. 6 ¹ / ₈ mal die lauf. Beiträge à 3 ¹ / ₂ % resp. 3 ¹ / ₂ %) Thlr.	A u f 1 0 0 0 B e a m t e k o m m e n							Es sind auf 100 Thlr. der laufenden Beiträge an Pensionen gezahlt Thlr.
	der Inter- essenten- circa	der Wittwen	der Waisen- Familien	der Waisen (Kopfzahl)		Wittwen	jährliche Gesamt-Einnahme			jährliche Gesamt-Ausgabe			
							an Beiträgen Thlr.	an sonstigen Ein- nahmen Thlr.	über- haupt Thlr.	an Pensionen Thlr.	an sonstigen Ausgaben Thlr.	über- haupt Thlr.	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.
1837	1 750	568	21	43	.	324	12 286	5 943	18 229	16 941	343	17 284	164,0
1838	2 000	566	25	43	128 000	283	16 247	5 638	21 885	14 620	300	14 920	121,2
1839	2 000	564	36	59	124 000	282	13 027	7 517	20 544	15 345	300	15 645	131,6
1840	2 000	572	34	58	125 000	286	13 080	6 170	19 250	15 777	300	16 077	134,5
1841	2 050	602	33	62	125 000	294	12 409	6 371	18 780	16 117	293	16 410	140,8
1842	2 250	592	37	75	129 000	263	12 537	5 769	18 306	14 895	266	15 161	139,0
1843	2 250	593	40	83	132 000	263	12 440	5 968	18 408	15 527	266	15 793	141,2
1844	2 450	621	47	93	137 500	253	12 414	5 606	18 020	14 629	245	14 874	139,0
1845	2 450	627	52	104	139 500	255	12 224	5 651	17 875	14 851	245	15 096	139,1
1846	2 450	631	53	105	142 000	257	11 677	5 763	17 440	15 082	245	15 327	138,7
1847	2 450	640	52	97	145 000	261	12 767	6 006	18 773	15 327	245	15 572	137,8
1848	2 800	633	50	99	149 000	226	11 237	5 221	16 458	13 588	214	13 802	135,8
1849	2 800	636	44	90	159 000	227	11 386	5 783	17 169	13 804	214	14 018	129,4
1850	2 800	663	54	109	159 000	237	11 844	5 907	17 751	14 001	214	14 215	131,8
1851	2 830	672	64	127	161 500	237	11 996	5 791	17 787	14 677	212	14 889	137,2
1852	2 850	680	64	119	163 250	238	11 979	5 824	17 803	14 736	210	14 946	137,2
1853	2 890	697	68	128	165 920	241	11 948	5 799	17 747	14 798	207	15 005	137,5
1854	3 010	709	70	128	168 690	235	12 614	5 613	18 227	14 326	199	14 525	136,3
1855	3 015	725	?	130	176 272	240	13 171	5 599	18 770	14 681	199	14 880	133,9
1856	3 070	733	?	128	178 283	239	12 304	5 661	17 965	14 819	195	15 014	136,1
1857	3 080	731	?	123	181 333	237	12 364	5 841	18 205	14 800	195	14 995	133,5
1858	3 083	762	72	127	188 330	247	13 635	7 241	20 876	15 363	.	15 363	134,1
1859	3 098	785	79	124	191 658	253	13 043	7 436	20 479	16 071	.	16 071	138,5
1860	3 103	793	83	134	193 216	256	12 769	8 349	21 118	16 407	.	16 407	140,5
1861	3 110	801	85	130	196 352	258	13 504	8 240	21 744	16 549	.	16 549	139,8
1862	3 129	793	74	118	202 848	253	14 070	8 171	22 241	17 171	.	17 171	141,8
1863	3 145	810	80	148	207 274	258	13 935	8 386	22 321	17 377	.	17 377	140,6
1864	3 155	824	81	152	217 413	261	17 041	8 436	25 477	17 743	.	17 743	137,8
1865	3 207	838	87	170	232 299	261	15 518	8 277	23 795	17 895	.	17 895	131,8
1866	3 425	864	86	158	237 227	252	14 841	8 032	22 873	17 566	.	17 566	135,8
Latus	81 700	20 725	1571	3264	4 855 865	7677	390 307	196 009	586 316	465 483	5107	470 590	4114,8

Jahr	A n z a h l				Betrag der versicherten Wittwen- und Waisen- pensionen (5 ⁶ / ₁₀ resp. 6 ⁶ / ₁₀ mal die lauf. Beiträge à 3 0/0 resp. 3 ¹ / ₂ 0/0) Thlr.	A u f 1 0 0 0 B e a m t e k o m m e n							Es sind auf 100 Thlr. der laufenden Beiträge an Pensionen gezahlt Thlr.
	der Inter- essenten circa	der Wittwen	der Waisen- Familien	der Waisen (Kopfzahl)		Wittwen	jährliche Gesamt-Einnahme			jährliche Gesamt-Ausgabe			
							an Beiträgen Thlr.	an sonstigen Ein- nahmen Thlr.	über- haupt Thlr.	an Pensionen Thlr.	an sonstigen Ausgaben Thlr.	über- haupt Thlr.	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.
Transport	81 700	20 725	1571	3264	4855 865	7 677	390 307	196 009	586 316	465 483	5107	470 590	4114.8
1867	3 460	885	84	163	243 584	256	15 151	8 159	23 310	17 988	.	17 988	136.3
1868	3 510	895	88	169	252 725	255	15 902	8 254	24 156	18 250	.	18 250	135.2
1869	3 910	986	90	173	281 360	252	15 273	9 128	24 401	18 219	.	18 219	135.0
1870	3 880	1 006	95	166	283 152	259	14 859	8 933	23 792	18 955	.	18 955	138.5
1871	3 840	1 010	107	188	303 872	263	19 402	9 354	28 756	19 754	.	19 754	133.1
1872	3 835	1 044	111	184	309 610	272	17 896	9 567	27 463	20 484	.	20 484	135.3
1873	4 040	1 069	111	178	418 444	265	22 317	10 713	33 030	25 505	.	25 505	150.0
1874	4 035	1 077	107	179	574 629	267	26 552	10 954	37 506	32 083	.	32 083	154.5
1875	4 020	1 105	115	194	568 798	275	23 126	11 193	34 319	33 651	2252	35 903	163.1
1876	4 010	1 140	120	200	573 913	284	23 103	11 313	34 416	35 419	.	35 419	169.7
Summa	120 240	30 942	(2599)	5058	8 665 952	10 325	583 888	293 577	877 465	705 791	7359	713 150	5565.5

Summa der 29 Jahre von 1837 bis incl. 1865:

78 275	19 861	.	3106	4 618 638	7 425	375 466	187 977	563 443	447 917	5107	453 024	3979,5
--------	--------	---	------	-----------	-------	---------	---------	---------	---------	------	---------	--------

Durchschnitt für 1 Jahr:

2 699	685	.	107	159 263	256	12 947	6 482	19 429	15 445	176	15 621	137.2
-------	-----	---	-----	---------	-----	--------	-------	--------	--------	-----	--------	-------

Nach dem jährlichen Durchschnitt:	254	12 993	6 554	19 547	15 636	15 636	136,9
-----------------------------------	-----	--------	-------	--------	--------	--------	-------

Summa der 35 Jahre von 1837 bis incl. 1871:

100 300	25 507	.	4123	6 220 558	8 962	470 894	239 837	710 731	558 649	5107	563 756	4792,9
---------	--------	---	------	-----------	-------	---------	---------	---------	---------	------	---------	--------

Durchschnitt für 1 Jahr:

2866	729	.	118	177 730	256	13 454	6 852	20 306	15 961	146	16 107	136.9
------	-----	---	-----	---------	-----	--------	-------	--------	--------	-----	--------	-------

Nach dem jährlichen Durchschnitt:	254	13 637	7 019	20 656	16 260	16 260	136,6
-----------------------------------	-----	--------	-------	--------	--------	--------	-------

Summa der 40 Jahre von 1837 bis incl. 1876:

120 240	30 942	.	5058	8 665 952	10 325	583 888	293 577	877 465	705 791	7359	713 150	5565,5
---------	--------	---	------	-----------	--------	---------	---------	---------	---------	------	---------	--------

Durchschnitt für 1 Jahr:

3 006	773	.	126	216 649	258	14 597	7 339	21 936	17 645	184	17 829	139,0
-------	-----	---	-----	---------	-----	--------	-------	--------	--------	-----	--------	-------

Nach dem jährlichen Durchschnitt:	257	15 132	7 639	22 771	18 533	18 533	141,3
-----------------------------------	-----	--------	-------	--------	--------	--------	-------

✱

Jahr	I. Beiträge											
	1. Civilstaatsbeamte											
	überhaupt			darunter						überhaupt		
	Laufende Beiträge	Zwölfstel	Insgesamt	Post- und Telegraphenbeamte			Beamte, welche z. Zt. nicht mehr in staatl. Function sind			ausschl. der in den Spalten 5–10 berücksichtigten Beamten		
				Laufende Beiträge	Zwölfstel	Ins- gesamt	Laufende Beiträge	Zwölfstel	Ins- gesamt	Laufende Beiträge	Zwölfstel	Insgesamt
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.
1875	140 767	15 308	156 075	12 526	1 382	13 908	700	.	700	127 541	13 926	141 467
1876	142 082	15 341	157 423	12 770	1 738	14 508	739	.	739	128 573	13 603	142 176
1877	141 802	13 050	154 852	12 904	1 930	14 834	1 155	.	1 155	127 743	11 120	138 863
1878	142 785	12 330	155 115	13 150	1 944	15 094	1 134	.	1 134	128 501	10 386	138 887
1879	145 502	26 105	171 607	13 590	1 284	14 874	970	.	970	130 942	24 821	155 763
1880	150 732	15 069	165 801	13 756	2 095	15 851	852	.	852	136 124	12 974	149 098
1881	151 010	15 816	166 826	13 758	1 664	15 422	736	.	736	136 516	14 152	150 668
1882	153 587	17 411	170 998	13 229	671	13 900	920	.	920	139 438	16 740	156 178
1883	158 434	14 159	172 593	12 791	533	13 324	736	.	736	144 907	13 626	158 533
1884	154 739	14 552	169 291	12 489	377	12 866	707	.	707	141 543	14 175	155 718
1885	155 642	17 276	172 918	12 204	370	12 574	505	.	505	142 933	16 906	159 839
1886	157 052	13 212	170 264	11 950	747	12 697	317	.	317	144 785	12 465	157 250
1887	156 833	14 423	171 256	11 384	388	11 772	258	.	258	145 191	14 035	159 226
1888	155 155	14 812	169 967	9 320	251	9 571	246	.	246	145 589	14 561	160 150
1889	159 629	25 727	185 356	8 622	195	8 817	235	.	235	150 772	25 532	176 304
in den 10 Jahren 1877/86	1 511 285	158 980	1 670 265	129 821	11 615	141 436	8 032	.	8 032	1 373 432	147 365	1 520 797

der Beamten											
2. Hofbeamte			3. Landschaftliche Beamte			4. Städtische Beamte			5. Bürger- und Landschullehrer		
Laufende Beiträge	Zwölfstel	Insgesamt	Laufende Beiträge	Zwölfstel	Insgesamt	Laufende Beiträge	Zwölfstel	Insgesamt	Laufende Beiträge	Zwölfstel	Insgesamt
M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M
14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.
10 648	1 230	11 878	590	.	590	5 851	1 766	7 617	32 048	6 000	38 048
10 735	1 420	12 155	594	6	600	6 204	825	7 029	33 173	4 935	38 108
11 235	1 811	13 046	594	.	594	6 258	1 031	7 289	34 661	7 016	41 677
11 362	707	12 069	594	.	594	6 351	622	6 973	36 628	6 274	42 902
11 342	1 094	12 436	603	31	634	6 558	1 961	8 519	38 635	6 392	45 027
11 849	1 910	13 759	646	.	646	8 104	4 142	12 246	39 583	5 072	44 655
11 770	886	12 656	376	.	376	8 821	1 131	9 952	41 159	5 602	46 761
11 579	519	12 098	376	.	376	8 542	717	9 259	42 900	6 330	49 230
11 767	561	12 328	371	.	371	8 964	1 915	10 879	44 916	6 942	51 858
11 812	1 745	13 557	393	205	598	9 530	873	10 403	47 096	7 545	54 641
11 877	1 019	12 896	406	50	456	9 726	1 847	11 573	49 114	8 184	57 298
12 115	3 759	15 874	399	12	411	10 142	1 318	11 460	51 412	8 295	59 707
13 084	2 486	15 570	381	.	381	10 538	1 549	12 087	57 317	13 921	71 238
14 490	4 212	18 702	405	56	461	12 066	1 455	13 521	58 512	6 737	65 249
14 877	719	15 596	405	.	405	11 698	2 310	14 008	59 516	9 124	68 640
116 708	14 011	130 719	4 758	298	5 056	82 996	15 557	98 553	426 104	67 562	493 756

Jahr	Noch I. Beiträge									
	6. Prediger			7. Polizeimilitair			8. Eisenbahnbeamte			9. Mi-
	Laufende Beiträge	Zwölfstel	Insgesamt	Laufende Beiträge	Zwölfstel	Insgesamt	Laufende Beiträge	Zwölfstel	Insgesamt	Laufende Beiträge
	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M
1.	26.	27.	28.	29.	30.	31.	32.	33.	34.	35.
1875	15 244	1 781	17 025	4 447	960	5 407	28 318	2 156	30 474	9 526
1876	15 366	2 409	17 775	4 585	1 098	5 683	27 777	706	28 483	9 309
1877	15 769	2 391	18 160	4 682	395	5 077	27 481	762	28 243	9 233
1878	16 444	2 442	18 886	4 754	675	5 429	27 182	462	27 644	9 077
1879	16 211	3 471	19 682	4 881	840	5 721	26 890	425	27 315	8 592
1880	16 746	2 173	18 919	4 871	450	5 321	26 431	882	27 313	8 338
1881	18 453	2 161	20 614	4 812	760	5 572	25 577	188	25 765	8 100
1882	17 221	4 046	21 267	5 121	1 491	6 612	25 224	660	25 884	7 915
1883	19 657	7 059	26 716	5 567	1 256	6 823	24 105	520	24 625	7 516
1884	20 847	4 287	25 134	6 051	873	6 924	23 596	790	24 386	7 358
1885	22 131	4 941	27 072	6 175	1 661	7 836	22 148	553	22 701	7 165
1886	22 105	4 015	26 120	6 039	332	6 371	21 708	1 889	23 597	6 737
1887	23 718	5 292	29 010	6 117	282	6 399	21 445	1 147	22 592	6 408
1888	23 991	3 511	27 502	6 010	565	6 575	20 774	720	21 494	6 175
1889	24 063	2 670	26 733	6 131	1 272	7 403	20 137	741	20 878	5 634
in den 10 Jahren 1877/86	185 584	36 986	222 570	52 953	8 733	61 686	250 342	7 131	257 473	80 031

der Beamten								II. Capital- zinsen	III. Erbenzins, Pachtgelder, Agio-Gewinn, Cours- differenzen und sonstige Einnahmen	IV. Zuschuss	V. Gesamt- Einnahme
l i t a i r		10. Communion- u. Hüttenbeamte			11. G e s a m m t s u m m e						
Zwölfstel	Insgesamt	Laufende Beiträge	Zwölfstel	Insgesamt	Laufende Beiträge	Zwölfstel	Insgesamt				
M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M
36.	37.	38.	39.	40.	41.	42.	43.	44.	45.	46.	47.
555	10 081	1 410	293	1 703	248 849	30 049	278 898	95 058	930	39 000	413 886
74	9 383	1 262	3	1 265	251 087	26 817	277 904	96 155	981	39 000	414 040
144	9 377	1 235	.	1 235	252 955	26 595	279 550	96 512	1 285	39 000	416 347
475	9 552	1 162	.	1 162	256 339	23 987	280 326	96 123	925	39 000	416 374
24	8 616	1 231	97	1 328	260 445	40 440	300 885	96 058	925	60 000	457 868
590	8 928	1 141	13	1 154	268 441	30 301	298 742	96 210	935	60 000	455 887
266	8 366	1 216	25	1 241	271 294	26 835	298 129	96 541	2 006	60 000	456 676
65	7 980	1 242	.	1 242	273 707	31 239	304 946	96 332	925	213 000 ¹⁾	615 203
200	7 716	993	25	1 018	282 290	32 637	314 927	96 430	925	60 000	472 282
123	7 481	977	.	977	282 399	30 993	313 392	96 180	947	60 000	470 519
78	7 243	1 026	.	1 026	285 410	35 609	321 019	95 622	925	292 434 ²⁾	710 000
122	6 859	1 033	29	1 062	288 742	32 983	321 725	96 692	950	154 358 ³⁾	573 725
37	6 445	980	13	993	296 821	39 150	335 971	97 553	949	60 000	494 473
.	6 175	884	.	884	298 462	32 068	330 530	97 116	1 094	460 991 ⁴⁾	889 731
.	5 634	692	8	700	302 782	42 571	345 353	97 266	934	100 000	543 553
2 087	82 118	11 256	189	11 445	2 722 022	311 619	3 033 641	962 700	10 748	1 037 792 ⁵⁾	5 044 881

¹⁾ Darunter 153 000 M extraordinair. ²⁾ Desgl. 232 434 M. ³⁾ Desgl. 94 358 M. ⁴⁾ Desgl. 360 991 M. ⁵⁾ Darunter 479 792 M extraordinair.

J a h r	I. Wittwen- und									Waisen-Pensionen								II. Admini- strations- kosten, Cours- differenzen und sonstige Aus- gaben	III. Gesamt- ausgabe	
	Wittwen- und Waisen-Pensionen									nach Beamten-Kategorien etc.										
	Wittwen- Pensionen überhaupt	Waisen- Pensionen überhaupt	Pensionen nach älteren Bestim- mungen	Pensionen der Helm- stedter Universi- täts- und Ganders- heimer Abtei- casse	Pensionen nach den jetzigen					Ueberhaupt (Sp. 4—18)										
					Civilstaatsbeamte				Hofbeamte											
					überhaupt	Post- und Telegraphen- beamte	Beamte, welche nicht mehr in staatlichen Functionen sind	überhaupt ausschl. der in den Sp. 7 u. 8 berück- sichtigten Beamten												
M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	Land- schaftliche Beamte	Städtische Beamte	Bürger- und Landschul- lehrer	Prediger	Polizei- militair	Eisenbahn- beamte	Militair	Communion- und Hütten- beamte	M	M	M
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.
1875	387 581	18 249	4 767	1 983	248 478	11 788	9 627	227 063	16 039	.	9 544	36 916	15 771	1 869	27 026	38 658	4 779	405 830	27 161	432 991
1876	406 126	19 966	4 386	1 848	259 289	12 726	9 006	237 557	19 319	.	10 940	40 347	17 536	2 137	28 540	37 170	4 580	426 092	.	426 092
1877	431 380	20 736	3 770	1 713	277 369	15 021	9 740	252 608	19 140	.	10 669	42 947	18 559	2 646	30 917	39 232	5 154	452 116	.	452 116
1878	445 796	20 092	2 849	1 713	286 737	16 102	10 436	260 199	19 199	.	11 036	44 138	19 588	2 258	34 568	38 921	4 881	465 888	7	465 895
1879	468 454	18 850	2 308	1 713	301 225	17 590	10 158	273 477	20 274	.	10 535	45 576	23 987	2 121	35 920	37 966	5 679	487 304	.	487 304
1880	487 301	18 858	2 238	1 653	310 733	19 290	10 323	281 120	20 981	.	11 620	49 314	24 953	2 257	38 476	39 053	4 881	506 159	.	506 159
1881	507 194	17 504	1 887	1 160	321 311	20 730	9 535	291 046	22 979	1 320	13 080	50 906	25 265	2 455	40 995	37 661	5 679	524 698	.	524 698
1882	519 388	17 617	1 536	1 160	332 553	22 998	9 042	300 513	19 890	1 584	12 881	50 843	24 740	3 454	42 026	41 060	5 278	537 005	.	537 005
1883	528 172	15 795	1 425	1 160	332 162	24 483	8 974	298 705	23 170	1 584	12 201	52 988	26 999	3 848	45 540	37 385	5 505	543 967	735	544 702
1884	547 566	15 570	1 314	1 160	341 887	24 989	9 035	307 863	26 470	1 584	10 783	52 746	33 144	4 251	48 378	35 578	5 841	563 136	1 741	564 877
1885	568 287	14 941	1 314	913	352 677	26 211	7 779	318 687	28 659	1 584	10 879	53 016	37 750	5 408	50 218	35 026	5 784	583 228	1 583	584 811
1886	588 116	13 342	1 160	667	362 135	27 988	7 235	326 912	30 033	1 584	12 053	52 456	41 695	6 089	50 775	37 383	5 428	601 458	1 816	603 274
1887	609 885	13 262	945	667	371 377	32 789	7 789	330 799	31 812	1 584	11 762	56 060	46 562	6 397	54 785	37 437	3 759	623 147	1 165	624 312
1888	622 058	13 818	945	667	378 181	33 564	7 286	337 331	32 637	1 584	12 751	56 533	43 437	6 680	59 392	37 390	5 679	635 876	3 845	639 721
1889	644 071	12 829	945	369	388 022	33 669	6 175	348 178	31 537	1 584	14 883	60 052	46 292	7 568	64 204	35 131	6 313	656 900	1 142	658 042
In den 10 Jahren 1877/86	5 091 654	173 305	19 801	13 012	3 218 789	215 402	92 257	2 911 130	230 795	9 240	115 737	494 930	276 680	34 787	417 813	379 265	54 110	5 264 959	5 882	5 270 841

I. Procentualer Antheil der einzelnen Beamtenkategorien an der gesammten Beitrags-Einnahme														II. Procentualer Antheil der einzelnen Beamtenkategorien an der gesammten Pensions-Ausgabe														
Jahr	Civilstaatsbeamte				Hof-beamte	Land-schaft-liche Beamte	Städ-tische Beamte	Bürger-und Land-schul-Lehrer	Prediger	Polizei-militair	Eisen-bahn-beamte	Militair	Com-munion-und Hütten-beamte	Pensio-nen nach älteren Bestim-mungen	Pensionen der Helm-stedter Uni-versitäts- und Ganders-heimer Abtei-Casse	Civilstaatsbeamte				Hof-beamte	Land-schaft-liche Beamte	Städ-tische Beamte	Bürger-und Land-schul-Lehrer	Prediger	Polizei-militair	Eisen-bahn-beamte	Militair	Com-munion-und Hütten-beamte
	über-haupt	Post- und Tele-graphen-beamte	Beamte, welche z. Zt. nicht mehr in staat-lichen Functionen sind	überhaupt aus-schliessl. der in den Sp. 3 u. 4 berück-sichtigten Beamten												über-haupt	dar unter		überhaupt aus-schliessl. der in den Sp. 18 u. 19 berück-sichtigten Beamten									
																	Post- und Tele-graphen-beamte	Beamte, welche z. Zt. nicht mehr in staat-lichen Functionen sind										
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.
1875	55,97	5,00	0,25	50,72	4,26	0,21	2,73	13,64	6,10	1,94	10,93	3,61	0,61	1,17	0,49	61,23	2,90	2,37	55,96	3,95	.	2,35	9,10	3,89	0,46	6,66	9,52	1,18
1876	56,64	5,22	0,27	51,15	4,37	0,22	2,53	13,71	6,40	2,04	10,25	3,38	0,46	1,03	0,43	60,85	2,99	2,11	55,75	4,53	.	2,57	9,47	4,12	0,50	6,70	8,72	1,08
1877	55,39	5,31	0,41	49,67	4,67	0,21	2,61	14,91	6,50	1,82	10,10	3,35	0,44	0,83	0,38	61,35	3,32	2,15	55,88	4,23	.	2,36	9,50	4,10	0,59	6,84	8,68	1,14
1878	55,33	5,38	0,40	49,55	4,31	0,21	2,49	15,30	6,74	1,94	9,86	3,41	0,41	0,61	0,37	61,55	3,46	2,24	55,85	4,12	.	2,37	9,47	4,20	0,49	7,42	8,35	1,05
1879	57,04	4,94	0,32	51,78	4,13	0,21	2,83	14,97	6,54	1,90	9,08	2,86	0,44	0,47	0,35	61,82	3,61	2,08	56,13	4,16	.	2,16	9,35	4,92	0,44	7,37	7,79	1,17
1880	55,50	5,31	0,29	49,90	4,61	0,21	4,10	14,95	6,33	1,78	9,14	2,99	0,39	0,44	0,33	61,39	3,81	2,04	55,54	4,15	.	2,30	9,74	4,93	0,44	7,60	7,72	0,96
1881	55,96	5,17	0,25	50,54	4,24	0,13	3,34	15,68	6,91	1,87	8,64	2,81	0,42	0,36	0,22	61,24	3,95	1,82	55,47	4,38	0,25	2,49	9,70	4,82	0,47	7,81	7,18	1,08
1882	56,07	4,56	0,30	51,21	3,97	0,12	3,04	16,14	6,97	2,17	8,49	2,82	0,41	0,29	0,22	61,93	4,28	1,68	55,97	3,70	0,29	2,40	9,47	4,60	0,64	7,83	7,65	0,98
1883	54,80	4,23	0,23	50,34	3,92	0,12	3,45	16,47	8,48	2,17	7,82	2,45	0,32	0,26	0,21	61,07	4,50	1,65	54,92	4,26	0,29	2,25	9,74	4,96	0,71	8,37	6,87	1,01
1884	54,02	4,11	0,23	49,68	4,33	0,19	3,32	17,43	8,02	2,21	7,78	2,39	0,31	0,23	0,21	60,71	4,44	1,60	54,67	4,70	0,28	1,91	9,37	5,89	0,75	8,59	6,32	1,04
1885	53,87	3,92	0,16	49,79	4,02	0,14	3,60	17,85	8,43	2,44	7,07	2,26	0,32	0,23	0,16	60,47	4,49	1,33	54,65	4,91	0,27	1,87	9,09	6,47	0,93	8,60	6,01	0,99
1886	52,92	3,95	0,10	48,87	4,93	0,13	3,56	18,56	8,12	1,98	7,34	2,13	0,33	0,19	0,11	60,22	4,65	1,20	54,37	4,99	0,26	2,01	8,72	6,93	1,01	8,44	6,22	0,90
1887	50,97	3,50	0,08	47,39	4,63	0,11	3,60	21,20	8,64	1,91	6,72	1,92	0,30	0,15	0,11	59,60	5,26	1,25	53,09	5,10	0,25	1,89	9,00	7,47	1,03	8,79	6,01	0,60
1888	51,42	2,90	0,07	48,45	5,66	0,14	4,09	19,74	8,32	1,99	6,50	1,87	0,27	0,15	0,11	59,47	5,28	1,15	53,04	5,13	0,25	2,01	8,89	6,83	1,05	9,34	5,88	0,89
1889	53,67	2,55	0,07	51,05	4,52	0,12	4,06	19,87	7,74	2,14	6,05	1,83	0,20	0,14	0,06	59,07	5,13	0,94	53,00	4,80	0,24	2,27	9,14	7,05	1,15	9,77	5,35	0,96
In den 10 Jahren 1877/86	55,06	4,66	0,26	50,14	4,31	0,16	3,25	16,27	7,34	2,03	8,49	2,71	0,38	0,38	0,25	61,14	4,09	1,75	55,30	4,38	0,17	2,20	9,40	5,25	0,66	7,94	7,20	1,03

Jahr	III. Procentuales Verhältniss der Beiträge der einzelnen Beamtenkategorien zu den Pensionen derselben (auf 100 Mark Beiträge kommen Pension — Mark)												
	Civilstaatsbeamte				Hof- beamte	Land- schaft- liche Beamte	Städ- tische Beamte	Bürger- und Land- schul- lehrer	Prediger	Polizei- militair	Eisen- bahn- beamte	Militair	Com- munion- und Hütten- beamte
	über- haupt	darunter											
		Post- und Tele- graphen- beamte	Beamte, welche z. Zt. nicht mehr in staat- lichen Functionen sind	aus- schliessl. der in den Sp. 31 u. 32 berück- sichtigten Beamten									
1.	30.	31.	32.	33.	34.	35.	36.	37.	38.	39.	40.	41.	42.
1875	159,2	84,7	1375,3	160,5	135,0	.	125,3	97,0	92,6	34,6	88,7	383,5	280,6
1876	164,7	87,7	1218,7	167,1	158,9	.	155,6	105,9	98,7	37,6	100,2	396,1	362,1
1877	179,1	101,3	843,3	181,9	146,7	.	146,4	103,0	102,2	52,1	109,5	418,4	417,3
1878	184,9	106,7	920,3	187,3	159,1	.	158,3	102,9	103,7	41,6	125,0	407,5	420,0
1879	175,5	118,3	1047,2	175,6	163,0	.	123,7	101,2	121,9	37,1	131,5	440,6	427,6
1880	187,4	121,7	1211,6	188,5	152,5	.	94,9	110,4	131,9	42,4	140,9	437,4	423,0
1881	192,6	134,3	1295,5	193,2	181,6	351,1	131,4	108,9	122,6	44,1	159,1	450,2	457,6
1882	194,5	165,5	982,8	192,4	164,4	421,3	139,1	103,3	116,3	52,2	162,4	514,5	424,9
1883	192,5	183,8	1219,3	188,4	187,9	427,0	112,2	102,2	101,1	56,4	184,9	484,5	540,8
1884	201,9	194,2	1277,9	197,7	195,2	264,9	103,7	96,5	131,9	61,4	198,4	475,6	597,8
1885	203,9	208,5	1540,4	199,4	222,2	347,4	94,0	92,5	139,4	69,0	221,2	483,6	563,7
1886	212,7	220,4	2282,3	207,9	189,2	385,4	105,2	87,9	159,8	95,6	215,2	545,0	511,1
1887	216,8	278,5	3019,0	207,7	204,3	415,7	97,3	78,7	160,5	100,0	242,5	580,9	378,5
1888	222,5	350,7	2961,8	210,6	174,5	343,6	94,3	86,6	157,9	101,6	276,3	605,5	642,4
1889	209,3	381,9	2627,6	197,5	202,2	391,1	106,2	87,5	173,2	102,2	307,5	623,5	901,9
In den 10 Jahren 1877/86	192,7	152,3	1148,6	191,4	176,6	182,7	117,4	100,2	124,3	56,4	162,3	461,8	472,8

Ueber- haupt	IV. Procentuales Verhältniss der Pensionen zu den Beiträgen der einzelnen Beamtenkategorien (auf 100 Mark Pension kommen Beiträge — Mark)													
	Civilstaatsbeamte				Hof- beamte	Land- schaft- liche Beamte	Städ- tische Beamte	Bürger- und Land- schul- lehrer	Prediger	Polizei- militair	Eisen- bahn- beamte	Militair	Com- munion- und Hütten- beamte	Ueber- haupt
	über- haupt	darunter												
		Post- und Tele- graphen- beamte	Beamte, welche z. Zt. nicht mehr in staat- lichen Functionen sind	aus- schliessl. der in den Sp. 45 u. 46 berück- sichtigten Beamten										
43.	44.	45.	46.	47.	48.	49.	50.	51.	52.	53.	54.	55.	56.	57.
145,5	62,8	117,9	7,3	62,3	74,1	.	79,8	103,2	107,9	289,3	112,8	26,1	35,6	68,7
153,3	60,7	114,0	8,1	59,8	62,9	.	64,2	94,4	101,4	265,9	99,8	25,2	27,6	65,2
161,7	55,8	98,8	11,8	54,9	68,2	.	68,3	97,0	97,8	191,9	91,3	23,9	24,0	61,8
166,2	54,1	93,7	10,9	53,4	62,9	.	63,2	97,2	96,4	240,4	80,0	24,5	23,8	60,2
161,9	57,0	84,6	9,5	56,9	61,3	.	80,9	98,8	82,1	269,7	76,0	22,7	23,4	61,7
169,4	53,4	82,2	8,3	53,0	65,6	.	105,4	90,6	75,8	235,7	71,0	22,9	23,6	59,0
176,0	51,9	74,4	7,7	51,8	55,1	28,5	76,1	91,9	81,6	227,0	62,8	22,2	21,9	56,8
176,1	51,4	60,4	10,2	52,0	60,8	23,7	71,9	96,8	86,0	191,4	61,6	19,4	23,5	56,8
172,7	52,0	54,4	8,2	53,1	53,2	23,4	89,2	97,9	98,9	177,3	54,1	20,6	18,5	57,9
179,7	49,5	51,5	7,8	50,6	51,2	37,7	96,5	103,6	75,8	162,9	50,4	21,0	16,7	55,6
181,7	49,0	48,0	6,5	50,2	45,0	28,8	106,3	108,1	71,7	144,9	45,2	20,7	17,7	55,0
186,9	47,0	45,4	4,4	48,1	52,8	26,0	95,1	113,8	62,6	104,6	46,3	18,3	19,6	53,5
185,5	46,1	35,9	3,3	48,1	48,9	24,1	102,8	127,1	62,3	100,0	41,2	17,2	26,4	53,9
192,4	44,9	28,5	3,4	47,5	57,3	29,1	106,0	115,4	63,3	98,4	36,2	16,5	15,6	52,0
190,2	47,8	26,2	3,8	50,6	49,5	25,6	94,1	114,3	57,7	97,8	32,3	16,0	11,1	52,6
173,5	51,9	65,7	8,7	52,5	56,6	54,7	85,2	99,8	80,4	177,3	61,6	21,7	21,2	57,6

J a h r	I. Z a h l d e r T h e i l n e h m e r									
	N a c h B e a m t e n - K a t e g o r i e n									
	Ueberhaupt	Civilstaatsbeamte				Hofbeamte	Land-schaftliche Beamte	Städtische Beamte	Bürger- und Landschul-Lehrer	Prediger
		überhaupt	Post- und Telegraphen-beamte	Beamte, welche nicht mehr in staatlichen Functionen sind	ausschliessl. der in den Sp. 4 u. 5 berücksichtigten Beamten					
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.
1875	3890	1862	235	29	1598	224	4	105	655	238
1876	3916	1899	242	29	1628	226	4	113	655	234
1877
1878
1879
1880	3988	1909	272	25	1612	236	4	128	750	225
1881
1882
1883
1884
1885	3950	1838	224	17	1597	226	4	148	878	231
1886
1887	4041	1861	202	9	1650	248	4	158	935	245
1888	4006	1826	160	8	1668	253	3	163	938	246
1889	4144	1935	148	7	1780	255	3	176	967	245

I. Zahl der Theilnehmer				II. Zahl der Pensionäre								
Nach Beamten-Kategorien				Anzahl der Wittwen über- haupt	W a i s e n		Wittwen und Waisen nach Beamten-Kategorien (Sp. 16 u. 18)					
Polizei- militair	Eisen- bahn- beamte	Militair	Com- munion- und Hütten- beamte		Anzahl der Familien	Kopf- zahl	Pensionäre		Civilstaatsbeamte			
							nach älteren Bestim- mungen	der Helm- stedter Universi- täts- und Ganders- heimer Abtei-Casse	über- haupt	Post- und Tele- graphen- beamte	Beamte, welche nicht mehr in staatlichen Functionen sind	ausschliessl. der in den Sp. 22 u. 23 berück- sichtigten Beamten
12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.
122	524	133	23	1105	115	194	18	7	739	50	47	642
129	500	133	23	1140	120	200	15	7	746	50	43	653
.	.	.	.	1166	115	194	13	6	772	58	45	669
.	.	.	.	1169	115	205	9	6	775	61	46	668
.	.	.	.	1215	112	180	8	6	790	61	44	685
128	476	114	18	1231	115	180	7	5	788	72	45	671
.	.	.	.	1265	110	177	7	4	805	76	41	688
.	.	.	.	1265	98	151	5	4	800	80	37	683
.	.	.	.	1277	94	138	5	4	788	82	37	669
.	.	.	.	1286	88	139	4	4	795	82	38	675
124	404	80	17	1318	75	127	4	4	811	85	36	690
.	.	.	.	1324	74	118	4	3	805	88	29	688
123	381	72	14	1335	70	108	3	3	792	99	30	663
121	367	65	14	1347	61	109	3	3	804	101	28	675
125	363	64	11	1392	64	103	3	3	801	97	23	681

J a h r	II. Z a h l d e r P e n s i o n ä r e									
	Wittwen und Waisen nach Beamten-Kategorien (Sp. 16 und 18)									
	Hofbeamte	Land-schaftliche Beamte	Städtische Beamte	Bürger- und Landschul-Lehrer	Prediger	Polizei-militair	Eisenbahn-beamte	Militair	Communion- und Hütten-beamte	Insgesamt
1.	25.	26.	27.	28.	29.	30.	31.	32.	33.	34.
1875	61	.	33	168	49	19	120	76	9	1299
1876	62	.	44	181	54	20	130	70	11	1340
1877	66	.	30	181	55	21	133	72	11	1360
1878	63	.	31	184	63	20	140	73	10	1374
1879	65	.	27	188	64	19	145	72	11	1395
1880	62	.	29	198	67	17	157	71	10	1411
1881	60	1	32	200	76	19	162	65	11	1442
1882	62	1	30	194	70	22	153	64	11	1416
1883	67	1	28	196	76	22	160	59	9	1415
1884	73	1	28	191	80	26	158	55	10	1425
1885	75	1	24	193	87	27	157	52	10	1445
1886	75	1	27	182	91	31	157	56	10	1442
1887	71	1	33	193	96	32	157	56	6	1443
1888	71	1	35	188	95	34	159	54	10	1456
1889	73	1	45	194	98	39	176	51	11	1495

III. Procentuales Verhältniss der Theilnehmer der einzelnen Beamten-Kategorien zu den Pensionären derselben												
Civilstaatsbeamte				Hof-beamte	Land-schaftliche Beamte	Städ-tische Beamte	Bürger- und Land-schul-Lehrer	Prediger	Polizei-militair	Eisen-bahn-beamte	Militair	Com-munion- und Hütten-beamte
überhaupt	Post- und Tele-graphen-beamte	Beamte, welche z. Zt. nicht mehr in staatlichen Functionen sind	ausschliessl. der in den Sp. 36 u. 37 berücksichtigten Beamten									
35.	36.	37.	38.	39.	40.	41.	42.	43.	44.	45.	46.	47.
39,7	21,3	162,1	40,2	27,2	.	31,4	25,6	20,6	15,6	22,9	57,1	39,1
.
.
.
41,3	26,5	180,0	41,6	26,3	.	22,6	26,4	29,8	13,3	33,0	62,3	55,6
.
.
.
44,1	37,9	211,3	43,2	33,2	25,0	16,2	22,0	37,7	21,8	38,8	65,0	58,8
.
42,6	49,0	333,3	40,2	28,6	25,0	20,9	20,6	39,2	26,0	41,2	77,8	42,9
43,7	63,1	350,0	40,5	28,1	33,3	21,5	20,0	38,6	28,1	43,3	83,1	71,4
41,4	65,5	328,6	38,3	28,6	33,3	25,6	20,1	40,0	31,2	48,5	79,7	100,0

J a h r	I. Verzinsliches Vermögen der Anstalt				II. G e s a m m t -	
	Nominalwerth am Jahresschluss		Werth in Courant	Zinsfuss, bestimmt nach dem verzinslichen Capital aus dem Zinsenertrage des folgenden Jahres	Einnahme Plus (+) oder Minus (—)	Cassenvorrath (+) oder Vorschuss (—)
	überhaupt	darunter in Conventionsmünze				
	ℳ	ℳ	ℳ	%	ℳ	ℳ
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1875	2 632 756	51 060	2 634 177	3,65	— 19 105	+ 6 860
1876	2 635 756	51 060	2 637 177	3,67	— 12 052	— 5 192
1877	2 640 256	51 060	2 641 677	3,65	— 35 769	— 40 961
1878	2 644 756	51 060	2 646 177	3,63	— 49 521	— 90 482
1879	2 656 156	51 060	2 657 577	3,62	— 29 436	— 119 918
1880	2 657 056	51 060	2 658 477	3,63	— 50 272	— 170 190
1881	2 659 756	51 060	2 661 177	3,62	— 68 022	— 238 212
1882	2 676 456	51 060	2 677 877	3,60	+ 78 198	— 160 014
1883	2 676 456	51 060	2 677 877	3,59	— 72 420	— 232 434
1884	2 676 456	51 060	2 677 877	3,57	— 94 358	— 326 792
1885	2 677 256	51 060	2 678 677	3,61	+ 125 189	— 201 603
1886	2 677 156	51 060	2 678 577	3,64	— 29 549	— 231 152
1887	2 677 106	51 060	2 678 527	3,63	— 129 839	— 360 991
1888	2 677 106	51 060	2 678 527	3,64	+ 250 010	— 110 981
1889	2 676 806	51 060	2 678 227	.	— 114 489	— 225 470

Vermögensverhältnisse		III. Betrag der versicherten Wittwen- und Waisen-Pensionen 6 ² / ₃ mal die laufenden 3 ¹ / ₂ %igen Beiträge	IV. Auf 100 Beamte kommen			
Gesamt- Vermögen (Sp. 4 u. 7)	Jährliche Zu- (+) resp. Abnahme (—) des Vermögens		Wittwen	Jährliche Gesamt-Einnahme		
				An Beiträgen	An sonstigen Einnahmen	Ueberhaupt
ℳ	ℳ	ℳ		ℳ	ℳ	ℳ
8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.
2 641 037	+ 13 895	1 706 393	28,4	7170	3 470	10 640
2 631 985	— 9 052	1 721 739	28,4	6930	3 395	10 325
2 600 716	— 31 269	1 734 549	29,3	7024	3 437	10 461
2 555 695	— 45 021	1 757 753	30,1	7206	3 497	10 703
2 537 659	— 18 036	1 785 909	30,6	7579	3 954	11 533
2 488 287	— 49 372	1 840 731	30,9	7491	3 940	11 431
2 422 965	— 65 322	1 860 302	31,9	7528	4 003	11 531
2 517 863	+ 94 898	1 876 848	31,9	7700	7 835	15 535 ¹⁾
2 445 443	— 72 420	1 935 703	32,2	7933	3 964	11 897
2 351 085	— 94 358	1 936 450	32,4	7894	3 958	11 852
2 477 074	+ 125 989	1 957 097	33,4	8127	9 848	17 975 ²⁾
2 447 425	— 29 649	1 979 945	33,1	8037	6 295	14 332 ³⁾
2 317 536	— 129 889	2 035 344	33,0	8314	3 922	12 236
2 567 546	+ 250 010	2 046 597	33,6	8251	13 959	22 210 ⁴⁾
2 452 757	— 114 789	2 076 219	33,6	8333	4 782	13 115

1) Darunter extraordinärer Zuschuss 3864 ℳ. 2) Desgl. 5884 ℳ. 3) Desgl. 2357 ℳ. 4) Desgl. 9011 ℳ.

J a h r	IV. Auf 100 Beamte kommen			V. Auf 100 Mark der laufenden Beiträge sind an Pensionen gezahlt	VI. Die Pensionen innerhalb (Bei umgekehrtem			
	Jährliche Gesamt-Ausgabe				C i v i l s t a a t s b e a m t e			
	An Pensionen	An sonstigen Ausgaben	Ueberhaupt		überhaupt	d a r u n t e r		
M	M	M	Post- und Telegraphen- beamte	Beamte, welche z. Zt. nicht mehr in staatlichen Functionen sind		überhaupt aus- schliessl. der in den Sp. 20 u. 21 berücks. Beamten		
1.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.
1875	10 433	698	11 131	163,1	92 403	2 120	8 927	85 596
1876	10 626	.	10 626	169,7	101 866	1 782	8 267	95 381
1877	11 360	.	11 360	178,7	122 517	187	8 585	113 745
1878	11 977	2	11 979	181,7	131 622	1 008	9 302	121 312
1879	12 275	.	12 275	187,1	129 618	2 716	9 188	117 714
1880	12 692	.	12 692	188,6	144 932	3 439	9 471	132 022
1881	13 250	.	13 250	193,4	154 485	5 308	8 799	140 378
1882	13 561	.	13 561	196,2	161 555	9 098	8 122	144 335
1883	13 702	18	13 720	192,7	159 569	11 159	8 238	140 172
1884	14 185	44	14 229	199,4	172 596	12 123	8 328	152 145
1885	14 765	40	14 805	204,3	179 759	13 637	7 274	158 848
1886	15 025	45	15 070	208,3	191 871	15 291	6 918	169 662
1887	15 420	29	15 449	209,9	200 121	21 017	7 531	171 573
1888	15 873	96	15 969	213,1	208 214	23 993	7 040	177 181
1889	15 852	27	15 879	216,9	202 666	24 852	5 940	171 874
In den 10 Jahren 1877 bis 1886	1 548 524	73 966	84 225	1 390 333

der einzelnen Beamten-Kategorien übersteigen die Beiträge derselben Verhältniss sind die bezüglichen Zahlen mit fetterer Schrift gedruckt								
Hofbeamte	Landschaftliche Beamte	Städtische Beamte	Bürger- und Land- schullehrer	Prediger	Polizeimilitair	Eisenbahn- beamte	Militair	Communion- und Hüttenbeamte
23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.	30.	31.
4 161	590	1 927	1 132	1 254	3 538	3 448	28 577	3 076
7 164	600	3 911	2 239	239	3 546	57	27 787	3 315
6 094	594	3 380	1 270	399	2 431	2 674	29 855	3 919
7 130	594	4 063	1 236	702	3 171	6 924	29 369	3 719
7 838	634	2 016	549	4 305	3 600	8 605	29 350	4 351
7 222	646	626	4 659	6 034	3 064	11 163	30 125	3 727
10 323	944	3 128	4 145	4 651	3 117	15 230	29 295	4 438
7 792	1208	3 622	1 613	3 473	3 158	16 142	33 080	4 036
10 842	1213	1 322	1 130	283	2 975	20 915	29 669	4 487
12 913	986	380	1 895	8 010	2 673	23 992	28 097	4 864
15 763	1128	694	4 282	10 678	2 428	27 517	27 783	4 758
14 159	1173	583	7 251	15 575	282	27 178	30 524	4 366
16 242	1203	325	15 178	17 552	2	32 193	30 992	2 766
13 935	1123	770	8 716	15 935	105	37 898	31 215	4 795
15 941	1179	875	8 588	19 559	165	43 326	29 497	5 613
100 076	4184	17 174	1 174	54 110	26 899	160 340	297 147	42 665

Die Ergebnisse der Ermittlung über die von den Bewohnern
des Herzogthums Braunschweig in den Jahren 1887, 1888 und 1889
aufgebrachten directen Steuern.

Bearbeitet

vom

Finanzrath Dr. F. W. R. Zimmermann,

Vorstand des statistischen Bureaus Herzogl. Staatsministeriums.

I.

Allgemeine und regelmässige statistische Erhebungen werden im Herzogthum Braunschweig über die Belastung der Bewohner mit directen Steuern nicht gemacht, wenn auch wohl Einzelnes von dieser Belastung entweder besonders festgestellt oder bei Gelegenheit anderer Ermittlungen mit berührt wurde (vergl. z. B. die Kreiscommunalstatistik in Heft IX der Beiträge zur Statistik des Herzogthums Braunschweig). Die hier vorliegende specielle Erhebung war direct vom Herzoglichen Staatsministerium veranlasst worden, weil die Bewegung der Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushaltsetat zu der Frage geführt hatte, ob nicht für das Herzogthum Braunschweig eine Staatseinkommensteuer eingeführt werden müsse.

Um auch schon für die Prüfung der bei einer derartigen eventuell zu planenden gesetzlichen Aenderung des directen Steuersystems zunächst zu entscheidenden Vorfragen eine genügende thatsächliche Unterlage zu haben, war es in erster Linie erforderlich, die derzeitige regelmässige Belastung der Bewohner des Herzogthums mit directen Steuern nach allen Richtungen hin zahlenmässig festzustellen, und diesem Zwecke sollte die besondere statistische Erhebung dienen.

II.

Directe Steuern werden im Herzogthum Braunschweig von dem Staat, von den Kreiscommunalverbänden und von den Städten und Landgemeinden erhoben. Die staatlichen directen Steuern bestehen in einer Grundsteuer, einer Personalsteuer und einer Gewerbesteuer. Die Erhebung der Grundsteuer beruht in ihrer jetzigen Form auf dem Gesetz vom 24. August 1849, No. 33, über die Erhebung einer allgemeinen Grundsteuer, welches durch die ferneren Gesetze vom 23. März 1854, No. 17, eine Ergänzung des Gesetzes vom 24. August 1849 über die Erhebung einer allgemeinen Grundsteuer betr., vom 20. April 1855, No. 22, die Befreiung der Kirchen und übrigen frommen Stiftungen von der Grundsteuer betr., vom 11. Mai 1870, No. 51, Abänderungen des Gesetzes über die Erhebung einer allgemeinen Grundsteuer vom 24. August 1849, No. 33 betr., und vom 20. März 1873, No. 13, Abänderungen des Gesetzes über die Erhebung der allgemeinen Grundsteuer vom 24. August 1849 und die Einführung der allgemeinen Grundsteuer in der Stadt Braunschweig, sowie die Aufhebung des Brückengeldes in der Stadt Braunschweig und

Wolfenbüttel betr., sowie durch die Gesetze vom 31. März 1861, No. 20, vom 3. Februar 1880, No. 3, vom 12. December 1882, No. 49 und vom 6. April 1892, No. 11, über die Ermässigung der Grundsteuer von einigen Forstgrundstücken und Gemeindebezirken ergänzt und abgeändert worden ist; thatsächlich erhoben ist die so geregelte Grundsteuer — abgesehen von der Stadt Braunschweig — nach dem Steueraussschreiben, die Erhebung einer allgemeinen Grundsteuer betr., vom 4. August 1858, No. 48, vom 1. Januar 1859 an. Die Personalsteuer, welche an sich, wenn auch mannigfach modificirt, schon seit dem Jahre 1814 (Verordnung vom 16. Januar 1814) ununterbrochen besteht, wird jetzt nach dem Gesetz vom 29. Juni 1864, No. 33, die Personalsteuer betr. und den dazu erlassenen Ergänzungsgesetzen vom 11. April 1870, No. 40, Abänderungen des Personalsteuergesetzes vom 29. Juni 1864, No. 33, und des mit demselben erlassenen Tarifs betr. und vom 8. November 1873, No. 57, die Abänderung des § 2, No. 2 des Personalsteuergesetzes No. 33 vom 29. Juni 1864 betr. erhoben. Die Gewerbesteuer endlich, welche gleichfalls bis auf das Jahr 1814 bzw. 1821 zurückzuführen ist, seitdem aber verschiedene Veränderungen erlitten hat, hatte mit dem 1. Januar 1871 durch das Gesetz vom 16. November 1870, No. 111, die Publication der neuen Redaction des Gewerbesteuergesetzes betr., eine neue Fassung erhalten, in welcher aber wieder mehr oder weniger weit gehende Abänderungen einmal durch das schon oben angeführte Gesetz No. 13 vom 20. März 1873 und sodann durch die Gesetze vom 7. Mai 1888, No. 27, betr. Abänderung des Gewerbesteuergesetzes vom 16. November 1870, No. 111 und vom 15. Juni 1892, No. 29, betr. Abänderung des Gewerbesteuergesetzes vom 16. November 1870 getroffen wurden; in dem sonst eine Aenderung des gesetzlichen Zustandes nicht enthaltenden Gesetze die Gewerbesteuer betr. vom 27. März 1893, No. 14, ist deshalb wiederum eine Neufassung gegeben worden. In dem Gesetze vom 4. Juni 1849, No. 22, die Vorbereitungen zur Einführung einer Einkommensteuer betr., ist die Absicht ausgesprochen, unter Aufhebung der Personalsteuer einen Theil der öffentlichen Abgaben durch eine Einkommensteuer aufbringen zu lassen, und es ist auch ein Abschätzungsverfahren etc. dafür angeordnet; dabei ist es aber geblieben, eine staatliche Einkommensteuer ist nicht zur Einführung gelangt. Directe Steuern der Kreiscommunalverbände, Kreisabgaben, können zu einem doppelten Zweck in zwiefacher Weise veranlagt werden, einmal solche zur

Erfüllung der den Kreiscommunalverbänden obliegenden Leistungen und zur Erreichung der sämtlichen Kreiscommunalzwecke mit Ausnahme der von den Kreiscommunalverbänden zu tragenden Wegebaukosten in Gemässheit der §§ 10 und 14 der Kreisordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 5. Juni 1871, No. 35, nach dem Verhältniss der zu entrichtenden Grund-, Personal- und Gewerbesteuern also als Zuschlag zu den directen Staatssteuern, und ferner solche für den Kreiscommunalwegebau nach Maassgabe der §§ 19, 20 und 24 der Neuen Wegeordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 5. Juni 1871, No. 37, nach dem Verhältnisse des Grundsteuercapitals der beitragspflichtigen Grundstücke; bislang sind Kreisabgaben der ersteren Art von keinem Kreiscommunalverbande erhoben worden, wogegen solche für den Kreiscommunalwegebau überall und regelmässig zur Erhebung gelangt sind. Die Communalsteuer in den Städten wurde auf Grund der §§ 154 und 157 der Revidirten Städteordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 19. März 1850, No. 23, principiell nach dem Verhältniss des Einkommens aufgebracht, wobei die Veranlagung auf Grund der nach Vorschrift des Einkommensteuergesetzes vorgenommenen Schätzungen unter näherer statutarischer Festsetzung zu geschehen hatte; daneben war eine Deckung des Bedarfs bis zu einem Drittel durch eine Steuer auf die im Stadtbezirke belegenen Grundstücke unter besonderer statutarischer Regelung zugelassen; nach dem mit dem 1. April 1893 in Kraft getretenen Gesetz vom 18. Juni 1892, No. 32, betr. Städteordnung für das Herzogthum Braunschweig, § 155, soll die Aufbringung der durch das Bedürfniss und die Verpflichtungen der Städte erforderten Geldmittel durch directe auf das Einkommen oder den Grundbesitz gelegte oder durch indirecte Gemeindeabgaben erfolgen; die Grundsätze für die ganze Erhebung der Gemeinde-Einkommensteuer sind sodann des Näheren in den §§ 157 bis 175 gegeben; nach dem § 176 kann durch eine Gemeinde-Grundsteuer auch jetzt noch der Bedarf der Stadtcasse bis höchstens zu einem Drittel herbeigeschafft werden, worüber statutarisch Bestimmung zu treffen ist; die Erhebung indirecter Gemeindeabgaben kann nach § 180 innerhalb der durch die Reichsgesetze gezogenen Grenzen durch Statut bestimmt werden. Die Gemeindeabgaben in den Landgemeinden endlich sind übereinstimmend sowohl nach der Landgemeindeordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 19. März 1850, No. 24, § 96, als nach dem Gesetz vom 18. Juni 1892, No. 35, betr. Landgemeindeordnung für das Herzogthum Braunschweig, § 100, von den Pflichtigen zur Hälfte nach dem Grundbesitze, zur Hälfte nach dem Einkommen aufzubringen, doch ist es den einzelnen Gemeinden überlassen, auf statutarischem Wege: nach dem früheren Gesetz den auf die Grundstücke zu veranlagenden Theil der Steuer bis auf ein Viertel des Gesamtbetrages zu vermindern und dagegen den nach dem Einkommen zu veranlagenden Theil zu erhöhen; nach dem mit dem 1. April 1893 in Kraft getretenen neuen Gesetz den auf den Grundbesitz zu veranlagenden Theil des erforderlichen Zuschusses bis auf drei Viertel des Gesamtbetrages zu erhöhen oder bis auf ein Viertel desselben zu vermindern und dagegen den nach dem Einkommen zu veranlagenden Theil ent-

sprechend zu vermindern bzw. zu erhöhen; die Gemeinde-Grundsteuer wird nach den näheren Vorschriften der §§ 97 bis 99 des früheren bzw. der §§ 102 bis 104 des neuen Gesetzes nach dem Verhältnisse der in das Grundsteuercataster der Gemeinde eingetragenen Grundsteuercapitale aufgebracht; die Erhebung der Gemeinde-Einkommensteuer ist nach der früheren Landgemeindeordnung allgemeiner im § 100, nach der neuen ausführlicher in den §§ 105 bis 123 geregelt worden.

Haben nun die drei Factoren, Staat, Kreiscommunalverband und Gemeinde, nach Maassgabe der vorbehandelten gesetzlichen Bestimmungen, das Recht directe Steuern zu erheben, so treten thatsächlich bezüglich der Erhebung sowohl, wie auch bezüglich der wirklichen Nutzung der erhobenen Steuern noch einige Sonderheiten hervor, welche wir hier gleich hervorheben wollen. Es sind dieses zunächst die Ueberweisungen von vereinnahmten Staatssteuern an die Gemeinden. Solche begannen wiederum damit, dass durch den Artikel 2 A 3 des Landtagsabschiedes des 15. ordentlichen Landtags vom 4./10. September 1876, No. 86, den Gemeinden des Herzogthums als Vergütung für die ihnen obliegende Erhebung der directen Staatssteuern 5 % von allen eingehenden directen Staatssteuern für die Finanzperiode 1876/78 unter der Bezeichnung »Erhebungsgebühr« überwiesen wurde. Die gleiche Erhebungsgebühr erhielten die Gemeinden auch in der folgenden Finanzperiode 1879/81. Für die Finanzperiode 1882/84 wurde sodann durch Artikel 2 A 2 c des Landtagsabschiedes des 17. ordentlichen Landtages vom 21./27. December 1883, No. 44, anstatt der Erhebungsgebühr insgesamt eine Rückvergütung von 18 % aller eingehenden directen Staatssteuern an die Gemeinden festgesetzt und diese in gleicher Weise mit insgesamt 18 % durch den Landtagsabschied des 18. ordentlichen Landtags vom 22. November 1886, No. 44, Artikel 4 A 2 für die Finanzperiode 1885/87 wiederholt. Für die Kalenderjahre 1888 und 1889 und das erste Vierteljahr 1890 bis zum 31. März ist die wiederum in einem Satz eingestellte Rückvergütung durch Artikel 4 I 2 c des Landtagsabschiedes des 19. ordentlichen Landtags vom 7./14. September 1889, No. 44, auf 21 % erhöht. Für die Finanzperiode $\frac{1. \text{ April } 1890}{31. \text{ März } 1892}$ ist den Gemeinden durch den Landtagsabschied des 20. ordentlichen Landtags vom 17./22. October 1890, No. 59, Artikel 4 I 2 c und d wieder eine Erhebungsgebühr von 6 % und daneben eine weitere Rückvergütung von 19 % aller wirklich eingehenden directen Steuern überwiesen worden. Für die Finanzperiode 1. April 1892 bis 31. März 1894 endlich enthält der Artikel 3 I 2 c und d des Landtagsabschiedes des 21. ordentlichen Landtags vom 7./12. December 1892, No. 61, die gleiche Ueberweisung. Neben den vorbezeichneten Ueberweisungen von directen Staatssteuern an die Gemeinden sind durch den Staatshaushalts-Etat für die Finanzperiode vom 1. April 1890 bis Ende März 1892, Landtagsabschied des 20. ordentlichen Landtags vom 17./22. October 1890, No. 59, Unter-Anlage zur Anlage A No. 7 und durch den Landtagsabschied des 21. ordentlichen Landtags vom 7./12. December 1892, No. 61, Artikel 3 I 2 e, auch Zuwendungen an die Kreiscommunalverbände erfolgt; diese Zuwendungen sind aber

in einer festen, nach bestimmten Grundsätzen zu vertheilenden Summe (270000 M. für jede zweijährige Finanzperiode) ausgeworfen und nicht auf einen gewissen procentualen Antheil an dem Ertragniss der directen Staatssteuern gestellt. — Bezüglich der Staatssteuern ist hier noch der allgemeinen Erlasse zu gedenken, welche schon seit längerer Zeit mit mehr oder weniger Regelmässigkeit für einen Theil derselben stattgefunden haben; so ist schon für die Finanzperioden 1873/75 und 1876/78 nach den Artikeln 2 a 2 der Landtagsabschiede sowohl des 14. ordentlichen Landtages vom 12. Juni 1874, No. 31, als auch des 15. ordentlichen Landtages vom 4./10. September 1876, No. 86, die Personalsteuer nur zur Hälfte erhoben worden; in den Finanzperioden 1882/84 und 1885/87 sind nach Artikel 2 A 2a und b des Landtagsabschiedes des 17. ordentlichen Landtages vom 21./27. December 1883, No. 44, und Artikel 4 a 2 des Landtagsabschiedes des 18. ordentlichen Landtages vom 22. November 1886, No. 44, bei der Personalsteuer die Pflchtigen der 1. bis zur 9. Classe einschliesslich nur für acht Monate im Jahre zur Steuer herangezogen, die Pflchtigen der 10. Classe aber ganz frei von Personalsteuer gelassen; endlich in der Finanzperiode für die Jahre 1888, 1889 und das erste Vierteljahr 1890, sowie in den Finanzperioden 1. April 1890 bis 31. März 1892 und 1. April 1892 bis 31. März 1894 ist nach Artikel 4 I 2 a und b der Landtagsabschiede des 19. ordentlichen Landtages vom 7./14. September 1889, No. 44, und des 20. ordentlichen Landtages vom 17./22. October 1890, No. 59, sowie nach Artikel 3 I 2 a und b des Landtagsabschiedes vom 7./12. December 1892, No. 61, einmal die Personalsteuer von den in der 10. Classe derselben stehenden Pflchtigen nicht erhoben worden und ferner sind von allen directen Steuern zwei Monatsraten und zwar die der Monate November und December ausser Erhebung geblieben, für die beiden letzten Finanzperioden jedoch mit Ausnahme der von Hausirern, welche ausserhalb des Herzogthums ihren Wohnsitz haben, und der von Wanderlagerhaltern zu entrichtenden Gewerbesteuer. — Hervorzuheben ist hier sodann ferner noch, dass die Kreiscommunalverbände von der ihnen gesetzlich gegebenen Befugniss, einen Zuschlag zu den directen Staatssteuern behuf Deckung der Kosten für die ihnen, abgesehen vom Wegebau, obliegenden Verpflichtungen zu erheben, bislang überhaupt nicht Gebrauch gemacht haben, so dass also abgesehen von den Kreiscommunalwegebausteuern weitere directe Kreiscommunalabgaben nicht erhoben werden. — Daneben ist hier noch auf einen äusseren Punkt hinzuweisen; es werden nämlich die Kreiscommunalwegebausteuern, zu welchen übrigens auch die von den einzelnen Gemeinden für den Neubau oder die wesentliche Instandsetzung eines Kreiscommunalweges innerhalb ihres Gemeindebezirks aufzubringenden Präcipualleistungen gerechnet werden müssen, gesetzlich auf die zu dem Kreiscommunalverbande gehörigen Gemeinden und Gemarkungen nach dem Verhältnisse des Grundsteuercapitals der beitragspflichtigen Grundstücke vertheilt und den Gemeinden und Gemarkungen zur Subrepartition auf die innerhalb derselben belegenen Grundstücke und zur Abführung im Ganzen an die Kreiscommunalcasse überwiesen; die thatsächliche Erhebung seitens der Gemeinden geschieht durch die Gemeindegeweg-

baucassen in der Regel zugleich und ohne streng äusserliche Trennung mit den Gemeindegewegbauabgaben; auf diese Weise ist in der Summe der Gemeindegewegbauabgaben fast durchweg die Summe der Kreiscommunalwegbauabgaben mit enthalten, ein Umstand, dem natürlich bei einer Zusammenstellung der wirklichen gesammten Belastung mit directen Steuern durch entsprechende Absetzungen Rechnung getragen werden muss. — Endlich sind hier sodann noch die Verschiedenheiten, welche bei der Aufbringung der Gemeindesteuern sich herausgebildet haben, zu berühren. In den Städten Braunschweig, Wolfenbüttel, Seesen und Blankenburg wird die eigentliche Gemeindesteuer, neben welcher aber zum Theil noch eine Gemeindegewegbausteuer zur Erhebung gelangt, lediglich vom Einkommen aufgebracht; in den Städten Schöppenstedt und Eschershausen wird sie zu einem Drittel vom Grundbesitz und zu zwei Dritteln vom Einkommen erhoben, in der Stadt Gandersheim zu 30 % vom Grundbesitz und zu 70 % vom Einkommen, in den Städten Schöningen, Hasselfelde und Holzminden zu einem Viertel vom Grundbesitz und zu drei Vierteln vom Einkommen (in letzter Stadt seit 1891 nur zu einem Fünftel vom Grundbesitz und zu vier Fünfteln vom Einkommen), in den Städten Königslutter und Stadtholten zu einem Fünftel vom Grundbesitz und zu vier Fünfteln vom Einkommen und endlich in der Stadt Helmstedt zu einem Sechstel vom Grundbesitz und zu fünf Sechsteln vom Einkommen. Die durch die Landgemeindeordnung als Regel vorgeschriebene Vertheilung der Gemeindesteuer in den Landgemeinden, zur Hälfte auf den Grundbesitz und zur Hälfte auf das Einkommen, ist zunächst für eine kleinere Anzahl von Gemeinden gesetzlich anderweit festgestellt worden; es sind dieses durchweg entweder Gutsgemeinden, in welchen die Länderei etc. eines Ritterguts ausschliesslich oder doch zum ganz überwiegenden Theil den Gemeindebezirk ausmacht, oder solche Gemeinden, in denen das Gleiche bezüglich einer staatlichen Domäne der Fall ist, und werden in ihnen die Gemeindelasten entweder von dem Gutsbesitzer oder dem Staat als Eigenthümer der Domäne ganz oder doch zum grössten Theil allein getragen; da aber in diesen Fällen die Tragung der Gemeindelasten den bezüglichen Eigenthümern theils mit Rücksicht auf ihr Grundeigenthum, theils mit Rücksicht auf das ihnen aus diesem Grundeigenthum zufließende Einkommen auferlegt worden ist, so sind diese Gemeinden bei der Erhebung ebenso behandelt, wie die den regelmässigen Vertheilungsmodus anwendenden Gemeinden und nicht besonders ausgeschieden, um so mehr, als es sich auch stets nur um Steuerbeträge von untergeordneter Bedeutung handelte. Abgesehen davon ist der regelmässige Vertheilungsmaassstab aber auch statutarisch in einer Reihe von Landgemeinden abgeändert worden, so wird schon vor 1887 in den Gemeinden Bündheim, Wolfshagen, Rübeland, Braunlage, Tanne, Hohegeiss, Wieda und Zorge die Gemeindesteuer zu einem Viertel vom Grundbesitz und zu drei Vierteln vom Einkommen, in der Gemeinde Kreiens zu einem Drittel vom Grundbesitz und zu zwei Dritteln vom Einkommen erhoben; seit 1890 ist ausserdem noch für die Gemeinden Vechelde ($\frac{1}{3}$ Grundbesitz, $\frac{2}{3}$ Einkommen), Schorborn ($\frac{1}{4}$ Grundbesitz, $\frac{3}{4}$ Einkommen), Vorwohle ($\frac{2}{5}$ Grundbesitz, $\frac{3}{5}$ Ein-

kommen), Boffzen ($\frac{1}{4}$ Grundbesitz, $\frac{3}{4}$ Einkommen) und Langelsheim ($\frac{1}{3}$ Grundbesitz, $\frac{2}{3}$ Einkommen) eine Aenderung statutarisch eingeführt. Zeitweise war übrigens auch in einzelnen Gemeinden ohne die gesetzlich vorgeschriebene statutarische Regelung eine Erhebung der Gemeindesteuer nach abweichendem Vertheilungsmodus vorgenommen worden, welche dann aber durch Verfügung der vorgesetzten Verwaltungsbehörde wieder beseitigt worden ist; auf diese gesetzwidrigen Abweichungen ist bei unseren statistischen Ermittlungen keine weitere Rücksicht genommen. Da es für den vorliegenden Zweck wesentlich darauf ankam, nur den derzeitigen Zustand bezüglich der directen steuerlichen Belastung des Herzogthums nach allen Richtungen hin festzustellen, auch für die directe Steuerbelastung in der Hauptsache doch immer eine gewisse Stetigkeit anzunehmen, so konnte schon mit Rücksicht auf die dadurch veranlasste, ungleich grössere Arbeitslast von vornherein davon abgesehen werden, die einzelnen Daten über die erhobenen Steuern für eine längere Reihe von Jahren festzustellen, und es sollte dementsprechend das Verhältniss nur für den Zeitraum eines einzelnen Jahres, das gewissermaassen als Grundtypus zu betrachten wäre, ermittelt werden. Um aber dabei immerhin mögliche Zufälligkeiten, welche im Laufe eines bestimmten Kalenderjahres, ohne sich gerade unmittelbar bemerkbar zu machen, hervorgetreten sein könnten, nach Thunlichkeit zu vermeiden, sollte das typische Jahresverhältniss nicht einfach in den Zahlen eines einzelnen Kalender- oder Finanzjahres gefunden, sondern als ein Durchschnitt aus den Zahlen mehrerer bezüglich auf einanderfolgender Jahre gezogen werden. Selbstredend sollten diese Jahre thunlichst nahe der Gegenwart ausgewählt werden. Das machte nun aber insofern eine Schwierigkeit, als gerade in letzter Zeit eine Umbildung der Rechnungs- und Finanzjahre des Staats, der Kreiscommunalverbände und der Gemeinden mit verschiedenen Einföhrungsterminen stattgefunden hatte. Durch das Gesetz vom 26. März 1888, No. 12, die Abänderung verschiedener Bestimmungen der Neuen Landschaftsordnung vom 12. October 1832 und der dieselbe ergänzenden Gesetze, insbesondere die Aenderung der Wahlperioden der Landesversammlung und der Finanzperioden betreffend, §§ 4 und 5, war das bislang mit dem Kalenderjahr zusammenfallende staatliche Finanzjahr auf die Zeit vom 1. April bis zum 31. März verlegt und der Beginn der neuen Rechnungsweise auf den 1. April 1890 festgesetzt; die Kreiscommunalverbände und die Gemeinden behielten aber, wie bisher, das Kalenderjahr als Rechnungsjahr bei, bis dass für die Kreiscommunalverbände durch das Gesetz vom 6. April 1892, No. 15, betreffend Abänderung der Kreisordnung vom 6. April 1892, §§ 1 und 5 und für die Städte und Landgemeinden durch die oben angeführten Gesetze, betreffend neue Städteordnung (§ 138) und Landgemeindeordnung (§ 90) eine gleiche Verlegung des Rechnungsjahres auf die Zeit vom 1. April bis zum 31. März mit dem Beginn am 1. April 1893 zur Einföhrung gelangte. Der Zeit nach vollkommen übereinstimmende Rechnungsabschlüsse, auf welche man doch für die in Frage stehende Ermittlung immer angewiesen war, konnte man dementsprechend nur vor dem Jahre 1890 haben, es wurden daher für die Erhebung die drei dem Jahre 1890

unmittelbar vorhergehenden Jahre 1889, 1888 und 1887 in Aussicht genommen. Für die volle Benutzung dieser drei Jahre bot aber wiederum die verschiedene Erhebung der Staatssteuer ein Hinderniss, da nach den obigen Angaben für das Jahr 1887 nur bezüglich der Personalsteuer, für die Jahre 1888 und 1889 aber bezüglich sämmtlicher Staatssteuern allgemeine Erlasse stattgefunden hatten; um einen Durchschnitt daraus zu ziehen, konnten daher diese drei Jahre nicht geeignet erscheinen; da aber ein noch weiteres Zurückgreifen auf frühere Jahre das Ergebniss wiederum der Gegenwart zu sehr entrückt hätte, blieb man doch bei den drei Jahren 1887, 1888, 1889 stehen, verwerthete aber für die Berechnung des Durchschnitts nur die beiden letzteren, die Zahlen des ersten nur zu specielleren Einzeluntersuchungen und Vergleichen benutzend.

III.

Die Sammlung des Urmaterials für die Feststellung der directen Besteuerung im Herzogthum geschah nach der speciellen Anordnung des Herzoglichen Staatsministeriums in einer zwiefachen Weise. Bezüglich der Staatssteuern wurden die bezüglichlichen Daten im Landesfinanzverwaltungsbureau für die sämmtlichen Gemeinden des Herzogthums gesondert ausgezogen und berechnet und dabei sowohl die einzelnen Jahre wie auch die einzelnen Steuerarten auseinandergehalten; gleichzeitig wurden auch in derselben Weise die Beträge der Erhebungsgebühr und Rückvergütung an die Gemeinden übereinstimmend festgelegt. Die Daten bezüglich der directen Kreiscommunal- und Gemeindebesteuerung wurden aus den bezüglichlichen Kreiscommunal- und Gemeinderechnungen bei den Herzoglichen Kreisdirectionen durch einen Beamten des statistischen Bureaus an Ort und Stelle gesammelt; es wurden für die sämmtlichen Gemeinden des Herzogthums die einzelnen Beträge der eigentlichen Gemeindesteuer, der Parochialsteuer, der Gemeindewegebausteuer für die betreffenden Jahre festgestellt und dabei die Beträge je nach der Aufbringungsweise, vom Grundbesitz oder vom Einkommen, auseinandergehalten; für die einzelnen Städte, bezüglich welcher das Actenmaterial der Herzoglichen Kreisdirectionen keine genügende Auskunft bieten konnte, wurden die erforderlichen Daten theils durch Vermittelung der Herzoglichen Kreisdirectionen, theils durch directe Anfrage bei den betreffenden Stadtmagistraten etc. beschafft; ebenso wie bezüglich der Gemeindesteuer fand auch die Ermittlung bezüglich der Kreiscommunalwegebausteuer statt; alle im Einzelnen sich zeigenden Sonderheiten wurden dabei ausdrücklich aufgezeichnet und vermerkt. Die ganze Feststellung des Urmaterials wurde übrigens von dem Vorstande des statistischen Bureaus speciell geleitet und beaufsichtigt und wurde von demselben bezüglich entsprechender Berücksichtigung der in mancher Beziehung doch immer hervortretenden Verschiedenheiten im Einzelnen stets Entscheidung getroffen. Das auf die Weise gesammelte Urmaterial wurde sodann in zwei grösseren Nachweisungen niedergelegt, die eine umfasst die directen Staatssteuern und die von denselben den Gemeinden überwiesenen Erhebungsgebühren und Rückvergütungen, die andere die Kreiscommunalabgaben (Wegebausteuer) und die directen Ge-

meindesteuern; die einzelnen Jahre sind dabei ebenso, wie die verschiedenen Steuerkategorien bzw. die Steuerbeträge, welche vom Grundbesitz und vom Einkommen erhoben werden, auseinandergehalten; die Daten sind für die sämtlichen einzelnen Städte und Landgemeinden des Herzogthums gegeben, so dass also im Einzelnen die Feststellung der Steuerverhältnisse jeder Gemeinde möglich ist. Im Anschlusse daran sei hier gleich noch hervorgehoben, dass für die Gemeinden Büstedt, Dorst und Rimmerode Angaben über die Gemeindesteuer nicht zu erlangen waren; in diesen Gutsgemeinden, welche ja nicht einmal fünfzig Einwohner zählen, werden sämtliche Gemeindelasten lediglich von dem Gutsbesitzer getragen und hat eine Rechnungsführung darüber erst seit dem Jahre 1890 stattgefunden. Ueber die thatsächliche Erhebung von Gemeindesteuern in den Landgemeinden, abgesehen von den Gutsgemeinden, giebt die nachstehende Zusammenstellung Aufschluss:

Tabelle 1.

Gemeindesteuererhebung in den Landgemeinden.

Kreis	In den Landgemeinden ausschl. der Gutsgemeinden hat eine Gemeindesteuererhebung 1887/89 stattgefunden				Summe der Gemeinden
	überhaupt nicht	nur in einem Jahre	nur in zwei Jahren	alle drei Jahre	
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Braunschweig	10	6	11	61	88
Wolfenbüttel	14	7	7	72	100
Helmstedt	5	5	8	63	81
Gandersheim	11	4	9	46	70
Holzminen	1	3	2	63	69
Blankenburg	3	1	—	18	22
Herzogthum	44	26	37	323	430

Von den 430 Landgemeinden haben also 44 oder 10,3% in den drei Jahren überhaupt keine Gemeindesteuer erhoben, 26 oder 6,0% nur in einem Jahre, 37 oder 8,6% nur in zwei Jahren und 323 oder 75,1% alle drei Jahre. Bei den Städten hat für sämtliche in jedem der drei Jahre eine Gemeindesteuererhebung stattgefunden.

IV.

Aus dem Urmaterial ist endlich wiederum nach ausdrücklicher Billigung und Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums im statistischen Bureau die angefügte Uebersicht (Tabelle I) über die gesammte directe steuerliche Belastung des Herzogthums im Durchschnitt der Jahre 1888 und 1889 ausgearbeitet worden. Dieselbe enthält nach Maassgabe des ganzen Zwecks der angestellten Erhebung gewissermaassen den Typus der directen steuerlichen Belastung des Herzogthums, wie sich solche in der Jetztzeit gestaltet hat; sie lässt einerseits das Verhältniss ersehen, in welchem die einzelnen Factoren der directen Steuererhebung an der Gesamtbelastung selbst Antheil haben, andererseits aber auch das Verhältniss, zu welchem sie von der gesammten Steuerlast thatsächlich die Nutzung

ziehen; sie zeigt gleicherweise, wie viel von der gesammten directen Steuer von dem Grundbesitz und wie viel von dem Einkommen, der Person und dem Gewerbe erhoben wird, wie sich diese Beträge auf den Kopf der Bevölkerung berechnen. Die einzelnen Ergebnisse sind hier in derselben Weise wie bei den meisten Publicationen des statistischen Bureaus für die einzelnen Amtsgerichtsbezirke unter nochmaliger besonderer Ausscheidung der Städte innerhalb derselben zusammengefasst und ist sodann für die Kreise und schliesslich für das Herzogthum insgesamt und mit Scheidung in Städte und Landgemeinden das Gesamtergebniss gezogen. Abweichend von der sonst üblichen Weise sind hier für die einzelnen Kreise und dementsprechend auch für das Herzogthum insgesamt die Bemerkungen noch besonders ausgeschieden; nach der Braunschweigischen Landgemeindeordnung können aus grösseren Forstbezirken und mit diesen im Zusammenhange liegenden sonstigen Grundstücken, sowie aus an den Landesgrenzen belegenen grösseren Grundflächen, welche einem inländischen Gemeindeverbande bisher nicht angehört haben, abgesonderte Gemarkungen gebildet werden und sind solche auch in grösserer Zahl gebildet worden, wobei aber regelmässig die in den Gemarkungen belegenen Gebäude mit Rücksicht auf § 42 der Neuen Landschaftsordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 12. October 1832, No. 18, einem anliegenden Gemeindebezirke beigelegt worden sind; abgesehen von den durch die Verwaltung der Localpolizei entstehenden Kosten, welche von sämtlichen Eigenthümern der Gemarkung nach Maassgabe ihres Grundbesitzes aufzubringen sind, entstehen für die Gemarkungen eigentliche Gemeindeausgaben nicht und da die Localpolizeikosten an sich durchweg unbedeutend und vielfach nicht einmal regelmässig entstehende sind, so findet eine stetige Verrechnung von Gemarkungsausgaben und eine Erhebung besonderer Gemarkungssteuern nicht statt und sind solche auch in unserer Uebersicht nicht zu verzeichnen gewesen; bei dem gänzlichen Fehlen einer Einwohnerschaft kann gleicher Weise bei den Gemarkungen von einer Personal- oder Gewerbesteuer nicht die Rede sein, wohl aber wird von dem Grundbesitz der Gemarkungen die Staatsgrundsteuer, sofern der fragliche Grundbesitz nicht Eigenthum des Staates selber ist, und auch die Kreiscommunalwegebauabgabe erhoben und sind bei beiden die Gemarkungen mit den bezüglichlichen Beträgen eingestellt; gerade aber diese Besonderheit, das alleinige Hervortreten bei der Grundbesteuerung des Staates und des Kreises, liess eine specielle Aussonderung der Gemarkungen umso mehr angezeigt erscheinen.

V.

Die Rubriken 4 bis 31 geben uns einen Ueberblick über die gesammten directen Steuern mit der Scheidung danach, ob sie vom Grundbesitz oder von dem Einkommen, der Person oder dem Gewerbe erhoben werden, und zwar getrennt nach den einzelnen Factoren der Erhebung, Staat, Kreis, Gemeinde, einmal in absoluter Zahl und sodann nach dem auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Betrage.

1. Speciell die Rubriken 4 bis 7 enthalten zunächst die von Seiten des Staats, des Kreises, der Gemeinde und aller dreier insgesamt von dem Grundbesitz erhobenen directen Steuern in einer Summe nach den absoluten Zahlen. Dementsprechend muss der Grundbesitz im Herzogthum Braunschweig insgesamt jährlich 2 289 199 M. an directen Steuern tragen; von dieser Summe entfällt der Natur der Sache nach, insbesondere, weil ein wesentlicher Theil der Gemeindesteuer, in der Regel die Hälfte, auf den Grundbesitz gelegt ist, der grösste Theil auf die Landgemeinden, nämlich 1 649 440 M. oder 72,1 %, auf die Städte kommen dagegen nur 586 605 M. oder 25,6 % und auf die Gemarkungen 53 154 M. oder 2,3 %; die staatliche Steuer beläuft sich auf über die Hälfte der Gesamtsumme, auf 1 272 683 M. oder 55,6 %, die Kreisabgabe übertrifft die Gemeindesteuer immerhin noch um etwas, erstere stellt sich auf 550 751 M. oder 24,1 % der Gesamtsumme, letztere auf 465 765 M. oder 20,3 %.

2. Unter den Kreisen steht nach dem Gesamtbetrage der directen Steuern vom Grundbesitz Braunschweig mit 635 923 M. obenan, dem sich aber Wolfenbüttel mit 627 338 M. ziemlich unmittelbar anschliesst; mit einem etwa ein Drittel ausmachenden Abstand folgt Helmstedt mit 442 194 M., hinter welchem in gleicher Weise wieder Gandersheim mit 246 963 M. und Holzminden mit 241 637 M. zurückstehen, den Schluss bildet Blankenburg mit 95 144 M. Betrachtet man die Staatsgrundsteuer allein, so bleibt die vorbezeichnete Reihenfolge der einzelnen Kreise dieselbe, in welcher die Kreise auch sonst nach ihrem Grössenverhältnisse etc. regelmässig geordnet werden; Braunschweig mit 463 203 M. übertrifft hier jedoch Wolfenbüttel mit 289 887 M. ganz erheblich stärker, der Unterschied zwischen Gandersheim und Holzminden vergrössert sich ebenfalls etwas und Blankenburg bleibt verhältnissmässig noch stärker zurück als bei der Gesamtsumme der Grundbesitzsteuer. Das dem Staatsgrundsteuerverhältniss gegenüber ungleich weniger starke Hervortreten des Kreises Braunschweig bei der Gesamtsteuersumme erklärt sich zur Genüge daraus, dass die Stadt Braunschweig, welche eine staatliche Grundsteuer von 304 674 M., also in höherem Betrage als der ganze Kreis Wolfenbüttel aufbringt, eine Kreiscommunalabgabe und eine Gemeindesteuer nach dem Grundbesitz nicht erhebt, wodurch also ein an sich sehr bedeutendes Besteuerungsobject von jenen im übrigen stärker hervortretenden Kreis- und Gemeindesteuern freigelassen wird. Dass Blankenburg hinter den übrigen Kreisen hier so erheblich zurückbleibt, ist wesentlich darauf zurückzuführen, dass ein sehr grosser Theil seiner Grundfläche aus im Eigenthum des Staats stehenden Forsten und Domänen besteht, welche Freiheit von den Staatsgrundsteuern geniessen. Die zuerst hervorgehobene Ursache ist natürlich noch mehr von Einfluss bei der Reihenfolge der Kreise nach den Kreiscommunalabgaben und der Gemeindesteuer. Bezüglich der Steuererhebung der Kreise ist die Reihenfolge insofern eine abweichende von der bei der Gesamtgrundsteuer und der Staatsgrundsteuer, als Wolfenbüttel weitaus obenan steht und Braunschweig nicht nur von ihm, sondern auch um ein geringes von Helmstedt übertroffen wird, ausserdem zeigt sich ein Unterschied darin, dass wiederum Gandersheim und Holzminden stärker

hinter Helmstedt zurückbleiben, auch unter sich mehr verschieden sind und endlich Blankenburg ziemlich nahe an Holzminden heraufrückt, weil die Staatsgrundstücke bezüglich der Kreiscommunalwegeabgabe keine Befreiung geniessen. Nach der Gemeindegrundsteuer weisen die Kreise eine noch abweichendere Ordnung auf; obenan befindet sich allerdings auch Wolfenbüttel, dem schliesst sich sodann aber mit einem verhältnissmässig nur geringen Abstände Helmstedt an, an dritter Stelle kommt Holzminden, an vierter Gandersheim und erst an fünfter Braunschweig; Blankenburg nimmt auch hier den letzten Platz ein. Bringt man die von den einzelnen Factoren erhobenen Steuerbeträge für die Kreise und das Herzogthum in Verhältniss zu dem Flächeninhalt der fraglichen Bezirke, so tritt uns wiederum ein etwas anderes Bild entgegen, wie die nachstehende Zusammenstellung aufweist.

Tabelle 2.

Die Steuern vom Grundbesitz im Verhältniss zur Grundfläche.

Kreis	Auf 1 qkm entfallen Steuern vom Grundbesitz erhoben seitens			insgesamt
	des Staates M.	des Kreises M.	der Gemeinde M.	
1.	2.	3.	4.	5.
Braunschweig	852,9	217,5	100,5	1107,9
Wolfenbüttel	394,6	279,6	179,8	854,0
Helmstedt	260,4	149,4	144,5	554,3
Gandersheim	269,7	72,2	108,6	450,5
Holzminden	215,2	63,9	141,9	421,0
Blankenburg	85,3	67,0	48,1	200,4
Herzogthum	346,6	150,0	126,8	623,4

Vermöge des vorwiegenden Einflusses der Stadt Braunschweig, welche bei einem verhältnissmässig sehr geringen Flächeninhalt doch eine sehr hohe Grundsteuer aufbringt, ist der Kreis Braunschweig bezüglich des auf ein Quadratmeter entfallenden Betrages der Staatssteuer ganz besonders in die Höhe gerückt und weist mehr als den doppelten Betrag des an zweiter Stelle folgenden Kreises Wolfenbüttel auf. Bezüglich der Staatssteuer muss es ferner zunächst auffallen, dass Helmstedt noch hinter Gandersheim zurückbleibt und sich nicht sehr viel von Holzminden unterscheidet, es hat dieses aber seinen natürlichen Grund darin, dass Helmstedt neben sehr hochwerthigem Boden (in den Amtsgerichtsbezirken Schöningen und Königslutter) verhältnissmässig grössere Flächen geringwerthigen Landes, namentlich in den Amtsgerichtsbezirken Vorsfelde und Calvörde, zum Theil auch dem Amtsgerichtsbezirke Helmstedt besitzt, welche die nach der absoluten Zahl höhere Stellung des Kreises hier herabdrücken müssen. Bei den Kreiscommunalabgaben tritt aus eben demselben Grunde auch Helmstedt mehr hinter Braunschweig zurück; bei denselben hat sich ferner der Unterschied zwischen Gandersheim und Holzminden etwas vergrössert und Blankenburg hat dabei Holzminden überholt und nimmt die fünfte Stelle ein. Ganz dieselben Einflüsse machen sich auch bezüglich der Gemeindegrundsteuer geltend, Helm-

stedt entfernt sich mehr von Wolfenbüttel und kommt fast Holzminden gleich, Gandersheim überholt um etwas Braunschweig, hinter welchem Blankenburg zurückbleibt. In der Gesamtsumme der directen Steuern vom Grundbesitz tritt wieder der Einfluss der Stadt Braunschweig in besagter Richtung hervor: der Kreis Braunschweig steht hier weitaus obenan; Helmstedt bleibt hinter dem an zweiter Stelle stehenden Wolfenbüttel etwas weiter zurück und unterscheidet sich weniger von den dann folgenden Gandersheim und Holzminden; während Gandersheim und Holzminden unter sich nur einen geringen Unterschied bieten, entfernt sich Blankenburg als letzter Kreis von dem vorhergehenden Gandersheim wieder mehr. Für das ganze Herzogthum werden insgesamt im Durchschnitt von einem Quadratkilometer 623,4 M. an Grundsteuer erhoben und zwar entfallen davon 346,6 M. auf die staatliche Grundsteuer, 150,0 M. auf die Grundabgaben der Kreiscommunalverbände und 126,8 M. auf die Gemeindegrundsteuer.

3. Wenn wir nun endlich noch die absoluten Grundsteuerbeträge, welchen die einzelnen Städte und Amtsgerichtsbezirke — mit Amtsgerichtsbezirk bezeichnen wir hier und im Folgenden der Kürze wegen immer den Amtsgerichtsbezirk mit Ausschluss der Städte in demselben, also ausschliesslich die Landgemeinden desselben — aufbringen, ins Auge fassen, so treten uns in denselben an sich grosse Verschiedenheiten entgegen; um aber nicht zu sehr ins Einzelne zu gehen, wollen wir dieselben nur bezüglich der gesamten Grundsteuerbeträge näher berühren. Nach diesem gesamten Grundsteuerbetrage steht obenan die Stadt Braunschweig, allein das dritte Hunderttausend überschreitend; über das zweite Hunderttausend geht sodann wiederum nur ein Bezirk hinaus, der Amtsbezirk Wolfenbüttel, das einfache Hunderttausend überragen danach aber dann schon fünf Bezirke (die Amtsgerichtsbezirke Salder, Riddagshausen, Vechelde, Schöppenstedt und Schöningen); zwischen 50 000 und 100 000 stehen fünf Bezirke, sämmtlich Amtsgerichtsbezirke, zwischen 25 000 und 50 000 vierzehn Bezirke und zwar zehn Amtsgerichtsbezirke und vier Städte, zwischen 10 000 und 25 000 zehn Bezirke und zwar sechs Städte, drei Gemarkungen (unter Gemarkungen je die Gemarkungen eines Kreises zusammengefasst) und ein Amtsgerichtsbezirk, zwischen 5 000 und 10 000 vier Bezirke und zwar zwei Städte, eine Gemarkung und ein Amtsgerichtsbezirk und endlich bleiben zwei Gemarkungen unter 5 000.

VI.

In den Rubriken 8 bis 11 ist demnächst berechnet worden, wie viel Steuer vom Grundbesitz insgesamt und von den einzelnen Erhebungsfactoren auf den Kopf der Bevölkerung jährlich erhoben wird; auch dabei treten aber so wie bei den absoluten Zahlen im Einzelnen nicht unerhebliche Verschiedenheiten hervor.

1. Nach dem Gesamtdurchschnitt entfallen im Herzogthum 5,66 M. Grundsteuer auf den Kopf der Bevölkerung, daran ist die Grundsteuer des Staates mit 3,15 M., die des Kreises mit 1,36 M. und die der Gemeinde mit 1,15 M. betheiligt. Unterscheidet man Städte und Landgemeinden, so verschiebt sich dieses Verhältniss wegen der Gemeinde-

steuer wesentlich zu Ungunsten der Landgemeinden; in denselben berechnet sich nämlich die Grundsteuer mit 7,08 M. auf den Einwohner und zwar 3,52 M. vom Staat, 1,98 M. vom Kreis und 1,58 M. von der Gemeinde; in den Städten dagegen stellt sich die für den Kopf ermittelte Grundsteuer nur auf 3,43 M., nämlich 2,58 M. vom Staat, 0,28 vom Kreis und 0,57 M. von der Gemeinde; lässt man bei den Städten die Stadt Braunschweig ausser Betracht, was ja namentlich bezüglich der Kreis- und Gemeindesteuer mit Rücksicht auf die Nichthebung einer solchen daselbst gerechtfertigt erscheinen möchte, so ändern sich die auf den Kopf berechneten Verhältnisszahlen in folgender Weise: gesammte Grundsteuer 4,04 M., Staatssteuer 1,96 M., Kreisabgabe 0,69 M., Gemeindesteuer 1,39 M.

2. Der für jeden Einwohner des Herzogthums festgestellte Gesamtbetrag der Grundsteuer wird in zwei Kreisen überschritten, in den übrigen vier nicht erreicht: nach dem Gesamtsteuerbetrag für den Kopf gruppieren sich die Kreise in folgender Weise: Wolfenbüttel mit 8,35 M., Helmstedt mit 6,75 M., Gandersheim mit 5,48 M., Holzminden mit 5,13 M., Braunschweig mit 4,49 M. und Blankenburg mit 3,24 M.; die starke, mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Herzogthums umfassende Einwohnerschaft der Stadt Braunschweig macht sich in der Stellung des Kreises Braunschweig in hohem Maasse geltend.

Ungleich grössere Verschiedenheiten bezüglich der Gesamtgrundsteuer für den Kopf der Bevölkerung weisen natürlich die einzelnen Städte und Amtsgerichtsbezirke auf, denn das Maximum kommt im Amtsgerichtsbezirk Wolfenbüttel auf 11,50 M., während das Minimum im Amtsgerichtsbezirk Walkenried auf 1,73 M. hinabgeht; über 10 M. erheben sich, abgesehen von Wolfenbüttel, noch die Amtsgerichtsbezirke Schöppenstedt und Salder, zwischen 7,50 M. und 10 M. stehen fünf Amtsgerichtsbezirke (Schöningen, Thedinghausen, Vechelde, Riddagshausen, Gandersheim), zwischen 5 und 7,50 M. sieben Amtsgerichtsbezirke (Helmstedt, Ottenstein, Calvörde, Königsutter, Eschershausen, Vorsfelde, Seesen) und drei Städte (Schöppenstedt, Schöningen und Königsutter), zwischen 2,50 und 5 M. zehn Städte (Holzminden, Stadtoldendorf, Gandersheim, Helmstedt, Eschershausen, Seesen, Blankenburg, Braunschweig, Hasselfelde, Wolfenbüttel) und sechs Amtsgerichtsbezirke (Greene, Lutter a. Bbge., Holzminden, Harzburg, Stadtoldendorf, Blankenburg), und endlich unter 2,50 M. zwei Amtsgerichtsbezirke (Hasselfelde, Walkenried).

3. Bezüglich der Staatssteuer ist die Gruppierung der einzelnen Kreise eine etwas abweichende, Wolfenbüttel mit 3,86 M. steht auch hier obenan, dann folgt aber Gandersheim mit 3,28 M.; an dieses schliesst sich Braunschweig mit 3,27 M., und nun erst kommt Helmstedt mit 3,17 M., den Schluss bilden Holzminden mit 2,62 M. und Blankenburg mit 1,38 M., über dem für das Herzogthum berechneten Durchschnitt von 3,15 M. stehen hier also vier und unter demselben zwei Kreise.

Die einzelnen Städte und Amtsgerichtsbezirke bewegen sich zwischen 5,39 M., Amtsgerichtsbezirk Salder, und 0,46 M., Amtsgerichtsbezirk Walkenried; mehr als 5 M. Staatsgrundsteuer auf den Kopf der Bevölkerung gelangt, abgesehen von Salder, nur noch in einem Amtsgerichts-

bezirke (Wolfenbüttel) zur Hebung, mehr als 4 M. ferner in vier Amtsgerichtsbezirken (Schöppenstedt, Schöningen, Gandersheim, Thedinghausen), 3 und mehr als 3 M. in acht Amtsgerichtsbezirken (Ottenstein, Vechelde, Eschershausen, Riddagshausen, Königslutter, Seesen, Helmstedt, Calvörde) und in einer Stadt (Braunschweig), mehr als 2 M. in sechs Städten (Stadtoldendorf, Seesen, Helmstedt, Königslutter, Schöppenstedt, Holzminden) und in vier Amtsgerichtsbezirken (Vorsfelde, Lutter a. Bbge., Greene, Holzminden), mehr als 1 Mark in sechs Städten (Schöningen, Gandersheim, Eschershausen, Blankenburg, Wolfenbüttel, Hasselfelde) und in drei Amtsgerichtsbezirken (Stadtoldendorf, Blankenburg, Harzburg), unter 1 M. endlich bleibt neben dem oben schon angeführten Amtsgerichtsbezirk Walkenried nur noch der Amtsgerichtsbezirk Hasselfelde.

4. Wiederum in anderer Weise gestaltet sich die Reihenfolge der Kreise bei den Kreiscommunalabgaben wie folgt: Wolfenbüttel mit 2,73 M., Helmstedt mit 1,82 M., Blankenburg mit 1,08 M., Gandersheim mit 0,88 M., Braunschweig mit 0,85 M. und Holzminden mit 0,78 M.; nur die ersten beiden Kreise stehen über dem Gesamtdurchschnitt für das Herzogthum (1,36 M.), die vier letzten erreichen denselben nicht.

Die Verschiedenheit zwischen den Beträgen der einzelnen Städte und Amtsgerichtsbezirke ist hier im Allgemeinen wohl nicht ganz so gross, wie wir sie vorher zu verzeichnen hatten, wenn auch das Maximum des Amtsgerichtsbezirks Wolfenbüttel mit 4,00 M. das Minimum der Stadt Wolfenbüttel mit 0,26 M. fast um das Zwanzigfache übertrifft; über 3 M. haben ausser Wolfenbüttel nur drei Amtsgerichtsbezirke (Salder, Schöppenstedt, Vechelde), über 2 M. vier Amtsgerichtsbezirke (Thedinghausen, Riddagshausen, Schöningen, Königslutter), über 1 M. wiederum fünf Amtsgerichtsbezirke (Vorsfelde, Helmstedt, Calvörde, Gandersheim, Ottenstein) und eine Stadt (Schöppenstedt), 0,50 M. und über 0,50 M. sieben Amtsgerichtsbezirke (Eschershausen, Blankenburg, Greene, Harzburg, Seesen, Holzminden, Lutter a. Bbge.) und acht Städte (Königslutter, Helmstedt, Blankenburg, Schöningen, Hasselfelde, Eschershausen, Stadtoldendorf, Seesen), endlich unter 0,50 M. drei Städte (Holzminden, Gandersheim, Wolfenbüttel) und drei Amtsgerichtsbezirke (Hasselfelde, Stadtoldendorf, Walkenried); die Stadt Braunschweig kommt hier ebenso wenig wie bei den folgenden Gemeindesteuern mit einem Betrage in Ansatz.

5. Auch bei der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Gemeindegrundsteuer verschiebt sich die Gruppierung der Kreise wieder in folgender Weise: Wolfenbüttel und Helmstedt mit 1,76 M., Holzminden mit 1,73 M., Gandersheim mit 1,32 M., Blankenburg mit 0,78 M., Braunschweig mit 0,39 M.; die Gruppierung ist dementsprechend hier von den sonstigen die am meisten abweichende; über dem Durchschnitt des Herzogthums stehen die ersten vier, unter demselben nur die letzten beiden Kreise.

Die Unterschiede, welche die Beträge für die einzelnen Städte und Amtsgerichtsbezirke aufweisen, sind hier im Allgemeinen noch geringere als bei der Kreissteuer, auch sind hier die Grenzen, innerhalb welcher sie sich bewegen, wesentlich engere, 2,71 M. bei der Stadt Schöppenstedt und 0,46 M. bei der Stadt Blankenburg; ausser der angeführten Stadt Schöppenstedt haben wir sodann noch sechs

Amtsgerichtsbezirke (Calvörde, Schöppenstedt, Helmstedt, Wolfenbüttel, Schöningen, Ottenstein) und drei Städte (Schöningen, Gandersheim, Holzminden) mit einem höheren Betrage als 2 M. zu verzeichnen, fünfzehn Amtsgerichtsbezirke (Holzminden, Harzburg, Eschershausen, Vorsfelde, Stadtoldendorf, Seesen, Gandersheim, Riddagshausen, Vechelde, Thedinghausen, Salder, Lutter a. Bbge., Blankenburg, Königslutter, Greene) und vier Städte (Königslutter, Stadtoldendorf, Eschershausen, Helmstedt) mit einem Betrage über 1 M., und endlich vier Städte (Wolfenbüttel, Hasselfelde, Seesen, Blankenburg) und zwei Amtsgerichtsbezirke (Walkenried, Hasselfelde) mit einem Betrage unter 1 M.

Um übrigens die Verschiedenheit, welche die einzelnen Städte und Amtsgerichtsbezirke in ihrer Stellung nach der Höhe der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Grundsteuer bei den einzelnen nach dem Erheber unterschiedenen Steuerkategorien einnehmen, in Eins besser vor Augen zu führen, sind nachstehend für die sämtlichen Städte und Amtsgerichtsbezirke die Reihenfolgennummern, welche sie bezüglich der einzelnen Steuerkategorien und bezüglich der Gesamtsteuer einnehmen, zusammengestellt.

Siehe Tabelle 3 auf folgender Seite.

Durch einen höheren Platz bei den Staatssteuern und einen niederen bei beiden anderen Steuern zeichnen sich namentlich die Amtsgerichtsbezirke Lutter am Bbge. und Eschershausen aus, umgekehrt, durch einen tieferen Platz bei der Staatssteuer, einen höheren bei beiden anderen Steuern die Stadt Schöppenstedt und der Amtsgerichtsbezirk Harzburg; allein bei der Kreiscommunalabgabe hoch, bei den übrigen Steuern niedrig gestellt sind die Städte Helmstedt, Blankenburg und Hasselfelde und die Amtsgerichtsbezirke Riddagshausen, Königslutter und Vorsfelde, und wiederum umgekehrt bei der Kreiscommunalabgabe niedrig, bei den übrigen Steuern höher, stehen die Stadt Stadtoldendorf und der Amtsgerichtsbezirk Ottenstein; endlich lediglich in höherer Stellung bei der Gemeindegrundsteuer, aber in niedrigerer bei der Staatssteuer und der Kreiscommunalabgabe befinden sich die Städte Schöppenstedt, Schöningen, Gandersheim und Holzminden und die Amtsgerichtsbezirke Calvörde, Holzminden und Stadtoldendorf, umgekehrt dagegen in niedriger Stellung bei der Gemeindesteuer, in höherer bei der Staatssteuer und der Kreiscommunalabgabe die Amtsgerichtsbezirke Vechelde, Thedinghausen, Salder, Gandersheim und Greene; übrigens sind auch einzelne Bezirke vorhanden, die durchgehends hoch, so der Amtsgerichtsbezirk Schöppenstedt, oder namentlich durchgehends niedrig stehen, wie die Stadt Eschershausen und die Amtsgerichtsbezirke Hasselfelde und Walkenried. Nach Maassgabe des verhältnissmässig erheblichen Vorwaltens der staatlichen Grundsteuer richtet sich die Platznummer der einzelnen Bezirke bei der Gesamtgrundsteuer fast durchweg nach der der Staatsgrundsteuer.

VII.

Der Steuer vom Grundbesitz sind sodann alle übrigen directen Steuern, welche von dem Einkommen, der Person und dem Gewerbe erhoben werden, entgegengesetzt; es sind dieses die staatliche Personalsteuer, die staatliche

Tabelle 8.

Reihenfolge der einzelnen Bezirke nach der Höhe der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Grundsteuer.

Kreis	Amtsgerichtsbezirk	Stadt bzw. Land- gemein- den	Platznummer nach der Höhe der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Grundsteuer, erhoben			
			durch den Staat	durch den Kreis	durch die Ge- meinde	ins- ge- sammt
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
Braunschweig	Braunschweig	Stadt	15	—	—	32
	Riddagshausen	Landgm.	10	6	19	7
	Vechelde	„	8	4	24	6
	Thedinghausen	„	6	5	21	5
Wolfenbüttel	Wolfenbüttel	Stadt	32	35	31	34
	Wolfenbüttel	Landgm.	2	1	7	1
	Schöppenstedt	Stadt	23	11	1	13
	Schöppenstedt	Landgm.	3	3	4	2
	Salder	„	1	2	22	3
	Harzburg	„	34	22	13	26
Helmstedt	Helmstedt	Stadt	21	16	26	24
	Helmstedt	Landgm.	13	10	5	9
	Schöningen	Stadt	27	20	2	17
	Schöningen	Landgm.	4	7	8	4
	Königslutter	Stadt	22	15	11	18
	Königslutter	Landgm.	11	8	29	12
	Vorsfelde	„	16	9	16	15
Gandersheim	Calvörde	„	14	12	3	11
	Gandersheim	Stadt	28	33	6	23
	Gandersheim	Landgm.	5	13	18	8
	Seesen	Stadt	20	29	34	30
	Seesen	Landgm.	12	23	17	16
	Lutter a. Bbge.	„	18	28	25	21
Holzminden	Greene	„	17	21	27	19
	Holzminden	Stadt	24	31	10	20
	Holzminden	Landgm.	25	26	12	25
	Stadtoldendorf	Stadt	19	27	20	22
	Stadtoldendorf	Landgm.	26	30	15	27
	Eschershausen	Stadt	29	25	23	28
	Eschershausen	Landgm.	9	17	14	14
Blankenburg	Ottenstein	„	7	14	9	10
	Blankenburg	Stadt	30	19	35	31
	Blankenburg	Landgm.	31	18	28	29
	Hasselfelde	Stadt	33	24	32	33
	Hasselfelde	Landgm.	35	32	33	35
	Walkenried	„	36	34	30	36

auch in einer Summe zusammengefasst. Die Rubriken 12 bis 17 geben zunächst die absoluten Zahlen an.

1. Die Gesamtsumme dieser Steuern vom Einkommen etc. beträgt für das Herzogthum 2 163 614 M.: während bei der Grundsteuer die Landgemeinden die ersten Stellen einnahmen, herrschen hier die Städte in noch etwas stärkerem Maasse vor, denn von jener Gesamtsumme kommen auf die Städte 1 717 892 M. oder 79,4 % und auf die Landgemeinden 445 722 M. oder 20,6 %; fast genau in derselben Weise wie hier die Steuer der Landgemeinden hinter der der Städte zurückbleibt, tritt auch die staatliche Steuer der Gemeindesteuer gegenüber zurück, die Gesamtsumme der staatlichen Steuer beläuft sich nämlich nur auf 500 580 M. oder 23,1 %, die der Gemeindesteuer auf 1 663 034 M. oder 76,9 %; das Vorwalten der Städte zeigt sich übrigens gleichfalls bei der staatlichen Steuer (Städte 315 999 M., Landgemeinden 184 581 M.), wenn es auch bei der Gemeindesteuer ein weitaus bedeutenderes ist (Städte 1 401 893 M., Landgemeinden 261 141 M.); wie sehr dieses Vorwalten der Städte aber auf den Einfluss von Braunschweig zurückzuführen ist, tritt namentlich in Erscheinung, wenn wir die Steuersummen der Städte ausschliesslich Braunschweig mit den eben erwähnten Gesamtsummen vergleichen: ohne Braunschweig stellt sich die staatliche Steuer der Städte nur auf 107 091 M., die Gemeindesteuer auf 395 663 M.

2. Der Ausschlag gebende Einfluss der Steuerbeträge der Stadt Braunschweig zeigt sich dann aber ferner in schärfster Weise bei der Zusammenstellung der auf die einzelnen Kreise entfallenden Beträge, dabei sehen wir nicht nur bezüglich der Gesamtsteuersumme, sondern in gleicher Weise auch bezüglich der Einzelsummen der staatlichen und der Gemeindesteuer den Kreis Braunschweig über die übrigen Kreise hervorrangen und zwar in einem Maasse, wie solches bei der Grundsteuer nicht im Entferntesten zu betrachten war. Bezüglich der Gesamtsteuer ist die Reihenfolge der Kreise die nachstehende: Braunschweig mit 1 289 871 M., Wolfenbüttel mit 288 237 M., Helmstedt mit 251 029 M., Holzminden mit 150 643 M., Gandersheim mit 102 936 M. und Blankenburg mit 80 898 M. Diese Reihenfolge schliesst sich mehr als wie wir es im Allgemeinen bei der Grundsteuer zu beobachten hatten, an die durch die Grössenverhältnisse etc. der einzelnen Kreise gegebene an, nur der Kreis Holzminden steht nicht an seinem üblichen Platz, sondern hat Gandersheim verhältnissmässig nicht gerade unbeträchtlich überholt, es ist dieses vorzüglich auf die hohe Steuersumme der Stadt Holzminden zurückzuführen. Nach der Staatssteuer allein (Gesamtsumme derselben) gruppieren sich die Kreise in derselben Weise: Braunschweig 239 546 M., Wolfenbüttel 93 602 M., Helmstedt 69 471 M., Holzminden 36 796 M., Gandersheim 36 712 M. und Blankenburg 24 453 M.; Holzminden und Gandersheim sind dabei aber ungleich näher aneinander gerückt, wenn auch der Holzmindener Betrag immer noch etwas höher geblieben ist. Nach den Gemeindesteuerbeträgen endlich rangiren die Kreise in folgender Weise: Braunschweig 1 050 325 M., Wolfenbüttel 194 635 M., Helmstedt 181 558 M., Holzminden 113 847 M., Gandersheim 66 224 M. und Blankenburg 56 445 M.; Holzminden übertrifft hier Gandersheim wieder nicht unerheblich, an

Gewerbsteuer und die Gemeindeeinkommensteuer; die Kreiscommunalverbände sind hier mit einer Steuer nicht vertreten; bezüglich der Staatssteuer ist Personalsteuer und Gewerbesteuer nochmals geschieden, daneben aber

letzteres schliesst sich Blankenburg ziemlich nahe an, worauf namentlich der hohe Steuerbetrag der Stadt Blankenburg von Einfluss gewesen ist; das unverhältnissmässig starke Hervortreten des Kreises Braunschweig ist durchweg bei den sämtlichen einzelnen Zusammenstellungen zu constatiren. — Trennt man die Staatssteuer nach Personalsteuer und Gewerbesteuer, so entfallen auf die Personalsteuer etwa zwei Fünftel, 198 329 M., und auf die Gewerbesteuer etwa drei Fünftel, 302 251 M. der Gesamtstaatssteuer des Herzogthums und in ähnlicher Weise vertheilen sich beide Steuerarten auch innerhalb von Stadt und Land und innerhalb der einzelnen Kreise. Die Reihenfolge der Kreise ist bezüglich der Personalsteuer dieselbe, wie bei der Gesamtsteuer, so dass also Holzminden vor Gandersheim rangirt; bezüglich der Gewerbesteuer finden wir dagegen die allgemein übliche Reihenfolge, Gandersheim übertrifft hier um ein Weniges Holzminden.

3. Was nun die Steuerbeträge der einzelnen Städte und Amtsgerichtsbezirke anlangt, so treten in Uebereinstimmung mit dem Gesamtergebniss für das Herzogthum durchweg die Städte stärker in den Vordergrund und zwar in ungleich auffallenderer Weise als die Landgemeinden bei der Grundsteuer. Nach dem Gesamtbetrage der Steuern vom Einkommen, der Person und dem Gewerbe steht die Stadt Braunschweig hier weitaus obenan, allein den Betrag von einer Million Mark überschreitend; ihr folgt die Stadt Wolfenbüttel mit etwas über 100 000 M., zwischen 50 000 und 100 000 M. finden wir sodann drei Städte (Helmstedt, Holzminden, Schöningen), zwischen 25 000 und 50 000 M. sechs Amtsgerichtsbezirke und drei Städte, zwischen 10 000 und 25 000 M. dreizehn Amtsgerichtsbezirke und drei Städte, zwischen 5 000 und 10 000 M. vier Amtsgerichtsbezirke und endlich unter 5 000 M. zwei Städte. Bei den bezüglichlichen vom Staat erhobenen Steuern zeichnet sich die Stadt Braunschweig in ähnlicher Weise durch eine hohe Sonderstellung aus, die übrigen Städte weisen aber doch nicht so sehr von denen der Amtsgerichtsbezirke verschiedene Beträge auf, namentlich sind die Summen der Amtsgerichtsbezirke Wolfenbüttel, Salder, Riddagshausen, Vechelde, Schöningen, Schöppenstedt, Vorsfelde, Königslutter und Harzburg durchweg höher als die der meisten Städte. Dahingegen ist bei der Gemeinde-Einkommensteuer das Hervorrangen der Städte ein um so grösseres; die Stadt Braunschweig steht wiederum mit etwas über einer Million Mark weit voran, die an zweiter Stelle folgende Stadt Wolfenbüttel überschreitet das erste Hunderttausend nur um ein geringes, danach treten mit hohen Beträgen noch namentlich die Städte Helmstedt, Holzminden, Schöningen, Blankenburg und Schöppenstedt hervor, welche von keinem Amtsgerichtsbezirke erreicht werden. — Scheidet man innerhalb der Staatssteuer wiederum die Personalsteuer und die Gewerbesteuer aus, so zeigt sich bei diesen beiden Steuerarten im Allgemeinen auch bezüglich der einzelnen Städte und Amtsgerichtsbezirke ein nicht gerade abweichendes Verhältniss. Die Stadt Braunschweig steht bei beiden weitaus obenan, doch ist dieses Hervorrangen bezüglich der Gewerbesteuer ein noch stärkeres als bezüglich der Personalsteuer; bei der Personalsteuer treten durch hohe Beträge von den Städten namentlich Wolfenbüttel, Helmstedt und Blankenburg, von den Amtsgerichtsbezirken Wolfenbüttel, Salder,

Riddagshausen, Vechelde und Schöppenstedt hervor; bei der Gewerbesteuer sind in gleicher Weise ausgezeichnet von den Städten Wolfenbüttel, Helmstedt, Holzminden und Schöningen, von den Amtsgerichtsbezirken Wolfenbüttel, Salder, Riddagshausen, Vechelde, Schöningen, Harzburg, Vorsfelde, Schöppenstedt und Königslutter.

VIII.

Bezüglich der vom Einkommen, von der Person und von dem Gewerbe erhobenen Steuern ist in gleicher Weise, wie bezüglich der Grundsteuer in den Rubriken 18 bis 23 der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Betrag berechnet worden.

1. Für die bezüglichliche Gesamtsteuer im Herzogthum weicht der Betrag mit 5,36 M. auf den Kopf nicht wesentlich von dem der Grundsteuer, 5,66 M. auf den Kopf, ab. Der Unterschied zwischen den Städten und den Landgemeinden tritt aber hier noch weit stärker als bei den absoluten Zahlen hervor, denn auf jeden Bewohner der Städte kommen 10,05 M. der fraglichen Steuer, auf jeden Bewohner der Landgemeinden aber nur 1,91 M. In jener Gesamtsteuer von 5,36 M. auf den Kopf sind 1,24 M. staatliche Steuer und 4,12 M. Gemeindesteuer enthalten, letztere überwiegt demnach ziemlich erheblich; dieses Ueberwiegen verringert sich bei den Landgemeinden wesentlich, denn von den 1,91 M. der Gesamtsteuer derselben kommen 0,79 M. auf die Staats-, 1,12 M. auf die Gemeindesteuer, andererseits tritt es bei den Städten ungleich stärker hervor, da von deren Gesamtsteuer zu 10,05 M. nur 1,85 M. auf die Staats-, aber 8,20 M. auf die Gemeindesteuer entfallen; lässt man übrigens bei den Städten die Stadt Braunschweig ausser Rechnung, so sinkt die auf den Kopf der Bevölkerung kommende Gesamtsteuer auf 7,19 M. und zwar die Staatssteuer auf 1,53 M. und die Gemeindesteuer auf 5,66 M., so ins Gewicht fallend wie bei den absoluten Zahlen ist also hier der Unterschied nicht. Innerhalb der Staatssteuer kommen 0,49 M. Personalsteuer und 0,75 M. Gewerbesteuer auf den Kopf der Bevölkerung, für die Städte verschiebt sich dieses Verhältniss zu 0,73 M. und 1,12 M., für die Landgemeinden zu 0,31 M. und 0,48 M., für die Städte ohne Braunschweig auf 0,57 M. und 0,96 M.

2. Bei den Verhältnisszahlen der Kreise tritt der vorherrschende Einfluss der Stadt Braunschweig wenigstens bezüglich der Gesamtsteuer und der Gemeindesteuer wiederum scharf hervor. Nach der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Gesamtsteuer reihen sich die Kreise folgendermaassen aneinander: Braunschweig 9,11 M., Wolfenbüttel und Helmstedt je 3,83 M., Holzminden 3,20 M., Blankenburg 2,75 M. und Gandersheim 2,29 M.; die für die absoluten Zahlen gegebene Reihenfolge hat sich also nur insofern geändert, als dass Gandersheim hier auch noch hinter Blankenburg zurückgetreten ist; sieht man von der besonderen Höhe des Kreises Braunschweig, für welche ja die Erklärung gegeben, ab, so ist die Verschiedenheit in den einzelnen Beträgen hier eine nicht unerheblich geringere, als bei der Grundsteuer. Bei der staatlichen Steuer ist die Reihenfolge der Kreise nach dem auf den Kopf der Bevölkerung kommenden Betrage eine etwas andere: Braunschweig 1,69 M., Wolfenbüttel 1,24 M.,

Helmstedt 1,06 M., Blankenburg 0,83 M., Gandersheim 0,82 M. und Holzminden 0,78 M.; gegenüber der Reihenfolge nach der absoluten Zahl haben hier nur Blankenburg und Holzminden ihre Stellen getauscht, Braunschweig tritt nicht besonders scharf hervor, die Unterschiede sind verhältnissmässig geringe und bleiben hinter denen bei der Staatsgrundsteuer zurück. Trennt man die Staatssteuer in Personalsteuer und Gewerbesteuer, so bleibt die Reihenfolge der Kreise bei beiden Steuerarten die gleiche, nur zeigen bei der Personalsteuer die Kreise Gandersheim und Holzminden, bei der Gewerbesteuer die Kreise Blankenburg und Gandersheim genau die gleichen Procentsätze. Eine Gemeinde-Einkommensteuer wird in den einzelnen Kreisen auf den Kopf der Bevölkerung in folgender Höhe erhoben: Braunschweig 7,42 M., Helmstedt 2,77 M., Wolfenbüttel 2,59 M., Holzminden 2,42 M., Blankenburg 1,92 M. und Gandersheim 1,47 M.; Braunschweig hat wieder unter dem Einfluss der Stadt Braunschweig eine scharf hervortretende Ausnahmestellung, sodann überragt Helmstedt hier Wolfenbüttel, was namentlich durch die grössere Städtezahl des ersteren Kreises veranlasst ist und endlich übertrifft abweichend von dem Verhältniss bei den absoluten Zahlen Blankenburg auch Gandersheim, vorwiegend durch die Wirkung des hohen Steuerbetrages der Stadt Blankenburg; im Allgemeinen sind die Unterschiede etwas stärkere wie bei der vorbehandelten Staatssteuer, aber doch nicht so starke wie bei der Gemeindegrundsteuer.

3. Wenn wir uns nunmehr den einzelnen Städten und Amtsgerichtsbezirken zuwenden, so finden wir, dass sich hier nach dem auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Betrage die genannten beiden Kategorien, Städte und Amtsgerichtsbezirke, in ungleich schärferer Weise, wie bei den absoluten Zahlen, und auch abweichend von dem bei der Grundsteuer beobachteten Verhältniss, von einander abscheiden; abgesehen von der Stadt Hasselfelde und bezüglich der Staatssteuer auch der Stadt Eschershausen haben hier die sämtlichen Städte durchweg höhere Beträge wie die sämtlichen Amtsgerichtsbezirke, sodass erstere die höheren Stellen ausfüllen und letztere sich erst an diese anschliessen; dementsprechend sind auch die Unterschiede, wenn man Städte und Amtsgerichtsbezirke in Eins fasst, verhältnissmässig erhebliche, sie werden aber wesentlich geringer, wenn man beide Kategorien trennt. — Bezüglich des auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Gesamtsteuerbetrages steht die Stadt Braunschweig mit einem Satz von mehr als 10 M. obenan, zwischen 5 und 10 M. folgen sodann zehn Städte (Wolfenbüttel, Schöppenstedt, Königslutter, Helmstedt, Stadtoldendorf, Schöningen, Holzminden, Gandersheim, Blankenburg, Seesen), zwischen 3 und 5 M. eine Stadt (Eschershausen), zwischen 2 und 3 M. sieben Amtsgerichtsbezirke (Calvörde, Harzburg, Ottenstein, Schöningen, Vorsfelde, Wolfenbüttel, Walkenried), endlich zwischen 1 und 2 M. eine Stadt (Hasselfelde) und sechzehn Amtsgerichtsbezirke (Vechelde, Schöppenstedt, Holzminden, Eschershausen, Helmstedt, Salder, Gandersheim, Riddagshausen, Stadtoldendorf, Königslutter, Thedinghausen, Hasselfelde, Seesen, Greene, Lutter a. Bbge., Blankenburg); die Städte differiren, wenn man von Hasselfelde, welches überhaupt mit 1,08 M. das Minimum unter den Städten und Amtsgerichtsbezirken aufweist, absieht,

zwischen 12,03 M. und 3,31 M. (Eschershausen), die Amtsgerichtsbezirke zwischen 2,70 M. (Calvörde) und 1,43 M. (Blankenburg); die Gesamtdifferenz ist mithin etwa die gleiche wie bei der gesamten Grundsteuer, sie ist bei den Städten allein ungleich stärker als bei den Amtsgerichtsbezirken.

Der auf den Kopf entfallende Staatssteuerbetrag bildet hier nur einen verhältnissmässig geringen Theil der Gesamtsteuer und zeigt auch in mancher Beziehung ein von der Gesamtsteuer abweichendes Bild, wenn auch das Vortreten der Städte vor die Amtsgerichtsbezirke gleicherweise zu verzeichnen ist. An der Spitze sehen wir hier auch die Stadt Braunschweig mit 2,07 M., abgesehen von ihr erheben sich nur noch zwei Städte über 2 M. (Schöppenstedt, Wolfenbüttel), zwischen 1,50 und 2 M. befinden sich wiederum zwei Städte (Königslutter, Gandersheim), zwischen 1 und 1,50 M. sechs Städte (Helmstedt, Blankenburg, Stadtoldendorf, Holzminden, Seesen, Schöningen) und vier Amtsgerichtsbezirke (Salder, Schöningen, Wolfenbüttel, Schöppenstedt), zwischen 0,75 und 1 M. eine Stadt (Eschershausen) und fünf Amtsgerichtsbezirke (Calvörde, Harzburg, Königslutter, Vorsfelde, Vechelde), endlich zwischen 0,50 und 0,75 M. eine Stadt (Hasselfelde) und vierzehn Amtsgerichtsbezirke (Seesen, Ottenstein, Riddagshausen, Gandersheim, Thedinghausen, Lutter a. Bbge., Eschershausen, Helmstedt, Greene, Walkenried, Blankenburg, Hasselfelde, Holzminden, Stadtoldendorf); hier tritt eine Gesamtdifferenz zwischen 2,07 M. (Stadt Braunschweig) und 0,50 M. (Amtsgerichtsbezirk Stadtoldendorf) zu Tage, welche sich für die Städte allein, abgesehen von Eschershausen und Hasselfelde, auf eine solche zwischen 2,07 und 1,18 M. (Schöningen) verringert, für die Amtsgerichtsbezirke allein auf eine solche zwischen 1,09 M. (Salder) und 0,50 M.; im Ganzen sind demnach die Unterschiede verhältnissmässig geringere. Die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Personalsteuer allein differirt zwischen 0,86 M. (Stadt Braunschweig) und 0,17 M. (Amtsgerichtsbezirk Walkenried), die Gewerbesteuer allein zwischen 1,50 M. (Stadt Schöppenstedt) und 0,30 M. (Amtsgerichtsbezirk Stadtoldendorf); das Vortreten der Städte tritt bei den beiden Einzelsteuern in gleicher Weise in Erscheinung wie bei der Gesamtstaatssteuer, wenn auch sonst die verschiedenen Städte und Amtsgerichtsbezirke für die Steuerarten mannigfache, meist allerdings untergeordnetere Abweichungen aufweisen.

In der auf den Kopf entfallenden Gemeinde-Einkommensteuer prägt sich die Verschiedenheit zwischen Städten und Amtsgerichtsbezirken am schärfsten aus; die Städte ohne Hasselfelde, welches hier mit 0,42 M. wiederum das Minimum überhaupt bildet, stufen sich von 9,96 M. (Braunschweig) bis 2,40 M. (Eschershausen) ab und zwar stehen, abgesehen von dem Maximum, zwei über 7 M. (Wolfenbüttel, Schöppenstedt), drei über 6 M. (Königslutter, Helmstedt, Stadtoldendorf), zwei über 5 M. (Schöningen, Holzminden), drei über 4 M. (Gandersheim, Blankenburg, Seesen) und endlich, wie schon als Minimum hervorgehoben, eine über 2 M.; für die Amtsgerichtsbezirke ist sodann ein Maximum von 1,80 M. (Calvörde) und ein Minimum von 0,73 M. (Salder) zu verzeichnen, ausser dem Maximum haben wir zwei Amtsgerichtsbezirke über 1,50 M. (Harzburg, Ottenstein), fünf mit 1,25 M. oder darüber (Walken-

Tabelle 4.

Reihenfolge der einzelnen Bezirke nach der Höhe der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Steuer vom Einkommen, der Person und dem Gewerbe.

Kreis	Amtsgerichtsbezirk	Stadt bezw. Land- gemeinde	Platznummer nach der Höhe der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Steuer vom Ein- kommen etc. erhoben				
			durch den Staat			durch die Ge- meinde	Insge- samt
			Perso- nal- steuer	Ge- werbe- steuer	zu- sam- men		
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Braunschweig	Braunschweig .	Stadt	1	5	1	1	1
	Riddagshausen	Landgm.	23	27	24	26	27
	Vechelde . . .	"	18	21	21	22	20
	Thedinghausen	"	19	31	26	30	30
Wolfenbüttel	Wolfenbüttel .	Stadt	2	3	3	2	2
	Wolfenbüttel .	Landgm.	12	15	14	23	18
	Schöppenstedt .	Stadt	6	1	2	3	3
	Schöppenstedt .	Landgm.	13	16	15	28	21
	Salder	"	11	13	12	35	25
	Harzburg . . .	"	32	14	18	14	14
Helmstedt	Helmstedt . .	Stadt	5	6	6	5	5
	Helmstedt . .	Landgm.	27	33	30	19	24
	Schöningen . .	Stadt	15	9	11	7	7
	Schöningen . .	Landgm.	14	12	13	24	16
	Königslutter .	Stadt	9	2	4	4	4
	Königslutter .	Landgm.	20	19	19	34	29
	Vorsfelde . .	"	25	18	20	18	17
	Calvörde . . .	"	16	20	17	13	13
Gandersheim	Gandersheim .	Stadt	4	4	5	9	9
	Gandersheim .	Landgm.	21	29	25	25	26
	Seesen	Stadt	10	8	10	11	11
	Seesen	Landgm.	26	22	22	31	32
	Lutter a. Bbge.	"	29	24	27	32	34
	Greene	"	28	34	31	29	33
Holzminden	Holzminden . .	Stadt	8	10	9	8	8
	Holzminden . .	Landgm.	31	35	35	17	22
	Stadtoldendorf	Stadt	7	7	8	6	6
	Stadtoldendorf	Landgm.	34	36	36	21	28
	Eschershausen	Stadt	17	17	16	12	12
	Eschershausen	Landgm.	24	32	29	20	23
	Ottenstein . .	"	22	25	23	15	15
Blankenburg	Blankenburg .	Stadt	3	11	7	10	10
	Blankenburg .	Landgm.	35	28	33	33	35
	Hasselfelde . .	Stadt	30	26	28	36	36
	Hasselfelde . .	Landgm.	33	30	34	27	31
	Walkenried . .	"	36	23	32	16	19

ried, Holzminden, Vorsfelde, Helmstedt, Eschershausen); mit 1 M. oder darüber sieben (Stadtoldendorf, Vechelde, Wolfenbüttel, Schöningen, Gandersheim, Hasselfelde, Riddagshausen), endlich unter 1 M. abgesehen vom Minimum noch sieben (Schöppenstedt, Greene, Thedinghausen, Seesen, Lutter a. Bbge., Blankenburg, Königslutter); bei den Städten tritt demgemäss auch wiederum eine ungleich weitere Abstufung hervor als bei den Amtsgerichtsbezirken.

Ebenso wie solches bezüglich der Grundsteuer geschehen, sind in der vorstehenden Zusammenstellung für die einzelnen Städte und Amtsgerichtsbezirke die Reihenfolgennummern, welche sie bei den einzelnen behandelten Kategorien der directen Steuern vom Einkommen, der Person und dem Gewerbe aufweisen, angegeben worden, nur dass bei der Staatssteuer wiederum auch die Personalsteuer und die Gewerbesteuer noch geschieden ist.

(Siehe Tabelle 4.)

Im Allgemeinen sind hier die Reihenfolgennummern, welche ein und derselbe Bezirk bezüglich der verschiedenen Steuerkategorien zeigt, nicht so verschiedene wie bei der Grundsteuer, schon die überall beobachtete strengere Scheidung der Städte von den Amtsgerichtsbezirken muss eine grössere Gleichmässigkeit in etwas bedingen; immerhin sind doch auch hier im Einzelnen, namentlich bei den Amtsgerichtsbezirken grössere Verschiedenheiten zu bemerken, so nimmt der Amtsgerichtsbezirk Salder bei der Staatssteuer die 12., bei der Gemeindesteuer die 35. Stelle ein, der Amtsgerichtsbezirk Königslutter bei der Staatssteuer die 19., bei der Gemeindesteuer die 34., der Amtsgerichtsbezirk Schöppenstedt bei der Staatssteuer die 15., bei der Gemeindesteuer die 28., und umgekehrt der Amtsgerichtsbezirk Holzminden bei der Staatssteuer die 35., bei der Gemeindesteuer die 17., der Amtsgerichtsbezirk Walkenried bei der Staatssteuer die 32., bei der Gemeindesteuer die 16., der Amtsgerichtsbezirk Stadtoldendorf bei der Staatssteuer die 36., bei der Gemeindesteuer die 21.; unter den Städten sehen wir die grösste Verschiedenheit bei Gandersheim, welches bei der Staatssteuer die 5., bei der Gemeindesteuer die 9. Stelle einnimmt; da im Ganzen die Gemeindesteuer die Staatssteuer hier ganz erheblich überwiegt, so ist sie auch mehr oder weniger ausschlaggebend für das Verhältniss der Gesamtsteuer, die Reihenfolgennummern bezüglich der letzteren stehen durchweg denen der Gemeindesteuer näher. Auch die Reihenfolgennummern der einzelnen Städte und Amtsgerichtsbezirke bei der Personal- und der Gewerbesteuer sind im Allgemeinen nicht sehr differirende, die grössten Unterschiede zeigen sich und zwar mit einem Ueberwiegen der Personalsteuer bei der Stadt Blankenburg (3. gegen 11. Stelle) und den Amtsgerichtsbezirken Thedinghausen (19. gegen 21. Stelle), Gandersheim (21. gegen 29. Stelle) und Eschershausen (24. gegen 32. Stelle), und mit einem Ueberwiegen der Gewerbesteuer bei den Amtsgerichtsbezirken Harzburg (14. gegen 32. Stelle), Vorsfelde (18. gegen 25. Stelle), Blankenburg (28. gegen 35. Stelle) und Walkenried (23. gegen 36. Stelle).

IX.

Die Rubriken 24 bis 31 fassen sodann die Steuer vom Grundbesitz und die vom Einkommen, der Person und dem

Gewerbe in eins zusammen, sie geben uns so eine Uebersicht über die Gesamtbeträge der directen Besteuerung im Herzogthum und zwar enthalten die vier ersteren Rubriken diese Beträge in absoluter Zahl, während die vier letzteren dieselben wieder in ein Verhältniss zu der Bevölkerung bringen.

Aus den absoluten Zahlen braucht wohl nur Weniges hervorgehoben zu werden. Insgesamt werden danach im Herzogthum 4 452 813 M., also nahezu $4\frac{1}{2}$ Millionen Mark an directen Steuern erhoben, davon sind 1 773 263 M. Staatssteuern, 550 751 M. Kreiscommunalabgaben und 2 128 799 M. Gemeindesteuern. Auf die Städte entfallen 2 304 497 M., auf die Landgemeinden 2 095 162 M. und auf die Gemarkungen 53 154 M.; rechnet man die Gemarkungen den Landgemeinden zu, so überragen die Städte die Landgemeinden doch immer noch um etwa 150 000 M. Bei der Unterscheidung der Steuer nach dem Erheber wird der Unterschied aber ein ungleich grösserer, bei der Staatssteuer weisen die Landgemeinden mit 1 003 450 M. einen etwas höheren Betrag auf, als die Städte mit nur 757 288 M., auf die Gemarkungen kommen 12 525 M.; ganz erheblich stärker ist aber das Vortreten der Landgemeinden bei den Kreiscommunalabgaben, bei welchen sie mit 462 002 M., die Städte mit 48 120 M., die Gemarkungen mit 40 629 M. zu verzeichnen sind, dafür überwiegen aber die Städte mit 1 499 089 M. um so beträchtlicher bei der Gemeindesteuer über die Landgemeinden mit 629 710 M.; lässt man die Stadt Braunschweig ausser Betracht, so ergibt sich für die Städte eine Belastung mit directen Steuern zu insgesamt 784 685 M., darunter Staatssteuer 243 706 M., Kreiscommunalabgabe 48 120 M., Gemeindesteuer 492 859 M.

Unter den Kreisen ragt Braunschweig mit 1 925 794 M. ganz besonders hervor, der Kreis Wolfenbüttel, welcher die zweite Stelle einnimmt, erreicht mit 915 575 M. nicht einmal ganz die Hälfte jenes Betrages, in ungleich geringerem Abstände folgt dann Helmstedt mit 693 223 M., verhältnissmässig grösser ist wieder der Unterschied von dem dann mit 392 280 M. sich anschliessenden Holzminden, an letzteren Kreis rückt Gandersheim mit 349 899 M. sehr dicht hinan, während endlich Blankenburg mit 176 042 M. wiederum nicht auf die Hälfte des Betrages des vorgehenden Kreises kommt. Die Reihenfolge der einzelnen Kreise entspricht mithin im Wesentlichen der Reihenfolge derselben nach den allgemeinen Grössenverhältnissen etc., nur dass Holzminden sich etwas über Gandersheim erhebt; bei der Staatssteuer zeigt sich ganz die übliche Reihenfolge nach den allgemeinen Verhältnissen, bei der Kreiscommunalabgabe wird dieselbe, wie schon oben hervorgehoben, nur dadurch durchbrochen, dass wegen des Ausfalls der Stadt Braunschweig der Kreis Braunschweig hinter Wolfenbüttel und Helmstedt zurücktritt; bezüglich der Gemeindesteuer endlich findet sich dieselbe Reihenfolge wie bei der Gesamtabgabe, es ist wesentlich wohl die höhere Gemeindeabgabe der Stadt Holzminden, welche das Vortreten des Kreises Holzminden vor den Kreis Gandersheim bei der Gemeindesteuer und dadurch auch bei der Gesamtsteuer veranlasst.

X.

Demnächst ist in den Rubriken 28 bis 31 unter gleicher Berücksichtigung der stets gemachten Unterschiede nach dem Erheber berechnet, wie viel von dem Gesamtbetrage an directen Steuern auf den Kopf der Bevölkerung entfällt.

1. Nach Maassgabe dieser Berechnungen werden insgesamt 11,02 M. an directen Steuern auf den Kopf der Bevölkerung im Herzogthum erhoben, und zwar 4,39 M. Staatssteuer, 1,36 M. Kreisabgabe und 5,27 M. Gemeindesteuer. Unterscheidet man zunächst die Städte und die Landgemeinden im Ganzen, so ergibt sich doch bezüglich der Gesamtsteuer für jeden Stadtbewohner mit 13,48 M. ein genau um die Hälfte höherer Betrag, als für jeden Landbewohner mit 8,99 M.; bei der Staatssteuer verschwindet der Unterschied fast gänzlich, der Stadtbewohner hat 4,43 M., der Landbewohner 4,31 M. derselben zu entrichten, um ein ganz Geringes steht also der Landbewohner hier zurück; an Kreisabgaben kommen auf den Kopf der Landbevölkerung, entgegengesetzt zu dem Gesamtergebniss, mit 1,98 M. ungleich mehr als auf den Kopf der Stadtbewölkerung mit 0,28 M.; dahingegen verschärft sich das Ueberwiegen der städtischen Steuer über die ländliche bei den Gemeindesteuern in um so stärkerem Maasse, von derselben entfällt in den Städten auf den Kopf der Bevölkerung 8,77 M., in den Landgemeinden aber nur 2,70 M.; scheidet man bei den Städten wiederum die Stadt Braunschweig aus, so verringert sich die Gesamtsteuer derselben für den Kopf der Bevölkerung auf 11,23 M., die Staatssteuer auf 3,49 M. und die Gemeindesteuer auf 7,05 M., wohingegen sich die Kreiscommunalabgabe auf 0,69 M. erhöht, die Gesamtbesteuerung und namentlich die Gemeindesteuer bleibt mithin in den Städten immerhin noch eine höhere, als in den Landgemeinden.

2. Innerhalb der einzelnen Kreise zeigt sich sodann auch eine an sich nicht unerhebliche Differenz bezüglich der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Gesamtsteuer, denn das Maximum, welches der Kreis Braunschweig mit 13,60 M. aufweist, ist mehr als doppelt so gross als das Minimum des Kreises Blankenburg mit 5,99 M., die übrigen Kreise stufen sich dazwischen allmählig in folgender Weise ab: Wolfenbüttel 12,18 M., Helmstedt 10,58 M., Holzminden 8,33 M. und Gandersheim 7,77 M.; Holzminden geht also auch hier Gandersheim vor. Bei den nach dem Erheber getrennten Einzelsteuern ist die Verschiedenheit zwischen den einzelnen Kreisen verhältnissmässig durchweg noch stärker und es hat eben nur durch die Abweichung innerhalb derselben nach den verschiedenen Seiten hin für die Gesamtsteuer eine grössere Ausgleichung stattgefunden. Bezüglich der Staatssteuer gruppieren sich die Kreise folgendermaassen: Wolfenbüttel 5,10 M., Braunschweig 4,96 M., Helmstedt 4,23 M., Gandersheim 4,10 M., Holzminden 3,40 M., Blankenburg 2,21 M.; das Maximum steht also hier noch um fast eine Mark höher als das Doppelte des Minimums, die Reihenfolge der Kreise weicht von der üblichen nur insofern ab, als Braunschweig hinter Wolfenbüttel zurückbleibt. Da Kreiscommunalabgaben von dem Einkommen, der Person oder dem Gewerbe nicht erhoben werden, so stellen sich die

hier in Rubrik 29 der Vollständigkeit wegen gegebenen Verhältnisszahlen lediglich als eine Wiederholung der in Rubrik 9 bezüglich der Grundsteuer schon aufgeführten dar, diese sind aber oben bereits näher behandelt, worauf hier nur verwiesen zu werden braucht. Für die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende directe Gemeindesteuer sind gewissermaassen drei Klassen innerhalb der Kreise zu unterscheiden, die erste bildet Braunschweig mit dem Maximum von 7,81 M., die zweite umfasst die drei Kreise Helmstedt mit 4,53 M., Wolfenbüttel mit 4,35 M. und Holzminden mit 4,15 M., die dritte die Kreise Gandersheim mit 2,79 M. und Blankenburg mit 2,70 M.

3. Viel stärker als bei den Kreisen ist die Verschiedenheit bei den einzelnen Städten und Amtsbezirken. Für die Gesamtsteuer ist eine mehr oder weniger strenge Abscheidung der Städte und der Amtsgerichtsbezirke nicht zu beobachten, wenn auch die Städte meist unter den Bezirken mit den hohen Beträgen, aber gemischt mit Amtsgerichtsbezirken stehen. Das Maximum der auf den Kopf entfallenden gesammten directen Steuer weist die Stadt Schöppenstedt mit 15,60 M. auf, zwischen 12,50 M. und 15,00 M. finden wir sodann zwei Städte (Braunschweig, Königslutter) und zwei Amtsgerichtsbezirke (Wolfenbüttel, Schöppenstedt), zwischen 10,00 M. und 12,50 M. sechs Städte (Schöningen, Helmstedt, Wolfenbüttel, Stadtoldendorf, Holzminden, Gandersheim) und vier Amtsgerichtsbezirke (Salder, Schöningen, Vechelde, Thedinghausen), zwischen 7,50 M. und 10,00 M. zwei Städte (Blankenburg, Seesen) und acht Amtsgerichtsbezirke (Calvörde, Ottenstein, Riddagshausen, Gandersheim, Helmstedt, Königslutter, Vorsfelde, Eschershausen), zwischen 5,00 M. und 7,50 M. eine Stadt (Eschershausen) und sieben Amtsgerichtsbezirke (Seesen, Greene, Harzburg, Holzminden, Lutter a. Bbge., Stadtoldendorf, Blankenburg) und endlich unter 5,00 M. eine Stadt (Hasselfelde) und zwei Amtsgerichtsbezirke (Walkenried, Hasselfelde), das Minimum der Gesamtsteuer stellt sich bei Hasselfelde auf 3,74 M. auf den Kopf.

Bei der staatlichen Steuer treten in den höheren Beträgen die Amtsgerichtsbezirke wohl in etwas stärkerer Weise als bei der Gesamtsteuer die Städte hervor, obwohl auch hier Städte und Amtsgerichtsbezirke vermisch sind. Mit dem Höchstbetrage von 6,48 M. zeichnet sich der Amtsgerichtsbezirk Salder aus, über 6 M. hat abgesehen von ihm noch ein Amtsgerichtsbezirk (Wolfenbüttel), über 5 M. eine Stadt (Braunschweig) und vier Amtsgerichtsbezirke (Schöningen, Schöppenstedt, Gandersheim, Thedinghausen), über 4 M. zwei Städte (Schöppenstedt, Königslutter) und sechs Amtsgerichtsbezirke (Vechelde, Ottenstein, Eschershausen, Riddagshausen, Königslutter, Seesen), 3 M. und über 3 M. sieben Städte (Stadtoldendorf, Helmstedt, Gandersheim, Seesen, Wolfenbüttel, Holzminden, Blankenburg) und fünf Amtsgerichtsbezirke (Calvörde, Helmstedt, Vorsfelde, Lutter a. Bbge., Greene), über 2 M. drei Städte (Schöningen, Eschershausen, Hasselfelde) und vier Amtsgerichtsbezirke (Holzminden, Stadtoldendorf, Blankenburg, Harzburg) und endlich unter 2 M. zwei Amtsgerichtsbezirke (Hasselfelde, Walkenried); der Mindestbetrag ist hier bei Walkenried 1,08 M. Bezüglich der Kreisabgaben brauchen wir wiederum nur auf

unsere obigen Ausführungen bei der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Grundsteuer zu verweisen.

Bei der Gemeindesteuer endlich tritt uns wiederum eine fast vollständige Absonderung der Städte von den Amtsgerichtsbezirken nach der Höhe der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Beträge entgegen, nur mit wenigen Ausnahmen gehen die Städte den sämtlichen Amtsgerichtsbezirken vor; obenan steht die Stadt Braunschweig mit 9,96 M., über 9 M. erhebt sich ausserdem noch eine Stadt (Schöppenstedt), über 8 M. drei Städte (Schöningen, Wolfenbüttel, Königslutter), über 7 M. vier Städte (Holzminden, Stadtoldendorf, Helmstedt, Gandersheim), über 5 M. eine Stadt (Blankenburg), über 4 M. wiederum eine Stadt (Seesen) und ein Amtsgerichtsbezirk (Calvörde), über 3 M. eine Stadt (Eschershausen) und sieben Amtsgerichtsbezirke (Ottenstein, Helmstedt, Schöppenstedt, Harzburg, Wolfenbüttel, Schöningen, Holzminden), über 2 M. zwölf Amtsgerichtsbezirke (Vorsfelde, Eschershausen, Stadtoldendorf, Gandersheim, Riddagshausen, Seesen, Vechelde, Walkenried, Thedinghausen, Greene, Lutter a. Bbge., Salder), endlich über 1 M. eine Stadt (Hasselfelde) und drei Amtsgerichtsbezirke (Blankenburg, Königslutter, Hasselfelde); von sämtlichen Städten und Amtsgerichtsbezirken am niedrigsten steht die Stadt Hasselfelde mit 1,10 M.; berücksichtigt man hier nur die Städte und lässt dabei Hasselfelde ausser Betracht, so fallen dieselben von 9,96 M. bis auf 3,70 M. (Eschershausen) mehr oder weniger allmähig ab, wogegen die Amtsgerichtsbezirke sich zwischen den Grenzen von 4,39 (Calvörde) und 1,72 M. (Hasselfelde) bewegen, der Unterschied zwischen den Städten ist also immerhin etwas erheblicher als bei den Amtsgerichtsbezirken.

XI.

Nachdem so in den bislang behandelten Rubriken die Beträge der directen Steuern im Einzelnen nach den besonderen Unterscheidungen bezüglich ihrer absoluten Zahl und der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Summe erörtert, müsste es noch von Interesse sein, einzelne allgemeine Verhältnisse bezüglich der Gesamtsumme der directen Steuern des Naheren festzustellen und so ist in den Rubriken 32 bis 34 zunächst berechnet, welchen procentualen Antheil an der Gesamtsumme der erhobenen Steuern je der Staat, der Kreis und die Gemeinden haben.

1. Der Gesamtbetrag der directen Steuern im Herzogthum vertheilt sich mit 39,8 % auf den Staat, 12,4 % auf den Kreis und 47,8 % auf die Gemeinde, der Antheil des Staats weicht demnach nicht sehr wesentlich von dem allerdings höheren Antheil der Gemeinde ab, der Kreis tritt mit seiner Quote stark hinter beide zurück. Betrachtet man dann die Städte allein, so verschiebt sich das Verhältniss insofern, als der Antheil des Staats zu 32,9 % in weniger starkem, der Antheil des Kreises zu 2,1 % in erheblicherem Maasse zu Gunsten des Antheils der Gemeinde zu 65,0 % zurücktritt; lässt man wiederum die Stadt Braunschweig ausser Rechnung, so verschärft sich das Zurücktreten des staatlichen Antheils auf 31,1 %, der Antheil der Gemeinde ändert sich nicht nennenswerth, er geht auf 62,8 % zurück, der Antheil des Kreises dahin-

gegen bleibt verhältnissmässig stärker, auf 6,1 %. Bei den Landgemeinden kommt die Staatssteuer auf nahezu die Hälfte der Gesamtsteuer, auf 47,9 %, in die andere Hälfte theilen sich mit einem nicht gerade sehr erheblichen Ueberwiegen des Anthells der Gemeinde diese und der Kreis, die Quote des Kreises stellt sich auf 22,1 %, die der Gemeinde auf 30,0 %.

2. Für die einzelnen Kreise treten in gleicher Weise mannigfache Abweichungen von dem Durchschnittsverhältniss im Herzogthum hervor. Bezüglich des Anthells des Staats bleiben über jenem Durchschnitt aber verhältnissmässig nahe an demselben die Kreise Wolfenbüttel mit 41,9 %, Helmstedt mit 40,0 % und Holzminden mit 40,9 %, bei Braunschweig mit 36,5 % und Blankenburg mit 36,9 % verringert sich der Antheil des Staats und zwar bei ersterem zu Gunsten des Gemeindesteuerantheils, bei letzterem zu Gunsten des Kreiscommunalabgabenantheils, bei Gandersheim endlich steigt der Staatssteuerantheil erheblicher unter Verkürzung des Gemeindesteuerantheils auf 52,8 %; bei den Kreisen schwankt mithin der Staatssteuerantheil zwischen 52,8 % und 36,5 %. Verhältnissmässig den grössten Wechsel haben wir bei den Quoten der Kreiscommunalabgaben zu beobachten, dem Durchschnitt des Herzogthums am nächsten steht hier der Kreis Gandersheim mit 11,3 %, erheblicher unter den Durchschnitt, auf 9,4 %, sinkt zunächst Holzminden und sodann noch stärker, auf 6,1 % Braunschweig, bei beiden wird dadurch der Gemeindesteuerantheil entsprechend vergrössert; über den Durchschnitt hinaus gehen Helmstedt bis auf 17,2 %, Blankenburg bis auf 18,1 % und Wolfenbüttel bis auf 22,5 %, bei Wolfenbüttel wird ausschliesslich der Gemeindesteuerantheil dadurch verkürzt, bei Blankenburg wie schon gesagt, wesentlich der Staatssteuerantheil und bei Helmstedt wieder überwiegend der Gemeindesteuerantheil; die äussersten Grenzen des procentualen Kreiscommunalabgabenantheils bilden also bei den Kreisen 22,5 % und 6,1 %. Der Antheil an der Gemeindesteuer ist mit dem Vorstehenden schon im Wesentlichen gegeben, dem Durchschnitt am nächsten bleiben, nur etwas nach unten bzw. oben davon abweichend, Blankenburg mit 45,0 % und Holzminden mit 49,7 %, stark nach oben weicht sodann nur Braunschweig mit 57,4 % ab, die übrigen nach unten, am wenigsten Helmstedt mit 42,8 %, stärker Gandersheim mit 35,9 % und am stärksten endlich Wolfenbüttel mit 35,6 %; Maximum und Minimum stellt sich mithin hier auf 57,4 % und 35,6 %.

3. Noch stärker werden natürlich die Unterschiede bei den einzelnen Städten und Amtsgerichtsbezirken. Der Antheil der Staatssteuer erhebt sich bis auf 58,5 % im Amtsgerichtsbezirke Gandersheim und sinkt andererseits bis auf 24,2 % in der Stadt Schöningen herab, über 50 % finden wir ihn noch neunmal, und zwar achtmal bei Amtsgerichtsbezirken (Lutter a. Bbge., Seesen, Eschershausen, Greene, Salder, Thedinghausen, Königslutter, Schöningen) und nur einmal bei einer Stadt (Hasselfelde), unter 30 % abgesehen vom Minimum noch viermal und zwar hier umgekehrt zweimal bei Städten (Wolfenbüttel, Schöppenstedt) und nur einmal bei einem Amtsgerichtsbezirk (Walkenried). — Der Antheil der Kreisabgabe bewegt sich zwischen 31,5 % im Amtsgerichtsbezirk Salder und 2,1 % in der

Stadt Wolfenbüttel; mehr als 30 % beträgt derselbe ausserdem noch in einem Amtsgerichtsbezirke (Vechede), mehr als 20 % dann noch in fünf Amtsgerichtsbezirken (Wolfenbüttel, Schöppenstedt, Riddagshausen, Thedinghausen, Königslutter), weniger als 10 % abgesehen von der Stadt Wolfenbüttel in acht Städten (Schöppenstedt, Helmstedt, Königslutter, Schöningen, Seesen, Stadtoldendorf, Holzminden, Gandersheim) und drei Amtsgerichtsbezirken (Holzminden, Lutter a. Bbge., Stadtoldendorf). — Der Antheil der Gemeindesteuer weist ein Maximum von 68,0 % bei der Stadt Wolfenbüttel und ein Minimum von 16,3 % bei dem Amtsgerichtsbezirke Salder auf und zeigt mithin die bedeutendsten Unterschiede; auf 60 % und darüber erheben sich ausser der Stadt Wolfenbüttel noch acht Städte (Schöningen, Braunschweig, Holzminden, Schöppenstedt, Gandersheim, Stadtoldendorf, Helmstedt, Königslutter) und ein Amtsgerichtsbezirk (Walkenried), andererseits sinken ausser dem Amtsgerichtsbezirke Salder unter 30 % acht Amtsgerichtsbezirke (Schöningen, Gandersheim, Schöppenstedt, Riddagshausen, Wolfenbüttel, Vechede, Königslutter, Thedinghausen) und eine Stadt (Hasselfelde).

XII.

In den Rubriken 35 und 36 ist sodann das Verhältniss angegeben, in welchem die Gesamtsumme der directen Steuern einerseits vom Grundbesitz und andererseits vom Einkommen, der Person und dem Gewerbe erhoben wird.

1. Für das Herzogthum überwiegt die Steuer vom Grundbesitz um etwas die vom Einkommen etc., denn auf erstere entfallen 51,4 %, auf letztere 48,6 %. Von diesem Durchschnitt des Herzogthums weichen die Städte und Landgemeinden an sich in ähnlicher Weise nur nach den entgegengesetzten Seiten hin ab: bei den Städten sinkt der Procentsatz der vom Grundbesitz erhobenen Steuer auf 25,5 % herab und der der Steuer vom Einkommen etc. beträgt 74,5 %, umgekehrt steigt bei den Landgemeinden der Procentsatz der Grundsteuer auf 78,7 % und der der Einkommensteuer etc. fällt auf 21,3 %; bleibt bei den Städten die Stadt Braunschweig ausser Rechnung, so verringert sich die Abweichung etwas, die Steuer vom Grundbesitz kommt auf 35,9 %, die vom Einkommen etc. auf 64,1 %.

2. Unter den Kreisen steht hier Braunschweig insofern allein da, als nur bei ihm der Procentsatz der Steuer vom Grundbesitz nicht überwiegt, derselbe beträgt 33,0 %, sodass die Steuer vom Einkommen etc. mit 67,0 % zwei Drittheile ausmacht; dem Durchschnitt des Herzogthums am nächsten bleibt sodann der Kreis Blankenburg mit 54,0 % Steuer vom Grundbesitz und 46,0 % Steuer vom Einkommen etc.; nach dem Ueberwiegen der Steuer vom Grundbesitz reihen sich die übrigen Kreise in folgender Weise an: Holzminden 61,6 % Steuer vom Grundbesitz, 38,4 % Steuer vom Einkommen etc., Helmstedt 63,8 % und 36,2 %, Wolfenbüttel 68,5 % und 31,5 %, Gandersheim 70,6 % und 29,4 %.

3. Bei den einzelnen Städten und Amtsgerichtsbezirken tritt entsprechend dem allgemeinen Verhältniss zwischen Städten und Landgemeinden wiederum eine scharfe Scheidung ein, in den Städten ist mit nur zwei Ausnahmen

durchweg der Procentsatz der Steuer vom Einkommen etc. ein höherer und in den Amtsgerichtsbezirken umgekehrt mit nur einer einzigen Ausnahme der Procentsatz der Steuer vom Grundbesitz. Die Steuer vom Einkommen etc. erreicht den höchsten Procentsatz in der Stadt Braunschweig mit 80,0 %, ausserdem weist noch eine Stadt (Wolfenbüttel) einen Procentsatz von mehr als 70 % auf, fünf Städte (Blankenburg, Helmstedt, Stadtoldendorf, Königslutter, Seesen) einen solchen von mehr als 60 % und vier Städte (Gandersheim, Holzminden, Schöppenstedt, Schöningen) und ein Amtsgerichtsbezirk (Walkenried) einen solchen von mehr als 50 %. Die Steuer vom Grundbesitz geht in ausgedehnterem Maasse noch weiter in die Höhe, das Maximum haben wir beim Amtsgerichtsbezirke Salder mit 85,3 %, abgesehen davon überschreiten noch neun Amtsgerichtsbezirke (Schöppenstedt, Wolfenbüttel, Thedinghausen, Riddagshausen, Schöningen, Helmstedt, Gandersheim, Vechelde, Königslutter) den Procentsatz von 80 %, fernere acht Amtsgerichtsbezirke (Seesen, Eschershausen, Greene, Lutter a. Bge., Ottenstein, Vorsfelde, Calvörde, Blankenburg) und eine Stadt (Hasselfelde) den von 70 %, zwei Amtsgerichtsbezirke (Holzminden, Stadtoldendorf) den von 60 % und endlich zwei Amtsgerichtsbezirke (Harzburg, Hasselfelde) und eine Stadt (Eschershausen) den von 50 %.

XIII.

Schliesslich ist noch das Verhältniss berücksichtigt worden, in welchem die Gesamtsumme der directen Steuern von den einzelnen Erhebern thatsächlich genutzt wird. Wie schon oben näher ausgeführt, ist schon seit einiger Zeit regelmässig ein in den einzelnen Jahren wechselnder Procentsatz der directen Staatssteuern an die Gemeinden überwiesen worden und damit die thatsächliche Nutzung der Erhebung gegenüber verschoben worden; diese Verschiebung wird in den letzten Rubriken 37 bis 49 veranschaulicht. Für die Jahre, welche unseren Berechnungen zu Grunde gelegt sind, betrug die Ueberweisung directer Staatssteuern an die Gemeinden, wie schon aus dem oben Gegebenen hervorgeht, 21 % dieser Steuern und waren darin 6 % Erhebungsgebühr und 15 % Rückvergütung enthalten. Bezüglich der Grundsteuer kommen hier wiederum die selbstständigen Gemarkungen in Betracht; für dieselben ist die Erhebungsgebühr zu 6 % an die Gemeinden, welche die Erhebung zu besorgen hatten, überwiesen worden und tritt daher in unseren Zusammenstellungen als Nutzung der Gemeinden wieder zu Tage; die eigentliche Rückvergütung aber zu 15 % ist bestimmungsgemäss an die mit der Steuer belasteten Gemarkungsinteressenten selbst zurückgezahlt worden, sie ist mithin als eigentliche Steuer überhaupt nicht zur Verwendung gekommen und fällt bei der Nutzung der Steuer, welche wir jetzt zu behandeln haben, aus; es ist dieses auch die Ursache davon, dass sich zwischen der Gesamtsumme der erhobenen Steuern und der Gesamtsumme der genutzten Steuern zu Ungunsten der letzteren eine Differenz findet, denn die erstere stellt sich auf 4452813 M., die letztere nur auf 4450957 M. An die Kreiscommunalverbände hat erst in den beiden letzten Finanzperioden eine Ueberweisung von Staatseinnahmen in einer be-

stimmten Summe stattgefunden, sodass solche für unsere jetzige Betrachtung nicht in Betracht zu ziehen ist; bezüglich der Kreise ist daher Erhebung und Nutzung der directen Steuern vollkommen gleich, der Vollständigkeit und besseren Uebersicht wegen sind aber doch die bezüglichen Daten für die Kreise in den Rubriken 39, 44 und 48 auch hier wiederum mit eingefügt, sie stimmen aber mit den früher in den Rubriken 25, 29 und 33 gegebenen überein. Bei der Staatsnutzung und der Gemeindennutzung ist die Nutzung an Grundsteuer noch speciell hervorgehoben worden.

a) Zunächst ist nun in den Rubriken 37 bis 41 die Gesamtsumme der directen Steuern nach der Nutzung durch Staat, Kreis und Gemeinde in absoluter Zahl vertheilt worden. Der Gesammterhebung gegenüber sinkt die Nutzung des Staats für das ganze Herzogthum von 1 773 263 M. auf 1 404 407 M., während andererseits die Nutzung der Gemeinde von 2 128 799 M. auf 2 495 799 M. ansteigt; für die Städte allein verschiebt sich das Verhältniss bezüglich des Staats von 757 288 M. auf 601 682 M., bezüglich der Gemeinde von 1 499 089 M. auf 1 654 695 M., für die Städte ausser Braunschweig bezüglich des Staats von 243 706 M. auf 193 703 M., bezüglich der Gemeinde von 492 859 M. auf 542 862 M., für die Landgemeinden bezüglich des Staats von 1 003 450 M. auf 792 806 M., bezüglich der Gemeinde von 629 710 M. auf 841 104 M., und endlich für die Gemarkungen lediglich bezüglich des Staats von 12 525 M. auf 9 919 M. Die Reihenfolge der einzelnen Kreise bleibt hier bei der Nutzung ganz dieselbe wie bei der Erhebung der Steuer, bei der Staatssteuer ganz die übliche Reihenfolge der Kreise nach den allgemeinen Verhältnissen, bei der Gemeindesteuer nur eine Abweichung davon insofern als Holzminden vor Gandersheim rückt.

b) In den Rubriken 42 bis 46 ist sodann berechnet worden, wie viel von der Gesamtsumme der erhobenen directen Steuern auf den Kopf der Bevölkerung für den Staat, den Kreis und die Gemeinde genutzt worden sind.

1. Von den 11,02 M. directer Steuern, welche insgesamt im Herzogthum auf den Kopf der Bevölkerung entfallen, werden 3,48 M. (gegenüber 4,39 M. erhobener Steuer) für den Staat und 6,18 M. (gegenüber 5,27 M. erhobener Steuer) für die Gemeinde genutzt, der Rest mit 1,36 M. übereinstimmend mit der Erhebung von dem Kreis, den wir aber nunmehr im Folgenden nicht mehr berühren werden. Für die Städte tritt die Gemeindennutzung ungleich schärfer hervor, seitens des Staats werden nur 3,52 M., seitens der Gemeinde aber 9,68 M. auf den Kopf der Bevölkerung genutzt, lässt man die Stadt Braunschweig ausser Betracht, so verringern sich beide Sätze auf 2,77 M. bzw. auf 7,77 M. Bei den Landgemeinden findet hier eine nahezu vollständige Ausgleichung statt, die Staatsnutzung stellt sich auf 3,40 M., die Gemeindennutzung auf 3,61 M.

2. Die Nutzung für den Staat beträgt in den Kreisen zwischen 4,04 M., Wolfenbüttel, und 1,76 M., Blankenburg, die übrigen Kreise schieben sich in folgender Weise dazwischen: Braunschweig 3,94 M., Helmstedt 3,35 M., Gandersheim 3,24 und Holzminden 2,69 M. In den Städten und Amtsgerichtsbezirken schwankt die Staatsnutzung zwischen 5,12 M. auf den Kopf der Bevölkerung (Amts-

gerichtsbezirk Salder) und 0,85 M. (Amtsgerichtsbezirk Walkenried); ausser dem Maximum kommen keine Bezirke mehr auf 5 M., über 4 M. eine Stadt (Braunschweig) und fünf Amtsgerichtsbezirke (Wolfenbüttel, Schöningen, Schöppenstedt, Gandersheim, Thedinghausen), auf 3 und über 3 M. vier Städte (Schöppenstedt, Königslutter, Stadtoldendorf, Helmstedt) und sieben Amtsgerichtsbezirke (Vechelde, Ottenstein, Eschershausen, Riddagshausen, Königslutter, Seesen, Calvörde), über 2 M. sieben Städte (Gandersheim, Seesen, Wolfenbüttel, Holzminden, Blankenburg, Schöningen, Eschershausen) und fünf Amtsgerichtsbezirke (Helmstedt, Vorsfelde, Lutter a. Bbge., Greene, Holzminden), und endlich über 1 M. eine Stadt (Hasselfelde) und vier Amtsgerichtsbezirke (Stadtoldendorf, Blankenburg, Harzburg, Hasselfelde); unter 1 M. befindet sich allein das Minimum.

3. In gleicher Weise wie sich die Staatsnutzung der Erhebung gegenüber verringert hat, ist natürlich die Gemeindenutzung der Erhebung gegenüber in die Höhe gegangen. Die Kreise reihen sich nach der Höhe der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Gemeindenutzung in folgender Weise aneinander: Braunschweig 8,83 M., Helmstedt 5,41 M., Wolfenbüttel 5,40 M., Holzminden 4,86 M., Gandersheim 3,65 M., Blankenburg 3,15 M. Für die Städte und Amtsgerichtsbezirke haben wir hier ein Maximum von 11,00 M. (Stadt Braunschweig) und ein Minimum von 1,55 M. (Stadt Hasselfelde) zu verzeichnen; über 10 M. erhebt sich ausserdem noch eine Stadt (Schöppenstedt), über 9 M. wiederum eine Stadt (Schöningen), über 8 M. fünf Städte (Königslutter, Wolfenbüttel, Stadtoldendorf, Holzminden, Helmstedt), über 7 M. eine Stadt (Gandersheim), über 6 M. kein Bezirk, über 5 M. zwei Städte (Blankenburg, Seesen) und ein Amtsgerichtsbezirk (Calvörde), über 4 M. eine Stadt (Eschershausen) und fünf Amtsgerichtsbezirke (Ottenstein, Schöppenstedt, Wolfenbüttel, Schöningen, Helmstedt), über 3 M. elf Amtsgerichtsbezirke (Harzburg, Eschershausen, Holzminden, Gandersheim, Vorsfelde, Riddagshausen, Thedinghausen, Salder, Vechelde, Seesen, Stadtoldendorf), über 2 M. sechs Amtsgerichtsbezirke (Greene, Königslutter, Lutter a. Bbge., Walkenried, Blankenburg, Hasselfelde); unter 2 M. fällt nur das oben hervorgehobene Minimum.

c. Endlich ist in den letzten Rubriken 47 bis 49 noch die thatsächliche Nutzung der gesamten directen Steuern nach dem Procentverhältniss auf Staat, Kreis und Gemeinde vertheilt worden.

1. Danach sinkt für das ganze Herzogthum bei der Nutzung der Antheil des Staats auf 31,8 % herab, gegenüber 39,1 % bei der Erhebung, während der Antheil der Gemeinde entsprechend auf 56,0 % steigt, gegenüber 47,8 % bei der Erhebung; der Antheil des Kreises zu 12,4 % bleibt hier wie überhaupt unverändert und wird deshalb im Nachstehenden einfach zu übergehen sein. Für die Städte berechnet sich der Antheil des Staats an der Nutzung nur auf 26,1 % und wenn man die Stadt Braunschweig nicht mit in Rechnung zieht, sogar nur auf 24,7 %, der Gemeindeantheil beträgt dagegen im ersten Fall 71,8 %, im zweiten 69,2 %; für die Landgemeinden ist die Nutzung des Staats der der Gemeinde fast gleich gekommen, wenn

sie auch mit 37,8 % hinter dem Gemeindeantheil zu 40,1 % noch um ein Geringes zurückbleibt.

2. In den Kreisen ist entgegen dem oben betrachteten Verhältniss bei der Erhebung hier überall die Gemeinde dem Staat überlegen; nach der Höhe des Staatsantheils an der Steuernutzung reihen sich die Kreise in folgender Weise aneinander: Gandersheim 41,7 %, Wolfenbüttel 33,2 %, Holzminden 32,3 %, Helmstedt 31,7 %, Blankenburg 29,3 %, Braunschweig 28,9 %, nach der Höhe der Gemeindenutzung ist die Reihenfolge die nachstehende: Braunschweig 64,9 %, Holzminden 58,3 %, Blankenburg 52,6 %, Helmstedt 51,1 %, Gandersheim 47,0 %, Wolfenbüttel 44,4 %; in vier Kreisen nutzt also die Gemeinde die Hälfte und über die Hälfte der sämmtlichen erhobenen directen Steuern.

3. Die Städte und Amtsgerichtsbezirke weichen natürlich im Einzelnen wieder mehr oder weniger stark ab. Der Nutzungsantheil des Staats erhebt sich in keinem Bezirke bis auf die Hälfte der Gesamtsteuer, mit 46,2 % im Amtsgerichtsbezirke Gandersheim erreicht er das Maximum, über 40 % steht er ausserdem in einer Stadt (Hasselfelde) und acht Amtsgerichtsbezirken (Lutter a. Bbge., Seesen, Eschershausen, Greene, Salder, Thedinghausen, Königslutter, Schöningen), über 30 % in zwei Städten (Eschershausen, Seesen) und zwölf Amtsgerichtsbezirken (Ottenstein, Riddagshausen, Vechelde, Wolfenbüttel, Schöppenstedt, Vorsfelde, Blankenburg, Stadtoldendorf, Hasselfelde, Helmstedt, Calvörde, Holzminden), über 20 % in neun Städten (Blankenburg, Braunschweig, Stadtoldendorf, Gandersheim, Königslutter, Helmstedt, Wolfenbüttel, Holzminden, Schöppenstedt) und zwei Amtsgerichtsbezirken (Harzburg, Walkenried), endlich unter 20 % nur in einer mit 19,2 % das Minimum darstellenden Stadt (Schöningen). Andererseits beträgt der Gemeindeantheil gerade in der Hälfte der Bezirke über 50 % der erhobenen directen Steuern, das Maximum zeigt hier mit 74,0 % die Stadt Wolfenbüttel, abgesehen von ihr kommen noch vier Städte (Schöningen, Braunschweig, Holzminden, Gandersheim) auf 70 % oder mehr als 70 %, sodann sieben Städte (Stadtoldendorf, Schöppenstedt, Königslutter, Helmstedt, Blankenburg, Seesen, Eschershausen) und zwei Amtsgerichtsbezirke (Walkenried, Harzburg) auf mehr als 60 %, ferner vier Amtsgerichtsbezirke (Stadtoldendorf, Holzminden, Hasselfelde, Calvörde) auf mehr als 50 %, acht Amtsgerichtsbezirke (Ottenstein, Helmstedt, Blankenburg, Eschershausen, Lutter a. Bbge., Seesen, Greene, Vorsfelde) auf mehr als 40 %, eine Stadt (Hasselfelde) und acht Amtsgerichtsbezirke (Gandersheim, Schöningen, Schöppenstedt, Riddagshausen, Wolfenbüttel, Königslutter, Thedinghausen, Vechelde) auf mehr als 30 % und endlich ein Amtsgerichtsbezirk (Salder) auf weniger als 30 %, welcher letztere mit 27,4 % das Minimum darstellt. Der Antheil des Staats an der Nutzung der directen Steuern stellt sich nur in neun Bezirken höher als der bezügliche Gemeindeantheil und zwar in einer Stadt (Hasselfelde) und acht Amtsgerichtsbezirken (Riddagshausen, Vechelde, Thedinghausen, Wolfenbüttel, Salder, Schöningen, Königslutter, Gandersheim), dagegen ist in den übrigen sieben- und zwanzig Bezirken und zwar in zwölf Städten und fünfzehn Amtsgerichtsbezirken der Antheil der Gemeinde an der Steuernutzung ein höherer als der des Staats.

Kreis	Amtsgerichtsbezirk	Stadt bezw. Land- gemeinden	Vom Grundbesitz sind 1888/89 durchschnittlich für ein Jahr an Steuern (absolute Zahl) erhoben seitens				Vom Grundbesitz sind 1888/89 durchschnittlich für ein Jahr an Steuern auf den Kopf der Bevölkerung erhoben seitens				Vom Einkommen, der Person, dem Gewerbe sind 1888/89 durchschnittlich für ein Jahr an Steuern (absolute Zahl) erhoben seitens						Vom Einkommen, der Person, dem Gewerbe sind 1888/89 durchschnittlich für ein Jahr an Steuern auf den Kopf der Bevölke- rung erhoben seitens						Insgesamt sind 1888/89 durchschnittlich für ein Jahr an Steuern erhoben seitens			
			des Staats	des Kreises	der Gemeinde	insgesamt	des Staats	des Kreises	der Ge- meinde	insge- sammt	des Staats			des Krei- ses	der Gemeinde	insgesamt	des Staats			des Krei- ses	der Ge- meinde	ins- ge- sammt	des Staats	des Kreises	der Gemeinde	insgesamt
											Personal- steuer	Gewerbe- steuer	zusammen				Per- sonal- steuer	Ge- werbe- steuer	zu- sam- men							
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.
Braunschweig	Braunschweig	Stadt	304 674	.	.	304 674	3,01	.	.	3,01	86 591	122 317	208 908	.	1 006 230	1 215 138	0,36	1,21	2,07	.	9,96	12,03	513 582	.	1 006 230	1 519 812
	Riddagshausen	Landgemeinden	74 471	52 102	29 543	156 116	3,69	2,58	1,46	7,73	6 339	8 306	14 645	.	20 962	35 607	0,31	0,41	0,72	.	1,04	1,76	89 116	52 102	50 505	191 723
	Vechelde	"	63 711	52 831	19 411	135 953	3,92	3,26	1,20	8,38	5 391	7 704	13 095	.	19 200	32 295	0,33	0,47	0,80	.	1,18	1,98	76 806	52 831	38 611	168 248
	Thedinghausen	"	19 303	10 988	5 641	35 932	4,65	2,65	1,36	8,66	1 352	1 546	2 898	.	3 933	6 831	0,33	0,37	0,70	.	0,95	1,65	22 201	10 988	9 574	42 763
	Gemarkungen	"	1 044	2 204	.	3 248	1 044	2 204	.	3 248
	Summa		463 203	118 125	54 595	635 923	3,27	0,83	0,39	4,49	99 673	139 873	239 516	.	1 050 325	1 289 871	0,70	0,99	1,69	.	7,42	9,11	702 749	118 125	1 104 920	1 925 794
Wolfenbüttel	Wolfenbüttel	Stadt	22 590	3 723	11 202	37 515	1,56	0,26	0,77	2,59	10 259	18 944	29 203	.	106 570	135 773	0,71	1,31	2,02	.	7,35	9,37	51 793	3 723	117 772	173 288
	"	Landgemeinden	97 909	74 304	41 502	213 715	5,27	4,00	2,23	11,50	7 988	10 913	18 901	.	20 806	39 707	0,43	0,59	1,02	.	1,12	2,14	116 810	74 304	62 308	253 422
	Schöppenstedt	Stadt	7 774	5 000	9 347	22 121	2,26	1,45	2,71	6,42	1 837	5 160	6 997	.	24 626	31 623	0,53	1,50	2,03	.	7,15	9,18	14 771	5 000	33 973	53 744
	"	Landgemeinden	58 551	43 261	30 411	132 223	4,90	3,62	2,55	11,07	5 115	6 755	11 870	.	11 774	23 644	0,43	0,57	1,00	.	0,98	1,98	70 421	43 261	42 185	155 867
	Salder	"	84 676	61 371	20 364	166 411	5,39	3,90	1,80	10,59	6 987	10 168	17 155	.	11 456	28 611	0,44	0,65	1,09	.	0,73	1,82	101 831	61 371	31 820	195 022
	Harzburg	"	14 089	8 999	19 252	42 340	1,28	0,82	1,76	3,86	2 369	7 107	9 476	.	19 403	28 879	0,21	0,65	0,86	.	1,76	2,62	23 565	8 999	38 655	71 219
	Gemarkungen	"	4 298	8 715	.	13 013	4 298	8 715	.	13 013
	Summa		289 887	205 373	132 078	627 338	3,86	2,73	1,76	8,36	34 555	59 047	93 602	.	194 635	288 237	0,46	0,78	1,24	.	2,59	3,83	383 489	205 373	326 713	915 575
Helmstedt	Helmstedt	Stadt	25 503	10 629	12 813	48 945	2,33	0,97	1,17	4,47	6 302	9 448	15 750	.	66 732	82 482	0,58	0,86	1,44	.	6,09	7,53	41 253	10 629	79 545	131 427
	"	Landgemeinden	11 458	6 294	8 649	26 401	3,14	1,72	2,37	7,23	970	1 297	2 267	.	4 619	6 886	0,27	0,35	0,62	.	1,27	1,89	13 725	6 294	13 268	33 287
	Schöningen	Stadt	13 642	6 539	19 943	40 124	1,80	0,86	2,62	5,28	2 879	6 098	8 977	.	44 435	53 412	0,38	0,80	1,18	.	5,85	7,03	22 619	6 539	64 378	93 536
	"	Landgemeinden	56 647	26 432	25 110	108 189	4,88	2,28	2,16	9,32	4 522	7 656	12 178	.	12 800	24 978	0,39	0,66	1,05	.	1,10	2,15	68 825	26 432	37 910	133 167
	Königsutter	Stadt	7 208	3 105	5 741	16 054	2,30	0,99	1,82	5,11	1 481	4 608	6 089	.	19 427	25 516	0,47	1,47	1,94	.	6,19	8,13	13 297	3 105	25 168	41 570
	"	Landgemeinden	42 321	25 874	13 034	81 229	3,58	2,15	1,08	6,76	3 817	6 343	10 160	.	9 743	19 903	0,32	0,53	0,85	.	0,81	1,66	52 481	25 874	22 777	101 132
	Vorsfelde	"	35 726	22 197	19 112	77 035	2,89	1,79	1,55	6,23	3 444	6 807	10 251	.	16 280	26 531	0,28	0,55	0,83	.	1,32	2,15	45 977	22 197	35 392	103 566
	Calvörde	"	12 880	5 896	10 847	29 623	3,08	1,41	2,59	7,08	1 621	2 178	3 799	.	7 522	11 321	0,38	0,52	0,90	.	1,80	2,70	16 679	5 896	18 369	40 944
	Gemarkungen	"	2 357	12 237	.	14 594	2 357	12 237	.	14 594
	Summa		207 742	119 203	115 249	442 194	3,17	1,82	1,76	6,75	25 036	44 435	69 471	.	181 558	251 029	0,38	0,68	1,06	.	2,77	3,83	277 213	119 203	296 807	693 223
Gandersheim	Gandersheim	Stadt	4 818	1 241	6 159	12 218	1,78	0,46	2,27	4,51	1 778	3 320	5 098	.	12 886	17 984	0,66	1,22	1,88	.	4,75	6,63	9 916	1 241	19 045	30 202
	"	Landgemeinden	45 425	12 637	14 012	72 074	4,80	1,33	1,47	7,60	3 037	3 653	6 690	.	10 328	17 018	0,32	0,39	0,71	.	1,09	1,80	52 115	12 637	24 340	89 092
	Seesen	Stadt	9 734	2 129	2 678	14 541	2,34	0,51	0,64	3,49	1 850	3 545	5 395	.	16 771	22 166	0,45	0,85	1,30	.	4,03	5,33	15 129	2 129	19 449	36 707
	"	Landgemeinden	29 090	6 928	12 990	49 008	3,39	0,80	1,51	5,70	2 380	3 977	6 357	.	7 699	14 056	0,28	0,46	0,74	.	0,89	1,63	35 447	6 928	20 689	63 064
	Lutter a. Bbge.	"	33 693	6 940	14 063	54 696	2,83	0,58	1,18	4,59	3 050	4 975	8 025	.	10 559	18 584	0,26	0,42	0,68	.	0,89	1,57	41 718	6 940	24 622	73 280
	Greene	"	23 531	6 953	9 619	40 103	2,87</																			

Kreis	Amtsgerichtsbezirk	Stadt bezw. Land- gemeinden	Insgesamt				Von der Gesamtsumme der erhobenen Steuern				
			sind 1888/89 durchschnittlich für ein Jahr an Steuern erhoben seitens				entfallen Procent auf			sind Procent erhoben	
			des Staats	des Kreises	der Ge- meinde	ins- gesamt	den Staat	den Kreis	die Gemeinde	vom Grund- besitz	vom Ein- kommen, der Person, dem Gewerbe
28.	29.	30.	31.	32.	33.	34.	35.	36.			
Braunschweig	Braunschweig	Stadt	5,08	.	9,96	15,04	33,8	.	66,2	20,0	80,0
	Riddagshausen	Landgemeinden	4,41	2,58	2,50	9,49	46,5	27,2	26,3	81,4	18,6
	Vechede	"	4,72	3,26	2,38	10,36	45,7	31,4	22,9	80,8	19,2
	Thedinghausen	"	5,35	2,65	2,31	10,31	51,9	25,7	22,4	84,0	16,0
	Gemarkungen	"
	Summa		4,96	0,83	7,81	13,60	36,5	6,1	57,4	33,0	67,0
Wolfenbüttel	Wolfenbüttel	Stadt	3,58	0,26	8,12	11,96	29,9	2,1	68,0	21,6	78,4
	"	Landgemeinden	6,29	4,00	3,35	13,64	46,1	29,3	24,6	84,3	15,7
	Schöppenstedt	Stadt	4,29	1,45	9,86	15,60	27,5	9,3	63,2	41,2	58,8
	"	Landgemeinden	5,90	3,62	3,58	13,05	45,2	27,8	27,0	84,8	15,2
	Salder	"	6,48	3,90	2,03	12,41	52,2	31,5	16,3	85,3	14,7
	Harzburg	"	2,14	0,82	3,52	6,48	33,1	12,6	54,3	59,5	40,5
	Gemarkungen	"
	Summa		5,10	2,73	4,35	12,18	41,9	22,5	35,6	68,5	31,5
Helmstedt	Helmstedt	Stadt	3,77	0,97	7,26	12,00	31,4	8,1	60,5	37,2	62,8
	"	Landgemeinden	3,76	1,72	3,64	9,12	41,2	18,9	39,9	79,3	20,7
	Schöningen	Stadt	2,98	0,86	8,47	12,31	24,2	7,0	68,8	42,9	57,1
	"	Landgemeinden	5,93	2,28	3,26	11,47	51,7	19,8	28,5	81,2	18,8
	Königsutter	Stadt	4,24	0,99	8,01	13,24	32,0	7,5	60,5	38,6	61,4
	"	Landgemeinden	4,38	2,15	1,89	8,42	51,9	25,6	22,5	80,3	19,7
	Vorsfelde	"	3,72	1,79	2,87	8,38	44,4	21,4	34,2	74,4	25,6
	Calvörde	"	3,98	1,41	4,39	9,78	40,7	14,4	44,8	72,3	27,7
	Gemarkungen	"
	Summa		4,23	1,82	4,53	10,58	40,0	17,2	42,8	63,8	36,2
Gandersheim	Gandersheim	Stadt	3,66	0,46	7,02	11,14	32,8	4,1	63,1	40,5	59,5
	"	Landgemeinden	5,51	1,33	2,56	9,40	58,5	14,2	27,3	80,9	19,1
	Seesen	Stadt	3,64	0,51	4,67	8,82	41,2	5,8	53,0	39,6	60,4
	"	Landgemeinden	4,13	0,80	2,40	7,33	56,2	11,0	32,8	77,7	22,3
	Lutter a. Bbge.	"	3,51	0,58	2,07	6,16	56,9	9,5	33,6	74,6	25,4
	Greene	"	3,49	0,85	2,15	6,49	53,9	13,1	33,0	75,3	24,7
	Gemarkungen	"
	Summa		4,10	0,88	2,79	7,77	52,8	11,3	35,9	70,6	29,4
Holzminden	Holzminden	Stadt	3,45	0,48	7,52	11,45	30,1	4,2	65,7	40,7	59,3
	"	Landgemeinden	2,56	0,63	3,23	6,42	39,9	9,8	50,3	69,2	30,8
	Stadoldendorf	Stadt	3,92	0,57	7,47	11,96	32,7	4,8	62,5	38,1	61,9
	"	Landgemeinden	2,31	0,49	2,75	5,55	41,7	8,9	49,4	69,3	30,8
	Eschershausen	Stadt	2,65	0,70	3,70	7,05	37,6	10,0	52,4	53,1	46,9
	"	Landgemeinden	4,52	0,97	2,84	8,33	54,3	11,7	34,0	77,1	22,9
	Ottenstein	"	4,68	1,08	3,77	9,53	49,2	11,3	39,5	74,6	25,4
	Gemarkungen	"
	Summa		3,40	0,78	4,15	8,33	40,9	9,4	49,7	61,6	38,4
Blankenburg	Blankenburg	Stadt	3,12	0,90	5,01	9,03	34,5	10,0	55,5	33,8	66,2
	"	Landgemeinden	2,25	0,92	1,92	5,09	44,3	18,1	37,6	71,7	28,3
	Hasselfelde	Stadt	2,21	0,71	1,10	4,02	55,0	17,8	27,2	73,1	26,9
	"	Landgemeinden	1,55	0,47	1,72	3,74	41,5	12,6	45,9	56,0	44,0
	Walkenried	"	1,08	0,40	2,36	3,84	28,0	10,3	61,7	45,1	54,9
	Gemarkungen	"
	Summa		2,21	1,08	2,70	5,99	36,9	18,1	45,0	54,0	46,0
Herzogthum	Herzogthum	Städte	4,43	0,28	8,77	13,48	32,9	2,1	65,0	25,5	74,5
	"	Landgemeinden	4,31	1,98	2,70	8,99	47,9	22,1	30,0	78,7	21,3
	"	Gemarkungen
	"	Summa	4,39	1,36	5,27	11,02	39,8	12,4	47,8	51,4	48,6
	"	"

Von der Gesamtsumme der erhobenen Steuern												
sind genutzt für (absolute Zahl)					sind auf den Kopf der Bevölkerung genutzt für					haben Procent factisch genutzt		
den Staat		den Kreis	die Gemeinde		den Staat		die Gemeinde		den Kreis	überhaupt	den Kreis	die Gemeinde
überhaupt	darunter Grundsteuer		überhaupt	darunter Gemeindesteuern vom Grundbesitz	überhaupt	darunter Grundsteuer	überhaupt	darunter Gemeindesteuern vom Grundbesitz				
37.	38.	39.	40.	41.	42.	43.	44.	45.	46.	47.	48.	49.
407 979	242 061	.	1 111 833	62 613	4,04	2,40	.	11,00	0,81	26,8	.	73,2
70 408	58 835	52 102	69 223	45 189	3,48	2,91	2,58	3,43	2,24	36,7	27,2	36,1
60 683	50 332	52 831	54 734	32 790	3,74	3,10	3,86	3,87	2,02	36,1	31,4	32,5
17 538	15 249	10 988	14 287	9 745	4,23	3,68	2,65	3,44	2,35	41,0	25,7	33,3
825	825	2 204
557 433	367 302	118 125	1 250 077	150 337	3,94	2,60	0,83	8,83	1,06	28,9	6,2	64,9
41 344	18 053	3 723	128 221	15 739	2,85	1,24	0,26	8,85	1,09	23,9	2,1	74,0
92 282	77 350	74 304	86 861	62 086	4,97	4,16	4,00	4,67	3,34	36,4	29,3	34,3
11 681	6 144	5 000	37 063	10 977	3,39	1,78	1,45	10,76	3,19	21,7	9,3	69,0
55 615	46 233	43 261	57 081	42 819	4,66	3,87	3,63	4,78	3,58	35,7	27,7	36,6
80 465	66 904	61 371	53 311	38 261	5,12	4,26	3,90	3,89	2,43	41,2	31,4	27,4
18 575	11 124	8 999	43 645	22 217	1,69	1,01	0,82	3,97	2,02	26,1	12,6	61,3
3 420	3 420	8 715
303 382	229 228	205 373	406 182	192 099	4,04	3,06	2,73	5,40	2,56	33,2	22,4	44,4
32 849	20 325	10 629	87 949	17 991	3,00	1,86	0,97	8,03	1,64	25,0	8,1	66,9
10 870	9 079	6 294	16 132	11 037	2,98	2,49	1,72	4,42	3,02	32,6	18,9	48,5
17 964	10 827	6 539	69 033	22 758	2,37	1,42	0,86	9,08	3,00	19,2	7,0	73,8
54 381	44 756	26 432	52 432	37 079	4,68	3,85	2,28	4,52	3,19	40,8	19,8	39,4
10 534	5 710	3 105	27 931	7 239	3,35	1,82	0,99	8,90	2,80	25,3	7,5	67,2
41 461	33 436	25 874	33 847	21 969	3,45	2,79	2,15	2,82	1,83	41,0	25,6	33,4
36 335	28 229	22 197	45 034	26 609	2,94	2,28	1,79	3,64	2,15	35,1	21,4	43,5
13 179	10 176	5 896	21 874	13 556	3,15	2,43	1,41	5,22	3,24	32,2	14,4	53,4
1 863	1 863	12 237
219 436	164 401	119 203	354 232	158 238	3,35	2,51	1,82	5,41	2,42	31,7	17,2	51,1
7 834	3 806	1 241	21 127	7 171	2,89	1,41	0,46	7,79	2,64	25,9	4,1	70,0
41 170	35 887	12 637	35 285	23 550	4,35	3,79	1,33	3,72	2,49	46,2	14,2	39,6
11 979	7 710	2 129	22 599	4 702	2,88	1,85	0,51	5,43	1,13	32,6	5,8	61,6
28 013	22 987	6 928	28 141	19 111	3,26	2,68	0,80	3,28	2,23	44,4	11,0	44,6
32 956	26 622	6 940	33 459	21 209	2,77	2,24	0,58	2,81	1,78	44,9	9,5	45,6
22 659	18 591	6 953	23 619	14 559	2,76	2,27	0,85	2,88	1,77	42,6	13,1	44,3
1 243	1 243	2 750
145 854	116 846	39 578	164 230	90 302	3,24	2,60	0,88	3,65	2,00	41,7	11,3	47,0
24 060	14 877	4 250	72 338	21 874	2,74	1,69	0,48	8,23	2,49	23,9	4,2	71,9
19 791	15 675	6 188	36 894	21 640	2,02	1,61	0,63	3,77	2,21	31,5	9,8	58,7
8 462	5 463	1 566	22 568	5 392	3,11	2,00	0,57	8,28	1,99	26,0	4,8	69,2
17 862	13 973	4 809	31 553	18 736	1,83	1,43	0,49	3,23	1,92	32,9	8,9	58,2
3 159	2 075	1 062	6 401	2 502	2,10	1,38	0,70	4,25	1,66	29,7	10,0	60,3
37 470	32 030	10 214	39 710	25 161	3,57	3,05	0,97	3,79	2,40	42,9	11,7	45,4
14 936	12 555	4 357	19 158	11 766	3,70	3,11	1,08	4,75	2,92	38,8	11,3	49,9
1 044	1 044	4 230
126 784	97 692	36 676	228 622	107 071	2,89	2,08	0,78	4,86	2,27	32,3	9,4	58,3
19 179	10 377	6 970	43 508	6 196	2,49	1,85	0,90	5,64	0,80	27,5	10,0	62,5
15 382	11 166	7 937	20 683	12 480	1,78	1,29	0,92	2,39	1,45	35,0	18,0	47,0
4 658	3 249	1 906	4 124	2 654	1,76	1,23	0,71	1,55	1,00	43,6	17,8	38,6
6 317	3 861	2 422	10 563	4 559	1,23	0,75	0,47	2,05	0,89	32,7	12,5	54,8
4 458	1 919	2 068	13 578	5 091	0,85	0,37	0,40	2,60	0,97	22,2	10,3	67,5
1 524	1 524	10 493
51 518	32 096	31 796	92 456	30 980	1,76	1,09	1,08	3,15	1,06	29,3	18,1	52,6
601 682	350 677	48 120	1 654 695	187 808	3,52	2,05	0,28	9,68	1,10	26,1	2,1	71,8
792 806	646 969	462 002	841 104	541 219	3,40	2,78	1,98	3,61	2,32	37,8	22,1	40,1
9 919	9 919	40 629
1 404 407	1 007 565	550 751	2 495 799	729 027	3,48	2,50	1,36	6,18	1,80	31,6	12,4	

Von der Gesamtsumme der erhobenen Steuern												
sind genutzt für (absolute Zahl)					sind auf den Kopf der Bevölkerung genutzt für					haben Procent factisch genutzt		
den Staat		den Kreis	die Gemeinde		den Staat		den Kreis	die Gemeinde		der Staat	der Kreis	die Gemeinde
überhaupt	darunter Grundsteuer		überhaupt	darunter Gemeindesteuern vom Grundbesitz	überhaupt	darunter Grundsteuer		überhaupt	darunter Gemeindesteuern vom Grundbesitz			
37.	38.	39.	40.	41.	42.	43.	44.	45.	46.	47.	48.	49.
407 979	242 061	.	1 111 833	62 613	4,04	2,40	.	11,00	0,61	26,8	.	73,2
70 408	58 835	52 102	69 223	45 189	3,48	2,91	2,58	3,43	2,24	36,7	27,2	36,1
60 683	50 332	52 831	54 734	32 790	3,74	3,10	3,26	3,37	2,02	36,1	31,4	32,5
17 538	15 249	10 988	14 287	9 745	4,23	3,68	2,65	3,44	2,35	41,0	25,7	33,3
825	825	2 204
557 433	367 302	118 125	1 250 077	150 337	3,94	2,60	0,83	8,83	1,06	28,9	6,2	64,9
41 344	18 053	3 723	128 221	15 739	2,85	1,24	0,26	8,85	1,09	23,9	2,1	74,0
92 282	77 350	74 304	86 861	62 086	4,97	4,16	4,00	4,67	3,34	36,4	29,3	34,3
11 681	6 144	5 000	37 063	10 977	3,39	1,78	1,45	10,76	3,19	21,7	9,3	69,0
55 615	46 233	43 261	57 081	42 819	4,66	3,87	3,62	4,78	3,58	35,7	27,7	36,6
80 465	66 904	61 371	53 311	38 261	5,12	4,26	3,90	3,39	2,43	41,2	31,4	27,4
18 575	11 124	8 999	43 645	22 217	1,69	1,01	0,82	3,97	2,02	26,1	12,6	61,3
3 420	3 420	8 715
303 382	229 228	205 373	406 182	192 099	4,04	3,06	2,73	5,40	2,56	33,2	22,4	44,4
32 849	20 325	10 629	87 949	17 991	3,00	1,86	0,97	8,03	1,64	25,0	8,1	66,9
10 870	9 079	6 294	16 132	11 037	2,98	2,49	1,72	4,42	3,02	32,6	18,9	48,5
17 964	10 827	6 539	69 033	22 758	2,37	1,42	0,86	9,08	3,00	19,2	7,0	73,8
54 381	44 756	26 432	52 432	37 079	4,68	3,85	2,28	4,52	3,19	40,8	19,8	39,4
10 534	5 710	3 105	27 931	7 239	3,35	1,82	0,99	8,90	2,80	25,3	7,5	67,2
41 461	33 436	25 874	33 847	21 969	3,45	2,79	2,15	2,82	1,83	41,0	25,6	33,4
36 335	28 229	22 197	45 034	26 609	2,94	2,28	1,79	3,64	2,15	35,1	21,4	43,5
13 179	10 176	5 896	21 874	13 556	3,15	2,43	1,41	5,22	3,24	32,2	14,4	53,4
1 863	1 863	12 237
219 436	164 401	119 203	354 232	158 238	3,35	2,51	1,82	5,41	2,42	31,7	17,2	51,1
7 834	3 806	1 241	21 127	7 171	2,89	1,41	0,46	7,79	2,64	25,9	4,1	70,0
41 170	35 887	12 637	35 285	23 550	4,35	3,79	1,33	3,72	2,49	46,2	14,2	39,6
11 979	7 710	2 129	22 599	4 702	2,88	1,85	0,51	5,43	1,13	32,6	5,8	61,6
28 013	22 987	6 928	28 141	19 111	3,26	2,68	0,80	3,88	2,23	44,4	11,0	44,8
32 956	26 622	6 940	33 459	21 209	2,77	2,24	0,58	2,81	1,78	44,9	9,5	45,6
22 659	18 591	6 953	23 619	14 559	2,76	2,27	0,85	2,88	1,77	42,6	13,1	44,3
1 243	1 243	2 750
145 854	116 846	39 578	164 230	90 302	3,24	2,60	0,88	3,65	2,00	41,7	11,3	47,0
24 060	14 877	4 250	72 338	21 874	2,74	1,69	0,48	8,23	2,49	23,9	4,2	71,9
19 791	15 675	6 188	36 894	21 640	2,02	1,61	0,63	3,77	2,21	31,5	9,8	58,7
8 462	5 463	1 566	22 568	5 392	3,11	2,00	0,57	8,28	1,99	26,0	4,8	69,2
17 862	13 973	4 809	31 553	18 736	1,83	1,43	0,49	3,23	1,92	32,9	8,9	58,2
3 159	2 075	1 062	6 401	2 502	2,10	1,38	0,70	4,25	1,66	29,7	10,0	60,3
37 470	32 030	10 214	39 710	25 161	3,57	3,05	0,97	3,79	2,40	42,9	11,7	45,4
14 936	12 555	4 357	19 158	11 766	3,70	3,11	1,08	4,75	2,92	38,8	11,3	49,9
1 044	1 044	4 230
126 784	97 692	36 676	228 622	107 071	2,69	2,08	0,78	4,86	2,27	32,3	9,4	58,3
19 179	10 377	6 970	43 508	6 196	2,49	1,35	0,90	5,64	0,80	27,5	10,0	62,5
15 382	11 166	7 937	20 683	12 480	1,78	1,29	0,92	2,39	1,45	35,0	18,0	47,0
4 658	3 249	1 906	4 124	2 654	1,76	1,23	0,71	1,55	1,00	43,6	17,8	38,6
6 317	3 861	2 422	10 563	4 559	1,23	0,75	0,47	2,05	0,89	32,7	12,5	54,8
4 458	1 919	2 068	13 578	5 091	0,85	0,37	0,40	2,60	0,97	22,2	10,3	67,5
1 524	1 524	10 493
51 518	32 096	31 796	92 456	30 980	1,76	1,09	1,08	3,15	1,06	29,3	18,1	52,6
601 682	350 677	48 120	1 654 695	187 808	3,52	2,05	0,28	9,68	1,10	26,1	2,1	71,8
792 806	646 969	462 002	841 104	541 219	3,40	2,78	1,98	3,61	2,32	37,8	22,1	40,1
9 919	9 919	40 629
1 404 407	1 007 565	550 751	2 495 799	729 027	3,48	2,50	1,36	6,18	1,80	31,6	12,4	56,0

**Die Gast- und Schankwirthschaften
und die Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus
im Herzogthum Braunschweig.**

Bearbeitet

vom

Finanzrath Dr. F. W. R. Zimmermann,
Vorstand des statistischen Bureaus Herzogl. Staatsministeriums.

Einleitung.

Die nachstehenden Ergebnisse verdanken ihre Feststellung zunächst einer Anregung des Reichskanzlers, welcher für die Beurtheilung der Frage, ob und inwieweit die in der Presse, in Vereinen und in Versammlungen fortgesetzt auftretenden Klagen wegen der übergrossen Zahl der Schankwirthschaften auch noch nach Erlass des Reichsgesetzes vom 23. Juli 1879, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung, (R. G. Bl. S. 267) begründet seien, eine nähere, den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende statistische Grundlage zu gewinnen wünschte und deshalb die Bundesregierungen aufforderte, durch Erhebungen, wie solche bereits für das Königreich Preussen durch das Ministerium des Innern veranlasst, für jeden Kreis neben der Bevölkerungsziffer in den Jahren 1879 und 1893 die Zahl der Gastwirthschaften, der Schankwirthschaften, letztere getrennt nach solchen mit und ohne Branntweinausschank, sowie der Branntweinkleinhandlungen in jedem der beiden genannten Jahre festzustellen und ausserdem für jede Gemeinde von mindestens 15 000 Einwohnern, in welcher kein Ortsstatut gemäss § 33 der Gewerbeordnung erlassen ist, die entsprechenden Zahlen besonders und dazu die Zahl der Gast- und Schankwirthschaften anzugeben, bei denen die Bedürfnissfrage wegen Fehlens des Statuts nicht geprüft ist; gleichzeitig ersuchte der Reichskanzler um eine Aeusserung darüber, ob in der Vermehrung der Schankstätten oder auch in der Zahl derselben an sich eine sittliche Gefahr zu erblicken sei, ob einer solchen Gefahr etwa durch strengere Handhabung der Bestimmungen über die Ertheilung der Schankconcessionen zu begegnen wäre oder ob es angezeigt erscheine, wie dies von verschiedenen Seiten vorgeschlagen werde, im Wege der Gesetzgebung das Ermessen der Concessionsbehörden durch Bestimmung des Verhältnisses zwischen der Zahl der Bevölkerung und der Schankstätten einzuschränken, oder ob sonst etwa andere Vorschläge zu machen seien. Diesem Ansuchen des Reichskanzlers gab man seitens der Herzoglichen Landesregierung bereitwilligst statt; es wurden sofort die Landesverwaltungsbehörden — die sämmtlichen Herzoglichen Kreisdirectionen und die Herzogliche Polizeidirection Braunschweig — beauftragt, nach dem vorgeschriebenen Formular die geforderten zahlenmässigen Nachweise zu ermitteln und sich ferner über die Einzelfragen des Reichskanzlers zu äussern; nach dem erhaltenen Material wurde

sodann dem Reichskanzler die gewünschte Auskunft ertheilt. Gleichzeitig beabsichtigte aber Herzogliches Staatsministerium, Departement des Innern, die Erhebung über die Gast- und Schankwirthschaften für das Herzogthum noch weiter zu verwerthen und wurde damit das statistische Bureau Herzoglichen Staatsministeriums entsprechend beauftragt. Nachdem daselbst das vorhandene Material nochmals eingehend geprüft und in manchen Beziehungen durch specielle Nachfragen ergänzt und erweitert worden, ist dasselbe sodann zu den nachstehenden Ergebnissen verarbeitet worden.

Der Betrieb der Gast- und Schankwirthschaft und des Kleinhandels mit Branntwein war im Herzogthum Braunschweig von jeher schon unter der gildemässigen Ordnung des Gewerbewesens und zu Anfang dieses Jahrhunderts speciell wieder durch die Verordnung vom 29. October 1821, No. 8, die modificirte Gewerbe- und Gildeordnung betreffend, die Verordnung vom gleichen Tage No. 9, die Gewerbesteuer betreffend und die Verordnung vom 7. Februar 1822, No. 1, die Contribution von der Nahrung betreffend, an eine Concessionspflicht gebunden und blieb solches auch bei späteren Abänderungen der Gilde- und Gewerbegesetzgebung. Als sodann durch das Gewerbegesetz für das Herzogthum Braunschweig vom 3. August 1864, No. 40, in der Hauptsache die Gewerbefreiheit zur Einführung gelangte, wurde durch § 14 unter No. 4 eine Concession der zuständigen Herzoglichen Kreisdirection für erforderlich erklärt: »zum Betriebe von Gast-, Speise- und Schenkwirthschaften, zur Unterhaltung von hôtels garnis, zum Halten von Tanzlocalen und öffentlichen Vergnügungs-Anstalten, sowie zum Branntweinhandel im Kleinen, d. h. unter 4 Quartier«; dazu wurde noch im § 53, Absatz 6 und 7, bestimmt: »Die im § 14 unter No. 4 genannten Gewerbeberechtigungen können nie Ausfluss einer anderen Gewerbeberechtigung sein. Nur Bierbrauer dürfen als solche ihr eigenes Fabrikat auch ausschänken. Den Branntweinbrennern steht eine gleiche Berechtigung nicht zu; und ebensowenig ist es den Weinhändlern als solchen gestattet, Wein etc. zu verschenken. Gast- und Schenkwirthe dürfen als solche Handel mit Getränken nicht treiben; nur den Krügern auf dem Lande steht als solchen frei, mit Bier, Branntwein und Essig im Kleinen zu handeln«. Die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869 brachte dementsprechend für das Herzogthum keine wesentliche Veränderung des bestehenden Zustandes; Gastwirthschaft, Schankwirthschaft und Klein-

handel mit Branntwein oder Spiritus bedürfen der Concession fast ganz in der früheren Weise; blosse Speisewirtschaften, mit denen weder Gast- noch Schankwirtschaft verbunden ist, gehören fortan zu den freien Gewerben; Gast- und Schankwirtschaft sowie der Kleinhandel mit Branntwein können wie bisher nie Ausfluss einer anderen Gewerbeberechtigung sein; mit dem Gewerbe der Gast- und Schankwirtschaft ist, abweichend von der bisherigen Gesetzgebung, das Recht, Branntwein zu schänken, nicht ferner verbunden, und ebensowenig umfasst die Krugwirtschaft auf dem Lande noch ferner das Recht, mit Branntwein im Kleinen zu handeln, vielmehr bedarf es zum Ausschank von Branntwein, sowie zum Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus in Zukunft stets einer besonderen, namentlich auch nach dem vorhandenen Bedürfnisse zu bemessenden Erlaubniss; die frühere Abgrenzung des Kleinhandels mit Branntwein (unter 4 Quartier) blieb bestehen. Nach Maassgabe des letzten Absatzes des § 33 der Gewerbeordnung, welcher den Landesregierungen bezüglich des Ausschanks von Branntwein und des Kleinhandels mit Branntwein und Spiritus die Einführung der Bedürfnissfrage gestattet, ist im Herzogthum Braunschweig sofort die Erlaubniss zum Ausschänken von Branntwein und zum Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig gemacht. Als dann in Folge der vielfachen Klagen über die starke Zunahme der Gast- und Schankwirtschaften das Reichsgesetz vom 23. Juli 1879, Abänderung der Gewerbeordnung betreffend, bezüglich derselben weitere Einschränkungen durch die Landesregierungen zulies, wurde hiervon für das Herzogthum Braunschweig wiederum im vollsten Maasse Gebrauch gemacht, indem die Verordnung vom 8. December 1879, No. 6 de 1880, den Gewerbebetrieb der Gast- und Schankwirth, sowie der Pfandleiher betreffend, in ihrem § 1 bestimmte: Die Erlaubniss zum Betriebe der Gastwirtschaft und zum Ausschänken von Wein, Bier und anderen nicht unter den Begriff von Branntwein und Spirituosen fallenden geistigen Getränken in Ortschaften mit weniger als 15000 Einwohnern, sowie in solchen Ortschaften mit einer grösseren Einwohnerzahl, für welche dies durch Ortsstatut (§ 142 der Reichsgewerbeordnung) festgesetzt wird, ist in Zukunft von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig. Bezüglich der Erlaubniss zum Ausschänken von Branntwein oder zum Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus bewendet es bei den bestehenden landesgesetzlichen Bestimmungen (cfr. Anweisung zur Ausführung der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 24. September 1869, No. IB 5), wonach die Zulassung zu dem Betriebe dieser Gewerbe von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses bereits abhängig ist. Auf Grund der reichs- bzw. landesgesetzlichen Vorschriften ist sodann für die Stadt Braunschweig durch städtisches Statut vom 27. April 1880 festgesetzt, dass im Stadtbezirke die Erlaubniss zum Betriebe der Gastwirtschaft oder zum Ausschänken von nicht unter den Begriff von Branntwein und Spirituosen fallenden geistigen Getränken fortan von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig sei. Da die Stadt Braunschweig die einzige Stadt des Herzogthums ist, deren Einwohnerzahl sich über 15000 erhebt, so war damit die

Bedürfnissfrage überall für die Ertheilung der Erlaubniss zur Gastwirtschaft und Schankwirtschaft maassgebend; die in dem jetzigen Schreiben des Reichskanzlers erbetene Sondernachweisung in Betreff der Städte mit mehr als 15000 Einwohnern ohne bezügliches Ortsstatut war daher für das Herzogthum Braunschweig gegenstandslos.

I.

Uebersicht der Gast- und Schankwirtschaften, sowie der Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus im Herzogthum Braunschweig am 1. Januar der Jahre 1879 und 1893.

(Tabelle I.)

Die Tabelle I enthält das gesammte allgemeine Material, welches als das Ergebniss der Erhebung und ihrer weiteren Verarbeitung anzusehen ist; sie giebt uns dieses für die einzelnen Amtsgerichtsbezirke des Herzogthums unter specieller Ausscheidung der Städte, und fasst sodann die Kreise und ferner die Städte und Landgemeinden in ihrer Gesamtheit, sowie endlich das Herzogthum zusammen. In den Rubriken 3 bis 19 ist zunächst die absolute Zahl der Gastwirtschaften, der Schankwirtschaften und der Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus für die Jahre 1879 und 1893 für jeden Bezirk angegeben und daneben die in dem fraglichen Zeitraum eingetretene Zu- bzw. Abnahme im Einzelnen berechnet; die Schankwirtschaften sind noch einmal geschieden je nachdem sie Branntweinausschank haben oder nicht; die Gastwirtschaften und Schankwirtschaften sind sodann noch in eine Gesamtzahl zusammengezogen und für diese ist in gleicher Weise wie auch für die Kleinhandlungen mit Branntwein die Zu- bzw. Abnahme nicht nur in absoluter Zahl, sondern auch in dem procentualen Verhältniss angeführt.

Die Zahl der Gastwirtschaften des Herzogthums betrug im Jahre 1879 958, im Jahre 1893 aber 1040, wir haben also eine Zunahme um 82 oder 8,56% für die 14 Jahre zu verzeichnen. Der absoluten Zahl nach vertheilt sich diese Zunahme ziemlich gleichmässig auf Stadt und Land, denn in den Städten haben sich die Gastwirtschaften um 44, in den Landgemeinden um 38 vermehrt; verhältnissmässig ist aber die Vermehrung in den Städten eine weit stärkere, da hier sich die Zahl von 209 auf 253 gehoben hat, während in den Landgemeinden nur ein Fortschreiten von 749 auf 787 stattgefunden hat; aus den letzteren Zahlen ersieht man gleicherzeit, dass etwa ein Viertel der sämmtlichen Gastwirtschaften auf die Städte entfällt, drei Viertel dagegen auf die Landgemeinden. Nach der absoluten Höhe ihrer Gastwirtschaftszahl reihen sich die einzelnen Kreise 1879 und 1893 ganz übereinstimmend in folgender Weise aneinander: Wolfenbüttel, Helmstedt, Braunschweig, Holzminden, Gandersheim, Blankenburg; die Kreise Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt und Blankenburg zeigen eine fast ganz gleichmässige absolute Zunahme zwischen 21 und 19, Gandersheim bleibt dahinter mit einer Zunahme von nur 3 verhältnissmässig stark zurück, Holzminden weist sogar eine Abnahme um 1 auf. Von den Städten und Amtsgerichtsbezirken weisen drei (Stadt Seesen, Amtsgerichtsbezirke Stadtoldendorf, Eschershausen) eine Abnahme auf, neun (Städte Gandersheim, Stadtoldendorf,

Eschershausen, Amtsgerichtsbezirke Riddagshausen, Calvörde, Gandersheim, Greene, Ottenstein, Walkenried) haben ihren Bestand nicht geändert und die übrigen vierundzwanzig zeigen eine Zunahme der Gastwirthschaften; am stärksten ist diese Zunahme natürlich in der Stadt Braunschweig (17), danach am höchsten stehen sodann die Stadt Blankenburg (11) und die Amtsgerichtsbezirke Harzburg (8) und Hasselfelde (6); während bei der Stadt Braunschweig die starke Zunahme in dem schnellen Anwachsen der Bevölkerung und der damit verbundenen grösseren Entwicklung den natürlichen Grund hat, ist bei den übrigen Bezirken wesentlich der stetig noch zunehmende Fremden- und Touristenverkehr im Harz maassgebend gewesen, welcher auch eine grössere Zahl der Gastwirthschaften bedingte.

Bezüglich der Schankwirthschaften ist vorab im Allgemeinen hervorzuheben, dass diejenigen Schankwirthschaften, in denen keine geistigen Getränke, also nur Milch, Kaffee, Selterswasser etc. zum Ausschank kommen, überhaupt ausser Betracht gelassen sind. In der Zeit von 1879 bis 1893 hat sich die Zahl der Schankwirthschaften mit Branntweinausschank von 201 auf 265, also insgesamt um 64 oder 31,84 % gehoben. Stadt und Land stellen sich hier anders als bei den Gastwirthschaften; einmal ist nämlich die Zahl der Schankwirthschaften mit Branntweinausschank in den Städten an sich ungleich höher als in den Landgemeinden, sodann ist aber diese Zahl in den Landgemeinden nicht nur absolut, sondern auch verhältnissmässig weit stärker gewachsen; in den Städten hat sich die Zahl der Schankwirthschaften von 130 auf 156, also um 26 vermehrt, in den Landgemeinden von 71 auf 109, also um 38. Die Kreise gruppieren sich ihrer absoluten Höhe nach 1893 in folgender Weise: Braunschweig (107), Wolfenbüttel (48), Helmstedt (47), Blankenburg (30), Holzminden (19), Gandersheim (14); 1879 war die Reihenfolge sonst dieselbe, nur übertraf Helmstedt Wolfenbüttel um 1, wie es jetzt auch um 1 übertroffen wird; der Höhe der Zunahme nach schliessen sich die Kreise ganz in derselben Weise wie der absoluten Zahl von 1893 nach aneinander, nur tritt Holzminden noch hinter Gandersheim zurück, Braunschweig mit dem Maximum weist eine Zunahme von 24, Holzminden eine solche von 1 auf. Die Schankwirthschaften mit Branntweinausschank treten übrigens wesentlich in den Städten hervor, der Kreis Braunschweig verdankt seine hohe Stellung deshalb in der Hauptsache der Stadt Braunschweig, welche 1893 allein 79 derartiger Schankwirthschaften zählt; 1879 sowohl wie 1893 überall nicht vorhanden sind Schankwirthschaften mit Branntweinausschank in den Amtsgerichtsbezirken Calvörde, Seesen, Greene und Stadtoldendorf, nur 1879 nicht im Amtsgerichtsbezirk Königslutter und 1893 nicht mehr in der Stadt Schöppenstedt. Eine Abnahme der fraglichen Schankwirthschaften haben wir für die Städte Schöppenstedt, Königslutter und Hasselfelde zu verzeichnen; unverändert geblieben ist der Bestand in den Städten Gandersheim, Stadtoldendorf, Eschershausen und in den Amtsgerichtsbezirken Schöppenstedt, Vorsfelde, Gandersheim, Holzminden, Eschershausen, Ottenstein und Hasselfelde; die Zunahme erhebt sich sodann bis auf 14 in der Stadt Braunschweig.

Die Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank bilden die einzige Wirthschaftskategorie, welche allgemein eine Abnahme und zwar eine verhältnissmässig nicht unbedeutende zeigt. Im Herzogthum betrug ihre Anzahl 1879 382, 1893 aber nur 278, dieselbe ist mithin um 104 oder 27,23 %, mithin um mehr als ein Viertel des früheren Bestandes zurückgegangen. Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank finden sich der absoluten Zahl nach wieder mehr auf dem Lande als in den Städten, die Abnahme zeigt sich aber bei beiden etwa in dem gleichen Verhältniss, die Städte weisen 1879 107 der fraglichen Schankwirthschaften auf, 1893 71, die Landgemeinden 1879 275 und 1893 207. Während nach der Höhe der absoluten Zahl dieser Wirthschaften im Jahre 1879 die Kreise sich wie nachstehend hinter einander ordneten: Braunschweig (147), Helmstedt (71), Wolfenbüttel (60), Gandersheim (58), Holzminden (40), Blankenburg (6), ist ihre Reihenfolge 1893 die folgende geworden: Braunschweig (119) steht noch an der Spitze, dann schliesst sich aber an zweiter Stelle Gandersheim (44) an, nunmehr folgt Wolfenbüttel (43), dann erst Helmstedt (39) und endlich Holzminden (28) und Blankenburg (5); sämtliche Kreise weisen eine Abnahme auf, am stärksten tritt dieselbe bei Helmstedt (— 32) und Braunschweig (— 28) hervor, nächst dem bei Wolfenbüttel (— 17), Gandersheim (— 14) und Holzminden (— 12), am schwächsten endlich bei Blankenburg (— 1), welches übrigens die fraglichen Wirthschaften nur in ganz geringer Anzahl besitzt. Unter den einzelnen Städten und Amtsgerichtsbezirken sind wiederum verschiedene, in denen Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank in beiden oder wenigstens einem der fraglichen Jahre überhaupt nicht vorkommen; bezüglich beider Jahre ist dieses der Fall bei der Stadt Gandersheim und den Amtsgerichtsbezirken Thedinghausen, Hasselfelde und Walkenried, nur im Jahre 1879 bei der Stadt Blankenburg und endlich nur im Jahre 1893 bei den Städten Wolfenbüttel, Seesen und Stadtoldendorf; die Stadt Blankenburg und der Amtsgerichtsbezirk Wolfenbüttel sind die einzigen Bezirke, in welchen die Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank zugenommen haben; unverändert ist ihr Bestand geblieben in den Städten Helmstedt und Eschershausen und den Amtsgerichtsbezirken Lutter am Bbge. und Ottenstein; in 26 Bezirken erblicken wir eine Abnahme der fraglichen Schankwirthschaften, welche in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel bis zu 18 bzw. 8, in den Amtsgerichtsbezirken Schöningen und Königslutter bis zu 12 bzw. 8 angewachsen ist.

Endlich ist noch die Gesamtzahl der Gast- und Schankwirthschaften in eins zusammengezogen und dabei nicht nur die absolute, sondern auch die procentuale Zunahme berechnet worden. Gast- und Schankwirthschaften gab es im Herzogthume insgesamt im Jahre 1879 1541 und im Jahre 1893 1583, sie haben also um 42 oder 2,73 % zugenommen, eine Veränderung, die an sich allerdings als eine bedeutende nicht angesehen werden kann. Von diesen Gesamtzahlen entfielen 1879 auf die Städte 446 und auf Landgemeinden 1095, 1893 auf die Städte 480 und auf die Landgemeinden 1103; die Landgemeinden überwiegen hier also in ziemlich nennenswerther Weise, dahingegen ist die Zunahme der Gast- und Schankwirthschaften in den

Städten eine erheblichere, sie stellt sich hier auf 34 oder 7,62 %, während sie in den Landgemeinden nur 8 oder 0,73 % beträgt. Die einzelnen Kreise ordnen sich nach der Gesamtzahl ihrer Gast- und Schankwirthschaften im Jahre 1879 ebenso wie auch im Jahre 1893 ganz nach der Reihenfolge, in welcher sie auch sonst ihren allgemeinen und Grössenverhältnissen nach aneinander gereiht werden und zwar 1893 Braunschweig mit 419, Wolfenbüttel mit 358, Helmstedt mit 298, Gandersheim mit 190, Holzminden mit 184, Blankenburg mit 134. Bezüglich der Zu- und Abnahme finden wir aber verhältnissmässig grosse Verschiedenheiten zwischen den einzelnen Kreisen; durch die grösste Zunahme von 27 oder 25,23 % zeichnet sich Blankenburg aus, ihm folgen unter sich ziemlich nahe stehend Wolfenbüttel mit einer Zunahme von 19 oder 5,60 % und Braunschweig mit einer solchen von 16 oder 3,97 %, auch Helmstedt zeigt noch eine wenn auch sehr geringe Zunahme um 1 oder 0,34 %, die beiden übrigen Kreise weisen dann aber eine Abnahme auf und zwar Gandersheim eine solche von 9 oder 4,52 % und Holzminden eine solche von 12 oder 6,12 %. Die einzelnen Städte und Amtsgerichtsbezirke weichen natürlich in ihrer absoluten Zahl von Gast- und Schankwirthschaften sehr von einander ab, naturgemäss steht die Stadt Braunschweig weitaus obenan und zwar beide Jahre, wie denn auch eine wesentliche Verschiebung unter den Bezirken in dem zwischen den Erhebungsjahren liegenden Zeitraum nicht eingetreten ist; im Jahre 1893 erhebt sich das Maximum auf 202, über 100 Gast- und Schankwirthschaften hat dann 1893 nur noch ein Amtsgerichtsbezirk (Riddagshausen), zwischen 75 und 100 stehen drei Amtsgerichtsbezirke (Wolfenbüttel, Vechelde, Salder), zwischen 50 und 75 zwei Städte (Wolfenbüttel, Helmstedt) und sechs Amtsgerichtsbezirke (Vorsfelde, Harzburg, Schöppenstedt, Königslutter, Eschershausen, Lutter a. Bbge.), zwischen 25 und 50 zwei Städte (Blankenburg, Schöningen) und sieben Amtsgerichtsbezirke (Schöningen, Blankenburg, Gandersheim, Stadtoldendorf, Holzminden, Seesen, Greene), zwischen 10 und 25 sechs Städte (Holzminden, Seesen, Schöppenstedt, Königslutter, Gandersheim, Hasselfelde) und sechs Amtsgerichtsbezirke (Thedinghausen, Hasselfelde, Calvörde, Walkenried, Ottenstein, Helmstedt), und endlich unter 10 zwei Städte (Stadtoldendorf, Eschershausen); die Stadt Eschershausen bildet mit 7 das Minimum. Was nun die Zu- und Abnahme bei den einzelnen Städten und Amtsgerichtsbezirken anbetrifft, so finden wir zunächst bei drei Städten (Gandersheim, Holzminden, Eschershausen) und fünf Amtsgerichtsbezirken (Riddagshausen, Vechelde, Helmstedt, Vorsfelde, Ottenstein) überall keine Veränderung in dem Bestande, eine Zunahme sehen wir sodann bei fünf Städten (Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt, Schöningen, Blankenburg) und zehn Amtsgerichtsbezirken (Thedinghausen, Wolfenbüttel, Schöppenstedt, Salder, Harzburg, Königslutter, Lutter a. Bbge., Blankenburg, Hasselfelde, Walkenried), eine Abnahme aber endlich ist zu constatiren für fünf Städte (Schöppenstedt, Königslutter, Seesen, Stadtoldendorf, Hasselfelde) und acht Amtsgerichtsbezirke (Schöningen, Calvörde, Gandersheim, Seesen, Greene, Holzminden, Stadtoldendorf, Eschershausen); absolut am höchsten ist die Zunahme in der Stadt Blankenburg (14) und

der Stadt Braunschweig (13), über 5 steigt sie sonst nur noch in der Stadt Helmstedt und in den Amtsgerichtsbezirken Wolfenbüttel und Hasselfelde, procentual die höchste Zunahme (eine solche über 10 %) weisen auf die Stadt Blankenburg (73,68 %), die Amtsgerichtsbezirke Hasselfelde (33,33 %) und Walkenried (26,27 %) und die Stadt Helmstedt (15,22 %); die Abnahme erreicht ihren absoluten Höhepunkt in dem Amtsgerichtsbezirke Schöningen (6), procentual bedeutender, über 10 %, ist sie in den Amtsgerichtsbezirken Schöningen (11,11 %), Gandersheim (10,87 %), Stadtoldendorf (10,87 %) und Seesen (10,26 %).

Endlich ist die Zahl der Kleinhandlungen mit Branntwein und Spiritus in derselben Weise wie die Gesamtzahl der Gast- und Schankwirthschaften unter Aufführung der absoluten und der procentualen Zu- bzw. Abnahme angegeben worden; hier sind die sämmtlichen fraglichen Kleinhandlungen in Rechnung gebracht, also auch diejenigen, welche mit einer Gast- oder Schankwirthschaft verbunden sind. Im ganzen Herzogthum belief sich die Zahl der Kleinhandlungen mit Branntwein und Spiritus im Jahre 1879 auf 1018, im Jahre 1893 auf 1123, sie hat mithin um 105 oder 10,31 % zugenommen. Auf die Städte entfällt nicht ganz ein Drittel der Branntweinkleinhandlungen, auf die Landgemeinden zwei Drittel, der absoluten Zahl nach finden wir in den Landgemeinden, relativ nach dem Procentsatz in den Städten eine stärkere Zunahme; in den Städten ist die Zahl der Branntweinkleinhandlungen von 317 auf 365, also um 48 oder 15,14 %, in den Landgemeinden von 701 auf 758, also um 57 oder 8,13 % gestiegen. Die Kreise bieten 1879 und 1893 dieselbe Reihenfolge und zwar mit den Zahlen von 1893 die folgende: Braunschweig 272, Helmstedt 245, Wolfenbüttel 217, Gandersheim 158, Holzminden 147, Blankenburg 84; die regelmässige Ordnung ist hier insofern unterbrochen, als Helmstedt über Wolfenbüttel gerückt ist, die Zahlen von Helmstedt und vielleicht auch Wolfenbüttel scheinen an sich hohe zu sein, namentlich im Verhältniss zum Kreise Braunschweig. Die Zunahme der Branntweinkleinhandlungen, welche sich allerdings überall findet, zeigt doch in den einzelnen Kreisen eine sehr verschiedene Höhe; die grösste Zunahme, absolut und procentual, weist der Kreis Helmstedt mit einer solchen von 40 oder 19,51 % auf, demnächst folgt Braunschweig mit 35 oder 14,77 %, nach der procentualen Zunahme schliessen sich dann Blankenburg mit 9,09 % und Wolfenbüttel mit 9,05 % unter sich ohne wesentlichen Unterschied an, wenn sie auch der absoluten Zunahme nach, welche sich bei Wolfenbüttel auf 18, bei Blankenburg nur auf 7 stellt, stark von einander abweichen; weiter zurück bleiben endlich die beiden letzten Kreise, Holzminden mit einer Zunahme von 4 oder 2,50 % und Gandersheim mit einer solchen von 1 oder 0,64 %. Unter den Städten und Amtsgerichtsbezirken ragt die Stadt Braunschweig hier 1879 sowohl wie 1893 — auch hier ist allgemein eine Verschiebung in dem fraglichen Zeitraume nicht zu constatiren — verhältnissmässig stark hervor, 1893 kommt die Zahl auf 153, während die nächst höchste Zahl 1893, welches Jahr wir überhaupt für das Folgende zu Grunde legen, in den Amtsgerichtsbezirken Riddagshausen und Vorsfelde nur bis auf 59 ansteigt; ausserdem erhebt sich nur noch ein Amtsgerichtsbezirk

(Wolfenbüttel) über 50; zwischen 25 und 50 stehen sodann zwei Städte (Helmstedt, Wolfenbüttel) und fünfzehn Amtsgerichtsbezirke (Salder, Vechelde, Königslutter, Schöningen, Eschershausen, Schöppenstedt, Gandersheim, Lutter a. Bbge., Seesen, Blankenburg, Harzburg, Stadtoldendorf, Holzminden, Calvörde, Greene), zwischen 10 und 25 acht Städte (Holzminden, Seesen, Schöppenstedt, Schöningen, Gandersheim, Blankenburg, Stadtoldendorf, Königslutter) und fünf Amtsgerichtsbezirke (Walkenried, Thedinghausen, Helmstedt, Ottenstein, Hasselfelde), und endlich unter 10 finden sich nur zwei Städte (Eschershausen, Hasselfelde); Stadt Hasselfelde bildet mit 5 das Minimum. Weitaus die Mehrzahl der Städte und Amtsgerichtsbezirke weist eine Zunahme der Branntweinkleinhandlungen auf; nur für zwei Städte (Hasselfelde, Eschershausen) und drei Amtsgerichtsbezirke (Blankenburg, Seesen, Eschershausen) hat sich die Zahl der Branntweinkleinhandlungen vermindert, absolut und procentual ist diese Verminderung mit 3 oder 37,50 % am bedeutendsten in der Stadt Hasselfelde; ihren Bestand unverändert erhalten haben ferner drei Städte (Schöningen, Seesen, Stadtoldendorf) und drei Amtsgerichtsbezirke (Gandersheim, Greene, Ottenstein), sämtliche übrige Bezirke zeigen eine Vermehrung der Branntweinkleinhandlungen; absolut ist diese Vermehrung am grössten in den Städten Braunschweig (30) und Wolfenbüttel (13) und den Amtsgerichtsbezirken Vorsfelde (9), Wolfenbüttel (6), Schöningen (6), Königslutter (6) und Walkenried (6); die procentuale Zunahme erhebt sich in dem Amtsgerichtsbezirke Hasselfelde bis auf 57,14 % und in der Stadt Helmstedt bis auf 50,00 %, zwischen 30 und 40 % steht sie in zwei Amtsgerichtsbezirken (Helmstedt, Walkenried), zwischen 20 und 30 % in einer Stadt (Braunschweig), zwischen 10 und 20 % in zwei Städten (Schöppenstedt, Königslutter) und sechs Amtsgerichtsbezirken (Schöningen, Vorsfelde, Königslutter, Salder, Wolfenbüttel, Stadtoldendorf), zwischen 5 und 10 % in vier Städten (Holzminden, Blankenburg, Gandersheim, Wolfenbüttel) und drei Amtsgerichtsbezirken (Thedinghausen, Schöppenstedt, Riddagshausen), unter 5 % bleiben endlich fünf Amtsgerichtsbezirke (Calvörde, Holzminden, Harzburg, Lutter a. Bbge., Vechelde).

In den Rubriken 20 bis 23 ist dann ferner berechnet worden, wie viel Gast- und Schankwirthschaften (insgesamt) und wie viel Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus auf je 1000 Einwohner in den einzelnen Bezirken im Jahre 1879 und im Jahre 1893 kommen. Für das Herzogthum zählte man 1879 auf je 1000 Einwohner 4,41 Gast- und Schankwirthschaften, 1893 aber nur 3,92, die Zahl der Gast- und Schankwirthschaften hat mithin doch nicht in dem gleichen Verhältniss wie die Bevölkerung zugenommen, denn der jetzt auf 1000 entfallende Satz ist um 0,49 niedriger als der vom Jahre 1879, relativ, im Verhältniss zur Bevölkerungszahl ist also eine Abnahme der Zahl der Gast- und Schankwirthschaften zu verzeichnen. Auf die städtische Bevölkerung entfällt verhältnissmässig eine geringere Anzahl von Gast- und Schankwirthschaften als auf die ländliche, dahingegen ist aber die relative Abnahme (im Verhältniss zur Bevölkerung) für die Städte eine grössere als für die Landgemeinden; auf 1000 Einwohner der Städte berechnen sich 1879 3,33, 1893 2,31 Gast- und Schankwirthschaften, auf 1000 Einwohner der Land-

gemeinden 1879 5,08 und 1893 4,73. Die Kreise weichen nach der Zahl der auf 1000 ihrer Einwohnerschaft kommenden Gast- und Schankwirthschaften unter sich nicht unerheblich ab, auch ist die Ordnung, in welcher sie sich nach der Höhe dieser Zahl 1879 und 1893 aneinander reihen, eine ganz verschiedene; 1879 gruppieren sie sich folgendermaassen: Helmstedt 5,14, Wolfenbüttel 5,10, Gandersheim 4,51, Holzminden 4,42, Blankenburg 4,26, Braunschweig 3,61, 1893 ist die Reihenfolge wie nachstehend: Wolfenbüttel 4,76, Blankenburg 4,56, Helmstedt 4,55, Gandersheim 4,22, Holzminden 3,90, Braunschweig 2,96; bezüglich der vorgegangenen Verschiebungen muss zunächst das starke Aufrücken des Kreises Blankenburg auffallen, wir sahen aber schon oben, dass die absolute und procentuale Zunahme der Gast- und Schankwirthschaften gerade in diesem Kreise die bedeutendste war und dieses drückt sich nun hier in dem starken Aufrücken aus; zudem ist Blankenburg der einzige Kreis, welcher auch im Verhältniss zur Bevölkerung eine Zunahme der Gast- und Schankwirthschaften zeigt, denn 1879 kamen dort 4,26, 1893 aber 4,56 Gast- und Schankwirthschaften auf 1000 Einwohner, bei sämtlichen übrigen Kreisen finden wir aber entsprechend dem für das Herzogthum constatirten Verhältniss eine Abnahme der bezüglichlichen relativen Zahl, welche am stärksten in den Kreisen Braunschweig und Helmstedt hervortritt; in Bezug auf den Wechsel der Reihenfolge etc. ist noch auf das stärkere Zurückbleiben des Kreises Braunschweig hinzuweisen, es ist begründet wesentlich in dem Einfluss der Stadt Braunschweig, für welche die Bevölkerung ungleich stärker als die Zahl der Gast- und Schankwirthschaften fortschreitet. Wenn wir nun die einzelnen Städte und Amtsgerichtsbezirke näher ins Auge fassen, so werden wir zunächst bemerken, dass die Städte im Allgemeinen wenigstens in ihrer Mehrheit bezüglich der auf 1000 Einwohner entfallenden Gast- und Schankwirthschaftszahl hinter den Landgemeinden zurückbleiben, wenn auch einzelne wie namentlich Gandersheim und Helmstedt hiervon abweichen; es ist dieses aber ein Verhältniss, welches durchaus als in der Natur der Sache liegend anzusehen ist; jede Ortschaft, mag sie auch noch eine so geringe Einwohnerschaft zählen, wird in der Regel eine Gast- oder Schankwirthschaft haben und durch besondere Verhältnisse kann auch vielfach für an sich kleinere Orte das Bedürfniss für eine zweite oder gar dritte Wirthschaft vorliegen; nun haben wir aber in fast sämtlichen Amtsgerichtsbezirken eine Anzahl geringer bevölkerter Gemeinden und es ist natürlich, dass dieselben hier einen verhältnissmässig grossen Einfluss ausüben, in den Städten kann das Bedürfniss nicht in gleicher Weise im Verhältniss zur Einwohnerzahl hervortreten; dieser Erklärung entspricht es auch vollkommen, dass gerade die Stadt Braunschweig mit ihrer 100000 überschreitenden Einwohnerschaft nach der auf 1000 Einwohner kommenden Anzahl der Gast- und Schankwirthschaften den niedrigsten Platz einnimmt, in ihr entfallen im Jahre 1893, dessen Zahlen wir für das Nachstehende überhaupt berücksichtigen werden, nur 2,00 Gast- und Schankwirthschaften auf je 1000 Einwohner; zwischen 2 und 3 bleibt ausserdem nur noch eine Stadt (Holzminden), zwischen 3 und 4 haben wir sodann vier Städte (Stadtoldendorf, Schöningen, Seesen,

Hasselfelde) und zwei Amtsgerichtsbezirke (Walkenried, Holzminden), zwischen 4 und 4,50 vier Städte (Schöppenstedt, Wolfenbüttel, Blankenburg, Königslutter) und zehn Amtsgerichtsbezirke (Seesen, Schöningen, Stadtoldendorf, Lutter a. Bbge., Wolfenbüttel, Greene, Gandersheim, Helmstedt, Königslutter, Ottenstein), zwischen 4,50 und 5 zwei Städte (Eschershausen, Helmstedt) und vier Amtsgerichtsbezirke (Salder, Calvörde, Hasselfelde, Eschershausen), und endlich über 5 eine Stadt (Gandersheim) und sieben Amtsgerichtsbezirke (Vechelde, Salder, Harzburg, Riddagshausen, Vorsfelde, Blankenburg, Thedinghausen); das Maximum erreicht der Amtsgerichtsbezirk Thedinghausen mit 5,78. Was nun die bezügliche relative Zu- bzw. Abnahme bei den einzelnen Städten und Amtsgerichtsbezirken betrifft, so zeigen nur eine Stadt (Blankenburg) und vier Amtsgerichtsbezirke (Thedinghausen, Calvörde, Hasselfelde, Walkenried) eine Zunahme, sämtliche übrigen Bezirke aber eine Abnahme; durch eine besonders starke Abnahme (über 0,60) zeichnen sich die Städte Königslutter und Stadtoldendorf und die Amtsgerichtsbezirke Riddagshausen, Wolfenbüttel, Schöningen, Stadtoldendorf und Eschershausen aus.

Die Zahl der Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus, welche absolut im Herzogthum nicht unbedeutend um 105 oder 10,31 % zugenommen hat, ist doch relativ im Verhältniss zur Bevölkerung um ein Geringes zurückgegangen, denn 1879 wurden 2,91 derselben auf 1000 Einwohner gezählt, 1893 aber nur 2,78. Dieser Rückgang zeigt sich aber allein für die Städte und ist für sie wesentlich durch die verhältnissmässig stärkere Bevölkerungszunahme veranlasst; in den Städten kamen 1879 2,37, 1893 2,14 Branntweinkleinhandlungen auf 1000 Einwohner, in den Landgemeinden 1879 und 1893 gleichmässig 3,25; die an sich höhere relative Zahl für die Landgemeinden findet die gleiche Begründung wie die bezügliche höhere Zahl der Gast- und Schankwirthschaften, für welche solche oben gegeben ist. Auch nach der auf 1000 Einwohner entfallenden Zahl der Branntweinkleinhandlungen gestaltet sich die Reihenfolge der einzelnen Kreise, wenn auch abweichend von der bei den Gast- und Schankwirthschaften, verschieden für die Jahre 1879 und 1893; im ersteren Jahre ist sie folgende: Gandersheim 3,56, Helmstedt 3,55, Holzminden 3,23, Blankenburg 3,07, Wolfenbüttel 2,99, Braunschweig 2,13, im letzteren Jahre dagegen ist sie wie nachstehend: Helmstedt 3,74, Gandersheim 3,51, Holzminden 3,12, Wolfenbüttel 2,89, Blankenburg 2,86, Braunschweig 1,92; dass Helmstedt 1893 mit einem verhältnissmässig stärkeren Ueberwiegen an die erste Stelle gerückt ist, kann uns nicht Wunder nehmen, wenn wir die besonders hervorragende absolute Zunahme an Branntweinkleinhandlungen, welche wir oben constatirt haben, berücksichtigen; beim Kreise Braunschweig kann die auch starke absolute Zunahme wegen der starken Bevölkerungszahl und Bevölkerungszunahme der Stadt Braunschweig nicht in gleicher Weise wirken, der Kreis ist trotzdem in der letzten Stelle geblieben und ist dem vorletzten Kreise auch nicht näher aufgerückt; Helmstedt ist auch der einzige Kreis, welcher eine Zunahme der relativen Zahl der Branntweinkleinhandlungen aufweist, bei allen übrigen sehen wir eine Abnahme, welche bei Braunschweig und Blankenburg am grössten ist; an sich ist der Unterschied zwischen dem

zuerst und dem zuletzt stehenden Kreise ein verhältnissmässig nicht unbedeutender. Zwischen den Zahlen für die einzelnen Städte und Amtsgerichtsbezirke treten allerdings noch weit grössere Verschiedenheiten hervor, denn das Maximum kommt hier im Jahre 1893 beim Amtsgerichtsbezirke Calvörde auf 5,97, während das Minimum bei der Stadt Braunschweig bis auf 1,51 herabgeht; die Gründe, welche bei den Gast- und Schankwirthschaften, wie wir oben gesehen, auf an sich niedrige Zahlen bei den Städten hinwirkten, müssen auch hier in ähnlicher Weise ihren Einfluss ausüben und wir sehen auch in der That die Städte hier gleicherweise in der Mehrzahl mit besonders kleinen Zahlen vertreten, andererseits bilden aber auch einzelne derselben und zwar in weitergehender Weise als bei den Gast- und Schankwirthschaften eine Ausnahme nach der entgegengesetzten Richtung hin und zeichnen sich, wie namentlich Gandersheim, Eschershausen, Schöppenstedt, Seesen und Stadtoldendorf, durch an sich höhere Zahlen aus; abgesehen von der Stadt Braunschweig finden wir noch drei Städte (Blankenburg, Hasselfelde, Schöningen), welche hinsichtlich der auf 1000 Einwohner kommenden Kleinhandlungen mit Branntwein nach den Zahlen von 1893 unter 2 sich halten, zwischen 2 und 3 stehen sodann zwei Städte (Wolfenbüttel, Holzminden) und neun Amtsgerichtsbezirke (Hasselfelde, Holzminden, Vechelde, Harzburg, Lutter a. Bbge., Schöppenstedt, Riddagshausen, Salder, Stadtoldendorf), welche übrigens mit Ausnahme des ersten sämtlich der Höhe nach hinter den beiden Städten zurückbleiben, zwischen 3 und 4 sind ferner zwei Städte (Königslutter, Helmstedt) und zehn Amtsgerichtsbezirke (Wolfenbüttel, Greene, Schöningen, Ottenstein, Eschershausen, Königslutter, Gandersheim, Blankenburg, Seesen, Thedinghausen), zwischen 4 und 5 drei Städte (Stadtoldendorf, Seesen, Schöppenstedt) und drei Amtsgerichtsbezirke (Helmstedt, Walkenried, Vorsfelde) und über 5 endlich ausser dem oben schon hervorgehobenen Maximum noch zwei Städte (Eschershausen, Gandersheim). Eine Vergleichung der Ergebnisse für die beiden Jahre 1879 und 1893 führt uns hier bei den Branntweinkleinhandlungen grössere Unterschiede vor Augen als bei den Gast- und Schankwirthschaften; so zeigen schon, entgegengesetzt dem allgemeinen Resultat, zwei Städte (Schöppenstedt, Helmstedt) und elf Amtsgerichtsbezirke (Thedinghausen, Salder, Helmstedt, Schöningen, Vorsfelde, Calvörde, Gandersheim, Greene, Stadtoldendorf, Hasselfelde, Walkenried) eine Zunahme der auf 1000 Einwohner entfallenden Branntweinkleinhandlungen, sämtliche übrigen Bezirke haben dann allerdings eine Abnahme, diese wechselt aber auch wiederum erheblicher, ganz unbedeutend ist sie in der Stadt Gandersheim und den Amtsgerichtsbezirken Schöppenstedt, Holzminden und Ottenstein, verhältnissmässig stark dagegen in den Städten Stadtoldendorf, Eschershausen, Blankenburg und Hasselfelde, sowie dem Amtsgerichtsbezirke Blankenburg.

Endlich giebt die Tabelle I in den Rubriken 24 bis 27 noch an, wie viel Gast- und Schankwirthschaften und wie viel Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus innerhalb jedes Bezirkes auf je eine Ortschaft desselben im Jahre 1879 und 1893 entfallen. Hier muss sich natürlich ein von dem vorigen wesentlich abweichendes Bild zeigen. Da sich die Zahl der Ortschaften im Herzogthum

in dem in Frage kommenden Zeitraume nicht verändert hat, dagegen aber sowohl die Zahl der Gast- und Schankwirthschaften, als die der Branntweinkleinhandlungen absolut in die Höhe gegangen ist, so muss natürlich auch für beide die auf eine Ortschaft kommende Zahl zugenommen haben, während wir umgekehrt für die auf 1000 Einwohner entfallenden Zahlen ein Sinken constatiren konnten, wenn auch nur geringes. Ausserdem muss hier selbstredend der Unterschied zwischen Stadt und Land sich ungleich schärfer ausprägen. Von den Gast- und Schankwirthschaften kamen im Jahre 1879 3,87, im Jahre 1893 3,46 auf eine Ortschaft im Durchschnitt für das ganze Herzogthum, auf die Städte allein aber 1879 34,30 und 1893 36,92, dagegen auf die Landgemeinden nur 1879 2,46 und 1893 2,46, der Unterschied ist mithin ein sehr bedeutender. Er tritt übrigens auch in dem Verhältniss der einzelnen Kreise scharf hervor; Blankenburg, welches zwei Städte, aber nur eine sehr kleine Anzahl von Ortschaften überhaupt besitzt, steht in Folge dessen in beiden Jahren, 1893 mit 5,58, obenan; vermöge des überwiegenden Einflusses der Stadt Braunschweig folgt in beiden Jahren an zweiter Stelle der Kreis Braunschweig, 1893 mit 4,51; die dritte und vierte Stelle nehmen Wolfenbüttel und Helmstedt mit den nächst Braunschweig grössten Städten des Herzogthums ein, unter sich 1879 und 1893 verschieden geordnet, denn 1879 überragt Helmstedt, 1893 aber Wolfenbüttel, in beiden Fällen ist der Unterschied aber nur ein geringer, 1893 zeigt Wolfenbüttel 3,44, Helmstedt 3,31; an fünfter und sechster Stelle stehen endlich Gandersheim und Holzminden, welche in gleicher Weise wie Wolfenbüttel und Helmstedt 1879 und 1893 mit dem Vorrang tauschen, 1879 nimmt Holzminden, 1893 Gandersheim allerdings beide Male ohne wesentlichen Unterschied den fünften Platz ein, 1893 weist Gandersheim 2,57, Holzminden 2,56 auf. In sämmtlichen Kreisen hat die Zahl der auf eine Ortschaft fallenden Gast- und Schankwirthschaften zugenommen, meist allerdings nicht sehr bedeutend, stärker um 1,12 eigentlich nur im Kreise Blankenburg, woselbst die absolute Zunahme bei der geringen Anzahl der Ortschaften einen um so schärferen Ausschlag geben musste; am geringsten, nur 0,01, ist die Zunahme im Kreise Helmstedt. Die einzelnen Städte und Amtsgerichtsbezirke werden wir wegen der hier sich bietenden inneren Verschiedenheit zwischen Stadt und Land am zweckmässigsten ganz getrennt behandeln, sie greifen auch nur insofern etwas in einander, als der höchste Amtsgerichtsbezirk (Harzburg) die niedrigste Stadt (Eschershausen) um etwas übertrifft. Unter den Städten finden wir natürlich Braunschweig, 1893 mit 202,00, weitaus obenan, Wolfenbüttel folgt an zweiter Stelle mit 60,00, dann Helmstedt mit 53,00, Blankenburg mit 33,00, Schöningen mit 27,00 und Holzminden mit 22,00, sämmtliche übrigen Städte bleiben unter 20, unter 10 nur Stadtoldendorf und Eschershausen, welches letztere mit 7,00 das Minimum bildet; im Grossen und Ganzen reihen sich die Städte in dem Verhältniss ihrer Grösse aneinander, nur Blankenburg steht dem entgegen wesentlich höher, wobei der Fremdenverkehr des Harzes aber, wie schon oben gesagt, in Betracht gezogen werden muss; von den Städten zeigen hier fünf (Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt, Schöningen, Blankenburg) eine Zunahme, drei (Gandersheim, Holzminden,

Eschershausen) haben ihren Bestand unverändert behalten, und fünf (Schöppenstedt, Königslutter, Seesen, Stadtoldendorf, Hasselfelde) sind mit einer Abnahme zu verzeichnen; die stärkste Zunahme haben die Städte Blankenburg und Braunschweig. Unter den Amtsgerichtsbezirken steht Harzburg, welches ja auch die Stadt Eschershausen noch übertrifft, weitaus obenan, 1893 mit 8,43, auch hier wird dem Fremdenverkehr des Harzes und dem dadurch in grösserem Maasse gegebenen Bedürfniss ein wesentlicher Einfluss zuzuschreiben sein, ausserdem besteht der Amtsgerichtsbezirk Harzburg aus verhältnissmässig wenigen, aber ausschliesslich grösseren Ortschaften; die beiden nächsten Amtsgerichtsbezirke sind Hasselfelde mit 4,80 und Blankenburg mit 4,00, für beide ist auch der Harzfremdenverkehr als von maassgebendem Einfluss anzusehen; dann folgen als einzige über 3 Walkenried mit 3,80, gleichfalls unter dem Einfluss des Harzverkehrs und Lutter a. Bbge. mit 3,13; zwischen 2,50 und 3 stehen sodann vier Amtsgerichtsbezirke (Seesen, Salder, Schöningen, Königslutter); zwischen 2 und 2,50 elf Amtsgerichtsbezirke (Holzminden, Riddagshausen, Vechelde, Helmstedt, Stadtoldendorf, Thedinghausen, Wolfenbüttel, Vorsfelde, Schöppenstedt, Greene, Ottenstein) und unter 2 endlich drei Amtsgerichtsbezirke (Calvörde, Eschershausen, Gandersheim); das Minimum von Gandersheim erhebt sich auf 1,52; eine Zunahme der auf eine Ortschaft entfallenden Gast- und Schankwirthschaften tritt uns bei zehn von den dreiundzwanzig Amtsgerichtsbezirken (Thedinghausen, Wolfenbüttel, Schöppenstedt, Salder, Harzburg, Königslutter, Lutter a. Bbge., Blankenburg, Hasselfelde, Walkenried), entgegen, ein Stehenbleiben bei fünf Amtsgerichtsbezirken (Riddagshausen, Vechelde, Helmstedt, Vorsfelde, Ottenstein) und endlich eine Abnahme bei acht Amtsgerichtsbezirken (Schöningen, Calvörde, Gandersheim, Seesen, Greene, Holzminden, Stadtoldendorf, Eschershausen); die Zunahme ist am stärksten in den Amtsgerichtsbezirken Harzburg, Hasselfelde und Walkenried, die Abnahme in den Amtsgerichtsbezirken Schöningen und Seesen.

Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus gab es im Herzogthum 1879 2,23, 1893 2,46 auf je eine Ortschaft, auf eine Stadt entfallen aber 1879 24,38, 1893 28,08 und auf eine Landgemeinde im Gegensatz dazu nur 1879 1,58 und 1893 1,77, die Zunahme ist danach durchweg stärker als bei den Gast- und Schankwirthschaften. Die Kreise zeigen hier ein ähnliches Bild wie bei den auf eine Ortschaft entfallenden Gast- und Schankwirthschaften, ihre Reihenfolge ist in den beiden Jahren 1879 und 1893 fast ganz die gleiche und zwar 1893 die folgende (die beigefügten Zahlen beziehen sich wie regelmässig auf das Jahr 1893): Blankenburg 3,50, Braunschweig 2,93, Helmstedt 2,72, Gandersheim 2,14, Wolfenbüttel 2,08, Holzminden 2,04; 1879 unterscheidet sich die Reihenfolge nur dadurch, dass Wolfenbüttel dort noch hinter Holzminden zurückbleibt, dieses stärkere Zurücktreten des Kreises Wolfenbüttel ist auch der Hauptunterschied von dem bezüglichen Verhältniss der Gast- und Schankwirthschaften, die auf letztere wirkenden oben hervorgehobenen Ursachen müssen ja mehr oder weniger auch hier zur Geltung kommen; in sämmtlichen Kreisen hat die Zahl der auf eine Ortschaft entfallenden Branntweinkleinhandlungen zu-

genommen am bedeutendsten im Kreise Helmstedt und demnächst in den Kreisen Braunschweig und Blankenburg. Städte und Amtsgerichtsbezirke sind auch wiederum getrennt zu behandeln, sie greifen hier gar nicht in einander über. Auch hier reihen sich die Städte, wenn auch mit verschiedenen Abweichungen, so doch wesentlich ihrem Grössenverhältniss entsprechend, aneinander; obenan steht weitaus Braunschweig mit 153,00 im Jahre 1893, dem folgt allerdings zunächst Helmstedt mit 39,00 und danach erst Wolfenbüttel mit 34,00; dieses Vortreten Helmstedts, welches sich 1879 noch nicht zeigte, ist durch die unverhältnissmässige Zunahme der Branntweinkleinhandlungen seit 1879 in jener Stadt herbeigeführt; auf 20 und über 20 erheben sich noch zwei Städte (Holzminden, Seesen), auf mehr als 10 sechs (Schöppenstedt, Schöningen, Gandersheim, Blankenburg, Stadtoldendorf, Königslutter) und unter 10 bleiben wiederum zwei (Eschershausen, Hasselfelde); Hasselfelde zeigt mit 5,00 das Minimum; von den dreizehn Städten zeigen acht (Braunschweig, Wolfenbüttel, Schöppenstedt, Helmstedt, Königslutter, Gandersheim, Holzminden, Blankenburg) eine Zunahme der Branntweinkleinhandlungen, drei (Schöningen, Seesen, Stadtoldendorf) ein Beharren auf dem früheren Stande und endlich zwei (Eschershausen, Hasselfelde) eine Abnahme; die Zunahme ist in Braunschweig und Helmstedt am stärksten. Unter den Amtsgerichtsbezirken steht 1893 Walkenried mit 4,80 obenan und ihm folgt an zweiter Stelle Harzburg mit 4,29, 1879 war die Stellung beider die umgekehrte; danach fällt aber der Satz gleich auf unter 3 herab, zwischen 2,50 und 3,00 finden wir drei Amtsgerichtsbezirke (Seesen, Blankenburg, Calvörde), zwischen 2,00 und 2,50 fünf (Helmstedt, Hasselfelde, Schöningen, Lutter a. Bbge., Königslutter), zwischen 1,50 und 2,00 vier (Vorsfelde, Holzminden, Stadtoldendorf, Salder) und endlich zwischen 1,00 und 1,50 neun (Greene, Thedinghausen, Ottenstein, Wolfenbüttel, Eschershausen, Schöppenstedt, Riddagshausen, Vechelde, Gandersheim); Vechelde und Gandersheim machen mit je 1,26 das Minimum aus; in fast sämmtlichen Amtsgerichtsbezirken (siebenzehn) kommen 1893 eine grössere Zahl Branntweinkleinhandlungen als 1879 auf eine Ortschaft, nur drei (Gandersheim, Greene, Ottenstein) zeigen ein Beharren und ebenso drei (Seesen, Eschershausen, Blankenburg) eine Abnahme; besonders stark ist die Zunahme in den Amtsgerichtsbezirken Helmstedt, Schöningen, Hasselfelde und Walkenried.

II.

Vertheilung der Gast- und Schankwirthschaften sowie der Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus auf die nach den Einwohnerzahlen gebildeten Ortschaftsclassen.

(Tabelle II.)

Die Tabelle II verfolgt den Zweck, festzustellen, in welcher Weise sich die Gast- und Schankwirthschaften einerseits und die Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus andererseits auf die einzelnen Ortschaften je nach der Einwohnerzahl derselben vertheilen. Es sind deshalb die sämmtlichen Ortschaften zunächst getrennt innerhalb der Kreise, dann aber auch zusammengefasst für das ganze Herzogthum nach der Einwohnerzahl in einzelne Classen

getheilt, welche bis zu der Einwohnerzahl von Tausend mit Hundert, darüber hinaus aber mit entsprechend grösseren sich lediglich an den thatsächlichen Bestand anschliessenden Abschnitten abgestuft sind, und für jede dieser Ortschaftsclassen ist sodann im Einzelnen festgestellt, wie viel Ortschaften derselben eine, zwei, drei, vier u. s. w. Gast- und Schankwirthschaften und Branntweinkleinhandlungen besitzen; dabei sind die Gast- und Schankwirthschaften und die Kleinhandlungen mit Branntwein etc. getrennt gehalten und bezüglich beider die Daten für das Jahr 1879 sowohl wie für das Jahr 1893 vollständig gegeben, sodass also auch hier die Feststellung etwaiger Veränderungen stattfinden kann. Was nun die nachfolgende Sachbehandlung im Einzelnen anlangt, so wollen wir dieselbe zunächst für die Gast- und Schankwirthschaften und für die Branntweinkleinhandlungen vollständig trennen, sie dann für beide gleichmässig an die einzelnen Ortsclassen anschliessen und dabei zuerst je das Gesammtresultat für das ganze Herzogthum und demnächst die bezüglichlichen Resultate für die einzelnen Kreise unter Hervorhebung etwaiger Abweichungen von dem Gesammtresultat betrachten, die Verschiedenheiten zwischen den Jahren 1879 und 1893 werden dabei gleichzeitig berücksichtigt werden.

1. Die Gast- und Schankwirthschaften.

Von den Ortschaften des Herzogthums mit weniger als 100 Einwohnern haben 1893 11 eine Gast- oder Schankwirthschaft und 5 haben keine solche; das Vorhandensein einer Gastwirthschaft ist also für diese Classe das überwiegende; 1879 war das Verhältniss dasselbe, nur war die Classe um eine Ortschaft geringer, so dass nur 10 Ortschaften mit einer Wirthschaft in derselben waren. Bezüglich der einzelnen Kreise ist hier nur hervorzuheben, dass Wolfenbüttel und Blankenburg Ortschaften dieser Classe überhaupt nicht besitzen, in Gandersheim und Holzminden aber die Ortschaften mit einer Wirthschaft in höherem Maasse überwiegen.

Die im Jahre 1893 vorhandenen 65 Ortschaften mit 100 bis 200 Einwohnern vertheilen sich in folgender Weise: 5 mit keiner Gast- oder Schankwirthschaft, 46 mit einer, 12 mit zwei und je eine mit drei und fünf Wirthschaften; gegen 1879 ist nur die Veränderung, dass an Stelle der Ortschaft mit fünf nur eine solche mit vier Wirthschaften vorhanden war und dass die Zahl der Orte in der Ortschaftsclassen an sich etwas grösser war, wodurch die Ortschaften mit einer und mit zwei Wirthschaften sich gleichmässig erhöhten. Das Vorhandensein von fünf Gast- und Schankwirthschaften in einer Ortschaft unter 200 Einwohnern muss an sich als ein unverhältnissmässig hohes angesehen werden, es trifft dieses eben die Gemeinde Treseburg, welche ein Hauptziel für die Touristen im Harz bildet, so dass dadurch eine sachgemässe Erklärung für das ausserordentliche Verhältniss gegeben scheint, bis 1893 war dort zu den vier Gastwirthschaften vom Jahre 1879 noch eine Schankwirthschaft ohne Branntweinausschank hinzugekommen. Die Ortschaft mit drei Wirthschaften ist Engerode (141 Einwohner) im Kreise Wolfenbüttel, Amtsgerichtsbezirk Salder, sie besass 1879 nur eine Gastwirthschaft, bis 1893 ist eine Gastwirthschaft und eine Schankwirth-

schaft ohne Branntweinausschank neu concessionirt, ob und welche besonderen Gründe hierfür vorhanden gewesen, ist nicht ohne Weiteres ersichtlich. Als Regel ist für diese Ortschaftsclasse immerhin das Vorhandensein einer Wirthschaft anzusehen. Für die Kreise Wolfenbüttel, Helmstedt, Gandersheim, Holzminden und auch Blankenburg ist das gleiche Verhältniss und die Aufrechterhaltung jener Regel zu beobachten, nicht aber für den Kreis Braunschweig, hier überwiegen die Ortschaften mit zwei Gast- oder Schankwirthschaften, und zwar sind meist eine Gastwirthschaft und eine Schankwirthschaft ohne Branntweinausschank, zweimal eine Gastwirthschaft und eine Schankwirthschaft mit Branntweinausschank und einmal zwei Gastwirthschaften (Schulenrode im Amtsgerichtsbezirke Riddagshausen, zweite Gastwirthschaft erst nach 1879 concessionirt, wofür besonderer Grund nicht bekannt) vorhanden.

Unter den Ortschaften mit 200 bis 300 Einwohnern überwiegen immer noch etwas diejenigen mit nur einer Wirthschaft, 1893 machen dieselben 38 aus, während auf Ortschaften mit zwei Wirthschaften nur 30 kommen, drei Wirthschaften haben ausserdem noch drei Ortschaften, sämmtlich dem Kreise Braunschweig angehörig, Gardessen und Hordorf des Amtsgerichtsbezirkes Riddagshausen und Neubrück im Amtsgerichtsbezirk Vechelde; die beiden ersteren besitzen eine Gastwirthschaft und zwei Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank, die letzte zwei Gastwirthschaften und eine Schankwirthschaft ohne Branntweinausschank, nur bei Hordorf ist seit 1879 eine Schankwirthschaft hinzugekommen, sonst waren die Wirthschaften schon 1879 vorhanden, besondere Gründe für die stärkere Concessionirung sind nicht bekannt. Im Allgemeinen ist aber für diese Classe gegenüber dem Bestand von 1879 eine Verbesserung zu constatiren, denn 1879 waren die Ortschaften mit zwei Wirthschaften die überwiegenden, auch gab es vier Ortschaften mit drei Wirthschaften, allerdings auch noch eine ohne Wirthschaft. In den Kreisen Braunschweig und Wolfenbüttel finden wir abweichend von dem allgemeinen Verhältniss ein Ueberwiegen der Ortschaften mit zwei Wirthschaften, dafür ragen in den übrigen Kreisen abgesehen von Blankenburg, welches die Ortschaftsclasse überhaupt nicht besitzt, die Ortschaften mit einer Wirthschaft stärker hervor.

Ortschaften mit 300 bis 400 Einwohnern: 1893: 19 mit einer Wirthschaft, 38 mit zwei Wirthschaften, 9 mit drei Wirthschaften; vorwiegend sind also jetzt die Ortschaften mit zwei Gastwirthschaften. Gegenüber dem Stand von 1879 ist eine Verbesserung insofern zu constatiren, als die Zahl der Ortschaften mit einer Wirthschaft sich vermehrt, die Zahl der Ortschaften mit mehr als zwei Wirthschaften sich verringert hat. Bezüglich der einzelnen Kreise ist hervorzuheben, dass in Gandersheim die Ortschaften mit einer Wirthschaft die Mehrheit bilden, während sich bei den anderen Kreisen wesentlich das allgemeine Verhältniss findet; auffallend muss es erscheinen, dass von den 9 Ortschaften mit drei Wirthschaften wiederum 7 dem Kreise Braunschweig angehören.

Die Ortschaften mit 400 bis 500 Einwohnern besitzen in der Regel zwei Wirthschaften, 1893 war der Stand folgender: 5 Ortschaften mit einer Wirthschaft, 32 mit zwei Wirthschaften, 11 mit drei Wirthschaften und je eine

mit vier und mit sechs Wirthschaften; man kann diesen Stand dem von 1879 gegenüber weder als eine Verbesserung noch als eine Verschlechterung bezeichnen. Die Ortschaft mit sechs Wirthschaften ist Altenbrak im Kreise Blankenburg, Amtsgerichtsbezirk Blankenburg, welches mit dem zugehörigen entfernter oberhalb im Bodethal belegenen Weiler Wendefurth nicht nur für den Touristenverkehr im Harz, sondern besonders auch für die einen längeren Aufenthalt wählenden Sommerfrischler von Bedeutung ist, wodurch ebenso wie für Treseburg die an sich grössere Wirthschaftszahl gerechtfertigt erscheint; Altenbrak besass 1879 drei Gastwirthschaften und Wendefurth eine, in der Zeit bis 1893 sind für Wendefurth, welches sich als Sommerfrische seitdem besonders gehoben, zwei weitere Gastwirthschaften hinzugekommen. Die Ortschaft mit vier Wirthschaften ist Destedt im Kreise Braunschweig, Amtsgerichtsbezirk Riddagshausen, 1879 besass dieselbe eine Gastwirthschaft und drei Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank, bis 1893 ist einer der letzteren der Branntweinausschank concessionirt; besondere Umstände, welche die an sich höhere Wirthschaftszahl rechtfertigen, sind nicht bekannt. Die einzelnen Kreise zeigen im Allgemeinen ein dem Durchschnitt entsprechendes Verhältniss, nur Gandersheim zählt ausschliesslich Ortschaften mit zwei Wirthschaften, im Kreise Blankenburg ist die Classe abgesehen von Altenbrak nicht weiter vertreten.

Bei den Ortschaften mit 500 bis 600 Einwohnern vollzieht sich der Uebergang zu dem Ueberwiegen der Ortschaften mit drei Wirthschaften, obwohl hier dieses Ueberwiegen noch nicht gerade scharf hervortritt; 1893 sehen wir in dieser Classe eine Ortschaft mit keiner Wirthschaft, zwei mit einer Wirthschaft, sechszehn mit zwei Wirthschaften, achtzehn mit drei Wirthschaften und vier mit vier Wirthschaften; 1879 überwog die Zahl der Ortschaften mit drei und mehr Wirthschaften stärker und ist insofern hier eine Verbesserung zu verzeichnen. Die Ortschaft ohne Gastwirthschaft ist Neu-Oelsburg im Kreise Braunschweig, Amtsgerichtsbezirk Vechelde, die beiden Ortschaften mit nur einer Wirthschaft Bürgerei im Kreise Braunschweig, Amtsgerichtsbezirk Thedinghausen, welches 1879 noch ohne Wirthschaft war und bis 1893 eine Gastwirthschaft concessionirt erhalten hat. und Hellenthal im Kreise Holzminden, Amtsgerichtsbezirk Stadtoldendorf, welches 1879 zwei Gastwirthschaften und eine Schankwirthschaft ohne Branntweinausschank besass, 1893 aber nur noch eine Gastwirthschaft. In den Kreisen Braunschweig, Helmstedt und Blankenburg halten sich die Ortschaften mit zwei und die mit drei Wirthschaften die Waage, in den Kreisen Wolfenbüttel und Holzminden überwiegen die Ortschaften mit drei Wirthschaften und im Kreise Gandersheim die mit zwei Wirthschaften. Von den Ortschaften mit vier Wirthschaften entfällt eine auf den Kreis Braunschweig (Schandelah, Amtsgerichtsbezirk Riddagshausen; eine Gastwirthschaft, zwei Schankwirthschaften mit und eine ohne Branntweinausschank; eine Schankwirthschaft mit und eine ohne Branntweinausschank erst nach 1879 concessionirt), zwei auf den Kreis Wolfenbüttel (Ahlum, Amtsgerichtsbezirk Wolfenbüttel; zwei Gastwirthschaften und zwei Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank; schon 1879 vorhanden. Wendessen, Amtsgerichtsbezirk Wolfenbüttel; zwei Gastwirthschaften und

eine Schankwirthschaft mit und eine ohne Branntweinausschank; 1879 schon vorhanden) und eine auf den Kreis Gandersheim (Schlewecke, Amtsgerichtsbezirk Lutter a. Bbge.; zwei Gastwirthschaften und zwei Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank; letztere beide erst nach 1879 concessionirt).

Ortschaften mit 600 bis 700 Einwohnern: Das Vorrherrschen der Orte mit drei Wirthschaften tritt schärfer hervor; 1893 8 Ortschaften mit zwei Wirthschaften, 12 mit drei und 6 mit vier Wirthschaften; gegen 1879 allerdings eine Verschlechterung zu constatiren, da derzeit die Ortschaften mit zwei Wirthschaften die höchste Zahl aufwiesen. Was die einzelnen Kreise anlangt, so zeigen Wolfenbüttel und Holzminden ein dem allgemeinen Durchschnitt etwa entsprechendes Verhältniss, bei Braunschweig herrschen die Ortschaften mit der grösseren Wirthschaftszahl, bei Helmstedt dagegen die mit der minderen mehr vor; Gandersheim besitzt nur zwei Ortschaften dieser Classe, von denen die eine zwei, die andere drei Wirthschaften aufweist, und Blankenburg endlich hat nur eine Ortschaft dieser Classe mit vier Wirthschaften.

Eine grössere Mannigfaltigkeit bieten uns wiederum die Ortschaften mit 700 bis 800 Einwohnern, 1893 hatten 9 derselben zwei Wirthschaften, 14 drei, 5 vier, 3 fünf, 2 sechs und 1 sieben Wirthschaften; als die Regel wird man immer noch die Ortschaften mit drei Wirthschaften hinstellen können; 1879 zeigten die Ortschaften mit vier Wirthschaften weitaus die höchste Zahl, insofern haben sich also die Verhältnisse 1893 günstiger gestaltet. Die Ortschaft mit sieben Wirthschaften rechtfertigt ihre unverhältnissmässig hohe Zahl in gleicher Weise wie Treseburg und Altenbrak mit dem Harzfremdenverkehr, es ist Rübeland im Kreise Blankenburg, Amtsgerichtsbezirk Blankenburg, welches jetzt vier Gastwirthschaften und drei Schankwirthschaften mit Branntweinausschank aufzuweisen hat, 1879 aber nur drei Gastwirthschaften und zwei Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank. Zu den beiden Orten mit sechs Wirthschaften gehört einmal Hagen im Kreise Braunschweig, Amtsgerichtsbezirk Thedinghausen, mit fünf Gastwirthschaften und einer Schankwirthschaft mit Branntweinausschank, die letztere und eine Gastwirthschaft sind seit 1879 neu concessionirt; zur Begründung der hohen Zahl ist aber hervorzuheben, dass Hagen mit Bürgerei und Westerwisch in unmittelbarem Zusammenhange liegt und mit beiden gemeinschaftlich auch mit dem Gesamtnamen Thedinghausen, Flecken, bezeichnet wird; Bürgerei mit 510 Einwohnern und Westerwisch mit 372 Einwohnern besitzen aber nur je eine Gastwirthschaft und sind die Wirthschaften von Hagen gewissermaassen für beide Orte mitzurechnen, wobei noch zu bemerken, dass die drei Orte den Mittelpunkt des Amtsgerichtsbezirks Thedinghausen bilden. Der zweite Ort ist Gross-Dahlum im Kreise Wolfenbüttel, Amtsgerichtsbezirk Schöppenstedt, mit zwei Gastwirthschaften, einer Schankwirthschaft mit und drei ohne Branntweinausschank, welche sammtlich schon 1879 vorhanden waren; besondere Gründe für die an sich hohe Wirthschaftszahl sind nicht bekannt. Die drei Ortschaften mit fünf Wirthschaften sind Riddagshausen im Kreise Braunschweig, Amtsgerichtsbezirk Riddagshausen (zwei Gastwirthschaften, zwei Schankwirth-

schaften mit und eine ohne Branntweinausschank; bereits 1879 vorhanden; Begründung: Nähe der Stadt Braunschweig, für welche der unweit vom Gehölz belegene Ort vielfach Ziel von Nachmittagsausflügen ist), Schlewecke im Kreise Wolfenbüttel, Amtsgerichtsbezirk Harzburg (zwei Gastwirthschaften, eine Schankwirthschaft mit und zwei ohne Branntweinausschank, 1879 noch eine Schankwirthschaft ohne Branntweinausschank mehr; Begründung: eventuell Lage am Harz und Nähe von Bad Harzburg) und Bornhausen im Kreise Gandersheim, Amtsgerichtsbezirk Seesen (zwei Gastwirthschaften und drei Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank, 1879 nur zwei der letzteren; Begründung unbekannt). Von den einzelnen Kreisen entsprechen sonst Braunschweig, Helmstedt und Gandersheim am meisten dem allgemeinen Durchschnitt, Wolfenbüttel zeigt mehr eine Neigung nach der grösseren Wirthschaftszahl, in den Kreisen Holzminden und Blankenburg ist die Classe nur durch vereinzelte Ortschaften vertreten.

Bei den Ortschaften mit 800 bis 900 Einwohnern haben die Orte mit vier Wirthschaften die Oberhand, 1893 gab es unter denselben einen Ort mit einer Gastwirthschaft, 3 mit zwei, 2 mit drei, 7 mit vier, und 3 mit fünf Wirthschaften; gegen 1879 macht sich keine Veränderung zum Schlechteren wie zum Besseren bemerkbar. Der Ort mit nur einer Wirthschaft (Gastwirthschaft) ist Stift Königslutter im Kreise Helmstedt, Amtsgerichtsbezirk Königslutter, welches zwar 889 Einwohner zählt, von denen aber 487 zur Heil- und Pflgeanstalt Königslutter, der Landesirrenanstalt, gehören, auch liegt Stift Königslutter mit Stadt Königslutter und Oberlutter in unmittelbarem Zusammenhange. Durch Ortschaften mit weniger Wirthschaften zeichnen sich namentlich die Kreise Braunschweig, Holzminden und Blankenburg aus, während die übrigen Kreise nach der entgegengesetzten Seite hinneigen.

Ortschaften mit 900 bis 1000 Einwohnern: 1893: eine mit zwei Wirthschaften, 2 mit drei Wirthschaften, 4 mit vier Wirthschaften und je 1 mit fünf und mit sieben Wirthschaften; gegen 1879 insofern Verschlechterung, als derzeit 4 Orte mit zwei und 6 Orte mit drei Wirthschaften die Mehrheiten bildeten; jetzt also Regel vier Wirthschaften. Die Ortschaft mit sieben Wirthschaften ist Broistedt im Kreise Wolfenbüttel, Amtsgerichtsbezirk Salder, mit sechs Gastwirthschaften und einer Schankwirthschaft ohne Branntweinausschank; seit 1879 ist eine Gastwirthschaft neu concessionirt, besondere Begründung für die hohe Zahl nicht bekannt. Da die Mehrzahl der Kreise nur eine Ortschaft der fraglichen Classe besitzt, so ist eine Abweichung von dem allgemeinen Durchschnitt hier nicht weiter zu constatiren.

In der folgenden Classe sind die Ortschaften mit 1000 bis 1400 Einwohnern zusammengefasst, von denselben bessen 1893 5 zwei Wirthschaften, je 7 drei, vier und fünf Wirthschaften, 4 sechs und 2 sieben Wirthschaften; 1879 waren die Orte mit vier, fünf und sechs Wirthschaften hauptsächlich vertreten, so dass sich also die Verhältnisse jetzt günstiger gestaltet haben. Die beiden Orte mit sieben Wirthschaften sind Süplingen im Kreise Helmstedt, Amtsgerichtsbezirk Königslutter (1369 Einwohner; fünf Gastwirthschaften, eine Schankwirthschaft mit und eine ohne

Branntweinausschank, die Schankwirthschaft mit Branntweinausschank ist seit 1879 neu hinzugekommen; Gründe für die hohe Zahl nicht bekannt) und Stiege im Kreise Blankenburg, Amtsgerichtsbezirk Hasselfelde (1364 Einwohner, vier Gastwirthschaften und drei Schankwirthschaften mit Branntweinausschank, wovon zwei Gastwirthschaften und eine Schankwirthschaft seit 1879 neu concessionirt; Begründung der hohen Zahl ist eventuell in dem Harzfremdenverkehr, welcher allerdings bei Stiege keineswegs in derselben Weise wie bei Treseburg, Altenbrak, Rübeland in Frage kommt, und in der Anlage einer neuen Eisenbahn [Güntersberge—Hasselfelde] zu finden). Orte mit einer höheren Wirthschaftszahl haben vorwiegend die Kreise Braunschweig, Wolfenbüttel und Blankenburg, solche mit geringerer Wirthschaftszahl Holzminden, während Helmstedt und Gandersheim eine Mittelstellung mehr nach dem Durchschnitt hin einnehmen.

Die nächste Classe bilden die Ortschaften mit 1400 bis 2000 Einwohnern, welche 1893 folgenden Stand aufweisen: ein Ort mit vier Wirthschaften, je 2 mit fünf und sechs, 4 mit sieben, 2 mit neun und endlich je einer mit zehn und achtzehn Wirthschaften; 1879 hatten wir je einen Ort mit drei, vier, sechs, sieben, acht, neun, zehn, elf und siebenzehn Wirthschaften, so dass eigentlich weder von einer Wendung zum Bessern noch zum Schlechtern geredet werden kann. Der Ort mit achtzehn Wirthschaften ist der Flecken Vorsfelde im Kreise Helmstedt, Amtsgerichtsbezirk Vorsfelde, mit 1762 Einwohnern, er zählt fünfzehn Gastwirthschaften und drei Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank, 1879 waren zwölf Gastwirthschaften und fünf Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank vorhanden; ob die Eigenschaft als Hauptort des Amtsgerichtsbezirks die sehr hohe Wirthschaftszahl rechtfertigt, erscheint zweifelhaft, sonstige besondere Gründe nicht bekannt. Zehn Wirthschaften besitzt der 1768 Einwohner zählende Flecken Lutter a. Bbge. im Kreise Gandersheim, Amtsgerichtsbezirk Lutter a. Bbge., und zwar sechs Gastwirthschaften und vier Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank, 1879 war die Zahl der letzteren noch um eine höher; die beiden Orte mit neun Wirthschaften sind sodann die Flecken Calvörde im Kreise Helmstedt, Amtsgerichtsbezirk Calvörde (1889 Einwohner; neun Gastwirthschaften, welche auch schon 1879 vorhanden) und Braunlage im Kreise Blankenburg, Amtsgerichtsbezirk Hasselfelde (1543 Einwohner; neun Gastwirthschaften, wovon 1879 nur sechs vorhanden); abgesehen für Braunlage, welches als Harzsommerfrische einen grossen Aufschwung genommen, sind besondere Gründe für die hohe Zahl nicht bekannt. Die Unterschiede der Kreise sind wegen der geringen Zahl der in der Classe überhaupt vorhandenen Ortschaften nicht weiter in Betracht zu ziehen.

Es sind sodann die Ortschaften mit 2000 bis 3000 Einwohnern zu einer Classe vereinigt; unter ihnen befindet sich zunächst je ein Ort mit vier, sechs, sieben und acht Wirthschaften, zwei mit neun und dann wiederum je ein Ort mit zehn, vierzehn und achtundzwanzig Wirthschaften; 1879 war der Stand fast genau derselbe. Achtundzwanzig Wirthschaften besitzt Bad Harzburg, früher Flecken Neustadt, im Kreise Wolfenbüttel, Amtsgerichtsbezirk Harzburg, mit 2766 Einwohnern; in jener Zahl sind sechsund-

zwanzig Gastwirthschaften und zwei Schankwirthschaften mit Branntweinausschank enthalten, sechs Gastwirthschaften sind seit 1879 neu concessionirt; die an sich sehr hohe Wirthschaftszahl wird durch den Charakter Harzburgs als Badeort und den starken Harztouristenverkehr begründet. Der Ort mit vierzehn Wirthschaften ist die 2712 Einwohner zählende Stadt Gandersheim: von den Wirthschaften sind acht Gastwirthschaften und sechs Schankwirthschaften mit Branntweinausschank, welche sämmtlich schon 1879 vorhanden waren; eine Begründung der hohen Wirthschaftszahl kann man wohl in der Eigenschaft Gandersheims als Kreishauptstadt sehen. Zehn Wirthschaften endlich und zwar acht Gastwirthschaften und eine Schankwirthschaft mit und eine ohne Branntweinausschank hat die Stadt Hasselfelde im Kreise Blankenburg, Amtsgerichtsbezirk Hasselfelde, mit 2653 Einwohnern: 1879 waren sieben Gastwirthschaften und zwei Schankwirthschaften mit und zwei Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank vorhanden; der hier allerdings nicht so stark in Anschlag zu bringende Harzverkehr und die Eigenschaft Hasselfeldes als Amtshauptort rechtfertigen eventuell die hohe Zahl. Für die einzelnen Kreise lässt sich wiederum der geringen Zahlen wegen ein festes Verhältniss, dem irgendwie Bedeutung beizumessen, nicht feststellen.

Die ferner noch nach der Einwohnerzahl gebildeten Ortsclassen füllen nun lediglich die noch übrigen neun Städte aus, deren Zahlen wir zum Theil schon oben hervorzuheben hatten; es kommen zunächst Königslutter (3140 Einwohner) und Schöppenstedt (3443 Einwohner) mit je 14 Wirthschaften, Seesen (4158 Einwohner) mit 15 Wirthschaften, dann Holzminden (8787 Einwohner) mit 22 Wirthschaften, Schöningen (7593 Einwohner) mit 27 Wirthschaften und Blankenburg (7703 Einwohner) mit 33 Wirthschaften, ferner Helmstedt (10955 Einwohner) mit 53 Wirthschaften und Wolfenbüttel (14484 Einwohner) mit 60 Wirthschaften und endlich Braunschweig (101047 Einwohner) mit 202 Wirthschaften. Weiteres dabei zu bemerken wird hier nicht erforderlich sein.

Tabelle 1

Die Gesamtzahl der Gast- und Schankwirthschaften auf die nach der Wirthschaftszahl gebildeten Ortsclassen vertheilt.

Ortsklasse mit Gast- und Schankwirthschaften	Zahl der Ortschaften		Gesamtzahl d. Gast- u. Schankwirthschaften		Ortsklasse mit Gast- und Schankwirthschaften	Zahl der Ortschaften		Gesamtzahl d. Gast- u. Schankwirthschaften	
	1879	1893	1879	1893		1879	1893	1879	1893
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
1	113	122	113	122	12	—	—	—	—
2	162	154	324	308	13	—	—	—	—
3	77	79	231	237	14	1	3	14	42
4	44	36	176	144	15	2	1	30	15
5	14	17	70	85	16	1	—	16	—
6	11	10	66	60	17	1	—	17	—
7	4	9	28	63	18	—	1	—	18
8	2	1	16	8	19	1	—	19	—
9	2	4	18	36	20	—	—	—	—
10	2	2	20	20	21—30 aber 30	3	3	70	77
11	2	—	22	—		3	4	291	348

Zum Schluss sind in der vorstehenden Tabelle 1 nochmals die Gesamtzahlen der Wirthschaften, wie sie sich auf die Ortschaften mit einer, zwei, drei etc. Wirthschaften vertheilen, gegeben und geht daraus mit Deutlichkeit hervor, wie doch die Hauptzahl der gesammten Wirthschaften auf die Ortschaften mit weniger Wirthschaften entfällt.

2. Die Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus.

Bei den Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus finden wir im Allgemeinen nicht so viel Einzelabweichungen wie bei den Gast- und Schankwirthschaften, etwas mehr treten diese erst bei den stärker bevölkerten Ortschaften (mit mehr als 1000 Einwohnern) hervor. Von den Ortschaften mit einer Einwohnerzahl unter 100 haben 1893 sieben keine Branntweinkleinhandlung und neun eine, 1879 war die Ortschaftsclasse um eine Ortschaft geringer und fiel dafür eine mit einer Branntweinkleinhandlung aus; überwiegend sind immerhin die Ortschaften mit einer Kleinhandlung. Ein gleiches Ueberwiegen zeigt sich auch in den Kreisen Braunschweig und Holzminden, für Helmstedt und Gandersheim sind beiderlei Zahlen übereinstimmend, Wolfenbüttel und Blankenburg fehlt die Ortschaftsclasse überhaupt, wenigstens 1893.

In der Ortschaftsclasse mit 100 bis 200 Einwohnern finden sich noch 4 Orte ohne Branntweinkleinhandlung, 58 mit einer und 3 mit zweien; die Regel bildet also weit aus eine Branntweinkleinhandlung; 1879 war die Zahl der ausserhalb dieser Regel stehenden Ortschaften genau dieselbe wie 1893. Die drei Gemeinden mit zwei Branntweinkleinhandlungen sind Schulenrode im Kreise Braunschweig, Amtsgerichtsbezirk Riddagshausen (eine Handlung erst nach 1879 concessionirt; besondere Gründe unbekannt), Atzum im Kreise Wolfenbüttel, Amtsgerichtsbezirk Wolfenbüttel (beide Handlungen bestanden schon 1879; besondere Gründe unbekannt) und Treseburg im Kreise Blankenburg, Amtsgerichtsbezirk Blankenburg (beide Handlungen schon 1879 vorhanden; ob hier der Harzfremdenverkehr in ähnlicher Weise wie bei den Wirthschaften als maassgebend in Rechnung zu bringen sein wird, muss immerhin sehr zweifelhaft erscheinen, sonstige besondere Gründe unbekannt). Die einzelnen Kreise stimmen durchweg mit dem Durchschnitt des Herzogthums überein.

Die folgende Ortschaftsclasse mit 200 bis 300 Einwohnern zeigt ein ganz ähnliches Verhältniss, die Orte mit einer Branntweinkleinhandlung bilden weitaus die Regel, die mit zwei Handlungen sind etwas stärker, die mit einer geringer vertreten. Der Stand von 1893 ist folgender: 2 Orte ohne, 59 mit einer und 10 mit zwei Branntweinkleinhandlungen; 1879 waren zwei Handlungen seltener vorhanden und ist insofern eine Verschlechterung des Verhältnisses zu verzeichnen. Von den zehn Ortschaften mit zwei Branntweinkleinhandlungen kommen sechs auf den Kreis Helmstedt, zwei auf den Kreis Braunschweig und je eine auf die Kreise Gandersheim und Holzminden. Die einzelnen Kreise bieten mit Ausnahme vom Kreise Helmstedt, für welchen die Orte mit zwei Handlungen stärker hervortreten und dem Kreise Blankenburg, welchem die Ortschaftsclasse überhaupt fehlt, dasselbe Bild wie der Durchschnitt des Herzogthums.

Ortschaften mit 300 bis 400 Einwohnern: 1893: eine ohne Branntweinkleinhandlung, 50 mit einer, 15 mit zwei; gegen 1879 keine nennenswerthe Veränderung; Orte mit einer Handlung bilden also noch weitaus die Regel, wenn auch die Orte mit zwei Handlungen wiederum in verstärktem Maasse vorhanden sind. Von den letzteren Orten mit zwei Handlungen entfallen wiederum sechs auf den Kreis Helmstedt, vier auf den Kreis Braunschweig, drei auf den Kreis Wolfenbüttel und je einer auf die Kreise Gandersheim und Blankenburg, trotzdem sind aber in sämtlichen Kreisen die Orte mit einer Handlung stark überwiegend, nur im Kreise Blankenburg nicht, welcher in der Classe nur den einen Ort mit zwei Handlungen zählt. Der Ort ohne Branntweinkleinhandlung ist Holtorf-Lunsen im Kreise Braunschweig, Amtsgerichtsbezirk Thedinghausen.

Von den Ortschaften mit 400 bis 500 Einwohnern besaßen 1893 35 eine, 14 zwei und eine vier Branntweinkleinhandlungen; dem Jahre 1879 gegenüber haben die Ortschaften mit zwei Handlungen verhältnissmässig stärker zugenommen, eine Handlung bildet aber immer noch die Regel. Die Ortschaft mit vier Branntweinkleinhandlungen ist Altenbrak im Kreise Blankenburg, Amtsgerichtsbezirk Blankenburg; 1879 besaß der Ort bereits die gleiche Zahl Handlungen; besondere Gründe, wenn man nicht den starken Fremdenverkehr gelten lassen will, nicht bekannt. Von den Ortschaften mit zwei Branntweinkleinhandlungen enthalten die Kreise Helmstedt und Holzminden je vier, Braunschweig drei, Wolfenbüttel zwei und Gandersheim eine. Abgesehen von Blankenburg, welches wiederum nur mit dem einen Ort Altenbrak in dieser Classe vertreten ist, ist das Verhältniss in den Kreisen im Wesentlichen dem des Herzogthums entsprechend.

In der Classe der Ortschaften mit 500 bis 600 Einwohnern war der Stand 1893 folgender: eine Ortschaft ohne, 14 mit einer, 20 mit zwei und 6 mit drei Branntweinkleinhandlungen; es bilden jetzt also die Orte mit zwei Handlungen die Mehrheit, dieses ist aber erst 1893 der Fall, denn 1879 waren die Orte mit einer Handlung noch in der Mehrzahl, so dass wir in dem jetzigen Verhältniss gegen früher eine Verschlechterung sehen müssen. Der Ort ohne Branntweinkleinhandlung ist Neu-Oelsburg im Kreise Braunschweig, Amtsgerichtsbezirk Vechelde, die sechs Orte mit je drei Handlungen sind Remlingen im Kreise Wolfenbüttel, Amtsgerichtsbezirk Wolfenbüttel (zwei Handlungen erst nach 1879 concessionirt), Parsau, Rühren, beide im Kreise Helmstedt, Amtsgerichtsbezirk Vorsfelde (bei beiden eine Handlung nach 1879 concessionirt), Kirchberg im Kreise Gandersheim, Amtsgerichtsbezirk Seesen (1879 schon sämtlich vorhanden), Mahlum im Kreise Gandersheim, Amtsgerichtsbezirk Lutter a. Bbge. (1879 schon sämtlich vorhanden) und Neuwerk im Kreise Blankenburg, Amtsgerichtsbezirk Blankenburg (1879 schon sämtlich vorhanden); besondere Gründe für sämtliche nicht bekannt. Von den Kreisen entsprechen Wolfenbüttel und Holzminden dem allgemeinen Verhältniss des Herzogthums, Helmstedt, Gandersheim und Blankenburg weisen die Ortschaften mit einer höheren Zahl Handlungen, Braunschweig dagegen die mit geringerer Zahl in stärkerem Maasse auf.

Von den Ortschaften mit 600 bis 700 Einwohnern haben 7 eine, 15 zwei und 4 drei Branntweinkleinhandlungen; hier sind also die zu zwei Handlungen schon weit-aus die überwiegendsten, 1879 war dieses Ueberwiegen noch sehr gering, es hat bis 1893 verhältnissmässig stark zugenommen und ist somit der Stand ein weniger günstiger geworden. Von den vier Ortschaften mit drei Branntweinkleinhandlungen kommen zwei auf den Kreis Helmstedt (Lelm und Süplingen im Amtsgerichtsbezirk Königsutter, in Lelm 1879 schon drei Handlungen vorhanden, in Süplingen zwei hinzugekommen, und je eine auf den Kreis Wolfenbüttel (Lebenstedt, Amtsgerichtsbezirk Salder, eine Handlung seit 1879 neu concessionirt), und auf den Kreis Gandersheim (Windhausen, Amtsgerichtsbezirk Seesen, drei Handlungen 1879 schon vorhanden); bei allen besondere Gründe für die höhere Zahl nicht bekannt. Die Kreise Helmstedt, Wolfenbüttel, Gandersheim und Blankenburg zeigen etwa dasselbe Verhältniss wie das Herzogthum, während für den Kreis Braunschweig die Ortschaften mit zwei Handlungen, für den Kreis Holzminden die mit einer Handlung mehr zurücktreten.

Ortschaften mit 700 bis 800 Einwohnern: 1893: 7 Orte mit einer, 18 mit zwei, 5 mit drei und 4 mit vier Branntweinkleinhandlungen; gegen 1879 kann man weder von einer Verbesserung noch von einer Verschlechterung reden; zwei Handlungen bilden stark hervortretend die Regel. Die vier Orte mit vier Branntweinkleinhandlungen sind Hagen im Kreise Braunschweig, Amtsgerichtsbezirk Thedinghausen (1879 schon vier Handlungen vorhanden; begründet durch die oben schon hervorgehobene Zusammenlage und Zusammenfassung mit Bürgerei und Westerwisch), Gross-Winnigstedt im Kreise Wolfenbüttel, Amtsgerichtsbezirk Schöppenstedt (zwei Handlungen seit 1879 neu concessionirt; veranlasst ist die hohe Zahl wohl mit durch die abgetrennte Lage der zugehörigen Eisenbahnstation Mattierzoll mit Zuckerfabrik, Postgebäude etc., welche 268 Einwohner zählt), Bahrddorf im Kreise Helmstedt, Amtsgerichtsbezirk Vorsfelde (sämmliche Handlungen schon 1879 vorhanden; besondere Gründe nicht bekannt) und Rübeland im Kreise Blankenburg, Amtsgerichtsbezirk Blankenburg (eine Handlung seit 1879 neu concessionirt; besondere Gründe nicht bekannt). Bei den Kreisen Wolfenbüttel, Gandersheim und Blankenburg finden wir mehr oder weniger denselben Stand wie für das Herzogthum, im Kreise Braunschweig ist die Zahl der Orte mit einer Handlung die höchste, der Kreis Holzminden hat nur einen Ort mit einer und einen mit zwei Handlungen und der Kreis Helmstedt endlich tritt durch Orte mit grösserer Handlungszahl stärker hervor.

Die nächste Classe Ortschaften mit 800 bis 900 Einwohnern vertheilt sich in folgender Weise: 2 Orte mit einer, 9 mit zwei, 4 mit drei und 1 mit fünf Branntweinkleinhandlungen; gegenüber 1879 keine wesentliche Veränderung, die Ortschaften mit zwei Handlungen bilden in beiden Jahren die Regel. Fünf Branntweinkleinhandlungen besitzt Bodenburg im Kreise Gandersheim, Amtsgerichtsbezirk Gandersheim, dieselben waren aber sämmtlich schon 1879 concessionirt; besondere Gründe für die hohe Zahl nicht bekannt. Die beiden Orte mit nur einer Handlung sind Veltenhof im Kreise Braunschweig, Amtsgerichts-

bezirk Riddagshausen, und Stift Königsutter im Kreise Helmstedt, Amtsgerichtsbezirk Königsutter. Von den einzelnen Kreisen entsprechen Wolfenbüttel, Helmstedt, Holzminden und Blankenburg im Wesentlichen dem für das Herzogthum festgestellten Verhältniss, während Braunschweig und Gandersheim überwiegender Orte mit einer grösseren Zahl von Branntweinkleinhandlungen aufweisen.

Von den Ortschaften mit 900 bis 1000 Einwohnern haben 4 zwei, 2 drei, 1 vier und 2 fünf Branntweinkleinhandlungen; wenn die Orte mit zwei Handlungen auch noch die höchste Zahl aufweisen, so werden sie doch von der Gesamtzahl der Orte mit mehr Handlungen übertroffen; gegen 1879 ist deshalb der Stand ungünstiger geworden, denn damals bildeten zwei Handlungen noch absolut die Regel. Die beiden Orte mit fünf Branntweinkleinhandlungen sind Grasleben im Kreise Helmstedt, Amtsgerichtsbezirk Helmstedt (zwei seit 1879 neu concessionirt; besondere Gründe nicht bekannt) und Hohegeiss im Kreise Blankenburg, Amtsgerichtsbezirk Walkenried (sämmlich schon 1879 vorhanden; besondere Gründe nicht bekannt). Dem Verhältniss des Herzogthums stehen in der Hauptsache die Kreise Wolfenbüttel und Gandersheim gleich, in den Kreisen Braunschweig, Helmstedt und Blankenburg herrschen die Orte mit einer grösseren Zahl Handlungen, im Kreise Holzminden dagegen die mit einer geringeren Zahl mehr vor.

Die nächste Ortschaftsclasse mit 1000 bis 1400 Einwohnern zeigt eine verhältnissmässig sehr grosse Mannigfaltigkeit; der Zahl nach walten die Ortschaften mit zwei Branntweinkleinhandlungen noch vor, werden aber von denen mit drei Handlungen fast erreicht, ein gleiches Verhältniss findet im Wesentlichen auch 1879 statt, nur dass in dem Jahre die Classe überhaupt mit kleineren Zahlen vertreten ist. Der Stand von 1893 ist folgendermaassen: 3 Ortschaften mit einer, 11 mit zwei, 10 mit drei, 2 mit vier, 1 mit fünf, 3 mit sechs, und je 1 mit sieben und acht Branntweinkleinhandlungen. Die Ortschaft mit acht Branntweinkleinhandlungen ist Gittelde im Kreise Gandersheim, Amtsgerichtsbezirk Seesen (sämmlich schon 1879 vorhanden; Gründe unbekannt), die Ortschaft mit sieben Handlungen Söllingen im Kreise Helmstedt, Amtsgerichtsbezirk Schöningen (drei Handlungen erst nach 1879 concessionirt; Gründe unbekannt), die Ortschaften mit sechs Handlungen Oberlutter im Kreise Helmstedt, Amtsgerichtsbezirk Königsutter (1879 sogar sieben Handlungen vorhanden; Gründe unbekannt), Walkenried im Kreise Blankenburg, Amtsgerichtsbezirk Walkenried (seit 1879 drei Handlungen neu concessionirt; Gründe unbekannt) und Zorge im Kreise Blankenburg, Amtsgerichtsbezirk Walkenried (nach 1879 eine Handlung neu concessionirt; Gründe unbekannt), die Ortschaft mit fünf Handlungen endlich Süplingen im Kreise Helmstedt, Amtsgerichtsbezirk Königsutter (sämmliche Handlungen schon 1879 vorhanden; Gründe unbekannt). Die Kreise Wolfenbüttel, Gandersheim und Holzminden kommen dem Verhältniss des Herzogthums etwa gleich, der Kreis Braunschweig hat nur zwei Orte dieser Classe mit je einer Handlung, der Kreis Helmstedt ist mit je einer Ortschaft mit einer, zwei, drei, fünf, sechs und sieben Handlungen vertreten und im Kreise Blankenburg endlich überwiegen die Ortschaften mit grösserer Handlungszahl.

Aehnlich stark vertheilt wie die Ortschaften der vorigen Classe sind auch die mit 1400 bis 2000 Einwohnern und zwar 1893 in nachstehender Weise: 2 Orte mit zwei, 3 mit drei, je 1 mit vier und fünf, 3 mit sechs und dann wiederum je 1 mit acht, elf und fünfzehn Branntweinkleinhandlungen; von einem besonderen Vorherrschen kann hier also eigentlich nicht geredet werden, 1879 war das Verhältniss übrigens ein ähnliches. Der Ort mit fünfzehn Branntweinkleinhandlungen ist der Flecken Calvörde im Kreise Helmstedt, Amtsgerichtsbezirk Calvörde (sämmlich schon 1879 vorhanden; Gründe unbekannt), der mit elf der Flecken Vorsfelde im Kreise Helmstedt, Amtsgerichtsbezirk Vorsfelde (sämmlich schon 1879 vorhanden; Gründe unbekannt), der mit acht die Stadt Eschershausen im Kreise Holzminden, Amtsgerichtsbezirk Eschershausen (1879 sogar neun Handlungen vorhanden; Gründe unbekannt) und die drei Orte mit sechs Handlungen sind endlich Jerxheim im Kreise Helmstedt, Amtsgerichtsbezirk Schöningen (sämmlich schon 1879 vorhanden; Gründe unbekannt), Lutter am Barenberge im Kreise Gandersheim, Amtsgerichtsbezirk Lutter am Barenberge (sämmlich schon 1879 vorhanden; Gründe unbekannt) und Boffzen im Kreise Holzminden, Amtsgerichtsbezirk Holzminden (sämmlich schon 1879 vorhanden; Gründe unbekannt). Die Kreise unterscheiden sich in der Weise, dass Braunschweig, Wolfenbüttel und Blankenburg mehr die Orte mit der geringeren Handlungszahl, Helmstedt, Gandersheim und Holzminden dagegen mehr die mit höherer Zahl aufweisen.

Die Ortschaften mit 2000 bis 3000 Einwohnern bieten gleicherweise noch ein wechselvolles Bild; 1893 waren vorhanden, 2 mit drei, 2 mit vier, 1 mit fünf, 2 mit neun und je 1 mit zwölf und fünfzehn Branntweinkleinhandlungen; eigentlich vorherrschend ist also auch hier keine Zahl und ebenso ist gegenüber dem Jahre 1879 keine wesentliche Aenderung zu verzeichnen. Der Ort mit fünfzehn Kleinhandlungen ist die Stadt Gandersheim im Kreise Gandersheim (1879 vierzehn Handlungen vorhanden; besondere Gründe unbekannt), der Ort mit zwölf Handlungen die Stadt Stadtoldendorf im Kreise Holzminden (1879 schon die gleiche Zahl Handlungen vorhanden; besondere Gründe nicht bekannt) und die beiden Orte mit neun Handlungen Bad-Harzburg und Oker, beide im Kreise Wolfenbüttel, Amtsgerichtsbezirk Harzburg (in Bad Harzburg waren 1879 schon neun Handlungen, in Oker acht; besondere Gründe abgesehen von dem Fremdenverkehr nicht bekannt). Bei der geringen Gesamtzahl und dem starken Unterschiede innerhalb derselben ist hier ein besonderes Verhältniss für die einzelnen Kreise nicht festzustellen.

Auf die weiteren Classen kommen hier wiederum die noch übrigen neun Städte: von denselben hat Königslutter elf Branntweinkleinhandlungen (1879 zehn), Schöppenstedt siebenzehn (1879 fünfzehn), Seesen zwanzig (1879 gleichfalls zwanzig), Blankenburg dreizehn (1879 zwölf), Schöningen fünfzehn (1879 gleichfalls fünfzehn), Holzminden dreiundzwanzig (1879 einundzwanzig), Wolfenbüttel vierunddreissig (1879 zweiunddreissig), Helmstedt neununddreissig (1879 sechsundzwanzig) und endlich Braunschweig 153 Branntweinkleinhandlungen (1879 123).

In gleicher Weise wie oben bezüglich der Wirthschaften ist nachstehend in Tabelle 2 auch eine Zusammenstellung der Summen der Branntweinkleinhandlungen nach der Art

wie sie sich auf die Ortschaften mit einer, zwei, drei etc. Handlungen vertheilen, gegeben. Auch hier zeigt es sich in gleichem Maasse, dass die Hauptsumme der gesammten Branntweinkleinhandlungen sich in den Ortschaften mit weniger Branntweinkleinhandlungen befindet.

Tabelle 2.

Die Gesamtzahl der Branntweinkleinhandlungen auf die nach der Branntweinkleinhandlungszahl gebildeten Ortsclassen vertheilt.

Ortsklasse mit Branntweinkleinhandlungen	Zahl der Ortschaften		Gesamtzahl der Branntweinkleinhandlungen		Ortsklasse mit Branntweinkleinhandlungen	Zahl der Ortschaften		Gesamtzahl der Branntweinkleinhandlungen	
	1879	1893	1879	1893		1879	1893	1879	1893
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
1	269	244	269	244	12	2	1	24	12
2	107	121	214	242	13	—	1	—	13
3	27	36	81	108	14	1	—	14	—
4	9	11	36	44	15	3	3	45	45
5	5	6	25	30	16	—	—	—	—
6	3	6	18	36	17	—	1	—	17
7	1	1	7	7	18	—	—	—	—
8	3	2	24	16	19	—	—	—	—
9	2	2	18	18	20	1	1	20	20
10	1	—	10	—	21—30	2	1	47	23
11	1	2	11	22	über 30	2	3	155	226

III.

Ergebniss und allgemeine Schlussbetrachtung.

Bevor wir das eigentliche Endergebniss aus den vorbehandelten Zahlenverhältnissen ziehen, wollen wir noch kurz die Aeusserungen der einzelnen Landesverwaltungsbehörden zu den oben angeführten speciellen Fragen des Reichskanzlers über die ganze Lage des Wirthschaftswesens und die dasselbe berührende Gesetzgebung kurz hervorheben, welche übrigens durchweg wesentlich übereinstimmende sind. Sie gehen sämmtlich dahin, dass in einer zu grossen das Bedürfniss erheblich überschreitenden Ausdehnung der Zahl der Gast- und Schankwirthschaften und der Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus eine nicht unbedenkliche sittliche Gefahr liege und dass daher eine thunlichste Eindämmung bew. Beschränkung auf das wirkliche Bedürfniss mit allen Kräften anzustreben sei. Alle die fraglichen Behörden sind aber auch darin einig, dass die jetzige Gesetzgebung bei sachgemässer Anwendung zur Erreichung dieses Zwecks vollkommen ausreichend sei und sprechen sich daher gegen jede Aenderung dieser Gesetzgebung aus, namentlich aber gegen eine gesetzliche Festlegung des Verhältnisses zwischen der Zahl der Bevölkerung und der der Schankstätten etc., weil sich das Bedürfniss nach letzteren keineswegs allein nach der Bevölkerung, sondern auch nach einer Reihe anderer Verhältnisse, wie wirthschaftliche Lage, räumliche Ausdehnung, Verkehr etc. bestimme. Zu dem thatsächlichen Verhältniss wird seitens einer Behörde speciell hervorgehoben, dass in einer grösseren Anzahl von Gemeinden die Zahl der Schankstätten über das Bedürfniss hinausgehe, doch nicht soweit, dass darin schon eine sittliche Gefahr zu erblicken sei. So viel geht aber aus den Einzelberichten mit grosser Bestimmtheit hervor, dass überall

die eventuell drohende Gefahr erkannt und überall das eifrige Bestreben vorhanden, dieser Gefahr durch sachgemässe Beschränkung in dem Sinne der erlassenen Gesetze zu begegnen.

Wenn wir nun aber auf die Zahlen unserer Erhebung sehen und speciell den Zustand von 1879 mit dem von 1893 vergleichen, so will es doch in etwas scheinen, als ob die einschränkende Tendenz, welche das Reichsgesetz vom 23. Juli 1879 in unverkennbarer Weise angenommen hatte, sich in dem Zahlenergebniss für das Herzogthum im Grossen und Ganzen nicht so voll ausprägte. Greifen wir zunächst die Gast- und Schankwirthschaften heraus, so hat deren Zahl ja allerdings nicht gerade stark, um nur 2,73 %⁰, zugenommen und bleibt diese Zunahme hinter der der Bevölkerung zurück, da 1893 weniger Wirthschaften auf 1000 Einwohner kommen als 1879. Im Königreich Sachsen, welches allein die Ergebnisse der dort in gleicher Weise angestellten Erhebung bereits in Heft I und II Seite 68 der Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Büreaus Jahrgang XXXIX 1893 veröffentlicht hat und daher ausschliesslich zur Vergleichung herangezogen werden kann, ist die Zunahme der Gast- und Schankwirthschaften eine ähnliche, ja sogar noch etwas höhere nämlich 3,07 %⁰; im Verhältniss zur Bevölkerung ist allerdings die Abnahme in Sachsen wesentlich stärker als in Braunschweig, die Zahl der auf 1000 Einwohner kommenden Wirthschaften hat sich dort von 5,24 auf 4,32 also um 0,88, in Braunschweig nur von 4,41 auf 3,92 also um 0,49 oder nur um etwas mehr als halb so viel vermindert; dafür ist aber der jetzige Satz in Sachsen immerhiu noch etwas höher als in Braunschweig. Anders gestaltet sich nun aber die Sache, wenn wir die einzelnen Arten der Wirthschaften ins Auge fassen. Von diesen sind die Schankwirthschaften ohne Branntweinschank jedenfalls diejenigen, bei welchen eine sittliche Gefahr am wenigsten begründet erscheint, sie sind aber auch diejenigen, welche anerkanntermaassen die geringste Lebensfähigkeit haben und man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, dass die grosse Mehrzahl der um Schankwirthschaft ohne Branntweinschank Nachsuchenden dieses von vornherein in der stillen Voraussetzung thut, mit der Zeit auch die Concession zum Branntweinausschank zu erwirken. Wenn daher, wie im Herzogthum und gleicher Weise auch im Königreich Sachsen, die Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank zurückgehen, so kann dieses an sich nur als mehr oder weniger in der Natur der Sache liegend angesehen werden; als ein günstiges Zeichen ist es aber nur dann aufzufassen, wenn für die übrigen Arten der Wirthschaften und speciell für die Schankwirthschaften mit Branntweinausschank nicht eine entsprechende Zunahme sich gezeigt hat. Dieses ist nun aber gerade im Herzogthum Braunschweig der Fall. Die Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank haben um 27,23 %⁰ abgenommen, dagegen haben aber die Gastwirthschaften um 8,56 %⁰, die Schankwirthschaften mit Branntweinausschank um 31,84 %⁰ zugenommen, aus diesen Zahlen geht mit grösster Klarheit hervor, dass ein wesentlicher Theil der Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank nicht etwa einfach verschwunden, sondern in Gastwirthschaften und Schankwirthschaften mit Branntweinausschank umge-

wandelt ist, bezw. solchen Platz gemacht hat: das frühere Verhältniss hat sich also insofern verschlechtert, als wir neben der Zunahme der Gast- und Schankwirthschaften insgesamt eine nachtheilige Verschiebung derselben innerhalb der einzelnen Arten zu verzeichnen haben, insofern als an Stelle der an sich harmloseren Art der Schankwirthschaft die ausgedehnteren und deshalb sowohl an sich wie namentlich auch durch den damit verbundenen Branntweinausschank die grössere sittliche Gefährdung bietenden Arten der Wirthschaften getreten sind. Die Zunahme der Schankwirthschaften mit Branntweinausschank überschreitet auch die Zunahme der Bevölkerung verhältnissmässig nicht unbedeutend. Betrachten wir die bezüglichen Zahlen für das Königreich Sachsen, so zeigt sich ein abweichendes, erheblich günstigeres Verhältniss. Dort haben die Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank auch ziemlich stark, um 21,21 %⁰, abgenommen, demgegenüber haben aber die Gastwirthschaften nur um 7,41 %⁰ und die Schankwirthschaften mit Branntweinausschank nur um 4,79 %⁰ zugenommen, hier erscheint also die Abnahme der Schankwirthschaften ohne Branntweinausschank als ein positiver Gewinn, denn es steht dieser Abnahme keine entsprechende Zunahme der übrigen Wirthschaftsarten gegenüber, auch bleibt die Zunahme der ausgedehnteren Wirthschaftsarten noch immer nicht unbeträchtlich hinter dem Fortschreiten der Bevölkerung zurück. Der Vergleich mit dem Königreich Sachsen fällt also hier keineswegs zum Vortheil für Braunschweig aus. Uebrigens muss noch besonders bemerkt werden, dass die vorstehende Gesamtausführung, wenn sie sich auch auf die für das ganze Herzogthum ermittelten Zahlen stützt, in Wirklichkeit nur auf die vier Kreise Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt und Blankenburg Anwendung finden kann, denn in den Kreisen Holzminden und Gandersheim haben die Gastwirthschaften und die Schankwirthschaften mit Branntweinausschank nur ganz unwesentlich zugenommen, theilweise sogar abgenommen, wodurch allerdings die Zunahme in den anderen Kreisen im Verhältniss eine entsprechend stärkere wird. Als mit der Tendenz des Reichsgesetzes vom 23. Juli 1879 möglicherweise auch nicht ganz in Einklang stehend sind sodann auch noch die Ergebnisse hervorzuheben, welche in Abschnitt II, 1 bezüglich der auf die nach der Einwohnerzahl gebildeten Ortsclassen entfallenden Wirthschaftszahlen zur Darstellung gebracht sind. Wir sahen dort, dass fast in jeder einzelnen Ortsklasse verhältnissmässig eine mehr oder weniger grosse Anzahl von Gemeinden einen höheren, ja oft sogar einen weit höheren Bestand an Wirthschaften zählte, als sonst für die fragliche Classe im Herzogthum die Regel bildete; zu verkennen ist dabei natürlich nicht, dass auch besondere Gründe für eine solche höhere Wirthschaftszahl vorhanden sein können, denn die Bevölkerungszahl bildet zwar ein wesentliches aber keineswegs das einzige Moment, nach welchem das Bedürfniss für den Bestand an Wirthschaften zu bemessen ist, wie solches ja auch schon oben hervorgehoben ist; bei verschiedenen der wegen ihrer hohen Wirthschaftszahl speciell namhaft gemachten Orte konnten wir ja auch solche ausserordentliche Umstände, welche die hohe Zahl rechtfertigten, anführen. bei vielen haben wir hinzugefügt, «besondere Gründe unbekannt», bemerken

dazu aber noch ausdrücklich, dass damit keineswegs das Nichtvorhandensein solcher Gründe hat behauptet werden sollen; über die Gründe für die hohen Wirthschaftszahlen sind besondere Erkundigungen nicht eingezogen worden, es konnten deshalb immer nur diejenigen angeführt werden, welche mehr oder weniger auf der Hand lagen und allgemeiner Natur waren, in allen anderen Fällen musste die bezeichnete Bemerkung gemacht werden, welche sonach durchaus nicht ausschliesst, dass Gründe, welche mehr in den innern weniger bekannten Verhältnissen der betreffenden Gemeinde liegen, für die höhere Wirthschaftszahl vorhanden sind. Neben der unverhältnissmässig hohen Wirthschaftszahl einzelner Gemeinden hatten wir aber in dem Abschnitt II, 1 auch darauf hinzuweisen, dass die Mehrzahl der Gemeinden eines oder mehrerer Kreise in den einzelnen Ortsklassen die sonst als Regel für die Classe geltende Wirthschaftszahl überschritte; auch war dieses Ueberschreiten nicht etwa nur stets ein ausnahmsweises, sondern es zeigte sich für denselben Kreis bezüglich einer ganzen Reihe von Ortschaftsklassen, ebenmässig zeigte es sich auch bei fast sämmtlichen Ortschaftsklassen; auch dieser Umstand muss das oben Ausgesprochene unterstützen. Die beiden dem Abschnitt II 1 entnommenen Momente haben aber eine um so grössere Bedeutung als sie vielfach erst in der Zeit von 1879 zu 1893 überhaupt oder doch schärfer hervorgetreten sind, denn vielfach ist sowohl die hohe Wirthschaftszahl einzelner Gemeinden als auch das Ueberragen der Mehrzahl der Gemeinden eines Kreises über die Durchschnittszahl der Ortsklasse erst für 1893 und nicht schon für 1879 überhaupt bezw. in schärferer Weise zu verzeichnen gewesen. Kann man nun dem Vorstehenden gemäss schon das Verhältniss bezüglich der Gast- und Schankwirthschaften nach den zahlenmässigen Feststellungen als kein vollkommen befriedigendes bezeichnen, so ist dieses bezüglich der Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus wohl noch weniger der Fall. Die Zahl der letzteren hat im Herzogthum Braunschweig seit 1879 um 10,31 % zugenommen und wenn diese Zunahme auch um ein ganz geringes hinter der gleichzeitigen Zunahme der Bevölkerung zurückbleibt — 1879 kamen 2,91, 1893 nur 2,78 Branntweinkleinhandlungen auf 1000 Einwohner —, so ist sie doch an sich bei obwaltender Sachlage als eine hohe anzusehen. Der Vergleich mit dem Königreich Sachsen zeigt die Sache in einem noch ungünstigeren Lichte. Dort hat seit 1879 die Zahl der Branntweinkleinhandlungen überhaupt nicht zugenommen, sondern um 5,37 % abgenommen, dort entfielen auf 1879 nur 1,68 und 1893 1,27 Handlungen mit Branntwein auf 1000 Einwohner, der jetzige Satz bleibt also noch unter der Hälfte des für das Herzogthum Braunschweig zu verzeichnenden. Die Verschiedenheit zwischen den für das Herzogthum und den für das Königreich Sachsen ermittelten Zahlen ist aber eine so bedeutende, dass man das Vorhandensein eines ganz besonderen darauf einwirkenden Umstandes annehmen muss. Als diesen Umstand glauben wir ansehen zu können, dass im Herzogthum Braunschweig früher der Kleinhandel mit Branntwein fast regelmässig auch mit der Gastwirthschaft verbunden

war, wie ja das Gewerbegesetz vom 3. August 1864 No. 40 den Krügern auf dem Lande ausdrücklich die Befugniss zu diesem Kleinhandel als einen Ausfluss ihrer Gastwirthschaftsconcession zuerkennt; es war auf diese Weise durchweg zur Gewohnheit geworden, dass die Gastwirthe gleichzeitig den Kleinhandel mit Branntwein betrieben und diese Gewohnheit hat sich mehr oder weniger ausgedehnt noch bis auf die jetzige Zeit erhalten. Dass das letztere thatsächlich der Fall ist, sehen wir aus der verhältnissmässig grossen Zahl der Fälle, in welchen die Concession zur Gastwirthschaft mit der zum Kleinhandel mit Branntwein verbunden ist, welche Zahl zum Beispiel im Kreise Blankenburg 53 unter 84 Branntweinkleinhandlungen überhaupt beträgt, im Kreise Holzminden 126 unter 147, im Kreise Gandersheim 127 unter 158. Dass die fragliche Gewohnheit aber auch jetzt noch Anwendung findet, ist namentlich daraus ersichtlich, dass vielfach die Zahl der Kleinhandlungen mit Branntwein in den einzelnen Ortschaften in ganz derselben Weise fortgeschritten ist, wie die der Gastwirthschaften; in dem obigen Abschnitt II hatten wir vielfach ganz dieselben Ortschaften unter 1 und 2 mit einer besonders hohen Zahl hervorzuheben und war zum Theil auch diese hohe Zahl erst in der Zeit von 1879 bis 1893 stärker hervorgetreten. Wenn nun aber auch die Verbindung von Gastwirthschaft und Branntweinkleinhandlung ziemlich übereinstimmend in den sämmtlichen Kreisen zu finden ist, so ist doch die Zunahme der Branntweinkleinhandlungen in denselben ebenso wie die der Wirthschaften eine verschiedene; für die Kreise Gandersheim und Holzminden ist sie auch hier nur ganz unbedeutend, eine Zunahme zeigen immerhin aber selbst diese Kreise; andererseits ist aber für die übrigen Kreise die seit 1879 stattgehabte Vermehrung der Branntweinkleinhandlungen eine um so stärkere, vorzugsweise stark ist sie, wie wir schon oben gesehen, im Kreise Helmstedt und zwar verhältnissmässig gleichmässig in sämmtlichen Bezirken des Kreises, nur die Stadt Helmstedt zeichnet sich unter denselben noch durch eine ganz besondere Höhe, eine Zunahme von 50 %, aus. Bei der Classification der Ortschaften nach der Einwohnerzahl sehen wir bei den Kleinhandlungen mit Branntwein in Abschnitt II, 2 ebenmässig wie bei den Wirthschaften, dass einzelne Ortschaften in den einzelnen Classen sich durch eine ganz besonders hohe Zahl von Branntweinkleinhandlungen auszeichneten und dass innerhalb der einzelnen Classen wiederholt die Mehrzahl der Ortschaften eines Kreises sich über die sonst in der Classe eigentlich die Regel bildende Zahl von Kleinhandlungen erhob.

Nach Maassgabe dieser Ausführungen kann allerdings das Ergebniss der vorliegenden statistischen Erhebung für das Herzogthum Braunschweig als ein vollkommen zufriedenstellendes nicht angesehen werden. Dass aber in der zahlenmässigen Höhe der zugelassenen Gast- und Schankwirthschaften sowie Branntweinkleinhandlungen schon jetzt eine sittliche Gefahr zu erblicken sei, kann jedoch wohl nicht behauptet werden, immerhin möchte man sich aber doch dieser Gefahr um Etwas genähert haben und man wird gut thun dieselbe immer scharf im Auge zu haben.

T a b e l l e n.

Uebersicht der Gast- und Schankwirthschaften, sowie der Kleinhandlungen
am 1. Januar der

mit Branntwein oder Spiritus im Herzogthum Braunschweig
Jahre 1879 und 1893.

Kreis	Stadt- resp. Amtsgerichtsbezirk	Zahl der Gastwirthschaften absolut			Zahl der Schankwirthschaften					
					mit Braantweinausschank absolut			ohne Braantweinausschank absolut		
		1879	1893	Zu- bzw. Abnahme	1879	1893	Zu- bzw. Abnahme	1879	1893	Zu- bzw. Abnahme
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.
Braunschweig	Stadt Braunschweig	53	70	+ 17	65	79	+ 14	71	53	- 18
	Amtsgerichtsbezirk Riddagshausen . . .	60	60	.	8	13	+ 5	43	38	- 5
	„ Vechelde	44	45	+ 1	5	9	+ 4	33	28	- 5
	„ Thedinghausen	16	18	+ 2	5	6	+ 1	.	.	.
	Summa	173	193	+ 20	83	107	+ 24	147	119	- 28
Wolfenbüttel	Stadt Wolfenbüttel	37	41	+ 4	11	19	+ 8	8	.	- 8
	Amtsgerichtsbezirk Wolfenbüttel . . .	67	68	+ 1	4	8	+ 4	11	13	+ 2
	Stadt Schöppenstedt	12	13	+ 1	1	.	- 1	2	1	- 1
	Amtsgerichtsbezirk Schöppenstedt . . .	38	41	+ 3	5	5	.	10	8	- 2
	„ Salder	53	57	+ 4	5	7	+ 2	21	18	- 3
	„ Harzburg	39	47	+ 8	7	9	+ 2	8	3	- 5
	Summa	246	267	+ 21	33	48	+ 15	60	43	- 17
Helmstedt	Stadt Helmstedt	32	36	+ 4	11	14	+ 3	3	3	.
	Amtsgerichtsbezirk Helmstedt . . .	10	12	+ 2	1	2	+ 1	5	2	- 3
	Stadt Schöningen	12	13	+ 1	6	7	+ 1	8	7	- 1
	Amtsgerichtsbezirk Schöningen . . .	26	30	+ 4	8	10	+ 2	20	8	- 12
	Stadt Königslutter	4	9	+ 5	6	4	- 2	5	1	- 4
	Amtsgerichtsbezirk Königslutter . . .	35	36	+ 1	.	8	+ 8	17	9	- 8
	„ Vorsfelde	55	58	+ 3	2	2	.	11	8	- 3
	„ Calvörde	18	18	2	1	- 1
Gandersheim	Summa	192	212	+ 20	34	47	+ 13	71	39	- 32
	Stadt Gandersheim	8	8	.	6	6
	Amtsgerichtsbezirk Gandersheim . . .	34	34	.	1	1	.	11	6	- 5
	Stadt Seesen	11	10	- 1	4	5	+ 1	1	.	- 1
	Amtsgerichtsbezirk Seesen	22	24	+ 2	.	.	.	17	11	- 6
	„ Lutter a. Bbge.	30	32	+ 2	1	2	+ 1	16	16	.
	„ Greene	24	24	13	11	- 2
Holzminden	Summa	129	132	+ 3	12	14	+ 2	58	44	- 14
	Stadt Holzminden	11	12	+ 1	6	7	+ 1	5	3	- 2
	Amtsgerichtsbezirk Holzminden . . .	25	26	+ 1	2	2	.	11	8	- 3
	Stadt Stadtoldendorf	6	6	.	3	3	.	1	.	- 1
	Amtsgerichtsbezirk Stadtoldendorf . . .	33	32	- 1	.	.	.	13	9	- 4
	Stadt Eschershausen	5	5	.	1	1	.	1	1	.
	Amtsgerichtsbezirk Eschershausen . . .	45	43	- 2	5	5	.	5	3	- 2
	„ Ottenstein	13	13	.	1	1	.	4	4	.
Blankenburg	Summa	138	137	- 1	18	19	+ 1	40	28	- 12
	Stadt Blankenburg	11	22	+ 11	8	10	+ 2	.	1	+ 1
	Amtsgerichtsbezirk Blankenburg . . .	36	37	+ 1	4	8	+ 4	4	3	- 1
	Stadt Hasselfelde	7	8	+ 1	2	1	- 1	2	1	- 1
	Amtsgerichtsbezirk Hasselfelde . . .	14	20	+ 6	4	4
Herzogthum	„ Walkenried	12	12	.	3	7	+ 4	.	.	.
	Summa	80	99	+ 19	21	30	+ 9	6	5	- 1
	Städte	209	253	+ 44	130	156	+ 26	107	71	- 36
	Landgemeinden	749	787	+ 38	71	109	+ 38	275	207	- 68
	Ueberhaupt	958	1040	+ 82	201	265	+ 64	382	278	- 104

Gesamtzahl der Gast- und Schankwirthschaften				Zahl der Branntweinkleinhandlungen				Auf 1000 Einwohner entfallen				Auf eine Ortschaft entfallen			
absolut		Zu- bzw. Abnahme		absolut		Zu- bzw. Abnahme		Gast- und Schankwirthschaften		Branntwein-klein-handlungen		Gast- und Schankwirthschaften		Branntwein-klein-handlungen	
1879	1893	absolut	%	1879	1893	absolut	%	1879	1893	1879	1893	1879	1893	1879	1893
12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.
189	202	+ 13	+ 6,88	123	153	+ 30	+ 24,39	2,52	2,00	1,64	1,51	189,00	202,00	123,00	153,00
111	111	.	.	56	59	+ 3	+ 5,36	6,35	5,50	3,20	2,92	2,39	2,39	1,22	1,28
82	82	.	.	43	44	+ 1	+ 2,33	5,55	5,05	2,91	2,71	2,34	2,34	1,23	1,26
21	24	+ 3	+ 1,43	15	16	+ 1	+ 6,67	4,97	5,78	3,55	3,86	1,91	2,18	1,36	1,45
403	419	+ 16	+ 3,97	237	272	+ 35	+ 14,77	3,61	2,96	2,13	1,92	4,33	4,51	2,55	2,93
56	60	+ 4	+ 7,14	32	34	+ 2	+ 6,25	4,62	4,14	2,64	2,35	56,00	60,00	32,00	34,00
82	89	+ 7	+ 8,54	50	56	+ 6	+ 12,00	5,12	4,25	3,12	3,01	2,05	2,13	1,25	1,40
15	14	- 1	- 6,67	15	17	+ 2	+ 13,33	4,67	4,07	4,67	4,94	15,00	14,00	15,00	17,00
53	54	+ 1	+ 1,89	32	34	+ 2	+ 6,25	4,79	4,52	2,88	2,85	2,04	2,08	1,23	1,31
79	82	+ 3	+ 3,80	41	46	+ 5	+ 12,20	5,33	5,22	2,76	2,98	2,72	2,83	1,41	1,59
54	59	+ 5	+ 9,26	29	30	+ 1	+ 3,45	5,84	5,37	3,14	2,73	7,71	8,43	4,14	4,29
339	358	+ 19	+ 5,60	199	217	+ 18	+ 9,05	5,10	4,76	2,99	2,89	3,26	3,44	1,91	2,09
46	53	+ 7	+ 15,22	26	39	+ 13	+ 50,00	5,30	4,84	2,99	3,56	46,00	53,00	26,00	39,00
16	16	.	.	12	16	+ 4	+ 33,33	4,61	4,88	3,46	4,38	2,29	2,29	1,71	2,29
26	27	+ 1	+ 3,85	15	15	.	.	3,93	3,66	2,27	1,98	26,00	27,00	15,00	15,00
54	48	- 6	- 11,11	31	37	+ 6	+ 19,35	5,15	4,13	2,95	3,19	3,18	2,82	1,82	2,18
15	14	- 1	- 6,67	10	11	+ 1	+ 10,00	5,53	4,46	3,69	3,50	15,00	14,00	10,00	11,00
52	53	+ 1	+ 1,92	37	43	+ 6	+ 16,22	5,12	4,41	3,64	3,58	2,48	2,52	1,76	2,05
68	68	.	.	50	59	+ 9	+ 18,00	6,09	5,50	4,47	4,77	2,12	2,12	1,56	1,84
20	19	- 1	- 5,00	24	25	+ 1	+ 4,17	4,45	4,54	5,34	5,97	2,00	1,90	2,40	2,50
297	298	+ 1	+ 0,34	205	245	+ 40	+ 19,51	5,14	4,55	3,55	3,74	3,30	3,31	2,38	2,72
14	14	.	.	14	15	+ 1	+ 7,14	5,58	5,16	5,58	5,53	14,00	14,00	14,00	15,00
46	41	- 5	- 10,87	34	34	.	.	4,63	4,33	3,42	3,58	1,70	1,52	1,26	1,26
16	15	- 1	- 6,25	20	20	.	.	4,18	3,61	5,23	4,81	16,00	15,00	20,00	20,00
39	35	- 4	- 10,26	32	31	- 1	- 3,13	4,56	4,08	3,74	3,61	3,23	2,92	2,67	2,58
47	50	+ 3	+ 6,38	32	33	+ 1	+ 3,13	4,26	4,21	2,90	2,78	2,94	3,13	2,00	2,06
37	35	- 2	- 5,41	25	25	.	.	4,47	4,26	3,02	3,05	2,18	2,06	1,47	1,47
199	190	- 9	- 4,52	157	158	+ 1	+ 0,64	4,51	4,22	3,56	3,51	2,69	2,57	2,12	2,14
22	22	.	.	21	23	+ 2	+ 9,52	2,32	2,50	2,69	2,62	22,00	22,00	21,00	23,00
38	36	- 2	- 5,26	25	26	+ 1	+ 4,00	4,09	3,68	2,69	2,66	2,53	2,40	1,67	1,73
10	9	- 1	- 10,00	12	12	.	.	4,08	3,30	4,90	4,40	10,00	9,00	12,00	12,00
46	41	- 5	- 10,87	26	29	+ 3	+ 11,54	4,93	4,20	2,78	2,97	2,56	2,28	1,44	1,61
7	7	.	.	9	8	- 1	- 11,11	5,05	4,65	6,50	5,31	7,00	7,00	9,00	8,00
55	51	- 4	- 7,27	37	36	- 1	- 2,70	5,50	4,86	3,70	3,43	2,04	1,89	1,37	1,33
18	18	.	.	13	13	.	.	4,47	4,46	3,23	3,22	2,00	2,00	1,44	1,44
196	184	- 12	- 6,12	143	147	+ 4	+ 2,80	4,42	3,90	3,23	3,12	2,72	2,56	1,99	2,04
19	33	+ 14	+ 73,68	12	13	+ 1	+ 8,33	3,71	4,23	2,35	1,69	19,00	33,00	12,00	13,00
44	48	+ 4	+ 9,09	32	31	- 1	- 3,12	6,02	5,56	4,38	3,59	3,67	4,00	2,67	2,58
11	10	- 1	- 9,09	8	5	- 3	- 37,50	4,38	3,77	3,18	1,88	11,00	10,00	8,00	5,00
18	24	+ 6	+ 33,33	7	11	+ 4	+ 57,14	3,57	4,67	1,38	2,14	3,60	4,80	1,40	2,20
15	19	+ 4	+ 26,67	18	24	+ 6	+ 33,33	2,93	3,63	3,52	4,59	3,00	3,80	3,60	4,80
107	134	+ 27	+ 25,23	77	84	+ 7	+ 9,09	4,26	4,56	3,07	2,86	4,46	5,58	3,21	3,50
446	480	+ 34	+ 7,62	317	365	+ 48	+ 15,14	3,33	2,81	2,37	2,14	34,30	36,92	24,38	28,08
1095	1103	+ 8	+ 0,73	701	758	+ 57	+ 8,13	5,08	4,73	3,25	3,25	2,46	2,48	1,58	1,77
1541	1583	+ 42	+ 2,73	1018	1123	+ 105	+ 10,31	4,41	3,92	2,91	2,78	3,37	3,46	2,23	2,46

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Die Ergebnisse
der ausserordentlichen Viehzählung vom 1. December 1893
im Herzogthum Braunschweig.

Bearbeitet

vom

Finanzrath Dr. F. W. R. Zimmermann,
Vorstand des statistischen Bureau's Herzogl. Staatsministeriums.

Einleitung.

Auf Anregung und Antrag des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) ist wie überall im Deutschen Reich so auch im Herzogthum Braunschweig behufs Feststellung der Veränderungen, welche der Viehstand unter dem Einflusse der ungewöhnlichen Witterung des Jahres 1893 seit der letzten Viehzählung am 1. December 1892 erlitten hat, am 1. December 1893 eine ausserordentliche Viehzählung unter Beschränkung auf den Rindvieh- und Schweinebestand vorgenommen worden. Die näheren Anordnungen für Ausführung dieser Viehzählung wurden in der Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Ausführung einer ausserordentlichen Viehzählung am 1. December 1893 betr., Gesetz- und Verordnungssammlung No. 51, gegeben. Dieselben entsprechen in der Hauptsache genau den für die Viehzählung am 1. December 1892 erlassenen Vorschriften, welche wir bei der Darstellung der Ergebnisse dieser Zählung in Heft X der Beiträge zur Statistik des Herzogthums Braunschweig S. 1 ff. näher geschildert haben; wir brauchen daher hier nur die Abweichungen kurz zu berühren. Zunächst ist zum Ausdruck gebracht, dass sich die Ermittlung abweichend von der vom 1. December 1892 nur auf den am 1. December 1893 vorhandenen Rindvieh- und Schweinebestand zu beschränken habe; mit Rücksicht darauf musste der Hausliste, durch welche die Zählung vorzunehmen, natürlich eine andere Form gegeben werden; das für dieselbe neu vorgeschriebene Formular ist das nachstehende:

(Seite 1.) **Viehzählung am 1. December 1893.**

Herzogthum Braunschweig.

Hausliste №

Kreis: Gemeinde:

Strasse: Hausnummer:

Name des Hausbesitzers:

Erläuterungen:

In die Hausliste ist die Zahl des am 1. December 1893 in diesem Hause, den dazu gehörigen Nebengebäuden und sonstigen Räumlichkeiten (im gesammten Gehöfte, Grundstücke u. s. w.) in Fütterung stehenden Rindviehbestandes und Schweinebestandes, und zwar des ersteren nach den umstehend bezeichneten Gattungen und Ab-

theilungen, anzugeben. Dabei ist gleichgültig, wer Eigenthümer des Viehes ist.

Vorübergehend (auf Reisen, Fahren u. s. w.) abwesende Viehstücke, und auch solche, welche im Laufe des 1. December **verkauft** werden, sind hier mit aufzuzeichnen; hingegen ist hier nicht mitzuzählen Vieh, welches im Laufe des 1. December erst **gekauft** wird, sowie nur zufällig und vorübergehend anwesendes. Schlächter und Händler haben auch das bei ihnen stehende zum Schlachten oder Verkauf bestimmte Vieh, sofern es nicht etwa erst am 1. December gekauft ist, aufzuführen.

Ist in dem oben bezeichneten Hause Vieh der umstehend genannten Arten **überall** nicht vorhanden, so ist das umstehende Formular zu durchstreichen.

Die Richtigkeit der in der Hausliste gemachten Angaben ist am Fusse derselben durch Unterschrift, und zwar von Demjenigen zu bescheinigen, unter dessen unmittelbarer Aufsicht und Verwaltung das Haus steht, auch wenn derselbe **nicht Eigenthümer** des Viehes ist.

(Seite 2.)

Stückzahl			
des Rindviehes			der Schweine (einschl. Ferkel)
bis 2 Jahr alt	2 und mehr Jahr alt		
..... Stück	überhaupt	darunter Kühe Stück
 Stück * Stück	
	* In der hier aufzuführenden Stückzahl müssen auch die in der folgenden Spalte nochmals besonders aufzuführenden Kühe mit enthalten sein.		

Unterschrift des Besitzers bezw. Verwalters des Hauses u. s. w.

Sodann sind mit Rücksicht darauf, dass die Einsendung der Ergebnisse an das Kaiserliche Statistische Amt schon am 1. Februar 1894 geschehen sollte, die Einlieferungstermine etwas vorgerückt und sollten die Gemeindebehörden bis zum 15. December 1893 das Material an die Herzoglichen Kreisdirectionen, und letztere solches nach entsprechender Prüfung bis zum 15. Januar 1894 an das statistische Bureau Herzoglichen Staatsministeriums einsenden. Endlich ist neu vorgeschrieben worden, dass die Gemeindebehörden die sämmtlichen entsprechend ge-

ordneten Hauslisten ihrer Gemeinde nicht nur wie schon früher mit einer Bescheinigung, dass kein zum Gemeindebezirk gehöriges Haus übersehen sei, einzuschicken hätten, sondern auch unter Beifügung einer das Ergebniss der Zählung für die ganze Gemeinde zusammenfassenden Uebersicht, zu welcher ein entsprechend kenntlich zu machendes Hauslistenformular benutzt werden sollte. Die Hauslisten und die gemeindeweisen Uebersichten sind von fast sämmtlichen Herzoglichen Kreisdirectionen erst nach dem vorgeschriebenen Termin dem statistischen Bureau zugestellt worden. In den Hauslisten war vielfach die zweite Spalte, in welcher die Stückzahl des zwei und mehr Jahr alten Rindviehes überhaupt angegeben werden sollte, unrichtig ausgefüllt worden; durch das in derselben gebrauchte Wort »überhaupt« hatten sich die Hausbesitzer verleiten lassen, hier die Gesamtsumme des Rindviehes überhaupt, also einschliesslich des bis zwei Jahr alten, einzutragen, ohne genau den oberen Kopf für die Spalte zu beachten. Zum Theil war dieser häufig und meist für ganze Gemeinden vorkommende Fehler schon von den Herzoglichen Kreisdirectionen bemerkt und entsprechend eingebessert worden, wodurch sich eben die Einsendung der Listen an das statistische Bureau verzögert hatte; einzelne Kreisdirectionen hatten die irrtümliche Ausfüllung aber auch überhaupt nicht gefunden und es mussten deshalb ebenmässig auch durch das statistische Bureau Berichtigungen im grösseren Umfange vorgenommen werden. Da bis zur Einsendung des Gesamtresultates an das Kaiserliche Statistische Amt nur eine sehr kurze Frist gegeben, so konnte eine Rücksendung der Hauslisten, welche eventuell in sehr zahlreichen Fällen hätte geschehen müssen, nicht mehr vorgenommen werden und man musste sich damit begnügen, die Hauslisten unter Zuhülfenahme der Listen von 1892 und der gemeindeweisen Uebersichten entsprechend einzubessern. Da diese Einbesserungen im grösseren Maasse nothwendig waren, so wird dadurch allerdings das Gesamtresultat bezüglich seines genauen Uebereinstimmens mit der Wirklichkeit etwas in Frage gestellt, denn es erscheint immerhin möglich, dass in dem einen oder dem anderen Fall eine Einbesserung nicht in dem richtigen Maasse oder überhaupt gänzlich zu unrecht gemacht ist; jedenfalls ist mit Rücksicht auf die Einbesserungen das Resultat bezüglich des Rindviehes kein absolut sicheres, wenn auch die Abweichungen an sich keine grosse Bedeutung haben werden; das muss aber dabei noch hervorgehoben werden, dass das Gesamtresultat für das Rindvieh keinesfalls zu niedrig angegeben ist, da die Einbesserungen durchweg in Abschreibungen bestanden haben; letzterer Umstand ist aber insofern von besonderer Wichtigkeit, als uns die Ergebnisse eine Abnahme des Rindviehbestandes zeigen, diese Abnahme ist daher eher zu hoch als zu niedrig angegeben. Mit Rücksicht auf den verspäteten Eingang des Materials und die umfangreichere Prüfung und Einbesserung desselben liess es sich nicht ermöglichen, das Endergebniss genau zu dem festgesetzten Termine fertigzustellen, dasselbe konnte erst unter dem 2. Februar dem Kaiserlichen Statistischen Amte übermittelt werden.

Ergebnisse.

Da die Viehzählung vom 1. December 1893 lediglich zu einem einzigen bestimmten Zweck, um festzustellen, welchen Einfluss die ungünstigen Verhältnisse des Jahres 1893 auf den Viehbestand ausgeübt hätten, angeordnet worden ist, so ist die Festlegung der Ergebnisse derselben auch lediglich diesem Zweck entsprechend und mithin in beschränkter Weise geschehen und ebenso ist auch die vorliegende Betrachtung dieser Ergebnisse zu beschränken. Es sind dementsprechend für die von der Erhebung von 1893 betroffenen Viehkategorien, also für das Rindvieh unter zwei Jahren, für das Rindvieh von zwei und mehr Jahren überhaupt und sodann noch besonders für die in der letzten Kategorie begriffenen Kühe, demnächst noch für das gesammte Rindvieh jedweden Alters, und endlich für die Schweine insgesamt, die Bestandszahlen für das Jahr 1892 und für das Jahr 1893 nebeneinandergestellt und ist danach die Zu- und Abnahme und zwar sowohl die absolute wie auch die procentuale berechnet und hinzugefügt; diese Daten sind in Tabelle I für die einzelnen Amtsgerichtsbezirke unter specieller Auscheidung der Städte, für die Kreise, für Stadt und Land überhaupt und für das Herzogthum insgesamt, und in Tabelle II für die einzelnen Abschätzungsbezirke, in welche nach der inneren Uebereinstimmung der land- und viehwirtschaftlichen Verhältnisse das Herzogthum sonst regelmässig bezüglich der Feststellung der Verkaufswerthe und des Lebendgewichtes der einzelnen Viehgattungen zerlegt ist, als Hoher Harz, Vorharz, Gebirgsland, Hügelland, Flachland und Marschland, gegeben worden. Dem wird sich auch unsere weitere Betrachtung anschliessen.

I.

Die Ergebnisse nach den politischen Bezirken.

(Tabelle I.)

1. Der Bestand an bis zu 2 Jahr altem Rindvieh betrug im Herzogthum 1892 42199 Stück, 1893 aber nur 36983 Stück, er hat also um 5216 Stück oder 12,36% abgenommen. In den Landgemeinden ist diese Abnahme nicht nur absolut, sondern auch nach dem Procentverhältniss eine ungleich stärkere als in den Städten, sie beträgt in ersteren 5169 Stück oder 12,51%, in letzteren nur 47 Stück oder 3,89%. Sämmtliche einzelne Kreise weisen gleichfalls eine Abnahme auf; verhältnissmässig am stärksten erhebt sich dieselbe im Kreise Blankenburg auf 22,12%, dann folgt der Kreis Wolfenbüttel mit 14,40%, daran schliessen sich die Kreise Holzminden mit 11,85% Helmstedt mit 11,66% und Gandersheim mit 11,19%, unter sich nur eine geringe Abweichung bietend, endlich kommt mit der geringsten Abnahme von nur 9,81% der Kreis Braunschweig. Unter den Städten und Amtsgerichtsbezirken finden wir fünf Städte mit einer Zunahme der fr. Rindviehgattung, nämlich Seesen (um 70,07%), Schöppenstedt (56,25%), Königslutter (17,33%), Schöningen (7,41%) und Helmstedt (0,93%); eine Abnahme von weniger als 10% zeigen zwei Städte (Stadtoldendorf, Holzminden) und sechs Amtsgerichtsbezirke (Gandersheim, Ottenstein, Königslutter, Vechelde, Schöningen, Thedinghausen), eine solche

zwischen 10 und 15 % acht Amtsgerichtsbezirke (Stadtoldendorf, Schöppenstedt, Riddagshausen, Eschershausen, Seesen, Vorsfelde, Walkenried, Wolfenbüttel), zwischen 15 und 20 % eine Stadt (Braunschweig) und sieben Amtsgerichtsbezirke (Lutter am Barenberge, Salder, Helmstedt, Greene, Holzminden, Calvörde, Harzburg), zwischen 20 und 25 % drei Städte (Blankenburg, Eschershausen, Gandersheim) und ein Amtsgerichtsbezirk (Blankenburg), zwischen 25 und 30 % eine Stadt (Hasselfelde) und ein Amtsgerichtsbezirk (Hasselfelde), und endlich über 30 % eine Stadt (Wolfenbüttel mit 60,00 %).

2a. An zwei und mehr Jahre altem Rindvieh überhaupt waren im Herzogthum 1892 71 599 und 1893 72 627 Stück gezählt worden; hier sehen wir mithin eine Zunahme um 1028 Stück oder 1,44 %, welche allerdings hinter der Abnahme des Rindviehes unter zwei Jahren immerhin verhältnissmässig nicht unerheblich zurückbleibt. Auf das Land entfällt auch hier der grössere Antheil, der Bestand der Landgemeinden hat um 1002 Stück oder 1,48 %, der der Städte nur um 26 Stück oder 0,68 % zugenommen. Die Kreise weisen hier nicht dasselbe übereinstimmende Verhältniss auf, denn im Kreise Blankenburg hat auch die hier in Frage stehende Rindviehkategorie um 5,45 % abgenommen, in den übrigen Kreisen hat sie aber zugenommen und zwar in Gandersheim um 0,10 %, in Braunschweig um 0,43 %, in Holzminden um 0,65 %, in Helmstedt um 2,36 % und in Wolfenbüttel um 3,54 %. Von den einzelnen Städten und Amtsgerichtsbezirken zeigt die Mehrzahl entsprechend dem Gesamtergebnisse eine Zunahme und zwar drei Städte (Braunschweig, Holzminden, Stadtoldendorf) und zwölf Amtsgerichtsbezirke (Lutter am Barenberge, Holzminden, Schöppenstedt, Thedinghausen, Calvörde, Harzburg, Schöningen, Greene, Vechelde, Eschershausen, Salder, Wolfenbüttel) eine solche bis 5 %, zwei Städte (Helmstedt, Schöningen) und ein Amtsgerichtsbezirk (Königsutter) eine solche von 5 bis 10 % und endlich eine Stadt (Königsutter mit 11,91 %) eine solche über 10 %; dann kommen noch zwei Städte (Wolfenbüttel, Blankenburg), in welchen sich der Bestand unverändert erhalten hat, und daran schliessen sich endlich die übrigen fünfzehn Bezirke mit einer Abnahme, welche für drei Städte (Schöppenstedt, Seesen, Eschershausen) und acht Amtsgerichtsbezirke (Gandersheim, Helmstedt, Stadtoldendorf, Seesen, Riddagshausen, Vorsfelde, Ottenstein, Blankenburg) unter 5 %, bei einer Stadt (Gandersheim) und zwei Amtsgerichtsbezirken (Walkenried, Hasselfelde) zwischen 5 und 10 % bleibt und endlich in einer Stadt (Hasselfelde mit 14,92 %) 10 % überschreitet.

b. Unter dem vorher für das Herzogthum angegebenen Rindvieh von zwei und mehr Jahren befanden sich 1892 61 609 und 1893 60 468 Stück Kühe; bezüglich dieser ist also wiederum eine Abnahme um 1141 Stück oder 1,85 % zu verzeichnen. In den Städten hat der Bestand an Kühen um 92 Stück oder 2,69 % abgenommen, in den Landgemeinden um 1049 Stück oder 1,79 %; verhältnissmässig ist also hier die Abnahme in den Städten etwas stärker als in den Landgemeinden. Die Kreise zeigen übereinstimmend eine Abnahme des Kuhbestandes; ganz minimal ist dieselbe im Kreise Gandersheim, woselbst sie nur

0,06 % beträgt, auch der Kreis Wolfenbüttel bleibt mit 0,57 % noch unter 1 %; darauf folgen Holzminden mit 1,20 %, Braunschweig mit 2,28 % und Helmstedt mit 2,63 %; ganz besonders hoch steht endlich Blankenburg mit 9,53 %. Unter den einzelnen Städten und Amtsgerichtsbezirken sind doch immerhin zwölf und zwar fünf Städte (Schöppenstedt, Helmstedt, Schöningen, Königsutter, Wolfenbüttel), und sieben Amtsgerichtsbezirke (Vechelde, Calvörde, Lutter am Barenberge, Königsutter, Salder, Eschershausen, Greene) mit einer Zunahme vorhanden, welche zwischen 0,52 % (Stadt Schöppenstedt) und 13,83 % (Stadt Wolfenbüttel) sich bewegt; sodann haben wir einen Bezirk (Stadt Stadtoldendorf), dessen Bestand an Kühen unverändert geblieben ist; für die übrigen zweiundzwanzig ist aber endlich eine Abnahme zu verzeichnen, unter 5 % beträgt diese Abnahme in drei Städten (Seesen, Holzminden, Hasselfelde) und elf Amtsgerichtsbezirken (Seesen, Schöppenstedt, Gandersheim, Wolfenbüttel, Harzburg, Holzminden, Stadtoldendorf, Schöningen, Riddagshausen, Ottenstein, Blankenburg), zwischen 5 und 10 % in drei Städten (Blankenburg, Eschershausen, Gandersheim) und drei Amtsgerichtsbezirken (Vorsfelde, Thedinghausen, Helmstedt) und endlich über 10 % in einer Stadt (Braunschweig) und zwei Amtsgerichtsbezirken (Hasselfelde, Walkenried); das Maximum der Abnahme steigt auf 13,88 % in der Stadt Braunschweig.

3. Da die Zunahme des über zwei Jahr alten Rindviehes hinter der Abnahme des Rindviehes unter zwei Jahren zurückbleibt, so haben wir für den Gesamttrindviehbestand gleicherweise eine Abnahme zu constatiren, der Gesamttrindviehbestand hat sich von 113 798 Stück im Jahre 1892 auf 109 610 Stück im Jahre 1893 mithin um 4188 Stück oder 3,68 % vermindert; die Städte sind an dieser Gesamtverminderung mit 21 Stück, entsprechend 0,42 %, die Landgemeinden mit 4167 Stück, entsprechend 3,83 %, theilhaftig. Die Kreise stimmen sämmtlich mit dem Endergebnisse für das Herzogthum überein, nach der procentualen Höhe ihrer Abnahme reihen sie sich in folgender Weise aneinander: Blankenburg 10,73 %, Gandersheim 4,25 %, Holzminden 3,91 %, Braunschweig 3,47 %, Helmstedt 3,11 % und Wolfenbüttel 2,77 %. Von den einzelnen Städten und Amtsgerichtsbezirken weist natürlich auch die überwiegende Mehrheit eine Abnahme des Rindviehbestandes auf; nur sechs Städte (Stadtoldendorf, Schöppenstedt, Helmstedt, Schöningen, Königsutter, Seesen) und ein Amtsgerichtsbezirk (Königsutter) weichen von der allgemeinen Regel ab und zeigen eine Zunahme, welche in der Stadt Seesen bis auf 21,95 % ansteigt; die Abnahme bleibt unter 5 % in zwei Städten (Holzminden, Braunschweig) und elf Amtsgerichtsbezirken (Vechelde, Wolfenbüttel, Schöningen, Eschershausen, Gandersheim, Schöppenstedt, Salder, Thedinghausen, Greene, Stadtoldendorf, Ottenstein), zwischen 5 und 10 % in einer Stadt (Blankenburg) und 10 Amtsgerichtsbezirken (Riddagshausen, Harzburg, Holzminden, Seesen, Calvörde, Lutter am Barenberge, Vorsfelde, Helmstedt, Blankenburg, Walkenried) und endlich über 10 % in vier Städten (Eschershausen, Holzminden, Hasselfelde, Wolfenbüttel) und einem Amtsgerichtsbezirk (Hasselfelde); das Maximum der Abnahme kommt auf 19,15 % in der Stadt Wolfenbüttel.

4. Betrachten wir nun schliesslich das Ergebniss für die Schweine, welche lediglich in einer Gesamtsumme zusammengefasst sind, so tritt uns dabei ein wesentlich entgegengesetztes Bild vor Augen. Der Bestand an Schweinen hat sich im Herzogthum von 141 215 Stück im Jahre 1892 auf 148 424 Stück im Jahre 1893 gehoben, also um 7209 Stück oder 5,10 %; die Höhe dieser Zunahme entspricht nicht nur vollkommen der für die Zeit vom 10. Januar 1883 bis 1. December 1892 beobachteten, sondern sie übertrifft solche sogar noch. Auf dem Lande ist die Zunahme der Schweine stärker gewesen als in den Städten, sie betrug dort 6672 Stück oder 5,21 %, hier nur 537 Stück oder 4,08 %. Die Kreise weichen der procentualen Zunahme nach verhältnissmässig stärker von einander ab, Blankenburg weist mit 0,29 % die geringste auf, Holzminden mit 8,11 % die höchste, die übrigen reihen sich von unten nach oben in folgender Weise dazwischen: Wolfenbüttel mit 3,94 %, Gandersheim mit 4,38 %, Braunschweig mit 4,88 % und Helmstedt mit 6,25 %. Unter den Städten und Amtsgerichtsbezirken finden sich trotz der allgemein ziemlich starken Zunahme doch einzelne mit einer Abnahme, es sind dieses drei Städte (Blankenburg, Schöningen, Königsutter) und zwei Amtsgerichtsbezirke (Harzburg, Blankenburg); das Maximum der Abnahme kommt auf 11,02 % (Stadt Königsutter); in sämtlichen übrigen Bezirken hat der Schweinebestand dagegen zugenommen und zwar bis zu 5 % in vier Städten (Holzminden, Wolfenbüttel, Braunschweig, Seesen) und zwölf Amtsgerichtsbezirken (Hasselfelde, Königsutter, Holzminden, Walkenried, Ottenstein, Gandersheim, Riddagshausen, Greene, Seesen, Wolfenbüttel, Salder, Schöningen), zwischen 5 und 10 % in vier Städten (Hasselfelde, Helmstedt, Schöppenstedt, Gandersheim) und sechs Amtsgerichtsbezirken (Schöppenstedt, Vechelde, Stadtoldendorf, Lutter am Barenberge, Vorsfelde, Thedinghausen), zwischen 10 und 20 % in drei Amtsgerichtsbezirken (Helmstedt, Eschershausen, Calvörde), und endlich über 20 % in zwei Städten (Eschershausen, Stadtoldendorf); das Maximum der Zunahme stellt sich auf 31,93 % (Stadt Stadtoldendorf).

II.

Die Ergebnisse nach den Abschätzungsbezirken.

(Tabelle II.)

Werden nun nicht wie im Vorstehenden die gesetzlich abgegrenzten Verwaltungsbezirke, sondern die nach den örtlichen charakteristischen Verschiedenheiten der Viehhaltung gebildeten Bezirke, wie sie zuletzt für die Viehzählung von 1892 behuf Abschätzung des Verkaufswerthes und Lebendgewichts in Anwendung gebracht sind, zu Grunde gelegt, so tritt folgendes Ergebniss zu Tage.

1. Der Gesamtrindviehbestand ist verhältnissmässig am stärksten im Hohen Harz zurückgegangen, nämlich um 13,26 %, auch bei den sämtlichen einzelnen Rindviehkategorien zeigt der Hohe Harz das Maximum des Rückgangs; dieses ist am höchsten bei dem noch nicht zwei Jahr alten Rindvieh, 23,97 %, hinter diesem Satz bleibt die Abnahme des mehr als zwei Jahr alten Rindviehes mit 7,65 % nicht unerheblich zurück, die Abnahme der Kühe allein kommt dem Gesamtdurchschnitt ziemlich nahe mit 12,56 %. An zweiter Stelle nach der Stärke der

Abnahme kommen dann unter sich ziemlich gleichstehend, aber hinter dem Hohen Harz weit zurückbleibend, das Flachland und der Vorharz, die Abnahme des Gesamtrindviehbestandes beträgt bei ersterem 6,59 %, bei letzterem 6,46 %; bezüglich des Rindviehes unter zwei Jahren steht dann aber der Vorharz mit einer Abnahme von 19,34 % vor dem Flachlande mit nur einer solchen von 15,72 % voran, während bezüglich des Rindviehes über zwei Jahr wieder das Umgekehrte der Fall ist, das Flachland zeigt hier eine Abnahme von 1,10 %, der Vorharz nur eine solche von 0,75 %; die Abnahme der Kühe entspricht dem letzteren Verhältniss, sie stellt sich für das Flachland auf 3,78 %, für den Vorharz auf 3,62 %. Als dritte folgen sodann wieder zwei unter sich keinen grossen Unterschied aufweisende Bezirke, welche aber hinter den vorigen ungleich geringer zurückbleiben als diese hinter dem Hohen Harz, es sind das Gebirgsland und das Marschland; für den Gesamtrindviehbestand beträgt die Abnahme des ersteren 4,06 %, die des letzteren 3,87 %, für das unter zwei Jahr alte Rindvieh 11,39 % bzw. 9,94 %; bezüglich des Rindviehes im Alter von zwei und mehr Jahren weichen diese Bezirke aber schon ab, indem sie keine Abnahme, sondern eine Zunahme aufweisen, dieselbe beträgt bei dem Gebirgsland 0,35 %, bei dem Marschland 1,04 %; betrachtet man die Kühe allein, so schlägt die Zunahme allerdings wieder in eine Abnahme um, welche sich bei dem Gebirgsland aber nur auf 0,59 %, beim Marschland dagegen verhältnissmässig sehr hoch auf 6,74 % stellt. Zuletzt kommt endlich das Hügelland, für welches nur eine Abnahme von 2,32 % in dem Gesamtrindviehbestande zu verzeichnen ist; was das Rindvieh unter zwei Jahren anlangt, so ist allerdings die Abnahme desselben mit 11,43 % hier etwas stärker als bei dem Gebirgsland und dem Marschland, dafür ist aber die Zunahme, welche sich bezüglich des über zwei Jahr alten Rindviehes hier auch zeigt, eine stärkere, nämlich eine solche von 3,01 %; die Kühe allein haben aber auch hier und zwar noch etwas mehr als im Gebirgslande, um 1,02 %, abgenommen.

2. Entsprechend der nicht unbedeutenden Zunahme des Schweinebestandes insgesamt finden wir auch in fast sämtlichen Schätzungsbezirken eine Zunahme derselben, nur der Vorharz weicht davon ab und weist eine Abnahme, wenn auch nur von 0,61 %, auf; die grösste verhältnissmässige Zunahme zeigen das Flachland mit 9,81 % und das Marschland mit 9,55 %, nächst denselben folgt das Gebirgsland mit 6,13 %, dann das Hügelland mit 3,94 % und endlich mit der geringsten Zunahme, aber doch immer noch mit einer solchen von 2,26 %, der Hohe Harz.

III.

Endergebniss und Schlussbetrachtung.

Ziehen wir schliesslich aus den erhaltenen Zahlenverhältnissen nach Maassgabe des ganzen Zwecks der ausserordentlichen Viehzählung ein Endergebniss, so kann solches nur dahin gehen, dass die Einflüsse der ungewöhnlichen Witterung des Jahres 1893 sich zwar auch in dem Viehbestand des Herzogthums Braunschweig geltend gemacht haben, dass aber dieses Geltendmachen im Allgemeinen in ziemlich engen Grenzen geblieben und nicht über das hinausgegangen ist, was jedes futtermärgere Jahr zu bringen

pflügt, dass also namentlich nicht ein eigentlicher und ausgedehnter Nothstand bezüglich der Viehhaltung des Herzogthums durch jene ausserordentlichen Witterungsverhältnisse herbeigeführt worden ist. Dieses Endergebniss entspricht aber durchaus den bezüglich des Erfolges der Zählung gehegten Erwartungen, denn von zuständiger Seite war von vornherein und allgemein hervorgehoben worden, wie der nicht zu verkennende Futtermangel für die Viehhaltung im Herzogthum zwar Schwierigkeiten, aber keineswegs unüberwindliche oder mit langdauerndem Nachtheil verbundene im Gefolge haben müsse, wie jedoch dadurch für das Herzogthum ein wirklicher allgemeiner Nothstand, wie er in anderen Gegenden des Deutschen Reiches hervorgetreten, in keiner Weise gegeben sein könne. Der gesammte Rindviehbestand des Herzogthums hat in dem kritischen Jahr nur um 3,68 % abgenommen, eine derartige Gesamtabnahme kann aber als eine besonders hohe niemals angesehen werden, sie stellt sich lediglich als ein Rückgang dar, wie er mehr oder weniger regelmässig in einem futterknappen Jahre eintreten wird und wie er auch bei an sich fortschreitender Tendenz des Viehbestandes für ein einzelnes Jahr mit ungünstigeren Verhältnissen sich zeigen kann, wie er also auch in verschiedenen der 10 Jahre zwischen den beiden letzten umfassenden Viehzählungen trotz der insgesamt starken Zunahme des Rindviehbestandes stattgehabt haben wird, wie er aber höchstwahrscheinlich auch schon in dem laufenden Jahr, wenn solches nur einigermaassen günstige Witterung bietet, reichlich wieder eingeholt werden kann. Umfassende Viehzählungen finden ja allerdings jetzt immer nur in längeren Zwischenräumen statt und sind deshalb die Resultate derselben zu einem Vergleich hier nicht heranzuziehen, weil es sich hier um die Veränderungen während eines einzelnen Jahres handelt; alljährlich findet aber behuf Festlegung der auf die einzelnen Viehbesitzer zu vertheilenden Entschädigungssummen für wegen gewisser Seuchen getödtetes Vieh auch eine Aufnahme des Rindviehbestandes, wenn auch nicht in seiner Totalität, so doch in seiner Hauptmasse statt und die hierdurch gegebenen Zahlen werden uns immerhin den nöthigen Anhalt bieten; danach hat aber der aufgenommene Rindviehbestand von 1881 bis 1891 sogar in vier Jahren abgenommen und zwar 1882 um 5,44 %, 1887 um 1,44 %, 1888 um 2,61 % und 1889 um 4,56 %, in zwei Jahren also noch in höherem Maasse als in dem von uns speciell betrachteten; es ist dabei allerdings bemerklich zu machen, dass die Erhebungen wohl nicht mit der gleichen Genauigkeit, wie die grösseren Viehzählungen veranstaltet werden. — Bei einer Scheidung der einzelnen Rindviehkategorien tritt uns zunächst bei dem weniger als zwei Jahr alten Rindvieh ein verhältnissmässig starkes Steigen des Abnahmesatzes auf 12,36 % entgegen; ein solches wird aber als vollkommen in der Natur der Sache liegend betrachtet werden müssen, denn es ist doch gewiss selbstverständlich, dass Jeder, der zu einer gewissen Einschränkung seines Viehstandes gezwungen ist, sie zunächst da eintreten lässt, wo sie ihm zur Zeit am wenigsten Nachtheil bringt; deshalb wird jede nothwendige Verminderung des Rindviehbestandes zunächst und am schärfsten das Jungvieh unter zwei Jahren treffen, weil dieses ja augenblicklich einen Nutzen

noch nicht abwirft und daher nur als ein nur zehrender Bestand angesehen werden muss; aus letzterem Umstand erklärt es sich zur Genüge, dass man das Jungvieh immer zuerst zum Verkauf oder zur Schlachtbank bringt, die stärkere Abnahme erscheint damit nur natürlich. — Für das zwei und mehr Jahre alte Rindvieh war sogar eine Zunahme um 1,44 % zu verzeichnen, für die Kühe darunter allerdings wiederum eine Abnahme um 1,85 %. Der erstere Umstand kann doch jedenfalls nur als ein vortheilhaftes Zeichen aufgefasst werden, und würde derselbe stets der Annahme eines Nothstandes widersprechen, denn ein solcher kann doch unmöglich vorhanden sein, wenn der Bestand des Rindviehes über zwei Jahr, der doch weitaus den grössten Theil des Gesamtbestandes ausmacht, trotz des Futtermangels, wenn auch nur unbedeutend anwächst. Die Abnahme der Kühe ist an sich nur eine geringfügige: als etwas ausserordentliches ist sie nach Lage der Sache und nach ihrer Höhe nicht anzusehen, sondern wiederum lediglich als eine Folge des natürlichen Verhältnisses; sie bildet gewissermaassen den Uebergang zu der stärkeren Abnahme des Jungviehes und correspondirt mit dieser: dem Jungvieh gegenüber ist allerdings der Werth der durchweg Ertrag abwerfenden Kühe ein höherer, doch tritt dieser Werth wieder gegen den der Zucht- und sonstigen Stiere und der Ochsen zurück, eine Verminderung des Gesamtbestandes muss daher erstere immerhin an sich schon eher treffen, als letztere, welche ausserdem noch durch ihre nothwendigen Functionen einestheils behuf Vermehrung etc. des Viehbestandes, anderentheils als Arbeitskraft für den ganzen Betrieb der Landwirthschaft am wenigsten entbehrlich sein müssen.

Ist nun aber dementsprechend das Gesamtergebniss für das Herzogthum Braunschweig keineswegs ein so ungünstiges, so treten uns doch innerhalb desselben für die einzelnen Bezirke nicht unerhebliche Verschiedenheiten entgegen. In dem Hohen Harz, auf welchen aber nicht viel mehr als der vierzigste Theil des Rindviehbestandes des Herzogthums entfällt, ist dieser Bestand allerdings um 13,26 % zurückgegangen, das unter zwei Jahr alte Rindvieh um 23,97 %, das über zwei Jahr alte Rindvieh um 7,65 % und die Kühe darunter um 12,56 %; der Zustand ist mithin hier ein ungleich kritischerer, aber von einem eigentlichen Nothstand in der strengeren Bedeutung des Wortes wird man doch selbst hier noch nicht sprechen können, wenn auch jenes Zahlenverhältniss mancher Noth Einzelner seine Entstehung mit verdankt; empfindlich ist ja immer die Wunde, welche sich in einer derartigen Abnahme des Rindviehbestandes documentirt, aber sie ist dieses doch nur mehr augenblicklich oder für kürzere Zeit, einige günstigere Jahre werden auch sie im Grossen und Ganzen vollständig zu heilen im Stande sein; im Verhältniss zu dem Viehstande, welcher trotz der Futternoth erhalten werden konnte, ist der im Verlust gerathene doch immer nur ein geringer Theil; dabei ist aber keineswegs zu verkennen, dass die augenblickliche Schwierigkeit eine nicht unbedeutende und die ganze Lage der viehhaltenden Bevölkerung in jenem Bezirk eine bedrückte ist, und dass es jedenfalls gerechtfertigt erscheinen muss, hier nach Thunlichkeit entgegenzukommen und Erleichterung zu verschaffen. Ueber dem Durchschnitt des Herzog-

thums bezüglich der Abnahme des Rindviehbestandes, aber doch sehr hinter dem Hohen Harz zurück stehen dann das Flachland und der Vorharz, welche nicht einmal den siebenten Theil des ganzen Rindviehes des Herzogthums besitzen; der Gesamtbestand hat in denselben um 6,59 % bzw. 6,46 % abgenommen, das Rindvieh unter zwei Jahren um 15,72 % bzw. 19,34 %, das über zwei Jahren um 1,10 % bzw. 0,75 % und die Kühe darunter um 3,78 % bzw. 3,62 %; diese Zahlen drücken ja immer eine wesentlich ungünstigere Lage als die für das Herzogthum aus, kommen aber doch an die des Hohen Harzes nicht heran; alles, was für den letzteren gesagt ist, kann mithin hier nur in noch abgeschwächerem Maasse Anwendung finden; von einem eigentlichen Nothstande kann hier noch weniger die Rede sein, die Verhältnisse sind zwar ernste aber keineswegs bedenkliche und die Folgen des allerdings recht ungünstigen Jahres werden sich noch schneller als für den Hohen Harz verwischen lassen. Die Hauptmasse des Rindviehbestandes, mehr als $\frac{9}{11}$ desselben, entfällt aber auf das Gebirgsland, das Marschland und das Hügelland und diese weisen ein dem Durchschnitt des Herzogthums ungefähr gleiches Verhältniss auf, theils ein wenig ungünstiger, theils aber in höherem Maasse günstiger; hier greifen also die bezüglich des Herzogthums gemachten Ausführungen im Wesentlichen unverändert Platz, für das Hügelland mit dem grössten Rindviehbestande sind diese sogar noch etwas zu weit gehend, die für die Viehhalter desselben entstandenen Schwierigkeiten sind noch geringer, wenn auch nicht gerade erheblich geringer, zu veranschlagen. — Wir haben uns im Vorstehenden lediglich an die nach der übereinstimmenden Lage der Viehwirtschaft aus dem Herzogthum gebildeten Bezirke gehalten, weil dieses den Umständen nach das Entsprechendste und Einfachste zu sein schien; hätten wir statt dessen die einzelnen Amtsgerichtsbezirke in Betracht gezogen, so würde das Resultat an sich genau dasselbe gewesen sein, wir hätten nur an Stelle der jetzt zusammengefassten grösseren Bezirke mit übereinstimmenden Verhältnissen die einzelnen Amtsgerichtsbezirke auführen müssen. Schliesslich ist hierbei aber noch Eines hervorzuheben: Der Rindviehbestand der Städte zeigt, wie wir oben gesehen, von dem allgemeinen Verhältniss nicht unerhebliche Abweichungen und zwar nach beiden Seiten hin, wir hatten einmal Städte mit starker Zunahme des Bestandes und dann solche mit unverhältnissmässig hoher Abnahme zu verzeichnen; dabei ist aber zu beachten, dass der Rindviehbestand in den Städten an sich nur ein ziemlich unbedeutender ist, weshalb jede einzelne Veränderung desselben in den procentualen Verhältnisszahlen schärfer zum Ausdruck kommt, und dass ferner auch der Bestand daselbst ein ungleich wechselnder und von zufälligen Verhältnissen abhängiger ist: dadurch erklärt es sich auch, dass eigentlich ohne irgend welchen inneren Grund die Abweichungen nach beiden entgegengesetzten Richtungen hin in gleicher Stärke hervortreten; wir werden unter

diesen Umständen auf die stark abweichenden Verhältnisszahlen kein weiteres Gewicht zu legen haben.

Haben sich nach Maassgabe des Vorstehenden die Wirkungen der ungünstigen Verhältnisse des Jahres 1893 in dem Rindviehbestande bzw. dem Wechsel desselben in unverkennbarer, wenn auch nicht gerade bedenklicher Weise geltend gemacht, so wird sich ein Gleiches im Grossen und Ganzen für den Schweinebestand keineswegs behaupten lassen. Dieser hat in dem Jahr 1892/93 um 5,10 % zugenommen und wird ein solches Verhältniss an sich nur als ein günstiges und zufriedenstellendes anzusehen sein. Bei Behandlung der Viehzählung vom Jahre 1892 hatten wir schon hervorzuheben, dass der Schweinebestand des Herzogthums in fortgesetztem nicht unerheblichen Steigen begriffen sei, dieses Steigen belief sich für das letzte Jahrzehnt auf 40,4 %, oder durchschnittlich für ein Jahr auf 4,04 %, mithin nicht unerheblich weniger als die Steigung des letzten Jahres betrug. Die Futterbedingungen für die Schweinehaltung sind ja allerdings durchaus nicht die gleichen wie die für die Rindviehhaltung und deshalb brauchte (und konnte) an sich die Futternoth des Jahres 1893 nicht in derselben Weise auf die Schweinezahl zu wirken wie auf die Rindviehzahl. Eine gewisse Wechselwirkung zwischen beiden wird aber doch immerhin als vorhanden angenommen werden müssen, ein wirklicher Nothstand bezüglich der Rindviehdurchbringung würde schon in Folge seines nothwendigen Einflusses auf den ganzen Volkswohlstand voraussichtlich wenn nicht gewiss auch auf den Schweinebestand nachtheilig einwirken. Wenn sich daher der Schweinebestand noch verhältnissmässig so stark gehoben hat, so werden wir dieses nicht nur an sich als ein günstiges Moment zu betrachten haben, sondern es erscheint uns auch dadurch die Abnahme des Rindviehbestandes in einem vortheilhafteren Lichte. Uebrigens zeigt sich die Zunahme des Schweinebestandes, obwohl in verschiedener Stärke, für sämtliche Bezirke, nur für den Vorharz ist eine ganz geringe Abnahme zu verzeichnen.

Das letzte Endergebniss der ausserordentlichen Viehzählung vom Jahre 1893 können wir also dahin zusammenfassen, dass in Folge der ausserordentlichen Verhältnisse des Jahres 1893 der Rindviehbestand des Herzogthums sich zwar vermindert hat, dass diese Verminderung aber im Grossen und Ganzen keineswegs einen eigentlichen oder auch nur annähernden Nothstand für die Viehhaltung begründe, vielmehr mit ihren Folgen voraussichtlich in nicht allzu grosser Frist gänzlich beseitigt sein werde, dass zwar einzelne an dem Gesamt-rindviehbestande des Herzogthums aber nur in geringerem Maasse betheiligte Bezirke schärfer betroffen wurden, aber doch auch für diese von einem wirklichen Nothstande nicht geredet werden kann, und dass endlich der Schweinebestand nicht unbedeutend und stärker als nach dem Durchschnittsverhältniss der letzten zehn Jahre fortgeschritten ist.

T a b e l l e n .

Der Rindvieh- und Schweinebestand nach den Zählungen
Zu- bzw. Abnahme desselben für die Amtsgerichts-

vom 1. December 1892 und 1. December 1893, sowie die
bezirke mit specieller Aussonderung der Städte.

Kreis	Stadt resp. Amtsgerichtsbezirk	R i n d -								v i e h								Schweine			
		bis 2 Jahre alt				2 und mehr				Jahre alt				i n s g e s a m m t				1892	1893	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)	
		1892	1893	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)		1892	1893	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)		1892	1893	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)		absolut	%						
				absolut	%			absolut	%			absolut	%			absolut	%				
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.
Braunschweig	Stadt Braunschweig	121	98	— 23	— 19,00	454	457	+ 3	+ 0,66	307	265	— 42	— 13,68	575	555	— 20	— 3,48	1 617	1 661	+ 44	+ 2,72
	Amtsgerichtsbezirk Riddagshausen .	3 814	3 404	— 410	— 10,75	6 025	5 895	— 130	— 2,16	5 393	5 248	— 145	— 2,69	9 839	9 299	— 540	— 5,49	12 979	13 336	+ 357	+ 2,75
	„ Vechelde	3 183	2 920	— 263	— 8,26	5 644	5 812	+ 168	+ 2,98	4 722	4 747	+ 25	+ 0,53	8 827	8 732	— 95	— 1,08	11 572	12 259	+ 687	+ 5,95
	„ Thedinghausen	1 398	1 259	— 139	— 9,94	1 729	1 747	+ 18	+ 1,04	1 706	1 591	— 115	— 6,74	3 127	3 006	— 121	— 3,87	4 063	4 451	+ 388	+ 9,55
	Summa	8 516	7 681	— 835	— 9,81	13 852	13 911	+ 59	+ 0,43	12 128	11 851	— 277	— 2,28	22 368	21 592	— 776	— 3,47	30 231	31 707	+ 1 476	+ 4,88
Wolfenbüttel	Stadt Wolfenbüttel	60	24	— 36	— 60,00	128	128	—	—	94	107	+ 13	+ 13,83	188	152	— 36	— 19,15	959	979	+ 20	+ 2,09
	Amtsgerichtsbezirk Wolfenbüttel .	3 782	3 232	— 550	— 14,54	7 969	8 354	+ 385	+ 4,83	6 065	5 973	— 92	— 1,52	11 751	11 586	— 165	— 1,40	9 578	9 940	+ 362	+ 3,78
	Stadt Schöppenstedt	32	50	+ 18	+ 56,25	250	249	— 1	— 0,40	194	195	+ 1	+ 0,52	282	299	+ 17	+ 6,03	696	746	+ 50	+ 7,18
	Amtsgerichtsbezirk Schöppenstedt .	2 591	2 317	— 274	— 10,57	5 186	5 225	+ 39	+ 0,75	3 928	3 884	— 44	— 1,12	7 777	7 542	— 235	— 3,02	6 558	6 932	+ 374	+ 5,70
	„ Salder	4 059	3 410	— 649	— 15,99	5 796	6 075	+ 279	+ 4,81	4 795	4 841	+ 46	+ 0,96	9 855	9 485	— 370	— 3,76	9 262	9 646	+ 384	+ 4,15
Helmstedt	„ Harzburg	437	350	— 87	— 19,91	875	888	+ 13	+ 1,49	843	829	— 14	— 1,66	1 312	1 238	— 74	— 5,64	2 965	2 957	— 8	— 0,27
	Summa	10 961	9 383	— 1 578	— 14,40	20 204	20 919	+ 715	+ 3,54	15 919	15 829	— 90	— 0,57	31 165	30 302	— 863	— 2,77	30 018	31 200	+ 1 182	+ 3,94
	Stadt Helmstedt	107	108	+ 1	+ 0,93	497	537	+ 40	+ 8,05	340	347	+ 7	+ 2,06	604	645	+ 41	+ 6,79	1 580	1 683	+ 103	+ 6,52
	Amtsgerichtsbezirk Helmstedt . .	1 123	939	— 184	— 16,38	1 302	1 297	— 5	— 0,38	1 186	1 096	— 90	— 7,59	2 425	2 236	— 189	— 7,79	2 612	2 892	+ 280	+ 10,72
	Stadt Schöningen	27	29	+ 2	+ 7,41	331	360	+ 29	+ 8,76	219	228	+ 9	+ 4,11	358	389	+ 31	+ 8,66	1 483	1 400	— 83	— 5,60
Gandersheim	Amtsgerichtsbezirk Schöningen . .	2 169	1 977	— 192	— 8,85	3 720	3 820	+ 100	+ 2,69	2 544	2 484	— 60	— 2,36	5 889	5 797	— 92	— 1,56	5 302	5 561	+ 259	+ 4,88
	Stadt Königslutter	75	88	+ 13	+ 17,33	277	310	+ 33	+ 11,91	198	218	+ 20	+ 10,10	352	398	+ 46	+ 13,07	626	557	— 69	— 11,02
	Amtsgerichtsbezirk Königslutter . .	2 764	2 540	— 224	— 8,10	3 204	3 497	+ 293	+ 9,14	2 735	2 756	+ 21	+ 0,77	5 968	6 037	+ 69	+ 1,16	6 592	6 660	+ 68	+ 1,03
	„ Vorsfelde	3 031	2 606	— 425	— 14,02	5 033	4 902	— 131	— 2,60	4 801	4 526	— 275	— 5,73	8 064	7 508	— 556	— 6,89	9 569	10 403	+ 834	+ 8,72
	„ Calvörde	1 021	827	— 194	— 19,00	1 742	1 763	+ 21	+ 1,21	1 617	1 626	+ 9	+ 0,56	2 763	2 590	— 173	— 6,26	3 439	3 996	+ 557	+ 16,20
Holzminden	Summa	10 317	9 114	— 1 203	— 11,66	16 106	16 486	+ 380	+ 2,36	13 640	13 281	— 359	— 2,63	26 423	25 600	— 823	— 3,11	31 203	33 152	+ 1 949	+ 6,25
	Stadt Gandersheim	64	48	— 16	— 25,00	155	140	— 15	— 9,68	136	123	— 13	— 9,56	219	188	— 31	— 14,16	951	1 037	+ 86	+ 9,04
	Amtsgerichtsbezirk Gandersheim .	1 571	1 452	— 119	— 7,57	2 615	2 612	— 3	— 0,11	2 460	2 429	— 31	— 1,26	4 186	4 064	— 122	— 2,91	6 251	6 410	+ 159	+ 2,54
	Stadt Seesen	137	233	+ 96	+ 70,07	264	256	— 8	— 3,03	240	238	— 2	— 0,83	401	489	+ 88	+ 21,95	792	819	+ 27	+ 3,41
	Amtsgerichtsbezirk Seesen	1 429	1 236	— 193	— 13,51	2 085	2 062	— 23	— 1,10	1 997	1 983	— 14	— 0,70	3 514	3 298	— 216	— 6,15	4 525	4 675	+ 150	+ 3,31
Blankenburg	„ Lutter a. Bbge.	1 530	1 287	— 243	— 15,88	2 160	2 165	+ 5	+ 0,23	2 030	2 042	+ 12	+ 0,59	3 690	3 452	— 238	— 6,45	4 919	5 326	+ 407	+ 8,27
	„ Greene	987	822	— 165	— 16,72	1 835	1 888	+ 53	+ 2,89	1 682	1 725	+ 43	+ 2,56	2 822	2 710	— 112	— 3,97	4 619	4 756	+ 137	+ 2,97
	Summa	5 718	5 078	— 640	— 11,19	9 114	9 123	+ 9	+ 0,10	8 545	8 540	— 5	— 0,06	14 832	14 201	— 631	— 4,25	22 057	23 023	+ 966	+ 4,38
	Stadt Holzminden	159	148	— 11	— 6,92	431	436	+ 5	+ 1,16	400	396	— 4	— 1,00	590	584	— 6	— 1,02	1 699	1 717	+ 18	+ 1,06
	Amtsgerichtsbezirk Holzminden . .	1 038	848	— 190	— 18,30	2 014	2 023	+ 9	+ 0,45	1 792	1 760	— 32	— 1,79	3 052	2 871	— 181	— 5,93	5 129	5 226	+ 97	+ 1,89
Blankenburg	Stadt Stadtoldendorf	76	73	— 3	— 3,95	198	204	+ 6	+ 3,03	189	189	—	—	274	277	+ 3	+ 1,09	548	723	+ 175	+ 31,93
	Amtsgerichtsbezirk Stadtoldendorf .	1 224	1 100	— 124	— 10,13	2 022	2 005	— 17	— 0,84	1 938	1 898	— 40	— 2,06	3 246	3 105	— 141	— 4,34	4 773	5 103	+ 330	+ 6,91
	Stadt Eschershausen	103	78	— 25	— 24,27	227	218	— 9	— 3,96	183	170	— 13	— 7,10	330	296	— 34	— 10,30	630	769	+ 139	+ 22,06
	Amtsgerichtsbezirk Eschershausen .	1 712	1 526	— 186	— 10,86	2 658	2 757	+ 99	+ 3,72	2 501	2 537	+ 36	+ 1,44	4 370	4 283	— 87	— 1,99	5 249	6 062	+ 813	+ 15,49
	„ Ottenstein	743	683	— 60	— 8,07	1 250	1 214	— 36	— 2,88	1 090	1 046	— 44	— 4,04	1 993	1 897	— 96	— 4,82	1 870	1 911	+ 41	+ 2,19
Blankenburg	Summa	5 055	4 456	— 599	— 11,85	8 800	8 837	+ 37	+ 0,43	8 093	7 996	— 97	— 1,20	13 855	13 313	— 542	— 3,91	19 898	21 511	+ 1 613	+ 8,11
	Stadt Blankenburg	73	58	— 15	— 20,55	218	218	—	—	173	161	— 12	— 6,94	291	276	— 15	— 5,15	790	769	— 21	— 2,66
	Amtsgerichtsbezirk Blankenburg . .	563	442	— 121	— 21,49	1 391	1 349	— 42	— 3,02	1 258	1 196	— 62	— 4,93	1 954	1 791	— 163	— 8,34	3 226	3 180	— 46	— 1,43
	Stadt Hasselfelde	175	127	— 48	— 27,43	382	325	— 57	— 14,92	377	321	— 56	— 1,49	557	452	— 105	— 18,85	791	839	+ 48	+ 6,07
	Amtsgerichtsbezirk Hasselfelde . .	547	409	— 138	— 25,23	996	932	— 64	— 6,43	976	861	— 115	— 11,78	1 543	1 341	— 202	— 13,09	1 582	1 595	+ 13	+ 0,82
Blankenburg	„ Walkenried	274	235	— 39	— 14,23	536	507	— 29	— 5,41	500	432	— 68	— 13,60	810	742	— 68	— 8,40	1 419	1 448	+ 29	+ 2,04
	Summa	1 632	1 271	— 361	— 22,12	3 523	3 331	— 192	— 5,45	3 284	2 971	— 313	— 9,53	5 155	4 602	— 553	— 10,73	7 808	7 831	+ 23	+ 0,29
	Summa Städte	1 209	1 162	— 47	— 3,89	3 812	3 838	+ 26	+ 0,68	3 050	2 958	— 92	— 2,99	5 021	5 000	— 21	— 0,42	13 162	13 699	+ 537	+ 4,08
	„ Landgemeinden	40 990	35 821	— 5 169	— 12,61	67 787															

Tab. II.

**Der Rindvieh- und Schweinebestand nach den Zählungen
vom 1. December 1892 und 1. December 1893, sowie die Zu- bzw. Abnahme desselben
für die sechs Schätzungsbezirke.**

Schätzungs-Bezirk	Rindvieh											
	bis 2 Jahre alt				2 und mehr Jahre alt							
	1892	1893	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)		überhaupt				darunter Kühe			
			absolut	%	1892	1893	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)		1892	1893	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.
I. Hoher Harz . .	1 068	812	— 256	— 23,97	2 039	1 883	— 156	— 7,65	1 974	1 726	— 248	— 12,56
II. Vorharz . . .	1 127	909	— 218	— 19,34	2 540	2 521	— 19	— 0,75	2 321	2 237	— 84	— 3,62
III. Gebirgsland . .	10 647	9 434	— 1 213	— 11,39	17 733	17 795	+ 62	+ 0,35	16 470	16 373	— 97	— 0,59
IV. Hügelland . . .	23 417	20 741	— 2 676	— 11,43	40 008	41 214	+ 1 206	+ 3,01	31 995	31 668	— 327	— 1,02
V. Flachland . . .	4 542	3 828	— 714	— 15,72	7 550	7 467	— 83	— 1,10	7 143	6 873	— 270	— 3,78
VI. Marschland . .	1 398	1 259	— 139	— 9,94	1 729	1 747	+ 18	+ 1,04	1 706	1 591	— 115	— 6,74
Herzogthum	42 199	36 983	— 5 216	— 12,36	71 599	72 627	+ 1 028	+ 1,44	61 609	60 468	— 1 141	— 1,85

Schätzungs-Bezirk	Rindvieh				Schweine			
	i n s g e s a m m t							
	1892	1893	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)		1892	1893	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)	
			absolut	%			absolut	%
	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.
I. Hoher Harz . .	3 107	2 695	— 412	— 13,26	4 160	4 254	+ 94	+ 2,26
II. Vorharz . . .	3 667	3 430	— 237	— 6,46	7 064	7 021	— 43	— 0,61
III. Gebirgsland . .	28 380	27 229	— 1 151	— 4,06	41 504	44 047	+ 2 543	+ 6,13
IV. Hügelland . . .	63 425	61 955	— 1 470	— 2,32	69 077	71 799	+ 2 722	+ 3,94
V. Flachland . . .	12 092	11 295	— 797	— 6,59	15 347	16 852	+ 1 505	+ 9,81
VI. Marschland . .	3 127	3 006	— 121	— 3,87	4 063	4 451	+ 388	+ 9,55
Herzogthum	113 798	109 610	— 4 188	— 3,68	141 215	148 424	+ 7 209	+ 5,10

Nachtrag.

Nachdem die vorstehende Bearbeitung schon in den Druck gegeben war, wurden von dem Kaiserl. Statistischen Amt in summarischen Zahlen die allgemeinen Ergebnisse der Viehzählungen vom 1. December 1892 und vom 1. December 1893 zur Veröffentlichung gebracht, wobei gleichzeitig bezüglich des Rindvieh- und Schweinebestandes ein Vergleich zwischen den betreffenden Summen beider Jahre angestellt wurde. Dieses ermöglicht uns hier noch anhangsweise die Stellung, welche das Herzogthum Braunschweig dem Deutschen Reich und den übrigen Staaten desselben gegenüber bezüglich der Veränderungen der fr. Viehbestände in dem Jahr 1892/93 einnimmt, noch kurz zu berühren. Im Deutschen Reich hat der Rindviehbestand überhaupt in dem zwischen den beiden Zählungen liegenden Jahre um 6,7% abgenommen, dahinter bleibt also das Herzogthum mit einer Abnahme von abgerundet 3,7% doch ganz wesentlich zurück, wir stehen also nicht unerheblich günstiger als der Durchschnitt des Deutschen Reiches. Von den einzelnen Staaten des Reiches zeigen achtzehn eine höhere Abnahme und zwar zum grösseren Theil sogar eine beträchtlich höhere, denn in elf Staaten überschreitet dieselbe 10% und erreicht ein Maximum von 20,1% (Württemberg); sieben Staaten haben dagegen ein günstigeres Ergebniss als Braunschweig und zwar Preussen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Anhalt, Schaumburg-Lippe und Lippe, in diesen Staaten hat jedoch der Rindviehbestand meist noch abgenommen, nur Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe nehmen allein mit einer Zunahme eine Ausnahmestellung ein; von den einzelnen preussischen Provinzen etc. weisen drei (Hessen-Nassau, Rheinland, Hohenzollern) eine höhere, eine (Sachsen) eine gleiche, die übrigen eine geringere Abnahme bzw. eine Zunahme (Ostpreussen) auf, in den unmittelbar anliegenden Provinzen Sachsen und Hannover hat der Rindviehbestand um 3,7% beziehungsweise 2,8% also ziemlich übereinstimmend mit dem Herzogthum abgenommen. Berücksichtigen wir nunmehr die einzelnen unterschiedenen Kategorien des Rindviehes, so zeigt zunächst das bis zu zwei Jahr alte Rindvieh im Deutschen Reich eine Abnahme von 17,1%, Braunschweig mit einer solchen von 12,4% bleibt dahinter also um 4,7% zurück; unter den einzelnen Staaten des Deutschen Reiches steht das Herzogthum Braunschweig hier genau ebenso wie bei der Veränderung des Rindviehbestandes überhaupt, achtzehn Staaten haben eine höhere, und sieben eine geringere Abnahme, unter den Staaten selbst tritt nur insofern

ein Wechsel ein, als Preussen hier zu den ersteren und dafür Bremen zu den letzteren zählt; von den preussischen Provinzen etc. stehen ausser den drei genannten auch noch Schlesien, Sachsen, Hannover und Westfalen ungünstiger als Braunschweig; eine Abnahme des Bestandes sehen wir übrigens hier überall nicht nur in jedem der Staaten, bei welchen sie zwischen 3,1% (Bremen) und 33,7% (Waldeck) differirt, sondern auch in jeder Provinz, Regierungsbezirk, Kreishauptmannschaft etc. Das zwei und mehr Jahr alte Rindvieh hat im Deutschen Reich um 1,3% abgenommen, im Herzogthum Braunschweig dagegen um 1,4% zugenommen; eine Zunahme ist ferner noch vorhanden in sieben Staaten nämlich in Preussen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Anhalt, Waldeck und Schaumburg-Lippe; in Oldenburg, Anhalt und Waldeck bleibt aber die Zunahme hinter der Braunschweigs zurück, so dass also nur vier Staaten günstiger, einundzwanzig aber ungünstiger als Braunschweig stehen; das Maximum der Abnahme beträgt hier 14,7% (Württemberg). Die Kühe sind in den Zusammenstellungen für das Reich aus dem über zwei Jahr alten Rindvieh nicht besonders ausgeschieden, weil die Zählung der Kühe 1893 nicht überall in demselben Sinne wie 1892, wo die Kühe, auch Fersen, Kalbinnen nachgewiesen waren, geschehen ist, so dass die Zahlen für Vergleichszwecke nicht brauchbar erschienen. Bezüglich des Schweinebestandes endlich haben wir für das Deutsche Reich eine Zunahme von 0,3% zu verzeichnen, die des Herzogthums Braunschweig beträgt dagegen 5,10%; zugenommen hat der Schweinebestand insgesamt in dreizehn Staaten, also genau in der Hälfte, Braunschweig nimmt unter diesen den neunten Platz ein, so dass also acht Staaten günstiger und siebenzehn ungünstiger gestellt sind; eine grössere Zunahme als Braunschweig weisen auf Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Anhalt, Schaumburg-Lippe, Lübeck, Bremen und Hamburg; von den preussischen Provinzen übertreffen Braunschweig bezüglich der Zunahme Westpreussen, Pommern, Posen, Schlesien und Schleswig-Holstein, gleich steht ihm Brandenburg; das Maximum der Zunahme zeigt Hamburg mit 22,8%, das der Abnahme Sachsen-Meiningen mit 14,2%. Im Ganzen kann man das Ergebniss der Zahlen nur als ein für das Herzogthum Braunschweig vortheilhaftes bezeichnen, dasselbe gehört jedenfalls zu denjenigen Staaten, in welchen der Viehstand durch die ausserordentlichen Verhältnisse des Vorjahres am wenigsten nachtheilig berührt ist.

Technis

Br